MARX-ENGELS-LENIN-INSTITUT

Die Kommunistin

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Herausgegeben vom Frauenreichssekretariat. Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin

Nr. 1 | Die Kommunistin erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Infolge der immer weiteren Geldentwertung muß der Preis wieder erhöht werden. Einzelnummer 30,— Mark | Berlin, 1. Januar 1923 | Verlag: Friedrichstadt-Druckerei GmbH., (Abteilung Zeitschriften). Berlin SW 48, Friedrichstr. 225. — Verantwortlich für die Redaktion: Martha Arendsee, Berlin. | Jahrg. 5

Profit Neujahr!

Was verspricht das Neue Jahr?

Ein Jahr, eine kurze Spanne. Und doch brachte diese kurze Spanne wieder für das Proletariat unendliche Qualen, unermeßlichen Jammer.

Als wir in das Jahr 1922 hineingingen, da sagten sich Tausende und aber Tausende: das verflossene Jahr häufte für uns Leid auf Leid; die Teuerung schwoll an zur Riesenhöhe. — Nun aber muß das Schlimmste überstanden sein. So kann es ja nicht weitergehen. Nun muß die Wendung zum Besseren kommen. So hoffte man. So trösteten sich die Einen, ohne sich mal den Kopf darüber zu zerbrechen, woher die Besserung kommen sollte. Mit einem solchen Trost ersticken viele, sehr viele Andere, die aufquellende Gewissensfrage, ob man selbst seine Pflicht und Schuldigkeit getan habe, um eine Besserung herbeizuführen.

Die Kampfscheuen trösten sich am leichtesten: das Schlimmste ist überstanden. Im Jahre 1914 kostete ein Kilogramm Brot 26 Pfennig., Ende 1920 jedoch 2500 Pf. und Ende 1921 bereits 4200 Pfg. In der gleichen Zeit stieg der Preis für ein Pfund Margarine von 70 Pfg. auf 1600 Pfg. und Ende 1921 auf 2250 Pfg.. Ein Ei, das 1914 7 Pfg. kostete, mußte Ende 1920 mit 300 Pfg., 1921 mit 400 Pfg. bezahlt werden. Für einen Konfektionsanzug, der 1914 für 35 Mark zu haben war, wurden Ende 1920 700 Mark und Ende 1921 schon 800 Mark verlangt. Konnte es noch teurer, noch schlimmer werden? Es muß endlich eine Aenderung kommen, denn die Regierung versprach Maßnahmen gegen die Teuerung und die Sozialdemokratie kündigte starken Kampf gegen den Wucher an. Die Gewerkschaftsbürokratie markierte geschäftiges Tun. Aber immer schneller eilten die Preiserhöhungen den Lohnsteigerungen voraus. Viele Frauen murrten, wenn die Männer durch einen Streik bessere Lohnverhältnisse herbeizuführen versuchen wollten. Streiks nutzen doch nichts, sagte man. Aus Verzweiflung waren es dann sehr oft Frauen, die sich an Plünderungen von Läden beteiligten. Man kann die Stimmung verstehen. Doch ist sie falsch. Streiks waren bisher nur darum ergebnislos, weil sie verzettelt geführt wurden, und weil die Gewerkschaftsbürokratie passiven und aktiven Widerstand leistete. Dieser Widerstand muß überwunden werden, dann werden die Streiks auch erfolgreich werden. Wer verhinderte z. B. einen Sieg der Eisenbahner am Anfang des Jahres 1922? Die Gewerkschaftsbürokratie. Sie erklärte den Streik für einen wilden. Sie forderte auf zum Streikbruch. Sie ging sogar dazu über, den Eisenbahnern das Recht auf Streiks abzusprechen. Immer war es die Gewerkschaftsbürokratie, die bei Streiks, der Textilarbeiter, der Metallarbeiter usw., jetzt zuletzt noch in Ludwigshafen bei dem Kampf der Anilinarbeiter, den Streikenden in den Rücken fiel. Darum endeten viele Streiks mit dem Siege des Kapitals. Die Niedergeschlagenheit versetzten breite Schichten in Verzweiflungsstimmung. So erklären sich die Akte vermeintlicher Selbsthilfe, Krawalle und Plünderungen. Sie sind keine Selbsthilfe, sie schaden nur, sie geben der bürgerlichen Regierung den erwünschten Anlaß, mit Gewaltmitteln gegen das Proletariat vorzugehen.

Falsch ist aber auch, das Nichtstun und Abwarten. Aber immer noch glaubten große Teile des Proletariats, es werde ihnen Rettung von anderer Seite gebracht. Die Zeitungen waren ja voll von Berichten über Konferenzen der Regierungen über Anleihen, Kredite, Sachwerterfassung, Friedenskundgebungen usw. Dabei müßte doch etwas herauskommen, sagten sich die Leichtgläubigen, und man wartete weiter. Aber immer schneller gingen die Preise hinauf. Die Not wurde größer und größer. Selbst in den Kreisen des Mittelstandes, der kleinen Beamten machte sich der Hunger als Herrscher an. Die Propaganda für Monarchie, für neuen Militarismus und für neuen Krieg fand bei ihnen guten Nährboden. Mit der Ermordung Erzbergers und Rathenaus sollte die Erfüllungspolitik, die von diesen Leuten geführt wurde, getroffen werden. — Die große Masse verarmte und in immer wenigeren Händen ballten sich Riesenkapitalien zusammen. Die SPD. redete von Sachwerterfassung, um das Proletariat hinzuhalten, das Großkapital erfaßte die Werte für den Privatbesitz. Das industrielle und agrarische Kapital beutete das ganze Volk aus, wälzte auf die schwachen Schultern alle Lasten des Krieges und die Kosten der Kriegsentschädigungen.

Was geschah? Die SPD. dämpfte den Kampfwillen des Proletariats. Man begnügte sich mit leeren Demonstrationen. Und höher stiegen die Preise, drückender wurden die Steuern, heftiger der Vorstoß des Kapitals gegen den Achtstundentag und die Lohnforderungen der Arbeiter. Arbeitern und Beamten werden die Steuern vom Lohn abgezogen. Die Besitzenden sabotierten die Steuerleistung und just während der Rathenau-Affäre wurden die Erbschaftssteuern ermäßigt. Und gerade während der Zeit, als die Preise sprunghaft in die Höhe gingen, wurden die Steuern für die Werktätigen erhöht zugunsten der starken Schultern.. Aber immer noch wartete das Proletariat auf eine Besserung, die von selbst kommen soll.

Noch ein Hoffnungsschimmer winkte. Die »Internationale der Sozialdemokraten sollte Rettung bringen, sollte das Problem der Reparationszahlungen, des Vertrages von Versailles lösen. Nach dem Haag richteten sich die Blicke der Verzweifelten. Was kam von dort? Resolutionen gegen den Krieg. Weiter nichts. Genau so wie damals in Basel. Sie schworen, keinen Krieg zu dulden. Bald darauf zogen sie an der Seite ihrer nationalen Kapitalisten in den Weltkrieg hinein, als Verteidiger kapitalistischer Interessen. Als strammte Kämpfer für den Kapitalismus, als kapitalistische Wiederaufbauer kamen sie aus dem Kriege heraus. Und treibt die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft in einen neuen Krieg hinein, dann werden die Sozialdemokraten genau wie 1914 wieder als Verteidiger des Vaterlandes ein neues Völkermorden mitmachen, werben sie das internationale Proletariat dem internationalen Kapital opfern.

Wenn irgendwo Proletarier sich empörten, wenn sie sich aufbäumten gegen das Wüten der kapitalistischen Gesellschaft, dann traten die Gewerkschaftsbureaukraten als Hilfstruppe der Herrschenden gegen die Arbeiter auf; sie verlangten und organisierten den Streikbruch, Sozialdemokraten schlugen mit Ausnahmeverordnungen und Ausnahmegerichten das Proletariat zu Boden.

Trotzdem hofften große Teile des Proletariats immer noch auf Besserung. Aber während sie von Hoffnung zu Hoffnung taumelten, von einem Selbsttrösten in das andere, wuchs die Teuerung immerzu, blieb der Lohn immer weiter hinter den Preissteigerungen zurück, quälte der Hunger, quälten Not und Sorgen das Proletariat härter, brutaler, mörderischer.

Nun kostet ein Kilogramm Markenbrot bereits über 20 000 Pfg., markenfreies Brot über 30 000, gegen 26 Pfg. in der Vorkriegszeit. Im Durchschnitt sind die Preise aller Lebensmittel auf mehr als das Tausendfache gestiegen, die Löhne höchstens um das 300- bis 400 fache. Zusammengepfercht in elenden dumpfen Löchern hausen kinderreiche Proletarierfamilien. Schöne große Villen stehen leer, Schieber und Wucherer bewohnen Prachtwohnungen von 10 bis 20 Räumen. Proletarier hungern und frieren, massenhaft sterben ihre Kinder, Würger Tod hält reiche Ernte.

Das ist das Bild, das die Arbeiterin rückschauend erblickt. Ist nun wenigstens die Höhe des Leids erklommen? Tausende, zermürbt, mutlos, verzweifelt, sind geneigt, sich die Frage mit Ja zu beantworten. Und doch ist das verkehrt. Es gibt keinen Höhepunkt der Not. Schon weiß man, daß ein Kilogramm Brot bald über 40 000 Pfennige kosten wird, mehr als das 3000fache des Vorkriegspreises. Schon wird mitgeteilt, daß ein Pfund Zucker im neuen Jahre 240 Mark kosten wird. Am meisten leiden unter diesen Zuständen Proletarierinnen. Sie und ihre Kinder hungern am meisten, ihre Töchter versinken in Schmutz und Schande. Schärfer geht das Kapital gegen den Achtstundentag, gegen Lohnforderungen vor. Immer williger stellt sich die Gewerkschaftsbureaukratie in den Dienst des provokatorischen Kapitals. Gewaltiger noch als bisher will man die Preis- und Steuerschraube anziehen. Mit Hoffnungen, mit dem selbstrügerischen Trost: es muß doch anders werden, wird nichts gebessert. Das Abwarten bringt nicht aus der Not heraus. Helfen kann nur Kampf. Helfen kann nur, wenn das Proletariat, wenn die Arbeiterfrauen endlich das lähmende Hoffen auf Hilfe von außen überwinden, wenn sie sich einreihen in die Front der Kämpfenden, wenn die Arbeiterin mahnt und weckt für den Klassenkampf zur Ueberwindung der kapitalistischen Herrschaft, zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Den Weg dazu hat die Arbeiterschaft endlich erkannt. Mit den Kontrollausschüssen und mit der Betriebsrätebewegung schafft sie sich Organe, die eine wirkliche Selbsthilfe des Proletariats einleiten. Hier ist ein Arbeitsfeld auch für die Frauen. Sie müssen hinein in die Kontrollausschüsse, in die Preisprüfungsstellen, in die Wuchergerichte. Sie müssen sich regen — sie müssen sich wehren.

Das neue Jahr darf keine stumme Resignation, kein bängliches Schwanken kennen. Es fordert zähen, zielbewußten Kampf — soll er zum Siege führen, dann dürfen die arbeitenden Frauen an ihm nicht fehlen.

Volk in Not!

Die deutsche Bourgeoisie hat es immer gut verstanden, die von ihr abhängigen Intellektuellen, die Aerzte, Wissenschaftler, Künstler usw. vor ihren Wagen zu spannen. Teils bewußt haben sich diese den Interessen des Kapitals dienstbar gemacht, teils unbewußt sind sie dem ihnen aufgezwungenen Gedankengang gefolgt, daß „das Volk" ein Ganzes ist, und die herrschende Klasse sein berufener Vertreter.

Während des Krieges traten diese „unabhängigen" Vertreter der Wissenschaft mit einem Schreiben hervor, das sie als Lakaien des Kapitals vor aller Welt entlarvte. Jetzt, wo der Ablauf des Moratoriums bevorsteht und die Entente unter sich ein Uebereinkommen sucht, wie der unterlegene Konkurrent aufs Neue zu schröpfen ist, treten sie wieder hervor, um mit dem Elend der deutschen Arbeiterklasse Mitleid bei der Entente zu erwecken. Etwa zu dem Zweck, daß dieser Not abgeholfen wird? O nein, nur um eine Erleichterung der Reparationszahlungen für die Bourgeoisie zu erzielen. Das allein ist der Grund, warum diese Aerzte jetzt soviel vom „Krankenbett des deutschen Volkes" reden. Sie haben sich vor kurzem hier in Berlin versammelt und eine Entschließung angenommen, die sich an ihre Kollegen im Auslande und die „gesamte Kulturwelt" wendet, ihren Einfluß geltend zu machen, daß „Deutschland die Möglichkeit der Gesundung" gegeben wird. In vielen Referaten haben sie mit schrecklichen Zahlen bewiesen, daß der Gesundheitszustand der Mehrheit des deutschen Volkes (das ist die Arbeiterklasse) absolut untergraben ist durch die Senkung der Lebenshaltung, daß Tuberkulose, Rachitis, Blutarmut, Skorbut und Hungerödem, die typischen Krankheiten der Hungerperiode, das Land mit Seuchengefahr bedrohen. Nichts ist übertrieben in diesen Schilderungen der Not und des Elends und wir brauchen dem nichts hinzuzufügen.

Die deutsche Bourgeoisie ist sich wohl bewußt, wo ihre Politik hintreibt und was die Folgen davon sind. Das hat die Tagung der Aerzteschaft bewiesen. Und man sollte meinen, diese Aerzte, die die schrecklichen Folgen der ungenügenden Ernährung, des Wohnungs- und Kohlenmangels so ergreifend schildern können, müßten ihre ganze Kraft einsetzen, um der Arbeiterschaft in ihrem Kampfe beizustehen, diese Zustände zu ändern. Aber wir erinnern uns an den vergangenen Winter, als die städtischen Arbeiter in Berlin in einen Streik traten um höhere Löhne, die jeder als berechtigt anerkennen mußte, da verfaßten die Aerzte vielen erkrankten Arbeitern die Hilfe, die zu geben sie verpflichtet sind, da sprachen sie offen von einem Streik der Aerzte, wenn die Arbeiter nicht wieder zufrieden am Hungertuche weiternagen wollen.

Oft schon hörte man, daß es an Aerzten nicht gefehlt hat, die den in Aufständen verwundeten Arbeitern die Hilfe versagten. Deutsche Arbeiter wissen, und sie dürfen es weder vergeben noch vergessen, wie schändlich deutsche Aerzte am ermordeten Arbeiter Sylt gehandelt haben. Keiner von ihnen wies auf seine Wunden hin, keiner bezeichnete die Schandtat als Mord, keiner erhob seine Stimme zur Anklage — denn Sylt war ein Kämpfer des Proletariats. Wir wissen also, aus Liebe zur Arbeiterklasse, aus dem ehrlichen Wunsch, diese herrschenden Zustände zu ändern, ist diese Aktion der Aerzte nicht herausgewachsen. Die Geldsäcke der Bourgeoisie zu schützen, die Profite der Bourgeoisie nicht antasten zu lassen, weder von den Arbeitern noch von den Kapitalisten der Entente, das allein ist der Zweck und das Ziel ihrer Bestrebungen. Wollten sie wirklich dem Elend der deutschen Arbeiterschaft auf die Spur gehen, ihm abhelfen, dann fänden sie diese Spur bald. Ein Blick in die bürgerlichen Zeitungen würde es ihnen erleichtern. Da steht oft in einer Spalte die herzerreißende Schilderung der Not der deutschen Kinder und in der anderen Spalte ist aus dem Reichstagsbericht zu lesen, wie sich das Bürgertum gegen die bescheidensten Maßnahmen sträubt, die eine Linderung des Elends herbeiführen könnten. Die Kinder brauchen Milch und Fett, aber die Milchproduzenten verschieben Milch und Butter für ausländische Valuta; die Kinder brauchen Brot — aber die Getreideproduzenten halten das Getreide zurück, daß es über die Weltmarktpreise im Inland steht und verkaufen es an ausländische Schieber; die Kinder brauchen Zucker — aber der Zucker ist plötzlich „ausländischer" Zucker geworden und muß dementsprechend bezahlt werden; die Arbeiterfrau hungert, aber Kartoffeln werden den Schnapsbrennereien zugeführt, anstatt als Nahrungsmittel Verwendung zu finden; die Arbeiter können kein Fleisch mehr kaufen, aber die Fleischproduzenten finden es profitabler, für Edelvaluta Geschäfte zu machen. Die deutsche Regierung ist vor dem Bankrott, aber die Kapitalisten, die Unternehmer und Banken, denken nicht daran, die Steuern und die Zwangsanleihe zu zahlen, sie lassen die Arbeiter schröpfen und zahlen später in entwerteter Papiermark. Die Arbeiterschaft verliert täglich mehr ihre Lebenskraft, aber der Zehnstundentag wird eingeführt. So liegen die Dinge, aber die Aerzte wollen sie nicht sehen. Die Arbeiter aber verzichten darauf, daß auch noch ihr Elend dazu dienen soll, ihrem Todfeinde, der deutschen Bourgeoisie erleichterte Zahlungsbedingungen zu verschaffen. Wenn Ihr nicht mit uns kämpfen wollt, obwohl Ihr unser Elend seht und kennt, so seid Ihr unsere Feinde! — Das ist die Antwort, die wir auf das schamlose Gebaren geben. Wir sehen den Weg, den wir gehen müssen, aber er ist kein Spaziergang. Ein Weg des Kampfes ist er gegen unsere „vaterländische" Bourgeoisie, der zum Kampf um die Macht des Proletariats wird!

S.

Die Fahne der Leipziger Arbeiterinnen im Petrograder Sowjet.

Der Abschluß der Wahlen zum Petrograder Sowjet fiel mit der Eröffnung des 4. Kongresses der Kommunistischen Internationale zusammen. Die Kommunisten waren mit überwältigender Mehrheit in den Sowjet gewählt. Im vorigen Jahre noch war ein verhältnismäßig großer Teil der Arbeitervertreter „parteilos". Die graue Masse hatte diesmal den Kommunisten den Vorzug gegeben. Vielfach erklärten die Vertreter der großen grauen Masse der Arbeiter in den Wahlversammlungen: „Die Bolschewiki haben uns gegen die kaiserlichen Generale geführt, gegen Kornilow. Judenitsch und all die anderen. Mit den Bolschewiki haben wir gehungert, mit ihnen haben wir gehungert, wir wollen ihnen schon unsere Stimme geben, mögen sie uns führen und zeigen, wie unser Leben besser und freier gestaltet wird . . ." Von der Bolschewiki hatten die Arbeiter in Petrograd gelernt. Achtung vor der arbeitenden Frau, Vertrauen zu ihren Fähigkeiten zu gewinnen, denn gegen 29 Prozent der gewählten Vertreter in den Sowjets sind Frauen — meist Kommunistinnen.

Die Eröffnung des neugewählten Petrograder Sowjets fand in einem Saale eines der zahlreichen Schlösser der „früheren Herrschaften" statt. Andere Bestimmung hatte einstmals dieses Schloß, anderen Zwecken diente einstmals dieser Saal, in dem sich die neugewählten Vertreter der Arbeiter, verantwortliche Parteiarbeiter und Gäste drängten und die ausländischen Delegierten zum Internationalen Arbeiterkongreß versammelten. Flammendes Rot schmückte die Säulen und die Wände des Saales, vor dessen Eingang eine militärische Ehrenkohorte die Delegierten erwartete.

Genossin Zetkin begrüßte den neuen Petrograder Sowjet. Den Petrograder Arbeiterinnen hatte sie ein Geschenk mitgebracht: die Fahne der Leipziger Arbeiterinnen, die diese als Ausdruck ihrer Verehrung und ihres Dankes an die russischen Arbeiterinnen geschickt hatten. Vor diesem einfachen und schlichten Geschenk erhob sich der ganze Saal und lange brauste die „Internationale". Diese Fahne ist noch nicht zugegen aber das Volk sieht doch an ihr — daß sollen die russischen Arbeiterinnen zu schätzen. Sie werden die Fahne der Leipziger Kommunistinnen hochhalten, die der Petrograder Sowjet in

tiefer Ergriffenheit in Empfang nahm. Der Antrag des Genossen Sinowjew, den Leipziger Arbeiterinnen ein Gegengeschenk zu machen, löste minutenlange, begeisterte Zustimmung aus. Genossin Zetkin hat dies Geschenk, eine herrliche rote Fahne, bereits erhalten. Eine Deputation von Petrograder Arbeiterinnen überreichte sie ihr feierlich während einer Sitzung der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale.

Zu den kommenden Kämpfen wird diese Fahne den deutschen Arbeiterinnen voranleuchten, sie wird sie an die Kämpfe der Petrograder Arbeiterinnen erinnern und die deutschen Arbeiterinnen mahnen, sich dieser Fahne würdig zu zeigen.

Welche Empfindungen die Macht des Sowjets, die in erster Linie von dem Petrograder Proletariat erkämpft wurde, auslöst, zeigte Genossin Zetkin in einem Satze einer Rede aus, die sie bei ihrer Ankunft in Petrograd auf dem Uritzki-Platz hielt. Sie sagte: „Zehn Minuten unter Euch, inmitten der Petrograder Arbeiter, wiegt ein Leben voller Kämpfe auf." Was die deutsche Kommunistin über die Befreiungskämpfe des Petrograder Proletariats, über seine Machtorgane denkt, was es Sowjetrußlands Proletariat dankt, das sprach Genossin Zetkin in folgenden Sätzen aus:

Genossinnen und Genossen! Im Namen all derer, denen Ihr die Ehre habt zuteil werden lassen, sie als die Euren in Euren Sowjet zu wählen, danke ich Euch. Wir sind Brüder, Schwestern. Wir sind die Euren. Wir alle haben nur ein Vaterland, das ist die Revolution, das ist der Kommunismus. Und deshalb haben wir Heimatrecht unter Euch, wo immer auch unsere Wiege gestanden hat, und welche Sprache auch immer wir sprechen. Als die Vertreterin der kommunistischen Frauen aller Länder bin ich beauftragt, dem russischen Proletariat und dem roten Sowjet-Petrograd im besonderen Grüße zu überbringen. Unsere Sehnsucht, unsere Bewunderung, unsere Dankbarkeit als revolutionäre Kämpfer gelten dem revolutionären Proletariat Rußlands und den werktätigen Bauernmassen, die mit dem Proletariat zusammenstehen. Alles revolutionäre Ringen und Kämpfen des schaffenden russischen Volks scheint uns verkörpert in diesem Petrograder Sowjet der Arbeiter, der zuerst der Revolution eine unwiderstehliche Stimme und eine starke Faust gegeben hat, indem er die Bourgeoisie aus der Macht expropriierte und in Vertretung der Sowjets von ganz Rußland die Staatsgewalt in die eigene Hand nahm. Die von seinem Vollzugsausschuß eingesetzte provisorische Regierung wurde durch den allrussischen Rätekongreß bestätigt.

Genossen und Genossinnen! Wir Kommunistinnen, die wir uns um das Banner der 3. Internationale scharen, zählen erst in allen Ländern nach Zehntausenden. Aber hinter uns stehen ungezählte Massen, stehen nicht bloß Hunderttausende, stehen Millionen ausgebeuteter, mühseliger und beladener Frauen, die sehnsüchtigsvoll ihre Befreiung suchen, des rechten Weges sich noch nicht bewußt, aber vorwärts drängend. Heute fühlen sie mit uns und beginnen mit uns zu denken. Unsere Pflicht ist es, dafür zu wirken, daß diese Millionen morgen schon mit uns wollen und mit uns kämpfen für die proletarische Revolution. Als ein Zeichen unserer Entschlossenheit, unseres Willens, überbringe ich dem russischen Proletariat eine rote Fahne, von Kommunistinnen in Deutschland gespendet. Die Genossinnen in einer Versammlung in Leipzig während des Landtagswahlkampfes in Sachsen sagten mir: „Diese Fahne müssen Sie nach Rußland tragen, unseren Brüdern, unseren Schwestern ein Zeugnis dafür, daß wir die Ihren sind und entschlossen, zu leben, und, wenn es sein muß, zu sterben, um unter diesem Banner zu siegen."

Genossen und Genossinnen, ich konnte leider die Fahnenstange nicht mitbringen. Aber wir wußten uns zu helfen. Wir haben die Fahne befestigt an Besserem als an einer schönen Stange, an den Gewehrläufen, an den Bajonetten von Polizisten, die nie ihre Waffen zu Nutz und Frommen von Ausbeutung und Tyrannei gebraucht haben, sondern einzig und allein im Dienst der Freiheit, um ihrer Verteidigung willen. (Beifall

Genossen und Genossinnen! Wir Kommunisten wissen, das Euch überreichte Banner kann sich an Größe und Glanz nicht mit Euren stolzen Fahnen messen. Es hat noch nicht siegenden Proletariern vorangeleuchtet. Aber trotzdem bitte ich Euch: Holter es wert, nehmt es an Euer großes Herz. Vergeßt nicht, daß es beschafft worden ist von den Hungerlöhnen abgemagerter, sorgenbeladener deutscher Proletarierinnen. Es ist angefertigt worden nach harter Tagesfron von müden Arbeiterinnenhänden. Und auch dieses Banner ist gefärbt mit Blut, vergossen im Dienste der Revolution, vergossen im Dienste des großen, befreienden Rätegedankens. Es leuchtet vom Blut unserer besten Führer: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches, Eugen Levine und anderer, es leuchtet vom Blut Tausender Genannter und Ungenannter, die im Kampfe für den Kommunismus in Deutschland gefallen sind, die auf Befehl der Noskes gemeuchelt wurden oder die der Weiße Justizterror hinter Kerkermauern langsam aber sicher mordet. Und dieses bescheidene Banner soll Euch Symbol und Pfand des flammenden, nicht auszulöschenden Willens wachsender Massen deutscher Proletarierinnen sein, in Euren Spuren zu wandeln, Ihr heldenhaften Petrograder Arbeiter und Arbeiterinnen, die Ihr die ersten siegreichen Schlachten der Weltrevolution geschlagen habt, die Ihr aus Euren Entbehrungen und Leibern einen starken Schutzwall gemacht habt, an dem Judenitschs weißgardistische Heere sich brachen; die Ihr im vorigen Jahr, von Not gepeinigt, das Herz zerrissen, die Sowjetordnung gegen die Kronstädter Rebellen verteidigt habt. In Eurem Heldentum tritt uns entgegen das Heldentum des gesamten revolutionären russischen Proletariats. Ein Heldentum, das nicht bloß der eigenen Freiheit galt, sondern bewußt, gewollt eingesetzt wurde für die Befreiung der Ausgebeuteten und Unterdrückten der ganzen Welt. Wir sind überzeugt, daß es Euch unter dem Sowjetstern gelingen wird, den Kapitalismus bis in seine letzten Wurzeln auszutilgen und den erlösenden Kommunismus aufzubauen. Wir alle werden lieber zehnfachen Todes sterben, als darauf verzichten, dafür zu wirken, zu arbeiten am grauen Alltag, zu kämpfen in großer historischer Feldschlacht, die großen proletarischen Massen außerhalb Sowjetrußlands zum Kampf zu rufen und zu führen gegen den Kapitalismus und für den Kommunismus. Ich danke und grüße Euch in der Hoffnung, daß wir alle noch erleben, daß das Siegesbanner mit Hammer und Sichel Euren Fahnen Antwort rauschen wird aus einem Sowjetdeutschland, Sowjetfrankreich, Sowjetengland, kurz aus den vereinigten Sowjetrepubliken der Welt. Hoch der Sowjet des Petrograder Proletariats! Hoch Sowjetrußlands Arbeiter und Bauern! Hoch die Weltrevolution!

Der Riesenkampf in Ludwigshafen und seine Lehren.

Die Riesenkampf ist vorbei. Die Arbeiter sind in die Betriebe zurückgekehrt. Nicht als Sieger, aber auch nicht als Besiegte des Kapitals, sondern als Besiegte durch den Verrat in den eigenen Reihen. Allein war es dem Kapital nicht möglich, die Arbeiter erneut ins Sklavenjoch zu spannen. Es gelang ihnen nicht durch Falschmeldungen in der bürgerlichen Presse, der Streik sei beendet, es gelang ihnen nicht der Plan, ihren Betrieb dadurch wieder in Gang zu setzen, daß sie sich einzeln an die Arbeiter der Belegschaft wandten, um sie durch Versprechungen und Drohungen gefügig zu machen. Erst die tatkräftige Hilfe der Gewerkschaften machte es ihnen möglich, den Arbeitern ihre Bedingungen aufzuzwingen.

Unendlich schwer war der Kampf, in dem die Anilinarbeiter durch Wochen gestanden haben. Die Gewerkschaften, anstatt den Kampf zu unterstützen, hatten sich sofort in die Reihen der Gegner gestellt. Sie verweigerten dem Kampf nicht nur die Anerkennung, nicht nur die Finanzierung, sondern als der Kampf von anderer Seite finanziert wurde, nämlich durch den Reichsausschuß der Betriebsräte, der an die Klassensolidarität der Arbeiter appellierte, da taten sie alles, um diese Sammlungen zu unterbinden. Sie waren sich mit den Unternehmern in dem Ziel einig, die Anilinarbeiter auszuhungern, um sie gefügig zu machen. So standen die Arbeiter im Kampf gegen den mächtigsten kapitalistischen Konzern Deutschlands, ohne Unterstützung durch ihre Organisationen, allein auf die eigene Kraft gestellt. Und nur durch den offenen Verrat der Gewerkschaftsführer konnte die Front der Kämpfenden gebrochen werden. Sie wußten, was es in dieser Zeit für die Arbeiter bedeutet, ohne Geld, ohne Brot 3½ Wochen im Kampfe zu stehen, und sie benutzten die elende Lage der Kämpfenden, um sie zur Annahme der Sklavenbedingungen zu überreden, indem sie auf die lockenden Versprechungen und die Drohungen der Unternehmer hinwiesen, die diejenigen treffen würden, die sich nicht zur Annahme der Arbeit bereit finden würden. Und um das Maß voll zu machen, veranstalteten sie eine kondenhafte „Urabstimmung" im Metallarbeiterverband, um danach zu erklären, die Metallarbeiter hätten sich für die Wiederaufnahme der Arbeit erklärt, und damit den Streik abzubrechen. Zur Ehre der Metallarbeiter sei es gesagt, daß die große Mehrzahl, statt sich an der „Urabstimmung" zu beteiligen, an der großen und zur gleichen Zeit stattfindenden Streikversammlung teilnahmen, auch etwas, was die Gewerkschaftsbonzen vorausgesehen hatten. So beteiligten sich nur die Arbeitswilligen an der Abstimmung, und von etwa 9000 Metallarbeitern stimmten ganze 1000 ab, davon etwa ⅘ für Abbruch des Streiks. Aber trotzdem war es dadurch den Gewerkschaften gelungen, den entscheidenden Dolchstoß der Front der Kämpfenden zu versetzen. Zersplitterung war zu befürchten, und wenn nicht gerade die klassenbewußten Kämpfer aus dem Betrieb ausgeschaltet werden sollten, mußte die Zentralleitung selbst den Kampf abblasen und die Parole zur Wiederaufnahme der Arbeit ausgeben.

Die Bedingungen stellen in materieller Hinsicht einen Sieg der Arbeiterschaft dar. Die Lohnforderungen, die die Unternehmer und mit ihnen der Bezirks- und Reichsschlichtungsausschuß im November und bis zum Ende des Streiks glatt abgelehnt hatten, wurden angenommen, ja sogar überschritten. Aber die übrigen Bedingungen enthalten eine ungeheure Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft: Ueberstunden, Akkordsystem, Ausbau der Werkpolizei, das sind nur einige Proben aus dem Dessert, das die Unternehmer ihren Arbeitern gegeben haben. Es ist nun natürlich die Aufgabe der klassenbewußten Arbeiter in der Anilinfabrik, sofort zu neuem Kampf zu rüsten, um die verlorenen Rechte wieder zu erobern. Trotz des Verbots der Unternehmer muß das Vertrauensmännersystem wieder aufgebaut werden, um die lebendige Solidarität aller Arbeiter, die sich auch in diesem Kampf so glänzend gezeigt hat, zu erhalten, ja noch zu steigern.

Die Frauen haben in diesem Kampf ihre männlichen Klassengenossen nicht im Stich gelassen. Ihrer Initiative ist es zu verdanken, daß in den meisten Gemeinden den Kindern der Streikenden Milch, Lebensmittel und Brennholz geliefert wurde. In Ludwigshafen und Mannheim gingen die Frauen mit diesem guten Beispiel voran. In machtvollen Demonstrationen wußten sie den gehörigen Nachdruck hinter ihre Forderungen zu setzen. Und noch die Versammlung der Frauen in Ludwigshafen am Tage vor dem Abbruch des Streiks bewies, daß die Frauen durchaus wußten, worum der Kampf ging, und bereit waren, trotz Not und Elend auszuhalten bis zum Siege. Natürlich sind es auch die Frauen der Anilinarbeiter, die mit an der neuen Sklavenkette zu tragen haben werden. Die vermehrte Ausbeutung ihrer Männer, die Akkordarbeit vor allem, sind eine ständige Bedrohung ihres Familienlebens, wie ja erst im vorigen Jahre das Oppauer Unglück gezeigt hat. Deshalb werden die Frauen auch wieder an der Seite der Männer stehen, wenn es gilt, abermals den Kampf aufzunehmen gegen die Willkür der Anilinkönige.

Was aber Mut und Ausdauer besonders gestärkt hat, bei Männern wie bei Frauen, was einen freudigen Ausblick trotz der Niederlage in die Zukunft gewährt, das ist die Solidarität des deutschen und des internationalen Proletariats, die sich in diesem schweren Kampfe in der chemischen Industrie in der Pfalz zum ersten Male in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung so herrlich offenbart hat. Trotz der Sabotage der Gewerkschaften haben die deutschen Arbeiter die Bedeutung des Kampfes richtig eingeschätzt, und sie haben ihr Möglichstes getan, um den Kämpfenden ein Durchhalten zu ermöglichen. Millionen und Abermillionen haben sie aus ihrem kärglichen Verdienst aufgebracht. Das ist das Erhebende trotz des traurigen Ausgangs des Kampfes, das ist es, was auch den Arbeitern der Anilinfabrik den Mut geben wird zu neuem Kampf. Zu dem Kampf, den es vor allen Dingen nun auch in den eigenen Reihen aufzunehmen gilt gegen die Verräter, die die Schuld an der Niederlage tragen. Der Kampf hat gezeigt, wo in der großen Auseinandersetzung zwischen Proletariat und Unternehmertum die Gewerkschaftsführer stehen, und es ist die Aufgabe der deutschen Arbeiter, nun endlich daraus die Konsequenzen zu ziehen, und dafür zu sorgen, daß in ihren eigenen Reihen der Feind verjagt wird durch den einmütigen und geschlossenen Willen der in den Gewerkschaften organisierten klassenbewußten Proletarier. Und dann heißt es von neuem: „Klar zum Gefecht! Der Kampf ist beendet, es lebe der Kampf."

Emmy Bloch.

Die „Frauenfrage" auf dem Weltkongreß.

Die Frauenfrage war auf die Tagesordnung des 4. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale gesetzt. Diese Frage mußte in den Kreis der Beratungen des Kongresses gezogen werden, weil sie mit zu jenen Tagesfragen gehört, die brennend aktuell, unabweisbar konkret vor dem Proletariat stehen und nach einer Lösung drängen.

Der Angriff des Kapitals vollzieht sich auf der ganzen Linie und das Proletariat ist rettungslos verloren, wenn es sich nicht wehrt mit Klauen und Zähnen. Einheitlich und einmütig muß es sich seiner Haut wehren, muß es der Front des Kapitals die geschlossene Front der Ausgebeuteten entgegensetzen. Diese Front ist jedoch nicht geschlossen, nicht lückenlos, wenn in ihr die Frauen fehlen. Die Frauen, die im Erwerbsleben stehen, in der Werkstatt oder im Betrieb ausgebeutet werden, die für die gleiche Leistung wie der Mann eine schlechtere Entlohnung als er bekommen, die im Haushalt bei uneingeschränkter Arbeitszeit unbezahlte Arbeit leisten, die Frauen, die eine kompakte, heute noch zum großen Teile reaktionäre Masse bilden, die aber morgen, wenn die Kommunisten ihr Vertrauen zu gewinnen verstehen, Bundesgenossinnen der revolutionären, klassenbewußt kämpfenden Arbeiter werden.

Diese Frauen sind leicht zu gewinnen, denn die Offensive des Kapitals sät Not und Tod in ihre Reihen. Die Beseitigung des Achtstundentages bedeutet für die erwerbstätigen Proletarierinnen mehr als die Verlängerung des Arbeitstages. Sie werden nunmehr Tag und Nacht arbeiten müssen, um ihren Pflichten als Arbeiterin, Hausfrau und Mutter nachzukommen. Der Abbau des Arbeiterinnen-, des Mutterschutzes, der sozialen Fürsorge trifft sie besonders hart. Die Auswucherung und Aushungerung bedeutet für sie und ihre Kinder unmittelbare Lebensgefahr: die Tuberkulose sucht sich mit Vorliebe ihre Opfer unter den Frauen und Kindern. Die objektiven Bedingungen zur Gewinnung der Frau für den Kampf sind deshalb gegeben. Worauf es ankommt, ist, festzustellen, welche Methoden haben sich in dem nicht erst seit gestern geführten Kampf um die Hirne der proletarischen Frauen bewährt? Denn daß besondere Methoden notwendig sind, um diesen rückständigen Teil des Proletariats zu erfassen, ist für jeden klar, der nicht blind sein will. Auf dem Kongreß war es jedoch notwendig, noch einmal mit aller Schärfe und mit aller Eindeutigkeit auf die Notwendigkeit der Anwendung besonderer Methoden zur Einreihung der Frauen in die Kampffront des Proletariats hinzuweisen. Genossin Zetkin hat es in ihrem Referat mit aller Schärfe, mit aller Eindeutigkeit getan. „Wir dürfen nicht vergessen, daß die breiten Frauenmassen unter besonderen sozialen Bedingungen leben. Die Ausnahmestellung des weiblichen Geschlechtes in der Gesellschaft hat ihm eine besondere Psychologie gegeben, und es hat sich gezeigt, daß im Allgemeinen die Frauen es am besten verstehen, die kommunistische Arbeit unter den Frauen zu leisten. In den Ländern, wo solche Sonderorgane bestehen, wie z. B. in Bulgarien, Deutschland u. a., ist die kommunistische Frauenbewegung zu einer Kraft des allgemeinen kommunistischen Parteilebens geworden. Das gleiche gilt natürlich von Rußland." Es war notwendig, darauf hinzuweisen, weil es auch noch innerhalb der Kommunistischen Internationale Genossen gibt, die nicht genügend Vertrauen zu dieser Arbeit haben. Sie sehen am hellichten Tage Gespenster. In jedem Versuch, besondere Apparate zu schaffen, glauben sie frauenrechtlerische Eigenbrödelei erkennen zu müssen. Die Angst vor den zweifellos schädlichen, weil das Klassenbewußtsein trübenden frauenrechtlerischen Bestrebungen, sitzt manchen Genossen, besonders in Frankreich, noch in den Gliedern. Die Angst ist unbegründet. Die Klassenscheidung, die sich in den letzten Jahren besonders scharf vollzog, hat vor dem Zarten Geschlecht nicht Halt gemacht, und zwischen den Arbeitsbienen, die mit fleißigen Händen alle Schätze schaffen und den Lufttierchen, die ein Parasitenleben führen, gähnt eine unüberbrückbare Kluft. Die Frauen schweben nicht wie die Raffaelsche Madonna in den Wolken, sie stehen mit beiden Füßen auf dem harten Boden der kapitalistischen Wirklichkeit. Die Praxis der letzten Jahre hat haarscharf gezeigt, daß es keine sogenannten rein weiblichen Interessen gibt, die alle Frauen ohne Unterschied der Klassen miteinander verbindet. In allen Fällen, in denen es sich um sogenannte spezielle Frauenfragen handelte, um Arbeiterinnen-, Mutter- und Kinderschutz, Wochenhilfe, Kampf gegen Abtreibungsparagraphen, u. a., haben die Frauen in den Parlamenten sich gehorsam unter das Joch ihrer Klassengesetze gebeugt. Die Frauenrechtelei hat daher aufgehört, eine reale Gefahr für die Klassenbewegung des weiblichen Proletariats zu sein.

Aus dem Bericht, den Genossin Zetkin über die Arbeit des Internationalen Frauensekretariats gab, ging hervor, daß fast in allen Ländern Anknüpfungspunkte geschaffen werden, daß der

all Ansätze einer kommunistischen Frauenbewegung bestehen. Ja, sie konnte konstatieren, daß in einzelnen Ländern bereits sehr gute Erfolge erzielt worden sind. Die Frauen haben sich, besonders in letzter Zeit in zunehmendem Maße gegen die Verschlechterung ihrer Lebenshaltung, gegen den Abbau des Achtstundentages tapfer gewehrt. Internationale kam das Erwachen der proletarischen Frauen am Internationalen Frauentag und bei der Hilfsaktion für Sowjetrußland zum Ausdruck. Aus dem Bericht ging auch hervor, wie alle Schwächen und Mängel der Partei sich in der Frauenbewegung widerspiegeln. Je fester, je zielbewußter und organisatorisch geschlossener eine kommunistische Partei sich zeigt, um so fester und konkreter ist innerhalb dieser Partei und unter ihrer Kontrolle die Organisierung der proletarischen Frauenmassen. Alles Irren und Wirren innerhalb der Partei wirkt lähmend zurück auf die Arbeit unter den Frauen. So sind die Kämpfe innerhalb der französischen und italienischen Partei, so sind die Schwächen der englischen kommunistischen Partei nicht ohne Rückwirkung auf die Mobilisierung der proletarischen Frauen in jedem dieser Länder geblieben. Kleinbürgerlich-reformistische Tendenzen, die einzelne Parteien noch als Ueberreste einer sozialdemokratischen Vergangenheit mit sich tragen, bleiben auch nicht ohne Einfluß auf die Arbeit unter den Frauen.

Mit Recht wies Genossin Hertha Sturm in ihrem Referat auf eine allgemeine Schwäche der internationalen proletarischen Frauenbewegung hin: Die in den kommunistischen Parteien organisierten Frauen sind zum großen Teil Hausfrauen. Eine verhältnismäßig geringe Zahl der im Erwerbsleben stehenden, in den Betrieben tätigen Frauen ist in den Kommunistischen Parteien organisiert. Zweifellos ist die proletarische Hausfrau eine wertvolle Bundesgenossin im Kampfe des Proletariats. Besonders im gegenwärtigen Moment, im Kampfe gegen die schamlose Auswucherung des Proletariats, gegen seine Verelendung bilden die proletarischen Hausfrauen ein vorwärtstreibendes Element. Aber es darf doch nicht verkannt werden, daß sowohl in den großen wirtschaftlichen Kämpfen um die Verbesserung der Lebenshaltung als in dem Ringen um die politische Macht die aktive Beteiligung der Proletarierinnen in den Betrieben von ausschlaggebender Bedeutung sein wird. Ihre Hineinbeziehung in die proletarischen Kampforganisationen, in die Partei und besonders in die Gewerkschaft, ist daher das Gebot der Stunde. Leider haben die Kommunisten in den Gewerkschaften auf dem Gebiete der Zusammenfassung und Organisierung der Frauen in den Betrieben noch wenig geleistet. Das Versäumte muß nachgeholt werden. Von der Festigung der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben, der Herstellung einer innigeren Verbindung zwischen den kommunistischen Zellen und den leitenden Stellen der Partei hängt es ab, ob auch eine innigere Verbindung als wie bisher hergestellt wird zwischen den Zentralstellen der politischen Werbearbeit unter den Frauen und den in den kommunistischen Zellen organisierten Arbeiterinnen.

Sehr interessant waren neben dem Bericht aus Rußland, der zeigte, wie einheitlich und planmäßig die Einbeziehung der Frau in den kommunistischen Gedankenkreis und in den Kampf um den kommunistischen Wirtschaftsbau geführt wird, der Bericht der Genossin Kasparowa über die Arbeit unter den Frauen des Ostens. Die kommunistische Werbearbeit stößt dort auf einen von dem Kapitalismus aufgewühlten Boden.

Während des Kongresses fand noch eine besondere Aussprache der weiblichen Delegierten aus allen Ländern statt, an der auch eine Anzahl von männlichen Parteigenossen teilnahm. Diese Besprechung gab eine Fülle von Anregungen und praktischen Vorschlägen für die Arbeit unter den Frauen, sie brachte das zustande, was auf schriftlichem Wege schwer zu erreichen ist: die persönliche Fühlungnahme der Genossinnen untereinander und eine Einsicht in die Verhältnisse der einzelnen Parteien, die zum Verständnis und zur Beurteilung der internationalen Verhältnisse unbedingt notwendig ist.

Mit einer Offenheit, wie sie nur in der Kommunistischen Internationale üblich ist, wurden sowohl auf dem Kongreß als auch in der Besprechung der weiblichen Delegierten alle Blößen und Mängel der einzelnen Parteien und ihrer Arbeit dargelegt.

Die Beschlüsse des Kongresses, die dazu beitragen werden, die Parteien stark, innerlich geschlossen und kampffähig zu machen, werden auch, wenn sie ernst durchgeführt werden, die proletarische Frauenbewegung in Fluß bringen und vorwärts treiben. Die Arbeiterklasse kann sich weder erfolgreich wehren, noch die Bourgeoisie siegreich bekämpfen, wenn breite proletarische Frauenmassen abseits stehen oder sich gar ihr hindernd in den Weg stellen. Die Befreiung der Arbeiterinnen ihrerseits kann auch nur das Werk der vereinigten Arbeiterklasse sein. Von uns Kommunistinnen sagen wir mit Clara Zetkin: „Wir Frauen wollen jede Arbeit und alle Kämpfe der Kommunistischen Parteien und der sie zusammenfassenden Internationale mitmachen, und wir haben den Ehrgeiz, in erster Reihe zu stehen."

Elfe Baum.

Die Bielefelder Arbeiterfrauen greifen zur Selbsthilfe.

Auch hier zeigte sich seit einiger Zeit eine starke Unzufriedenheit unter den Arbeiterfrauen wegen der furchtbaren Preissteigerung, da hier die Löhne zum Teil noch niedriger sind als in dem übrigen Industriegebiet. Dazu kommt, daß die weiblichen Arbeitskräfte, die hier in großer Zahl in der Textilindustrie beschäftigt sind, meistens sehr schlecht entlohnt werden. Aber in den letzten Wochen hatte man auch wieder in einigen Betrieben Kurzarbeit eingeführt und in anderen Betrieben Entlassungen von weiblichen Arbeitskräften vorgenommen. Um sich wenigstens gegen die Auswüchse der Teuerung, den Wucher zu wehren, hatten einige Frauen zu einer Marktversammlung aufgerufen, die aber infolge des schlechten Wetters nur von einigen hundert Frauen besucht war, da sie auf einen öffentlichen Platz abgehalten wurde. Doch die Frauen ließen sich nicht irre machen, sie besprachen sich, eine neue Versammlung einzuberufen, und alle anwesenden Frauen verpflichteten sich, die notwendige mündliche Propaganda zu leisten. Der festgesetzte Tag kam, und die Frauen gingen früh um 8 Uhr schon mit ihren Schildern auf die Straße, wo sie ihre Leidensschwestern aufforderten, zu dieser Versammlung zu kommen. Doch die Schupo erblickte darin eine staatsgefährliche Aktion und ging dazu über, die Schilder zu beschlagnahmen und die Träger zu verhaften und zu mißhandeln. Das brachte die Frauen in Erregung, und sie versuchten, in die Wache einzudringen. Jetzt glaubte sich die Schupo bedroht und ging mit blanker Waffe gegen die Frauen vor. Nachdem sich dann die inzwischen angesammelte Masse von 3000 Menschen auf den Platz zurückgezogen hatte und eine Arbeiterfrau in schlichten Worten sich an die anwesenden Frauen wandte und sie ersuchte, eine Hausfrauenkommission zu bilden und bei der Behörde vorstellig zu werden, um eine gewisse Abhilfe gegen die Teuerung zu schaffen und man zur Wahl einer Hausfrauenkommission von 10 Frauen geschritten war, trafen zwei Lastautos mit etwa 100 Schupoleuten ein, die jetzt die Versammelten auseinandertrieben. Von diesem Loschlagen der Schupo gegen die wehrlosen Frauen hatten die Arbeiter in den Betrieben gehört, und einzelne Betriebe wollten sofort den Frauen zur Hilfe eilen. Es sandten nun die größeren Betriebe Delegationen, und inzwischen hatten auch die Gewerkschaftsbürokraten versucht, vermittelnd einzugreifen und vor allem zu verhindern, daß die Arbeiter aus den Betrieben gingen.

Die gewählte Hausfrauenkommission erblickte ihre erste Aufgabe darin, sich gegen das rigorose Vorgehen der Schupo zu wehren. Sie wurden darum bei dem Hauptmann vorstellig, und dieser versprach ihnen, die in Frage kommenden Beamten im Zukunft mehr für den Straßendienst zu verwenden. Am nächsten Tage war dann die ganze bürgerliche Pressemeute und auch die sozialdemokratische über dieses Vorgehen der Frauen hergefallen. Sie bezeichneten es als einen neuen kommunistischen Putsch. Da aber nun die größere Anzahl der Frauen sogar politisch indifferente Frauen sind, verlangten diese die Aufnahme einer Berichtigung, die dann in allen Zeitungen erschienen ist, natürlich brachten die Zeitungen noch einen besonderen Kommentar dazu. Zugleich wandte sich dann die Hausfrauenkommission mit einem Schreiben an sämtliche Betriebe und die Parteien.

Dieser Aufruf wurde in sämtlichen Betrieben angeschlagen, und die Arbeiter und Arbeiterinnen diskutierten eifrig, so daß teilweise die Unternehmer schon die Beseitigung des Schreibens verlangten.

Außerdem hat man sich noch mit einer Einladung an die Betriebsräte und die proletarischen Parteien gewandt, um in einer gemeinsamen Sitzung zur Frage der Teuerung Stellung zu nehmen und einen erweiterten Kontrollausschuß auch von den Arbeitern zu bilden. Wir sehen, wie hier der Kampf gegen die Teuerung von den Frauen allein ausgegangen ist. Aber allein dieses Vorgehen der Frauen hat schon bestimmte Vorteile gehabt. So wurden nach der ersten Versammlung durch die Wucherpolizei, die sonst niemals auf dem Markte zu sehen war, die Preise herabgesetzt. Nach der zweiten Versammlung wurden ebenfalls die Preise stark herabgedrückt, so daß die gute Butter auf dem Markte billiger war als die Margarine in den Geschäften. Ebenso sah sich die Stadt auch genötigt, an die alten Leute sofort eine Geldunterstützung auszuzahlen. Was sonst meistens wochenlang dauert, konnte jetzt in wenigen Tagen erledigt werden.

Die Frauen wollen jetzt auch die Betriebsräte zu ihrer Unterstützung heranziehen, um so noch einen größeren Druck für die Durchsetzung ihrer Forderungen bei der Behörde auszuüben. Eine erneute Versammlung, in der die Hausfrauenkommission Bericht erstattete, legte den Beweis ab, von welchem guten Willen die Frauen beseelt sind und daß sie nicht daran denken, in ihrer Kraft zu erlahmen, sondern sie wollen den Männern vorangehen. Bielefeld ist die Hochburg der USPD., aber auch dort schwindet das Vertrauen der Arbeiterschaft zu dieser Partei immer mehr, und sie müssen sehen, wie auch die proletarischen Frauen sich dem Klassenkampf zuwenden.

Aus der Organisation

An das Frauenreichssekretariat.

Werte Genossinnen! Meinem Versprechen, weitere Berichte folgen zu lassen, komme ich endlich nach. Nachdem in unserer öffentlichen Frauenversammlung am 13. Okt. die Frauen die 7 Forderungen angenommen hatten, folgten die Verhandlungen mit dem Stadtdirektor, die bis auf einige nichtssagende Abänderungen ergebnislos blieben. Als einige von unseren Genossinnen etwas energisch wurden, bezeichnete er sie als Hetzerinnen und ließ sie aufschreiben. Nach dem Verhalten des Herrn Stadtdirektors sahen wir uns gezwungen, wieder eine öffentliche Frauenversammlung einzuberufen, um den Frauen das Ergebnis der Verhandlungen mitzuteilen. Aus der Versammlung war zu ersehen, daß die Frauen nicht gewillt waren, mit so einer Antwort sich zufrieden zu geben. Es wurde dann aus der Versammlung heraus die Frage gestellt, was wir nun wollten, um unseren Kindern Brot zu verschaffen. Denn es gab bei uns in Gotha viele Familien, die schon acht Tage kein Brot mehr hatten und wo der Mann schon 8 Tage hungrig zur Arbeit und die Kinder hungrig zur Schule mußten, weil die Brotmarken für die nächste Woche, in der das Brot teurer werden sollte, nicht angenommen wurden. Nun beschloß die Versammlung eine Demonstration zum 26. Oktober. Wirklich waren 500 Frauen da. Als wir am Rathaus ankamen, wollte die Polizei nicht alle Frauen hineinlassen. Aber die Frauen verschafften sich Eintritt, indem sie die Polizei beiseite drängten und bis auf einen geringen Teil, der draußen stand, die Treppen und Flure besetzten. Eine Kommission verhandelte mit dem Stadtdirektor und als es ziemlich lange dauerte und die Frauen unruhig wurden, aber der Herr Stadtdirektor sich immer noch nicht entschließen konnte, nachzugeben, wurde ihm unterbreitet, daß wir Frauen jetzt auf der Stelle in die Betriebe ziehen, unsere Männer holen und wiederkommen würden, für die Folgen wäre er verantwortlich. Jetzt gab er nach, er versprach Brotmarken für die Demonstranten, aber keineswegs für alle. Wir forderten für alle, der Herr Stadtdirektor blieb dabei, daß die, die nicht mit hier wären, keinen Hunger hätten. Der Stadtdirektor und die Polizei waren durch das energische Auftreten gezwungen worden nachzugeben. Wir haben dann selber die Brotmarken verteilt. Viele Frauen, die immer abseits standen, wurden dadurch aufgerüttelt, denn tagtäglich kommen Frauen zu uns und fragen: „Ist denn nicht bald wieder Versammlung?" Sie haben daraus gelernt, daß sie das nächste Mal, wenn sie nicht mitgehen, nichts bekommen, was für die Partei von großem Erfolg ist. Zu der Versammlung am 27. Oktober hatten wir auch die Betriebsräte eingeladen. Diese wurden gefragt, wie sie sich zu den Kontrollausschüssen stellen. Es wurde ein Kontrollausschuß gebildet, der Hand in Hand mit der Frauenteuerungskommission die Forderungen durchzusetzen hat. Großen Aufruhr gab es am Dienstag im Stadtparlament, wo diese verhandelt wurden. Ihr werdet das alles in unserer Zeitung verfolgt haben. Für uns als Partei erwuchs uns eine große Agitation. Von vielen Ortsgruppen wurden wir aufgefordert, eine Frauenversammlung abzuhalten. In jeder Woche fanden 2—3 Versammlungen statt, in denen immer eine Frau aus Gotha sprach. So in Ruhla, Eisenach, Mühlhausen, Jena, Apolda, Salzungen und Ohrdruf. In verschiedenen Orten, wo überhaupt noch keine Frauenbewegung existierte, leiteten wir diese ein. Ich kann nur sagen, daß wir durch unser Eingreifen viele indifferente Frauen für uns interessiert haben. Euer Rundschreiben, einen Hausfrauenkongreß für Thüringen einzuberufen, können wir nur gut heißen. Wir haben nun am 25. November wieder eine Frauenversammlung gehabt. Sie war wie alle Versammlungen in Gotha sehr gut besucht. Die Versammlung war einstimmig für den Aufruf, einen Hausfrauenkongreß sobald als möglich abzuhalten. An alle Frauen ging der Ruf mitzuhelfen, um für uns und unsere Kinder das zu schaffen, was zum Leben notwendig ist. Wir wollen nun, um den Kongreß so zu gestalten wie es sein muß, eine Kampagne einleiten, damit auch alle Frauen Thüringens erfaßt werden. Allerorts sollen Versammlungen abgehalten werden, um die Frauen auf den Plan zu bekommen. Um aber die Arbeit alle bewältigen zu können, brauchen wir Kräfte und daran mangelts auch in Gotha. Deshalb werdet Ihr es auch entschuldigen, wenn der Bericht etwas länger ausblieb, da man zu sehr in Anspruch genommen ist. Ich verspreche Euch aber immer regelmäßig Bericht zu geben, sobald es irgend möglich ist. Um mir aber etwas Arbeit abzuschütteln, werde ich jetzt Referentinnenabende abhalten, um unsere Genossinnen zu schulen. Ich werde Genossen Bohn, der wirklich etwas für Frauenfragen übrig hat, heranziehen. Er wird es uns auch sagen, wie wir es am besten machen sollen. Einen Abend hatten wir schon, der zweite ist am kommenden Dienstag. Ich werde Euch berichten, wieviel Frauen daran teilnahmen. Ich nehme an, wenn wir eine Genossin für die Hausfrauenkongreß brauchen, was bestimmt erforderlich ist, sich eine tüchtige Genossin von Euch zur Verfügung stellt.

Mit komm. Gruß

Selma Stammberger,
Gotha.

Feuilleton

Die Bolschewistin Anna.

Eine Geschichte aus dem russischen Dorfleben.

Anna lebte in unserem Dorfe. Sie war groß, breitschultrig und hatte schwarze, hoch geschwungene Augenbrauen.

Ihr Mann war kaum größer als ein Fingerhut. Kosonok nannten wir ihn. So unbedeutend sah er aus, daß es schien, man könnte ihn unter einem Hut verschwinden lassen. Aber wenn er auf seine Frau böse wurde, hilf Himmel, wurde er dann zu einem Teufel. Dann schlug er mit der Faust auf den Tisch, wie der Schmied auf den Amboß und schrie: „Ich werde dich noch totschlagen, ich werde deine Seele aus dir herausquetschen!"

Aber Anna war klug. Sie tat, als hätte sie Angst vor ihm, und behandelte ihn sehr respektvoll.

* * *

Als die Bolschewisten mit ihrer Freiheit kamen und ihr Geschwätz anfingen über die Gleichheit von Mann und Frau, da gingen Anna plötzlich die Augen auf. Wenn irgend jemand eine Rede halten sollte, stürzte sie in die Versammlung. Man konnte wirklich glauben, sie hätte all ihr Schamgefühl verloren. Einmal ging sie sogar zum Redner hinauf und sagte zu ihm mit weit aufgerissenen Augen: „Komm an unseren Tisch, Genosse, und trink eine Tasse Tee mit uns."

Kosonok war einfach sprachlos. Es flimmerte ihm vor den Augen. Seine Nüstern bebten. O, er will es ihr gleich hier geben," dachten wir. Aber er riß sich plötzlich zusammen, ging ihr ungeschickt entgegen und sagte kurz: „Geh sofort nach Hause!"

Das fiel ihr aber gar nicht ein. Gerade, um ihm zu trotzen, ging sie auf die Rednertribüne und fing an, uns eine Rede zu halten.

„Genossen! Bauern!"

Wir konnten uns einfach vor Lachen nicht mehr halten. Sogar Kosonok hatte seine Fassung verloren.

„Genosse, Redner, jage doch dies Teufelsweib herunter!"

Zu Hause gab er es ihr aber ordentlich.

„Ich werde deine Seele aus dir herausquetschen!"

Aber Anna neckte ihn nur.

„Wer macht hier soviel Lärm, Prokofi Mitritsch? Bist du das etwa? Es klingt wirklich furchtbar, aber ich fürchte mich nicht im geringsten."

* * *

Damit fing es an. Kosonok versuchte seine Macht zu zeigen, Anna die ihre. Kosonok schlief im Bett, Anna auf dem Ofen. Kosonok kam zu ihr, sie lief ihm davon.

Dann weigerte sich Anna plötzlich, mehr Kinder zu bekommen. Sie hatte zwei gehabt, und beide waren gestorben. Kosonok wollte ein drittes haben, aber Anna wollte nichts davon hören. „Ich bin dieses Spieles überdrüssig", sagte sie.

Das brachte ihn noch mehr außer sich.

„Ich werde dir den Kopf abschlagen, wenn du so redest!"

Aber Anna lachte nur. „Ich werde keine Kinder mehr bekommen", erwiderte sie.

* * *

Der arme Kerl war einfach fassungslos. Man konnte mit ihm nicht mehr scherzen und Unsinn machen wie früher. Er stieg auf seinen Ofen und lag dort wie ein Witwer. Was sollte er nur tun? Ihr eine ordentliche Tracht Prügel geben? Dann würde sie ihn gleich verlassen. Oder noch schlimmer, sie würde ihn vors Gericht schleppen, und die Bolschewisten würden ihn schon schuldig finden — es war ja ihre Manier, so viel Aufhebens von Weibern zu machen. Oder sollte er sie tun lassen, was sie wollte? Das wäre ja eine Schande für ihn, und jeder würde sagen: Der Mann hat keinen Charakter, er ist ein Feigling. Zweimal ging er zu einer Wahrsagerin, aber auch das half ihm nichts.

Inzwischen fing Anna an, Bücher und Zeitungen aus dem Klub nach Hause zu schleppen. Sie breitete dann ein ganzes Blatt auf dem Tische aus und saß schweigend davor wie eine Schullehrerin und bewegte die Lippen. Kosonok sah ihr zu und sagte nichts. Besser, sie liest zu Hause, als daß sie sich draußen herumtreibt, dachte er. Nur hin und wieder sagte er spöttisch:

„Liest die Zeitung verkehrt herum, was? Fängt das Weib zu lesen an, heiliger Himmel!"

Anna verlor wirklich etwas ihren Kopf. Sie fing an, ihre Nase in die Angelegenheiten der Männer zu stecken. Wenn auf einer Versammlung über irgend eine öffentliche Frage entschieden werden sollte — sie war immer da. Das wurde den Männern schließlich zu viel.

„Anna, geh in deine Küche", pflegten sie zu sagen.

Sie kümmerte sich nicht darum und guckte in die Luft, als ob es sie gar nichts anginge. Dann setzte sie sich plötzlich in den Kopf, eine „Frauengruppe" zu gründen — ein merkwürdiger Ausdruck, der Himmel mag wissen, was er bedeuten soll. Wir bekamen aber doch einen ordentlichen Schreck, als wir sahen, wie erst eine, dann eine zweite und dann eine dritte Frau sich dieser verdammten Gruppe anschloß. Bald wurde in Kosonoks Haus eine Schule für Erwachsene eröffnet. Frauen kamen dort zusammen und schwatzten stundenlang. Sogar der Kommissar des Dorfrates besuchte zuweilen ihre Versammlungen — natürlich beschäftigte man sich dort immer mit Selbsterziehung und ähnlichem Zeug.

Der Kommissar steckte immer mit den Frauen unter einer Decke. Das war ja sein Programm.

„Du darfst jetzt keine Frau mehr schelten, Prokofi Mitrisch", sagte er zu Kosonok. „Es ist Revolution!" Kosonok antwortete nur mit einem dummen Lächeln. Innerlich hätte er diese Revolution gerne in Stücke zerrissen.

Aber Annas Streiche wurden immer toller. Eines Tages sagte sie: „Ich will Mitglied der Kommunistischen Partei werden."

„Du solltest dich schämen", antwortete Kosonok und versuchte sie wieder zur Besinnung zu bringen. „Hast du denn gar kein Gewissen? Gott wird dich strafen, wenn du dich so benimmst."

Aber Anna kicherte nur.

„Gott? Was für ein Gott? Wo hast du ihn gefunden?"

Sie war wirklich ganz verrückt geworden.

* * *

Dann kam die Zeit, als das Dorf einen neuen Rat wählen sollte. Die Frauen strömten in die Versammlung, als wäre sie ein Jahrmarkt.

„Anna, Anna Grischagina!" riefen sie.

Um sie ein bißchen zu ärgern, sagte ein Mann ganz unüberlegt: „Nun, Anna, willst du uns nicht die Ehre erweisen?"

Es sollte nur ein Scherz sein, aber die Geschichte endete sehr ernst. Die Frauen fingen an, wie die Dohlen auf die Männer einzupicken — es war ein ganzer Schwarm: Witwen, Soldatenfrauen und was nicht alles. Und unsere Männer sind ja nicht besonders darauf erpicht, öffentliche Aemter zu übernehmen.

„Anna? Nun, warum sollte sie es nicht sein! Auch sie mag sich die Finger verbrennen."

Als die Stimmen, die Anna erhalten hatte, gezählt wurden, waren es 215. Der Kommissar Wassili Iwanitsch hielt eine Rede, in der er ihr zu ihrem Erfolge Glück wünschte.

Anna selbst stand feierlich da; nur eine leichte Röte lag auf ihrem Gesicht, und ihre Augen waren noch größer geworden.

„Ich werde meine Pflicht tun, Genossen", sagte sie, „verurteilt mich nicht gleich, wenn ich etwas nicht richtig mache. Kommt lieber und helft mir."

Kosonok war über all dies sehr aufgebracht. Er wußte nicht recht, wie er es aufnehmen sollte: als eine Schande oder eine Ehre für sich.

„Wie soll ich nur mit ihr reden", dachte er, als er nach Hause kam. „Sie ist jetzt eine Regierungsbeamtin".

Uns Männern kam die Sache auch ziemlich merkwürdig vor. Es schien uns wie eine Spielerei. Eine Frau — und plötzlich sitzt sie nun im Dorfrat und entscheidet über unsere Angelegenheiten . . . . . .

* * *

Als wir in die Sitzung des Rates kamen, nur um uns Anna einmal anzusehen, konnten wir sie kaum wiedererkennen. Sie saß an einem Tisch mit einem Tintenfaß, auf dem ein roter und ein blauer Bleistift lagen. Neben ihr kritzelte der Sekretär irgend etwas. Und Anna, dies Teufelsweib, sprach mit einer uns ganz fremden Stimme und sah die Papiere durch, als ob sie das ihr ganzes Leben lang getan hätte.

Wir trauten unseren Augen nicht. Anna! Wer hätte das von ihr vermutet! Und sie errötete nicht ein einziges Mal. Und jeder war für sie ein „Genosse". Einmal kam der alte Klimow zu ihr, und sie redete ihn mit den Worten an. „Was willst du, Genosse?" fragte sie.

„Aber der alte Mann konnte das Wort nicht ausstehen, es tat ihm so weh, als ob ihm jemand auf die Hühneraugen getreten hätte.

„Wenn du auch ein Mitglied des Rates bist, so bin ich doch noch lange nicht dein Genosse."

Einen Monat später fing sie an Männerblusen zu tragen und steckte sich einen Stern an ihre Mütze.

Kosonok duldete dies alles, bis er es einfach nicht mehr ertragen konnte. Seine Geduld war am Ende, und er bat um Scheidung.

„Ich kann es nicht mehr aushalten", sagte er zu Anna. „Befreie mich von diesem Leben".

Anna machte nur eine Handbewegung.

„Mit Vergnügen. Ich habe mich schon lange damit abgefunden."

Ungefähr fünf Monate lang bekleidete Anna ihr Amt. Dann begannen wir ihrer überdrüssig zu werden. Alles, was die Bolschewisten taten, verteidigte sie und steckte außerdem noch die anderen Frauen mit diesen neuen Ideen an. Hier fing die eine an zu schnüffeln und dort die andere. Zwei liefen ihren Männern einfach davon.

Eines Tages stieg Anna in einen Wagen und fuhr davon. Wohin, habe ich nicht erfahren können. Die Leute sagen, man hätte sie in einem anderen Dorfe gesehen, wo sie in Versammlungen redete und sich unter den Frauen herum trieb. Wer weiß? Vielleicht war sie es gar nicht, sondern eine andere. Es gibt heute bei uns in Rußland ja so viele solcher Frauen . . . .

(„The Communist", London.)

Inhalt: Titelbild: Prosit Neujahr! — Was verspricht das Neue Jahr? — Volk in Not! — Die Fahne der Leipziger Arbeiterinnen im Petrograder Sowjet. — Der Riesenkampf in Ludwigshafen und seine Lehren. — Die „Frauenfrage" auf dem Weltkongreß. — Die Bielefelder Arbeiterinnen greifen zur Selbsthilfe. — Aus der Organisation: An das Frauenreichssekretariat. — Feuilleton: Die Bolschewistin Anna.

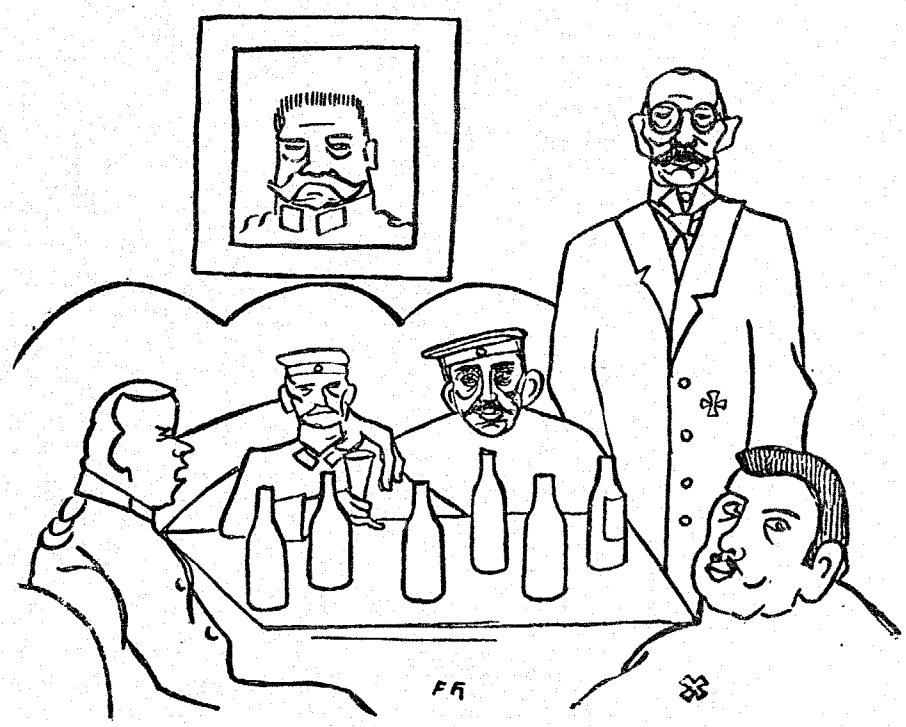
Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW 48.

Die Kommunistin

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Herausgegeben vom Frauenreichssekretariat. Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin

Nr. 2 | Die Kommunistin erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Infolge der immer weiteren Geldentwertung mußte der Preis wieder erhöht werden. Einzelnummer 30,— Mark | Berlin, 15. Januar 1923 | Verlag: Friedrichstadt-Druckerei GmbH. (Abteilung Zeitschriften). Berlin SW 48. Friedrichstr. 225. — Verantwortlich für die Redaktion: Martha Arendsee, Berlin. | Jahrg. 5

Sie leben noch!



Die Luxemburg- und Liebknecht-Mörder beim Oberpräsidenten.

Noske: „. . . ich danke Ihnen, meine Herren, für den wertvollen Dienst, den Sie dem Vaterland im Januar 1919 durch die Beseitigung der Spartakisten-Häuptlinge geleistet haben."

Das Ringen des deutschen Proletariats seit vier Jahren

Zum vierten Male kommt der Jahrestag des Todes Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts.

Wie weit sind wir gekommen seitdem, wo stehen wir heute!

Damals, im Januar 1919, war den deutschen Proletariern nicht einmal ihre Aufgabe völlig klar. Schon Vieles hatten sie aufgegeben, ehe Rosa und Karl erschlagen wurden. Wochenlang vorher standen die Berliner Arbeiter im bewaffneten Aufstand. Sie hatten das Zeitungsviertel besetzt, sie haben das „Vorwärts"gebäude mit Strömen von Blut verteidigt; die Rache an ihnen nachher war so brutal, wie an den Kommunarden an der Föderiertenmauer zu Paris.

Der Löwenmut der Berliner, ihre Ausdauer, ihr todesverachtender Angriffsgeist, ihre reinen Hände, ihre Hunderte von Erschlagenen — wie groß und glühend waren die Berliner Arbeiter in den Januartagen 1919! Schäbig und klein aber waren die Menschewisten. Den Heilmann vom „Vorwärts" hatten sie unwissentlich in irgendeinem Kabuff des „Vorwärts"gebäudes, wohin er sich geflüchtet hatte, während der Verteidigung eingesperrt. Er hat dort jede Sekunde zu Schlachtberichten für die gierige bürgerliche Presse ausgewertet und munkelte, weil das sein Publikum hören wollte, von seinem dreckigen Paletot oder ähnlichem Zeug, an dem sich die kämpfenden Arbeiter vergriffen haben sollten.

Was wußten die kämpfenden Berliner Arbeiter überhaupt von dem Gelichter, das seine schmutzige Arbeit vom ersten Tage der Novemberrevolution her gegen sie trieb! Die Füsilade an den Arbeitslosen am 6. Dezember 1918 hatte ihnen über den Wels schon die Augen geöffnet. Aber da saßen wie Wanzen im verdumpften Nitzen überall in Berlin die Konterrevolutionäre, zu jedem Arbeitermord bereit! Im Polizeipräsidium ein Fischer, der das Geld von Kapitalisten nahm, um Truppen gegen die Arbeiter zu formieren. Ebert, der im Schloß saß und nichts wußte, als binnen 10 Minuten die Matrosen im Marstall niederkartätscht wurden. Noske, der nicht erst im Januar 1919, sondern schon vom 4. November 1918 an, im Einverständnis und beauftragt von Scheidemann und Ebert, die revolutionären Matrosen in Kiel beschwatzte, belog, verhöhnte und verriet. Im Januar 1919 war er schon vollkommener Diktator in Berlin, begrüßte und dirigierte die schwarzen Hunderte, jene verrohten Freikorps, die schließlich mit den Schrecken der Lichtenberger Metzelei im März 1919 Berlin völlig „beruhigten".

Die eigenen, selbstgeschaffenen Organe der Revolution, die Arbeiter- und Soldatenräte, zeigten vom ersten Tage an ihre Zerfahrenheit und Unsicherheit. Aber das ist der Masse natürlich nicht von Anfang an zum Bewußtsein gekommen. Jahrelang später kamen erst die schamlosen Intrigen der ersten Volksbeauftragten-Regierung heraus, erfuhr man von den Mächeleien der USP. und den ruchlosen Anstiftereien der SPD.

Wo waren die klaren Führer des revolutionären Proletariats?

Die eherne Stimme in Berlin, das Wort Rosa Luxemburgs und Karls, war verstummt. In Bremen, Wilhelmshaven, Braunschweig wurden die „Räterepubliken" niedergeschlagen — die Regierungstruppen mordeten, schändeten, sengten und raubten in allen Orten des Reiches, an denen die Proletariersache schwach genug, unklar genug und untätig genug verfochten worden war. Es war das SPD.-Interregnum, das morden, sengen und plündern ließ! Es war die immerhin aus dem deutschen Proletariat herstammende SPD., die den Noske und den Winnig hervorbrachte!

Das deutsche Proletariat hat seine Geißeln selbst erzeugt! Es ließ zu, daß seine Treuesten erschlagen wurden! Es hat den Ebert auf den Platz gehoben; es hat den Noske wüten lassen; niemand aus der Bourgeoisie hatte solche Nerven, wie der Korbmacher und triumphierende Arbeiterschlächter Noske. Keiner der blutgewohnten Junker hätte die Rolle zu spielen vermocht, wie der, der nachher auch noch seinen Heldentaten ein Denkmal setzte und in dem schamlosesten Buch der Weltgeschichte, in der Sudelei: „Von Kiel bis Kapp", von der ersten Minute an seinen Verrat beschrieb.

So erstand die deutsche sozialdemokratische Republik! Das war sie zuerst: sozialdemokratisch! Im Laufe der Jahre hat diese Republik den Stempel der an den Arbeitern begangenen Verrätereien nicht verloren. Sie erhielt sich bloß durch Verrätereien an den Arbeitern. Sie hat überall auf sozialdemokratische Art die deutschen Arbeiter benutzt, um Regierungszwecke der deutschen Kapitalistenrepublik oder schlankweg kapitalistische Zwecke zu verfolgen.

Die deutschen Arbeiter haben es sich bis jetzt gefallen lassen.

Sie sind im Mai 1919 in München und im Juni 1919 in Hamburg zu vorzeitigen und abgeschnittenen Kämpfen provoziert worden, gleichsam zum Aderlaß an ihrem Mut!

Sie sind benutzt worden, um in den Kapp-Tagen der Entente die Stärke der „Demokratie" darzutun, die sogar fähig war, mit dem — Popanz der deutschen Monarchie fertig zu werden.

Kein Fleck Erde im ganzen deutschen Reich, der nicht im Laufe der vier Jahre Arbeiterblut getrunken hätte! Vergossen für das hehrste und schwerste Ziel, für die Befreiung des Proletariats! Vergessen von Sozialdemokraten im Solde der Bourgeoisie!

Nicht, daß die deutschen Arbeiter das nicht alle gefühlt hätten!

In ihren verbissenen vorgeschobenen Kämpfen des ganzen Jahres 1919, in den unermüdlichen und heroischen Vorstößen, z. B. der Kapp-Tage im Ruhrgebiet oder später in der „Märzaktion", haben die deutschen Arbeiter ihren nie zu löschenden Haß gegen die Unterdrücker kundgetan. In ihren verzweifelten Anstrengungen, **die Bürokratie der übermächtigen Gewerkschaften zu stürzen**, zeigte sich der unversöhnliche Gegensatz der deutschen revolutionären Arbeiter gegen den Reformismus. In ihren mächtigen **Solidaritätskundgebungen für Räte-Rußland, in der Transportkontrolle und in der Hungerhilfe und in der SR.-Kampagne**, war die unsterbliche Liebe und die Begeisterung für den revolutionären großen russischen Bruder lebendig.

Immer wieder — wie eine urmächtige Brandung — schäumt das Blut der deutschen Arbeiter gegen die Barrieren.

Sie haben es bis heute noch nicht gut und noch nicht endgültig richtig zu machen verstanden. Aber, es ist ja auch das größte Werk zu tun, das die Weltgeschichte je gesehen hat: **Die proletarische Weltrevolution ist zu vollbringen** und die deutschen Proletarier sollen Großes und Entscheidendes dabei tun. Sie sind der entscheidende Trupp; diese stärkste proletarische Klasse in der ganzen Welt, die da zittert unter der trägen Entschlußkraft des Proletariats, zittert unter dem Unglauben, die da nicht leben und nicht sterben kann. Diese alte kapitalistische Welt, die die Macht des Proletariats gebären muß.

Vier Jahre schon ringt das deutsche Proletariat mit seiner Aufgabe. Es hat vom ersten Tage an geirrt, es wurde niedergeschlagen und erhob sich blutend immer wieder.

Die Fesseln an seinen Gliedern, **die alten Organisationen**, hat es immer wieder abzustreifen versucht, aber es hat dies unbeholfen getan; es hat im fruchtlosen KAP.-Zorn geschäumt und hat versucht, mit der USP. um die schwersten Klippen herum zu schiffen. Es hat Unionen gegründet und baut noch heute mühsam an dem allerersten Erfordernis des revolutionären Kampfes: an der entschlossenen und klarklaren Partei!

Sind wir weiter gekommen in den vier Jahren? O, ja! —

Es gibt keinen anderen Maßstab für unser Erstarken, als das Erproben im revolutionären Kampf. Und dieser proletarisch-revolutionäre Kampf in Deutschland hat jeden Tag ein anderes Gesicht. Er heißt heute Betriebsrätekongreß und morgen Sammlung für Ludwigshafen. Es ist die Frage, ob das deutsche Proletariat in den vier Jahren gelernt hat, in den Tageskämpfen seinen Mann zu stehen, ohne je das Ziel zu vergessen, ohne abzuweichen vom richtigen Weg.

Ja, das haben wir gelernt! Wir? — ein Teil des deutschen Proletariats hat es gelernt. Das zähe und unbeugsame Widerstehen gegen den bürgerlichen und sozialdemokratischen Schwindel ist wenigstens in den vielen Hunderten von Zellen der Kommunistischen Partei vorhanden. In den vier Jahren sind Kämpfer erstanden. Und wenn die große, dunkle Masse auf die Straße tritt, so hat sie ihre bewußten und unversöhnlichen Sachwalter in der Kommunistischen Partei. Es ist nicht mehr so, wie im November 1918, wo ein elender Prahler und verbrecherischer Sozialdemokrat Hunderttausende zu betören vermochte. Die Masse von heute würde mit solchen Noskes fertig werden.

Die Kommunistische Partei Deutschlands verkörpert jene Energie, die das unterscheidende Merkmal für den Revolutionär ist gegenüber dem Reformisten. Die Kommunistische Partei ist nicht zu beschwichtigen und nicht irrezuführen und nicht totzuschlagen. Tausende und abermals Tausende hat sie verloren. Die Erde im Friedrichshain in Berlin ist schwer von Proletarierleichen. Kein Ort Deutschlands, in dem nicht Kommunisten erschlagen wurden; kein Zuchthaus Deutschlands, in das man nicht mit roher Faust Arbeiterrevolutionäre stieß. Mann und Frau! Man warf sie aus der Arbeit, man trieb sie ins Exil! Man erschlug die Besten. Man hat ihre „Intellektuellen" zum großen Teil verführt, sich den Fleischtöpfen der SPD. wieder zuzuwenden. Das war sogar gut. Was übrig bleibt, was sich nicht verführen und nicht niederschlagen und nicht töten läßt, das ist die unsterbliche proletarische Energie, die nicht ruht und nicht rastet, bis das Ziel erreicht ist — **bis die Klasseninteressen des Proletariats befriedigt sind.**

Das ist es! Der unbeirrte Klassenwille des Proletariats ist in Deutschland erwacht!

Wie lange der Weg nun noch sein wird? Was noch alles zu tun sein wird? Unendliches — Unabsehbares! — „Den bewaffneten Aufstand muß man vorbereiten," sagt Lenin. Der politische Massenstreik muß zu einer Waffe werden. Die Gewerkschaften müssen Kampforgane werden. Die Arbeiterpresse und die Parlamente müssen wenigstens für die Klassen[illegible]propaganda brauchbar sein. Bis zum letzten [illegible] zum mindesten die Kommunisten [illegible] Tag ihres Lebens für die Sache des Proletariats kämpfern bereit sein.

[illegible] braucht nicht Jahrzehnte und Jahrhunderte, wie kurzsichtige Kleingläubige vermuten. Die täglichen Erfordernisse des Kampfes prasseln ja Tag für Tag auf uns nieder; wir haben nicht Jahrzehnte und Jahrhunderte Zeit, uns langsam zu Revolutionären zu entwickeln .... Wir sind nicht mehr in der trägen Zeit, in der die faule Sozialdemokratie erstand, wir leben in dem schleunigen Ablauf der Weltkrise des Kapitals, der Weltrevolution des Proletariats.

Vier Jahre — eine lange Lehre! Vier Jahre — in der Epoche der proletarischen Revolution dennoch eine kurze Zeit. Und das deutsche revolutionäre Proletariat ist in dieser Zeit gewachsen, wie damals, beim Tode unserer Größten, noch niemand vermutete.

Von Tag zu Tag mehr wird es seiner Aufgabe gewachsen sein. Und von Tag zu Tag mehr sind wir des Sieges sicher.

Kerty Guttmann.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Im Herbst 1905 sprach Rosa Luxemburg in Leipzig vor Tausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen über die große russische Revolution. Was sie im einzelnen sagte, ist aus dem Gedächtnis fortgespült. Aber geblieben ist der tiefe Eindruck ihres Wesens und Wirkens. Diese Frau mit dem gebrechlichen Körper und den scharf geschnittenen Zügen erleuchtete die Massen durch die funkelnd klare Darstellung ihrer Gedanken, so daß die vielverschlungenen Wege des geschichtlichen Werdens entwirrt, die Triebkräfte fühlbar wurden und die Dinge handgreiflich und lebendig vor uns erschienen. Was mehr war, sie packte die Hörer mit der verhaltenen Inbrunst ihres Sehnens und hauchte ihnen ein ihre eigene Begeisterung und ihren unwiderstehlichen Willen zum Handeln.

Damals heulte die ganze Meute der Bourgeoisie auf. Die „blutige Rosa", so hieß es, solle nach Rußland gehen, wo die Arbeiter im Kampfe standen, statt hier in Deutschland die Arbeiter aufzupeitschen. Die reformistischen Führer der Gewerkschaften und der Partei stimmten in das Lied ein. Die ganze Front stand geschlossen, mit der sie ihr Leben lang gekämpft, die Bourgeoisie und die Saboteure der Revolution. Rosa Luxemburg hatte für die Tobenden nur Hohn und Spott. Sie wußte, daß zur Stärkung der russischen Revolution die Mobilisation der Arbeiter Westeuropas notwendig war. Aber wie jeder Tapfere duldete es sie nicht in der Etappe. Es trieb sie zur Front und ihre Rede in Leipzig war erfüllt von dem inneren Jubel: Morgen geht es in die Schlacht! Sie ging nach Warschau und wurde dort die Seele der kämpfenden Massen, ihre Führerin mit dem weiten Blick, der klaren Einsicht in die Möglichkeiten und Notwendigkeiten und der Kühnheit des Entschlusses.

So haben wir sie gekannt, so hat sie unter uns gewirkt. In einem arbeitsreichen Leben hat sie dem Proletariat die Waffen geschmiedet. Sie hat die Arbeiterklasse gelehrt, die Waffen zu gebrauchen und hat sie selbst geführt mit dem heiligen Ernst der großen Aufgabe und der hellen Freude am Kampf.

Rücksichtslos lief sie Sturm gegen jede Schwäche und Verirrung in der Arbeiterklasse. Sie hatte keinen Respekt vor ehrwürdigen Perücken. Als ihr einst Ebert sagte, der Parteivorstand werde mit ihr einmal ein Machtwort sprechen wegen ihrer scharfen Kritik der offiziellen Parteipolitik und ihrer Propaganda der Massenaktion, da erwiderte sie lächelnd: Sein Ohnmachtswort wird er sprechen! Sie konnte so sprechen, weil sie ihre Erkenntnis von den Notwendigkeiten des Tages mit zähem Fleiß erarbeitet hatte, stets die Dinge im lebendigen Fluß sah und den Blick unverrückbar auf das Ziel gerichtet hatte. Für sie gab es darum nur den Weg, den sie als richtig erkannt hatte. Sie war bereit, jeden Tag ein Bündnis zu lösen, das Jahrzehnte erprobt hatten, wenn der Bundesgenosse vor dem Feinde kapitulieren wollte. So hat sie Kautsky mit aller Schärfe bekämpft, von dem Tage an, wo er abtrünnig wurde. Es war der Tag, als es galt, das Wort einzulösen und lebendig zu machen durch die Tat.

Einem hat sie unverbrüchliche Treue gehalten, dem Proletariat. Zu ihm hatte sie ein unbeschränktes Vertrauen. Es entsprang der tiefen Erkenntnis des geschichtlichen Ganges und des ehernen Zwanges, der die Arbeiterklasse zur Befreiung treibt. Und sie hatte den Mut, der Sache des Proletariats selbst dann die Treue zu halten, wenn es die eigene Sache im Stiche ließ. Aus der Junisbroschüre schreit der Schmerz über den Verrat der Führer und die schreckliche Verirrung der Massen. Aber nicht einen

Arbeiterinnen, laßt Euch durch die Ruhrbesetzung nicht irre machen!

War denn der deutsche Boden nicht bisher besetztes Gebiet der deutschen Bourgeoisie? Haust sie hier etwa nicht wie in Feindesland?

Arbeiterinnen, erkennt: Der schlimmste Feind der Arbeiterklasse ist die eigene Bourgeoisie! Gegen sie müßt Ihr kämpfen!

Augenblick gab sie sich tatloser Trauer hin. Gegen den Strom! ward ihre Parole. In den Schlachtenlärm hinein tönte ihre Stimme, die das internationale Proletariat von den besudelten Fahnen der kapitalistischen Mächte zum eigenen leuchtenden Banner rief. Schmähungen, Verleumdungen, Verfolgungen waren ihr nichts. Der Kerker selbst konnte sie nicht bändigen. Mit eiserner Energie des Geistes, die die Schwäche ihres Körpers besiegt hatte, durchbrach sie die Schlösser und Gitter, und sie schickte ihre Aufrufe und Schriften hinaus ins Land, den Massen das Verbrechen gegen sich selbst, das Grauen des Krieges und den Weg des Kampfes aus ihm heraus zeigend, aufrüttelnd und aufpeitschend.

Der Tag ihrer Befreiung schien der Tag der Freiheit aller zu sein. Aber Rosa Luxemburg ließ sich vom Scheine nicht betrügen. Sie wußte, daß jetzt erst der schwerste Kampf kommen werde. Unvergeßlich sind die letzten Wochen ihres Wirkens. Nur sie konnte so klar die Situation zeichnen, alle Illusionen zerstören, den Feind brandmarken, unnachsichtig das Kampffeld überblicken, die eigenen Fehler rückhaltlos kritisieren und doch den Mut der Kämpfenden und den Willen anfeuern: Vorwärts!

Wie oft hat Rosa Luxemburg die Führer in den großen Kämpfen gegeißelt, wenn sie ängstlich der Verantwortung ausgewichen waren. Sie hat bewiesen, daß sie das moralische Recht zu solcher Kritik besaß. Sie hat in keiner Stunde der Gefahr gezaudert und gewankt. Sie wies jeden Gedanken an die Gefahr für das eigene Leben von sich. Große Opfer forderte sie von der Arbeiterschaft, von den Kämpfern der Revolution. Sie konnte es, weil sie selbst zu allen Opfern bereit war. Sie hat der Revolution alles dargebracht, ihr Denken und Wissen, jeden Tag ihres Lebens und endlich ihr Leben selbst.

Die „blutige Rosa" haben ihre Feinde sie genannt. Sie war nur blutig, als sie mit zertrümmertem Schädel zusammenbrach. In dieser Frauenseele glühte ein heiliges Feuer der Liebe. Wer ihr je ins Auge geblickt, wer je sich versenkt hat in die Züge ihres Bildes, der muß das tiefe, allumfassende Mitleid mit allen Getretenen und Geschlagenen empfunden haben, das daraus spricht. Es durchzitterte jedes ihrer Worte. Aber es machte sie auch zur Todfeindin aller Unterdrücker und zur mutigen Kämpferin für das Proletariat.

*

„Nennen Sie mich einen Soldaten der Revolution!" hatte Wilhelm Liebknecht im Leipziger Hochverratsprozeß seinen Richtern zugerufen. Mit bescheidenem Stolz. Unser Karl wollte nichts anderes sein. Voller Kraft, die impulsiv zur Betätigung drängte, suchte er den Gegner. Vor der Spitze seines Degens mußte er ihn haben. Und immer dahin sprang er, wo der Feind am mächtigsten drohte. Das Handgemenge, in dem er sich stets befand, ließ ihm nicht die Möglichkeit theoretischer Forschungen. Aber mit dem sicheren Instinkt des Revolutionärs tat er jederzeit das, was am dringendsten war.

Der Hochverrat am kapitalistischen Staat, die Vorbereitung der Revolution, das war ihm das Ziel, als er in die Reihen der Kämpfer eintrat. Ein Blick auf den Feind zeigte ihm, worauf es ankam. In einer Zeit, wo die Partei ängstlich die stärksten Positionen des Feindes zu umgehen suchte, erkannte er, daß es gerade hier galt, Bresche zu legen. Den Kampf gegen den Militarismus wählte er als seine besondere Aufgabe. Dieser Militarismus durfte nicht nur angeklagt werden, wie es geschah. Nicht Posaunenstöße würden seine Mauern zerbrechen. Er mußte zerstört werden. Die Waffen der Bourgeoisie sollten in den Händen der Arbeiter zu Waffen des Proletariats werden. Der Antimilitarismus, die Zersetzung des feindlichen Heeres, war die erste Aufgabe, die er sich und der Partei stellte. Er hat sie erfüllt, die Partei wich ihr aus. Denn es war ein Weg voller Gefahren, der da beschritten werden sollte. Doch setzt Ihr nicht das Leben ein, nie wird Euch das Leben gewonnen sein! Das war sein Geist, Soldatengeist. Darum ist er freudig auf die Festung gegangen, wie ins Zuchthaus und bis ans Ende.

Der Jugend stellte er die Hauptaufgabe in diesem Kampfe. Und mit der Jugend war er am innigsten verbunden. Nicht nur, weil dieser Kampf gegen die Militärmacht ihn auf die Jugend verwies. Er fühlte sich und er war jung allezeit. Und wenn Lassalle einst gesagt hatte, daß der Jugend unveräußerliches Vorrecht die Begeisterung, die Aufopferungsfähigkeit und die Hingabe an ein großes Ziel sei, so hat er dieses Vorrecht immer für sich in Anspruch genommen.

Kein deutscher Sozialist hat wie Liebknecht für die russische Revolution von 1905 gewirkt. Keiner hat ihre internationale Bedeutung und die Notwendigkeit ihrer Ausweitung klarer erkannt. Er stand in engster Verbindung mit den Revolutionären. Er wirkte für sie mit zäher Ausdauer und machte die Kräfte für sie mobil, wo er nur konnte. Den Blutzaren, den Meuchler der ersten Revolution des russischen Proletariats, bekämpfte er als den Feind des gesamten internationalen Proletariats. Und es war die Anerkennung des revolutionären Charakters dieses Kampfes, als Karl Liebknecht noch während des Krieges, als man seine Anklagen gegen den Zarismus zur nationalistischen Verhetzung mißbrauchte, wegen Zarenbeleidigung sein Anwaltsrecht genommen wurde.

Bei Ausbruch des Krieges war Karl Liebknecht keinen Augenblick im Zweifel, welches seine Stellung sein müsse. Aber in Fleisch und Blut lebte in ihm das Bewußtsein, daß Disziplin die erste Soldatenpflicht ist. Er stimmte voll Ingrimm für die Kredite. Als es sich aber herausstellte, daß der 4. August nicht bloß ein Schwanken im Kampfe war, daß die Front wirklich umgeworfen wurde, daß er seinen Degen an den Feind verkaufen sollte, da brach er kurz und vollkommen. Wenn alle untreu wurden, er blieb sich treu, um als Einziger, wenn es sein mußte, allen zu trotzen und den Kampf gegen die stahlgepanzerte Uebermacht aufzunehmen. Eher die Revolution als den Krieg! hatte er gerufen. Klassenkampf gegen den Krieg! war jetzt sein Feldgeschrei, das er den Proletariern Europas zurief.

Tollheit, Wahnwitz hatte man dem Verwegenen zugerufen, als er diesen so offenbar aussichtslosen Kampf aufnahm. Und viele schüttelten den Kopf, als der Landsturmmann Liebknecht am 1. Mai 1916 mitten unter den Demonstranten gegen den Krieg beim Verteilen von Flugschriften festgenommen wurde. Der Führer muß seine Leidenschaft zu zügeln wissen, sagten sie. Mit heißem Herzen hatte Liebknecht gehandelt und doch mit klarem Kopf. Er wußte, in den Tagen schmählichen Wortbruchs und Verrats, in den Tagen des Zusammenbruchs alles Vertrauens, mußte ein Beispiel gegeben werden, um in den Massen das Vertrauen wiederersstehen zu lassen zur Revolution, zu den Führern, die der Sache treugeblieben, und zur Kraft des Proletariats selbst. Jedes Opfer, das hier gebracht wurde, mußte ein Keim sein, der Frucht trieb. ein Fanal, das weithin leuchtete. Er war zu solchen Opfern bereit.

Wie hat er vor seinen Richtern gestanden! Nicht als Angeklagter, als Ankläger, der seinen übermächtigen Feinden die Schmach ihrer Verbrechen ins Gesicht schleuderte. Eine einzige Anklageschrift ist der Band Eingaben, die er dem Gericht schickte. Und immer war seine persönliche Sache nur der notgedrungene Anknüpfungspunkt, um den Gegner vor seine Klinge zu zwingen. In Ketten noch kämpfte er. „Nie hat ein General mit größerem Stolz sein Eisernes Kreuz getragen, als ich den Zuchthauskittel tragen werde." Das Versprechen hat er gehalten. Und als sein Mund durch brutalen Zwang geschlossen war, da lief sein Name durch die Schützengräben von Mund zu Mund und sein Feldgeschrei: Klassenkampf gegen den Krieg!

Er hatte nicht umsonst gewirkt. Die Matrosen läuteten die Sturmglocke der Revolution. Die Front des Klassenfeindes brach zusammen. Und wieder sah man Karl Liebknecht an der Spitze der Kämpfenden, den halben Sieg zum ganzen zu machen. Ganz Leidenschaft und Wille, anfeuernd und zündend, rastlos und unermüdlich. In diesen Wochen war er wie eine Fackel, die leuchtete und entzündete ohne Rücksicht darauf, daß sie sich selbst verzehrte. Und sie loderte, bis sie von plumpen Füßen zertreten wurde.

*

Auf ihren Posten, wo sie gestanden und gekämpft, sind Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gefallen. Sie mußten fallen, weil noch nicht das ganze Proletariat ihren Ruf vernommen hatte, weil allzu viele noch dem Trug und der Tücke folgten. Schwer hat die deutsche Arbeiterklasse diese Schwäche bezahlt. Den beiden Besten ist ein endloser Zug von Opfern gefolgt. Und wieder liegt das Proletariat im Elend und in Fesseln.

Und wieder ruft es Krieg! durch's Land. Und wieder tönt die falsche Melodie von Burgfrieden und nationaler Einheitsfront. Nicht Burgfrieden, Burgkrieg! Klassenkampf gegen den Krieg! hat Karl Liebknecht dem internationalen Proletariat zugerufen. Und Rosa Luxemburg, die mit ihrem ganzen Sein der Internationale gehörte, hat die Lüge des Nationalismus zerstört, hat ihr ganzes Leben der Verbreitung des Gedankens gewidmet, daß der Kampf gegen jede Unterdrückung, auch die nationale, beginne mit der Niederwerfung der eigenen Bourgeoisie. Ihr erstes Werk war, das polnische Proletariat, das litt unter der nationalen Unterdrückung durch den Zarismus, loszureißen von der polnischen Bourgeoisie und einzugliedern in die allrussische Armee der Revolution. Ihre Lebensaufgabe war die internationale Verbrüderung der Arbeiterklasse zum Sturze der Bourgeoisie.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sind tot! Doch ihr Geist ist lebendig geworden im großen Herzen des Proletariats. Er muß lebendig geworden sein. Proletarier, beweist es!

P. Frölich.

Rosa Luxemburg über die Frauen der Bourgeoisie.

Von Rosa Luxemburg.

Von der kleinen Zahl Berufstätiger unter ihnen abgesehen, nehmen die Frauen der Bourgeoisie an der gesellschaftlichen Produktion keinen Anteil, sie sind bloße Mitverzehrerinnen des Mehrwerts, den ihre Männer aus dem Proletariat herauspressen, sie sind Parasiten der Parasiten am Volkskörper. Und Mitverzehrer sind gewöhnlich noch rabiater und grausamer in der Verteidigung ihres „Rechts" auf Parasitendasein, als die unmittelbaren Träger der Klassenherrschaft und der Ausbeutung. Die Geschichte aller großen Revolutionskämpfe hat dies grauenvoll bestätigt. Als nach dem Fall der Jakobinerherrschaft in der großen französischen Revolution der gefesselte Robespierre auf den Wagen zum Richtplatz gefahren wurde, da führten die französischen Revolution der gefesselte Robespierre auf dem Straßen einen schamlosen Freudentanz um den gefallenen Revolutionshelden auf. Und als im Jahre 1871 in Paris die heldenmütige Arbeiterkommune mit Mitrailleusen besiegt wurde, da übertrafen die rasenden Weiber der Bourgeoisie in ihrer blutigen Rache an dem niedergeworfenen Proletariat noch ihre bestialischen Männer. Die Frauen der besitzenden Klassen werden stets fanatische Verteidigerinnen der Ausbeutung und Knechtung des arbeitenden Volkes bleiben, von der sie aus zweiter Hand die Mittel für ihr gesellschaftlich unnützes Dasein empfangen.

Wirtschaftlich und sozial stellen die Frauen der ausbeutenden Klassen keine selbständige Schicht der Bevölkerung dar. Sie üben bloß die soziale Funktion als Werkzeuge der nationalen Fortpflanzung für die herrschenden Klassen aus. Hingegen sind die Frauen des Proletariats wirtschaftlich selbständig, sie sind für die Gesellschaft produktiv tätig, so gut wie die Männer. Nicht in dem Sinne, daß sie dem Manne durch häusliche Arbeit helfen, mit dem kargen Lohn das tägliche Dasein der Familie zu fristen und Kinder zu erziehen. Diese Arbeit ist nicht produktiv im Sinne der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, und mag sie in tausendfältigen kleinen Mühen eine Riesenleistung an Selbstaufopferung und Kraftaufwand ergeben. Sie ist nur eine private Angelegenheit des Proletariers, sein Glück und Segen, und gerade deshalb bloße Lust für die heutige Gesellschaft. Als produktiv gilt — solange Kapitalherrschaft und Lohnsystem dauern werden — nur diejenige Arbeit, die Mehrwert schafft, die kapitalistischen Profit erzeugt. Von diesem Standpunkt ist die Tänzerin im Tingeltangel, die ihrem Unternehmer mit ihren Beinen Profit in die Taschen fegt, eine produktive Arbeiterin, während die ganze Mühsal der Frauen und Mütter des Proletariats in den vier Wänden ihres Heims als unproduktive Tätigkeit betrachtet wird. Das klingt roh und wahnwitzig, entspricht aber genau der Roheit und dem Wahnwitz der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, und diese rohe Wirklichkeit klar und scharf zu erfassen, ist die erste Notwendigkeit für die proletarischen Frauen.

Kampftage in Berlin.

Es waren die Tage des „Kampfes gegen Spartakus" in Berlin. Alle möglichen Gerüchte durchflogen die Stadt, die aufgeregten Gemüter immer von neuem aufpeitschend. Vor allem natürlich die Hetze gegen die „Roten", von denen man ständig neue Schandtaten berichtet. Auf die Berichtigungen nachher hört dann kein Mensch, aber der Zweck ist erreicht: eine dauernd wachsende Pogromstimmung gegen die kämpfende Arbeiterschaft.

Mir sind die Daten nicht mehr in Erinnerung. Ich weiß nur noch Szenen. Szenen, die sich meinem Gedächtnis unauslöschlich eingeprägt haben.

Am Brandenburger Tor. Die Maschinengewehre oben schußfertig. Ein richtiges Heerlager auf den Toren. Unten, in kleinen Gruppen, wie man sie in diesen Tagen überall in Berlin sah, eine heftig debattierende Menschenmenge, waffenlos, auf dem weiten Platz vor dem Tiergarten. Und plötzlich ein Kommando: „Platz räumen! Es wird geschossen!" Große Unruhe und Erregung unter der Menge. Ursache? Grund? Den wußte wohl nur der „Kommandierende", der Sozialdemokrat Kuttner! Aus allen Toren treten feldmarschmäßig gekleidete Reichswehrsoldaten, die Karabiner schußfertig auf die Menge gerichtet. Diese drängt und stößt vorwärts in blinder Furcht. Ich gehe meinen Weg quer über den Platz weiter. Kümmere mich nicht um die Zurufe der Soldaten, schneller zu gehen. Und höre, kaum, daß ich hinüber bin, die Schüsse krachen, hinein in die kopflos flüchtende Menge.

Am Reichstagsufer. Ich gehe am Ufer entlang, Zorn und Haß im Herzen über die blindwütige Grausamkeit, mit der gegen die Arbeiterschaft vorgegangen wird. Empörung gegen die Menge, die sich ohne Widerstand zu Paaren treiben läßt. Da plötzlich Schüsse vom Reichstag. Maschinengewehre bestreichen beide Ufer. Nichts „Verdächtiges" war zu sehen. Wahrscheinlich hatten die Soldaten im Reichstag Langeweile bekommen, wollten sich die Zeit mit „Schießübungen" vertreiben. Vor mir geht ein Kriegsbeschädigter. An Krücken. Ich sehe, wie die Schüsse ihn unruhig machen. Er versucht, seine Schritte zu beschleunigen. Sieht sich ängstlich nach allen Seiten um und findet schließlich hinter einem Wagen Deckung, sich zusammenkauernd. Er hatte sich wohl den „Dank des Vaterlandes" auch anders vorgestellt. Hatte nicht erwartet, daß es ihm passieren könne, nachdem er dem Granatenhagel im Felde entronnen war, nun in der „Heimat", im „Frieden" von „eigenen Landsleuten" erschossen zu werden. Ob er von dem Erlebnis gelernt hat? Ob er die Konsequenzen gezogen hat? Ob er Revolutionär geworden ist? In der Erkenntnis, daß es keine Heimat gibt für den Proleten, daß er überall Freiwild ist, bis er sich die Freiheit errungen hat in schwerem Kampfe?

Das geschah zwei Monate nach der „Revolution". Was für Hoffnungen, was für Erwartungen hatte der November gebracht! Aber was hatte die Arbeiterschaft getan, um ihnen Erfüllung zu bringen? Hatte sie auch mit der Waffe in der Faust die neue Freiheit bebütet und verteidigt, wie die russischen Brüder, und sei es gegen eine Welt von Feinden? Ach nein! Der deutsche Michel hatte sich schnell die Schlafmütze wieder über beide Ohren gezogen. Er hatte sich von neuem die Sklavenkette anlegen lassen, fester, schwerer denn je. Hat sich mit Phrasen von Demokratie und Gleichberechtigung einfangen und betören lassen. Die Januartage in Berlin! Die Menge, die in sich hineinschließen läßt, ohne in elementarer Empörung die Arbeitermörder hinwegzufegen. Die Arbeiterschaft, die nicht in hellem Aufstand stand, als die Nachricht von der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs kam, die Trauerkränze niederlegte an ihrem Sarge, anstatt sie durch den Sieg der Arbeiterschaft, durch Rache an den Mördern zu ehren, das war das Siegel unter dem Zusammenbruch der deutschen „Revolution".

E. Bloch.

„. . . und Friede auf Erden!"

In einer Zeit, in der die christliche Kirche diesen Ruf in aller Welt erschallen läßt, sammelten sich auch im Haag, der traditionellen Stadt der Friedensbewegung, die Pazifisten aller Schattierungen, um ihre Kräfte zu mustern, die sie zugunsten des Weltfriedens in die Wagschale werfen können. Die wichtigste Versammlung war der Kongreß der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale, der dort

tagte und zu dem man auch die Vertreter der russischen Gewerkschaften eingeladen hatte. Man hatte sie eingeladen, um dann um so mehr in antibolschewistischer Propaganda herziehen zu können. Allerdings wurde dieser die Spitze abgebrochen, denn die Vertreter Sowjetrußlands waren erschienen, und sie waren die einzigen, die wirklich konkrete Vorschläge machen konnten und diese Vorschläge auch in die Tat umzusetzen willens waren. Sie zeigten den Weg zum Frieden — den Weg, der über Kampf und Sieg über den internationalen Imperialismus zum wirklichen Frieden führt, der in der Arbeitsgemeinschaft des Weltproletariats begründet ist. Den Weg konnten aber die Arbeitsgemeinschaftler der Bourgeoisie nicht gehen, sie können nur den Burgfrieden mit der Bourgeoisie predigen. So ging dieser mit großem Tamtam in Szene gesetzte Kongreß, ein Ersatzkongreß für den von der 3. Internationale im April 1922 geforderten Weltarbeiterkongreß, den die Sozialdemokraten verhinderten, wieder auseinander, nachdem er Resolutionen angenommen hatte, die kein Mensch, am wenigsten die Verfasser dieser Resolutionen selbst, ernst nimmt.

Zu gleicher Zeit tagte auch ein internationaler Frauenkongreß, einberufen von der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit" im Haag. Der Zweck dieses Kongresses war „ein neuer Friede". Diese bürgerlichen Frauen haben besser erkannt als die Amsterdamer Lakaien des Imperialismus, daß ein Herumwursteln an den bestehenden Friedensverträgen keine Aenderung der jetzigen Zustände bringen kann. Sie wollen einen neuen Frieden. Daß dieser „neue Friede" nur auf einer anderen Grundlage geschaffen werden kann, fühlen sie instinktiv, aber gerade, weil sie bürgerliche Pazifistien sind, sehen sie keine Grundlage, auf der man einen neuen Frieden bauen kann. Sie verlieren sich im Uferlosen, schweben in der blauen Luft, lassen sich von Gefühlen hin und her treiben und glauben, sie können durch bloßes Vernunftpredigen und Appelle an „die Menschheit" diese Grundlage ersetzen.

Alles, was sie erreichen, ist, daß sie bewußt oder unbewußt die Geschäfte ihrer nationalen herrschenden Klasse betreiben. Wenn die deutschen Pazifistien und Pazifistinnen um einen neuen Frieden winseln für das arme getretene „Vaterland", so wird die satte Bourgeoisie, die unter diesem „Gewaltfrieden" herrliche Geschäfte macht, in das Thema mit einstimmen und der nationalistischen Kriegstreiber wird um so lauter die Trommel rühren. Und wie wenig der französische Imperialismus auf seine Pazifistien hört, das zeugen die neuen Kriegsvorbereitungen Frankreichs. In den angelsächsischen Ländern läßt man diesen Sport ruhig den Quäkern und deren Freunden: er ist eine so wirksame Kulisse, hinter der man sich auf den neuen Konkurrenzkampf vorbereiten kann. Und so ist auch dieser Kongreß ausgegangen, wie er nicht anders ausgehen konnte. Man ist zusammengekommen, hat sich gegenseitig begeistert und verbrüdert und ist auseinandergegangen mit dem befriedigten Bewußtsein, wie schön doch die Welt wäre, wenn es nur lauter Pazifisten gäbe.

Kaum drei Wochen sind darüber vergangen, und heute steht vor den Toren des Ruhrgebiets Poincaré mit seinem Heer, um sich zu holen, was die deutschen Arbeiter sich nicht geholt haben: produktive Pfänder, die Ruhrkohle, die Lebensader auch eines revolutionären Deutschlands, eines Sowjetdeutschlands. Die Bourgeoisie greint mit einem Auge und möchte die Arbeiter gar zu gern in ein neues 1914 hineinführen; aber mit dem anderen Auge lacht sie: wo sie sich selbst vor den Arbeitern fürchtete, kommt jetzt „die Fremdherrschaft", bei der sie den lachenden Dritten spielen kann. Bekommt sie auch nicht mehr den ganzen Profit, so wird sie doch gute Geschäfte machen und die Lasten, die werden dem armen Kuli aufgebürdet, der hat den breiten Rücken und das geduldige Gehirn, und wenn dieser arme Kuli vielleicht aufmuckt, nun, wozu hat die Bourgeoisie den guten Hausknecht, die Sozialdemokratie, die wird schon für Ruhe sorgen. Also immer weiter die Kriegstrommel gerührt: Entweder bluten oder zahlen muß der deutsche Arbeiter.

Wird er das wirklich? Hat die Arbeiterschaft wirklich nichts mehr gelernt, als willig ihren Nacken hinzuhalten, damit Last auf Last auf den Zusammenbrechenden gehäuft wird? Wir glauben doch, sie hat gelernt. Trotz der Nebelschwaden, die Pazifismus und Nationalismus vor den Augen des Arbeiters zusammenballen wollen, werden der deutsche Arbeiter und die deutsche Arbeiterin erkennen, wo Frieden und wo Rettung liegt: Der Friede, der geschlossen wird durch das Verhandeln konkurrierender Machthaber, wird immer nur eine Geißel sein, die auf seinem Rücken blutige Striemen zieht. Nur wenn der Imperialismus, der Kapitalismus niedergekämpft ist, werden die Arbeiter als freie Völker mit einander Frieden schließen können und sich diesen Frieden zu wahren wissen.

S.

Welche Aufgaben haben die proletarischen Frauen als Schöffen und Geschworene?

Von Felix Halle.

I.

Das Staatsrecht der absoluten und der verfassungsmäßigen Monarchie wie der älteren bürgerlichen Republik stand noch so unter dem Einfluß des mittelalterlichen kirchlichen (ökonomischen) Rechts, daß in den Gesetzen der Grundsatz galt: „Das Weib schweige in der Gemeinde". Dieses Prinzip bedeutete in praktischer Anwendung, daß die Frauen im bürgerlichen Staate von der Anteilnahme an den Rechten des öffentlichen Lebens ausgeschlossen waren. Unter dem deutschen Kaiserreich konnten die Frauen weder im Reich noch in den Einzelstaaten Abgeordnete wählen noch Abgeordnete werden. Auch in der örtlichen Gemeinde waren die Frauen von den Wahlen zu den kommunalen Körperschaften, der Stadtverordneten- und Gemeindeversammlungen, Kreistagen, Provinziallandtagen ausgeschlossen. Ein ähnlicher Ausschluß bestand von allen politischen Beamtenstellungen; nur einzelne technische Funktionen wurden Frauen übertragen. Von jeder Mitwirkung im Justizwesen, vom Richteramte, von der Staatsanwaltschaft, sogar von der Rechtsanwaltschaft waren Frauen ausgeschlossen. Auch als Laienrichter, Schöffen und Geschworene konnten sie nicht fungieren. Auch in der Justizverwaltung konnten Frauen als mittlere und untere Beamte wie als Gerichtsschreiber, Gerichtsvollzieher nicht beschäftigt werden. Lediglich in der Gefängnisverwaltung bei Strafanstalten für weibliche Gefangene waren Frauen im Justizdienst tätig.

Vor dem Kriege war es in Deutschland die damals noch einige Sozialdemokratische Partei, welche eine radikale Umgestaltung der Rechtslage der Frauen forderte. Es gab zwar eine bürgerliche Frauenbewegung, aber die politischen bürgerlichen Parteien waren durchweg Gegner des Frauenwahlrechts, eine Haltung, die sie jetzt gerne vergessen machen möchten. Der imperialistische Krieg schuf die wirtschaftlichen Voraussetzungen zu einer Aenderung dieser überlebten Rechtsstellung der Frauen. Indem der Obrigkeitsstaat die Männer unter die Waffen rief, entstanden in den Behörden so starke Lücken, daß die Frauen in alle möglichen Stellen der Staatsverwaltung, die ihnen früher verschlossen waren, eindrangen. Aber erst der Zusammenbruch des Kaiserreiches brachte mit der politischen Revolution eine Veränderung in der Rechtsstellung der Frau. Die weibliche Bevölkerung, insbesondere die proletarischen Frauen, dürfen nie vergessen, daß die ersten politischen Körperschaften in Deutschland, in denen Frauen gleichberechtigt saßen und die zum Teil von Frauen mitgewählt waren, die revolutionären Arbeiterräte waren, die im November 1918 gebildet wurden. Die Frauen müssen sich stets gegenwärtig halten, daß es die revolutionären Arbeiter, Matrosen und Soldaten waren, die mit ihrem Aufstand dem alten Unrecht ein Ende bereiteten und der Frau zur politischen Gleichberechtigung verhalfen.

Als nach dem Zusammenbruch des alten Regimes die bürgerlichen Parteien ihre alten Firmen als konservative, als nationalliberale, als Zentrumspartei fallen ließen und sich alle unter der Maske von „Volksparteien" zu den Wahlen der Nationalversammlung präsentierten, da begriffen die reaktionären Parteien sehr schnell, daß in dieser Situation die erstmalige Beteiligung der Frauen, die vorher dem politischen Leben durchaus ferngestanden hatten und denen jede politische Schulung fehlte, nicht der Revolution, sondern der Reaktion zugute kommen würde. Da die reaktionären Parteien fühlten, daß sie im Augenblick nicht mehr stark genug seien, die von der Revolution geschaffene Gleichberechtigung der Frau wieder zu beseitigen, so machten sie aus ihrer Not eine Tugend, sie verleugneten ihre Vergangenheit und bemühten sich auf das eifrigste um die Stimmen der weiblichen Wähler.

Nachdem die Nationalversammlung und die konstituierenden Versammlungen der einzelnen Länder gleichfalls unter Mitwirkung der Frauen gewählt waren und auch Frauen Mitglieder dieser Körperschaften wurden, mußte in der neuen Weimarer Verfassung die Rechtsstellung der Frau zeitgemäßer geregelt werden als in der Verfassung und in den Gesetzen des Kaiserreiches und der ehemaligen deutschen Bundesstaaten. Artikel 109, Absatz 2 der Reichsverfassung bestimmt: Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Im Verfolg dieser verfassungsmäßigen Neuregelung der Rechtsstellung der Frau erhielten die Frauen auch das Recht der Beteiligung an den Wahlen zu den Gemeindevertretungen. Auch die Beteiligung der Frauen an der Rechtspflege mußte nunmehr in der Ausgestaltung des neuen deutschen republikanischen Staatsrechtes neu geregelt werden. Durch das Reichsgesetz über die Heranziehung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamt vom 25. April 1922 können auch Frauen zu Laienrichtern bestellt werden.

Sollen nun die proletarischen Frauen, insbesondere die Kommunistinnen, von diesem Rechte Gebrauch machen und an den Gerichten des bürgerlichen Staates teilnehmen? Diese Frage ist unbedingt zu bejahen. Aus denselben Grundgedanken heraus, aus denen die Kommunisten sich an den Parlamentswahlen und an der Arbeit im bürgerlichen Parlament beteiligen, sollen auch die Proletarier an der Rechtspflege des bürgerlichen Staates teilnehmen. Vom Standpunkt der KAPD. oder vom anarchistischen Standpunkt aus wird gegen eine solche Beteiligung eingewandt, daß es konterrevolutionär sei, wenn sich Proletarier oder Proletarierinnen an einem bürgerlichen Gericht über proletarische Klassenangehörige beteiligten. Andererseits sei es auch vom revolutionären Standpunkte aus zwecklos, in bürgerliche Gerichte hineinzugehen, um dort für die Bestrafung konterrevolutionärer Anschläge zu sorgen, weil das bürgerliche Gerichtsverfahren gegen Reaktionäre nichts als eine Komödie sei. Demgegenüber vertritt die KPD. den Standpunkt, daß die Männer und Frauen des Proletariats auch vor der sozialen Revolution durch Beteiligung an allen politischen Einrichtungen des Staates Gelegenheit nehmen müssen, sich mit den Funktionen des staatlichen Lebens vertraut zu machen. Die Teilnahme an den Sitzungen der Schöffen- und Schwurgerichte gibt den Proletariern eine überaus günstige Gelegenheit, neue Einblicke in das politische und gesellschaftliche Leben zu tun und ihr Urteil zu erweitern. Die Proletarierinnen werden Möglichkeiten finden, ihre Weltanschauung, ihr Rechtsempfinden gegenüber den Angehörigen der anderen Klasse zur Geltung zu bringen. Sie dürfen nur nicht in eine geistige Abhängigkeit von den ihnen durch Wissen und äußere Bildung überlegenen Repräsentanten der bürgerlichen Staatsgewalt, den Richtern, Staatsanwälten und den Laienrichtern aus der Bourgeoisie und dem Kleinbürgertum geraten, sondern müssen ihren Klassenstandpunkt auf dem neuen Boden durchzufechten suchen. Bei der geringen Zahl der mitwirkenden Richter kommt es für die Entscheidungen der Schöffen- und Schwurgerichte im Gegensatz zu den meisten Abstimmungen im Parlament auf eine oder eine zweite Stimme an, und es wird die Aufgabe der kommunistischen Schöffen und Geschworenen sein, die als Richter mitwirkenden Proletarier und Kleinbürger zu einem Urteil zu gewinnen, das möglichst dem proletarischen Interesse entspricht. Mit Rücksicht auf den Umstand, daß das Justizwesen dem Proletariat, insbesondere dem weiblichen Teile des Proletariats, sehr fern stand und die Angehörigen der Arbeiterklasse überwiegend nur Opfer der Klassenjustiz waren, nicht aber als Richter mitwirkten, wird es sich die KPD. angelegen sein lassen, sowohl in ihrer Presse wie in Merkblättern und Broschüren ihren Mitgliedern Kenntnisse über Organisation und Wirkungskreis der Schöffen- und Schwurgerichte, sowie über Rechte und Pflichten der Schöffen und Geschworenen zu geben. (Forts. folgt.)

Junge Arbeiterinnen, wehrt Euch!

Die 60-Stundenwoche vom Reichswirtschaftsrat beschlossen!

Denkt einmal nach, Ihr jungen Arbeiterinnen. Seht in die Gesichter Eurer Arbeitskolleginnen in den Fabriken und Werkstätten, in den staubigen Kontoren und hinter dem Ladentisch. Ihr werdet dann erst richtig verstehen, warum ihre Körper die Spuren grauen Elends tragen.

Noch nie waren die Mißstände, lange Arbeitszeit, geringe Entlohnung und ungeheure Mißhandlungen so kraß wie heute. Die Leiden des Proletariats steigern sich von Tag zu Tag. Und insbesondere die Jungarbeiter, und unter ihnen wiederum Ihr jungen Mädchen, unterliegt der krassesten Ausbeutung.

In einer Front mit der erwachsenen Arbeiterschaft hat deshalb auch die proletarische Jugend jetzt den Kampf gegen ihre völlige Verelendung aufgenommen. Auf dem Reichsbetriebsräte-Kongreß waren neben den Millionen von Erwachsenen auch zweimalhunderttausend jugendliche Arbeiterinnen und Arbeiter durch ihre eigenen Delegierten vertreten. Sie zeigten damit ihre Bereitwilligkeit zum Abwehrkampfe.

Aber nicht nur, daß die Unternehmer von Stunde zu Stunde die Leiden der Jungproletarier vergrößern, auch ihre Regierung geht jetzt systematisch daran, das zu erfüllen, was ihr im Interesse ihres heiligen Profites recht erscheint. Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat vor wenigen Wochen beschlossen:

„daß die Arbeitgeber berechtigt sind, außer der achtstündigen Arbeitszeit, für alle jugendlichen Arbeiter dieselbe um eine Stunde für Vorbereitungs- und Aufräumungsarbeiten zu erweitern."

Und ein weiterer Beschluß sagt:

„daß die Pflichtfortbildungsschulzeit nicht mit in die Arbeitszeit eingerechnet werden soll."

Schon hat ein Teil der biederen Handwerksmeister, ohne die Erhebung des Beschlusses zum Gesetz abzuwarten, gegenüber ihren Lehrlingen und jungen Arbeitern diese Beschlüsse zur weiteren Ausbeutung benutzt.

Ihr werdet mit Berechtigung fragen, wo bleiben die mächtigen wirtschaftlichen Organisationen der deutschen Arbeiterschaft, die Gewerkschaften? Was tun sie gegen diese Gefahr, die den Jugendlichen das letzte bißchen Freizeit, was sie noch haben, rauben soll?

Wir müssen leider feststellen — nichts! Die Gewerkschaftsführer und die Zentrale der Sozialistischen Arbeiter-Jugend haben es bisher versäumt, einen ernstlichen Kampf gegen diese Beschlüsse zu organisieren. Seit den Demonstrationen im März des Jahres, die sich auch gegen die Einführung dieses Gesetzes und die damals geforderte 54-Stundenwoche richteten, haben sie es unterlassen, nur das Geringste zu unternehmen.

Als die Zentrale der Kommunistischen Jugend nach diesen Märzdemonstrationen, an welchen sich in ganz Deutschland Hunderttausende von jungen Arbeitern beteiligten und bei welchen die KJ. am aktivsten mitwirkte, die anderen Organisationen aufforderte, gemeinsam mit ihr den Kampf fortzuführen, lehnte man dies höhnisch ab. Man wollte allein die Interessen des Jungproletariats vertreten. Dies ist auch geschehen, nur, daß die arbeitende Jugend nicht viel davon merkte und die Lage der Jugendlichen sich immer mehr verschlechterte. Als am 18. Mai die bürgerlichen Parteien im Reichstag die Verbesserungsvorschläge der Gewerkschaften für das Arbeitszeitgesetz ablehnten, blieb es eben beim alten. Die Gewerkschaften wie die SPD. lehnten es strikte ab, ihre ganze Macht für ihre Forderungen einzusetzen. Es wurde nichts gegen die Provokation des Bürgertums unternommen und man hat seit dieser „Aktion" auch nichts wieder von einem Kampfe gegen das Arbeitszeitgesetz von seiten der Gewerkschaften gehört.

Heute ist die Gefahr ins Riesenhafte gewachsen. Noch sind die Demonstrationen der Jungarbeiterschaft für ihre Forderungen des Reichsbetriebsräte-Kongresses nicht vorüber, da wird ihnen als Weihnachtsgeschenk die 60-Stundenwoche beschert. Der Reichswirtschaftsrat hat in einer Sitzung die Vorschläge seines Sozialpolitischen Ausschusses bestätigt und beschlossen:

Die Lehrlinge werden vom Gesetz ausgenommen, der Begriff „jugendliche Arbeiter", die unter die besonderen Schutzbestimmungen fallen, wird auf junge Proletarier unter 16 Jahren beschränkt.

Der Achtstundentag bzw. das Arbeitszeitgesetz findet auch auf die Landwirtschaft keine Anwendung.

„Arbeitsbereitschaft" gilt nicht als Arbeitszeit im Sinne des Gesetzes.

Lehrlinge können zu Aufräumungsarbeiten täglich eine Stunde länger beschäftigt werden.

Die jugendlichen Arbeiter dürfen mit Arbeits- und Unterrichtszeit in Fortbildungsschulen bis zu 54 Stunden belastet werden.

Das heißt mit anderen Worten: Die jugendlichen Arbeiter bis zu 16 Jahren dürfen, die Fortbildungsschulzeit einberechnet, wöchentlich 54 Stunden arbeiten. — Für alle 16 Jahre alten gilt diese „Einschränkung" nicht, sondern sie dürfen, gleich den Erwachsenen, auch noch länger beschäftigt werden. Ebenfalls fallen alle jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeiter von 14 bis 18 Jahren, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind, nicht unter dieses „Schutzgesetz".

Alle Lehrlinge dürfen aber, die „Aufräumungsarbeiten" einberechnet, endgültig wöchentlich 60 Stunden sich ausbeuten lassen.

Nur die Zustimmung des Reichstages fehlt noch. Doch die ist den Herren Unternehmern ziemlich sicher.

Angesichts dieses neuen Verbrechens an der arbeitenden Jugend müssen auch alle jungen Proletarierinnen mit der Kommunistischen Jugend die Frage an die Zentralen der Sozialistischen Arbeiter-Jugend, sowie an die Gewerkschaften und Arbeiterparteien richten:

Was wollt Ihr gegen diesen Anschlag des Unternehmertums tun?

Soll es wieder, wie im März vorigen Jahres, nur bei Demonstrationen bleiben?

Für die Jungarbeiterschaft Deutschlands gilt es jetzt aber erst recht, alle Kräfte einzusetzen, um noch größere Teile der jugendlichen Arbeitskollegen für die Betriebsräte-Bewegung zu gewinnen. Jede junge Arbeiterin muß zu einem Agitator unter ihren Arbeitsschwestern werden und sie auffordern, mit in die Reihen des kämpfenden Proletariats einzutreten. Nur der gemeinsame Abwehrkampf der Erwachsenen und Jungen kann zum Ziele führen. h.

Aus der Organisation

Bericht über die Frauenbewegung des Bezirks Berlin-Brandenburg von September 1922 bis 31. Dezember 1922.

Im Mittelpunkt der Bewegung stand der Kampf gegen Teuerung und Kinderelend. Es fanden statt: eine Bezirksfrauenkonferenz, die von 43 Genossinnen besucht war, zwei Sitzungen des Zentralvorstandes der Frauen, mit 24 und 26 anwesenden Genossinnen, und eine Funktionärinnenkonferenz von Groß-Berlin mit 41 anwesenden Genossinnen. In den Bezirken wurden 12 Funktionärinnensitzungen, 25 Frauenmitgliederversammlungen und 40 öffentliche Versammlungen, darunter 17 gegen das Kinderelend, abgehalten.

Die Frauenbezirkskonferenz, die Stellung nahm zur Frauenreichskonferenz, stellte in den Vordergrund die Bildung von Hausfrauenkontrollausschüssen in den Bezirken. Es wurde ferner ein Antrag angenommen, der vom Reichsausschuß fordert, daß der Betriebsrätekongreß von Vertreterinnen der Hausfrauenkontrollausschüsse und auch von Arbeiterinnen aus den Betrieben beschickt wird.

Die Tätigkeit unserer Genossinnen zur Bildung von Hausfrauenkontrollausschüssen, und die Arbeit derselben war in einer ganzen Reihe von Bezirken recht lebhaft. Leider ist sie infolge mangelnder Berichterstattung unserer Genossinnen, aber auch der „Roten Fahne", nicht so in Erscheinung getreten. So hat der Hausfrauenkontrollausschuß des 5. Bezirks eine besonders wirkungsvolle Kontrolle der Lebensmittelgeschäfte vorgenommen; bei der Propaganda in der Markthalle wurden Genossinnen verhaftet. Im 14. Bezirk, Neukölln, hat sich der Kontrollausschuß besonders der Sozialreutner angenommen. Im 1., 2., 3., 4., 6., 7., 11., 15. und 17. Bezirk haben Hausfrauenversammlungen stattgefunden, denen eine Marktpropaganda voranging. Die Frauen sind zu den Bezirksämtern gezogen und haben für die Forderungen der Hausfrauenkontrollausschüsse demonstriert. Im 19. Bezirk sind gleichfalls Schritte unternommen worden, die Hausfrauen zu mobilisieren.

Zum Reichsbetriebsrätekongreß war eine Frauendemonstration geplant, die aber infolge des Kleinen Belagerungszustandes, den Polizeipräsident Richter über Berlin verhängte, nicht zur Auswirkung kam. Es erschienen einige Hundert Frauen auf dem Kongreß, eine Genossin schilderte in schlichten Worten den Kampf der Berliner Hausfrauen gegen die Teuerung und legte den Delegierten ihre Forderungen vor. In einer anschließenden Versammlung sprachen eine Reihe von Vertreterinnen aus dem Reich über ihre Tätigkeit im Kampf gegen Teuerung und Verelendung.

Von Berlin aus sollten vier Hausfrauendelegierte zum Kongreß entsandt werden. Die Wahlen dazu wurden in den Bezirkswahllokalen vorgenommen; die Beteiligung der Frauen war gut.

Nach der Bildung der Kontrollausschüsse, des 15er-Ausschusses in den Bezirken arbeiten die Frauen nicht mehr als selbständige Hausfrauenkontrollausschüsse, sondern als Mitglieder der Kontrollausschüsse. Unsere Frauenbewegung hat aber ihre ganze Tätigkeit auf die Arbeit in den Kontrollausschüssen einzustellen.

Die Propaganda unter den Frauen in der Genossenschaft steckt noch in den Anfängen. Es hat sich herausgestellt, daß die Auffassung über die Arbeit in den Genossenschaften keine einheitliche ist.

Eine planmäßige Arbeit unter den Arbeiterinnen in den Betrieben und Gewerkschaften hat bisher nicht stattgefunden, da es an geeigneten Kräften fehlt. Es fanden zwei Informationsabende für die Arbeiterinnen aus den Betrieben statt, die nur schwach besucht waren. Es soll jetzt versucht werden, durch Heranziehung von Genossinnen aus den wichtigsten Industrien die Tätigkeit der Genossin Heintze zu unterstützen.

Der Absatz der „Kommunistin" ist von Beginn des Jahres von 1400 Exemplaren auf 2900 im September gestiegen, dann aber wieder bis Ende des Jahres auf 2500 Exemplare gesunken.

Gegen die Einstellung der „Tribüne der prolet. Frau" sind aus einer Reihe von Bezirken Proteste eingegangen. Die „Tribüne" war, weil sie von Arbeiterinnen geschrieben wurde, besonders für die indifferenten Frauen sehr wirksam.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt nach den abgeführten Beiträgen errechnet etwa 3500. M. Arendsee.

Feuilleton

Das Chenilleäffchen.

Hellblau und graziös, kaum kleinfingerlang, mit zwei schwarzen Perlänglein und lustig gestrecktem Schwänzchen, steht es vor mir auf dem Schreibtischfims, macht mich froh und ernst zugleich.

Eine schlesische Jugendgenossin schenkte es mir auf meinen Wunsch. Sie hatte es vor meinen Augen angefertigt, weil es mir unglaublich erschien, daß man aus drei mit Chenille umsponnenen Drahtstückchen solch Geschöpfchen schaffen kann. Aber sie konnte es. Und fertigt als Heimarbeiterin, da sich keine andere Arbeit für sie findet, täglich sechs Gros, das sind sechs mal zwölf Dutzend! Erst muß sie die Drähte schneiden, dann biegen und zusammenfügen, dann die Perlaugen an diese Idee von Kopf kleben, dann die ganzen Kerlchen zu je sechs aneinander reihen und dann abliefern und das viele Geld einheimsen.

Wieviel Geld? Fünfzehn Mark für ein Gros, macht täglich neunzig Mark.

Wie lang ist der Arbeitstag? Nun, als ich mit ihrer Mutter in ihre Stube trat, war es elf Uhr abends und die Mutter schalt über das teure Petroleum. Das Mädchen schnitt gerade Drähte für den andern Tag.

Wozu sind nun diese possierlichen Aeffchen, die es in allen Farben gibt? Sie gehen angeblich nach England als Tanzzeichen für Vereinsfestlichkeiten. Wenn in England viel getanzt wird in diesem Jahr, hat unsere kleine Heimarbeiterin viel Arbeit und kann sich trotzdem todhungern.

Aber wären es nicht Chenilleäffchen für das tanzende England, so wären es Seidenjumpers für Berliner Tanenziengirls!

Solche, die sich hübsch machen und nicht arbeiten, gibt es überall, und die jungen Arbeiterinnen schinden sich den Bast von den Händen für diese lustige Welt, während sie kaum ihr Stückchen trocken Brot dabei erwerben.

Martha Schlag.

Inhalt: Titelbild: Sie sehen noch. — Das Ringen des deutschen Proletariats seit vier Jahren. — Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. — Kampftage in Berlin. — Welche Aufgaben haben die proletarischen Frauen als Schützen und Geschworene? — „Und Friede auf Erden." — Junge Arbeiterinnen, seht Euch! — Aus der Organisation. — Feuilleton: Das Chenilleäffchen.

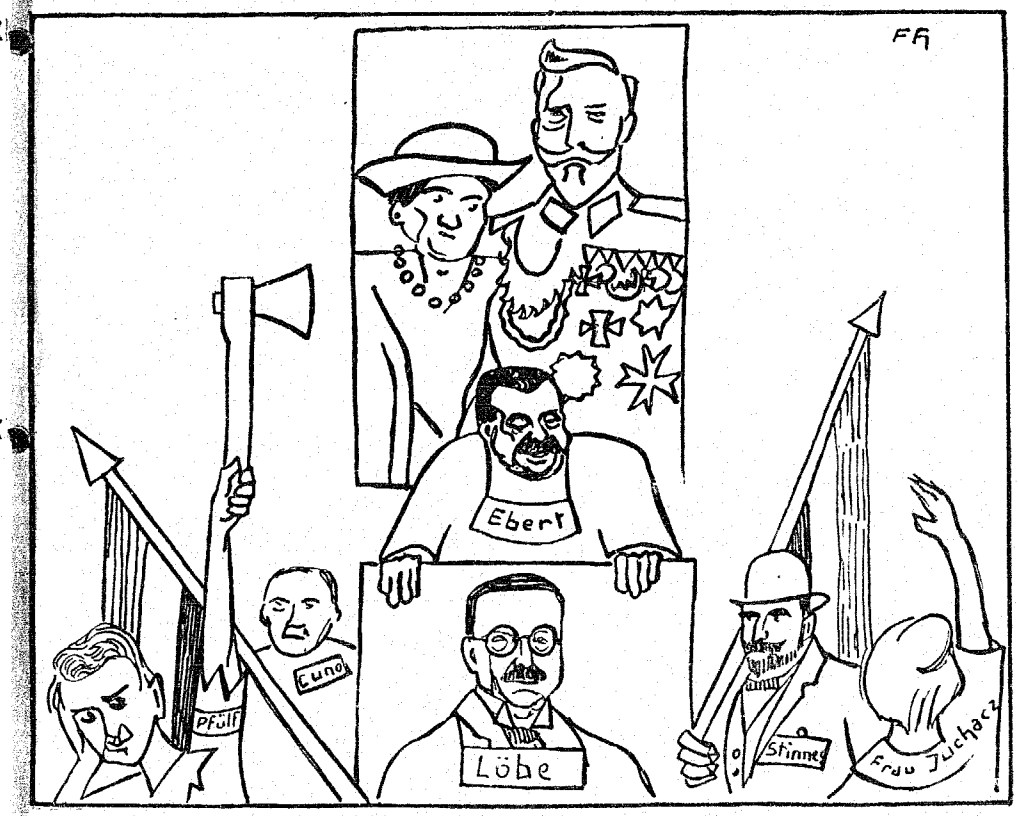
Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW 48.

Die Kommunistin

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Herausgegeben vom Frauenreichssekretariat. Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin

Nr. 3 | Die Kommunistin erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Infolge der immer weiteren Geldentwertung mußte der Preis wieder erhöht werden. Einzelnummer 4 M. — Mark | Berlin, 1. Februar 1923 | Verlag: Friedrichstadt-Druckerei GmbH. (Abteilung Zeitschriften). Berlin SW 48, Friedrichstr. 225. — Verantwortlich für die Redaktion: Martha Arendsee, Berlin. | Jahrg. 5

Der Geist von 1914 bei der VSPD.



Ebert: „Ich kenne keine Parteien mehr, kenne nur noch Deutsche."
Wilhelm: „Gott sei Dank! Ich habe einen würdigen Nachfolger gefunden."

„Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen!"

A. Th. Drunten im Ruhrrevier sind mehr als 100 000 französische Soldaten einmarschiert, und in den Straßen der deutschen Städte johlen die Hakenkreuzler die liebliche Melodie: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen", und lassen die schwarz-weiß-roten Fahnen wehen und kündigen dem „inneren Feind" Galgen und Strick an.

Ist der 4. August 1914 wiedergekehrt? Geht es wieder an ein Massenmorden?

Jetzt ist die Stunde, wo die proletarischen Frauen ihren Mann stellen müssen. Jetzt müssen sie zeigen, daß sie nicht nur zu dulden und zu klagen, sondern daß sie auch zu handeln verstehen.

Denn wieder ist eine Stunde, „wo brennende Funken über ein Pulverfaß fliegen", wo die Rücksichtslosigkeit der Herrschenden einen Weltbrand entfachen kann.

Alles kommt jetzt darauf an, daß das arbeitende Volk sich nicht noch einmal patriotisch besoffen machen läßt, daß es **rechtzeitig** den kapitalistischen Verbrechern und ihren Helfershelfern in den Arm fällt.

Die proletarischen Frauen **wissen** jetzt, was ein Krieg ist. Sie wissen zumal, was ein Krieg ist, der von den großen Geldsäcken und um der Geldsäcke willen geführt wird. Sie wissen, daß, während ihre Männer, Söhne und Brüder draußen ihr Blut verspritzen, sie, die Frauen und ihre Kinder, von den kapitalistischen Kriegsanstiftern bis auf die Knochen ausgehungert und ausgewuchert werden.

Ja, „siegreich woll'n wir Frankreich schlagen!" Die das brüllen oder andere brüllen lassen, die lassen die anderen an die Front gehen. Die suchen sich einen profitableren und weniger gefährlichen Feind aus: die deutschen Frauen und Kinder.

Und während sie so brüllen und die Patrioten mimen, denken sie an nichts als an das „Geschäft", an ihr schmutziges und brutales Ausbeuterhandwerk.

Und während sie in „nationaler Einheit" machen, halten sie die Stricke bereit, um das Volk zu knebeln. Die proletarischen Frauen müssen jetzt klar sehen, und sie müssen den anderen die Augen öffnen. Sonst ist es um sie geschehen. Die Geldsackregierung, die wir haben, versteht sich auf das Handwerk, das Volk dumm zu machen, nicht schlechter als die ehemalige Hohenzollern-Regierung. In tausend Blättern setzt sie dem Volk ihre dummen Lügen vor, hetzt, schürt, schwindelt, heuchelt, brüllt und verschweigt.

Nach den niederschmetternden Erfahrungen des letzten Krieges, nach den ungeheuren, unglaublichen Lügen, mit denen damals das Volk belogen wurde, muß jede Arbeiterfrau sich sagen: Das, was „amtlich" verkündet wird, ist jedenfalls Schwindel, das, was die bürgerliche und die sozialdemokratische Presse sagt, ist der gleiche Schwindel. Am wahrscheinlichsten ist immer das Gegenteil davon. Das, was verschwiegen wird, das, wogegen von den „Patrioten" gehetzt wird, das ist sicher die Wahrheit, und diejenigen, gegen die am meisten die Hetze geht, das sind sicher die einzigen, die Recht haben und den richtigen Weg zeigen.

Was ist die Wahrheit?

Sie ist ganz einfach. Die französischen Kapitalisten wollen sich bezahlt machen. Die deutschen Kapitalisten, die Stinnes, Thyssen, Klöckner usw. wollen sich vom Zahlen drücken.

Dafür soll sich das Volk patriotisch begeistern, dafür soll es sich vielleicht zusammenschießen lassen. Wieder geht die freche Lüge um, als ob die Arbeiter das gleiche Interesse hätten wie die Kapitalisten. Die sozialdemokratischen Führer, die im letzten Krieg den Zutreiber für Wilhelm, für Ludendorff und Hindenburg gemacht haben, machen jetzt den Zutreiber für Stinnes und Ludendorff.

Nein, tausendmal nein! Es ist eine grobe Lüge, daß irgend einem deutschen Arbeiter geholfen ist, wenn er zur Rechnung der Stinnes „siegreich Frankreich schlagen" würde, abgesehen davon, daß in der Regel der Schwächere die Prügel kriegt, und das ist sicher nicht „der Franzose".

Was machen denn die Stinnes jetzt, wo „das Vaterland in Gefahr" ist. Sie machen, was sie immer gemacht haben: sie plündern das Volk aus. Sie erhöhen die Kohlenpreise, sie erhöhen fast Tag um Tag die Eisenpreise, sie pressen den Staat um die Kohlensteuer von über 40 Milliarden, sie geben der Mark einen Fußtritt, daß alle Preise schwindelnd in die Höhe gehen.

Und noch mehr machen sie. Stinnes bietet dem Ausland eine Anleihe an — wenn man ihm die deutschen Eisenbahnen ausliefert. Die ganze bürgerliche Presse, einschließlich der Dutzende von Blättern, die Stinnes selber gehören, schweigt diese skandalöse Sache tot. Sie ist aber wahr, und das Totschweigen der Interessenten unterstreicht die Richtigkeit.

All die unerhörte Not, die jetzt über das Volk kommt, für sie sind die großen Geldsäcke und ihre Regierung verantwortlich. Ihr „Patriotismus" ist nur eine Maske, dahinter steckt der Landes- und Hochverrat.

Ja, Landes- und Hochverrat ist es, wenn diese Gesellen das Volk ausplündern und um große Steuern prellen, wo der äußere Feind im Land eingefallen ist, Landes- und Volksverrat, wenn sie zusammen mit den ausländischen Kapitalisten das Reich um seine Eisenbahnen bringen wollen.

Wenn unsere Männer schon den Schießprügel in die Hand nehmen, so soll es gegen den Feind sein, der uns direkt auf der Pelle sitzt: gegen die wackeren Wucherpatrioten selber. Schlagen wir zuerst unseren Stinnes, dann werden wir zusammen mit den französischen Arbeitern, auch mit den französischen Stinnessen ein Wörtlein reden.

Was kann werden?

Wenn die deutschen Arbeiter nicht die Regierung stürzen, die nach der Pfeife von Stinnes tanzt, um ihre eigene Regierung aufzurichten, so ist alles möglich und nichts Gutes für die Arbeiter.

Entweder ein Stinnes-Krieg, bei dem die Arbeiter diesseits und jenseits des Rheins die Geschlagenen sein werden; oder einen Stinnes-Frieden, eine Vereinbarung der deutschen und französischen Stinnesse, wie man dem deutschen Arbeiter noch besser das Fell gerbt und den Brotsack noch höher hängt.

Nieder mit dem Stinnes-Krieg! Nieder mit der Stinnes-Regierung! Nieder mit der Stinnes-Bande von Kapitalisten!

Es lebe die Arbeiterregierung!

Proletarische Frauen in Haus und Betrieb!

Auf zum Kampf gegen den Krieg für die Ausbeuter!

Reiht Euch ein in die Klassenkampffront des Proletariats!

Zusammenbruch der Wohlfahrtspflege.

Der Bankrott der bürgerlichen Gesellschaft gestaltet die Lage des Proletariats immer verzweifelter. Wohnungselend, Kohlennot, Mangel an Kleidung und Nahrung vermehren die Krankheitsgefahren, die schon von jeher das Proletariat ständig bedrohten.

Nach Mitteilungen des Preußischen Wohlfahrtsamtes betrug die Zahl der Todesfälle an Lungenentzündungen im 1. Quartal 1922 17 785 gegenüber 14 549 im 1. Quartal 1921. In Städten über 15 000 Einwohner stieg die Zahl der Todesfälle bei Erkältungskrankheiten von 23,6 auf 10 000 Einwohner im 1. Quartal 1921, auf 39,9 im 2. Quartal 1922. Die Krankenkassen leisten ganz ungenügende Hilfe. Durch die Verordnung vom 11. Dezember sind sie wohl berechtigt, über das 3fache an Beiträgen zu erheben, die Erhöhung des Krankengeldes tritt aber erst nach 6 Wochen in Kraft. Die alten, nicht mehr arbeitsfähigen Proletarier, die Berufs- und Kriegsinvaliden erhalten Renten, von denen die Regierung weiß, daß sie ebenfalls dabei verhungern müssen. Die unbrauchbar gewordenen Arbeitssklaven sind lästiger Ballast für den kapitalistischen Staat, sie sollen verschwinden.

In den Versorgungskrankenhäusern schleppen seit Jahren Opfer des Krieges ihren zermarterten Körper ohne Aussicht auf Heilung durch das elende Leben. Noch immer wird mit allen Mitteln ärztlicher Kunst versucht, sie wieder so auszuflicken, daß sie irgendeine Arbeit leisten können, damit der Staat die Rentenzahlung spart. Furchtbare Tragödien spielen sich ab. In Leipzig-Gohlis haben 38 dieser Unglücklichen den Entschluß gefaßt, am 5. Januar in den Hungerstreik zu treten, weil die elende Kost nach einer Verordnung des Reichsarbeitsministeriums noch mehr verschlechtert werden sollte. Dem langsamen Hungertod, dem diese Kranken ausgesetzt werden sollen, ziehen sie den freiwilligen, schnelleren Hungertod vor. Das dankbare Vaterland entblödet sich nicht einmal, die Begräbniskosten für die im Lazarett Gestorbenen von den Hinterbliebenen (Eltern und Kriegerwitwen) durch Pfändung einzutreiben.

Ganz anders aber verfährt man mit den verabschiedeten, wilhelminischen Offizieren. Diese 46 630 gesunden, noch im arbeitsfähigen Alter stehenden Männer werden aus dem Lohnabzug der Arbeiterklasse erhalten. Allein die 230 Generale erhielten im Monat Dezember ohne Frauen- und Kinderzulage 43 Millionen Ruhegehalt. Ein einziger dieser Nichtstuer erhält also soviel wie 38 „gemeine" Kriegsinvaliden zusammen.

Wie aber ergeht es jetzt den Kindern des Proletariats? Vom Mutterleibe an gilt für sie nur das Wort „entbehren".

1907 gab es in Deutschland 9½ Millionen erwerbstätige Frauen, darunter annähernd 4 Millionen verheiratete. Seitdem hat sich die Zahl vergrößert. Kriegerwitwen, Frauen von Kriegsverletzten sind zur Erwerbsarbeit gezwungen, wie überhaupt die allgemeine Notlage der Familien die Frauen zum Mitverdienen treibt. Millionen von Kindern sind also ohne Pflege, ohne Aufsicht der Mutter. Nach den Berichten der Gewerbeinspektion betrug die Zahl der unter 6 Jahre alten, von Fabrikarbeiterinnen zu versorgenden Kinder 47,1 Prozent; ohne jede Aufsicht und Pflege war der vierte bis sechste Teil aller Arbeiterinnenkinder.

Nur für einen kleinen Teil der Kinder waren bisher Säuglingsheime und Kinderhorte vorhanden. Die Krise der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zerstört aber auch diese wenigen notdürftigen Zufluchtstätten. Täglich verkünden die Zeitungen neue Zahlen über den Abbau der Wohlfahrtseinrichtungen. Prof. Dr. Langstein, Leiter der Reichsanstalt zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und Vorsitzender des Verbandes der freien gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten Deutschlands, richtete einen Mahnruf an die Reichsregierung, den Kranken- und Pflegeanstalten zu Hilfe zu kommen, weil sie sonst dem Untergange geweiht seien. 1400 Anstalten mit 150 000 Betten stehen vor dem Zusammenbruch. 15 Prozent der Säuglingsheime, 46 Prozent der Krippen sind bereits geschlossen. In einer Konferenz der privaten Mutter-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge in Berlin wurde mitgeteilt, daß 41 Anstalten der privaten Wohlfahrtspflege bereits geschlossen sind. Vom Berliner Magistrat werden höhere Pflegegelder für die untergebrachten Kinder gefordert; im Weigerungsfalle wurde mit dem Streik gedroht.

Eine Denkschrift des Berliner Zentralwohlfahrtsamtes schildert gleichfalls die elenden Verhältnisse der städtischen Wohlfahrtspflege: Die Krankenhäuser sind überfüllt, die Verpflegung völlig ungenügend. Ein Betrag von 5 Milliarden, der nötig ist, ihren völligen Zusammenbruch zu verhindern, soll durch Zuschläge auf die Gas-, Wasser-, und Elektrizitäts-Tarife herausgeschafft werden, also wieder durch Belastung der arbeitenden Bevölkerung. Die Obdachlosen im Asyl müssen auf den Korridoren untergebracht werden, weil die 40 Säle mit je 100 Pritschen jeden Tag überfüllt sind.

Die gleiche Hilflosigkeit und Unfähigkeit gegenüber diesem furchtbaren Massenelend finden wir auch bei der preußischen Regierung. Im Preußischen Landtag wird gegenwärtig ein Tuberkulosegesetz beraten, das die Anzeigepflicht für offene Tuberkulose einführen will. Die Kranken sollen isoliert werden, um wenigstens die Ausbreitung der Seuche zu beschränken. Die preußische Regierung hat aber erklärt, daß sie das Tuberkulosegesetz fallen ließe, wenn damit Fürsorgemaßnahmen des Staates verbunden werden.

Wir stehen also mitten im Zusammenbruch der gesamten staatlichen, kommunalen und privaten Wohlfahrtspflege. Grausam wird die Illusion der Kleinbürger und Sozialdemokraten zerstört, es sei unter der Herrschaft des Kapitalismus irgendeine Sicherung des Arbeiters in Krankheits- und anderen Notfällen möglich. Soweit der Kapitalismus während seiner Aufstiegszeit Sozialgesetzgebung und soziale Einrichtungen geschaffen hat, geschah es nur zu dem Zweck, die Arbeiter zu verwirren und vom Klassenkampf abzuhalten.

Jetzt aber steht der Massennot des Proletariats gegenüber die Tatsache, daß es für die bürgerliche Gesellschaft nur noch den Kampf um ihre nackte Existenz gibt. Mit allen Mitteln versucht sie, sich zu halten, dabei immer weitere Schichten des Kleinbürgertums ins Elend stoßend. Die private Wohlfahrtspflege soll für ihre Zwecke erhalten bleiben, die Mittel dazu aber sollen aus dem Steuerabzug der Arbeiterschaft genommen werden. Das Reich hat bereits 1 Milliarde zur Unterstützung privater Wohlfahrtseinrichtungen bewilligt, in Preußen wird noch beraten, in Berlin sind 100 Millionen Mark bewilligt, dabei aber ein Antrag, der für die Gemeinde das Kontrollrecht über die Verwendung ihrer Gelder fordert, ausdrücklich von den bürgerlichen Parteien abgelehnt worden.

Der Arbeiterschaft aber versucht man wiederum durch Gründungen, wie die „Deutsche Notgemeinschaft" unter dem Vorsitz Eberts, der sich auch die Gewerkschaftsführer ohne Befragen der Mitgliedschaft angeschlossen haben, Sand in die Augen zu streuen. Es kann keine Notgemeinschaft mit dem Bürgertum geben, weil die Bourgeoisie keine Not hat. Es gibt nur eine Notgemeinschaft des Proletariats, die zum Ziele hat, das Bürgertum zu bekämpfen, den kapitalistischen Staat als Ursache all des Elends mit allen seinen Machtmitteln, die er gegen das Proletariat anwendet, zu beseitigen.

Ueberall in Betrieben, wo Arbeiter und Arbeiterinnen aufgefordert werden, Ueberstunden für die „Notgemeinschaft" zu machen, oder da, wo bürgerliche Frauenvereine und kirchliche Organisationen mit Sammlungen zu den Hausfrauen kommen, muß dies abgelehnt werden. Dafür aber müssen mit aller Energie vom Staate durchgreifende Maßnahmen auf dem gesamten Gebiete der sozialen Fürsorge gefordert werden.

Das gesamte Fürsorgewesen muß vereinheitlicht werden, die privaten Wohlfahrtseinrichtungen sind den Kommunen zu übergeben, mit der Zersplitterung der sozialen Versicherungsgesetzgebung, die dazu führt, daß der größte Teil der Beiträge für Verwaltungszwecke draufgeht, muß Schluß gemacht werden. Die kommunistische Landtagsfraktion hat bereits vor einem Jahr einen entsprechenden Antrag eingebracht, der die Umgestaltung des Gesundheitswesens fordert, den aber die Sozialdemokraten abgelehnt haben.

Unsere Genossinnen müssen überall unter den Arbeiterinnen in den Betrieben und bei ihrer Arbeit in den Kontrollausschüssen zu dem Zusammenbruch der Wohlfahrtspflege Stellung nehmen. Die privaten Wohlfahrtseinrichtungen müssen unter genaue Kontrolle genommen werden. Es gilt, die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe gegen zunehmende Verelendung aufzurufen.

M. Arendsee.

Jugendwohlfahrt.

Vor dem Kriege bestand die „behördliche" Jugendpflege in den Bestrebungen zur Heranbildung einer militärfromm, dienstuntauglichen Jugend. Die Jugendfürsorge war vollständig zersplittert und lag meist in den Händen von privaten Vereinen. Die Schaffung der „Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge" im Jahre 1907 war der erste Anfang einer planmäßigen, zentralisierten Arbeit auf diesem Gebiet.

Die Not der Jugend wuchs nach dem Kriege ins Unermeßliche. Mit dem Elend nimmt aber auch die sogenannte „Verwahrlosung" zu. Die herrschende Klasse fühlte sich in ihrer Sicherheit bedroht und mußte, zum Teil auch gezwungen durch den Druck des Proletariats, geringe, sehr geringe Schutz- und Vorbeugungsmaßnahmen für die Jugend treffen. Nachdem schon im Juli 1918 die preußische Regierung dem Landtage einen Entwurf eines Jugendfürsorgegesetzes vorgelegt hatte, kam es zu einer reichsgesetzlichen Regelung der

Dinge. Juni 1922 wurde das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt einstimmig im Reichstage angenommen.

Kennzeichnend für den Geist dieses Gesetzes ist es, daß der Regierungsreferent ein gewesener Admiralitätsrat (!) war, der bis dahin die Angelegenheiten für Klautschon bearbeitet hatte und heute in Jugendfürsorge macht.

Wir wollen uns nun das Gesetz näher ansehen: § 1: „Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit." Nicht wahr, ihr Arbeiterfrauen, wundervoll! Eure Kinder haben ein Recht! Schade, daß dieses Recht nur auf dem Papier steht. Das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt soll erst 1924 in Kraft treten, wahrscheinlich wird es aber nie zur Durchführung gelangen. „Aus Mangel an Mitteln". Der Berliner Kämmerer kündigte schon an, daß die vorhandenen sozialen und fürsorgerischen Einrichtungen abgebaut werden müssen. Für Schupo und Reichswehr ist Geld vorhanden, aber nicht für hungernde Proletarierkinder. Was soll „Erziehung zur seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit" heißen? In der bürgerlichen Gesellschaft bedeutet es: Erziehung zu gehorsamen Staatsbürgern und willfährigen Arbeitssklaven.

Organe der öffentlichen Jugendhilfe sollen die Jugendämter werden; die folgende Aufgaben haben:

1. Schutz der Pflegekinder.
2. Mitwirkung in Vormundschaftssachen.
3. Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige.
4. Schutzaufsicht über verwahrloste und verbrecherische Jugendliche.
5. Die Jugendgerichtshilfe.

Ferner hat das Jugendamt Einrichtungen zu schaffen für die Wohlfahrt der Säuglinge, Klein- und Schulkinder und der Jugendlichen. Alle diese Anweisungen stehen aber nur auf dem Papier. Wir Kommunisten wissen zu genau, daß für wirkliche Jugendhilfe im Rahmen des kapitalistischen Staates kein Platz ist. Trotzdem haben wir alle Möglichkeiten, die uns das Gesetz bietet, im Interesse der proletarischen Jugend auszunützen. Dies gilt vor allem von § 9, der uns die Gelegenheit gibt, die Vertreter unserer Jugendorganisationen in die zu bildenden Jugendämter zu entsenden. Diese proletarischen Jugendvertreter haben Stimmrecht und können immerhin einen gewissen Einfluß im Jugendamt ausüben.

Wir wollen auf die Paragraphen 24—26, 32—38 hinweisen, durch die die Jugendämter verpflichtet sind, sich vor allem der unehelichen Kinder anzunehmen.

§ 49 lautet: „Minderjährigen ist im Falle der Bedürftigkeit der notwendige Lebensunterhalt einschließlich der Erziehung und Erwerbsbefähigung und die erforderliche Pflege in Krankheitsfällen zu gewähren." Großartig! Es fehlt nur eins, um diese herrliche Bestimmung noch vollendeter zu machen: Das notwendige Geld.

Die wenigen Heime für Kinder sind überfüllt. Eine Behörde schickt die Kinder zur andern. Aber niemand tut etwas für die unterernährten Kinder. Die Sprechstunden der Fürsorgestellen sind überlaufen von Proletariermüttern, die um Wäsche, Kleidungsstücke und Lebensmittel für ihre Kinder bitten. Aber die meisten müssen unbefriedigt von dannen ziehen. Noch schlimmer sind diejenigen daran, für die keine Eltern mehr sorgen. Von jeher war Waisenkind zu sein ein furchtbares Los. Auch heute hat sich nicht viel geändert. Im städtischen Berliner Waisenhaus schlafen drei Kinder in einem Bett, wie der Jugendamtsdirektor Hänsler zugeben mußte. Die Zunahme der Zahl der im Waisenhaus untergebrachten Kinder ist auch durch den Rückgang der Zahl der Pflegestellen bedingt, denn die bezahlten Pflegegelder sind lächerlich gering. In Berlin sind z. B. für Knaben von 2—4 Jahren 1491 M., Mädchen von 2—4 Jahren 1326 M. angesetzt. Für Knaben von 4—10 Jahren 1209 M., für Mädchen von 4—10 Jahren 1038 M. im Monat. Was soll der Unterschied zwischen Knaben und Mädchen? Warum werden für die älteren Kinder weniger Pflegegelder gezahlt? Essen diese etwa weniger? Oder verlangt der Magistrat, daß sie ihren Lebensunterhalt sich selbst verdienen sollen?

Das Jugendamt soll Anstalten zur gesellschaftlichen Ertüchtigung der Jugend treffen. Hier versucht man, etwas zu leisten. Man veranstaltet billige Aufführungen „vaterländischer Dramen", man will die Jugend aus der Großstadt herausziehen. Kennzeichnend ist, daß die Großindustrie in Berlin, z. B. Siemens und Borsig, durch Geldmittel diese Bestrebungen unterstützen. Die Absicht wird auch oft offen ausgesprochen: Man will die Jugend entpolitisieren, durch Wanderungen wie durch Volkshochschulkurse vom Klassenkampf ablenken. Wir verlangen natürlich nicht, daß die arbeitende Jugend sich nur mit politischen Fragen befassen soll. Wir gönnen der ausgebeuteten Jugend gern Sport, Spiel, Tanz, Erholung. Aber sie soll dies in den proletarischen Sport- und Turnvereinen tun, nicht in bürgerlichen Veranstaltungen, die nur die Aufgabe haben, proletarische Jugendliche ihrer Klasse zu entfremden.

Wir Kommunisten wissen, daß mit kleinen Reformen und Reformchen dem Jugendelend, das eine Massenerscheinung ist, nicht abzuhelfen ist. Solange eine Gesellschaft existiert, deren Sinn es ist, Profit zu erzielen, kann von wirklicher Jugendpflege nicht die Rede sein. Erst in der kommunistischen Gesellschaft ist die Möglichkeit gegeben, das Uebel an der Wurzel auszurotten. Trotzdem müssen wir alles tun, um mit Hilfe proletarischer Organe, Betriebsräte, Kontroll- und Hausfrauenausschüsse unsere Mindestforderungen durchzusetzen:

1. Abgabe von verbilligter Milch und Nährmitteln.
2. Unentgeltliche Belieferung mit Kleidung und Nährmitteln.
3. Einrichtung von Kinderhorten und Jugendheimen.
4. Einrichtung von Erholungsstätten und Waldschulen für unsere kranken und unterernährten Kinder.
5. Durchführung des Verbotes der Kinderarbeit.

Gerade für die kommunistischen Frauen liegt im Kampf für unsere Mindestforderungen, im Kampf gegen das Kinderelend eine wichtige Aufgabe.

Skandal! Dafür zahlt man nun die hohen Löhne, daß die Göhren so dreckig und zerlumpt herumlaufen!

Die Reichsschulkampfwoche der Kommunistischen Kindergruppen.

Wir wollen kämpfen um eine neue kommunistische Schule, in der es uns besser gefällt, und wo wir auch Lust und Liebe zum Lernen haben. In der heutigen Schule ärgert uns der Lehrer bei jeder Kleinigkeit mit dem Rohrstock.
(Aus dem Briefe einer 10jährigen Schülerin.)

In jeder Stadt, auf jedem Dorfe stehen die Zuchthäuser für die Arbeiterkinder. Oft mit einem schönen Spruch über der Eingangstür. Die Eltern sind sich meistens gar nicht im klaren, daß sie jeden Tag ihre Kinder auf 4 bis 6 Stunden in die Züchtigungsanstalten des Staates, Schulen genannt, den Züchtern für Arbeiterkinder, die den schönen Titel „Volksschullehrer" führen, ausliefern. — Sie sollen ja dort lernen, sollen zu „Menschen" herangebildet werden. Wer kann das besser tun als der Lehrer, denn das ist doch sein „Fach", er hat es ja „gelernt". — So weit gehen die Schlüsse der meisten Eltern; sie glauben ihre Pflicht erfüllt zu haben, wenn sie ihre Kinder regelmäßig in die Schule schicken. Und doch denken die wenigsten daran, daß in den Schulklassen täglich, ja stündlich ihre eigenen Kinder geplagt und gemartert werden, daß die Wände dieser Zuchthäuser von den Schreien der Geschlagenen widerhallen, daß die Kinder beim Anblick ihrer „Pädagogen" ängstlich zusammenzucken und still und scheu davonschleichen, sobald nur einer dieser „Seelenwächter" sichtbar wird.

Müßte das nicht zu denken geben, ob der Lehrer wirklich der geeignete Erzieher sei? — „Er hat's ja gelernt!" — In den Schullehrerseminaren werden Wüsten herangezüchtet, die alles andere sind, als Kindererzieher. Der Geist des wilhelminisch-preußischen Klassenstaates lebt hinter die Mauern der Seminare und treibt dort auf seinen Mistbeeten die Giftpilze, die das Volk in seinem geistigen Streben und Kämpfen lähmen sollen und es gefügig machen für seine Stellung in der Gesellschaft als Sklaven des Geldsacks. Das ist das System der Schule, das ist der Geist, der den Kindern beigebracht wird.

Sind sich die Eltern dieser Eigenschaften der Schule nicht bewußt, so leiden unsere Kleinen um so schwerer. Nicht allein die Prügelstrafe, die so oft als Universalmittel gegen Nervenschwäche und Ueberanstrengung der Kinder gebraucht wird, bedrückt und ängstigt die Arbeiterkinder auf Schritt und Tritt. Sondern auch der Gegensatz zwischen Schule und Elternhaus leget auf ihrer Seele. Der Lehrer verherrlicht die Fürsten, er hetzt auf die Kommunisten. Eltern und Geschwister sind Arbeiter, nehmen an den Kämpfen der Arbeiterklasse teil, sie streiken, besuchen Versammlungen, sprechen über die Stellung des Staates gegen die Arbeiter. Die Lehrer beschimpfen in der Schulstunde die Eltern der Kinder, die Kinder verteidigen ihre Eltern und werden dafür geschlagen. Sie sollen sich daran gewöhnen, beschimpft und geschlagen zu werden, ohne zu mucken.

Der erste größere Zusammenschluß der Arbeiterkinder, die „Kommunistischen Kindergruppen", haben auf ihrer ersten Reichskonferenz in Suhl beschlossen, den Kampf gegen die reaktionäre Schule im größten Maßstab aufzunehmen. Im Februar dieses Jahres findet für ganz Deutschland eine „Reichsschulkampfwoche" statt. Alle Kindergruppen rüsten zu dieser Woche. In den vergangenen Jahren haben die Kinder in Propagandawochen, in Hilfswochen für Sowjetrußland bewiesen, wie tätig sie sein können, und wie ernst es ihnen um ihre große Sache ist. Jetzt haben sie sich an den Drachen der Schulreaktion herangewagt. Wohlan, ihr Frauen und Mütter, helft unserem Klein-Siegfried, den Riesen zu bekämpfen! Hilfe und Unterstützung tut ihm not in seinem ersten Waffengang. Gilt es doch um Forderungen zu kämpfen, die der arbeitenden Klasse für spätere Zeit, für die Zukunft, wenn die kleinen Kämpfer herangewachsen sind, wertvolle Früchte tragen. Legen wir den Samen der Zukunft, kämpfen wir mit unseren kleinsten Genossen und führen sie so einer stärkeren Menschlichkeit entgegen.

Fort mit der Prügelstrafe für Arbeiterkinder!
Fort mit Religion und Nationalismus aus der Schule!
Freie Wahl der Lehrer und Lehrmethoden durch Schüler und Eltern!
Freistellung von Lehrmitteln und Lehrmaterial!
Selbstverwaltung der Schulen durch Schülerräte und Schülergerichte!
Freie Schulspeisung für alle Kinder! Fi.

Welche Aufgaben haben die proletarischen Frauen als Schöffen und Geschworene?

Von Felix Halle.

II.

Die Frau als Schöffenrichter.

Die Schöffengerichte sind die untersten Gerichte in der deutschen Gerichtsverfassung. Sie werden bei den Amtsgerichten gebildet, und zwar in der Form, daß zu der Hauptverhandlung neben dem Amtsrichter, einem Juristen, zwei Laien als Schöffen zur Urteilsfindung hinzugezogen werden. Mindestens ein Schöffe muß ein Mann sein. Das Schöffengericht ist für die kleineren Verstöße gegen die Gesetze des Staates zuständig, z. B. für Beleidigung, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, Diebstahl, Betrug, Unterschlagung bei einem Werte bis zu 3000 Mark. Immerhin können die Schöffengerichte außer Geldstrafen in bestimmten Fällen Freiheitsstrafen bis zu 2 Jahren verhängen.

Auswahl der Schöffen.

Der Vorsteher einer jeden Gemeinde hat alljährlich ein Verzeichnis der in der Gemeinde wohnhaften Personen, welche zum Schöffenamte berufen werden können, aufzustellen (Urliste). Die Hilfsschöffen sind bestimmt, für etwa ausbleibende Schöffen (bei Erkrankungen oder sonstigen wichtigen Gründen) einzutreten.

Die für jedes Amtsgericht erforderliche Zahl von Hauptschöffen und Hilfsschöffen wird durch die Landesjustizverwaltung bestimmt und zwar so, daß voraussichtlich jeder Hauptschöffe höchstens zu fünf ordentlichen Sitzungstagen im Jahre herangezogen wird. Die Tage der ordentlichen Sitzungen des Schöffengerichts werden für das ganze Jahr im voraus festgestellt. Die Reihenfolge, in welcher die Hauptschöffen an den einzelnen ordentlichen Sitzungen des Jahres teilnehmen, wird durch Auslosung in öffentlicher Sitzung des Amtsgerichts bestimmt. Ist für eine Sitzung eine Frau ausgelost worden, so sind weitere auf eine Frau lautende Auslosungen für diese Sitzung unwirksam.

Das Gerichtsverfassungsgesetz bestimmt die einzelnen Fälle, in denen jemand nicht Schöffe sein kann, z. B. bei Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, bei Konkurseröffnung und bei Entmündigung; ferner sollen nicht genommen werden Personen, die noch nicht 30 Jahre alt sind, Personen, die wegen geistiger und körperlicher Gebrechen zum Amte nicht geeignet sind, Minister, Richter, Militärpersonen. Das Gesetz bestimmt weiter, wer die Berufung zum Schöffenamte ablehnen darf (so Reichstags- und Landtagsabgeordnete, Mitglieder der Bürgerschaft, Aerzte, Apotheker, Hebammen, Personen über 65 Jahre; desgleichen Personen, welche glaubhaft machen, daß sie den mit der Ausübung des Amtes verbundenen Aufwand zu tragen nicht vermögen. Schließlich Frauen, welche glaubhaft machen, daß ihnen die Fürsorge für ihre Familie die Ausübung des Amtes in besonderem Maße erschwert.

Die letzten beiden Bestimmungen lassen deutlich erkennen, daß unter dem Vorwande sozialer Billigkeit die wirtschaftlich schwächsten Schichten der Bevölkerung, d. h. ein Teil der Proletarier, von der Ausübung des Laienrichteramtes ausgeschlossen werden sollen. Insbesondere gilt dies für die Bestimmung hinsichtlich der Frauen. Die bürgerlichen Parteien haben gehofft, daß auf diese Weise die proletarischen Frauen sich selbst ausschalten werden. Die Bourgeoisfrauen, deren Wirtschaft von Hausangestellten besorgt wird, werden natürlich leichter auf das Gericht gehen können als die proletarischen Hausfrauen. Aber auch für die Arbeiterin, die Lohneinbuße hat, bedeutet die Teilnahme an einer Gerichtssitzung ein größeres Opfer wie für eine Angehörige der wohlhabenden Klasse.

Immerhin erhalten die Schöffen für ihre Tätigkeit eine Entschädigung, die nach der Verordnung der Reichsregierung vom 8. Juli 1922 5 bis 25 Mark für die angefangene Stunde versäumter Arbeitszeit beträgt. Die Reichsregierung ist ermächtigt, die Sätze entsprechend dem Index zu erhöhen. Dennoch müssen sich die Proletarierinnen unbedingt zur Teilnahme an den Gerichtssitzungen bereit erklären, weil es hierbei die Erfüllung einer politischen Pflicht gilt. Die bürgerlichen Gerichte sind, wenn auch die bürgerliche Ideologie es abstreitet, politische Einrichtungen des Staates, an denen jeder klassenbewußte Proletarier sich, soweit er Gelegenheit dazu hat, beteiligen muß, damit er sein Rechtsempfinden zum Ausdruck bringen kann.

Die Aufgaben eines Schöffen.

Die Schöffen werden bei ihrer ersten Dienstleistung in öffentlicher Sitzung vereidigt, die Pflichten eines Schöffen getreu zu erfüllen und ihre Stimmen nach bestem Wissen und Gewissen abzugeben. Der Eid kann nach der Verfassung auf Wunsch des Schöffen in nichtreligiöser Form geleistet werden. Der Richter ist verpflichtet, den Schöffen zu befragen, welche Form er wählt. Die Schöffen müssen während der ganzen Sitzung zugegen sein. Den Vorsitz hat der Amtsrichter. (Der Amtsrichter ist ein Jurist, der wegen der sehr langen und teuren Berufsausbildung stets ein Angehöriger der besitzenden Klasse ist.) Der Amtsrichter wird aber mit dem proletarischen männlichen und weiblichen Schöffen, die sozusagen seine Kollegen sind, in einem ganz anderen Tone reden, als er bisher zu Proletariern gesprochen hat, die er als Angeklagte vor sich hatte. Der Richter wird, obwohl er stets die Phrase von dem Fernbleiben aller Politik aus dem Gerichtssaal gebrauchen wird, mit Bestimmtheit den Versuch machen, die proletarischen Schöffen zu überzeugen, daß es so etwas wie bürgerliche Klassenjustiz nicht gibt. Bei diesem Bestreben kommt ihm seine bessere Schulung sehr zu gute. Der proletarische Schöffe darf sich weder durch die Liebenswürdigkeit noch durch Einschüchterungsversuche des Richters von seinem Klassenbewußtsein abbringen lassen. Der Amtsrichter hat in der öffentlichen Sitzung das Recht der Vernehmung des Angeklagten, der Zeugen und Sachverständigen. Die Schöffen haben außerdem das Recht, an die Zeugen und

Sachverständigen, ohne Vermittelung des Richters direkt Fragen zu stellen. Läßt der Vorsitzende eine Frage eines Schöffen nicht zu, so muß das Gericht, d. h. der Richter und die beiden Schöffen über die Zulässigkeit der Frage beschließen. Beschließen beide Schöffen die Zulässigkeit der Frage, so muß der Amtsrichter sie zulassen. Nach der Verhandlung zieht sich der Richter und die Schöffen zur Beratung zurück. Es wird beraten und abgestimmt, ob der Angeklagte frei oder schuldig zu sprechen sei, ob mildernde oder erschwerende Umstände vorliegen und im Falle der Verurteilung, welche Strafart (Geldstrafe, Freiheitsstrafe) und auf welche Dauer der Freiheitsstrafe erkannt werden soll. Hierbei wird es die Aufgabe der proletarischen Schöffen sein, den Mitschöffen und wenn möglich auch den Amtsrichter zu einem Urteil zu bestimmen, das dem proletarischen Rechtsgefühl entspricht. Z. B. ist es die Aufgabe eines proletarischen Angeklagten, dafür zu sorgen,

1. daß proletarische Angeklagte, die aus Not gehandelt haben, freigesprochen oder so milde als möglich bestraft werden,
2. daß ein Angeklagter, der einen Proletarier oder eine Proletarierin bestohlen oder durch eine Rohheit in der Erwerbsfähigkeit geschädigt hat, mit einer angemessenen Härte bestraft wird,
3. daß durch eine entsprechende Bestrafung von Uebergriffen von Arbeitgebern gegenüber ihren Angestellten und Arbeitern die Ehre und das soziale Ansehen der Besitzlosen und erwerbenden Bevölkerungsklasse besser als bisher geschützt wird.

Die Schöffen stimmen, damit ihr Urteil nicht von dem des Berufsrichters bestimmt wird, vor dem Amtsrichter ab. Die Beratung der Schöffen und des Richters ist geheim, auch dürfen Vorgänge aus der Beratung nicht in der Presse mitgeteilt oder veröffentlicht werden. Dies schließt aber keineswegs aus, daß sich ein Schöffe bei einem rechtskundigen Parteifreunde, insbesondere bei den Fraktionen der KPD. im Reichstage und im Preußischen Landtage, deren Mitglieder verfassungsmäßig von jedem Zeugnißzwang entbunden sind, darüber erkundigt, ob sich bestimmte Vorgänge im Beratungszimmer nach den gesetzlichen Bestimmungen abgespielt haben und wie er sich künftighin bei ähnlichen Anlässen verhalten soll.

Ueber weitere Aufgaben des Proletariers, insbesondere der proletarischen Frau als Geschworene, soll in einem nächsten Artikel gesprochen werden.

Gewerkschaftliches

Die Not der Tabakarbeiterinnen.

Herr Cuno, der deutsche Reichskanzler, hat vor einigen Tagen angesichts der nähergerückten Kriegsgefahr eine Predigt gehalten: Deutsche Frauen, haltet Euch frei von Schmuck und Tand! Deutsche Männer, seid enthaltsam und meidet Alkohol und Tabak!

Ob der asketische Herr Reichskanzler wohl meint, daß der deutsche Kapitalist diese Mahnung beherzigen wird? Ach nein! Er wird trotz aller schönen Worte sein Leben durch Alkohol und Tabak versüßen, solange ihm die Ausbeutung seiner Lohnsklaven die notwendigen Gewinne einbringt.

Aber auch an die Arbeiterschaft wenden sich seine Mahnungen, an jenen Teil des „deutschen Volkes", der sich heute bereits durch „seine Enthaltsamkeit" selbst zum Hungertod verurteilt hat. Spott und Hohn sind diese Worte gegenüber einer verhungernden Arbeiterschaft!

Sehen wir uns die Lage derjenigen Schichten der Arbeiterklasse an, die die Erzeuger dieser Genußwaren sind!

Die Löhne stehen in der Tabakindustrie noch hinter dem zurück, was in den meisten anderen Industrien gezahlt wird. In Dresden z. B. erhielten in der ersten Hälfte des Monats Januar die Maschinenarbeiterinnen der Zigarettenindustrie 12 415 Mark pro Woche, sonstige über 18 Jahre alte Tabakarbeiterinnen 11 775 Mark, unter 18 Jahre alte weibliche Beschäftigte 9800 bzw. 8225 Mark. Der Wochendurchschnittsverdienst der im Akkord arbeitenden Packerinnen betrug 14 015 Mark, der Sortiererinnen 14 825 Mark. In der Rauch- und Schnupftabakindustrie betrug der Stundenlohn der über 20 Jahre alten Arbeiterinnen je nach der Ortsklasse 201,36 Mark bis 261,77 Mark, der unter 15 Jahre alten Arbeiterinnen 108,40 bis 140,92 Mark! Daneben gibt es eine Kinderzulage von 5 Prozent des Lohnes für verheiratete Arbeiterinnen, von 2 Prozent für ledige Arbeiterinnen.

Ueber die neuen Löhne schweben noch Verhandlungen. Die Unternehmer haben neue Lohnforderungen abgelehnt, und das Reichsarbeitsministerium, das daraufhin laut Tarifvertragsordnung von den Arbeiterverbänden angerufen wurde, hat eine Stellungnahme abgelehnt, so daß jetzt der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin die Entscheidung in Händen hat. Die Lohnabbautendenzen der Industriellen finden die Unterstützung der Regierung.

Aber die Tabakarbeiterinnen haben nicht nur völlig unzulängliche und — in Beziehung auf die Teuerung — sogar sinkende Löhne, es gibt heute kaum noch einen Betrieb, in dem noch mit voller Arbeitszeit gearbeitet würde. Während vor einigen Wochen Ueberstunden die Regel waren, werden immer mehr Betriebe eingeschränkt und die Arbeiterschaft auf die Straße gesetzt oder zum mindesten die Arbeitszeit erheblich verkürzt. Viele Zigarren- und Zigarettenfabriken kündigen bereits vollständige Stillegung an, da der Export deutscher Tabakerzeugnisse infolge der Angleichung an die Weltmarktpreise lahmgelegt ist, und auch der Inlandskonsum infolge der besonders durch die hohen Steuern gestiegenen Preise immer mehr zurückgeht. Die Arbeitslosenziffern des Deutschen Tabakarbeiterverbandes sind gestiegen von 6,65 Prozent im Juli 1922 auf 44,87 Prozent im Oktober 1922, im November waren von 127 123 erfaßten Arbeitern und Arbeiterinnen 20 519 (15,78 Prozent) arbeitslos; 64 182 (51,37 Prozent) arbeiteten mit verkürzter Arbeitszeit, meist nur 24 Stunden in der Woche. Ende Dezember arbeiteten von 94 231 erfaßten Mitgliedern des Tabakarbeiterverbandes 43 872 mit verkürzter Arbeitszeit, 21 184 waren völlig arbeitslos.

Unter solchen Umständen lassen sich die verzweifelten Frauen vielfach auf jede ihnen vom Unternehmer ganz unrechtmäßig gestellte Forderung ein. Sie unterschreiben, wie sogar die Berichte der preußischen Handelskammern es aussprechen, Reverse, in denen sie sich zu unterlassen Arbeit verpflichten. Organisierte Arbeiterinnen, die ihre Unterschrift verweigerten, wurden unter nichtigen Vorwänden entlassen. In manchen Betrieben (Firma Roth und Sohn in Dossenheim) verbieten sogar die Unternehmer ihren Arbeitern und Arbeiterinnen den Eintritt in die Gewerkschaft. Sie finden auch noch immer Unaufgeklärte, denen sie eine derartige Behandlung bieten können.

Diesen Zuständen muß endlich ein Ende gemacht werden. Die Unternehmer können und müssen gezwungen werden, die gewerkschaftlichen Organisationen anzuerkennen, sie müssen Tariflöhne zahlen. Die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen müssen aber auch Gebrauch machen von ihrem Recht des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses, sie selbst müssen ihre Gewerkschaft zu dem Organ machen, das rücksichtslos ihre Interessen gegenüber dem Unternehmertum und gegenüber der Regierung Cuno vertritt. Der zunehmenden Arbeitslosigkeit und den asketischen Absichten des Reichskanzlers können sie nur dann aussichtsreich entgegentreten, wenn sie sich einreihen in die Kampffront derer, die den Sturz jeder kapitalistischen Regierung, die Aufrichtung einer neuen planmäßig organisierten Wirtschaft sich als Ziel gesetzt haben. J. R.

Etwas vom Verband deutscher Hausfrauenvereine.

Obschon dieser Zweigverband des „Bundes deutscher Frauenvereine" über 100 000 Mitglieder schon im Jahre 1918 zählte, werden die wenigsten unserer Parteigenossinnen etwas von ihm gehört haben, und wenn bei örtlichen Wahlen oder anderen Gelegenheiten ein Flugblatt oder eine Versammlungseinladung mit der harmlosen Unterschrift „Deutscher Hausfrauenverein" ihre Aufmerksamkeit erregt, sind sie sicher nicht sofort im Bilde, daß hier bürgerliche Kräfte am Werke sind. Proletarierinnen auf ihre Seite zu ziehen. In einer Anzahl größerer Städte, besonders in Ostpreußen, gibt es zwar Speisehäuser, Mittelstandsverkaufsstellen, wo notleidende Angehörige dieser Kreise ihre überflüssig gewordenen Herrlichkeiten aus besseren Tagen zum Verkauf ausstellen lassen, auch Geschäfte, wo es landwirtschaftliche Erzeugnisse zu kaufen gibt, mehr aber weiß man nicht.

Nun war Gelegenheit, die Vorsitzende dieses Verbandes deutscher Hausfrauenvereine einen Vortrag über „Wesen und Ziele der Hausfrauenvereine" halten zu hören. Die Dame führte aus, daß das Wesen der deutschen Hausfrau ein fürsorgendes sei, kein beruflich erwerbendes. Sie übernehme für ihre Familie die Fürsorge nach vier Richtungen: wirtschaftlich, kulturell, erzieherisch ethisch; dafür erwarte sie von der Familie als Gegenleistung ihren Unterhalt. Diesem Wesen der deutschen Hausfrau entsprechend, sei auch das Wesen ihres Vereins ein fürsorgendes.

Um den Vielen gerecht zu werden, die leider immer erst fragen: „Was habe ich davon", ging sie in breitester Weise auf die wirtschaftlichen „Vorteile" ein, die die Mitgliedschaft biete. Da seien die Verkaufsstellen, die zu billigeren Preisen verkaufen und dadurch preisregulierend wirken, die Mittelstandsküchen, die kein Kostgeld liefern und verschämten Armen die Möglichkeit bieten, Abonnementskarten zu gesenkten Preisen zu erhalten, ferner sei in manchen Städten die häusliche Nothilfe organisiert, die in Fällen plötzlicher Erkrankung die Hausfrau ersetzen „sollte", „könnte", „müßte" — aber sie funktioniert noch nicht gut. Endlich war's heraus! Dann gibt es eine Krankenkasse, aber man wird nicht Kassenpatient dadurch, — behüte, — das wäre wohl schrecklich. Aber es ist eine Art Versicherung, abgeschlossen mit einer Leipziger Gesellschaft, und man erhält in Krankheitsfällen einen Zuschuß. Auch Erholungsheime gibt es eine Anzahl, und bald wird ihre Zahl sich mehren. Das alles erhielt den stolzen Titel: „Selbsthilfe".

Die erzieherischen Ziele sind: Versammlungen mit wissenschaftlichen Vorträgen, die von Aerzten und Lehrern gehalten werden, über Gesundheitswesen und neuzeitliche Erziehungsfragen.

Dann: der organisierte Töchteraustausch, der die jungen Mädchen einmal in eine andere Familienumgebung kommen läßt, ohne daß sie Dienstmädchen werden müssen; er führt oft zu herzlichen Freundschaftsverhältnissen, denn wenn man hört, sein Kind hat es gut, dann ist man bemüht, es dem anderen „Austauschkind auch so schön wie möglich zu machen. Dieses Tätigkeitsgebiet hat eine solche Ausdehnung genommen, daß angestellte Kräfte zur Erledigung der technischen Arbeiten nötig sind. Für Proletariermütter beachtlich ist, daß an vielen Orten der Hausfrauenverein Lehrverträge mit Ostermädchen abschließt. Das ist Ersatz für das früher viel besprochene „Weibliche Dienstjahr". Leider scheinen die Damen ziemliche Erfolge mit ihren verhüllten Ausbeutungsabsichten zu haben, obschon es keine geprüften Meisterinnen in der Hauswirtschaft gibt. Deshalb entstehen oft Streitfragen unter den Hausfrauen, die aber nun eine Lösung fanden: nämlich, wenn der erste „Lehrling" die Prüfung mit „Gut" besteht, dann soll die betr. „Lehrmeisterin" auch immer Lehrlinge halten dürfen. Die Lehrverträge scheinen nicht einheitlich zu sein; wir möchten Arbeitereltern, gerade im Hinblick auf die Schulentlassungen raten, beim etwaigen Abschluß solcher Lehrverträge sehr vorsichtig zu sein. Daß die Damen sich bei ihrem Ausbeutungsgeschäft sehr volksfreundlich drapieren, versteht sich am Rande. Sie übernehmen die schweren Ausbildungspflichten nur, weil in den ärmeren Schichten die Möglichkeiten dazu nicht bestehen und „weil immerhin beträchtliche Teile unseres Volksvermögens durch die Hände dieser Mädchen gehen". Ja!

Die kulturellen Ziele scheinen mit Unterhaltungsnachmittagen und Modellen für deutsche Frauenkleidung für die deutschen Hausfrauenvereine erschöpft zu sein. Sie wollen von Industrie und Handel gefragt werden, was angefertigt und verkauft werden soll, und gründen Fachausschüsse, um die Dinge auf Brauchbarkeit und Deutschtum hin zu untersuchen und zu empfehlen als: Geprüft vom Verband deutscher Hausfrauenvereine.*)

Wir finden, die „internationalen" Verbindungen sind sehr beschränkt. Eingeladen waren die Hausfrauenverbände der neutralen Staaten und Oesterreichs. Selbstverständlich nicht die Feindbundländer und Rußland! Erschienen waren Vertreterinnen der drei skandinavischen Länder und Oesterreichs; Holland und die Schweiz hatten abgesagt.

Ist es an sich ein Beweis dafür, daß sich die schwedischen und norwegischen Hausfrauen ein gewisses Maß von Einfluß in ihren Ländern verschafft haben, wenn sie berichten konnten, daß in Wohnungsbauausschüssen Frauen sitzen, so zeugt das, was diese Frauen als Leistung aufzuweisen haben, von beschämender, kleinbürgerlicher Prüderie. Beispielsweise werden auf Beschluß der Damen in Schweden beim Neubau von Einzelhäusern getrennte Waschräume für Knaben und Mädchen eingerichtet! Um der Sittlichkeit willen!

Das allgemeine Krankenzimmer hingegen in Mietshäusern ist ein Fortschritt, vorausgesetzt, daß seine Lage und seine Einrichtung seinem Zweck entsprechend sind. Die Dänin aber konnte schon berichten, daß es dort bereits möglich war, Maschinmittel, Seifen, mit einer Banderole, die das Empfehlungszeichen des Hausfrauenvereins trägt, in den Handel zu bringen. Um zu verhindern, daß die so gekennzeichneten Artikel wieder schlechter werden, gilt die Empfehlung nur für ein Jahr, kann aber durch Neuprüfung wiederholt werden. Auch dieser Gedanke ist gut; ob aber das Urteil der Hausfrauen auch zuverlässig ist? Die Frage ist berechtigt, wenn wir in „Welt und Haus" vom 18. November 1922 lesen müssen, daß eben diese Tagung des Verbandes deutscher Hausfrauenvereine „ihren würdigen Abschluß fand in dem Besuch der 300 Teilnehmerinnen bei den Farbwerken Wilhelm Brauns in Quedlinburg". Mit Sonderwagen der Eisenbahn von Magdeburg nach Quedlinburg, mit Automobil und Omnibussen zur Fabrik, wo ein Mittagessen mit ernsten und heiteren Tischreden, künstlerischen Darbietungen, die Farben in Wesen und Wirkung darstellend, die Damen „erfreute" — eine Liebe ist der anderen wert. „Hochbefriedigt, darüber einig, daß die Firma Brauns in ihren Haushaltfarben den Hausfrauen ein wertvolles Mittel an die Hand gibt, in diesen teuren Zeiten zu sparen, ohne sich einzuschränken", „voll Bewunderung und Dankbarkeit, werden sie den Weltruf der Firma im In- und Ausland weiter verbreiten". (Wörtlich zitiert aus dem angezogenen Artikel.) So heißt es denn auch hier vorsichtig zu sein, denn die Kontrollausschüsse der Hausfrauen, die in Verbindung mit der Betriebsrätebewegung dieser Firma oder einer anderen einen Besuch abstatten würden, können auf solche Aufnahme nicht rechnen. Gerade darin aber liegt die Gewähr dafür, daß sie zuverlässiger arbeiten für das Wohl der Allgemeinheit als die bürgerlichen Damen, deren Walten sehr bewußt und auch ganz unverhüllt der Erhaltung der kapitalistischen Ausbeutungsweise dient. Keine proletarische Hausfrau darf mit ihnen an ihren eigenen Ketten schmieden; es gibt keine gemeinsamen Hausfraueninteressen, nur Klassenlagen, hüben und drüben!

M. Schlag.

*) Hohe Abzüge, französische Kleidermodelle, englische Tabake müssen verschwinden. Da auf der 6. Arbeitstagung des Verbandes deutscher Hausfrauenvereine auch ausländische Hausfrauenvereine vertreten waren, habe man aus ihren Darlegungen erkennen können, daß gemeinsames Streben aus gleichen Gründen internationale Verbindungen sehr wohl ermögliche.

Aus der Internationale

Die Frauenbewegung in China.

Das soziale Leben des ungeheuren chinesischen Reiches, das mehrere Hundert Millionen Einwohner zählt, die politische und wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes seit den Revolutionen von 1911 und 1920 spiegelt sich unter anderm in der Frauenbewegung Chinas wider.

Tatsächlich ist erst vor 10 bis 12 Jahren die Chinesin, diese tausendjährige Sklavin der chinesischen Gesetze, als aktives Element, als Kämpferin in das öffentliche Leben des Landes eingetreten. Die national-revolutionäre Bewegung des chinesischen Volkes zählt in ihren Reihen Hunderte von Frauen. Ihre Zahl war noch größer vor 10 Jahren, als die revolutionäre Bewegung als unmittelbares konkretes Ziel den Kampf gegen die politische Fremdherrschaft hatte. Wir werden in einem folgenden Artikel das außerordentlich interessante und tragische Schicksal einer dieser Heldinnen der chinesischen Revolution schildern, die für die Unabhängigkeit ihres Landes und für die Befreiung der Frau in den ersten Reihen gekämpft hat.

In den letzten Jahren, wo die nationale Bewegung vor allem ein wirtschaftliches Ziel verfolgt, nämlich die Befreiung von dem Joch des ausländischen sowohl europäischen wie japanischen Kapitals, hat die Frauenbewegung andere Formen angenommen.

Auf der einen Seite haben wir eine mehr oder minder feministische, frauenrechtlerische Bewegung für die Emanzipation der Frau in politischer und familienrechtlicher Beziehung. Sie ist durch zwei sehr mächtige Frauenorganisationen mit vielen Hundert Mitgliedern in allen Hauptstädten Chinas vertreten, vor allem in Peking, Canton, Schanghai. Die Mitglieder dieser Organisationen gehören natürlich der Bourgeoisie und den Kreisen der Intellektuellen an. Sie geben zwei Frauenzeitschriften heraus, und es ist ihnen gelungen, die politische Gleichberechtigung der Frauen in dem Bezirk Canton zu erringen und im vorigen Jahr bei den Wahlen zum Parlament zwei Frauen als Abgeordnete durchzubringen.

Auf der andern Seite beginnt sich in China auch schon eine proletarische Bewegung herauszukristallisieren, die einen Klassenkampfcharakter trägt. Infolge der besonderen Situation Chinas tritt diese Bewegung in Gestalt des Kampfes gegen die Ausbeutung der chinesischen Arbeiterin und Bäuerin durch japanische, englische und amerikanische Kapitalisten auf. Diese Bewegung, die unter dem Einfluß der National-revolutionären Partei, der „Komindan" und der Kommunistischen Partei Chinas steht, hat sich in der letzten Zeit immer mehr zugespitzt. So brach vor einigen Monaten in Schanghai ein Streik der Tertilarbeiterinnen aus, und drei Frauen wurden wegen ihrer hervorragenden Anteilnahme daran zu Gefängnis verurteilt. Den Anlaß zu diesem Streik gaben die außerordentlich

niedrigen Löhne der Arbeiterinnen. Tatsächlich gehören die meisten Textilfabriken in Schanghai japanischen Unternehmern, welche den chinesischen Arbeiterinnen lächerlich geringe Löhne zahlen, während sie den japanischen Arbeiterinnen schon weit höhere Löhne zugestehen müssen.

Die National-revolutionäre Partei (Komindan) sucht die Massen der chinesischen Frauen in ihre Reihen einzubeziehen. Um Propagandistinnen unter den Massen zu gewinnen, hat die Partei kürzlich eine besondere Schule zur Heranbildung weiblicher Agitatoren eröffnet.

Die sozialistische Bewegung ist hauptsächlich durch eine Gruppe von Studentinnen und Lehrerinnen von Peking vertreten, von denen mehrere Kommunistin sind. Da Peking keine Industriestadt ist, erzielt die sozialistische und kommunistische Propaganda ihre Haupterfolge unter der studierenden Jugend beider Geschlechter.

In Schanghai, das im Gegensatz dazu ein großes Industriezentrum ist, besteht eine politische Schule für Arbeiterinnen. Man ist jetzt bei der Gründung eines Klubs für Arbeiterinnen, mit einem Lesesaal, Ambulatorium und einer Kinderkrippe.

So ist auch die chinesische Frau, getrieben durch die selben wirtschaftlichen Ursachen, die sich in allen Ländern auswirken, in den großen Befreiungskampf eingetreten und reiht sich als aktives Glied in den Kampf des Weltproletariats ein.

Arbori-Ralli.

Aus der Organisation

Brief aus Elbing.

Die große öffentliche Volksversammlung in Elbing, in der ich über den 4. Weltkongreß sprach, war ein großer Erfolg für unsere Partei. Der Saal war gefüllt bis auf den letzten Platz von Frauen, meist arbeitslose Tabakarbeiterinnen. Die Stimmung vorzüglich. Ich glaubte in einer Kirche vor einer andächtigen Gemeinde zu sprechen. Sie waren so ernst, diese Frauen, die es so schwer zu tragen haben am Leben. Arbeitslos, mitten im Winter. Viele Kriegerwitwen waren hier. Ich mußte ihre Wunden aufreißen, als ich vor ihren Augen 1914 erstehen ließ und was ihm folgte. Ich mußte es, um sie vor dem nationalistischen Rummel zu warnen.

Es fanden ein paar Neuaufnahmen nach der Versammlung statt, arbeitslose Frauen, die in die Partei eintreten wollten, die nur Opfer von ihnen fordert.

Ich habe in Elbing sehr viel Lob über die „Kommunistin" gehört. Sie wird auf dem Lande besonders gefordert und die Männer lesen sie mit großem Interesse.

E. B.

✣ Feuilleton ✣

Aus „Das vergitterte Land" von Max Barthel.

Sechs Ewigkeiten lag der Sonntag unter den schweren, schmutzigen Arbeitstagen begraben, aber nun steckte er seine flatternden Fahnen in den Morgenwind, nun schwingt er die grünen Birkenbäumchen, verriegelt die Fabriken und Kontore, stellt die Maschinen ab, sprengt den steinernden Käfig der Städte und lacht sein unsterbliches Lachen zwischen Himmel und Erde. Komm, o komm, wir ziehen in die maiengrüne Welt!

Johanna hatte sich so sehr auf die Wanderung in die Berge gefreut, aber Jonas streikte, streikte mit den tausend Arbeitern seiner Fabrik, die um den Bissen Brot kämpften und sich nicht erdrücken lassen wollten. Johanna war schön in der Erwartung des Geliebten. Sie prangte in ihrer Jugend. Endlich kam Jonas.

„Ausgeschlafen? Ausgeschlafen? Du Fauler," schrie sie ihm entgegen. „Warum kommst Du so spät?" Als sie das verdüsterte Gesicht des Jünglings sah, rief sie: „Du bist verstimmt? Sage mir, was ist in deine Krone gefahren?"

„Ach du," sagte Jonas, „es ist heute so schön, aber ich kann doch nicht mit, wir streiken, und da muß ich bestimmt in die Versammlung."

„Heute am Sonntag?" trauerte Johanna. „Der dumme Streik!" Sie war niedergeschlagen.

„Aber vielleicht nächsten Sonntag," tröstete der Liebste.

Johanna lachte. „O nein, mein Liebster, wir wollen heute in die Berge, wenn du wüßtest, wie ich mich gefreut habe!" Es war das alte Evaspiel in ihrem Lachen. Ihre Aepfel waren reif.

„Mein, Liebste, es geht nicht, ich muß in die Versammlung," widerstand Jonas.

„So liebst du deine ekligen Versammlungen mehr als wie mich?"

„Dich liebe ich mehr!" rief Jonas. „Dich liebe ich mehr, Johanna, aber es gibt Dinge in der Welt, die der Mann allein ausfechten muß, wenn die Frau beiseite steht."

Johanna überlegte. „Küsse mich und komm!" sagte sie und warf den Kopf in den Nacken.

So sind die Frauen, dachte der Jüngling, bitter und verwirrt, sie denken nur an sich und ihre Liebe. Küsse mich und komm! Wir bauen ein kleines Häuschen, abseits der Welt, Blumen sind in unserm Garten, wir bekommen Kinder, wenn die erwachsen sind, kommen neue Kinder, und das geht in alle Ewigkeit so. Die Welt mag rasen, wenn nur unser Gärtlein blüht.

Johanna stand bittend vor ihm, eine junge Frau, die nur Liebe will, nichts als Liebe. „Des Mannes Liebe ist die Welt, des Weibes Welt ist die Liebe", der alte englische Vers fiel ihm ein und schmeckte süß und bitter. „Ich komme," sagte er.

Das Mädchen jauchzte, strahlte, blühte und küßte ihn. Sie wanderten Arm in Arm in die Wälder hinein. Bäche sprangen, Vögel sangen. Einmal sahen sie ein Rudel Rehe mit graziösen Sprüngen über eine Lichtung fliehen. Sie standen auf den Bergen wie glückselige Kinder, denen die Welt ein Spielzeug ist.

Spät am Abend kamen sie heim. Sie küßten sich wieder und immer wieder, als sie voneinander Abschied nahmen, waren unersättlich ihre Liebkosungen, aber ein bitterer Rest blieb doch in ihnen, nicht wegzuküssen, nicht fortzuzärteln, als sie in den einsamen Betten lagen und den Sonntag überdachten. Johanna sinnierte: Er liebt mich nicht mehr wie früher. Da hat er stundenlang auf mich gewartet, es gab nichts in der Welt außer Johanna, und ich war kühl. Jetzt brenne ich, und er läßt mich um einen freien Sonntag betteln. Er liebt mich nicht mehr.

Jonas überlegte: Johanna entflieht mir, ich habe die Arme weit offen, aber sie entgleitet. Sie ist arm wie ich. Nun ich aber dafür kämpfe, daß es anders und besser wird, geht sie von mir, läßt mich allein, liebt mich nicht mehr.

So lagen die beiden verbittert in ihren Betten und gaben sich gegenseitig die Schuld, wo doch keine Schuld war als die der Armut, die immer nach neuen Sternen greift und sich verbrennt.

Der Streik ging heftig. Jonas stand Posten und war in den Versammlungen mehr zu Hause als bei seiner Geliebten. Sie quälten sich mit ihrer Liebe, manchmal zankten sie sich auch. Johanna klagte: „Ich sehr dich überhaupt nicht mehr, in der Woche höchstens ein knappes Stündlein, daß muß ich mir noch erbetteln. Sag es mir doch, wenn du mich nicht mehr liebst!"

„Höre, Liebste", antwortete der Jüngling, „ich will dir eine kleine Geschichte erzählen, die ich gelesen habe. Du brauchst keine Angst zu haben, ich bin gleich fertig. In Italien streikten die Erntearbeiter. Du siehst, auch da gibt es arme Leute, denen die Orangebäume nicht in den Mund wachsen. Aber bei dem Streik gab es Streikbrecher. Da gingen die Frauen und die Mädchen — hörst du, auch die Mädchen, Liebste — vor die Sensenmänner und sagten: „So, nun schneidet, aber ihr müßt durch unsere Leiber mähen!" Sie stellten sich vor die Garbenbinder und sagten: „So, nun bindet das Korn, aber bindet uns, mit in die Garben! Bindet aber fest zu, daß wir eure Schande nicht in die Welt hinausschreien!" Was geschah? Was meinst du? Die Schnitter zerschlugen an den Feldsteinen die Sensen, die Garbenbinder verbrannten die Strohseile! Und da soll ich, ein Mann, beiseite stehen, wenn meine Genossen streiken! Was sagst du, Johanna?"

Inhalt: Titelbild: Der Geist von 1914 bei der VEVD. — Siegreich wollen wir Frankreich schlagen. — Zusammenbruch der Wohlfahrtspflege. — Kinderwohlfahrt. — Die Reichsschulkonferenzwoche der Kommunistischen Kinderrednerinnen. — Welche Aufgaben haben die proletarischen Frauen als Schöffen und Geschworene? — Etwas vom Verband Deutscher Hausfrauenvereine. — Brief aus Elbing. — Feuilleton: Aus „Das vergitterte Land" von Max Barthel.

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW 48.

Die Kommunistin

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Herausgegeben vom Frauenreichssekretariat. Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin

Nr. 4 | Die Kommunistin erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Infolge der immer weiteren Geldentwertung mußte der Preis wieder erhöht werden. Einzelnummer 70,— Mark | Berlin, 15. Februar 1923 | Verlag: Friedrichstadt-Druckerei GmbH., (Abteilung Zeitschriften). Berlin SW 68, Friedrichstr. 225. — Verantwortlich für die Redaktion: Martha Arendsee, Berlin. | Jahrg. 5

Wohin? Denkst Du an 1914?

Was bedeutet der Faszismus?

Von Ketty Guttmann.

Die proletarischen Frauen werden dieses Wort jetzt sehr viel nennen hören. Es soll ihnen nicht nur ein leeres Wort bleiben; soweit es an uns liegt, wollen wir erklären, was der Faszismus ist. Denn im Leben der deutschen Arbeiterfrauen bedeutet er längst nicht mehr ein bloßes Wort, sondern er ist bereits und er wird es jeden Tag mehr: eine harte und furchtbare Tatsache.

Der Faszismus ist nicht nur ein italienisches Gewächs; er hat nur deshalb die italienische Bezeichnung, weil er in Italien zur vollsten Blüte gedieh. Er wächst in Horthy-Ungarn, er wächst in Jugoslawien, er wächst in Finnland, in Lettland, in Polen; er wächst besonders jetzt in Deutschland.

Der Faszismus ist der bewaffnete weiße Terror gegen die Arbeiterklasse.

In Italien sammelt schon seit zwei Jahren der frühere Sozialdemokrat Mussolini Gruppen von Hochschülern, Frontkämpfern und Verzweifelten aller Stände zu bewaffneten Trupps, die Versammlungen stören, „nationale" Demonstrationen und Gedenkfeiern veranstalten und Gewaltakte begehen. Zur Massenerscheinung wurde der Faszismus in Italien jedoch erst im Frühjoumer 1922.

„Fascisti" heißt soviel wie Hakenkreuzler, denn der Name leitet sich gerade wie in Deutschland von einem Abzeichen her, das die Burschen tragen.

Im Programm Mussolinis will er die Pressefreiheit nur den Blättern gewähren, die „dessen würdig" sind. Er will eine Reihe von Staatsbetrieben in Privathände übergeben; er ist gegen jeden Streik in öffentlichen Betrieben; den Klasseninteressen der Arbeiter sollen die „Produktionsinteressen" gegenübergestellt werden. Jeder Faszist erklärt sich bereit, seine Arbeiterinteressen hinter den Interessen der Nation zurückzustellen und jeden Lohnabbau im Produktionsinteresse zu dulden. Auf dieser Grundlage sind von den Faszisten Arbeiterorganisationen aufgebaut worden. Und nicht nur das: die faszistischen bewaffneten Arbeiterorganisationen werfen mit Gewalt die freigewerkschaftlichen Arbeiter heraus aus den Betrieben und setzen ihre eigenen Anhänger an deren Stelle.

Das machen die Faszisten überall so. Sie zerstören systematisch alle Arbeiterorganisationen, erschlagen jeden, der ihnen im Wege steht, und stellen, wie Mussolini sagt „die Faszisten an Stelle des Staates", wo ihnen der Staat nicht flink genug zu Willen zu sein scheint. So während des Generalstreiks im August 1922, der von den Arbeiterorganisationen gegen das Schreckensregiment der Faszisten ausgerufen worden war, Mussolini stellte ein Ultimatum an die Regierung, in dem er die sofortige Unterdrückung des Generalstreikes verlangte.— Die sozialdemokratischen Führer folgten diesem Befehl ohne Widerspruch. Trotzdem schickte Mussolini Bewaffnete ins Parlament und ließ die oppositionellen Abgeordneten mißhandeln. Ferner verlangte er die Bestrafung aller an dem Generalstreik Beteiligten.

Lassen wir die schmählichen Heldentaten dieser Horden. Die deutschen bewaffneten Hakenkreuzler hören mit leuchtenden Augen davon und geben sich alle Mühe, es ihrem italienischen Meister nachzutun. Der Senator Conti, ein italienischer Stinnes, erklärte, daß die Schwerindustrie den Faszismus als den Retter mit Freude begrüßte.

Und wie äußert sich denn unser Stinnes? Würde er nicht ebenfalls einen solchen „Retter" begrüßen, wenn er schon selbst sagt, daß es nicht anginge, einen Krieg zu verlieren und dann zwei Stunden weniger arbeiten zu wollen, daß es für die deutschen Arbeiter gelte, zu arbeiten, zu arbeiten und immer wieder zu arbeiten?

Wenn sich die Arbeiter in Italien spontan gegen die Faszisten wendeten, dann wurden sie von außerordentlichen Gerichten zu Zuchthausstrafen verurteilt. So in Sestri Ponente, wo der Industriestat, bestehend aus 63 Sozialisten und Kommunisten, die vorrückenden Ordnungsgarden entwaffnen wollte.

Sind die Arbeiter an ihre sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und an ihre Parlamentarier herangegangen, so erlebten sie, daß diese Führer sich selbst vor dem Faszismus beugten, ja, daß sie gemeinsam mit Faszisten ein Regierungskabinett bilden wollten. Mussolini verbot den sozialdemokratischen Parteitag in Rom und die Sozialdemokraten — vertagten ihn.

Obwohl die faszistischen Gewerkschaften erst ein paar Monate existieren, haben sie doch schon 30 000 Mitglieder. Die Mitgliederzahl der sozialdemokratischen Partei ist von 280 000 im Jahre 1919 auf 70 000 vor der Spaltung in Mailand gesunken. Auf diesem Parteitag traten noch 30 000 Mann aus. Sie kamen zur Kommunistischen Internationale, denn die Feigheit der Reformisten und ihre Verräterei ist schuld an der Zertrümmerung der italienischen Arbeiterorganisationen durch die Faszisten.

Das Ziel der faszistischen Treibereien ist klar: **Mit allen Mitteln, mit Redensarten, mit Gewalt und mit schmutziger Bestechung wollen sie die Arbeiter von allem Klassenkampf „kurieren".**

Und das geschieht nicht nur in Italien, sondern es ist eine internationale Bewegung geworden.

Die Arbeiter der ganzen Welt sind gleichsam ausgeblutet und in eine schreckliche Gleichgültigkeit versunken.

Der Augenblick ist günstig, sie alle ganz zu knebeln.

Die deutschen Arbeiter sind ebenfalls am Rande aller Hoffnungen. Sie sind halb verhungert und gehen in Lumpen. Auf ihrer kranken Mutlosigkeit schmarotzt der deutsche Faszismus. Genau so wie in Italien gründen die nationalen Verbände in Deutschland nationalsoziale Arbeiterparteien, deutschvölkische Arbeiterparteien; sie treiben die Landarbeiter, die auch in Italien das widerstandslöseste Material für die Faszisten abgegeben haben, in die reaktionären Landbünde, in denen ihnen zunächst einige erbärmliche Lockspeisen vorgeworfen werden.

Die deutschen Faszisten sind weniger schwungvoll als die Italiener, aber sie machen ihre Arbeit umfassender und „gründlicher".

Lange und systematisch vorbereitet ist der deutsche Faszismus durch die militärischen und bewaffneten Geheimbünde in Deutschland, die Geld und Waffen von der Schwerindustrie beziehen und vor allem in Deutschland jetzt den nationalistischen Rummel schüren sollen. Vor dem Rathenau-Mord musterte allein in Sachsen der Sächsische Militärvereins-Bundesbezirk 100 reaktionäre Militärvereine mit 11 637 Mitgliedern.

Nach dem Rathenau-Mord enthüllten die zahllosen bewaffneten Vereinigungen in Deutschland ihre faszistische Fratze. Es ging ihnen nicht um eine „Rettung des Vaterlandes", sondern sie wollen alle erschlagen, die der Diktatur der Schwerverbiener sich nicht fügen wollen. Es sind in Thüringen faszistische Banden herumgezogen und haben Arbeiter aus ihren Wohnungen herausgeholt und verprügelt; es wurden in Königsberg offen faszistische Demonstrationen gemacht und Gelegenheit genommen, auf die protestierenden Arbeiter zu schießen; in Oberschlesien trieben und treiben sich, angestachelt von nationalistischen Vorwänden, Horden der Organisation C. herum, die Frauen und Mädchen schänden; es ist in Bayern die Jagd nach Kommunisten durch die Hitlerbanditen geradezu zu einem nationalen Haberfeldtreiben geworden, und zwar erst recht nach dem Rathenaumord, erst recht nach dem Gesetz zum Schutze der Republik, und erst recht jetzt, da der Zusammenbruch des Kapitalismus durch das Ruhrabenteuer offenkundig wird.

Diese bayerischen Faszisten geben ein Muster ab, in welche Hände die deutsche Arbeiterschaft ausgeliefert werden soll.

Wehren sich die deutschen Arbeiter dagegen, bevor die Kirchhofsruhe wie in Italien, wie in Ungarn, wie in Polen, wie in den Randstaaten, wie in Jugoslawien eingetreten ist? Wehren sich die deutschen sogenannten Führer der Sozialdemokratie dagegen, ehe es zu spät ist?

Nein! In Königsberg hat der sozialdemokratische Polizeipräsident Lübbring befohlen, auf die Arbeiter zu schießen, die nur ganz friedlich gegen die Faszisten zu protestieren wagten. Der Sozialdemokrat Severing, Innenminister in Preußen, schützt die „Roßbacher", gibt den „Jungdeutschen Orden" frei, weist überall die ihm unterstellte Polizei darauf hin, scharf gegen die — Arbeiter vorzugehen, sobald sie sich gegen die Faszisten wehren wollen.

Unzählig sind die Anzeichen dafür, daß der Faszismus in Deutschland kein Hirngespinst, sondern bereits vollkommen ausgebildet vorhanden ist. Polizei, Gerichte, Verwaltung, Regierung, Parlamente sind dem weißen Terror in Deutschland bereits hörig. Auf wirtschaftlichem Gebiet ist die Technische Nothilfe nichts anderes als eine faszistische Organisation zur Niederschlagung der Streiks. Für diese Organisation bewilligen die Sozialdemokraten staatliche Mittel aus den Taschen der Arbeiter.

Die Sozialdemokraten legen sich selbst den Strick um den Hals.

Die indifferente Masse und mit ihr Millionen von proletarischen Frauen werden geködert mit den sozialen faszistischen Redensarten und Taten. Was sind die „Notgemeinschaften", unterschrieben von Sozialdemokraten, anders als die Zellen der reaktionären Zerstörung innerhalb der bisher freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft? Die Frauen ködert man mit dem „Bund der Kinderreichen", der hier und da Spenden verteilt.

Um das Linsengericht dieser elenden Almosen ist die deutsche Arbeiterschaft in Gefahr, ihr proletarisches Erstgeburtsrecht zu verkaufen.

Nie stand die Zerstörung aller Arbeiterorganisationen so nahe, nie ist der „Rückfall in die Barbarei" so deutlich wahrnehmbar gewesen wie jetzt, da der zynische weiße Terror, genannt Faszismus, sein Schreckenshaupt erhebt.

Nie ist es offenkundiger gewesen, daß allein der Kommunismus mit seinem Ruf zum unversöhnlichen Kampf und zur Wachsamkeit die Klasseninteressen des Proletariats zu vertreten berufen ist.

Niemand sagt das offene, das allein wahre Wort, außer den Kommunisten: Die Gewalt herrscht in der Welt! Es gibt kein Verkriechen und kein Versöhnen! Jetzt herrscht die Gewalt, der brutale Terror der Bourgeoisie.

Die Arbeiter werden erschlagen, wenn sie nicht selbst ihre Feinde zu erschlagen wissen!

Die furchtbare Lektion, wie man kämpfen muß, scheint der Arbeiterklasse erst von ihren Todfeinden erteilt werden zu müssen.

Lernen wir von den Faszisten! Legen wir Hand an unser eigenes Werk. Wehren wir uns gegen das Erschlagenwerden. Wir sind ja doch die Stärkeren, wenn wir uns zu sammeln wissen, wenn wir uns ermannen. Längst ist das Recht, das in allen proletarischen Herzen wohnt, für uns; so möge auch die proletarische Gewalt, die wir organisieren müssen, für uns sein!

Aufruf der Moskauer Arbeiterinnen aus Anlaß der Ruhrbesetzung.

Diese Resolution wurde auf der Konferenz der Arbeiterinnen-Delegierten der Stadt Moskau am 19. Januar 1923 angenommen.

An Euch, Arbeiterinnen aller kapitalistischen Länder wenden wir, Arbeiterinnen Moskaus, uns in diesen bewegten Tagen, da die schwarzen Flügel des Krieges von neuem mit ihrem Schatten eine halbe Welt bedecken.

Noch sind die Wunden des fürchterlichen imperialistischen Krieges nicht geheilt, der uns Millionen Leben von klassen- und blutsverwandten Menschen geraubt hat, der die ganze Arbeiterklasse Europas den Qualen des Hungers, der Not und der Arbeitslosigkeit ausgesetzt hat — und schon wieder rücken in Europa Armeen vor und bedrohen es mit neuem Kriege.

Gegen diese Gefahr erheben wir unsere Stimmen der Empörung, zum Kampfe gegen diese Gefahr rufen wir die Arbeiterinnen unseres Landes, die Arbeiterinnen aller Länder auf.

Werktätige Frauen! Erinnert Euch, wie die Regierungen der Kapitalisten 1914 genau so sogen wie heute, als sie an uns appellierten, ihnen unsere Männer, Brüder, Söhne, Väter zu opfern. Bei diesem niederträchtigen und gemeinen Betrug halfen ihnen die Sozialdemokraten, auf die die Arbeitermassen noch blindes Vertrauen setzten. Zu Hilfe kam ihnen die Kirche mit dem Religionsschwindel. Diese Dreieinigkeit: Kapital, Sozialdemokratie und Kirche, betrogen und führten irre die Arbeiterklasse der ganzen Welt.

Was kam in Wirklichkeit?

Kannte denn Europa auch nur einen Tag Frieden nach dem Kriege 1914—18? Steht nicht Europa jeden Tag vor der Gefahr neuer Kriege? Haben diese Räuber nicht Rußland mit Krieg, Blockade, Hunger gemartert? Haben sie nicht den wirtschaftlichen Zerfall Europas gesteigert? Haben die Kaders der Arbeitslosen nicht zugenommen? Irren nicht Millionen von Verkrüppelten, Bettlern und obdachlosen Kindern in Europa herum? Herrscht nicht die zügellosefte Reaktion in Europa? Wo bleibt das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, das im Kriege so pompös verkündet wurde? Jetzt herrscht freche, unverhüllte Gewalt, schonungslose Ausbeutung, unverhüllte Profitgier. Und all das endet mit der Bedrohung eines neuen, seinen Folgen nach entsetzlichsten Krieges.

Werktätige Frauen! Deutschland ist wieder ein Schlag versetzt worden, der Hunderttausende von Arbeitern aufs Pflaster werfen wird, die Teuerung, die zur Verelendung der Arbeitermassen führt, wird nicht nur in Deutschland wachsen, sondern auch auf die Nachbarländer überspringen, die mit der Industrie Deutschlands verbunden sind. Die Arbeiterklasse Deutschlands wird gezwungen, in den Kampf zu gehen: die Okkupanten machen auch vor keinem Blutbad halt, sobald es sich um die Profite der Kapitalisten handelt. Die Folgen dieses Ueberfalls bedeuten Krieg. Die französischen Soldaten, die man jetzt für die Besetzung Essens und anderer Industriezentren mißbraucht, sind zusammen mit den deutschen Arbeitern die ersten Opfer. Es ist unsere Pflicht, mit allen Mitteln, mit allen unseren Kräften dies zu verhüten, dagegen zu kämpfen.

Arbeitende Frauen Sowjetrußlands und aller kapitalistischen Länder! 1917 wurden wir in Rußland durch die Leiden des imperialistischen Krieges und den Druck der besitzenden Klassen zur Verzweiflung getrieben. Aber wir fanden einen Ausweg für unseren Zorn und unsere Empörung. Wir fanden einen Ausweg für unsere Leiden und eine würdige Anwendung unserer Klassenbestrebungen. In den Monaten Februar bis März 1917 stürzten wir den Zarismus, im Oktober und November machten wir seinen Nachfolgern, der bürgerlichen Regierung der demokratischen Republik, den Garaus. Wir haben in diesen Jahren viel erlitten. Wir machten den Bürgerkrieg, die Blockade, die Intervention, die Zerstörung der Wirtschaft, die Hungersnot durch. All das erlebten wir am eigenen Leibe. Wir nahmen selbst am Kampfe teil, denn wir wußten, daß wir den proletarischen Arbeiterstaat aufrichten, der allein das Volk vor Krieg bewahren und den Völkern der ganzen Welt einen wahren, festen Frieden bringen kann. Wir wissen, daß die Sowjetregierung, von uns selbst geschaffen, von uns selbst gewählt, uns nicht in einen Krieg treiben wird, der der Arbeiterklasse feindlich ist. Wir kennen den einzig heiligen Weltkrieg, den Krieg gegen unsere Klassenfeinde, gegen die Bourgeoisie des Weltproletariats.

In diesem Kampfe kennen wir nur eine organisierte Macht, die die proletarische Sache niemals verraten hat: die Kommunistische Partei, die Kommunistische Internationale. Wir sehen, wie die 2. und 2¼-Internationale, wie all diese Sozialdemokraten und die von ihnen geleiteten Gewerkschaften nicht nur ohnmächtig sind gegen die imperialistischen, räuberischen Kriege, gegen die räuberischen Unternehmungen der Kapitalisten, sondern wie sie mithelfen, die Arbeiterklasse zu entkräften, ihre revolutionäre Energie zu ersticken, ihren Klassenhaß zu dämpfen, ihr revolutionäres Klassenbewußtsein zu verdunkeln.

Deshalb appellieren wir an Euch in diesen Tagen, daß Ihr euch enger um die Kommunistische Partei in jedem einzelnen Lande, um die Kommunistische Internationale in der ganzen Welt schart.

Man wird Euch zur Sklavenruhe aufrufen.

Beruhigt Euch nicht, solange noch die geringste Kriegsgefahr besteht!

Beruhigt Euch nicht! Euer Geschick liegt noch in den Händen der kapitalistischen Regierungen.

Beruhigt Euch nicht, solange die Macht nicht in die Hände der Arbeiterklasse, zu den vom gesamten Proletariat gewählten allein herrschenden Räten übergegangen ist!

Agitiert unter den Truppen Frankreichs, Englands, Belgiens, Deutschlands, Italiens, der Tschechoslowakei, Polens und anderer Länder, die als erste in diesen Krieg verwickelt werden können; macht ihnen die Notwendigkeit klar, der Herrschaft und der Wirtschaft der Kapitalisten ein Ende zu machen.

Organisiert Euch selber, seid dessen eingedenk, daß Ihr alle eine gemeinsame Sache, eine gemeinsame Familie, einen gemeinsamen Feind habt!

Im Namen unserer gemeinsamen proletarischen Sache, im Namen und im Interesse unseres gemeinsamen revolutionären Kampfes um die Befreiung — strebt danach, daß die Arbeiterklasse nicht zersplittert in Aktion tritt, sondern in proletarischer Einheitsfront!

Es lebe die Internationale Vereinigung der Arbeiter und Arbeiterinnen der ganzen Welt, die 3. Kommunistische Internationale!

Nieder mit dem schmachvollen Versailler Frieden!

Nieder mit der Okkupation!

Es lebe die proletarische Weltrevolution!

Es lebe die Diktatur des Proletariats, diese Grundlage des Weltfriedens!

Die Kapitalisten und wir.

Aus unserer Arbeit, aus unserem Schaffen münzen sie Schamlos, verrucht! |Gold —
Ob wir auch schuften bis zum Erschlaffen,
Wir sind zum Hungertod verflucht!
Unsere Kinder schmachten und darben,
Mütter, bricht es nicht Euer Herz?
Tatenlos sah'n wir, wie viele schon starben —
Wird nicht Empörung der heiße Schmerz?
Lumpen decken kaum unsere Leiber,
Wir sind zum ewigen Entbehren verdammt.
Goldgeschmeide ziert ihre Weiber,
Prächtig umhüllt sie Seide und Samt.
Kampf nur kann unser Schicksal wenden,
Ohne den Kampf kein Sieg wird erreicht,
Ob eine Kugel das Leben uns endet
Oder der Hunger — die Wahl wird uns leicht.

Margarete Szepanski.

Der Parteitag der Arbeit.

L. K. Wenn wir heute für die proletarischen Frauen, für die Kommunistinnen den Ertrag dessen übersehen wollen, was der Leipziger Parteitag ihnen gebracht hat, so fällt zunächst auf, daß auf dem Parteitag nicht, wie sonst zumeist, ein besonderes Referat über die Frauenfrage gehalten wurde. Dies erübrigte sich zum Teil dadurch, daß dem Parteitag eine Konferenz vorausging, an der die weiblichen Delegierten und eine Anzahl Vertrauenspersonen aus den verschiedenen Bezirken teilnahmen*). Zum anderen aber legt die Tatsache, daß die „Frauenfrage" keinen besonderen Programmpunkt der Tagung bildete, Zeugnis dafür ab, daß es der Partei gelungen ist, ihre weiblichen Mitglieder ganz in den Rahmen der politischen Parteiarbeit einzugliedern, daß es eine besondere „Frauenfrage" für die Kommunisten nicht gibt, und daß das, was in besonderen Konferenzen, besonderen Zusammenkünften, besonderen Literaturerzeugnissen den Kommunistinnen geboten wird, fast ausschließlich vom propagandistischen Gesichtspunkt ausgeht, welche Wege wir zu gehen haben, um mehr und mehr in das Lager der indifferenten oder reformistisch orientierten Proletarierinnen in Haushalt und Betrieb vorzudringen.

Denn die Erkenntnis hat sich bei den Kommunisten aller Länder durchgerungen, daß die Ausbreitung des kommunistischen Gedankens, daß das Vordringen der Weltrevolution in engster Weise damit verknüpft ist, daß es uns gelingt, die Massen des weiblichen Proletariats ideologisch für sie zu gewinnen. Wenn wir bei früheren Anlässen diese Tatsache mit dem weltHistorischen Eingreifen proletarischer Frauen in den Gang der russischen Revolution oder auch mit den hemmenden weiblichen Einflüssen während der ungarischen Räterepublik belegten, so hatten wir in der Periode, die seit dem Jenaer Parteitag verstrichen ist, gemäß ihrem allgemeinen Charakter, mehr von den konkreten Tagesaufgaben, mehr von unserem zähen Kampf um die Proletarierinnen in Haushalt und Betrieb und Gewerkschaft zu reden, von einem Kampf, der merkliche Erfolge aufzuweisen hat gerade darum, weil er alle Fragen, die die proletarischen Frauen betreffen, aufs engste in die allgemeinen politischen und gewerkschaftlichen Aufgaben des Proletariats eingliedert. In diesem Sinn hat die Partei insbesondere während der großen Streiks in der Berichtsperiode gearbeitet, während des Eisenbahnerstreiks, während des rheinischen und des süddeutschen Metallarbeiterstreiks und während des Ludwigshafener Streiks im Dezember 1922. In allen diesen Fällen ist es uns gelungen, breite Massen proletarischer Frauen über die Bedeutung des Streiks aufzuklären und sie so aus Abseitsstehenden und Hemmenden zu bewußten Mitkämpferinnen zu machen.

All das kam gelegentlich im politischen Bericht der Zentrale, der ergänzt wurde durch die Genossin Brauntal, im kommunalpolitischen Referat des Genossen Katz usw. zum Ausdruck. Dann anderes: das langsame, aber zähe Vordringen unserer Genossinnen in der Genossenschaftsbewegung, die Initiative, die proletarische Frauen ergriffen haben anläßlich des Lichtenburger Hungerstreiks, der Kampf gegen die Abtreibungsparagraphen.

Indessen die Bedeutung des Dritten Parteitages der KPD. für die Kommunistinnen, für die proletarischen Frauen in Deutschland und darüber hinaus, liegt, wie eingangs gesagt wurde, weniger darin, daß es eine Heerschau war über das, was die Kommunistinnen in Deutschland bis jetzt geleistet haben, oder ein Ausblick auf die Art, in der sie in Zukunft ihre Kämpfe führen werden. Der wesentliche Ertrag dieser Tagung ist der, daß es der Partei gelungen ist, zu allen Parteifunktionen Frauen in erheblicher Zahl heranzuziehen und sie völlig einzugliedern in die politisch-organisatorische Arbeit der Partei. Das kam u. a. auch zum Ausdruck in der beträchtlichen Zahl weiblicher Delegierter, die nicht als besondere Vertreterinnen der Frauen, sondern als gewählte Vertrauenspersonen ihres Bezirks zu der Tagung erschienen waren. Es kam ferner zur Ausdruck in der von Genossin Herta Sturm begründeten Resolution des Reichsfrauensekretariats, daß in Zukunft Genossinnen in verantwortliche Stellungen (Zentrale, Bezirksleitung, Ortsvorstand) als stimmberechtigte Mitglieder nur noch gewählt werden sollen, wenn sie die betreffende Wahlkörperschaft als politische Vertreter wählt, und daß den Vertreterinnen der Frauenagitationskommissionen nur bei dem engeren, speziell die Frauen betreffenden Kreis von Fragen ein Stimmrecht zugestanden werden soll.

Dieser Antrag wurde in bezug auf die Besetzung der Reichszentrale zum Beschluß erhoben; damit schwindet der letzte Rest der Vorstellung, als ob es bei den Kommunisten eine besondere Frauenorganisation gebe, die neben der allgemeinen Organisation herlaufe und irgend welche Sonderzwecke verfolge. Alles, was innerhalb der KPD. und innerhalb der KJ. als „Frauenarbeit" sich darstellt, geschieht nur, um immer größere Massen proletarischer Frauen für den politischen Kampf zu aktivisieren und reif zu machen. Aus diesem Grunde haben auch die Leserinnen der „Kommunistin" das größte Interesse und die dringende Pflicht, sich mit dem politischen Ergebnis des Parteitages vertraut zu machen. Auf eine ganz kurze Formel gebracht, war das Ergebnis des Kongresses

das denkbar stärkste Bekenntnis zur proletarischen Einheitsfront.

Der politische Bericht der Zentrale, die Berichte vom IV. Weltkongreß, das Referat des Genossen Katz über unsere Tätigkeit in den Gemeindeparlamenten — sie alle berichteten von jenem zähen und ernsten Ringen um die Seele des Proletariats, von jenem Anknüpfen an die Tagesnöte, von jenem Vorstoßen in die Reihen der indifferenten und in reformistischen Illusionen befangenen Arbeiterschichten, die dann ihren vollen Ausdruck fanden im Höhepunkt der Tagung, im Referat des Genossen Brandler über „Einheitsfront und Arbeiterregierung". Und wenn hier die Wogen der Debatte manchmal hochschlugen, und wenn Nuancen in der Auffassung über die Taktik, wie sie innerhalb einer lebendigen revolutionären Partei unvermeidlich sind, sich manchmal zu prinzipiellen Gegensätzen zuzuspitzen drohten — über alle Gegensätze des Temperaments und der Einschätzung der augenblicklichen politischen Situation hinweg, war sich die gesamte Partei darin einig, daß die Taktik der Einheitsfront, die wir bisher erfolgreich angewandt haben, auch in Zukunft das Leitmotiv unserer Arbeit unter den Massen sein muß, und daß jenes „Heran an die Massen", das zuerst im Februar 1921 aus dem „Offenen Brief" erklungen ist, uns dazu geführt hat und uns immer mehr dazu führen muß, daß das Gesamtproletariat in den Kommunisten die treuesten und ernsthaftesten Verfechter seiner Interessen sieht, und daß es bereit ist, unter ihrer Führung seinen Befreiungskampf zu vollziehen. Das klang aus dem Korreferat des Genossen Maslow ganz ebenso deutlich heraus, wie aus dem Referat Brandlers; die eindeutige Art, in der beide die Geschlossenheit der Partei als einige Kampfpartei betonten, ließ außerdem alle die mit langer Nase abziehen, die glaubten, aus den inneren Auseinandersetzungen der KPD. Wasser auf ihre unsauberen Mühlen leiten zu können.

Der Parteitag fiel in eine politisch bewegte Zeit; außenpolitisch fällt er zusammen mit der Besetzung des Ruhrgebiets durch die Handlanger des französischen Großkapitals; innenpolitisch fällt mitten in die Tagung das Mißtrauensvotum gegen die sächsische Regierung, das zu ihrem Sturz führte. Der Parteitag hat zu beiden Ereignissen eindeutig Stellung genommen. Gegenüber der verbrecherischen Kriegshetze, die von nationalistischer Seite getrieben wird, sagen die Kundgebungen des Parteitages vor aller Welt, daß Cuno nicht weniger der Feind des deutschen Proletariats ist wie Poincaré; gegenüber den pazifistischen Illusionen der reformistischen Kleinbürger, die von einem Wiedererstarken des Kapitalismus träumen und nicht an die befreiende Kraft des Proletariats glauben, verweist der Parteitag auf die elementaren Forderungen Rosa Luxemburgs in der Juniusbroschüre, die nur im revolutionären Kampf gegen die eigene Bourgeoisie die Lösung aller internationalen Wirren erblickt. Die unerschütterte proletarische Macht Sowjetrußlands ist der Fels, an dem sich jede zukünftige proletarische Befreiungsaktion aufrichten wird! Die treue Waffenbrüderschaft mit unseren französischen Genossen, wie sie in den Begrüßungsworten des Genossen Adly zum Ausdruck

*) Der Bericht über diese Konferenz befindet sich an anderer Stelle dieser Nummer.

kam, ist die Gewähr, daß eine Wiederholung des Gemetzels von 1914 nicht mehr möglich ist.

Der Sturz der sächsischen Regierung stellte den Parteitag vor unmittelbare politische Entscheidungen. Und hier, an dieser akuten Tagesfrage, zeigte sich wiederum die innere Geschlossenheit der Partei. Keine Differenzen bestanden zwischen „rechts" und „links" über die Notwendigkeit der Beseitigung einer Regierung, die unter dem Deckmantel des Sozialismus der schwerindustriellen Regierung Cuno Vorschub leistet. Uebereinstimmung bestand ferner darin, daß die Kommunisten die Pflicht haben, wieder und wieder ihre Bereitwilligkeit zu erklären, durch den Eintritt in eine Arbeiterregierung den ersten Vorstoß gegen die bürgerliche Demokratie zu machen; schließlich war sich die Gesamtpartei einig darin, daß eine Arbeiterregierung nur durchführbar ist, wenn sie sich stützt auf außerparlamentarische Organe, in erster Linie auf die Betriebsräte.

Und noch eines durchzog wie ein roter Faden die Tagung: die Bereitschaft zum Kampf gegen den Faszismus. Die Beschlüsse, die der Parteitag in dieser Hinsicht gefaßt hat, werden nicht auf dem Papier bleiben. So bedeutet der Dritte Parteitag der KPD. innere Klärung, festere Schließung der Reihen, erhöhte Kampfbereitschaft, neue Sammlung zum Kampf unter den proletarischen Massen. Die nächsten Wochen und Monate schon müssen beweisen, daß die KPD. durch diese Tagung kampfkräftiger geworden ist, daß sie zu einem immer beweglicheren, immer brauchbareren Instrument wird im

Befreiungskampf des Proletariats.

Einiges vom Kampf der französischen Kommunisten.

In unserer Agitation für den großen Kampf der Arbeiterklasse zur Beseitigung der Cuno-Regierung, zur Schaffung einer Arbeiterregierung, die die proletarischen Interessen rücksichtslos gegen die einheimischen wie die fremden kapitalistischen Unterdrücker vertreten soll, begegnen wir oft bei den Frauen dem Argument: Das ist alles ganz gut und richtig, das könnten wir auch tun, wenn wir nicht allein ständen, jetzt aber arbeiten wir Poincaré in die Hände . . . . .

Wir Kommunisten sind in der glücklichen Lage, die falsche Auffassung mit dem Hinweis auf den kühnen Kampf unserer französischen Bruderpartei zurückzuweisen. Denn, in der Tat, der Kampf geht einheitlich gegen Cuno und Poincaré. Er geht hüben und drüben, und je stärker wir hier gegen die Cuno-Regierung ankämpfen, sie erschüttern, beseitigen und ein anderes Regime aufrichten, umso erfolgreicher wird der Kampf, der schon aufgenommen ist, drüben sein, und je höher die Wogen des Kampfes drüben gehen, und die Agitation und Aktion unserer Genossen sich erfolgreich durchsetzt, um so mehr werden wir hier in unserem Kampfe gestärkt werden.

Der verschärfte Kampf drüben begann wie hier im im Herbst des vergangenen Jahres, als nach 4 Jahren „Frieden" die Massen in steigendem Maße die Richtigkeit der kommunistischen Auffassung erkannt hatten, daß die herrschende Klasse und ihre Handlanger keinen wahren Frieden schaffen können, daß ihre Politik nur in immer tiefere Verelendung und neue Kriegsgefahr hineinführt.

In dem Kampf der Ludwigshafener Arbeiter um den Achtstundentag sah man die Bajonnette der französischen Arbeiter auf Befehl französischer Kapitalisten gegen die kämpfenden deutschen Arbeiter gerichtet. Das zeigte wieder einmal — bei aller nationaler Befehdung — die internationale Solidarität der Kapitalistenklasse, die sich sofort zusammenschließt, wenn es gegen das Proletariat geht. Die Haltung der französischen Truppen löste in den Reihen der französischen revolutionären Arbeiter die größte Erregung aus, und der zähe, unerschrockene Kampf der Ludwigshafener Arbeiter um den Achtstundentag weckte die wärmste Sympathie. Ein Teil des französischen Proletariats erkannte: um unsere Sache handelt es sich!

Nach dem ergebnislosen Verlauf der Londoner Diplomaten-Konferenz bildete sich drüben das Aktionskomitee aus den Reihen der französischen kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaften. Das Komitee proklamierte, den größten Widerstand gegen die imperialistische, reaktionäre Poincaré-Politik zu mobilisieren. Das erste Meeting fand bereits am 3. Januar statt. Tausende von Arbeitern folgten dem Ruf des Komitees. Eine Abgesandte der deutschen kommunistischen Partei spricht zu den französischen Massen. Das Gelöbnis, den Kampf aufzunehmen, wird dort in wahrhaft erhebender Weise abgelegt. Der erste Schritt in der Oeffentlichkeit gegen die herrschende Politik ist getan. Es folgte die Essener Konferenz, zu der eine ganze Zahl französischer Delegierter erschien. Das Aktionskomitee unterzeichnete das gemeinsame Manifest der europäischen kommunistischen Parteien, in dem zum Kampf gegen den Versailler Vertrag aufgerufen wird. Die französischen Genossen sprechen noch in zahlreichen Versammlungen zu den deutschen Arbeitern, die begeistert erkennen, daß die dritte kommunistische Internationale existiert und marschiert. Ehe noch die französischen Soldaten in den nächsten Tagen ins Ruhrgebiet einrücken, ist die kommunistische Jugend Frankreichs mit Plakaten da, die die Soldaten darüber aufklären, zu welch schändlichem Tun die französischen Militärs und Kapitalisten sie mißbrauchen. In Frankreich wird indessen eine großzügige Versammlungskampagne im ganzen Lande durchgeführt. Poincaré und die Seiner, die noch keine Erfolge vom „Kriegsschauplatz" an der Ruhr mitteilen können, wollen wenigstens Siege gegen den inneren Feind schleunigst melden. Sie glauben, „durch rechtzeitige Unterdrückung einer revolutionären Aktion" die Bewegung unterdrücken zu können, so lange sie noch nicht über sie hinweggeht. Sie lassen daher unter offenkundig falschen Anschuldigungen, unter schamlosem Bruch selbst des bürgerlichen Rechts, die Teilnehmer der Essener Konferenz nach ihrer Rückkehr sofort verhaften. Die gefährlichsten Schlingen des französischen Strafgesetzbuches sollen ihnen um den Hals gelegt werden. Sofort finden große Protestversammlungen statt. Vor den Tausenden Pariser Arbeitern, die trotz aller unterdrückter Propaganda erschienen, stellt Cachin fest: Wenn Stinnes und Loucheur sich treffen und ihre Interessen beraten, so ist das höchster Patriotismus; wenn die französischen und deutschen Metallarbeiter, Eisenbahner und Bergarbeiter sich treffen und beraten, wie ein Ausweg aus der elenden und gefährlichen Lage zu finden ist, so ist das Hochverrat. Um Cachin unschädlich zu machen, bedarf es der Aufhebung seiner Immunität. In glänzender Weise zerfetzte Cachin das von Unwahrheiten strotzende Schriftstück des Generalstaatsanwalts, das den Antrag auf Aufhebung der Immunität zu begründen versuchte. Stolz nimmt er die volle Verantwortung für seine Handlungen auf sich und fordert den Platz neben seinen schon eingekerkerten Kameraden. Die französische Kammer hebt die Immunität auf, — wie weiland der deutsche Reichstag die von Liebknecht. Es kommt dabei zu stürmischen Szenen, zu Tumulten, wie sie die Kammer noch nie gesehen hat. Unsere Genossen stimmen im Parlament die „Internationale" an. Die Arbeiter ziehen zu Cachins Wohnung und wollen seine Verhaftung nicht zulassen. Er aber — wohl in dem Bewußtsein, daß nach so viel Verrat und Schwanken der Führer die größte Aufopferung geboten ist — stellt sich dem Gericht.

Von den Gefängniszellen aus führen unsere französischen Kameraden den Kampf voller Mut weiter. Sie bekennen sich stolz als Gegner des Versailler Vertrages. Sie bekennen sich stolz zu den Handlungen der Essener Konferenz und des Aktionskomitees. Sie brauchen sich nicht zu verteidigen, daher führen sie den schärfsten Angriff gegen die Anschuldigungen des Staatsanwalts. Er muß seine Anklage zum Teil zurückziehen und auf ein anderes Gebiet verlegen. Die verhafteten Genossen schreiben aus dem Gefängnis Artikel für die Parteipresse, sie ermuntern die Kameraden durch ihre Haltung, wie immer die revolutionären Vorkämpfer es taten.

Und die französischen Genossen stehen mit in Reih und Glied. In sehr reger Weise beteiligen sie sich mit an der Agitation und geben ihre ganzen Kräfte für die Bewegung her.

Und die Bewegung im Lande geht vorwärts.

Drüben rechnet man auf uns, wie wir auf drüben rechnen. Setzen wir Genossinnen insbesondere alles dran, was nur in unserer Macht und in unseren Kräften steht, um diese gemeinsamen Kämpfe siegreich vorwärts zu bringen.

N. Wolfstein.

Gewerkschaftliches

Brief einer Landarbeiterin.

Der Deutsche Landarbeiterverband hat vor kurzem seine Einwilligung zu einer durchschnittlich 11stündigen Arbeitszeit auf dem Lande gegeben. Ebenfalls erklärte er sich damit einverstanden, daß die Frauen der Deputatarbeiter zwangsweise auf den Gütern arbeiten müßten. Der nachfolgende Bericht einer mecklenburgischen Genossin zeigt, welche unerträglichen Zustände die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer noch für verschlechterungsfähig halten. D. Red.

„Liebe Genossinnen und Freundinnen!

Angesichts des 11stündigen Arbeitszwanges, den der Deutsche Landarbeiterverband über uns verhängen will, ist es notwendig, einmal das Leben und Leiden der Landarbeiterin zu schildern und zu beraten, wie wir unseren Schwestern auf dem Lande zu Hilfe kommen können.

Schon bei der Annahme der Arbeiterinnen im Frühjahr müssen sie sich eine Behandlung gefallen lassen, wie sie etwa der Herr seinem Hunde gibt. Mit Sack und Pack, ob ohne oder mit Kindern, werden sie in Wohnungen, die Ställen gleichen, zusammengepfercht. Manchmal kommen ganze Familien in ein einziges Zimmer, das bestenfalls 3 zu 3 Meter groß ist. Ich selbst sah auf einem Gute, daß in einem solchen Zimmer drei Matratzen und 3 Mädchen, die sich früher nie gesehen hatten, in drei Betten zusammen wohnen mußten. In einem anderen waren 8 Erwachsene und einige Kinder ebenfalls in drei Betten untergebracht. Auch das ganze Gutspersonal wohnte und schlief zusammen. Alles auf des Herrn Geheiß, der den Mädchen gleich ans Herz legte, sich einen „Keri" (seine eigenen Worte) anzuschaffen, dann könnten sie besser leben. Die polnischen Arbeiter mit ihren Familien werden noch schlechter behandelt als die deutschen.

Um die Arbeiter vollständig in ihre Gewalt zu bekommen, behalten die Agrarier einen Teil des Lohnes als Kaution ein und verhindern die Arbeiter so, vorzeitig wegzulaufen.

Die Wohnungseinrichtung besteht gewöhnlich aus ein paar Bettstellen mit etwas Stroh darin, und wenn es gut geht, als Kopfkissen einem Papiersack, der fast stets kaputt ist. Um nicht zu frieren, ziehen sich die Schnitter überhaupt nicht aus, sondern lagern sich so um den Kamin, in dem sie ein schwaches Feuer erhalten, um ihre unterernährten Körper zu wärmen.

Das vielgerühmte Deputat besteht gewöhnlich aus 25 Pfund Kartoffeln, einem Brot, einem halben Pfund Mehl, einem halben Pfund Salz und einem Viertelpfund pro Woche sowie täglich einem halben Liter Milch. In letzter Zeit gibt es auch keine Milch mehr für die Kinder, sondern sie soll gekauft werden. Da dazu der Lohn nicht hinreicht, so sind heute die Kinder der Landarbeiter inmitten von Hunderten von Kühen, Schweinen und Nahrungsmitteln genau so unterernährt, skrofulös und tuberkulös wie die Arbeiterkinder in der Großstadt. Sie sind sich vollkommen selbst überlassen, liegen während ihrer ganzen Freizeit im Straßendreck und suchen nach etwas Eßbarem wie die Hunde. Für die deutschen Kinder besteht Schulzwang. Die polnischen müssen statt dessen schon im zartesten Alter mit den Eltern im Feld für den Herrn arbeiten.

Das Anschaffen von Wäsche und Kleidung ist undenkbar. Wenn die Arbeiter sich nichts stehlen und dann verkaufen, so ist ihre Existenz fast zur Unmöglichkeit geworden. Wehe aber, wenn ein Arbeiter einmal bei einem Diebstahl von ein Paar Pfund Getreide gefaßt wird! Dann triumphiert die ganze Bande über den entdeckten Kapitalverbrecher. Die ehemaligen Offiziere, die heute als Gutsinspekteren tätig sind, und von der Landwirtschaft nichts verstehen, als die Güter herunterzuwirtschaften und Lebensmittel waggonweise zu verschieben, werden bei ihren Schiebungen natürlich niemals abgefaßt.

Wenn ein Mädchen bei den Landarbeiterinnen niederkommt, so gibt es meist keinerlei Geburtshilfe. Eine Hebamme wird nicht geholt, und man kann sich nun vorstellen, welche Pflege der Mutter und dem Neugeborenen zuteil wird. In den meisten Fällen stirbt das Kind nach kurzer Zeit, und auch viele Mütter verlassen langem Siechtum und sogar dem Tode. Viele Frauen sind sehr fromm und wollen als gute Christinnen ihr Kindchen auch taufen lassen. Stundenlang laufen sie vom Gute bis zum nächsten Geistlichen. Diese Kerle schämen sich oft nicht, dann die Mädchen wegen ihrer Verkommenheit zusammenzuschimpfen und sie den langen Weg noch ein paar Mal wiederkommen zu lassen, ehe sie sich für Geld und gute Worte dazu verstehen, das Kind zu taufen.

Nach einer Woche muß die Wöchnerin wieder zur Arbeit erscheinen, sonst wird ihr das Deputat entzogen. Kommt sie nicht, so erscheint mit Hund und Peitsche der Herr Inspektor und treibt sie zur Arbeit hinaus. Gerät solch ein armes Mädchen dann in Verzweiflung und vergreift sich am Leben des Kindes, dann, liebe Genossinnen, sollter Ihr das Geschrei dieser Gesellschaft hören, die durch ihre vorzüglichen Arbeits- und Lebensverhältnisse das Mädchen zu seiner Tat getrieben hat.

Besonders schlimm steht es um die Mißhandlungen der Landarbeiterinnen. Einmal durch das Geschrei eines Opfers herbeigelockt, haben wir gesehen, daß ein Inspektor das Haar des Mädchens um seine Hand gewickelt hatte und es so über die Erde zog, daß das Gesicht blutüberströmt war. Dabei schlug er mit seinem Stock auf das Mädchen ein, bis es ohnmächtig war. Andere Arbeiter und Arbeiterinnen, die dem Mädchen helfen wollten, wurden unter Strafandrohung mit dem Hunde verjagt. Diese Arbeiterin hatte wegen Krankheit die Arbeit verweigert, und als man sie mißhandelte, hatte sie sich beim Gemeindevorsteher der nächsten Stadt beschwert. Dieser rief den Gutsherrn selber als Schiedsrichter an, und der Erfolg war, daß er das Mädchen drei Tage in eine Zelle sperrte, worauf es bei seiner Rückkehr die eben geschilderte Mißhandlung durch den Inspektor erlitt. Solche Fälle sind durchaus nicht selten. Hund, Fußtritt und Peitsche sind die liebsten Bezahlungsmittel der Gutsbesitzer für die geleistete schwere Arbeit.

Wie sieht es nun mit der Arbeitszeit aus? Eine achtstündige Arbeitszeit hat es in der Landwirtschaft noch nicht gegeben. Die Junker lehren sich an keinen Verband, und nur auf wenigen Gütern konnten sich unsere Genossen bisher einigermaßen durchsetzen. Wenn man nun auch zugibt, daß bei schlechtem Wetter in der Erntezeit manchmal länger gearbeitet werden muß, um im Interesse des Volkes die Ernte zu retten, so trifft das keineswegs immer zu. Vor allen Dingen denken die Junker aber nicht daran, den Landarbeitern zum Dank für die rasch und gut untergebrachte Ernte auch im Winter Arbeit zuzuweisen.

Seht, liebe Genossinnen, so geht es den Landarbeiterinnen! Fühlt Ihr nicht einen heiligen Zorn, habt Ihr nicht den unbeugsamen Willen, diese Zustände zu ändern? Wir Arbeiter aus Stadt und Land müssen unsere Peiniger und Unterdrücker gemeinsam abschütteln. Laßt den Kopf nicht hängen, ergebt Euch nicht in Euer Schicksal, wir müssen kämpfen, wir müssen uns selbst helfen. Auf die Gewerkschaft können wir uns nicht dabei verlassen, wie ihre Haltung zur Arbeitszeit zeigt. Aber der Reichsbetriebsrätekongreß hat uns die Kampfesweise gezeigt, die wir einschlagen müssen. Ueberall müssen wir Kontrollausschüsse bilden, in denen vor allen Dingen wir Frauen fleißig zu arbeiten haben. Genossinnen! Wir Frauen müssen überall dafür sorgen — ob wir auf Gütern arbeiten oder in Fabriken und Nähstuben —, daß Kontrollausschüsse gewählt werden und im gemeinsamen Kampf der ganzen Arbeiterschaft solche Zustände wie die hier geschilderten beseitigt werden.

Rosa Niebuhr.

Proletarierinnen in der Frauenklinik.

Eine unbemittelte Genossin geht in die Poliklinik zur Untersuchung. Großes Leben deshalb in der Klinik. Ein neuer sehr interessanter Fall. Unsere Genossin wird nun zum Studienobjekt lernbegieriger junger Aerzte. Trotz der sofortigen Krankheitsfeststellung durch den Professor muß sich unsere Genossin, trotz der furchtbarsten Schmerzen, noch 9 mal hintereinander durch Assistenzärzte untersuchen lassen. Das Ergebnis bei der Untersuchung durch den Professor war sofortige Operation. Da Lebensgefahr bestand, erklärte sich die Genossin bereit. Doch wer da glaubt, daß die Operation schnellstens erledigt worden wäre, der irrt sich. Man verstand vortrefflich, unsere Genossin unter neuen Untersuchungen von einem Tag zum anderen zu vertrösten; mit der Begründung einmal: Morgen kommen Sie bestimmt heran, daher dürfen Sie heute nicht mehr essen. Andermal: Wir müssen Sie noch beobachten.

Und so vergingen 5 Tage, wo man die Genossin hungern ließ, ehe der operative Eingriff stattfand. Am 3. Tage des Hungerns sollte unsere Genossin ganz bestimmt an die Reihe kommen. Doch nach zweistündigem Warten unter heftigsten Schmerzen im Operationssaal erklärte man ganz trocken, Sie kommen heute nicht heran, erst am Montag, da der Geheimrat so abgespannt ist. Aber eine Frau kam nachher noch heran. An diesem genannten Tage endlich bekam die Genossin einen Teller Suppe, welchen sie aber bald wieder ausbrechen mußte, da der Magen die Speise bereits nicht mehr annahm. Auch nach der Operation dauerte es acht Tage, ehe sie etwas zu sich nehmen konnte. Trotzdem mußte die Genossin auch für die Hungertage die volle Verpflegungssumme zahlen, so daß sie jener Teller Suppe 600 Mark kostete. Dabei mußte sie sich zirka 4mal untersuchen lassen, ohne daß etwas besonderes gegen ihre Schmerzen unternommen wurde. Erst nach der Operation wurden die Schmerzen gelindert. Eine Proletarierin scheint in der Poliklinik lediglich ein anatomischer Leichnam zu sein.

Genossin Pergandt.

Aus der Organisation

Frauenreichsausschuß-Sitzung.

In Ausführung des Beschlusses der letzten Frauenreichskonferenz, je nach Bedarf die Genossinnen aus dem Reich zu einer Frauenreichsausschuß-Sitzung zusammenzuberufen, um mit ihnen die wichtigsten Fragen der Frauenpropaganda im Reich zu besprechen, wurde vom Frauenreichssekretariat im Einvernehmen mit der Zentrale eine solche Sitzung zum 28. Januar, dem Eröffnungstage des Parteitages, nach Leipzig angesetzt. Trotz der kurzen Zeit, die für die Konferenz zur Verfügung stand, wurde eine große Fülle von Fragen behandelt und unsere nächsten Aufgaben klar und scharf umrissen.

Die Konferenz nahm zuerst Stellung zur aktuellen politischen Lage, Ruhrbesetzung und der damit heraufbeschworenen Kriegsgefahr. Vom Frauenreichssekretariat ist ein Aufruf an die proletarischen Frauen, sich nicht widerstandslos wie 1914 in den Krieg hineinjagen zu lassen und sich der wachsenden Welle des Nationalsozialismus entgegenzustellen, bereits der Presse übergeben worden, ferner wurden die Leitsätze aufgefordert, öffentliche Frauenversammlungen und Straßendemonstrationen gegen die dem Proletariat von seiten der Imperialisten und Faszisten drohenden Gefahren zu veranstalten. Vor allem soll diese Kampagne im Ruhrrevier selbst durchgeführt werden, um der nationalistischen Verhetzung entgegenzuarbeiten. Daß auch die Schule sich in den Dienst der nationalistischen Hetze stellt, legt uns die Verpflichtung auf, die Kinder diesem unheilvollen Einfluß durch Beteiligung an den kommunistischen Kindergruppen zu entziehen. Die Ausnutzung der gegnerischen Versammlungen zur Propagierung unserer Ideen wurde befürwortet.

Die Konferenz war sich ferner einig, daß angesichts der steigenden Preise für alle notwendigen Bedarfs- und Lebensmittel der Kampf gegen die Teuerung fortgeführt, die Mobilisierung der Frauen für diese Bewegung gesteigert werden muß. Nur in Thüringen und Rheinland hat die Bildung der Hausfrauenkontrollausschüsse wirklich zu bemerkenswerter Aktivität der proletarischen Frauen geführt, dort sind auch einige kleine Erfolge erzielt worden. Die Notwendigkeit der engsten Zusammenarbeit der Kontrollausschüsse mit den Hausfrauenausschüssen wurde besonders von Genossin Arendsee, der Vertreterin der Hausfrauen im Reichsausschuß der Betriebsräte, hervorgehoben. Es müssen Hausfrauenkonferenzen bezirksweise stattfinden und ein Reichsausschuß der Hausfrauenkontrollausschüsse gebildet werden. Zwecks Ausarbeitung von Richtlinien für die praktische Tätigkeit der Hausfrauenkontrollausschüsse wurde eine kleine Kommission aus den Genossinnen Arendsee-Berlin, Weinrich-Jena und Kruse-Essen gebildet, die in der Organisationskommission des Parteitages ihre entsprechenden Vorschläge machen sollen.

Mit der wachsenden Teuerung wird auch der Kampf gegen die §§ 218/219, für Mutter- und Kinderschutzeinrichtungen in verstärktem Maße einsetzen müssen. Der Vorschlag des Frauenreichssekretariats, in einem Offenen Brief an die Gewerkschaften und SPD. heranzutreten und sie zu einem gemeinsamen Vorgehen mit den Kommunisten gegen die Abtreibungsparagraphen aufzufordern, fand die vollständige Zustimmung der Genossinnen. Dadurch wird die Bewegung in die Betriebe getragen, die Arbeiterinnen für ihre eigensten Interessen mobilisiert und an der Revolutionierung der Gewerkschaften interessiert. Es wurde den Genossinnen dringend empfohlen, alles Material über Verfolgungen von proletarischen Frauen, Mißstände und Unzulänglichkeiten in Bezug auf Entbindungsanstalten usw. sofort an das Frauensekretariat oder an die parlamentarischen Körperschaften zu senden, damit sie als Material für Aktionen verwendet werden können.

Als eine der nächsten Aufgaben der kommunistischen Frauenbewegung wurde die Vorbereitung und Durchführung des Internationalen Frauentages, der dieses Jahr vom 4. bis 11. März stattfinden soll, behandelt. Es wurde beschlossen, keine Sondernummer der „Kommunistin" herauszugeben, sondern die laufende Nummer der „Kommunistin" für den Frauentag auszugestalten. Flugblätter, Referentenmaterial, Artikel in der Tagespresse werden den Genossinnen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden, die Gesamtarbeit muß in den Dienst dieser Aktion gestellt werden. Auf den jetzt stattfindenden Bezirksparteitagen soll mit den Genossen die Vorbereitung des Internationalen Frauentages eingehend durchgesprochen werden.

Die Erfassung und Gewinnung der Arbeiterinnen in den Betrieben und Gewerkschaften, die Heranziehung der proletarischen Frauen zur planmäßigen Mitarbeit in den Genossenschaften wurde ganz besonders unterstrichen und gewünscht, daß ein engeres Zusammenarbeiten der FAK. in den Bezirken und des Frauenreichssekretariats mit den Genossenschaftsabteilungen durchgeführt wird. Von der Konferenz wurden die Genossinnen Weinreich-Jena und Hetty Guttmann-Berlin als Vertreterinnen der Frauen in den neuen Genossenschaftsbeirat vorgeschlagen. In der Frage der Doppelexistenz stellte sich die Konferenz auf den Standpunkt, daß es gut wäre, auf dem Leipziger Parteitag den Januar-Beschluß durch eine besondere Resolution zu bestätigen und ihn noch in einigen Punkten zu erläutern.

Eindringlich wurden die Genossinnen auf die Notwendigkeit einer regeren Propaganda für die „Kommunistin" hingewiesen, da in den letzten Wochen und Monaten infolge der Preiserhöhungen ein bedenklicher Rückgang des Absatzes zu verzeichnen ist. Wenn die Genossinnen durch eine verstärkte Propaganda für die „Kommunistin" nicht den Beweis erbringen, daß ihnen an der Erhaltung des Organs sehr viel liegt, so werden wir mit der Möglichkeit des einmaligen Erscheinens der „Kommunistin" (im Monat) zu rechnen haben, wodurch natürlich das Blatt an politischer Aktualität ganz bedeutend verlieren würde.

Zum Schluß unterbreitete Genossin Hertha Sturm einen Antrag zur Aenderung der Statuten der Partei, demzufolge nicht mehr wie bisher die Leiterin der Frauenpropaganda in der Zentrale, in den Bezirks- und Ortsleitungen vollberechtigte Mitglieder dieser Körperschaften sein sollen, sondern nur als Vertreterin ihres Ressorts mit beratender Stimme diesen Körperschaften angehören. Dadurch soll vermieden werden, daß eine Genossin politische Verantwortlichkeit für die Beschlüsse der Gesamtkörperschaft zu tragen hat, in die sie nur auf Grund ihrer Tätigkeit für die Frauenpropaganda gewählt wurde und nicht im Hinblick auf ihre politische Eignung. Ein bisher den Frauen durch das Statut eingeräumtes Sonderrecht würde damit fallen, ihre vollständige Gleichberechtigung und Eingliederung in die Gesamtpartei besser durchgeführt werden. Nach eingehender Debatte erklärten die Genossinnen, mit dieser Statutenänderung, soweit sie die Vertretung der Frauen in der Zentrale betrifft, einverstanden zu sein, für die Bezirke und Ortsleitungen die Entscheidung darüber noch verschieben zu wollen, damit in ihrer Arbeit in den Bezirken kein Rückschlag eintritt. In diesem Sinne wurde auch ein formulierter Antrag dem Parteitag unterbreitet und einstimmig angenommen.

In Danzig erwachen die Frauen.

Am Dienstag, den 23. d. M. fand in Danzig eine Frauenversammlung statt, die leider ziemlich schwach besucht war. Die Proletarierinnen in Danzig, die zwar murrend, aber doch widerstandslos sich in die wahnwitzige Preissteigerung der notwendigsten Lebens- und Gebrauchsgegenstände fügen, scheuten die Kosten einer Fahrt mit der Elektrischen, wenn es gilt, sich über die Ursachen der Not klar zu werden, der in erster Linie sie und ihre Kinder zum Opfer fallen. Gewiß, eine Fahrkarte mit der Elektrischen ist teuer, aber das Fernbleiben von einer kommunistischen Versammlung, wo sie über die Mittel und Wege aufgeklärt werden, sich gegen die Teuerung zu wehren, wird den Arbeiterinnen sicherlich noch teurer zu stehen kommen.

In Danzig sammeln sich die Börsenjobber aller Nationen, Schieber aller Völker vereinigen sich, leben hier herrlich und in Freuden. In einer Nacht verjubeln einzelne von ihnen oft mehr als zum Monatsunterhalt einer Arbeiterfamilie nötig ist. Im Spielklub wird leicht erworbenes Vermögen leicht hingeworfen. Die schaffenden und hungernden Proletarier sehen dies alles, und in ihnen wächst ein dumpfer Groll. Diesen begreiflichen und berechtigten Haß schürt das echt deutsche Unternehmergesindel zu nationalistischen Flammen an. „Die Ausländer sind schuld!" Insbesondere „die Polen!" Die Polen haben schuld, daß die deutsche Arbeiterin Danzigs und Umgegend wie das Vieh zusammengepfercht lebt, daß das Brot immer teurer wird und der Lohn nicht ausreicht, um das Arbeiterkind mit einem Hemd oder ein Paar ganzen Schuhen zu versehen. An allem haben die „Polen" schuld — auch daran, daß in den von ihnen nicht besetzten Gebieten, in Mitteldeutschland (Thüringen), in Ostpreußen, auch in Bayern, die deutschen Arbeiter und ihre Familien im Elend bereits ertrinken. Drum ist in Danzig die Losung: Nieder mit den Ausländern! Raus mit dem Polenpack!

Und da die Dummen nicht alle werden, finden sich noch Arbeiter, die auf diesen Schwindel hereinfallen. Sie schauen nicht scharf genug hin, sonst hätten sie längst bemerkt, daß diejenigen, die am lautesten über die Ausländer schimpfen, in aller Oeffentlichkeit Halbart mit ihnen machen oder zu machen bereit sind, wenn es gilt, den deutschen Proleten die Haut über die Ohren zu ziehen. Sie würden dann auch, wenn sie hineinblicken wollten in die Weinrestaurants und teuren Cafés, sehen, wie neben den erotischen Wucherpflanzen, neben dem Ausländer in friedlicher Unterhaltung „echt deutsche Männer" mit ihren Weibern sitzen, die ostpreußischen Junker mit den harten Augen im rot-

blauen Gesicht, stiernackige, völkische Industrielle mit dreistöckigem Kinn.

Die Referentin gab sich denn auch heiße Mühe, den wenigen Frauen, die gekommen waren, die Augen zu öffnen über den wahren Charakter der nationalistischen Pogromhetze im Freistaat Danzig. Das Resultat ihres Referats war der einstimmig gefaßte Beschluß, am nächsten Morgen sich auf dem Marktplatz zu versammeln und demonstrierend zum Senat zu ziehen, um von ihm eine Erklärung über die unerwartete Preissteigerung des Brotes von 300 auf 600 M. das Kilo zu verlangen. Sie kamen wirklich, die braven Danziger Frauen, trotz des strömenden Regens, trotz des eisigen Windes, der ihnen die dünnen Röcke um die Beine peitschte. Sie kamen. Die Kommunistin, Genossin Döll an der Spitze. Sie sprach — und der Kreis ihrer Zuhörer wurde immer größer. Mit den Einkaufstaschen, wie sie eben zum Markt gekommen waren, zogen sie zum Volkstag, 150 an der Zahl, um den Ernährungssenator zur Rede zu stellen. Ob mancher von ihnen ein wenig höher das Herz schlug bei dem Gedanken an das Zusammentreffen mit dem Gewaltigen, mit „der Regierung". Vielleicht, aber sicher ist dafür, daß der Herr Senator es mit der Angst zu tun bekam. Kein Wunder — 150 hungrige Arbeiterinnen! Er befahl daher dem Pförtner, sie einfach nicht hereinzulassen, und weil er fürchtete, sie könnten in ihrer Erbitterung den Mann einfach beiseite schieben, so rief er — die bewaffnete Schupo. Diese verwehrte nun tatsächlich den Frauen den Eintritt in das Regierungsgebäude. Genossin Döll protestierte mit aller Energie dagegen und verlangte in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete die sofortige Zurückziehung der Schupo aus dem Volkstag. Diese mußte denn auch abziehen, wollten sie nicht gar zu offenkundig das Gesetz verletzen, auf das sie sich stützen.

Mancherlei hatten die Arbeiterinnen bei dieser Gelegenheit gelernt. Einmal, daß es nur die Kommunistinnen sind, die Auge und Ohr für alles haben, was das Proletariat bedrückt, die ihnen vorangehen im Kampf gegen ihre Not: Und dann, daß es Zeit wird, daß sie sich zur Selbsthilfe organisieren, zusammenschließen, und daß sie weniger reden und mehr handeln müssen. Die nächste Zeit schon wird zeigen, ob die Arbeiterinnen in Danzig diese Lehren praktisch zu verwerten wissen werden. Der Ausbau der Kontrollausschüsse, ihre wachsende Aktivität wird Zeugnis davon abzugeben haben.

Aus der Hausfrauenbewegung.

Je mehr die Preise steigen und die Lebenshaltung der breiten proletarischen Massen herabdrücken, desto mehr kommen die proletarischen Frauen zur Einsicht, daß sie nicht nur dem Wucher auf die Finger zu sehen haben, sondern auch den Kampf um höhere Löhne zum Ausgleich dieser enormen Preissteigerungen führen müssen. Dies wurde bereits vor einigen Monaten von den Mannheimer Frauen versucht und in den letzten Tagen von den Jenaer Hausfrauen mit Erfolg durchgeführt. Eine große Frauendemonstration, einberufen von der Hausfrauenkommission, vereinigte auf dem Teichgraben am 25. Januar ungefähr 6—700 Frauen, die nach einer Ansprache unserer Genossin Weinreich in geschlossenem Zuge zum Zeiß-Werk marschierten. Dort verhandelte eine Frauendeputation mit dem Betriebsrat, der die Erklärung abgab, daß er sofort eine 100prozentige Lohnerhöhung für die Arbeiter und Angestellten des Betriebs fordern werde. Unter dem Druck der Frauendemonstration bewilligte die Geschäftsleitung 75 Prozent. Eine zweite Frauendeputation verhandelte mit dem Stadtdirektor, der für die städtischen Arbeiter eine Lohnerhöhung von 65 Prozent und Erhöhung der sozialen Zulagen zusagte. Dieser kleine Erfolg hat die Zuversicht der Jenaer Hausfrauen in ihre eigene Kraft, die im Zusammenschluß und einheitlichen Willen liegt, gestärkt und wird auch hoffentlich die Proletarierinnen in anderen Orten zu einem ähnlichen Vorgehen anspornen.

Feuilleton

Erinnerungen.

Clara Zetkin gewidmet.

Wenn ich an meine Kindheit denke, scheint sie mir wie ein langer und qualvoller Traum. Eigentlich hatte ich gar keine Kindheit. Ich hatte eine sehr zärtliche Mutter, die ich leidenschaftlich liebte, aber die bittere Not zwang sie, mich schon mit 12 Jahren in eine Schneiderwerkstätte zu geben: ich war eine Erwachsene. Ich hatte Pflichten. Es ging mir besser als vielen meiner Altersgenossinnen. Die Meisterin mißhandelte mich nicht, aber ich mußte schwer arbeiten. Ich gab mir sehr viele Mühe, die Zufriedenheit meiner Herrin zu erringen. Von anderen jungen Arbeiterinnen hatte ich gehört, daß sie Furchtbares in ihrer Arbeitsstätte auszustehen hatten. Meine 11jährige Schwester und mein 13jähriger Bruder hatten das Unglück, in solche Arbeitsstellen zu geraten. Einst fragte ich meine Mutter, wie es denn komme, daß der Meister und die Meisterin die Lehrlinge schlagen dürften. Die Mutter seufzte tief auf und sagte: „Wenn du groß bist, wirst du es selber verstehen." Die Mutter hatte Recht. Mit 14 Jahren begann ich bereits zu verstehen, woher das komme, und ich suchte in Büchern nach weiteren Erklärungen. Das war nicht leicht. Mit 16 Jahren wußte ich bereits, daß hinter dem Rücken der „Herrschaft" der Staat steht, und daß sie beide bekämpft werden müssen. Von Arbeitskollegen erfuhr ich etwas über die Revolution, über Klassenkampf, und ich trat in eine illegale Organisation ein. Von allen illegalen Büchern und Broschüren, die mir dann zu Augen kamen, war es eine, die sich mir besonders ins Gedächtnis prägte: es war Clara Zetkins Broschüre über die Lage der Frau. Wie dankbar war ich dann dieser fernen, mir unbekannten Clara Zetkin, die es mir so klar machte, weshalb es den Arbeiterinnen noch so schlimm gehe, weshalb sie gegen die Kapitalisten kämpfen müssen. Ich las diese Broschüre mit meiner Mutter zu wiederholten Malen.

1905 wurde ich verhaftet und ins Gefängnis geführt. Der Gendarmerieoberst, der mich verhörte, gab sich die erdenklichste Mühe, von mir herauszubringen, wen ich kenne, von wem ich Flugblätter erhalte, und hauptsächlich wollte er unbedingt wissen, wo unsere Broschüren gedruckt würden. Das gelang ihm nicht. Endlich wurde mir ein Wiedersehen mit meiner Mutter gestattet. Als ich sie hinter dem Doppelgitter erblickte, traurig und blaß, gab es mir einen kleinen Ruck. Erfreut, daß ich wenig niedergedrückt schien, lächelte sie mir glücklich zu. Als der wachthabende Posten, der zwischen den beiden Gittern auf und ab marschierte, sich auf einige Schritte entfernt hatte, flüsterte sie mir schnell zu: „Weißt du, sie waren noch einmal da, aber es ist mir noch gelungen, alles zu vernichten. Nur das kleine schwarze Büchlein, weißt du, das du so lieb hast, habe ich doch versteckt."

Arme Mutter! Sie sah keine besseren Tage. In den Oktobertagen lag sie bereits im Todeskampfe. Ihre letzten Worte waren: „Geh zu ihnen! Ich kann es nicht mehr."

18 Jahre sind seit meiner Verhaftung vergangen. Eine langjährige Krankheit machte mich frühzeitig zum Krüppel. Drei Jahre lang war ich bettlägrig. Sowie ich Kraft hatte und Kraft fand, mich fortzubewegen, meldete ich mich bei der Zentralabteilung der Arbeit unter den Frauen und bot dort meine Dienste an. Der Kommunistischen Partei gehöre ich noch nicht an. Braucht sie Invaliden?

Ende November dieses Jahres erfuhr ich, daß in der Delegiertenversammlung unseres Bezirks Clara Zetkin sprechen würde. Es versteht sich von selbst, daß ich in diese Versammlung ging. Ein Sturm von Erinnerungen überwältigte mich. Wie anders war die Gegenwart als die Jahre, in denen ich das, wozu Clara Zetkin rief, als einen fernen, wenn auch schönen, aber unerreichbaren Zukunftstraum hielt. Als ich Clara Zetkin zum ersten Male sah, mußte ich unverwandt auf sie schauen. Mein Herz schlug heftig wie damals, als ich im Verborgenen beim Schein einer Talglichtkerze ihre Broschüre mit heißen Wangen las. Wie ergriffen waren wir alle Arbeiterinnen, als wir uns hier versammelt hatten beim Anblick der greisen Führerin, die gerührt von dem herzlichen Empfang den weißen Kopf senkte. Aeußerlich so schwach und zart, wie wuchs sie, wie wuchs ihre Stimme, als sie die Versammelten aufrief, zusammen mit den Kommunisten um die Verwirklichung des Kommunismus zu kämpfen! Jeder Arbeiterin in Stadt und Dorf möchte ich es zurufen: „Folgt dem Rufe dieser Frau! Tretet in ihre Fußtapfen! Hört auf ihre Stimme!" Das russische Proletariat hat gesiegt, und die Gewißheit wächst, daß unter den Anstößen der proletarischen Revolution die bürgerliche Welt bald zusammenbricht. Parteilose Arbeiterin, Annenburg.

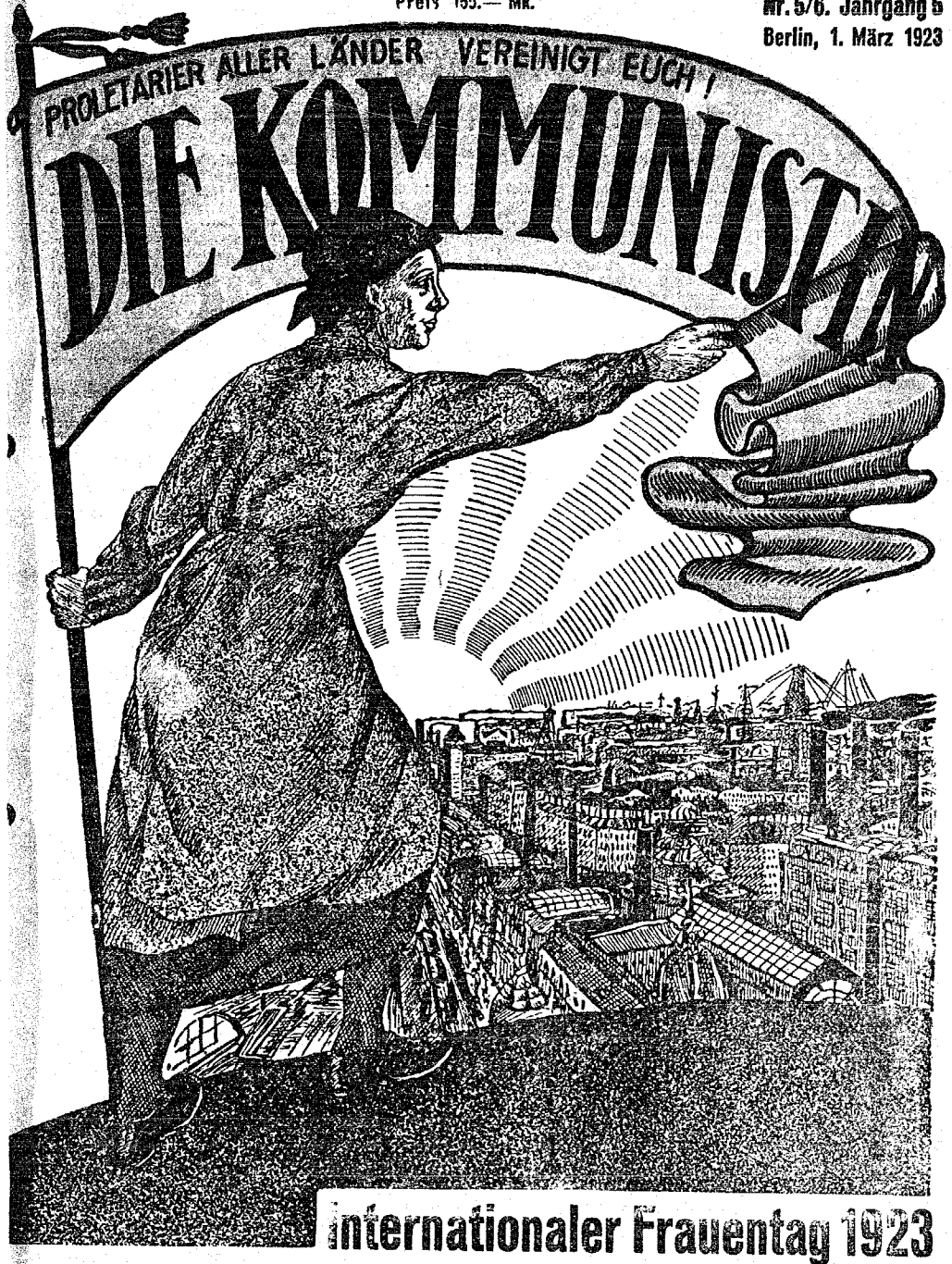
Seit Erscheinen der letzten Nummer ist der Papierpreis wiederum verdoppelt worden. Das Kilogramm Druckpapier kostet heute 1200 Mark (Friedenspreis 22 Pfennig). Infolgedessen mußte der Preis für die Nummer der „Kommunistin" von 40 Mark auf 70 Mark erhöht werden.

Genossinnen! Die „Kommunistin" ist Euer Kampforgan. Sie liefert Euch die Waffen, die Ihr braucht, um Aufklärung in die breitesten Reihen der Proletarierinnen zu tragen. Darum muß auch bei dem erhöhten Bezugspreis jede klassenbewußte Arbeiterin Leserin der „Kommunistin" werden.

Inhalt: Titelbild. Wofür? — Denkst du an 1914? — Was bedeutet der Faschismus? — Aufruf der Moskauer Arbeiterinnen aus Anlaß der Ruhrbesetzung. — Die Kapitalisten und wir. — Der Parteitag der Arbeit. — Einiges aus dem Kampf der französischen Kommunisten. — Gewerkschaftliches: Brief einer Hausarbeiterin. — Proletarierinnen in der Frauenklinik. — Aus der Organisation: Frauenreichskonferenzvorbereitung in Leipzig. — In Danzig erwachen die Frauen. — Proletarische Hausfrauenbewegung. — Feuilleton: Erinnerungen.

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW 48.

Preis 150.— Mk. Nr. 5/6. Jahrgang 5
Berlin, 1. März 1923



Der Internationale Frauentag im Zeichen der Kommune.

Wenn der Internationale Frauentag in diesem Jahre mit den revolutionären Märztagen zusammenfällt, und wenn das bedeutet, daß wir der revolutionären Erhebungen der Vergangenheit und ihrer proletarischen Opfer zu gedenken haben, so fordert heute die Lage des internationalen Proletariats, die politische Situation Deutschlands und Frankreichs, überhaupt die weltpolitische Situation, noch besonders dazu heraus, zu einem Internationalen Frauentag im Zeichen der Kommune aufzurufen. Es gilt, gerade die Frauen an die Bedeutung der Kommune und an die Rolle der Frauen nicht nur in der Pariser Kommune, sondern in allen revolutionären Erhebungen des Proletariats zu erinnern.

Was bedeutet heute das „im Zeichen der Kommune" für die Frauen des internationalen Proletariats? Es bedeutet nichts anderes, als daß die internationale Situation in diesem Augenblick so ist, daß es gerade Sache der proletarischen Frauen sein muß, fordernd und handelnd auf dem Plan zu sein, gleich ihren revolutionären Vorkämpferinnen in Frankreich von 1789 und 1871. Es heißt jetzt, in internationalem Maßstabe vorzugehen gegen die Weltbourgeoisie, sich zusammenzuschließen gegen Auswucherung und Verelendung, gegen die faschistische Unterdrückung der breiten Massen der internationalen Arbeiterschaft. In der ganzen Welt hat sich die Bourgeoisie, hat sich das Kapital heimlich oder offen bis an die Zähne bewaffnet. In Italien wütet der Faschismus, in Jugoslawien, Polen, Rumänien, Finnland, Lettland, in Amerika, in der Tschechoslowakei und in Bayern formiert sich die internationale Reaktion, die internationale Verschwörung der Ausbeuter gegen die Ausgebeuteten. Wo die Regierungen die Arbeiterbewegung, vor allem die kommunistischen Parteien, nicht offen und radikal unterdrücken können wie in Ungarn, organisiert die Bourgeoisie, organisiert der Kapitalismus seine Banden, seinen Selbstschutz, seine Schwarzhemden und Hakenkreuzler gegen das revolutionäre Proletariat. Auch in Deutschland braucht es nur den Funken ins Pulverfaß und es wird von heute auf morgen der „Selbstschutz" der Bourgeoisie sich in den Weißen Schrecken verwandeln wie in Italien. Augenblicklich soll es zwar gegen den „Erbfeind" gehen, der die Ruhr besetzt hat, die Lebensquelle der deutschen Industrie. Da aber die Stinnes und Loucheur, die Ebert und Poincaré, die deutschen und französischen Ausbeuter einig sind in der Hauptsache, das ist in der maßlosen Ausbeutung der deutschen Arbeiter für den gemeinsamen deutsch-französischen Profit, einig darüber, daß der Arbeiter alle Lasten zu tragen hat für den Profit des französischen und deutschen Kapitals, so ist dieser „Selbstschutz", so schön und demonstrativ er sich jetzt bei der nationalistischen Hetze verwenden läßt, im Grunde doch eine wirkliche Gefahr nur für die Arbeiter. Ihr revolutionärer Wille soll gelähmt werden, einmal durch die nationalistische Hetze und dann durch die bedrohliche Selbstbewaffnung der Bourgeoisie. Denn nicht Deutschland und Frankreich — sondern Bourgeois und Proletariat — das ist der große internationale Konflikt.

Was aber geschieht an der Ruhr? Dort geschieht Deutschland das, was 1871 Frankreich geschah: der Sieger besetzt das Gebiet des Besiegten.

Das aber ist die Situation der Kommune von Paris! Grund genug für die Arbeiter, für die proletarischen Frauen Deutschlands und der ganzen Welt, dorthin zurückzublicken, gerade jetzt, wo sich in gewaltigem Maßstab ähnliches wiederholt, wie das, was in der Kommune erst die löwenmutige Erhebung, dann die Tragödie des französischen Proletariats war.

Wie war es in Frankreich 1871? Den Zusammenbruch seiner Politik erkennend, hatte Napoleon sich in das Kriegsabenteuer gestürzt, hoffend, daß ein Sieg doch noch einmal seine Macht befestigen könnte. Die Großbourgeoisie steht hinter ihm, wie sie immer da steht, wo es auf Kosten der breiten Massen etwas zu gewinnen gibt. Denn nichts anderes als Verrat am „Vaterlande", das bedeutet an den breiten Massen, war dieser von der macht- und genußlüsternen Bourgeoisie leichtfertig angezettelte Feldzug. Verrat war die schlechte Organisation des Heeres, feiger Verrat nach der Niederlage die Preisgabe des Landes, die Kapitulation von Paris, das das Volk zu verteidigen bereit gewesen war. Auch damals machte das Kleinbürgertum nicht mit, hielt sich zur Großbourgeoisie, anstatt zu den revolutionären Massen. Auch das Proletariat von Paris hatte sich, wie das deutsche Proletariat jetzt an der Ruhr, damals gegen einen doppelten Feind zu verteidigen: gegen die eigene Bourgeoisie und gegen die siegreiche Bourgeoisie des „Erbfeinds", des siegreichen deutschen Heeres, das Paris belagerte. . . .

Wie 1870 das französische Proletariat, trifft jetzt das Proletariat Deutschlands der Verrat der herrschenden Klassen, die auf Kosten der breiten Arbeitermassen Sieger oder Besiegte des Weltkriegs sind, — denn Verrat am „Vaterlande" sind die geheimen und offenen Verträge der Stinnes und Konsorten.

Wie einig das internationale Kapital unter sich ist, zeigen die zahlreichen Wirtschaftsabkommen zwischen den internationalen Kapitalistengruppen, vor allem der badische Anilinvertrag zwischen Deutschland und Frankreich. Würde das deutsche Kapital das Geheimnis der Gasgiftfabrikation an den „Feind" ausliefern, wenn es nicht ganz genau wüßte, gegen wen es im Grunde geht, trotz allen nationalistischen Geschreis — gegen den gemeinsamen Feind: das Proletariat! Dieser Landesverrat der Industriebarone, gegen den die Kommunisten im Reichstag interpellierten, ist wie alle Verträge der deutschen und französischen Schwerindustrie Verrat am Proletariat — so wie 1871 der Verrat und die Preisgabe der Stadt Paris durch die Großbourgeoisie Landesverrat, Verrat an den arbeitenden Massen von Paris war.

Und das Proletariat von Paris? Wie verhielt es sich angesichts dieses Verrats? Es übernahm selbst die Verteidigung der Stadt gegen den äußeren Feind, die siegreiche deutsche Bourgeoisie und gegen die bürgerlichen Verräter des eigenen Landes. Es jagte die falschen Führer, die Führer der bürgerlichen Linksliberalen, davon, die, wie heute, auch damals schon das revolutionäre Volk im Stich ließen und sich zur Großbourgeoisie schlugen, und übernahm selbst die Regierung, indem es die Kommune, die Herrschaft des Volkes, erklärte. Und die französische Bourgeoisie brachte das Ungeheuerliche fertig: sie stand neben dem Feind vor den Toren und schoß mit ihm die Forts und ganze Stadtteile der eigenen Hauptstadt zusammen. Drinnen aber kämpften heldenhaft gegen die Uebermacht, gegen den doppelten Feind, die deutsche und französische machtlüsterne Bourgeoisie, die revolutionären Proletarier, das arbeitende Volk von Paris, das revolutionäre Proletariat der Welt, das schon die Tradition der Republik, wenn auch der bürgerlichen Republik, im Blute hatte. Und das revolutionäre Volk verteidigte sich nicht nur, es baute auf — und nicht eine bürgerliche Republik, sondern die Kommune, den ersten proletarischen Staat. . . . Sie kämpften, Männer wie Frauen. Ja, die Frauen waren es, die zu Tausenden, die mit der äußersten Opferbereitschaft, mit der gleichen Initiative und Begeisterung wie die Männer auf den Barrikaden standen. Oder sie schufen Ambulanzen und nahmen sich der Verwundeten an, und sie hatten auch am Werk des Aufbaus Anteil. Sie, die Hausfrauen und Erzieherinnen, halfen die Fragen der Produktion und Lebensmittelverteilung regeln. Und sie standen fest, trotzend dem Hunger und der Kälte. Sie wußten, es ging um die Zukunft, um das Wohl ihrer Kinder. Standhafte, bis zum Aeußersten entschlossene Kämpferinnen, zu Tausenden bestialisch hingemordet, das waren die Frauen der Kommune. Wie es 1789 und 1848 die Frauen waren, die aus der unmittelbaren Erfahrung von Qual und Not des Hungers, ihres eigenen und ihrer Kinder, als erste auf die Straße gingen und nach Brot schrien, waren sie auch 1871 die anfeuernden, zur Aktivität drängenden Kämpferinnen, die überall helfend und ordnend und sich aufopfernd den Männern zur Seite standen — so wie 1917 in Rußland die Frauen als die ersten demonstrierend, fordernd, das Ende des Krieges verlangend und nach Brot rufend, die [illegible] von Petersburg durchstürmten und bereit waren, [illegible] den Waffen die Revolution zu verteidigen.

Wieder ist die weltpolitische Situation so, daß wie 1789 und 1871 und 1917 nur die große Initiative des Proletariats und diesmal des internationalen Proletariats und heute in erster Reihe der deutschen Proletarier, aus der Katastrophe herausführen kann, die nicht nur die Katastrophe der deutschen Wirtschaft, der deutschen Mark ist, sondern die Katastrophe des internationalen Kapitals, des Weltimperialismus: der Bankrott der bürgerlichen Regierungen, ihr finanzieller und moralischer Bankrott, aus dem kein noch so schlaues international-diplomatisches Manöver errettet, weder den Zusammenbruch des deutschen, noch die Niederlage des französischen und englischen Kapitals. In aller Welt wachsen die Scharen der arbeitslosen Proletarier, wachsen Hunger und Wohnungselend der breiten Massen. Gestern katastrophaler Marksturz, heute stürzt der Franc und morgen der Sterling . . . hemmungslos wirken sich die Folgen des Weltkriegs aus, und in der Richtung zu einem neuen Kriege hin . . .

Wieder hat das Proletariat und haben mit ihm vor allem die proletarischen Frauen zu entscheiden: will der Arbeiter als der Soldat des Kapitals, des Imperialismus kämpfen, so wie er der Fronarbeiter der Ausbeuterklasse war und ist, oder will er reinen Tisch machen, die eigene internationale Front der arbeitenden Massen aufrollen gegen Wucherer und Schieber der ganzen Welt. Die Frauen als die ersten sollten hier zur Entscheidung drängen, sie, die am schwersten zu fronen und zu leiden und samt ihren Kindern zu hungern haben.

Wie war das Bild in Rußland, als die Arbeiter von Petersburg die Initiative ergriffen? Williams schildert es in seinem Buch „Durch die russische Revolution": „Wieder stürzt sich der Winter auf das hungernde, leidende Rußland. Ueberall wilder Leichtsinn und Orgien der Spekulation. Aus den Druckerpressen ergießen sich Ströme von Papiergeld über das Land. Die Zeitungen berichten in endloser Reihenfolge von Ueberfällen, Morden und Selbstmorden. Das Nachtleben tobt, in Spielhöllen werden ungeheure Summen gewonnen und verloren, die Reaktion ist unverhüllt und frech. Kornilow wird nicht des Hochverrats angeklagt sondern von der Bourgeoisie als der große Patriot gefeiert." — Ganz wie jetzt Mussolini in Italien, Hitler in Bayern! — „Aber der Patriotismus dieser Leute ist Schwindel und leeres Gerede. Sie beten, die Deutschen mögen kommen und Petrograd, das Haupt der Revolution abschlagen." — Ganz so wie jetzt an der Ruhr die deutschen Kapitalisten, Stinnes und Ebert sich mit den französischen Ausbeutern Loucheur und Poincaré verständigen, während sie zu gleicher Zeit eine maßlose nationalistische Hetze betreiben. — Rodzianko, der Expräsident der Duma, erkühnt sich zu schreiben: „Mögen die Deutschen die Stadt einnehmen, wohl werden sie die Flotte zerstören, zugleich aber auch die Sowjets erdrosseln!" — Mögen die Franzosen kommen! wenn nur unser Geschäft dabei blüht, das ist heute insgeheim die gewissenlose Losung der deutschen Schwerindustriellen, Erfüllungs- und Nichterfüllungspolitiker. — „Die großen Versicherungsgesellschaften versprechen nach vollzogener deutscher Okkupation eine um ein Drittel erniedrigte Rate". — Heute unternimmt die Reichsbank ein Schwindelmanöver nach dem anderen zur Stabilisierung der Mark, um in kurzer Zeit Riesengewinne damit herauszuschlagen auf Kosten der arbeitenden Massen. — „Der Winter war immer Rußlands bester Freund, spricht die Bourgeoisie, der Winter, der aus dem Norden niedersetzt, freudig begrüßt von den privilegierten Klassen, bringt Angst und Schrecken für die leidenden Massen. Das Thermometer fällt auf Null, die Lebensmittelpreise und die Preise für Heizmittel steigen. Immer länger werden die Reihen zitternder Frauen, die sich die ganze Nacht hindurch auf den eisigen Straßen anstellen.

Aussperrungen und Streiks vergrößern die Zahl der Arbeitslosen. Die Bitternis der Herzen flammt in wilden Reden auf, gleich der eines Viborger Arbeiters: „Geduld, Geduld wird uns immer gepredigt, aber was haben sie getan, um uns geduldiger zu machen? Hat uns Kerenski mehr zu essen gegeben als der Zar? Leere Worte und Versprechen — ja! Aber nicht mehr Nahrung. Die ganze Nacht hindurch stehen wir, warten auf Schuhe, Brot und Fleisch, derweil wir gleich Toren auf unsere Banner Freiheit schreiben. Die einzige Freiheit, die wir besitzen, ist die alte Freiheit, zu schuften und zu hungern. Ein klägliches Ergebnis nach achtmonatlichem Bitten und Umzügen durch die Straßen. Alles, was erreicht wurde, sind lahme Beine, schmerzende Arme und das Vorrecht, zu frieren und zu hungern angesichts der wehenden roten Fahnen mit der Inschrift: Die Betriebe den Arbeitern, das Land den Bauern! Friede der ganzen Welt! Nieder mit dem Krieg! Nieder mit den Geheimverträgen! Nieder mit den kapitalistischen Ministern! Nun tragen sie nicht mehr die roten Fahnen durch die Straßen. Sie haben genug gebeten und gefleht. Heute handeln sie, in einer Stimmung, die der Verzweiflung und der Enttäuschung entspringt, wild, gewalttätig, als Bilderstürmer — aber sie handeln!"

So hub die proletarische Revolution in Rußland an.

Steht Deutschland, steht Italien und Frankreich nicht unter den Zeichen der gleichen Not, des gleichen Hungers und der leeren Versprechungen seiner Ausbeuter? Das Proletariat wird in den Kampf getrieben — und nur handelnd, wie die Kommunekämpfer von Paris, handelnd wie die russischen Brüder kann es diesen Kampf bestehen. Die proletarischen Frauen aber müssen sich bewußt werden, daß auch sie ihren Posten haben in diesem Kampf, der auch ihre volle revolutionäre Energie und Aktivität verlangt. So wie 1789, 1871 und 1917 haben auch im Sturm der Weltrevolution die proletarischen Frauen der ganzen Welt ihr rotes Banner auf die Barrikade zu tragen.

G.G.L.

Wir fordern den Achtstundentag!

Die arbeitenden Frauen der ganzen Welt, die am Internationalen Frauentag ihre Stimme für die endgültige Befreiung der Frauen aus aller Knechtschaft und Not erheben, haben alle Ursache, heute noch den Achtstundentag zu fordern.

Wo auf dem ganzen Erdball gibt es in den 24 Stunden des Tages jene Dreiteilung, die den erwachenden Massen des Proletariats von Anfang ihres gemeinsamen Kampfes so gerecht erschien. Wo gibt es wirklich für die Arbeiter acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung, acht Stunden Schlaf!

Insbesondere: Wo sind die arbeitenden Frauen, gleich unter welchem Himmelsstrich, die diese gerechte Dreiteilung errungen hätten!

Sehen wir ab von den Millionen farbiger Arbeiterinnen, die auf den Plantagen Indiens, in den Fabriken Japans und Chinas auf den Zuckerrohr- und Baumwollfeldern im Süden Amerikas oder den Inseln des Stillen Ozeans arbeiten. Sie alle sind Schwestern der Arbeit, sie alle treibt die Sklavenpeitsche des Hungers vor Tau und Tag in Werk und Fron. Aber wenige von ihnen glauben, daß die arbeitende Frau ein Wesen sei, berechtigt wie ein jeder Mensch zu fordern und zu kämpfen.

Sehen wir auf die Landarbeiterinnen Italiens, auf die beinahe leibeigenen Frauen der Balkanländer, die schwere Feldarbeiten verrichten, deren Tagwerk kein Ende hat.

Sehen wir, wo der Achtstundentag der Millionen von Haussklavinnen der ganzen Welt ist.

Nirgendwo in den sogenannten „Kultur"ländern ist der gesetzliche Achtstundentag für die Hausangestellten durchgeführt.

Da, wo die proletarische Revolution sich erhob, wo die Welle der Arbeiterempörung alle Unterdrückung hinwegfegte, da ist der Achtstundentag in der Industrie und im Gewerbe auch für die Frauen zunächst Gesetz geworden.

Da, wo die proletarische Macht wieder ebbte, und das geschah in vielen Ländern sehr bald, baute man auch den gesetzlichen Achtstundentag wieder ab.

Der Achtstundentag in der Industrie wird von der Arbeiterschaft zäh festgehalten, aber auf Umwegen, durch Verordnungen und Gestattung von Ausnahmen ist der Achtstundentag längst unterhöhlt.

In Deutschland, das von Anfang an Ausnahmen von dem gesetzlich beschränkten Arbeitstag zuließ, ist z. B. in den Bäckereibetrieben die Arbeitszeit 12½ Stunden lang.

Da, wo es die „Umstände erforderlich machen", kann man Tag und Nacht arbeitende Frauen zu schwerster Dienstleistung bringen. Am Ufer der Ostsee, wo die Weißfische in Schwärmen auftreten, gehen nachts, sobald die ersten Schiffe mit dem Fang eintreffen, die Boten der Unternehmer von Tür zu Tür, um die Frauen zum Werk zu rufen. Die Fische müssen noch lebend geschuppt werden. Aus den Schuppen der Fische werden künstliche Perlen und Perlmutt gemacht. Die Fischzüge an allen Ufern des Ozeans in Holland, i. Dänemark, in Norwegen verlangen die stets bereiten Hände der fleißigen Frauen. Für diese Frauen gibt es in keinem dieser Länder einen Achtstundentag.

Wo der Reichtum aus dem Boden quillt, in den agrarischen Ländern, da haben die Tausende von Frauen in der industriellen Milchverarbeitung z. B. keinen Achtstundentag. Es sind in Norwegen sogar die 16jährigen Mädchen zur Nachtarbeit in den Molkereien zugelassen.

Das erste Interesse der Gesetzgebung der kapitalistischen Länder ist der Schutz der Ausbeutung und nicht der Schutz der Ausgebeuteten.

Die schwachen Ansätze, die Frauenarbeit zu regulieren, verschwinden, sobald die proletarische Masse sie nicht selbst verteidigt und erweitert.

Wo in der ganzen Welt ist die Arbeit der proletarischen Frauen wirklich mit der so dürftig gesetzlich beschränkten Arbeitszeit zu Ende?

Wer gibt den vielen Hunderttausenden von Zeitungsträgerinnen den Achtstundentag? Wer schützt die Wäscherinnen, die Reinmachefrauen vor roher Ausbeutung?

Welche arbeitende Frau, im Tagesgrauen von den Fabriksirenen geweckt, findet nach Schluß der harten Arbeit einen gedeckten Tisch, ein sauberes Bett?

Fängt nicht die Arbeit der Frau von neuem an, wenn die freundliche Unterbrechung der „8-Stunden-Erholung" eintreten sollte?

Lastet nicht überall noch die Hausarbeit auf der arbeitenden Frau?

Haushalt und Kinderversorgung sind keine „Erholung", sondern ein endloses und oft fruchtloses Ringen gegen Schmutz und Frost und Hunger.

Acht Stunden Arbeit für die Frauen — das heißt: Abbürdung aller Lasten, die der Frau als eine Selbstverständlichkeit noch neben der Erwerbsarbeit aufgepackt werden. Das heißt Entlastung vom Haushalt; das heißt soziale Fürsorge für die Unmündigen, das heißt tausend Maßnahmen, um die Mutterbürde zu tragen.

Acht Stunden Erholung für die arbeitenden Frauen, das heißt das Freigeben aller Kultur für die Schaffenden. Das heißt Wissenschaft und Kunst dem Proletariat zu übergeben.

Acht Stunden Schlaf für die arbeitenden Frauen — die werden nur ruhig und sorglos sein, wenn der nagende Hunger aller Arbeitenden gestillt sein wird. Wenn ein ausreichender Lohn alle notwendige Sättigung erlaubt.

Die „gerechte Dreiteilung" des Tages, sie ist noch lange kein Ideal. Aber diese Forderung stand auf mit dem Erwachen des Klassenbewußtseins des Proletariats.

Die Frauen des Proletariats, die anfangen zu denken, die anfangen ihre Not als eine Not aller ihrer Klassengenossinnen zu verstehen, sie stimmen ein in den Ruf, der schon viele Proletarier geweckt hat, der in allen Ländern der Erde seinen Widerhall fand:

Es lebe der Achtstundentag!

Schutz der Arbeiterinnen im Betrieb.

(Gegen den Massenmord der Arbeiterinnen.)

600 000 Unfälle bei der Arbeit verzeichnet eine Statistik der Gewerkschaften in Deutschland jahraus, jahrein, davon 60 000 schwere Betriebsunfälle, von denen wiederum 6000 mit dem Tode enden.

Diese grausige Zahlenreihe ließe sich verlängern durch den Zug der Jammergestalten, die ein halbes Jahrhundert und länger, von zarter Jugend bis ins gebrechliche Greisenalter, ihrer Hände Arbeit, ihr Blut und ihren Schweiß geopfert haben auf dem Altar des Kapitalismus für den dreimal heiligen Profit, die jetzt, als arbeitsunfähig, erbarmungslos von der Gesellschaft verworfen und dem Hungertode überliefert werden. Kann denn ein Mensch heute, bei der wahnwitzigen Teuerung, mit einem Monatseinkommen von unter 15 000 Mark leben, wie es allein in Berlin 44 000 Sozialrentner, 128 000 Kriegsbeschädigte, 14 400 Waisen tun sollen.

Die längste und furchtbarste Verlustliste vom Schlachtfeld der Arbeit steht jedoch in keinem staatlichen Rentenregister und in keiner Geschichte des glorreichen Siegeszuges der deutschen Industrie verzeichnet. Das sind die Millionen der namenlosen Opfer, die an keinem Betriebsunfall, sondern auf „normale" Weise umkommen. Meist in jungen Jahren, lange bevor das biblische Alter von 70, 80, 90 Jahren erfüllt ist; an irgendeiner Krankheit, manchmal auch, und besonders in letzter Zeit auffallend häufig, an allgemeiner Schwäche, Blutarmut, Entkräftigung — kurz: Unterernährung. Das sind die Arbeiter und Arbeiterinnen, die schon zu ihren Lebzeiten als Siechte, als lebendige Leichname sich durchs Leben schleppen, die keine Zeit zum Kranksein haben, weil sie verdienen müssen, und die sich gegen das Sterben nur wehren, weil sie für hilf- und schutzlose Angehörige zu sorgen haben. Das sind die Arbeiterinnen, die als halbe Kinder blutlich und jung und lebensfroh, in die Fabriken einzogen, und die nach 10, 20 Jahren, wenn die Damen der „guten Gesellschaft" die Triumphzüge ihrer Schönheit feiern, schon welk und alt, entstellt und krank, müde und lebensüberdrüssig hin und her beten zwischen der Fron im Betrieb und der niemals endenden Kleinarbeit im Haushalt und bei den Kindern. Das sind die Frauen, die zu Millionen leiden an Tuberkulose und Krebs, an den sogenannten „Frauenkrankheiten", an Bruch, an Krampfadern. Die Frauen mit den massenhaften Totgeburten, Fehlgeburten, Frühgeburten, anormalen Entbindungen und Schwangerschaftsstörungen.

Wer ist schuld daran?

Kein Richter und kein Staatsanwalt in Deutschland oder in der weiten Welt — es sei denn in Sowjetrußland, dem Arbeiterstaat — wird sich finden, der die Verbrecher am Leben, Gesundheit und Glück so vieler Menschen zur Verantwortung ziehen würde. Aber die Aerzte, die ihre Augen nicht absichtlich schließen und die den Mut zur Wahrheit haben, bezeugen es einwandfrei, daß es die mörderischen Bedingungen der kapitalistischen Arbeit im Betrieb sind, welche die Masse des Volkes, das Proletariat, die Arbeiterinnen und ihre Kinder im Mutterleib, dahinraffen.

Muß das so sein?

Der kapitalistische Unternehmer, gleichviel, ob Junker oder Industriekönig, setzt die Menschenleben in die Berechnungen über die Rentierung seines Betriebes nicht ein. Menschenleben kosten nichts. Stirbt eine Arbeiterin oder wird sie krank, schwach und arbeitsunfähig, so stehen hundert andere bereit, an ihre Stelle zu treten, und glauben noch, dem Herrn danken zu müssen, daß er ihre Dienste annimmt. Sie denken nicht daran, wie bald auch sie zum alten Eisen geworfen werden. Aber der Unternehmer rechnet sehr wohl, was er an allgemeinen Betriebsunkosten sparen kann, wenn auch die Arbeiterinnen und Arbeiter mit ihrem Leben dafür zahlen.

Er spart an Raum — Baugrund und Baumaterialien — wenn er die Arbeitskräfte in licht- und luftlose, niedrige, enge Räume zusammenpfercht. Er spart an Entstaubungs- und Lüftungsanlagen. Er spart an Heizung und Beleuchtung. Er spart an Schutzmaßnahmen gegen

die unheimlich sausenden Schwungräder und Transmissionen, die rollenden und sich drehenden und stoßenden Messer und Sägen und Bohrer und Stanzen. Viel wichtiger als die gesunden Lungen und die heilen Glieder der Arbeiterinnen sind dem Unternehmer die Aussichten, mit möglichst geringen Unkosten an Betriebseinrichtungen, mit möglichst niedrigen Löhnen eine möglichst angespannte, intensive Arbeit der „Hände" und damit die höchste Verzinsung seines Kapitals zu erzielen.

Ist nicht noch in aller Erinnerung die furchtbare Betriebskatastrophe der Chemischen Werke in Oppau bei Ludwigshafen, wo der Moloch Kapital durch seine Akkord- und Prämienhetze und verbrecherische Vernachlässigung der primitivsten Schutzmaßnahmen die Explosion verschuldete, der Hunderte von Menschenleben, ganze Dörfer, die Existenz von Tausenden von Familien vernichtete? War es notwendig, daß beim Brand der Saroni-Schokoladenfabrik in Tempelhof bei Berlin Arbeiterinnen verbrannten und erstickten, wenn das Gebäude nicht allen baupolizeilichen Vorschriften gegen Feuersgefahr Hohn gesprochen hätte? Kaum vergeht eine Woche, wo die Zeitungen nicht neue schreckliche Unfälle melden, und kürzlich ist bei der Aufstockung des Riesenbaues der Zeitungsfirma Mosse in Berlin ein Einsturz erfolgt, bei dem zahlreiche männliche und weibliche Angestellte unter den Trümmern der von oben durchgeschlagenen Stockwerke begraben wurden.

Keine klassenbewußte Arbeiterin darf ihr Leben und ihre Gesundheit gleichgültig und kampflos dem Unternehmer ausliefern. Fort mit dem Antreiber-, Akkord- und Prämiensystem, das die Arbeiterschaft die ihr drohenden Gefahren vergessen läßt! Her mit der Betriebskontrolle durch Organe der Arbeiterschaft, durch die Betriebsräte, durch Vertrauensleute der Arbeiter und Arbeiterinnen selbst, damit wenigstens die dringendst notwendigen Schutzmaßnahmen für die Arbeiterschaft nicht bloß auf dem Papier stehen, sondern auch wirklich durchgeführt, ja, verbessert werden.

Das wird einen harten Kampf kosten. Denn das Unternehmertum denkt nicht an wohlwollende „soziale" Zugeständnisse. Im Gegenteil ist der Kapitalismus in der jüngsten Zeit drauf und dran, seine Profite zu sichern und zu steigern durch Abbau der Löhne wie durch Abbau aller unprofitablen Aufwendungen. Abbau des Achtstundentages. Abbau des einst bestehenden kümmerlichen Arbeiterinnenschutzes der Vorkriegszeit ist sein Feldgeschrei. Nach dem neuen Arbeitszeitgesetz, das dem Deutschen Reichstag vorliegt, sollen die Ueberstunden und Nachtarbeit, welche die Arbeiterinnen während des Krieges hassen lernten, gesetzlich verankert, d. h. zur Regel werden. Nichts sagt das Gesetz dagegen vom Verbot der Arbeit in gesundheitsschädlichen Betrieben, nichts von einer Kürzung der Arbeitszeit auf 6 Stunden in Betrieben mit besonders anstrengender Arbeit, wie sie in dem neuen Arbeitskodex (Gesetzbuch) von Sowjetrußland festgelegt ist. Und nirgends in der ganzen Welt, außer in Rußland, schützt das Gesetz die Arbeiterin-Mutter. Zur gleichen Zeit, wo die Klassenjustiz der Bourgeoisie die Arbeiterfrauen wegen angeblichen Verbrechens gegen das keimende Leben zu Tausenden in die Zuchthäuser der demokratischsten Republiken der Welt schleudert, zur selben Zeit morden die wohllöblichen Nutznießer und Stützen dieser „Demokratien", die kapitalistischen Unternehmer, Millionen von Kindern im Mutterleib und an der Mutterbrust. Oder ist es etwa nicht Mord, Totschlag oder Körperverletzung, wenn die Gesetze mit heuchlerischem Gerede von Volkswohlfahrt die Beschäftigung der Arbeiterinnen im Betrieb wenige Wochen vor und nach der Niederkunft untersagen, ohne den Müttern für diese Zeit ihre Existenz zu gewährleisten? In Deutschland zahlen die Krankenkassen lächerliche Summen, daß der Zeitverlust für die Geltendmachung der Ansprüche sich kaum bezahlt. In Holland hat die Arbeiterin überhaupt keine Ansprüche auf Hilfe und Unterstützung für Geburt und Wochenbett. In der Schweiz dürfen schwangere Arbeiterinnen gnädigst die Arbeitsstelle verlassen, ohne daß ihnen auf einen Termin bis 6 bzw. 8 Wochen nach der Niederkunft gekündigt werden darf. Niemand sagt, wovon sie in der Zwischenzeit leben. In Dänemark dürfen die Arbeiterinnen für die kurze Frist von 4 Wochen nach der Entbindung öffentliche Hilfe beanspruchen, wenn sie sich selbst und ihr Kind nicht versorgen können.

Die Arbeiterinnen werden nicht ruhen dürfen, bis sie mindestens durchgesetzt haben, was der vielgeschmähte, durch den Weltkrieg, Blockade und konterrevolutionäre Feldzüge erschöpfte Arbeiterstaat Rußland seinen Müttern gibt: 8 Wochen vor und 8 Wochen nach der Entbindung Ruhe von der Arbeit bei Weiterzahlung des vollen Lohnes; Verkürzung der Arbeitszeit für stillende Mütter auf 6 Stunden ohne Lohnkürzung!

Die Arbeiterinnen dürfen sich nicht weismachen lassen, daß nur in Deutschland und nur um des verlorenen Krieges willen der Unternehmer oder der Staat ihren Anspruch auf Schutz und Hilfe nicht befriedigen können. Auch in den Siegerländern, auch in den neutralen Ländern, überall saugt das Kapital das Blut der Arbeiterschaft, um Gold daraus zu münzen. Die Arbeiterinnen werden ihre nur zu gerechten Forderungen erst dann verwirklichen können, wenn sie gemeinsam mit den Arbeitern in allen Ländern die Unternehmer zwingen, die Kosten des Krieges und der kapitalistischen Friedensverträge aus ihren eigenen reichgefüllten Kassenschränken zu zahlen. Am Internationalen Frauentage vereinigen sich die Arbeiterinnen der ganzen Welt im Kampf gegen den Wiederaufbau des Kapitalismus auf den Leichen der Arbeiterinnen und ihrer Kinder, im Kampf um einen wirklichen, auf den entschlossenen Willen und die Kraft des Proletariats gestützten Arbeiterinnenschutz.

Für die internationale Klassensolidarität!

Das Wort, daß der Proletarier kein Vaterland habe, entstammt nicht einer Anchlosigkeit, einem moralischen Fehler des Proletariats, sondern es entstammt der klaren und strengen Einsicht des Proletariats, daß das heutige „Vaterland" nicht für alle eine „Heimat" bedeutet. Das Proletariat hat eingesehen, und die Wissenschaft des Proletariats hat es unwiderleglich begründet: die „Nation" ist ein Gebilde, das Klasseninteressen entspricht, das geformt wird von den herrschenden Klassen, dessen staatliche Einrichtungen nur ihnen dienen.

Wenn heute die deutschen Nationalisten mit schäumendem Munde über die revolutionären Proletarier herfallen, die auch in der Ruhrkrise, die auch in dem besetzten Gebiet ihrer Ueberzeugung gemäß sagen, daß nach wie vor für die Proletarier kein „Vaterland" da sei — dann verteidigen diese Nationalisten selbst durchaus kein deutsches Vaterland aller deutschen Stämme, dann reden sie sich nur in Wut um des deutschen kapitalistischen Nationalstaates willen.

Der deutsche Kapitalismus hat den Nationalstaat gebraucht — er brauchte zum ungehinderten Transport seiner Waren ein nationales Wagennetz, nationale Eisenbahnen, deren jede Barriere mit schwarz-weiß-roter Eigentumsmarke versehen war. Er brauchte ein einheitliches Zollsystem, er brauchte einen Stab von Beamten, der schwarz-weiß-rot markiert diesen Apparat bediente, der Steuern einzog für diesen Apparat — Beamte, die an den nationalen Richtertischen saßen, die die nationalen Gefängnisse bewachten, die unter dem Reichsadler den „Volksvertretern" im Parlament Rede und Antwort standen, soweit es ihnen beliebte.

Die Grenzen dieses Nationalstaates mußten bewacht werden, denn jede Eisenbahnschwelle, die ein französischer oder russischer Bahnwärter gerammt hätte, um seinen Kaffee damit zu kochen, war ein „nationales" Gut. Wollte man bewachen, so brauchte man Soldaten. Eine nationale Armee war nötig, um kapitalistische Güter auf ihren Kreuzzügen in unentdeckte Länder des Profits zu begleiten; eine nationale Armee, um die eroberten Provinzen des Profits zu verteidigen; eine nationale Armee, um die heiligste Funktion dieses Ausbeuterstaates, das Profitmachen, den Arbeitern einzubläuen, die manchmal an der „ewigen Ordnung" dieser Dinge sich erlaubten zu zweifeln.

Der deutsche Nationalstaat ist kein Ding von allzu langer Vergangenheit.

Funkelnagelneu aus dem Tribut des besiegten Frankreichs von 1870—71 erstand die Schwerindustrie des Rheinlands.

Geboren, sofort die Zähne zu fletschen gegen den niedergeschlagenen Nachbarn, geboren, dem neuen Deutschland das Gepräge einer ewig lodernden Waffenschmiede zu geben, ist die Industrie des Rheinlandes auch heute wieder das Streitobjekt profitlüsterner Kapitalisten, skrupelloser Schürer des Nationalhasses.

Das Rheinland der Arbeit, das Rheinland der tiefen Schächte, der lodernden Essen, der flammenden Hochöfen gehört schon längst nicht mehr einer Nation — sein Profit gehört den Ausbeutern beider Lager, und sein Hunger und seine Arbeit, seine Flüche und seine Freiheitssehnsucht gehören längst den Schaffenden dort — denen, die so viele Sprachen sprechen und die doch alle Brüder und Schwestern eines Volkes sind: des Volkes der Arbeit.

Welcher Nation gehört das Ruhrbecken? — Schon vor dem Kriege bestanden, aufgedeckt von Karl Liebknecht, enge Bande zwischen deutschem und französischem Rüstungskapital. Während des Krieges türmten die Schwerindustriellen des Rheinlandes den ungeheuren Bau aller jener Konzerne und Vertrustungen, die weit über die Grenzen reichen. Abgesehen von dem alles umschlingenden „Bruderhand" des internationalen Finanzkapitals hat Stinnes die Ableger seiner Unternehmungen während des Krieges von den Bajonetten der deutschen Feldgrauen in Belgien und in Luxemburg einpflanzen lassen. Die graue blauen Pathos von heute an der Ruhr gehen viel weniger radikal vor.

Das Ergebnis des Kohlenkrieges an der Ruhr wird nichts anderes sein, als die weitere Internationalisierung des Schwerkapitals, die weitere Verwischung der früheren nationalen Grenzen, als die immer stärker hervortretende Vaterlandslosigkeit des Kapitals!

Die Interessen der großen Industrie, sie sind heute nicht mehr den alten nationalen Grenzen entsprechend.

Deshalb hat Deutschland alle „Amputationen" des Versailler Vertages ertragen und verschmerzt. Schleswig ist abgelöst, der polnische Korridor ist nicht zu durchbrechen, Oberschlesien ist endgültig verloren, das Saargebiet und Lothringen ist beinahe vergessen.

Die Unternehmer am linken Rhein, mögen sie deutsch oder französisch sprechen, haben im Jahre 1919 ganz ernsthaft mit den Sonderbündlern gekokettiert — wenn die Geschäfte gehen — wer kümmert sich um das „Vaterland"!

Was soll das Wort des deutschen Reichskanzlers Cuno heißen, das er in Karlsruhe sprach: „Nie wird fremde Gewalt das trennen, was Rasse, Sprache und Kultur in harter Gemeinschaft zusammengeschmiedet hat!"

Längst ist allerhand auseinandergerissen. Längst hat die deutsche Karte jenes Gesicht, das der Versailler Vertrag ihr gegeben hat.

Der Vertrag von St. Germain hat Oesterreich in seine Bestandteile zerlegt und — schuf neue Willkür!

Nicht nach Sprachen oder Volksstämmen ist die neue Weltkarte aller dieser Verträge gestaltet worden, sondern nach den Appetiten derer, die nach dem großen Ausbluten des Weltkrieges noch atmen konnten.

So kamen diese Verträge zustande. Verträge zwischen Räubern; Verträge nach fürchterlichen Prügeln, bei denen Siegern und Besiegten die gleichen Kappen gehören.

Nun gehören zu dem neuen Groß-Serbien neun Völker; nun umschließt die Tschechoslowakei vier Millionen Deutsche; nun hat Rumänien sich vier Staaten einverleibt. Welches „Recht" spricht für die Grenzen Italiens — welches Recht für Polen?

Wir Kommunisten stellen uns zu dem Versailler Vertrag wie zu solchen Dokumenten, die sich betrunkene Raufbolde über den Tisch auf dem Degen überreichen.

Wir Kommunistinnen aller Länder, am Internationalen Frauentag für unsere Ideale und unsere Ziele demonstrierend, verwerfen den Versailler Vertrag, verwerfen und bekämpfen einen neuen Krieg der Ausbeuter.

Französische proletarische Frauen sind nicht reicher geworden durch den Sieg; deutsche proletarische Frauen, schaffend und schwitzend am deutschen Wiederaufbau, sind arm und hungernd geblieben.

Beide haben sie genug gelitten unter dem Schwert der Kapitalisten; beide sind sie satt des Mordens, das diese Verbrecher zwischen ihnen anstiften wollen.

Wir Kommunisten und Kommunistinnen wollen den Frieden! Aber den Weltfrieden der Arbeit! Geschaffen und befestigt auf der Tatsache, daß bereits die Arbeit, die Produktion international geworden ist, wird nur der Frieden in der Welt Bestand haben, der durch die Arbeiter geschaffen wird.

Das elende Werk des „Friedens", den die Kapitalisten geschaffen haben, liegt zertrümmert unter den Stiefeln der immer erneuerten Besatzungsarmeen, in allen Ländern, über die die neuen Verträge bestimmen.

Nieder mit diesen elenden Verträgen!

Nieder mit der ewigen Last und dem ewigen Spiel mit dem Kriege auf dem Rücken der Arbeiter!

Nie wird ein kapitalistischer Friede sein. Im Ruhrgebiet exerziert der alte Imperialismus seine Truppen, um einen neuen Weltkrieg zu schlagen, dann — wenn sie glauben, die Arbeiter wieder in dies neue blutige Abenteuer stürzen zu dürfen.

Sie werden sich um das Erdöl in Mossul schlagen sollen; sie werden sich um 10 oder 20 Prozent der oder jener Kapitalisten schlagen sollen.

Nie ruht die Raubgier, nie ruht die blutige Abenteuerlust der Kapitalisten. Nie hat Vernunft und Einsicht und „Verständigung" die kapitalistischen Appetite gezähmt.

Zuerst muß die kapitalistische Klasse und ihr Staat beseitigt sein, ehe die Arbeiter ihren Weltfrieden der Arbeit errichten.

Die proletarische Klasse schafft ihren Weltfrieden nicht mit hohlen Drohungen, wie der Friedenskongreß im Haag, veranstaltet von den Reformisten, tat.

Der Drohung dieses Kongresses mit dem Generalstreik hätte der Generalstreik aller Proletarier der beteiligten Länder folgen müssen, dann, als die Truppen in das Ruhrbecken einrückten.

Die proletarische Macht in diesen Ländern ist groß; und die Macht der Reformisten über die Proletarier in diesen Ländern ist groß!

Aber diese Macht muß in Bewegung gesetzt werden.

Man muß zum Kriege rüsten, wenn man den Frieden will!

Der Krieg ist unvermeidlich; er wird gesochten endlos und immer wiederkehrend um schmutzige Geldsackinteressen, oder er wird geschlagen für das heilige übermächtige Recht der großen schaffenden Masse der Menschheit, für das Recht der Proletarier.

Die Proletarier der ganzen Welt, Männer und Frauen, kennen keine räuberischen Profitinteressen. Ihr Interesse ist die Arbeit, ist die planmäßige Benutzung aller Schätze der Erde zur Wohlfahrt aller Schaffenden! Die Proletarier sind die Todfeinde des herrschenden Systems. Sie müssen sich dazu aufraffen, gegen diesen Todfeind in der Tat zu kämpfen.

Der Krieg der Arbeiter, der Bürgerkrieg gegen die herrschenden Klassen — er ist der Kehraus aller Kriege.

Auf jedem Boden muß dieser Krieg entbrennen. Ueberall wo Ausbeuter sitzen. Auch im Ruhrbecken!

Arm in Arm Blaugrau und Feldgrau — Hand in Hand schwarze Bergsklaven von Lothringen und Ruhr! Hand in Hand, Frauen und Mütter des Proletariats in Deutschland und Frankreich!

Schon ist diese Klassensolidarität kein Phantom mehr. Revolutionäre Proletarier in Frankreich stehen auf und legen ihr Veto ein gegen die Blutgier und die Kopflosigkeit der herrschenden französischen Imperialisten.

Revolutionäre Arbeiter Deutschlands protestieren im Ruhrgebiet gegen das [illegible]-kommunistische Geschrei der deutschen Nationalisten, die den Krieg wollen.

Dieser Krieg ist nicht möglich, denn auf beiden Seiten tun die Proletarier nicht mit. Und vor allem ist die Sympathie der proletarischen Frauen für ein neues Abenteuer nicht zu gewinnen. Ohne sie wird es nicht gehen; sie aber haben genug der blutigen Lektion.

Vermag aber in dieser hitzigen Atmosphäre der Kapitalismus hüben oder drüben seine Rosse nicht mehr zu zügeln, dann kann es für die Schaffenden nur einen Ruf geben:

Nieder mit dem Raubkrieg der Imperialisten!
Es lebe der Bürgerkrieg gegen die Ausbeuter!

Der Internationale Frauentag in Sowjetrußland.

Die Arbeiterinnen und Bäuerinnen Sowjetrußlands, die aktiv am Aufbau und an der Festigkeit Sowjetrußlands teilnehmen, verfolgen aufmerksam das Leben und den Kampf der Arbeiterinnen aller Länder.

Sie reagierten sofort auf die neue Kriegsgefahr, die der Welt droht infolge der Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich, und sie richteten an die Arbeiterinnen der ganzen Welt einen Aufruf, in dem aufgefordert wurde, die Bemühungen der gesamten Arbeiterklasse zu vereinigen in einer Einheitsfront gegen den Krieg, gegen die Herrschaft der Bourgeoisie. Auch am 8. März werden die Arbeiterinnen Rußlands dieser Kriegsgefahr eingedenk sein und werden an diesem Tage noch einmal die rückständigsten Arbeiterinnen daran erinnern an jene gemeinsamen tiefen Interessen, die die Arbeiter und Arbeiterinnen der ganzen Welt zu einer einheitlichen Familie vereinigen.

Daneben wissen die Arbeiterinnen Sowjetrußlands sehr wohl, daß sie sich in einer besonderen Lage befinden: in ihren Händen, in den Händen der Arbeiter und Arbeiterinnen Rußlands liegt die Staatsgewalt. In allen Ländern lauscht die Arbeiterklasse gespannt, was in unserem Lande geschieht, dem einzigen Lande der Diktatur des Proletariats. Daher gewinnt jeder Schritt vorwärts zur Organisierung der Arbeiterinnen der [illegible] S. F. S. R. zu ihrer Aufklärung, ihrer Beteiligung an dem politischen und wirtschaftlichen Leben des Landes eine große Bedeutung für die Arbeiterinnen und Arbeiter der anderen Länder, denn er stählt ihren Kampfeswillen zur Eroberung der politischen Macht.

Die Verzögerung der Revolution im Westen hält immer noch unser Land in kapitalistischer Umkreisung. Deshalb bestehen auch in unserem Lande zum Teil noch kapitalistische Verhältnisse mit allen ihren Auswirkungen, wie Arbeitslosigkeit und Prostitution. Obwohl beide Erscheinungen ihrem Umfange nach weit hinter denselben Erscheinungen in der kapitalistischen Welt stehen, so stehen die Arbeiterinnen Rußlands vor der ernsten Aufgabe, gegen diese Erscheinungen zu kämpfen. Während die Hebung der Produktivität der Arbeit in der ganzen Welt ein Anwachsen der kapitalistischen Profite und eine vermehrte Ausbeutung der Arbeiterschaft, eine Zunahme der Arbeitslosigkeit und anderer damit verbundenen Erscheinungen bedeutet, — bedeutet die Hebung der Arbeitsproduktivität in Rußland, wo der größte Teil (neun Zehntel) der Industrie in den Händen des proletarischen Staates liegt, eine Hebung unserer Produktion, eine Festigung und Ausdehnung der Industrie, die Einbeziehung der noch unbeschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, bedeutet eine Befriedigung der Bedürfnisse des bäuerlichen Rußland. Mit anderen Worten: die Hebung der Leistungsfähigkeit in den Staatsbetrieben Sowjetrußlands, die eine Abnahme der Arbeitslosigkeit zur Folge haben wird und neben anderen Maßnahmen eines der besten Mittel zur Bekämpfung der Prostitution ist.

Der Kampf gegen die wirtschaftliche Ungleichheit ist für die Arbeiterin Rußlands verbunden mit der Hebung der Leistungsfähigkeit, die die unumgängliche Notwendigkeit der tatsächlichen gleichen Arbeitsbezahlung für die Frauen und Männer bildet. Bis jetzt ist in vielen Betrieben die Frauenarbeit Aushilfsarbeit.

Aus diesem Grunde lautet eine Losung des Internationalen Frauentages in Rußland: Schulung der Frauenarbeit, Heranziehung der Arbeiterin in allen berufstechnischen Schulen, Lehrlingsschulen in den Betrieben und alle möglichen Abendkurse usw.

Der Kampf der Arbeiterinnen um die Steigerung der Arbeitsproduktivität, um die Hebung der Landwirtschaft, um die Verbesserung des Transportwesens und anderer Seiten unseres öffentlichen Wirkens hat, wie wir gesehen haben, in Sowjetrußland eine ganz andere Bedeutung als in den kapitalistischen Ländern. Namentlich diese Maßnahmen fördern in Sowjetrußland die Aufrichtung des Kommunismus. Die russische Arbeiterin, die Mutter der proletarischen Kinder, kann, insofern sie selbst an den Gewerkschaften, Genossenschaftsorganisationen, Staats- und Wirtschaftsorganisationen mitarbeitet, das Netz der Kinderheime, Kindergärten, Speisehallen, Klubs, Fliegstuben und anderer Institutionen im Interesse der Arbeiterinnen und Bäuerinnen ausbauen. So stellen wir am 8. März neben der Losung: technische Schulung, auch die Losung der Umgestaltung auf gesellschaftlicher Grundlage auf. Der Erfolg dieser Arbeit hängt aufs engste damit zusammen, inwieweit die Arbeiterinnen und Bäuerinnen aktiv in ihrer ganzen Masse an diesen gesellschaftlichen Organisationen mitarbeiten werden.

Am 8. März heben wir diese Aufgaben besonders hervor. So sehr auch diese ganze Arbeit beengt wird durch die kapitalistische Einkreisung durch den Kampf gegen die Folgen der Blockade und des Bürgerkrieges, die Folgen der Intervention und des Hungers, — so dehnt sich die Arbeit auf diesem Gebiete immer mehr aus, und die Arbeiterin Rußlands kann mit jedem Jahre an diesem internationalen Tage immer mehr Errungenschaften verzeichnen. Sie kann feststellen, daß die Arbeiterin noch niemals und nirgends gleich günstige Bedingungen für ihre geistige und politische Entwicklung hatte, für die Beteiligung an der Staatsverwaltung, daß noch nie so reiche Möglichkeiten vorhanden waren, das Gefühl internationaler Solidarität zu stärken und zu pflegen. Je besser diese Möglichkeiten ausgenutzt werden um so rascher wird auch die Arbeiterin in den anderen Ländern den Weg

des aktiven, politischen Kampfes beschreiten für die Entsklavung der Frauen und ihrer Einreihung in unsere gemeinsame proletarische Armee, in die Dritte Kommunistische Internationale.

Das allein gibt ungeachtet aller Opfer den Arbeiterinnen die Möglichkeit, mit jenem schlimmen Erbteil endgültig und für immer aufzuräumen, das bis jetzt noch die Arbeiterinnen aller Länder in eine ausnehmend schwere Lage versetzt.

Voller Zuversicht und Mut blicken die Arbeiterinnen Rußlands dem kommenden Frühling entgegen. Sie sind fest davon überzeugt, daß auch im Westen das Proletariat bald das rote Banner aufzurichten wissen wird. Und sie strecken den Arbeiterinnen der ganzen Welt Millionen Hände entgegen, Hände, die Not und Leiden kennen, die aber zu arbeiten, zu kämpfen und das Banner der proletarischen Revolution hochzuhalten verstehen. Der Hammer und die Sichel in diesen Händen sind das Symbol der Befreiung der Arbeiterklasse.

Frauensektion des Zentralkomitees der KPR.

Eine andere Okkupation.

Von L. Domski (Warschau).

Sie behaupteten, als Freunde zu kommen und nur ein Friedenswerk zu vollbringen. Sie kamen aber mit Bajonetten und Kanonen und zwangen die friedliche Bevölkerung in ein unerträgliches militärisches Joch. Sie sperrten das unglückliche Land von der Außenwelt ab, raubten und plünderten unter dem Mantel der „Requisitionen" Kohlen, Metall und andere Rohstoffe. Sie legten den Arbeitern die Hungerschlinge um die Kehle, sie häuften Gewalttat auf Gewalttat, Rechtsbruch auf Rechtsbruch.

Ob ich von der Ruhrbesetzung spreche? Ach nein, die Aehnlichkeit der Umstände hat Euch getäuscht. Ich erzähle nur von der Besetzung Polens durch die deutschen Heere.

Ihr müßt wissen, die Herren Ludendorff und Cuno, Ebert und Lerchenfeld waren nicht immer die heutigen Unschuldlämmer, die von fremden, beutegierigen Eroberern bedrängt werden und an die Gerechtigkeit und Barmherzigkeit der Welt appellieren.

Es gab einmal eine Zeit, wo sie die glänzende Gelegenheit hatten, ihre eigene Gerechtigkeit und Barmherzigkeit der erstaunten Welt zu offenbaren. Und sie haben es nicht anders getan als jetzt die Ruhreroberer. Wie edel und gerecht sind doch die Imperialisten immer, wenn sie auf dem Boden liegen und auf ihrem Rücken die fremde Peitsche fühlen. Wie wenig edel zeigen sie sich, wenn sie selbst die Knuten in der Hand haben!

Ich bin in der glücklichen Lage, nicht nach dem Ruhrrevier gehen zu brauchen, um zu wissen, was dort vorgeht. Ich lebte unter der deutschen Okkupation in Polen. Ich weiß, wie eine verlorene militärische Clique ein Land zu quälen vermag.

Die Degoutte und Konsorten umschmeicheln heute die Ruhrbergarbeiter. Sie geben vor, ihnen die Hilfe zum Kampfe gegen ihre Kapitalisten zu bringen. Edel sind ihre Absichten und honigsüß ihre Reden.

Ich habe diese Reden schon vor sechs Jahren gehört. Sie wurden deutsch gehalten.

Wie könnt Ihr nur — fragte mich der kaiserlich deutsche Polizeikommissar in Warschau — Ihr polnischen Sozialdemokraten*), gegen die deutschen Behörden agitieren? Wir haben Euch vom Zarismus befreit. Und das ist Eure Dankbarkeit?

Ich sagte ihm bescheiden, daß wir uns der Wortfreiheit zwar sehr freuen, aber sie auch ausnützen wollen. Das leuchtete ihm so weit ein, daß er mich später verhaften ließ. Ich hatte dann Gelegenheit, ein Jahr lang die Gefangenenlager in Deutschland zu studieren.

Sind die Polen sehr froh, daß sie von uns befreit worden sind? fragte mich im Herbst 1915 ein deutscher Spießbürger.

Er war sehr erstaunt, als ich ihm erklärte, daß die undankbaren Polen ihre „Befreier" zum Teufel wünschen. Dabei strich er sein Brot mit der Butter, die in Polen den hungrigen Kindern vom Mund wegrequiriert worden war.

Ebenso überrascht ist jetzt der französische Spießbürger, wenn man ihm die in den „befreiten" elsaß-lothringischen Gebieten herrschende Freude der Bevölkerung beschreibt.

Ludendorff, Hindenburg und Beseler haben uns, die Polen, damals „befreit". Sie nannten sich unsere Bundesgenossen. Sie bescherten uns das schöne Manifest vom 5. November 1916, das den Polen die „Unabhängigkeit" unter dem Schutz der beiden verbündeten Monarchen versprach. Und sie verlangten von uns eine Kleinigkeit. Wir sollten ihnen eine Armee zum Kampf gegen Rußland stellen.

„Polen hat versagt," sagte mir einmal vorwurfsvoll ein österreichischer Beamter. „Wir erwarteten, daß es einen Aufstand gegen die Russen macht. Die Polen haben uns enttäuscht."

Und die Führer der deutschen „großen Nation" schüttelten die Köpfe über das minderwertige polnische Volk. Sie behandelten die Polen mit Herablassung und Verachtung. Sie waren ja die Stärkeren. Der Warschauer Polizeimeister v. Glasenapp erließ Verordnungen mit hochfahrenden Phrasen: Ich befehle, ich verbiete. Der Lodzer Polizeimeister v. Oppen erklärte einer Bürgerabordnung, die mit Beschwerden kam: „Wir sind hier die Sieger!" Wie schämen jetzt dieselben Herren über die Frechheit der französischen Grande nation im Ruhrgebiet!

Es war eine schwere Zeit. Das Proletariat Polens hungerte noch schlimmer als seine Klassengenossen in Deutschland. Seine Führer wurden verhaftet und nach Deutschland abgeschoben. Und es kämpfte. Es kämpfte allein — gegen den deutschen Militarismus und gegen die polnische Bourgeoisie.

Denn die Bourgeoisie nutzte die Umstände aus. Ich spreche nicht von den polnischen Dortens und Smeets, von Pilsudski und seinen Freunden, die dem fremden Eroberer die Handlangerdienste leisteten. Ich spreche von der nationaldemokratischen, deutschfeindlichen Mehrheit der besitzenden Klassen. Diese versuchten, die nationale Einheitsfront gegn den „deutschen Imperialismus" zu bilden. Wir Kommunisten, die verhaßte extreme Partei des polnischen Sozialismus, wir sollten mit ihnen zusammenwirken.

„Glauben Sie mir, meine Herren", sagte zu uns einmal das Warschauer Magistratsmitglied Zawadzki, „wir Nationaldemokraten sind jetzt die revolutionärste unter allen polnischen Parteien. Natürlich mit Ausnahme Eurer Partei."

Aber die nationale Einheitsfront wurde sehr bald zersprengt durch den Klassenkampf. Und als die Warschauer Stadtarbeiter um Lohnaufbesserung streikten, zauderte der revolutionäre Herr Zawadzki nicht einen Augenblick, gegen sie die kaiserlich deutsche Polizei zu mobilisieren. Die nationale Einheitsfront fand in Polen bald ihre Ergänzung in der Einheitsfront der deutschen und polnischen Ausbeuter gegen die Arbeiterklasse. Die kommunistischen Arbeiter ließen sich mit der Einheitsparole natürlich auch nicht einen Tag lang täuschen.

Das polnische Proletariat sah sich nach anderen Verbündeten um. Es fand sie in den deutschen Proletariern. Jede revolutionäre Regung des deutschen Proletariats fand in Polen einen Widerhall. Bis endlich der 9. November kam. . .

Um diese Zeit blieb in Polen schon keine Spur von der „Befreiung". Wir durften keine Versammlungen mehr abhalten, ohne mit Waffengewalt auseinandergetrieben zu werden. Und doch erschienen am 10. November in den Straßen unsere Plakate: wir riefen die Arbeiter zur öffentlichen Versammlung. Die „Befreier" versuchten uns noch zu Paaren zu treiben. Sie schickten uns zwei Kompagnien mit vier Maschinengewehren, um die versammelten dreitausend Arbeiter zu zerstreuen.

Es war ein blödsinniger Versuch. Denn wir sagten den Soldaten:

„Genossen, Ihr werdet nicht schießen! In Berlin hat die Revolution gesiegt! Wilhelm ist nicht mehr da!"

Kein Schuß fiel und der wütende Offizier mußte unverrichteter Sache abziehen. Denn die Soldaten schüttelten uns die Hände, statt auf uns zu schießen.

* * *

Ja, ich brauche nicht nach dem Ruhrgebiet zu gehen, um zu wissen, was dort geschieht. Ich habe das alles schon einmal erlebt.

Und ich denke mir: die deutschen Arbeiter dürfen nicht verzagen. Sie haben mächtige Verbündete, wie wir sie hatten. Nicht in eigenem Lande, nicht in der eigenen Bourgeoisie, sondern außer den Landesgrenzen in den Arbeiterbezirken der ganzen Erde.

Und es wird eine Zeit kommen, da werden die Ruhrbergarbeiter den französischen Soldaten sagen:

— Brüder, ihr werdet nicht schießen! In Paris ist die soziale Revolution entbrannt. Eure Kapitalisten werden gestürzt!

Und sie werden sich — auf den Trümmern der kapitalistischen Herrschaft — die Hände reichen. i.

Gegen Klassenjustiz und Faschismus, für die Freilassung der politischen Gefangenen.

Als das Proletariat im Jahre 1918 die Waffen vor dem Feind streckte, als es die im Kampf errungene Machtposition der damals ohnmächtigen Bourgeoisie überließ, da geschah es im Namen der „Ruhe und Ordnung". Die sozialdemokratische Partei wollte das europäische Proletariat vor dem „Terror des Bolschewismus" bewahren.

Fast fünf Jahre sind seither vergangen, die friedliche Demokratie hat allen, die es nicht glauben wollten, ihr wahres Gesicht gezeigt. Fünf Jahre hindurch hat sie die „bolschewistische Gefahr" vom Proletariat mit den gewalttätigsten Mitteln fernzuhalten verstanden, und hat das Proletariat immer stärker in die Defensive gedrängt. Im Namen der friedfertigen Demokratie hat die Bourgeoisie ihre Unterdrückungskampagne begonnen. Der erste Schlag wurde in Deutschland geführt. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht fielen der bewaffneten Bourgeoisie zum Opfer. Die Leichtgläubigkeit des Proletariats hat sich hundert- und tausendfach gerächt. Da gibt es Teile in Deutschland, in denen keine Arbeiterfamilie lebt, die verschont wäre von den Schrecken der Weißen Justiz. Familienväter, Frauen, ja halbe Kinder schmachten in den deutschen Gefängnissen und sind wehrlos den Henkersknechten der deutschen Bourgeoisie ausgeliefert. Oft aus den nichtigsten Gründen wurden sie zu monatelanger Kerkerhaft verurteilt: Frauen, die in die revolutionären Kämpfe mit eingegriffen haben oder als Krankenschwestern Dienste geleistet, oder die das staatsgefährliche Verbrechen begingen, die Abtreibungsgesetze übertreten zu haben. Wieder andere sind in den Revolutionskämpfen von der sinnlosen Wut der Weißen Garden niedergemetzelt worden. Und all diese Mörder des Proletariats laufen frei herum, während Kommunisten noch seit den Märztagen eingekerkert sind! Heute werden offenkundig Weiße Garden unter der Führung eines Hitler mit dem Geld der Kapitalistenklasse bewaffnet, um gegen die Arbeiterschaft zu Felde zu ziehen. Der Menschenschlächter Ludendorff unternimmt Propagandareisen nach Oesterreich zur Gründung einer Deutsch-Oesterreichischen „antimarxistischen Arbeitsgemeinschaft", das heißt, einer Organisation zur vollständigen Niederknüppelung des Proletariats.

Die friedliche Demokratie! Sie ist im Verlauf der fünf Jahre klar und deutlich aufgetreten als das, was sie ist, als Gewaltherrschaft der Bourgeoisie!

Aber nicht allein auf Deutschland dürfen wir uns beschränken. „Ordnung herrscht nicht allein in Preußen", auch in den anderen Ländern steht die Bourgeoisie bewaffnet dem Proletariat gegenüber. Wo das Heer nicht genügend „zuverlässig" schien, wurden konterrevolutionäre Banden organisiert. Den Anfang damit haben die Horthy-Banditen in Ungarn gemacht und die italienischen Faschisten sind ihrem glorreichen Beispiel gefolgt. In beiden Ländern ist ihr Ziel erreicht. Die außerhalb jedes Gesetzes stehenden Banden haben das Staatsruder ergriffen und führen nun, von der Bourgeoisie bewaffnet und mit Geldmitteln unterstützt, mit allen Mitteln den Kampf gegen das Proletariat.

Und auch in allen anderen kapitalistischen Ländern wütet die Weiße Justiz und der Faschismus in ähnlicher Weise.

In Jugoslawien werden Frauen und Männer in der unbarmherzigsten Weise gefoltert; sie werden tagelang in die Rauchfänge eingesperrt, Eisenkeile werden ihnen unter die Nägel getrieben, nur um des Verbrechens willen, Kommunist zu sein.

In Polen genügt die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei, um dafür eingekerkert zu werden.

Die Immunität (Unverletzlichkeit) der Abgeordneten, die große Errungenschaft der Demokratie, ist überall aufgehoben. Als der französische kommunistische Abgeordnete Cachin gegen den imperialistischen Feldzug Frankreichs protestierte, da wurde seine Immunität für null und nichtig erklärt, und er sitzt heute im Gefängnis.

In der Tschechoslowakei liegt jetzt ein Gesetz zur Beratung vor, daß das Tragen von Vereinsabzeichen und das Singen von staatsgefährlichen Liedern verbietet.

Der wirtschaftlich unterhöhlte Kapitalismus kann sich nur durch den brutalsten Druck gegen das Proletariat am Leben halten.

Unter dem Deckmantel der bürgerlichen und friedlichen Demokratie, der gottgewollten Ordnung der Bourgeoisie, ist heute das Proletariat aller Länder unterdrückt und vergewaltigt!

Im Namen der proletarischen Diktatur, des Bolschewismus, hat das Proletariat in Rußland seine Macht zu behaupten verstanden.

Allerdings: auch dort ist die Gewalt nicht ausgeschaltet und kann nicht ausgeschaltet sein, solange es Klassen gibt, die sich gegenseitig bekämpfen. Aber erst, als der Kommunist Wolodarski von Gegnern der proletarischen Diktatur erschossen wurde, erst als ein Attentat auf Lenin ausgeübt wurde, erst in dem Augenblick setzte die proletarische Diktatur, der rote Terror, ein. Aber in Rußland richtet sich die Gewalt gegen die Feinde des Proletariats, die den kommunistischen Aufbau stören, sie richtet sich gegen die ungeheure Mehrheit der arbeitenden Menschheit.

Der Kommunistische Frauentag wendet sich an alle Frauen zum Kampf gegen die Faschistengefahr, zum Kampf für die Befreiung aller politischen Gefangenen, zum Kampf gegen die Klassenjustiz.

Nieder mit der bürgerlichen Gewaltspolitik!

Es lebe die proletarische Demokratie!

Ein Tag wird kommen! —

Ein Tag wird kommen, da wir aufrecht geh'n,
Da wir nicht mehr geduckt an den Maschinen steh'n.
Ein Tag, da schreiten wir im goldnen Morgenrot —
Ein wüster Traum, liegt hinter uns dann Qual und Not,
Und aller Augen leuchten klar und rein.
Was uns bedrückte: Hunger, Leid und Pein,
Versank in dunkler Vergangenheit,
Und jubelnd grüßen wir die neue Zeit.
Doch, Brüder, ach, noch ist es nicht soweit,
Noch drückt zu Boden uns die Dunkelheit,
Noch herrschen Mächte, die mit unserm Leben spielen,
Noch spannt der Geldmob uns in seine Sielen,
Noch sind wir arm, noch zagen tausend Herzen,
Doch Sturmwind kündet uns den nahen Märzen.
Und Kämpfer treten auf die Weltenbühne,
Sie fordern Freiheit, herrschen Sühne;
Sie werden das, was uns bedrückt, vernichten,
Die Macht ergreifen und dann strenge richten.
Und Rufer wecken uns aus Schlaf und Traum:
„Wacht auf! Der goldne Frühlingstag ist nah,
Und wenn Ihr alle mithelft, ist er da!"

Emil Szepansky.

---

*) Wir hießen damals noch Sozialdemokraten, wie Lenin und Liebknecht es noch hießen. Aber wir wirkten als Kommunisten und nahmen später diesen Namen auch an.

Internationales Mutter- und Kinderelend.

Der diesjährige internationale kommunistische Frauentag hat die Aufgabe, all die Verbrechen der kapitalistischen Gesellschaft am Proletariat zusammenzufassen, um zum Sammelruf für die verzagten, abseitsstehenden Frauenmassen und zum Mahnruf an die Frauen der 2. Internationale zu werden, geschlossen den Kampf aufzunehmen, um nicht völlig in den Abgrund zu versinken.

Immer deutlicher zeigt sich der Zusammenbruch des internationalen Kapitalismus, immer furchtbarer gestalten sich die Folgen, besonders für die Frauen und Kinder des Proletariats. Die Gesundheit und Kraft der Mütter, als Träger des künftigen Geschlechts, bricht zusammen. Schwach und krank kommen die Kinder zur Welt, um bald wieder in Massengräber gelegt zu werden, oder infolge Rachitis und Tuberkulose siech und verkrüppelt heranzuwachsen, ohne Freuden, von früh schon an im Kampfe um das Stückchen Brot stehend.

Die deutsche Regierung, in der auch Sozialdemokraten sitzen, die damit nichts weiter als den Haß gegen Frankreich schüren, und das Mitleid des Auslandes erwecken will, kann es wagen, einen Etat vorzulegen, in dem für Unterstützung der Rennvereine 110 Millionen, für Kosten des staatlichen Rennbetriebes 1 Million, für Neubau eines Boxenstalles und einer Reitbahn 5 Millionen, für den Abwickelungsfonds der preußischen Hofverwaltung 300 Millionen, für polizeiliche Zwecke 35 Milliarden, für kirchliche Zwecke über 770 Millionen, dagegen für Bekämpfung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit nur 5 Millionen, für Bekämpfung der Tuberkulose 10 Millionen, für gesundheitliche Fürsorge in Schulen ganze 3 Millionen und für Unterstützung des Hebammenwesens nur 25 Millionen enthalten sind.

Schwangere Frauen wissen nicht, womit sie sich selbst, viel weniger das zu erwartende Kind bekleiden sollen. In einer Beratungsstelle im Norden Berlins meldete sich eine Frau, die mit dem dritten Kind schwanger war, nur bekleidet mit Bluse und Rock, ohne Unterwäsche. In der Universitäts-Frauenklinik in Berlin liegen die Wöchnerinnen auf Pritschen, oder nur auf Matratzen im Raume zu 9, wo früher nur 5 Betten standen. Die preußische Regierung aber sorgt für Boxenställe und Reitbahn. In ganz Preußen ist die Zahl der Entbindungsanstalten von 1917—1920 zurückgegangen von 79 auf 77, die Zahl der Betten von 3553 auf 3452. Die Entbindungen in diesen Anstalten aber sind von 34458 auf 55852 gestiegen. Nach sechs Tagen müssen die Wöchnerinnen die Anstalt verlassen, oft ohne zu wissen wohin mit dem Kinde. Von den wenigen Säuglingsheimen, die bestanden, sind ¹/₆ in letzter Zeit geschlossen, ebenso die Hälfte der Kinderhorte. Im Berliner Waisenhaus liegen die Kinder zum Teil zu dreien in einem Bett, Pflegestellen sind bei den niedrigen Pflegesätzen nicht zu haben. Die hohen Milchpreise machen es den Müttern schon unmöglich, die notwendige Nahrung des Kindes zu beschaffen. Die Säuglinge verhungern nicht allein, weil die Mütter die Milch nicht kaufen können, sondern weil sie verdünnt, entrahmt und verschmutzt in die Städte kommt.

Die Ueberlebenden aber, die Klein- und Schulkinder, nach den amtlichen Zahlen zu 50 v. H. tuberkulös, 80—90 v. H. unterernährt, sind mit ihren qualvollen Leiden, mit ihren schwachen, verkrüppelten Körpern, ihren unschuldigen Bitten um Brot und Milch eine furchtbare Anklage an die heutige Gesellschaft, sie müssen für die Mütter eine tägliche Mahnung zum Kampfe gegen das kindermordende kapitalistische System sein.

Denn genau so, wie die deutschen Mütter, leiden die Mütter der übrigen kapitalistischen Staaten, auch der „Sieger“-staaten.

Aus England kommen Nachrichten über Zunahme der Säuglingssterblichkeit. Gratislieferungen und Zuschüsse für Milch an Kinder, Schwangere und Wöchnerinnen sollen eingestellt werden. Im Juli 1922 fand in Whithaven eine Protestversammlung statt gegen die Bestrafung von Eltern, die ihre Kinder nicht in die Schule schicken konnten, weil sie keine Kleider hatten. Es wurde festgestellt, daß die betreffenden Eltern in 21 Monaten nur 10 Tage Arbeit gehabt hätten.

Kinder im schulpflichtigen Alter werden trotz Verbot bei allen möglichen Arbeiten angetroffen, um einige Schillinge zu dem Einkommen der Familie mitzuverdienen.

In Frankreich ist ein Steigen der Sterblichkeitsziffer von 348324 im ersten Halbjahr 1921 auf 387681 im gleichen Zeitraum 1922 zu verzeichnen. Die Geburtenzahl, die vor dem Kriege, wie auch bei uns, erheblich anstieg, geht wieder dauernd zurück.

Aus Amerika meldet die „New Yorker Volkszeitung“ vom 5. Oktober 1922 furchtbare Zahlen über Kinderausbeutung und Kinderelend. In Kohlenbergwerken wurden 529 Knaben unter 14 Jahren, also schulpflichtige, beschäftigt, davon arbeiten 299 volle Zeit, 93 v. H. sogar in den Minen oder in deren Umgebung. 137 Knaben unter 16 Jahren waren unterirdisch beschäftigt. Von 978 13—16 Jahre alten Knaben erlitten 178 Unfälle. Die Kindersterblichkeit ist enorm. Kinderschutzbestimmungen sind vor einiger Zeit aufgehoben. Eine industrielle Zeitung „Fibre and Fabric“ schrieb am 31. August 1918: Den Kindern die Arbeit zu verbieten, das ginge zu weit, denn dann würden die Knaben Verbrecher und die Mädchen Prostituierte.

In Bulgarien besteht ein Kinderschutzgesetz seit 1905, aber nur auf dem Papier. Es werden trotz Verbot Kinder von 8 Jahren an in Tabak- und Textilfabriken beschäftigt bis zu 12 Stunden täglich.

Auch aus Australien wird zunehmende Verelendung und Kindersterblichkeit gemeldet.

Die Lage der Mütter und Kinder in Oesterreich ist gleich der in Deutschland. In Berlin hat jedes zweite Kind nach Professor His kein Hemd, jedes sechste Kind weder Mantel noch Schuhe, aus Oesterreich kommen ähnliche Veröffentlichungen.

Was aber sagt uns dieses Bild des internationalen Mutter- und Kinderelends? Im Kapitalismus, ganz gleich wo und in welcher Form er auftritt, liegen die Ursachen. Nur in dem einzigen Land, in dem die Arbeiter und Bauern die Macht in Händen haben, in Sowjet-Rußland, ist die Sorge um Mutter und Kind höchste Staatsaufgabe. Während in allen kapitalistischen Ländern die Verelendung rasend vorwärts schreitet, sehen wir in Rußland trotz aller Schwierigkeiten eine Aufwärtsbewegung aller Fürsorgeeinrichtungen. Am internationalen kommunistischen Frauentag werden in allen Ländern Forderungen nach umfassendem Mutter- und Kinderschutz erhoben werden als Mahnung an die herrschenden Klassen, aber in klarer Erkenntnis, daß zu ihrer Durchführung das Proletariat die politische Macht erobern muß.

M. Arendsee.

Die Teuerung.

„Der Dollar fällt, nun wird bald alles wieder billiger!“ so schreiben alle Blätter der Bourgeoisie, namentlich jene, die die Arbeiter in Nebel einhüllen wollen.

„Der Dollar fällt, nun wird bald alles billiger!“ so denken viele Arbeiterfrauen, wenn sie vor den Fensterscheiben der Schlächterläden stehen, oder in den Markthallen sich müde laufen, um irgendwelche Lebensmittel um ein paar Mark billiger zu finden.

Der Dollar ist gefallen. Jawohl. Um mehr als 60 Prozent. Man bezahlte am 31. Januar 51 000 Mark für ihn, am 19. Februar 20 000 Mark.

Aber mit den Preisen geschah ein großes Wunder: Jede von uns hat es am eigenen Leib erfahren, nur zur Erinnerung einige Zahlen. Es kostet:

Waren	Preise		Steigerung	
	31. 1.	19. 2.	vom 31. 1. bis 19. 2.	am 19. 2. gegen Vorkriegszeit
1 Dollar	51 000	20 000	gefallen um 60%	4761-fache
1 Pfd. Butter . .	4 900	6 200	gestiegen um 26 %	5667 „
1 „ Margarine	3 100	4 000	29%	8000 „
1 „ Rindfleisch	2 700	3 400	26%	3400 „
1 „ Schweinefl.	4 200	4 800	14%	4800 „
1 „ Schmalz .	5 000	4 300	gefallen 14%	5375 „
1 „ Blutwurst	3 000	4 400	gestiegen 41%	4400 „
1 Ei	320	320	—	8000 „
1 Pfd. Kartoffeln	24	90	275%	3000 „
1 „ Erbsen . .	650	1 300	100%	5200 „
1 „ Nudeln . .	600	1 300	115%	5200 „

Aus dieser kleinen Zusammenstellung sieht man, daß mit Ausnahme einiger weniger Produkte sämtliche anderen Waren ohne jeden ersichtlichen Grund im Februar gestiegen sind. Nur Schweineschmalz, das tatsächlich aus Amerika kommt, ist im Preis gefallen, Eier, die einen außergewöhnlich hohen Preis bereits erreicht hatten, sind wenigstens nicht gestiegen.

„Der Dollar fällt, nun wird alles wieder billiger!“ sagen auch die deutschen Industriellen — und setzen ihre Preise nach Herzenslust herauf, so die Porzellansyndikate um 50 Prozent, das Zementsyndikat um 100 Prozent, der Siegerländer Eisensteinverein um 150 Prozent. Manche setzen sie zwar scheinheilig herunter, aber nur nachdem sie die Preise kurz vorher noch um beträchtliche Summen gesteigert haben. So der Roheisen-Verband um ganze 1 Prozent, der Stabeisenverband um 11 Prozent. Einige Beispiele mögen auch zeigen, wie bei einer Dollarsteigerung gegen die Vorkriegszeit auf das 4761fache die industriellen Produkte weit überholt haben. Kohle auf das 11 000 bis 12 000fache; Erz auf das 18 000fache; Roheisen auf das 10 000- bis 12 000fache; Stabeisen auf das 13 500fache.

„Der Dollar fällt, nun wird alles wieder billiger!“ — so sagen die Industriellen, wenn sie sich in die Lohnverhandlungen setzen wollen, und verweigern die Erhöhung der Löhne, jener Löhne, die erst ein Zehntel der industriellen Preissteigerung erreicht haben. Denn während alle Waren, gleichgültig, ob Inlands- oder Auslandsherkunft, sich mit dem Dollar bewegen, ist eine Ware nur um einen geringen Bruchteil dieser Steigerung gestiegen: die Ware Arbeitskraft. Der Proletarier erhält heute nur etwa das 1100fache seines Vorkriegslohns, d. h. nachdem alle wichtigen Lebensmittel auf das durchschnittlich 5- bis 6000fache gestiegen sind, daß er heute nur noch ein Fünftel an Lebensmitteln kaufen kann, als vor dem Kriege.

Was dies bedeutet, ist bekannt: Man braucht nur die Statistiken über die Zunahme der Tuberkulose zu lesen, man braucht sich nur selbst im Spiegel zu betrachten oder seinen Nachbar oder seine Nachbarin anzusehen, wie alle hohlwangig und dürr geworden sind.

Der Proletarier ist stets der Leidtragende, stets der Geschundene, ob nun der Dollar steigt oder ob er fällt.

Hier gilt es nur noch eines: sich Fetzen aus der Haut schneiden zu lassen oder sich zu wehren. Ständig Bedrückter zu sein oder sich aufzubäumen, Amboß zu sein oder Hammer zu werden.

Wir sind der Meinung, daß der Proletarier schon zu lange Amboß war. Wir glauben, daß er nun endlich bald einmal Hammer werden muß.

„Der Dollar fällt, nun wird alles wieder billiger!“ Nicht länger darf diese Redensart mehr Redensart bleiben. Sie muß in die Tat umgesetzt werden, sie muß es auch, wenn der Dollar wieder steigt. Die Waren müssen wieder billiger werden, darum schließt Euch zusammen, überwacht die Preise, bildet Kontrollausschüsse gegen den Lebensmittelwucher. „Vereinigt, werden auch die Schwachen mächtig.“ Darum schließt Euch alle zusammen!

Die französischen Frauen und die Ruhrbesetzung.

Die französischen Frauen, die Arbeiterinnen, Bäuerinnen und Kleinbürgerinnen scheinen die schreckliche Drohung, die durch die Besetzung des Ruhrgebiets über ganz Europa verhängt wurde, noch wenig zu verstehen; das ist traurig, aber es ist so.

Nach dem Willen des bürgerlichen Parlaments der reaktionärsten Republik „dürfen die französischen Frauen sich nicht mit der Politik“ beschäftigen. Sie hätten auch wenig Zeit dazu, die Aermsten. Das Tagewerk einer Fabrikarbeiterin beginnt morgens um 6 oder um 7 Uhr. Ehe sie fortgeht, hat sie schon im Haushalt zu tun und die Suppe für die Kinder zu kochen, die zur Schule müssen. Dann weckt sie die Größeren, damit die wieder die Kleinen waschen, anziehen und in die Spielschule bringen.

Die Mutter überläßt die Kinder sich selbst und eilt mit ihren Gefährtinnen in die Fabrik, wo sie den Tag über für den Profit des Kapitalisten schwitzen muß. Abends um 6 Uhr kommt sie heim, und gleichzeitig sind auch die Kleinen aus dem Kinderhort zurück. In der engen Kammer zündet sie Feuer an und putzt das Gemüse für das Mittagbrot, während die Kinder sich um sie herumdrängen. Einige sagen ihre Aufgaben her, wobei sie sich die Ohren zuhalten, ein paar andere spielen und streiten sich herum. Uebermüdet und erschöpft teilt die Mutter ein paar Ohrfeigen aus, um wenigstens etwas Ruhe zu haben, und verrichtet in aller Hast noch einige häusliche Arbeiten. Nach dem Abendbrot werden die Kinder zu Bett gebracht; dem einen muß man erst noch das Bett aufstellen, dem andern eine Matratze auf der Erde herrichten, und so geht das weiter. Schließlich hat sie noch eine zerrissene Hose zu flicken, einen Knopf festzunähen und eine Schürze zu waschen. . . Wo soll eine Frau wie diese Arbeiterin die Zeit hernehmen, um sich mit der Besetzung des Ruhrgebiets zu beschäftigen? Sie läßt den Dingen ihren Lauf, ist weder für noch gegen und versteht nichts von alledem.

Weniger mit Arbeit überladen, aber doch noch immer vollauf beschäftigt, hat auch die Bäuerin wenig Zeit zum Lesen. Sie führt den Haushalt und geht mit auf das Feld. Ihr müßte man die Dinge in einfachen Worten erklären, dann würde sie vielleicht denken. Jetzt spürt sie nur manchmal eine ganz instinktive Empörung. Wenn ihr das Leben zu schwer wird, dann wird sie anfangen zu murren. Während des Krieges haben die Bäuerinnen mehrerer Dörfer, die die Arbeit ihrer Männer und Söhne im Pfluge verrichteten, eines schönen Tages all ihre Ackergeräte auf den Marktplatz gefahren und erklärt, daß sie das Land nicht mehr bestellen würden, wenn man ihnen und ihren Kindern das Brot zu sehr rationieren würde.

Wenn die gegenwärtige Drohung zur furchtbaren Tatsache werden würde und der kapitalistische Krieg ausbricht, dann würden auch Bäuerinnen, aufgerüttelt von diesem großen Verbrechen, ihre Stimmen erheben. Aber ob es viele sein werden, wer könnte das behaupten?

Die Kleinbürgerin — „die gute Hausfrau“ — das Ideal der französischen Ehemänner, liest wenig und schlecht. Sie ist die begeisterte Abonnentin des „Petit Parisien“ und des „Matin“, und jede phantastische Nachricht findet in ihrem armen Schädel Eingang.

Für ihre Hausschneiderei kauft sie die stumpfsinnigen bürgerlichen Modeblätter und vollendet damit ihre geistige Unfruchtbarkeit. Man hat in ihrem armen Kopf ganz fest die Ansicht eingehämmert, daß es für eine Frau keine anderen Interessen geben dürfte als den Haushalt und Kindererziehung.

Mit dem sehr mäßigen Gehalt ihres Mannes vollführt sie wahre Wunder, aber sie bleibt dabei kleinlich, beschränkt

und unfähig, etwas anderes zu begreifen als die Art, wie man einen neuen Hosenboden einsetzt oder einen Hut garniert.

Sie nimmt alle Lügennachrichten der bürgerlichen Presse in sich auf und gibt sie wieder von sich in einer so unglaublich dummen Art, daß man kaum den Versuch machen kann, sie zu widerlegen.

So steht es heute um die Masse der Frauen.
Was würde es nützen, wollte man die Wahrheit verschleiern?

*

Müssen wir angesichts dieser Tatsachen verzweifeln? Nein! Neben der unbeweglichen und geistig leblosen Masse der Frauen gibt es eine kleine Schar von Kämpferinnen, die sich in der Kommunistischen Partei oder in den Gewerkschaften sammeln. Sie scheinen fast verloren in der riesigen Masse der Unwissenden und Indifferenten. Aber doch werden sie die Scharen der Frauen auf den Weg des Kampfes führen.

Sie werden es auf sich nehmen, ihren Arbeitskolleginnen zu sagen: Seht! Wie geht es Euch seit dem sogenannten Siege. Für Eure Wohnungen, die noch schlechter geworden sind nach dem Kriege, zahlt Ihr den profitgierigen kapitalistischen Eigentümern den vier- oder fünffachen Preis. Wer ist also in Wirklichkeit Sieger? Ihr oder Euer Hausbesitzer? Und sie werden der Arbeiterin weiter sagen: Seit dem Einmarsch ins Ruhrgebiet ist das schon so schwere Leben härter geworden. Zucker, Fett, Kaffee und alles übrige steigt im Preise. Wirklich, jeden neuen Tag mußt Du entweder viel mehr ausgeben oder den Verbrauch Deiner Familie einschränken. Man sagt Dir, daß man Deutschland zum Zahlen zwingen muß. Wer zahlt denn heute? Nämlich Du, Arbeiterin, gerade so wie an der anderen Seite des Rheins andere Arbeiter zahlen. Dein Arbeitgeber, der Dich mit Kot bespritzt, wenn er mit seinem neuen Auto an Dir vorbeisaust, feilscht mit Dir um deinen Arbeitslohn und verlangt, daß Du ihm mehr und mehr Deiner Zeit für den geringsten Lohn geben sollst. Wer ist also Sieger? Du oder der Händler, der Dich beinahe auffrißt und der Arbeitgeber, der Dich ausbeutet? Die Kämpferinnen in der Kommunistischen Partei und den Gewerkschaften werden auch den Frauen der zerstörten Gebiete die schändlichen Schiebungen mit den Reparationszahlungen ins Gedächtnis zurückrufen können. Sie werden sie daran erinnern, wie man mit ihnen, den einfachen Arbeiterinnen gehandelt und gefeilscht hat um eine Matratze, um ein paar Wäschestücke und die billigsten Forderungen gekürzt hat, während z. B. ein großes Café in Lille nach dem Kriege vollkommen entschädigt wurde, und da es als industrielles Unternehmen gerechnet wurde, 200 000 Franken aus dem Reparationskonto erhielt, und dies nur, weil der Eigentümer des Cafés mit einem reichen und mächtigen Spielhausbesitzer des Nordens verbündet war.

Daran wird auch die gleichgültigste Frau begreifen, daß es nicht zwei einander feindliche Nationen gibt, sondern daß es zwei Klassen in jedem Lande gibt, und daß in jedem Lande die Früchte des Sieges von der Räuberklasse eingeheimst werden.

Diese kleine Gruppe von Kämpferinnen in der Arbeiterklasse muß es auch fertig bringen, unter den Ausgebeuteten der Werkstätten, der Büros und auf dem Lande die Erkenntnis zu verbreiten, welch ungeheure Torheit für das Proletariat jeder andere Krieg als der Klassenkrieg bedeuten würde.

Zweifellos wird der Kampf schwer sein, die Gegner sind mächtig und ihre Waffen sind furchtbar. Aber die Tatsachen werden den proletarischen Kämpferinnen helfen. Mit aller Kraft, deren sie fähig sind, werden sie es ihren Freundinnen, den Verwandten und Schwestern, den Arbeiterinnen, der Bäuerinnen, den Hausfrauen Frankreichs in die Ohren schreien, daß ihre Verbündeten, die Arbeiterinnen, die Bäuerinnen und die Hausfrauen Deutschlands, Oesterreichs und der ganzen Welt sind, und daß der gemeinsame Feind aller Arbeiter und aller Arbeiterinnen einzig und allein der Kapitalismus ist, in welche Farben er auch immer sich kleiden möge. Marthe Bigot, Paris.

Vier Jahre Krieg.

Vier Jahr war Krieg! Noch bluten tausend Wunden,
Noch ist nicht aufgebaut, was man zerstört.
Am Boden liegt das Volk, zerfetzt, zerschunden,
Und schon wird neuer Kriegesruf gehört:
„Hinaus die Feinde! Die Franzosen nieder!
Zur nationalen Abwehrfront vereint!"
Derselbe Ruf wie Anno 14 wieder.
Volk, sieh' Dich diesmal vor! Wo steht Dein Feind?
Du folgtest ihren schwarz-weiß-roten Fahnen,
Trugst Deine Haut zu Markt — was ist Dein Lohn?
Die Krüppel sitzen bettelnd an der Straße —
Der Dank des Vaterlandes — der Reichen Hohn!
Rachitisch, skrophulös sind Deine Kleinen,
Denn Dein Verdienst reicht kaum für trocknes Brot.
Wenn Du statt acht — zehn Stunden würdest schuften,
Glaub' nicht, daß dann gelindert Deine Not.
Der Dollar steigt — Dein Lohn sinkt immer weiter,
Du hungerst, darbst, indes der Reichtum praßt.
Zahlst Steuern, die dem Kapital gestundet,
Auf Deine Schultern packt man alle Last.
Und wieder solltest Du Gefolgschaft leisten
Den Tönen, die man lockend zu Dir spricht,
Für ihren Geldsack Leib und Leben wagen?
Besinne Dich, Prolet, das wirst Du nicht!
Wohl wirst Du kämpfen — nicht für fremde Rechte,
Für Deine, die man frech Dir vorenthält,
Für Deinen Unterhalt, den Deiner Kinder,
Für eine bessere, eine freie Welt.
Her mit dem Gut, das unsre Hand geschaffen,
Mit Kleidern, Brot, mit Wärme und mit Licht!
Dafür erheben freudig wir die Waffen,
Und unser Krieg ist unsre Zuversicht.

Marg. Szepansky.

Die heldenhaften Mädel.

(Aus der Denikinzeit in der Ukraine.)

Sie wurden unter derben Späßchen in die Spitzelabteilung gebracht. Man stieß sie in die Zelle. „Sitzt, wir werden Euch rufen".

Rosige, blühende Gesichtchen sahen aus den bunten Kopftüchern heraus, rote Lippen lächelten; sie lachten. „Wir sitzen zusammen." Aber gleichzeitig drang bittres Angstgefühl ins Herz, sie erzitterten, die Wimpern senkten sich.

„Au, au, Mädels, wat wird nu mit uns werden?"
„Gar nichts wird sein, sit still."

Gut gewachsen ist Marynka aus Hniliza. Der Zopf geht bis zum Gürtel. Lustig und fesch blicken die Augen. Sie beugt sich zu den Freundinnen und flüstert ihnen heiß zu: „Det ihr bloß schweigen tut, ihr dürft jarnischt sagen, über Metrenko — keen Wort. Wenn se fragen, sagt, det Ihr jahrnischt wißt, hechstens kennt Ihr eenen von de Toten."

Die Mädels drängten sich zusammen, steckten die Köpfe zusammen, die bunten Kopftücher berührten sich.

Eine seufzte hastig: „Ich hab Angst. Es heißt, sie werden uns mit den Ladestöcken hauen".

Zornig blitzten Marynkas Augen: „Jarnischt wird sinn, bis de tot bist, die machen Euch Mädel bloß bange; halt Euch grade".

Das Schloß klirrte.

Der Wachthabende steckte den Kopf herein. Der Schnurrbart wie eine Bürste, die Augen rund wie bei einer Eule.

„Na, Fräuleins, kommen Sie mal."

Er kam näher.

Scheuwärts gingen die erschrockenen Mädels zur Tür. Marynka schweigt. Ja, stolz blicken die Augen.

„Kuck nur", flüstert die blauäugige Maruschka, „die Ladestöcke haben sie schon zurecht gelegt".

„Sie werden hauen".

Stürmisch klopft das Herz, die Beine versagen den Dienst, wie Blitze zucken die Gedankenfetzen auf . . . Wo bist Du geliebtes Hniliza? Grüne Weiden, alte Mutter, oh ich habe Angst, das Herz zieht's mir zusammen. Wo bist Du, lieber Hrizjko, mit den schwarzen Brauen?

Sie werden aufgeweckt.

„Woher sind Sie, wie heißen Sie?"

„Von Hniliza."

„Weshalb seid Ihr verhaftet?"

„Woher sollen wir det wissen? Wir sind mit den Burschen gegangen."

„Mit wem? Mit den Bolschewiken seid Ihr gegangen?"

„Was ist denn dabei, wir sind auch mit den Petluras gegangen, es sind doch auch unsere Burschen."

Marynka hat so geantwortet. Sie blickt mit ihren klaren heißen Augen.

„Stille!" er schreit laut und ist selber so ein schmächtiges Kerlchen, die Knöpfe glänzen, am Aermel hat er eine weiße Borte. Ein Offizier.

„Du sollst reden." Er zeigt auf Marynka.

„Bloß sag alles! Wenn Du's nicht sagst, werd' ich Dich sowieso totpe tschen. Wie heißen Eure Kerle? Sie verstecken sich hier. Rede! Los!"

„Ich weiß garnichts, die sind alle mit den Bolschewiken gegangen." Er schlägt mit dem Ladestock auf den Tisch. Die Augen rollen, er ist rot.

„Ich peitsch Dich tot! Rede!"

Aengstlich schauen die gespannten Augen, sie drängen sich näher zusammen. Es wogen die we ßen Hemden.

„Nacaa!"

Die Mädels schweigen, sie atmen schwer.

„Naaa!" Eins — Der Ladestock pfiff und verbrannte Marynkas Hand. Sie sprang fort, die Zähne zusammengebissen: wenn die Andern nur nichts verraten. Wie ein Sturm fliegen die Gedanken im blonden Köpfchen. Schrecklich — zwei! Der Ladestock schneidet in den Rücken. Es tut weh . . . . schwer ist's.

„Wer war ein Bolschewik? Sag's!"

Es weinen die Mädels, wischen sich mit den Tuchenden die Träne von den verblaßten Gesichtern. Sie tut ihnen so leid. Die Minuten laufen schnell, schnell. Wieder ein Schrei! Brennender Schrei. Das Licht schwankt rot. Wann wird dieser schreckliche Tag zu Ende sein? Die Mädels drängen sich dicht aneinander, atmen heiß. . . .

„Ich sag's zum letzten Male! Ich schlag Dich tot! Wie heißen sie?" Marynka hebt das Haupt: „Schlagen Sie nicht, ich sag's."

Die Hand senkt sich, wie Nägel bohren sich die Augen ein. Er packte das Papier.

„Na?"

„Iljoschka Trazzaja."

„Bolschewik oder Kommunist?"

„Bolschewik."

„Wo ist er?"

Kalt blicken Marynkas Augen. Sie läßt unwillig fallen: „Der ist schon längst totgeschlagen."

„He du."

Die Augen werden klein. Er legte den Ladestock weg, änderte sein Benehmen. „Na, was wollt Ihr Mädels? Sagt's doch ordentlich, ich laß Euch dann nach Haus, sie sind Aufrührer und Ihr seid gute Mädels, weshalb seid ihr so hartnäckig?" Er kam heran und nahm sie bei der Hand. „Sagts, ich laß Euch los." „Wie 'n Frosch hüpft er", denkt Marynka. So ein Teufel, wie der sich verstellen kann. Sie rückte ab und schüttelte die Hand.

„Laßt uns nach Hause. Was wissen wir denn? Wir sind mit unsern Burschen gegangen, mit den Petluras sind wir auch gegangen, aus einem Dorf sind wir. 's sind doch unsere Burschen, sind doch unsere!" Und hinten seufzen die Freundinnen, schwer und stoßweise.

Er setzte sich an den Tisch, senkte müde die Hand.

Warf irgendwohin an die Tür: „Führt sie weg". Sie gingen.

Werden sie uns loslassen? Die Herzen pochen so.

„Marynka, hast Du große Schmerzen?" „Ach was, wehre Marynka ab. „Habt Ihr gesehen, was für ein Popanz am Tische saß?"

Pfoten, Klauen wie bei 'n Hund
Und wie so 'n Ochse bunt . . .

„Müde bin ich, Mädels . . . Legt Euch hin."

Sie können nicht schlafen. Sie seufzen, weinen, lachen.

Es zucken die Schultern unter den gestickten Hemden. Was für ein Schlaf!

Wo ist das geliebte Hniliza? Die schlanken Weiden, die Quelle, die am Berge klingt? Wo bist Du, ja, trefflicher Kosak mit dem schwarzen Brauen? Vielleicht daß Deine Knochen vom Regen benetzt, während Deine graue Mütze so ein Kalerlak angezogen hat?! Marynka wurde nachdenklich.

Es klirrt das Schloß, die Tür geht auf.

„Kommt heraus, Mädels. Entlassen."

Es lächelt ein weißliches Gesicht, er tritt von einem Fuß auf den andern, Er sieht auf Marynka, lacht. . . .

„Heldenhafte Mädeln." Alexejewa.

Die Kommunistinnen an der Arbeit.

Es steckt viel Hingabe und Aufopferung in der Arbeit der Kommunistinnen für die Bewegung. Denn viel schwerer fällt es ihnen als den Männern, im Hasten und Treiben ihrer Berufs- und Hausarbeit sich die Muße für die Parteiarbeit abzuringen. Und dabei haben sie oft noch persönliche Widerstände zu überwinden, sich durchzusetzen gegen den Willen ihrer Männer, die manchmal trotz kommunistischer Parteimitgliedschaft von ihrer kleinbürgerlichen Einstellung des Heim-ins-Hause-Standpunkts nicht abkommen können. Aber die Begeisterung für unsere Sache läßt sie all diese Schwierigkeiten überwinden, da sie das leuchtende Ziel vor sich setzen, mit dem Siege unserer Bewegung auch ihre kleinen häuslichen Fragen einer Lösung zuzuführen.

Brav und treu haben die Kommunistinnen ihre Pflicht in der Partei erfüllt, die kleinen ermüdenden Parteiarbeiten ausgeführt und sich in steigendem Maße an den Versammlungen, Demonstrationen, Konferenzen, Kursen der Partei beteiligt, Schritt für Schritt sich die Anerkennung und Wertschätzung der Parteigenossen errungen. Nicht selten übertrafen sie in Parteiaktionen, die ihrer gefühlsmäßigen Einstellung besser lagen, an Rührigkeit und Initiative die Genossen. Bei der Hungerhilfe für Sowjetrußland lagen die Sammlungen von Geld- und Kleidungsstücken, die Anfertigung von Wäsche usw. in den sogenannten kommunistischen Nähstuben, die Einrichtung und Organisation des Liebknecht-Luxemburg-Heims in Tschetjabinsk und die Propaganda in den Lichtbildervorträgen, in der Presse und in den Versammlungen größtenteils in den Händen der Genossinnen. Auch der Kampf für die Befreiung der politischen Gefangenen, der im vorigen Jahre besonders stark anläßlich der Verhandlungen der drei Internationalen zur Einberufung eines Weltarbeiterkongresses einsetzte, wurde energisch von den Kommunistinnen, vor allem Mitteldeutschlands, geführt, deren Männer noch in großer Zahl wegen der Märzaktion hinter Gefängnismauern schmachten. Die an den Vorsitzenden der Reuterkommission, Friedrich Adler, gerichteten Resolutionen der Frauenversammlungen in Eisleben, Torgau und Halle haben ihren Eindruck auf die Oeffentlichkeit nicht verfehlt.

Und als die Partei sich schützend vor die weiblichen Opfer der Klassenjustiz stellte, die Massen von proletarischen Frauen vor die Gerichte und in die Zuchthäuser wegen Vergehens gegen die §§ 218/219 schleppte, weil sie, aus Not und Verzweiflung getrieben, die Frucht ihres Leibes beseitigten, da waren es wieder die Kommunistinnen, die in unzähligen Versammlungen, in den Parlamenten und Gemeindevertretungen, in der Presse und der Hauspropaganda die leidenden und gequälten Frauen aufklärten, ihnen zeigten, daß in diesen Verfolgungen ein System liegt, das kapitalistische System, unter dem die gesamten proletarischen Frauen und Männer als Klasse zu leiden haben.

Die Kommunistinnen haben bei allen Gelegenheiten, in denen das Proletariat in Kämpfen gegen Unternehmerwillkür und um bessere Lebensbedingungen stand, ihre selbstverständliche Solidarität mit den Kämpfenden bewiesen. Im Düsseldorfer Metallarbeiterstreik im November 1921, der 50 000 Arbeiter umfaßte, im süddeutschen Metallarbeiterstreik im April/Mai 1922, in den mehr als

100 000 Arbeiter verwickelt waren, im Riesenkampf der Ludwigshafener Arbeiter, bekundeten die proletarischen Frauen durch den Mund ihrer kommunistischen Führerinnen, daß sie gewillt sind, mit allen Mitteln und unter den größten Opfern den Kampf der Streikenden zu unterstützen und bis zum siegreichen Ende auszuharren. Durch die Einrichtung von Küchen für die hungernden Kinder der Streikenden, durch die Veranstaltung von Sammlungen zum Ankauf von Milch für Säuglinge und Wöchnerinnen, durch die Aufstellung und Ueberreichung von bestimmten Forderungen an die Stadtverwaltungen haben die Genossinnen gleich praktisch dieser Solidarität Ausdruck gegeben und den Kampfesmut der Streikenden gestärkt.

Schwer drückt die Last der Teuerung gerade auf die proletarischen Frauen. Und wenn sie in ihrer Verzweiflung auf die Straße gingen, da fanden sie ihre Klassengenossinnen und Kommunistinnen von den gleichen Sorgen getrieben, die klar und scharf das aussprachen, was ihnen auf der Zunge lag, die Mittel und Wege zeigten, sich zusammenzuschließen in den Hausfrauenkontrollausschüssen mit den Arbeitern in gemeinsamer Abwehrfront gegen Wucher und Ausbeutung. Und als die Kräfte der revolutionären Arbeiter durch den Reichsbetriebsrätekongreß zusammengefaßt wurden, da standen die proletarischen Hausfrauen und Arbeiterinnen neben ihren Klassengenossen, nahmen teil an den Beratungen und Beschlußfassungen, brachten ihre Forderungen zur Bekämpfung des Kinderelends, zur Einreihung der Hausfrauen in die Teuerungsbewegung trefflich und sachlich vor.

Am Internationalen Frauentag werden die Kommunistinnen ihre Energien verdoppeln und verdreifachen, um ihren noch im Dunkel lebenden Mitschwestern das Licht der Aufklärung, die Botschaft des Kommunismus zu bringen.

Proletarierinnen, reiht euch ein in das große Heer der kämpfenden Arbeiter und Arbeiterinnen, die in allen Ländern mit der gleichen Begeisterung und Klarheit dem einen Ziel zustreben, der Befreiung der Arbeiterklasse aus Sklaverei und Not. Ohne euch kann dieser Kampf nicht siegreich zu Ende geführt werden. B. B.

Louise Michel.

Von G. G. L.

Louise Michel ist die Heldin der Pariser Kommune. Mit Wort und Tat hat sie Tausende von heldenmütigen Frauen des Pariser Proletariats befeuert, die mit ihr, neben ihr gekämpft haben, alle beseelt von der gleichen Hingabe an die Sache der Unterdrückten. Louise Michel selbst schildert in ihren Memoiren, in ihrer Geschichte der Kommune lebendig und warm unzählige Beispiele von Mut und äußerster Opferbereitschaft der Pariser Proletarierfrauen, so wie auch Lissagaray von ihnen berichtet. Was Louise Michel aus der Schar der Revolutionärinnen heraushebt, ist vielleicht ihre größere Initiative, ihre anfeuernde Tatbereitschaft und der Mut, mit dem sie von Anbeginn an bis zur Zeit ihrer Gefangenschaft keine Gelegenheit versäumte, ihre vernichtende Kritik an den Infamien der Regierenden offen ihnen schriftlich und mündlich ins Gesicht zu schleudern. Deshalb war sie die Verhaßteste unter den Kommunardinnen.

Wer sie war? Wie bei allen denen, die sich dem großen Kampfe für die Unterdrückten hingegeben haben, haben die Daten und Zufälle ihres persönlichen Lebens keine Bedeutung oder nur so viel, als sie mit der großen Sache verknüpft sind. Die Geschichte der Kommune ist ihr Schicksal. Louise Michel war eine bescheidene Lehrerin in Paris, geliebt von ihren Zöglingen. Keine Proletarierin, aber doch ihrer Herkunft nach — als uneheliche Tochter eines Schloßherrn — eine in der bürgerlichen Welt Deklassierte — mit dieser Mutter das Schicksal der Unehelichen tragend. Durch die sorgfältige Erziehung, die ihr der Vater hatte geben lassen, war sie in einen höheren Stand gehoben, wußte um seine Ansprüche und mußte gerade in dieser Situation unter dem Makel ihrer Geburt leiden, der sie zu den Entrechteten stieß. So wurde sie Revolutionärin nicht erst in den Heldentagen der Kommune, in deren Schilderungen wir sie wie eine flammende Fackel plötzlich aufleuchten sehen. Sie gehörte zu denen, die schon gegen Ende des Kaiserreichs den Kampf für die Freiheit auf sich nahmen.

Vom Staatsstreich Louis Napoleons an, die Herrschaft des zweiten Kaiserreichs, die üppige Hofhaltung des dritten Napoleons mitsamt seinem Familien- und Schranzenklüngel, die verbrecherischen Intrigenspiele mit den fremden Mächten, — die hundert Versuche, die eigene untergrabene Macht durch sie zu stützen —, das alles war gegen die Traditionen des liberalen Frankreichs, das eben schon eine revolutionäre Vergangenheit hinter sich, schon verschiedene Könige gestürzt hatte. Dieses Kaiserreich und seine verblendeten, gekauften und schwelgenden Mameluckn sahen nicht oder wollten nicht sehen, daß hinter dem liberalen Bürgertum, das eine starke linke Partei bildete, noch im Dunkel der Schächte, im Rauch der Fabriken, in den Höhlen dumpfer, ungesunder Häuser die Klasse der Entrechteten, der arbeitenden Proletarier grollte, die den Luxus des Hofes und der vornehmen Gesellschaft mit schweren Steuern bezahlen mußten. Diejenigen, die der Glanz des Kaisertums um den Thron zu schönen Festen versammelte, sahen vielleicht, aber wollten nicht sehen, daß, wie Louise Michel in ihrer „Kommune" schreibt, die Freiheit über die Erde schritt, deren rufende Stimme die Internationale war, die über alle Grenzen hinweg die Befreiung der Enterbten forderte. Ueberall, in Indien, in Kuba, in Mexiko, in Griechenland, in Spanien, stehen diese Entrechteten zum Befreiungskampf auf. Louise Michel sagt in einem ihrer Freiheitslieder:

„Samt seinen Opfer geht das Kaiserreich zur Gruft —
Noch herrscht auf ihrer Schwelle, die vom Blute rot —
Doch weht die Marseillaise in der Luft,
Rot steht die Sonne auf und kündet Tod."

Unter solchen Zeiten versucht Napoleon das Aeußerste: Durch einen — wie er hofft — siegreichen Krieg seine Macht noch einmal zu befestigen. Leichtfertig reißt er mit Zustimmung der Großbourgeoisie eine ganze Welt in seine Katastrophe.

Nach der Kapitulation von Sedan zogen die deutschen Generale im Siegestaumel, um den Glanz ihres Sieges voll zu machen, nach Paris, um die französische Hauptstadt einzunehmen. Ohne Not, ohne einen aus der Kriegslage sich ergebenden zwingenden Grund besetzten und durchzogen sie als Sieger friedliche Provinzen und eröffneten vor Paris das Feuer auf eine ebenso friedliche Stadt, brachten Hunger und Elend über die Bevölkerung. Wenn heute die Franzosen einzig mit dem Recht der Sieger die deutschen Provinzen, Saar- und Ruhrgebiet besetzen, so ist das keine besondere französische Perfidie, als welche es die deutschen Nationalisten so gern hinstellen, wie man an dem deutschen Beispiel von 1871 sehen kann. Der deutsche Annektions- und Gewaltfrieden von Versailles 1871 war das klassische Beispiel eines solchen Vorgehens für Sieger. Heute aber wie damals sind die bürgerlichen Parteien, sind die bürgerlichen Regierungen — 1871 die kaiserlich-französische und 1923 die Koalitionsregierung des Bürgerblocks der deutschen Republik — für die feindliche Invasion verantwortlich. . . . 1871 waren es die Proletarier, das Volk von Paris war es, das die Hauptstadt verteidigte und die Kommune erklärte, während die Bourgeoisie, an ihrer Spitze Thiers und Galliffet, draußen vor den Toren stand und die Hauptstadt verriet, indem sie sie mit dem Feinde gemeinsam zusammenschoß.

Die Niederlage, Preisgabe des Landes an den Feind durch einen unzulänglich organisierten Feldzug, wurde 1871 von dem Pariser Proletariat, das gegen den Krieg protestiert hatte, doppelt als Verrat empfunden. Das französische Proletariat hatte erwartet, daß die bürgerliche Linke die ganze besiegte kaiserliche Minister- und Generalsherrlichkeit davontragen würde, besonders, nachdem sie die deutschen Heere bis nach Paris hatten marschieren lassen. Aber so wie die Linke, das Kleinbürgertum, schon bei der Opposition gegen den Krieg versagt hatte, so geht es auch jetzt mit der Großbourgeoisie, mit den Besiegten, die das Land dem Feind überlassen. Das Volk ruft nach der Republik, aber die bürgerlichen Linken wagen nicht, die Macht zu ergreifen. Und während das Volk von Paris sich bereit macht, das Land gegen den Feind zu verteidigen, gehen die Kleinbürger feige und heimlich zu Unterhandlungen. Und von diesem Verrat an beginnt die ganze wahnwitzige Tragödie des revolutionären Volkes von Paris, das von Verrat zu Verrat in den Bürgerkrieg gestürzt wird, in dem es heldenmütig sich selbst, die Stadt Paris gegen die deutschen Belagerer nicht nur, sondern gegen die bürgerlichen Verräter verteidigt. Endlich, am 18. März, hat das Proletariat die falschen Führer davongejagt und die Kommune von Paris erklärt. Die Bourgeoisie Frankreichs stand wie die bürgerliche Militärmacht des Feindes vor den Toren von Paris und schoß seine Forts zusammen, schoß ganze Stadtteile in Brand. Löwenmutig kämpften drinnen die Proletarier gegen die Uebermacht, nicht Opfer, nicht Entbehrungen scheuend. Sie versuchten eine neue Ordnung aufzurichten, neue Gesetze zu schaffen — sie machten den ersten Versuch, einen proletarischen Staat zu organisieren. Aber freilich konnten ihre Kräfte nicht ausreichen und der Uebermacht auf die Dauer standhalten.

Und wo es zu wagen, zu kämpfen, zu ordnen und Elend zu lindern galt, steht Louise Michel auf dem ersten Posten, helfend und anfeuernd. Schon während des Krieges läßt sie eines Tages ihre Schule in den Händen ihrer Mutter und folgt dem Rufe, Hilfsaktionen für die Verwundeten einzurichten. Sie ist die erste unter den Kühnen, die es wagen, dem verräterischen Gouverneur Trochu die Forderungen des Volkes zu überbringen. In dem Hin und Her von Forderungen und Verrat bis zum 18. März ist sie es, die sicher den revolutionären Kompaß weist. Von ihrer zielsicheren Energie und ihrem Mut zeugen die Worte: „Wir Frauen fragen nicht danach, ob eine Sache möglich ist — wenn sie nur notwendig ist, tun wir alles, um sie auszuführen!" So einmal, um das fehlende Geld für eine Pflegestation zu bekommen, dringt sie mit mehreren Frauen, begleitet von einem Soldaten, in eine Kirche ein und zwingt die erschreckten reichen Bürger und Priester zu freiwilligen Gaben. Ueberall, wo gekämpft wird, ist sie mit ihrer Ambulanz, selbst mitkämpfend, bis sie bei den letzten, furchtbar blutigen Zusammenstößen bei Sartory gefangen wird. Erschütternd sind ihre Schilderungen von den Bestialitäten der Sieger — nicht 30 000, sondern 100 000 Kommunekämpfer wurden hingeschlachtet, erschossen nach zynischen Beschimpfungen. Sie wird zur Deportation nach Neu-Kaledonien verurteilt, wo ihrer und Tausenden Mitgefangenen ein neues Martyrium wartet. Ihre Worte an den Präsidenten des Gerichts: „Man muß mich aus der Gesellschaft wegstreichen, Sie sind beauftragt, das zu tun! Wohlan, der Kommissär der Republik hat recht: da es scheint, daß jedes Herz, das für die Freiheit schlägt, nur Anrecht auf ein Stückchen Blei hat, so verlange auch ich meinen Teil. Wenn Sie mich leben lassen, werde ich nicht aufhören, nach Rache zu schreien . . . !"

Diesen Schwur hat sie gehalten. Dort in Neu-Kaledonien, in der Einsamkeit und Sonnenhitze der tropischen Inseln, bei ungewohnter Arbeit, gequält von gehässigen Aufsehern, hat sie mehr als einmal gewagt, in schriftlichen Protesten die Uebergriffe der Verwaltung, ihrer Grausamkeiten gegen die leidenden Revolutionäre zu brandmarken, mit dem Versprechen, sie später offen an den Pranger zu stellen. Ja, selbst für die armen, ebenso wie die Gefangenen, von den französischen „Kulturträgern" ausgebeuteten und blutig unterdrückten Eingeborenen (die Kanaker) tritt sie ein, wird ihnen Lehrerin und Freundin. Nach zehn Jahren endlich kehrt sie nach Europa zurück, ungebrochen in ihrem revolutionären Kampfwillen, in Wort und Schrift zeugend für die Kommune, die der erste blutige Kampf des revolutionären Proletariats war um den Sturz der bürgerlichen Gesellschaft für die Errichtung der Kommune, der Selbstverwaltung der Stadt Paris durch ihre arbeitende Klasse. Von der bürgerlichen Geschichtsschreibung beschimpft und in den Schmutz gezogen, vergöttert von dem Pariser Proletariat, starb Louise Michel 1898, hochbetagt, bis in ihre letzten Tage anteilnehmend am revolutionären Klassenkampf der Internationale.

Die französischen Frauen in der revolutionären Bewegung Frankreichs.

„Ich liebe es nicht, wenn die Frauen sich mit der Politik befassen," erklärte Napoleon Bonaparte in der ihm eigenen Bündigkeit. Diese Abneigung gegen die Politik der Frauen war nur zu berechtigt bei dem Manne, der, aus der Revolution hervorgegangen, alle Kabalen kannte, was bürgerliche Geschichtsschreiber gern verschweigen: die französischen Frauen hatten in den Jahren der großen französischen Revolution 1789 bis 1793 sich mit der „Politik" mehr befaßt, als es der herrschenden Macht bequem und genehm war. Die königlichen Vorgänger Napoleons, die Bourbonen, liebten auch nicht, daß die Frauen sich in öffentliche Angelegenheiten mischten, wenngleich gerade in Frankreich die Frauen, die Mätressen des Hofes, sehr oft die Geschicke des Volkes leiteten. Vielleicht haben sie es kommen, daß der Stoß, durch den nur eine kurze Spanne Zeit darauf das königliche Haupt Ludwigs XIV. in den Sand rollte, auch von Frauenhänden geführt war.

Die französischen Frauen folgten mit leidenschaftlichem Interesse den geistigen Kämpfen, die vor 1789 der großen Revolution vorausgingen. 1789 schon entstanden zahlreiche Frauenklubs, in denen überall die Frauen ihren Anteil an der eben erkämpften Freiheit forderten. Einer der berühmtesten Klubs ist der „Klub der Freunde der Wahrheit". Die Frauen jener Zeit begnügen sich nicht damit, Stellung zu nehmen zu allen öffentlichen Fragen, die auftauchen, sie beteiligen sich an allen Demonstrationen und Kämpfen. Am 5. und 6. Oktober gehen sie an der Spitze der Manifestationen, am 10. August stürmen sie die königlichen Tuilerien. Die Frauen sind es auch, die einsehen, daß der Kampf gegen das verhaßte Regime, gegen Königtum und Adel, nicht mit geistigen Waffen ausgefochten werden kann. Sie wollen sich nicht darauf beschränken, die Wunden zu verbinden, die der Bürgerkrieg schlägt. Die Arbeiterinnen der Vorstadt Saint Sulpice verlangen in jenen großen Tagen: „Bewaffnen wir uns, wir haben das Recht dazu durch die Natur und selbst durch das Gesetz. Zeigen wir den Männern, daß wir ihnen nicht nachstehen, weder an Tüchtigkeit noch an Mut . . . Man wird versuchen, uns zurückzuhalten und unser Vorhaben als lächerlich hinzustellen . . . Aber wir werden uns dennoch bewaffnen, weil die Vernunft erfordert, daß wir uns bereit machen, unser Recht, unser Haus zu verteidigen, und daß wir dem Vaterland gegenüber verantwortlich wären, wenn die Kleinmütigkeit, die uns die jahrhundertelange Sklaverei eingeimpft hat, noch genügend Macht über uns hätte, uns zu verhindern, unsere Kräfte zu verdoppeln . . . Es ist Zeit, daß die Frauen aus ihrem schmählichen Nichts heraustreten. Haben die Männer allein Anspruch auf Ehre? Auch wir begehren die Bürgerkrone, auch wir begehren die Ehre, für die Freiheit zu sterben, die uns vielleicht noch teurer ist als ihnen, weil die Wirkungen des Despotismus unser Haupt noch härter treffen als ihres . . . Zu den Waffen!"

Bei dem großen Revolutionsfest am 10. August 1793 saßen sie auf den Kanonen, über die ein Triumphbogen gespannt war, der die Ueberschrift trug: „Sie haben den elenden Duranten verjagt!" Am 31. Mai und 2. Juni 1793 verlangten die Pariser Frauen vom Konvent, daß den Girondisten, die sich als Gegenrevolutionäre entpuppen, der Prozeß gemacht werde.

In Lyon beherrschten die Frauen drei Monate lang die Regierung. Sie benutzten die kurze Zeit ihrer Herrschaft, um die Lebensmittelpreise festzusetzen.

Wenn aus all den zahlreichen Frauenklubs oft Aufrufe, Erklärungen in die Welt geschickt wurden, die heute sehr pathetisch klingen und manchmal die bürgerliche Herkunft vieler dieser Frauen verraten, die diese Proklamation herausgaben, so muß doch festgestellt werden, daß im Grundton schon starke soziale Töne durchklangen. Die Frauen jener Tage kämpfen gegen die Not der arbeitenden Mutter, sie richten zahlreiche Petitionen an den Konvent, in denen sie Arbeit für die Frauen verlangen.

Als die Reaktion hereinbrach, als das Königtum wiederkam, wurden die Klubs und Vereine der Frauen aufgelöst, aber sie erhoben ihre Stimmen wieder in den großen Kämpfen von 1848. Die eingetretene schärfere Klassenscheidung sieht auch die Frauen 1848 schärfer in zwei Gruppen sich gegenüberstehen, als es noch 1793 der Fall war. Der „Verein der Stimme der Frauen" trägt vorwiegend einen bürgerlich-literarischen Charakter. Die „Republicaines" ist der Name eines Frauenvereins, der einen ausgesprochenen sozialistischen Charakter trägt. Die Frauen dieses Vereines verlangen, daß in die „Kommission der Arbeit" auch Frauen delegiert werden sollen. Die Tagelöhnerinnen verlangen, daß an alle arbeitslosen Frauen ein Franc täglich Unterstützung gewährt würde. Am 31. März 1848 verlangen die Hebammen, daß „angesichts der Dienste, die sie der Menschheit erweisen, und des moralischen Einflusses, den sie auf die Familien ausüben, als Staatsbeamtinnen anerkannt zu werden." Die Wäscherinnen richten eine Bittschrift an die provisorische Regierung, in der sie verlangen, daß ihre Arbeits-

zeit um zwei Stunden gekürzt wird. Immer dringender erhoben die Frauen in der Zeit der ungeheuren Arbeitslosigkeit die Forderung nach Arbeit, sie verlangen die Schaffung von Nationalwerkstätten für die Frauen. Am 30. Mai jenes Jahres begibt sich eine Deputation von Frauen zum Minister der Justiz, um ihm ihren Dank dafür auszusprechen, daß er im Parlament für ein Gesetz zur Erleichterung der Scheidung eingetreten war. Der Verein „Die Stimme der Frauen" verlangte in einer Reihe von Artikeln, daß die Kinder der Arbeitermütter unentgeltlich in Krippen beaufsichtigt werden, die in der Nähe der Werkstätte zu errichten sind. Neben jeder Nationalwerkstätte müßten „nationale Volksküchen, Verkaufsstellen errichtet werden, wo das Volk eine billige und gesunde Kost und Gegenstände findet, die es benutzt, um niedrigen Preis." „Während Ihr hier diskutiert über das Unglück von Irland und Polen," sagte in einer Versammlung Jeanne-Marie, die Vertreterin der Gesellschaft „Die Stimme der Frauen", „gehen die Frauen und Töchter unseres Volkes am Hunger zugrunde. Ihnen müsset Ihr zuerst zu Hilfe eilen. Als Frauen und Mütter erlaubt uns, unsere Stimme zu erheben und Euch zu fragen, was Ihr geneigt seid, zu tun für die unglücklichen Töchter des Volkes, Ihr, die Ihr gestern die Sklaverei abgeschüttelt habt. Denn wir wehren uns hier gegen die Sklaverei Eurer Schwestern." Es ist jedoch charakteristisch für die bürgerliche Beschränktheit dieses Vereins, daß ihre Vertreterin in jenen Tagen erklären konnte: „Die Frau verlangt keine unbeschränkte Freiheit, mit der sie nichts zu tun wüßte. Was sie wünscht, ist nichts als eine ernste Bildung, durch die sie Euch gleich wird und eine aufgeklärte Lebensgefährtin für Euch wird. An dem Hosiannarufe, der überall erklingt, fehlt eine Stimme, um die Freiheit zu grüßen: Die Stimme der Frau." Weniger pathetischer aber eindringlicher klingt die Anklage der Arbeiterin, die in jenen Tagen feststellt: „Ich bin in einer nationalen Werkstätte beschäftigt, und verdiene 12 Sous täglich. Vier davon zahle ich in der Kinderkrippe für mein Kind, 5 Sous kostet mich mein Zimmer. Es bleiben mir also 2 Sous zum Essen ...."

Die Revolution von 1848 hatte den Hunger dieser Arbeiterin nicht gestillt, sie hatte die Forderungen der revolutionären arbeitenden Massen nicht erfüllt. Aus diesen unbefriedigten hungernden und unter der neugefestigten bürgerlichen Macht entrechteten Proletariern entstanden die Kämpfer der großen Kommune 1870/71. Verraten von der Bourgeoisie, fast kampflos ausgeliefert an den vorstürmenden preußischen Imperialismus, wird Frankreich von den französischen Arbeitern und Arbeiterinnen verteidigt, während es belagert, beschossen und ausgehungert wird von den preußischen Truppen, die sich mit den Truppen der Bourgeoisie vereinigt haben. Während des Kampfes um das „Vaterland" wird es den Kämpfenden klar, daß sie dieses Vaterland erschaffen können, wenn sie den ganzen sozialen Bau zertrümmern und einen neuen an seine Stelle setzen. Und als die Kommune aufflammt in Paris, sind die Frauen mit dabei. Sie beteiligen sich an allen Manifestationen, sie stützen die Kommune als Sanitärinnen; aber auch mit der Waffe in der Hand kämpfen sie auf den Barrikaden. Eine Erklärung, die die Sanitäterinnen der Kommune abgeben und die von Louise Michel gezeichnet ist, hat folgenden Wortlaut: „Die Sanitäterinnen der Kommune erklären, daß sie außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft stehen. Ihr ganzes Leben gehört der Revolution; ihre Aufgabe ist, auf dem Kampfplatz selbst die Wunden zu verbinden, die durch die vergifteten Kugeln von Versailles geschlagen worden sind. Und wenn die Stunde es erfordert, wie die Männer zum Gewehr zu greifen. Es lebe die Kommune!" Und in einem Manifest des Zentralkomitees der Frauenvereine vom 3. Mai 1871 heißt es: „Im Namen der sozialen Revolution, zu der wir uns bekennen, protestieren wir gegen die unwürdige Proklamation, die zum Ausdruck bringt, daß die Frauen von Paris an die Großmut von Versailles appellieren und den Frieden auf jeden Fall fordern. Die Großmut feiger Mörder! Versöhnung zwischen Freiheit und Despotismus, zwischen dem Volk und seinen Mördern!

Nein, die Arbeiterinnen von Paris fordern nicht den Frieden, sondern den Krieg bis aufs Messer! Heute wäre Versöhnung Verrat .... Die Entscheidungsstunde hat geschlagen. Platz den Arbeitern! Zurück mit ihren Henkern! Wir brauchen Toten, Kraft. Der Baum der Freiheit wird befruchtet vom Blut der Feinde ....

Darum werden alle Arbeiter und Arbeiterinnen solidarisch in äußerster Anstrengung jede Spur der Ausbeutung und der Ausbeuter zunichtemachen."

Am 14. Mai rief die Frau Rogissard, die im Frauenbataillon des 12. Arrondissements Korporal war, empört den Männern zu: „Müßiggänger und Feiglinge seid Ihr alle. Entweder Ihr kämpft gegen die Versaillianer oder wir reißen Euch in Stücke." Die Polin Lodoiska, die aktiven Anteil an den Kämpfen genommen hatte, brachte das scharf zum Ausdruck, was die Kommune wollte: „Wenn eine soziale Wunde geschlossen werden soll, so ist es diejenige, welche es zuläßt, daß die Unternehmer den Arbeiter ausbeuten und von seinem Schweiße leben. Es darf keine „Herren" geben, die den Arbeiter als eine Produktionsmaschine betrachten. Die Arbeiter müssen sich vereinigen, und das Produkt ihrer Arbeit unter sich verteilen, dann werden sie glücklich sein. Wir werden nur dann glücklich sein, wenn es weder Reiche und Besitzende, noch Pfaffen und Nonnen geben wird." Ihr folgten einige andere Rednerinnen, bis endlich sich eine Arbeiterin, die Mutter Guichaine, protestierend erhob: „Das sind alles nur Worte", sagte sie, „und jetzt heißt es handeln. Ihr habt alle Männer, treibt sie voraus, schlagt alles nieder, was sich der Kommune widersetzt. Man muß die Männer zum Kampfe zwingen und wenn sie sich weigern, sie niederschießen. Aber nein, Ihr zögert, Ihr fürchtet, ein wenig Blut zu vergießen. Wenn man morgen hundert Ueberläufer hinrichtet und ihre Leichen auf dem Boulevard ausstellt, mit einer Inschrift, die ihr Verbrechen angibt, dann werdet Ihr sehen, daß übermorgen sich Leute melden, die der Kommune dienen wollen. Die Reaktionäre und die Versaillianer müssen in Schrecken versetzt werden, indem man ihnen zeigt, daß die Kommune die Schuldigen zu strafen weiß." Natalie Lemel rief die Bürgerinnen auf, sich zu bewaffnen: „Der Moment ist gekommen, wo es heißt, für das Vaterland zu sterben. Drum keine Schwäche mehr, alles in den Kampf, alles auf dem Posten! Versailles muß geschlagen werden." Sie wurde mit der Waffe in der Hand auf der Barrikade verhaftet und zu vieljähriger Galeerenarbeit verurteilt.

Die Pariser Frauen der „Kommune" erklärten: „Wir haben die Kommune und wir werden sie niemals mehr verlieren. Die Frauen, die bisher nur 1.50 Frank verdienten, verdienen jetzt 3 Franks. Die Bourgeoisie ist die Feindin des Proletariats, darum muß ihr der Vernichtungskampf angesagt werden. In Zukunft darf es weder Priester, noch Pfaffen, noch überhaupt eine Bourgeoisie geben. Wer nährt sich vom Schweiß des Volkes? Der Bürger. Wer baut sich Paläste, während das Volk in elenden Mansarden haust? Wer läßt das Volk im Stich, während Versailles es hinschlachtet? Wieder und wieder der Bürger. Nein, wir brauchen keine Bürger und keine Priester mehr. Schafft die Kirchen um zu Werkstätten, laßt die Bürger und die Priester zu nützlichen Arbeitern werden, die ihre Hände rühren. Was sollen uns die frommen Brüder und Schwesternt Müßiggänger sind es, die von einem Gott im Himmel faseln, den sie nie gesehen haben. Nun, ich habe ihn auch nicht gesehen.

Hättet Ihr wie ich all die Toten gesehen, all das Blut bei den Verbandsstationen und in der Schlacht, Ihr hättet wie ich keinen heißeren Wunsch als zu kämpfen und an der Spitze der Männer zu marschieren."

Und sie marschieren, die Frauen von Paris! Denn wie der reaktionäre Schriftsteller de Villiers in seinem Buche über die Beteiligung der Frauen an den revolutionären Erhebungen Frankreichs in den Jahren 1789/1848 und 1871 zugibt, hatten die Frauen in Frankreich nie so viel Einfluß als unter der Herrschaft der Kommune. „Deshalb kämpften sie auch bis zum Aeußersten für die Kommune. Begeisterter als die Männer setzten sie den Kampf gegen die reguläre Armee bis zu einem Zeitpunkt fort, wo die Mehrzahl der Aufständigen nur noch daran dachte, sich in Sicherheit zu bringen. Bewaffnete Frauen verteidigten den Place Blanche und hinter dem Boulevard Voltaire, nahe bei Place Château d'Eau wurde eine große Anzahl Frauen, die mit den Waffen in der Hand gefangen genommen waren, auf der Stelle fusiliert."

Die Kommune von Paris fiel. Zehntausende besiegter Proletarier zahlten mit ihrem Leben den kühnen Versuch, eine neue Welt, die Welt der Arbeit aufzurichten. Tot schien die Kommune, bis sie in den Oktobertagen 1917 in Rußland aufflammte. In die Nacht der unterdrückten Arbeiter und Arbeiterinnen von Paris und Berlin, New York und London fällt ihr heller Feuerschein. Sie ruft und mahnt am Internationalen Frauentag die Proletarierinnen, nicht zu ruhen und zu rasten, bis überall, wo die Arbeit geknechtet und unterdrückt in den Fesseln des Kapitals liegt, die Kommune ersteht. Heute niedergeworfen, muß sie sich morgen erheben, denn die Revolution, sie ist nicht tot. Sie war, sie ist und sie wird sein! E. T.

Inhalt: Titelbild. — Der Internationale Frauentag im Zeichen der Kommune. — Wir fordern den Achtstundentag. — Schutz der Arbeiterinnen im Betrieb. — Für die Internationale Klassensolidarität. — Der Internationale Frauentag in Rußland. — Eine andere Okkupation. — Gegen Klassenjustiz und Faschismus — für die Freilassung der politischen Gefangenen. — Ein Tag wird kommen. — Internationales Mutter- und Kinderelend. — Die Teuerung. — Die französischen Frauen und die Ruhrbesetzung. — Vier Jahre Krieg. — Die beldenhaften Mädel. — Die Kommunistinnen an der Arbeit. — Louise Michel. — Die französischen Frauen in der revolutionären Bewegung Frankreichs.

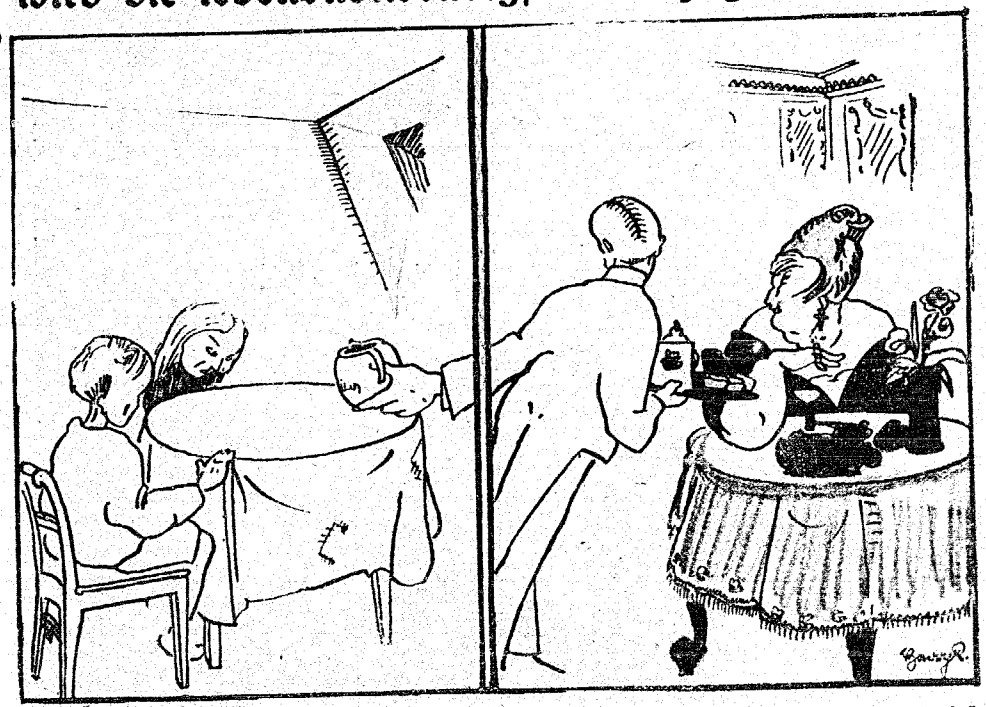
Verantwortlich für die Redaktion: Martha Arendsee, Berlin. — Druck und Verlag: Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H. (Abteilung Zeitschriften). Berlin SW 48, Friedrichstr. 225.

Die Kommunistin

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Herausgegeben vom Frauenreichssekretariat. Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin

Nr. 7 | Die Kommunistin erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Infolge der immer weiteren Geldentwertung mußte der Preis wieder erhöht werden. Einzelnummer 100,— Mark | Berlin, 1. April 1923 | Verlag: Friedrichstadt-Druckerei Gmbh. (Abteilung Zeitschriften). Berlin SW 48, Friedrichstr. 225. — Verantwortlich für die Redaktion: Martha Arendsee, Berlin. | Jahrg. 5

„Mütter der Erde, hört unseren Schrei! Unseren Kleinen wird die lebensnotwendigste Milch genommen!"



Luise: „Ich will 'ne Mutter sein, daß D's weeßt! und deswegen, daß D's weeßt, wünsch ich a Fabrikanten de Helle und de Pest in a Rachen 'nein. Ich bin ebens 'ne Mutter. — Erhält ma' woll so a Wirmik! Ich hab mehr gefleunt wie Oden geholt von dem Augenblicke an, wo aso a Hiperle uf de Welt kam, bis d'r Tod und erbarmte sich drieber. Ihr habt Euch an' Teiwel gescheert. Ihr habt gebet't und gesungen, und ich hab' m'r de Fiesse bluttig gelaufen nach een'n eenzigchten Neegl Puttermilch. Wie viel hundert Nächte hab ich mir a Kopp zerklaubt, wie ich ock und ich kennte so a Kindl ock a eenzich Mal um a Kirchhoof 'rumpaschen. Was hat so a Kindl verbrochen, hä? una muß so a elendigliches Ende nehmen — und drieben bei Dittrichen, da wer'n se in Wein gebad't und mit Milch gewaschen. Nee, nee! wenn's hie losgeht, — nie zehn Pferde soll'n mich zurücke halten. Und das sag ich: stirmen se Dittrichens Gebäude — ich bin de erschte — und Gnade jeden, der mich will abhalten. — Ich hab's sait, aso viel steht feste."

Aus Gerhart Hauptmann: „Die Weber".

Schließt die Internationale Einheitsfront!

(Der Ruf der Frankfurter Internationalen Konferenz.)

Die Erfahrungen der wenigen Wochen seit der Ruhrbesetzung beginnen den Unterdrückten und Ausgebeuteten die Augen zu öffnen über den einzigen Ausweg aus ihrer furchtbaren und scheinbar verzweifelten Lage. In immer breiteren Massen begreifen sie, daß ihre Rettung vom Untergang in Not und Tod nur möglich ist, wenn sie sich gegen den Angriff der kapitalistischen Ausbeuter diesseits und jenseits des Rheins zur Wehr setzen. Sie durchschauen das verbrecherische Spiel der Stinnes und Compagnie in Deutschland, der Lubersac und Compagnie in Frankreich, die gestern noch ihre freundnachbarlichen gemeinsamen Wiedergutmachungsgeschäfte auf Kosten des Proletariermichels betrieben, die heute nicht davor zurückschrecken, um 10 Prozent mehr oder weniger Profit, Millionen von deutschen und französischen Proletariern in eine neue Menschenschlächterei zu hetzen, die vielleicht morgen schon sich wieder verständigen werden, um mit vereinten Kräften den schon bis aufs Mark ausgesogenen deutschen Arbeitern, ihren Frauen und Kindern den letzten Blutstropfen auszupressen.

Dem internationalen verbrüderten Kapitalismus und Militarismus muß die Arbeiterschaft die geschlossene internationale Einheitsfront des Proletariats entgegenstellen!

Der erste Schritt auf diesem Wege war die Essener Konferenz, die eine gemeinsame Aktion des französischen und deutschen Proletariats unter der Führung der kommunistischen Parteien beider Länder beschloß. Die Frankfurter Konferenz, die vom 17. bis 20. März tagte, setzte das begonnene Werk fort.

Der Einladung des 23iger Ausschusses der Betriebsräte Rheinland-Westfalens zu dieser Konferenz waren zahlreiche Vertreter des revolutionären Proletariats verschiedenster Richtungen und aus allen wichtigen europäischen Ländern gefolgt. Sowjet-Rußland, der Hort der Weltrevolution, hatte Delegierte der Kommunistischen Partei, der allrussischen Gewerkschaften, des kommunistischen Jugendverbandes entsandt. Aus Frankreich langten, wenn auch verspätet, die Vertreter der Kommunistischen Partei und der Unitären (Revolutionären) Gewerkschaftsföderation an, nachdem sie unter mancherlei Gefahren und Mühen den Spitzeln und Häschern von Poincaré und Cuno entronnen waren. Deutschland, England und Italien, die Tschechoslowakei, Polen und Holland waren vertreten durch Kommunisten und Syndikalisten. Die Unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands (Gruppe Ledebour) hatten eine offizielle Delegation in Frankfurt. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale, das Kommunistische Internationale Frauensekretariat, die Rote Gewerkschafts-Internationale waren vertreten. Doch es fehlten die Vertreter der zweiten, der sozialdemokratischen Internationale, wie der Sozialdemokratie Deutschlands. Es fehlten die Vertreter der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale, wie des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Sie, die es vorgezogen hatten, im Dezember auf dem Friedenskongreß im Haag gemeinsam mit bürgerlichen Pazifisten unter Ausschluß der Kommunisten heuchlerische und kraftlose Friedensresolutionen zu verfassen, hatten es nicht einmal für nötig befunden, auch nur mit einer Silbe zu antworten auf die Einladung der Betriebsräte zur Beratung über den gemeinsamen Kampf gegen den schon am Rhein tobenden Kohlenkrieg, der ein Hungerkrieg gegen das Proletariat ist und sich täglich in einen Krieg mit blanker Waffe verwandeln kann. Aber auch die Millionen ehrlicher sozialdemokratischer Arbeiter, die heute noch der falschen Führung dieser Ueberläufer ins Lager der Bourgeoisie folgen, werden den Weg zur Klassenfront des Proletariats zurückfinden. Davon zeugte eine kleine aufrechte Schar sozialdemokratischer Arbeiter, die von einzelnen Betrieben und örtlichen Gewerkschaftsorganisationen delegiert, der Totschweigetaktik und den Bannflüchen ihrer offiziellen Parteileitung zum Trotz erschienen waren und sich in einer eigenen Resolution zum Klassenkampf Schulter an Schulter mit den Kommunisten, an der Seite Sowjet-Rußlands, des ersten und einzigen Proletarierstaates der Welt, entschlossen bekannten.

Die Tagesordnung der Konferenz begann mit Berichten über die politische und wirtschaftliche Lage in Frankreich, Deutschland und England. Genosse Brandler hob bei der Schilderung des Elends der Arbeiterschaft in Deutschland ausdrücklich hervor, wie der Angriff des Kapitals am schwersten die widerstandslosesten Schichten das sind vor allem die proletarischen Frauen, die Jugendlichen und die Kinder trifft. Er stellte als ein hoffnungsvolles Zeichen für das Erwachen der solange politisch rückständigen Frauen die Tatsache fest, daß Tausende von ihnen in den Kontroll-Ausschüssen der Teuerung zu Leibe zu rücken beginnen. Genossin Cläre Casper, die von der Kommunistischen Fraktion des Metallarbeiter-Verbandes als einzige Arbeiterin auf dieser Konferenz delegiert war, unterstrich in der Diskussion, welche gefährliche Lücke die internationale Einheitsfront des Proletariats ohne die Frauen aufweisen würde, und forderte alle Arbeiter zur verstärkten Aufklärungsarbeit unter den Arbeiterinnen und proletarischen Hausfrauen auf.

Den Kernpunkt der Konferenz bildeten die praktischen Aufgaben der Arbeiterschaft im Kampf gegen Ruhrbesetzung und Kriegsgefahr und den Kampf gegen den internationalen Faschismus. Das Ergebnis der Beratungen zu beiden Fragen wurde in ganz konkreten praktischen Forderungen und Anweisungen für das Proletariat in allen Ländern niedergelegt. Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, jede proletarische Hausfrau muß sich diese Aufgaben einprägen, muß alle Kräfte zu ihrer Durchführung daransetzen, denn von ihrer Erfüllung hängt Leben und Sterben des deutschen und des internationalen Proletariats ab.

Unser Ziel ist die Räumung des Ruhrgebietes von allen imperialistischen Raubgesellen und die Liquidierung des Versailler Erpresser-Vertrages durch die geeinten Kräfte des deutschen und französischen Proletariats!

Wir kämpfen gegen die Gefahr eines imperialistischen Krieges und treiben die eifrigste Propaganda unter den französischen Truppen für die Verbrüderung zwischen dem deutschen und dem französischen Proletariat! Wir verweigern den Prozentpatrioten jeden Tropfen Proletarierblut für ihre militärischen Abenteuer.

Wir verlangen, daß die deutschen Kapitalisten ihre Kassenschränke öffnen, wenn der Abzug Poincarés nur durch ein Lösegeld an die französischen Hüttenbarone erkauft werden kann. Wir lehnen jeden Verständigungsfrieden zwischen Lubersac und Stinnes auf Kosten der Arbeiterschaft ab!

Fort mit der Lohnsteuer in Deutschland, Frankreich und Italien! Her mit der Erfassung der Sachwerte! Wir kämpfen gegen die Schmach des weißen Terrors, gegen das revolutionäre Proletariat und fordern die Freilassung aller proletarischen Kämpfer aus den Kasematten der kapitalistischen Henker! Wir bekämpfen die Faschisten in der ganzen Welt, in welcher nationalen Verkleidung und arbeiterfreundlichen Maske sie auch auftreten mögen.

Die Durchführung dieser gewaltigen Aufgaben erfordert eine planmäßige Sammlung und Organisierung aller Kräfte des Proletariats. Die Leitung der gesamten Aktion wird in Händen eines internationalen Aktionskomitees liegen, das auf der Konferenz aus Vertretern von Arbeiterorganisationen aller Richtungen aus den bedeutendsten Ländern gewählt wurde. Aber die Hauptarbeit muß von unten auf durch die revolutionären Kräfte des internationalen Proletariats geleistet werden. Darum forderte die Konferenz den Zusammenschluß des Proletariats in internationalen großen Brüderschaften wichtiger Betriebe und Verbände der Bergarbeiter, Eisenbahner, Metallarbeiter zur Durchführung gemeinsamer Aktionen: Kontrollausschüsse zur Ueberwachung der Verschiebungen von Waffen und Truppen, Selbstschutzorganisationen.

Wir brauchen Kontrollausschüsse gegen Wucher und Teuerung, wir brauchen eine Ueberwachung der Einziehung der Steuern von den großen Steuerbetrügern durch Organe der Arbeiterschaft!

Die Konferenz sprach unzweideutig aus, daß die Arbeiterschaft weder von Poincaré noch von Cuno etwas besseres als bisher erwarten kann. Wenn es der Arbeiterschaft Ernst ist mit dem Kampf um ihre Lebensinteressen, so muß sie auch eine Arbeiterregierung aus ihren eigenen Vertretern schaffen, die vom Proletariat das Regierungsprogramm diktiert erhält und ihm verantwortlich ist.

Ueberall, in Betrieben und Gewerkschaften, im Haus, in den Geschäften, auf der Straße, wollen wir die sozialdemokratischen, unabhängigen, parteilosen Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen fragen: Seid Ihr bereit, mit uns gemeinsam für dies Programm zu kämpfen? Wollt Ihr Eure Führer auffordern, mit uns zur Verwirklichung dieser Forderungen eine Einheitsfront einzugehen? Wir halten Euch die Hand hin! Wenn aber die reformistischen Führer diesen Kampf wieder wie schon so oft sabotieren und verraten werden, dann muß die Arbeiterschaft ihre Einheitsfront dennoch über die Köpfe der Führer hinweg schließen oder sie wird zugrunde gehen. Die Kommunisten allein können dem Proletariat den Kampf um seine Existenz nicht abnehmen. Nur die internationale Einheitsfront des Proletariats ist imstande, den Weltkapitalismus zu besiegen!

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Die Reichswochenhilfe wird verschlechtert.

Noch unter dem Druck der revolutionären Erhebung der Arbeiterklasse stehend, hat sich die Ebert-Republik in den Flitterwochen der sozialdemokratischen Regierungsherrschaft, in jener berühmten Weimarer Nationalversammlung, zu einem Reichswochenhilfsgesetz aufgeschwungen, das wie ein Hohn auf den Artikel 19 der deutschen Reichsverfassung: „Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz des Staates" wirken mußte. Beträgt doch nach den Sätzen vom 16. 2. 23 der einmalige Beitrag zu den Entbindungskosten 10 000 M., während die Hebammenkosten allein heute schon etwa 50 000 M. ausmachen. Als Wochengeld kommt der lächerlich geringe Betrag von mindestens 120 M. täglich, für Familienangehörige Versicherter und nichtversicherungspflichtige Minderbemittelte 100 M., als Stillgeld der Mindestsatz von 300 M., für Familienangehörige Versicherter und nichtversicherte Minderbemittelte 240 M. täglich zur Auszahlung. Man vergleiche mit diesen Sätzen die Preise für Milch und Brot, um festzustellen, daß die „Unterstützung" keine Mutter und keinen Säugling, die darauf angewiesen sind, vor Hunger und Sterben schützen kann.

Diese geringen Fürsorgeeinrichtungen sollen als erste dem Abbau zum Opfer fallen. Die Krankenkassen, die durch den Verfall unseres gesamten Wirtschaftslebens vor dem Zusammenbruch stehen, sollen durch ein besonderes Gesetz, das jetzt im Reichstag beraten wird, auf Kosten der Versicherten leistungsfähiger gestaltet werden. Neben der Erhöhung der Krankenkassenbeiträge der Versicherten bis auf 10 Prozent des vollen Arbeitsverdienstes soll der Anspruch auf Zahlung der Wochenhilfe, der bis jetzt bei einer 6 monatlichen Mitgliedschaft in der Krankenkasse gezahlt wurde, erst bei einer 10 monatlichen Mitgliedschaft Geltung haben. Diese 10 Monate können sich auf 2 Jahre vor der Entbindung verteilen, 6 Monate davon müssen aber in das letzte Jahr vor der Entbindung fallen. Ferner muß das Wochengeld für 4 Wochen der Schwangerschaft spätestens am Tage der Entbindung behoben werden. Die Krankenkassen rechnen mit der Unkenntnis vieler Proletarierfrauen über alle diese Gesetzesparagraphen und wollen auch auf diese Weise auf Kosten der Wöchnerinnen Ersparnisse machen. Die Krankenkassen sollen auch berechtigt sein, Höchstsätze für das Stillgeld festzusetzen, um angeblich zu hohe Stillgelder zu verhindern. Am schlimmsten ist die neue Bestimmung, der zufolge die Wöchnerin, die vor Ablauf der 10 Wochen einer Erwerbstätigkeit nachgeht, nur das halbe Wochengeld bekommt, während sie bisher ohne jede Einschränkung das ganze Wochengeld erhielt.

Also statt Erweiterung und Ausgestaltung der Reichswochenhilfe Abbau und Senierung der Krankenkassen auf Kosten der Wöchnerinnen und des Nachwuchses. Und dies in einer Zeit, in der die bürgerlichen Aerzte flammende Aufrufe an die Bevölkerung erlassen gegen die unheimlich wachsende Säuglings- und Kindersterblichkeit, in der bürgerliche Minister, wie der preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer, der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Prof. Bumm, in den parlamentarischen Körperschaften erschütternde Elendsbilder der Kinder des Proletariats aufrollen.

Es ist bezeichnend, daß die Verhandlungen über dieses Gesetz, das für unser Gesundheitswesen von so einschneidender Bedeutung ist, vor fast leeren Bänken des hohen Reichsparlaments stattfand. Die Herren Volksvertreter entdecken ihr Herz für das Proletariat immer nur dann, wenn es zu Neuwahlen kommt. Unser Vertreter brandmarkte die ganze verderbliche Tendenz des neuen Gesetzes und schlug vor, die Wochenhilfe aus der Krankenversicherung herauszunehmen und eine allgemeine Reichswochenfürsorge für alle Schichten der werktätigen Bevölkerung zu schaffen, für die das Reich die Kosten aufzubringen hat. Dieser Antrag wurde natürlich abgelehnt.

Die Kommunistinnen haben die Pflicht, überall in Versammlungen und in den Betrieben, in der Presse und bei der Hausagitation auf das neue schändliche Vorgehen der Besitzenden gegenüber den Kindern des Proletariats hinzuweisen und die proletarischen Frauen zum Widerstand gegen diese Gesellschaft zu mobilisieren. Das mit großem Pomp angekündigte „Jahrhundert des Kindes" entwickelt sich unter der verhängnisvollen Herrschaft der Kapitalisten und ihrer sozialdemokratischen Helfershelfer immer mehr zu einem Jahrhundert des Kindermordens und der Kindersterblichkeit, wenn nicht die proletarischen Frauen mit ihren Klassengenossen diesen Herrschaften bald die Zügel aus der Hand nehmen.

Was bedeuten die Verbandstage für die Arbeiterinnen?

Im Laufe dieses Sommers sind laut Statut in einer Reihe von Gewerkschaften Verbandstage fällig. Im Februar hat bereits der Zentralverband der Hausangestellten getagt, dem leider noch viel zu wenig Hausangestellte sich angeschlossen haben. Am 23. Mai folgt der Verbandstag der Bäcker und Konditoren, im Juni der des Kürschner-, des Holzarbeiter- und des Textilarbeiterverbandes. Im September soll der Metallarbeiter-Verbandstag stattfinden. Andere Gewerkschaften, unter anderen der Glasarbeiter- und der Zentralverband der Angestellten, haben ihre Generalversammlungen „in Anbetracht der durch die Ruhrbesetzung geschaffenen unklaren Lage" auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Opposition der graphischen Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen hat gegen eine derartige, über die Köpfe der Mitgliedschaft getroffene Entscheidung Protest erhoben, so daß hier die Urabstimmung erfolgt. Der Holzarbeiter-, der Textilarbeiter- und Kürschner-Verband haben dagegen alles für die Generalversammlungen (Wahlkreiseinteilung, Festsetzung der Wahltage, Tagesordnung usw.) vorbereitet, und es liegt den Mitgliedschaften nun ob, sich ihrerseits zu rüsten und solche Delegierte zu wählen, die die Interessen der Arbeiterklasse ernstlich zu vertreten imstande und willens sind.

Auf den Verbandstagen werden die wichtigsten, die Haltung der Organisation entscheidend beeinflussenden Maßnahmen getroffen. Die hier angenommenen Beschlüsse und Tarifverträge gelten bis zum nächsten Verbandstag, der in den meisten Verbänden einmal im Jahre, in manchen nur alle zwei oder gar drei Jahre vorgesehen ist. Dieser Bedeutung gemäß muß die bisherige Tätigkeit der Gewerkschaften in den Mitgliederversammlungen jetzt einer gründlichen Prüfung unterzogen und Stellung zu allen wichtigen Fragen: Arbeitslosigkeit und Teuerung, Ueberstundenarbeit, Lohnabbau u. dergl. m., genommen werden. Es müssen Anträge ausgearbeitet und rechtzeitig an die Zentralvorstände zur Veröffentlichung in den Fachorganen übermittelt werden, die Abwehrvorschläge bringen. Insbesondere muß endlich im Staat wie in der Praxis aufgeräumt werden mit der Arbeitsgemeinschaftspolitik, die die Grundursache dafür ist, daß die Industrie- und Agrarkapitalisten nach dem November 1918 in Deutschland noch einmal zu dem offensiven und brutalen Vorgehen gegen die Arbeiterschaft gekommen sind, wie es sich heute täglich krasser zeigt.

Auf den kommenden Verbandstagen rechnen die Gewerkschaftsführer, die durch ihre Zugeständnisse an das Unternehmertum immer wieder die Interessen der Arbeiterklasse verraten haben und mit Schuld sind an der ständig wachsenden Verelendung der erwachsenen Arbeiter und der Arbeiterkinder, gerade auf die Frauen. Im Textilarbeiter-Verband z. B. werden jetzt mit aller Macht die Frauen zusammengeholt durch Frauenkommissionen, die zur Generalversammlung ihre besonderen Kandidaninnen aufstellen sollen. Sowohl das geschieht, um die Frauen ihrer gerade in der Textilindustrie überwiegenden Zahl entsprechend größere Schulung und Einfluß zu gewähren, ist das nur begrüßenswert. Es geschieht aber auch, weil die Bürokratie in den Verbänden darauf baute, daß die Ar-

beiterinnen rückständiger sind als die Männer und sich leichter als diese damit beschwichtigen lassen, daß die politische und wirtschaftliche Lage Hinnehmen aller Unternehmerbrutalitäten erfordere und die alte Gewerkschaftspolitik keiner Aenderung bedürfe.

Diese Hoffnungen müssen die Arbeiterinnen gründlich zerstören. Durch ihr Auftreten und durch die Wahl nur revolutionär gesonnener Gewerkschaftsmitglieder müssen sie offensichtlich bekunden, daß auch sie aus den Erfahrungen der [illegible] kriegszeit gelernt haben. Insbesonder haben sie die Aufgabe, auch ihre besonderen Nöte als Arbeiterinnen auf den Verbandstagen zur Sprache zu bringen. Ihnen liegt es ob, ihren Verband und durch die einzelnen Verbände den ADGB. zum Kampf gegen die §§ 218/219 zu mobilisieren, die in der heutigen Zeit Hunderte von Arbeiterinnen ins Gefängnis bringen. Die Verbandstage müssen sich gegen die Schließung der Kindergärten, Krippen, Wöchnerinnenheime usw. wenden. Für die der kapitalistische Staat kein Geld übrig hat, während er zur gleichen Zeit noch Milliarden für Rennställe und andere Luxusbedürfnisse der Bourgeoisie ausgibt. Die Unternehmer, die mit Devisen eingedeckt sind und in der Nachkriegszeit ungeheure Gewinne eingesteckt haben, müssen Stillstunden und Krippen in den Betrieben errichten.

Die Frauen haben auf den Verbandstagen ihre Organisation zu mobilisieren, daß endlich der demokratische Grundsatz der Gleichstellung von Mann und Frau Praxis werde und die Verbände sich rückhaltlos einsetzen für den gleichen Lohn für die gleiche Leistung von Mann und Frau, wie es die Statuten fordern, und daß vor allem auch die Teuerungszuschläge und Erwerbslosenunterstützungen die gleichen werden.

Ein wichtiges, heute vielleicht das allerwichtigste Kapitel für die Frauen, ist ferner eine klare Stellungnahme zur Frage der Entlassungen. Wenn der Fabrikarbeiter-Verband und verschiedene Sektionen des Schuhmacher-Verbandes die Entlassung der verheirateten Arbeiterinnen proklamieren, wie es auch die VSPD. in Sachsen getan hat, so ist das eine völlige Verkennung der Tatsache, daß diese Entlassungen nur der Beginn immer mehr sich ausbreitender Arbeitslosigkeit sind und die Weltwirtschaftslage ebenso wie die Not der Arbeiterschaft den geschlossenen Kampf der männlichen und der weiblichen Proletarier erfordert gegen jede Entlassung. Der aber ist nur zu führen durch eine Regierung und durch Gewerkschaften, die kein Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien mehr kennen. Der ist nur zu führen durch die Kontrollierung der gesamten Wirtschaft durch die Arbeiterklasse. Weil alle diese Fragen so eng mit einander in Zusammenhang stehen, weil es keine „rein gewerkschaftlichen", von politischen Fragen losgelöste Angelegenheiten gibt, deshalb müssen und werden auch diese Probleme auf den Verbandstagen eine Rolle spielen; deshalb müssen die Arbeiterinnen auch an den politischen Debatten Anteil nehmen und eine eigene Meinung den leeren Reden so vieler Gewerkschaftsleiter entgegenstellen und auch die scheinbar unpolitischen Fragen vom Standpunkt des Kampfes gegen ihre Unterdrücker und Aussauger aus beurteilen.

Verstehen sie es, in diesem Jahre in dieser Weise aufzutreten, dann wird auch das Heer der Indifferenten wieder abnehmen und das Vertrauen gerade der vielen noch abseits stehenden Frauen in die Gewerkschaften wachsen. Die breite Front der revolutionären Kämpfer und Kämpferinnen aber ist unbesiegbar.

Irmgard Rasch.

Ein übler „Notschrei" nationalistischer Bourgeoisweiber.

Eine Margarete v. Gottschall hat einen Aufruf „An die Mütter der Erde" verbrochen, der durch alle reaktionären Blätter geht. Darin sagt sie:

Hört unseren Schrei!

Unsere Frauen werden mit Reitpeitschen aus den Arbeitsstätten gejagt, unsere Kranken aus den Krankenhäusern, unsere Kinder aus den Schulen getrieben! Unseren Kleinsten wird die lebensnotwendige Milch genommen! Mütter der Erde! Hört unseren Schrei!

Unsere Kohlen sollen uns genommen werden, das Letzte, was uns geblieben ist, um dem Gespenst des Hungers, des Frostes, der völligen Verelendung wehren zu können!

Unsere Männer werden brotlos gemacht und des Landes verwiesen — die Frauen, die unmündigen Kinder werden gezwungen, binnen weniger Stunden das schützende Heimatdach zu verlassen und unbeschirmt, verwaist, in die Fremde zu fliehen!

O Frauen und Mütter der Erde, hört unseren Schrei!

Man muß sich vergegenwärtigen, daß das Dings z. B. in Pommern oder Ostpreußen erscheint, und daß es so tut, als rede es von einer Not der Arbeiterfrauen!

Diese Arbeiterfrauen auf dem Lande in Deutschland und ebenso in den Industriebezirken aber sind derartige Plagen, wie sie der Aufruf fälschlicherweise nur den Franzosen zuschiebt, längst gewöhnt. Und zwar tun ihnen die deutschen Reichen alle diese Plagen genußsam an.

Das heldenmütige Fräulein v. Gottschall hätte anders schreiben müssen, wenn sie auf Arbeiterfrauen wirken wollte. Sie hätte schreiben sollen: Unseren Kleinen wird die Milch genommen — von den gierigen Agrariern! Unsere Frauen werden aus der Arbeitsstätte verjagt von den schamlosen Fabrikanten, die die Ruhrentschädigung haben wollen! Unsere Kohlen sind uns genommen — von den Zechenbaronen mit ihren unverschämten Preisen!

Wir haben nicht Schuh, noch Dach, noch Wärme, noch Fleisch, noch Brot, noch Milch! — weil uns das unverschämte deutsche, nationalistische Ausbeuterpack ausplündert. Dasselbe Pack, das die Lebensmittelspenden der Ruhrhilfe aus den armen Landarbeitern herausholt. Dasselbe Pack, das die Milliarden der Ruhrhilfe in die weiten Taschen der Unternehmer füllt. Dasselbe Pack, das mit Arbeiterblut neue imperialistische Schlachtfelder düngen möchte und deshalb weibliche nationalistische Hetzkaplane mit „Notschreien" auf die Arbeiterschaft losläßt.

Dasselbe Pack, das man zu allen Teufeln jagen muß, wenn man Frieden bekommen und seinen Hunger stillen will.

Wer von den Arbeiterfrauen den oben gekennzeichneten Notschrei in seinem „parteilosen" Leibblatt findet, der muß vor allem dieses schmutzige nationalistische Papier aus dem Hause werfen und dann eine kommunistische Zeitung in die Hand nehmen.

Welche Aufgaben haben die proletarischen Frauen als Schöffen und Geschworene?

Von Felix Halle.

III.

Wir hatten in dem letzten Artikel über die Aufgaben der Proletarierin als Schöffin gesprochen. Wir hatten die Schöffengerichte als die untersten Strafgerichte in dem heutigen Aufbau der deutschen Gerichte kennen gelernt. Wenn wir in dem vorliegenden Aufsatz von den Aufgaben der Proletarierin als Geschworene sprechen wollen, so ist es notwendig, die gesamte Organisation der heutigen Strafgerichte zu skizzieren, um die Stellung des Schwurgerichts innerhalb der Gerichtsverfassung anschaulich zu machen. Die Amtsgerichte, bei denen die Schöffengerichte gebildet werden, sind als lokale Gerichtsbehörden eingerichtet worden. Die Schöffengerichte haben nur die geringsten Gesetzesverletzungen abzuurteilen. Die höchste Strafe, die sie verhängen können, ist eine Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren.

Das Gericht der nächsten Ordnung ist das Landgericht. Es fällt heute seine Entscheidung in Strafsachen erstens in der Form der Strafkammer, d. h. in der Besetzung mit fünf gelehrten Richtern zur Zeit noch unter Ausschluß jeglicher Laienbeteiligung. Diese Strafkammern sind für eine große Reihe von Vergehen und Verbrechen zuständig. Sie können Freiheitsstrafen bis zu 15 Jahren verhängen. In der Hauptsache sind es die Eigentumsverbrechen (Diebstahl, schwerer Diebstahl, Diebstahl im Rückfall und Betrug), welche von den Strafkammern abgeurteilt werden. Gegen diese Strafkammerurteile gibt es keine Berufung, sondern nur den Einwand der Gesetzesverletzung (Revision), die an das Reichsgericht geht. Die Strafkammern sollen künftighin auch nach dem Regierungsentwurf über den neuen Strafprozeß durch große Schöffengerichte ersetzt werden.

Außer den Strafkammern haben die Landgerichte die Einrichtung der Schwurgerichte, die tagungsweise (in sogenannte Schwurgerichtsessionen) zusammentreten. Das Schwurgericht besteht aus drei gelehrten Richtern, die der Präsident des Landgerichts bestimmt und sodann aus 12 Laien (jetzt Männer und Frauen), welche die sogenannte Geschworenenbank bilden. Für den Proletarier ist es nun sehr lehrreich zu erfahren, welche Personen zu Geschworenen berufen werden. Die Wahlvorgänge sind sehr komplizierte, weil die Bourgeoisie die Garantie haben will, daß möglichst nur Angehörige der Bourgeoisie, nur solche Kleinbürger und Proletarier zu Geschworenen gewählt werden, die in der Ideologie der herrschenden Klasse befangen sind, und nicht ihren eigenen Klassenstandpunkt vertreten. Bei der Berechnung des Schöffengerichts hatten wir festgestellt, daß in jeder Gemeinde eine sogenannte Urliste zur Auswahl der Schöffen angelegt wird. Die gleiche Liste dient zur Auswahl für die Geschworenen. Außer den Vertrauensleuten der Gemeindevertretung wirken bei der Auswahl der Laienrichter höhere Beamte der Justizbürokratie (gelehrte Richter) und höhere Regierungsbeamte (Regierungsräte) mit, d. h. an Stelle einer direkten Wahl durch das werktätige Volk indirekte Wahl der Laienrichter unter Teilnahme der Bürokratie des bürgerlichen Staates. Für jede Sitzung werden auf diese Art 30 Geschworene ausgewählt. Diese 30 Geschworenen unterliegen bei der Bildung der Geschworenenbank, einer nochmaligen Auswahl durch das Gericht, wobei Staatsanwaltschaft und Verteidigung ohne Angabe von Gründen je 6 Geschworene ablehnen können. In den politischen Prozessen gegen revolutionäre Proletarier ist es immer wieder vorgekommen, daß die Staatsanwaltschaft alle Angehörigen der werktätigen Bevölkerung, Arbeiter, Angestellte, auch untere und mittlere Beamte durch Ablehnung vom Geschworenenamt ausgeschlossen hat.

Nachdem nun auf so umständliche Art die Geschworenenbank zustande gekommen ist, beginnt die Hauptverhandlung. Die Schwurgerichte sind nach dem geltenden Gesetz zuständig für Verbrechen, welche nicht zur Zuständigkeit der Strafkammer oder des Reichsgerichts gehören. In der Hauptsache sind es die Verbrechen gegen das Leben, Mord, Totschlag, Kindesmord, sodann die sogenannten gemeingefährlichen Verbrechen, Brandstiftung, Ueberschwemmung, Sprengstoffverbrechen, ferner Raub, Sittlichkeitsverbrechen, z. B. Notzucht, Abtreibung, schließlich für schwerere Amtsverbrechen und auch öffentliche Urkundenfälschung, die vor den Geschworenen zur Aburteilung kommen. Ferner werden vor den Geschworenen die Rädelsführer bei Landfriedensbruch und Aufruhr abgeurteilt, ebenso die Täter bei schwerem Landfriedensbruch oder Aufruhr. Namentlich diese Zuständigkeit der Schwurgerichte bringt eine Menge politische Prozesse vor die Geschworenen. In Süddeutschland sind sodann die Schwurgerichte auch für Pressedelikte zuständig, jedoch durch die Einsetzung der bayerischen Volksgerichte ist diese Zuständigkeit praktisch zurzeit sehr begrenzt worden.

Die Leitung der Verhandlung im Schwurgericht liegt dem Vorsitzenden ob. Alle Beschlüsse über den Gang des Verfahrens und die Beweisaufnahme beschließt das gelehrte Gericht. Es ist wünschenswert, daß die Geschworenen jedoch, falls das gelehrte Gericht die Beweisaufnahme gegen ihren Wunsch abzukürzen sucht, zu Protokoll Einspruch erheben, weil sie nicht in der Lage wären, ohne Erhebung dieses Beweises ihren Spruch zu fällen. Die Vernehmung der Angeklagten und der Zeugen liegt dem Vorsitzenden des Gerichts ob. Außer dem Staatsanwalt und dem Verteidiger dürfen aber auch die Geschworenen Fragen an die Zeugen stellen. Den Angeklagten dürfen sie nur durch Vermittlung des Vorsitzenden befragen. Am Schluß der Beweisaufnahme werden den Geschworenen sogenannte Schuldfragen vorgelegt, über die sie in einem besonderen Beratungszimmer, ohne Gegenwart des gelehrten Gerichts, beschließen. Für diese Beratung wählen sich die Geschworenen aus ihrer Mitte einen Obmann. Bevor sich die Geschworenen zur Beratung zurückziehen, halten der Staatsanwalt und die Verteidiger ihre Plädoyers, darauf folgt eine sogenannte unparteiische Rechtsbelehrung des Vorsitzenden. Auf Grund des Spruches der Geschworenen fällt das Gericht dann das Urteil. Die Geschworenen entscheiden nur über die Fragen schuldig oder nichtschuldig und über die Frage der mildernden Umstände. Die Strafen bestimmt das gelehrte Gericht ohne Mitwirkung der Geschworenen.

Die proletarischen Frauen, die im bürgerlichen Staate zu Geschworenen gewählt wurden, dürfen sich durch den feierlichen Apparat des Schwurgerichts eben so wenig abschrecken oder befangen machen lassen wie der kommunistische Parlamentarier. Sie dürfen im Schwurgericht nichts anderes sehen als ein politisches Werkzeug der bürgerlichen Klasse zur Aufrechterhaltung der Macht der herrschenden Klasse. Sie müssen daher die Beratungen benutzen, um ihrer proletarischen Weltanschauung Ausdruck zu geben, sie müssen versuchen, proletarische Mitgeschworene oder Geschworene aus dem Kleinbürgertum und schwankende Elemente des Bürgertums zu ihrer Beurteilung des Falles hinüberzuziehen, um im konkreten Einzelfall eine Entscheidung herbeizuführen, die sie von ihrem Klassenstandpunkt aus für wünschenswert halten. Die proletarische Geschworene wird aus den einzelnen zur Aburteilung gelangenden Fällen lernen müssen, wie sie den einzelnen Fall vom Standpunkt des werktätigen Volkes gesehen, beurteilen muß. Sie wird dem proletarischen Angeklagten, der gegen die Uebermacht der alten Ordnung in schwerer Bedrängnis ringt, zu Hilfe kommen müssen, sie wird gegen den weißgardistischen Mörder und Zeitenschieber, dem seine reaktionären Freunde auch im Gerichtssaal zu helfen versuchen, zu überführen, zu entlarven und der Bestrafung zuzuführen suchen. In Abtreibungsprozessen gegen Frauen, die sich in schwerer wirtschaftlicher Not befanden, wird sie verhindern müssen, daß ein überlebtes Gesetz zur Anwendung kommt und eine Bestrafung dieser unglücklichen Frauen stattfindet. Solche Prozesse wird sie zur Aufklärung der als Geschworenen beteiligten Frauen benutzen müssen. Zwar erklären in der bürgerlichen Presse Berufsrichter, daß ein Richter, der den politischen Mord für erlaubt hält, der die Strafbarkeit des Diebstahls verneint, der die Abtreibung für zulässig hält und dementsprechend seine Stimme abgibt, entfernt werden muß, und sie fordern eine Instanz, die es ermöglicht, derartig ungeeignete Personen nachträglich vom Richteramt zu entfernen. Die proletarischen Laienrichter dürfen sich durch solche Forderungen nicht schrecken lassen. Bürgerliche Gerichte, durchsetzt sowohl mit gelehrten wie mit bürgerlichen Laienrichtern, haben mehrere hundert Fälle von politischen Morden während der letzten Jahre nicht bestraft und die reaktionären Mörder laufen frei herum, obwohl sie nach dem Gesetz ihres eigenen Staates der Strafe verfallen wären. Bürgerliche Richter haben den Offizier, der die Ehr der Genossin Rosa Luxemburg unterschlagen hat, von jeder wirklichen Strafe freigesprochen. Die Abtreibung, soweit sie von „Damen" der Bourgeoisie begangen wird, kommt überhaupt nicht zur Anklage.

Die proletarischen Frauen sollen das, was sie als Richterin in öffentlicher Verhandlung hören, nicht nur für sich behalten, sondern in Versammlungen, vor allem aber in der Parteipresse den anderen Genossen und Genossinnen zugänglich machen. Soweit aber bei den Verhandlungen die Oeffentlichkeit ausgeschlossen wird und es sich um Vorgänge handelt, die sich im Beratungszimmer abgespielt haben und die zu Beschwerden Anlaß geben, können sich die Genossen an die Fraktionen der KPD. im Reichstage oder in dem betreffenden Landtage wenden. Den Abgeordneten ist verfassungsmäßig ein Zeugnisverweigerungsrecht eingeräumt. Auf diese Weise ist es möglich, noch im weiteren Umfange als bisher Mißstände, sei es bei der Beratung des Justizetats, sei es in besonderen Anfragen und Interpellationen zur Sprache zu bringen. Die proletarische Frau muß als revolutionäre Kämpferin ebenso wie die männlichen Genossen mehr Aufmerksamkeit als bisher dem Gebiete des Justizwesens zuwenden. Die bürgerliche Klassenjustiz ist eine der Grundlagen der kapitalistischen Klassenherrschaft. Ein reaktionärer Staatsanwalt hat es gelegentlich des Kapp-Putsches als das Gute an der Novemberrevolution von 1918 hervorgehoben, daß sie an den Justizgesetzen nichts geändert hat. Um so mehr wird das revolutionäre Proletariat danach streben müssen, daß an die Stelle der bürgerlichen Klassenjustiz die Justiz des werktätigen Volkes tritt.

Schupohelden gegen hungernde Frauen

Die Schupo tut sich im besetzten Gebiet besonders hervor, und Severing hat im Landtag von den engen Beziehungen der Schupo zu den Faschisten gesprochen. Gerade im besetzten Herzenkessel ist die Schupo dieser Beziehungen auf das schwerste verdächtig.

Die Schupo in Remscheid hat am 14. März bei einer Teuerungsdemonstration der hungernden Frauen auf dem Markte blank gezogen und viele Frauen niedergeschlagen und verletzt. Andere hungernde Frauen sind von diesen Gesellen verhaftet worden.

Die Remscheider Arbeiter sind deshalb, 20 000 an der Zahl, aufgestanden und haben Genugtuung verlangt: Freilassung der verhafteten Frauen und vollständige Anerkennung der Kontrollausschüsse der Frauen und Männer!

Einen Teil der faschistischen Schupo hatte vorher schon die französische Besatzungsbehörde davongejagt — nun treiben die dagebliebenen nationalistischen Hetzbrüder auch noch mit Bajonetten den hungrigen Arbeiterfrauen die letzte Sympathie mit der lieben deutschen Republik aus dem Leibe!

Eine schöne Sorte von republikanischen Beamten, diese blutigen Helden gegen hungernde Frauen!

Die erste weibliche proletarische Hundertschaft.

Proletarierfrauen sind keine Amazonen, die sich gern in der Zeitung gedruckt sehen, wie die bürgerlichen hysterischen Weiber, die noch immer zu den Truppen gelaufen sind.

Unsere Genossinnen in Zella-Mehlis haben eine weibliche proletarische Hundertschaft aufgestellt, sie sind auf die einfachste Art und Weise zu dieser Sache gekommen. Dort, in Thüringen, ist eine dichtgeballte, regsame industrielle Arbeiterschaft, und die dortigen Arbeiterfrauen haben durch ihre Kontrollausschüsse schon bewiesen, daß sie sich von den frechen Lebensmittelwucherern nicht ohne weiteres auf der Nase

herumtanzen lassen. In diesen Abwehrformationen gegen den Hunger haben die Arbeiterfrauen den Zusammenschluß auch gegen andere Angriffe gelernt. Sie sind in Zella-Mehlis bereits am 11. März bei dem Aufmarsch der 4000 Mann proletarischer Hundertschaften als weibliche Hundertschaft schon angetreten.

In Thüringen sind die bewaffneten Horden der deutschen Faschisten seit Monaten frech gewesen; sie verschleppten Arbeiter und schlugen sie lahm; sie warfen kommunistischen Funktionären nächtlicherweile die Fenster ein und knallten in Feld und Flur. Darauf haben sich endlich die Thüringer Arbeiter im Nu auf die Hinterbeine gesetzt. Es ist ein wunderbares gutes Zeichen des proletarischen Mutes, wenn auch die Frauen die einfache Würde des Sichwehrens einsehen und sich in Reih und Glied stellen.

Viel reden und Bierabende braucht man da nicht, aber stets und ständig muß man wachsam sein.

Die feigen Sozialdemokraten sind blind. Sie selbst werden Kopf und Kragen verlieren, wenn der Rechtsputsch kommt, der so sicher ist wie das Amen in der Kirche. Aber diesmal soll ein Rechtsputsch nicht aus den Wolken fallen und ein unvorbereitetes Proletariat treffen. Diesmal hauen wir uns durch, und unsere proletarischen Frauen müssen uns dabei helfen.

Erst schon: Disziplin in die Knochen durch die Bildung der weiblichen proletarischen Hundertschaften! — Wenn die proletarischen Männer bedenklich sind, ohne weiteres Frauen in die eigenen Hundertschaften einzureihen — mit langem Redeführen diese Bedenklichkeiten zu besiegen ist nun keine Zeit mehr! — Bildet sie allein, ihr proletarischen Frauen!

Besonnene Ueberlegung über die Aufgabe der weiblichen proletarischen Hundertschaften des proletarischen Gesundheitsdienstes, der Aufklärungs- und Kurierdienste werdet Ihr schon allein unter Euch finden. Natürlich funktioniert Ihr gar nicht allein, sondern im engsten Zusammenhang mit den anderen Hundertschaften und der politischen Leitung der Kommunistischen Partei.

Niemand in Deutschland und niemand, sogar in der ganzen Welt, ist fähig, das Proletariat zu lehren, wie es den blutgierigen weißen Horden die Zähne zeigen muß, als die Kommunistische Partei! — Wir sind die Partei des Kampfes und der Tat, und wir werden die bewaffnete Bourgeoisie endlich auf die Knie zwingen.

Die prächtigen Zella-Mehliser Arbeiterfrauen sind vollkommen auf dem rechten Wege mit ihrer weiblichen proletarischen Hundertschaft.

Wie durch eine solche politische Betätigung sich sofort der Typ der Kämpferin verändert, das zeigt die Zuschrift einer Referentin, die wir ungekürzt hier abdrucken wollen:

„Am 10. März sprach ich in einer überfüllten Frauenversammlung, die mich erschüttert hat, wie kaum eine. Es war einmal der starke Besuch, dann aber hauptsächlich der lebhafte und revolutionäre Geist der Versammlung. Diese Suhler und Zella-Mehliser Frauen, von denen ein großer Trupp von dort herübermarschiert war. Diese eifrige Mitarbeit der Frauen bei meinem Referat, bekundet durch Gesten und Rufe, und dann vor allem bei der Diskussion. Besonders zwei Zella-Mehliser Frauen schilderten ihre Eriahrungen in ihrem Kontrollausschuß mit ihrem Temperament, einer Schlagfertigkeit und einem revolutionären Feuer, daß es alle mit fortriß. Sie sind da sehr energisch vorgegangen (Beschlagnahme, billigerer Verkauf usw.) „Und wenn sie mich beshalb hinter Schloß und Riegel stecken würden", schloß die ältere Zella-Mehlisrin ihre Diskussionsausführungen, „so macht mir das gar nichts aus: unsere Vorkämpfer haben ganz andere Opfer für unsere Sache gebracht!" Und das war aus dem Mund dieser alten Frau, die mich an Gorkis „Mutter" erinnerte, keine Phrase, sondern eine so schlichte Wahrheit, daß auch die Versammlung in spontanen Beifall ausbrach."

Der politische Kampf ist kein Spiel, sondern eine schwere Kunst, und die bringt einem niemand bei, außer der harten Notwendigkeit, die den Kampf und schließlich die richtigen Mittel schafft und den Sieg herbeibringt.

Selbstverständlich schreiten in der sozialen Revolution die Frauen mit. Die Bildung der weiblichen Formationen ist nur ein Zeichen, wie weit wir schon vorschreiten, wie tief schon die revolutionäre Empörung wühlt.

Voran, Genossinnen! Voran, hungernde proletarische Frauen! Unsere Zeit ist nah'!

Der Kampf gegen die Kasernierung der Prostituierten.

Vor längerer Zeit wurde in der bremischen Bürgerschaft von der VSPD. der Antrag gestellt: „Die Deputation für das Gesundheitswesen wolle einen Bericht darüber erstatten, ob sich die Aufhebung der Kontrollstraße (Helenenstraße) empfehle. Der Antrag hat die gesamte bremische Aerzteschaft auf den Plan gerufen. Allen voran schritt der Obermedizinalrat Prof. Tjaden, der eine umfangreiche Schrift über die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten herausgegeben hat. Er legte dar, daß durch die kasernierte Prostitution die Gefahr von Ansteckungen der Geschlechtskrankheiten fast unterbunden sei. Da durch die hygienischen Einrichtungen die Prostituierten weitgehendst geschützt seien. Prof. Tjaden ist der Meinung, daß durch die Aufhebung der Kontrollstraße die Geschlechtskrankheiten in ungeheurem Maße steigen würden. Die Besucherzahl, die durch eine Kontrolle festgestellt sei, gäbe ein Bild von der Notwendigkeit des Bestehenbleibens der Kasernierung. Prof. Tjaden hat daneben die Ansicht vertreten, daß der bremische Staat, um der stark um sich greifenden Geschlechtskrankheit zu steuern, Absteigequartiere einrichten müsse, die mit hygienischen Einrichtungen versehen werden müßten. Prof. Tjaden betrachtet diese Einrichtung als ein Aushilfsmittel, um der Straßenprostitution mit der Gefahr der Ansteckungsmöglichkeit Einhalt zu gebieten.

Es wird notwendig sein, ein Urteil über die Kasernierung der Prostitution von den Prostituierten selbst zu hören. Prof. Tjaden hat in seiner Schrift angeführt, daß von 70 Prostituierten nur eine für die Aufhebung der Kasernierung sei. Demgegenüber ist festgestellt, daß, wenn die Kasernierung aufgehoben wird, die Prostituierten in erster Linie verlangen, in sozialer Hinsicht sicher gestellt zu sein. Sie wollen eine Existenzmöglichkeit. Jedoch nicht in der Form, daß sie als frühere kasernierte Prostituierte gekennzeichnet werden. Sie verlangen, daß sie nach Aufhebung der Kasernierung, von der polizeilichen Kontrolle befreit werden. Würde diesen berechtigten Forderungen stattgegeben, so darf man erwarten, daß das Urteil der kasernierten Prostitution ein anderes ist, als Prof. Tjaden festgestellt hat.

Wie steht nun der bremische Staat zu der Kasernierung der Prostitution?

Die Kontrollstraße ist Eigentum eines Privatmannes. Er bezieht von den 70 Insassen täglich 300 bis 400 M. Miete. Das macht eine Gesamtsumme von 21 000 bis 28 000 M. täglich. Dafür haben die Prostituierten ein möbliertes Wohn- und Schlafzimmer nebst Küche. In jedem Hause sind 3 Prostituierte untergebracht. Der bremische Staat stellt für die Gesunderhaltung dieser Ausbeutungsobjekte medizinisches Personal und hygienische Einrichtungen zur Verfügung. Man sieht also in dem bremischen Staat eine Stelle, die den Gewinn eines Inhabers von Häusern durch die Ausbeutung und Preisgabe eines weiblichen Körpers fördert.

Wie stellt sich nun die breite Oeffentlichkeit zu dieser Frage?

In einer öffentlichen Versammlung, die einberufen war von der Kommission für Fraueninteressen, hielt ein Herr Dr. Kmaat einen Vortrag über „Die Geschlechtskrankheiten und ihre Verbreitung". In dieser Versammlung wurde eingehend über die Schrift von Herrn Prof. Tjaden diskutiert. Der hamburgische Sozialdemokrat Herr Dr. Kmaat vertrat den Standpunkt, daß durch die Kasernierung der Prostituierten der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten kein Einhalt geboten sei. Ein Frl. Lüders, die dem Obermedizinalrat Prof. Tjaden parteipolitisch sehr nahe steht, hat die Schrift von Prof. Tjaden als direkt unerhört hingestellt. Die Kommunistinnen, die in dieser Versammlung vertreten waren, haben den Standpunkt eingenommen, daß die Prostitution und die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten ihren Ursprung in den wirtschaftlichen Verhältnissen haben. Durch die schlechte Entlohnung und die Erwerbslosigkeit würden viele Mädchen der Prostitution in die Arme getrieben. Die Kommunistinnen verlangten, daß die Versammelten, um die Prostitution zu bekämpfen, dafür einzutreten hätten, daß die niedrigen Frauenlöhne als Hauptursache verschwinden, und daß für gleiche Arbeit der gleiche Lohn bezahlt werden soll. Ferner, für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten aufreichende Aufklärungen und hygienische Einrichtungen in Fabriken und Betrieben. Eine Vertreterin der VSPD. vertrat die Ansicht, daß durch den zunehmenden Auslandsverkehr in der Hafengegend sich die Notwendigkeit der Einrichtung weiterer Kontrollstraßen ergäbe. Der bremische Senat hat durch die öffentliche Versammlung sich wohl eines anderen belehren lassen. Vor der Versammlung hatte der bremische Senat sich die Ansicht von Prof. Tjaden zu eigen gemacht und die Beibehaltung der Kasernierung für dringend notwendig erachtet. Als in der darauffolgenden Bürgerschaftssitzung der Bericht des Gesundheitsrates über die Aufhebung der Kasernierung oder deren Möglichkeit gegeben werden sollte, wurde dieser Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt, da der bremische Senat noch einmal das Material einer Prüfung unterziehen wolle. Vielleicht trug die Versammlung etwas dazu bei. In derselben Bürgerschafts-Sitzung wurde über einen Antrag, der 500 000 M. zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten forderte, verhandelt. Auf die Einwendungen der Kommunistischen Fraktion, daß die beiden Anträge nicht voneinander getrennt, sondern miteinander verbunden werden müßten, wurde kein Wert gelegt. Der Antrag auf Bewilligung von 500 000 M. zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wurde angenommen, während der Bericht der Deputation seit Oktober auf sich warten läßt. Die Kommunistinnen der bremischen Bürgerschaft werden bei dieser Berichterstattung auf dem Posten sein müssen, um der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zu zeigen, wie man das Uebel an der Wurzel packen kann und muß, und bei dieser Gelegenheit wird es an den Sozialdemokraten liegen, hier in Bremen Farbe zu bekennen. Wir verlangen, daß sich die Sozialdemokraten auf den Standpunkt ihres Parteigenossen Dr. Kmaat stellen, der in der Versammlung sich gegen die Kasernierung aussprach.

Gesine Becker.

Kommunistinnen in die Hebammenstellen!

Am 1. Februar sind diejenigen Paragraphen des neuen preußischen Hebammengesetzes in Kraft getreten, die sich mit der Errichtung von Hebammenstellen befassen. Diese Stellen für Kreis und Provinz haben — obwohl in ihren Funktionen beschränkt — immerhin die Möglichkeit, aus dem Gesetz etwas für die Proletarierinnen herauszuholen, und zwar für die Mütter sowohl als auch für die Hebammen.

In die Provinzialhebammenstellen müssen drei Mütter gewählt werden, in die Kreishebammenstelle „mindestens zwei", doch ist die Wahl weiterer Mitglieder zulässig.

Hier gilt es, Kommunistinnen einzusetzen. Die Proletarierin in den Hebammenstellen wird ein offenes Ohr haben für Beschwerden der Mütter über Hebammen, sie wird aber auch die berechtigten Ansprüche der Hebamme als einer arbeitenden Frau anerkennen. Gerade die Tätigkeit der Kreishebammenstelle gibt Gelegenheit, für kommunistische Prinzipien einzutreten.

Da ist 1. die Abgrenzung der Niederlassungsgebiete. Hier darf nicht Sparsamkeit, sondern lediglich die Zweckmäßigkeit die Größe entscheiden, da sonst Leben von Mutter und Kind gefährdet werden könnte, auch die Zeit und Kraft der Hebamme durch übermäßig weite Wege unnütz vertan würde.

2. Die Erteilung von Niederlassungsgenehmigungen an Hebammen, und

3. die Anstellung von Bezirkshebammen.

Hier gilt es vor allem, für ausreichende Anstellung zuverlässige Hebammen als Bezirkshebammen Sorge zu tragen. Es ist bei der Unzulänglichkeit des Gesetzes zu erwarten, daß die bürgerliche Mehrheit der Hebammenstellen viel mehr für Erteilung von Niederlassungsgenehmigungen an freie Hebammen zu haben sein wird, als für die feste Anstellung von Bezirkshebammen. Denn in dieser Anstellung wittert man einen Schritt auf dem Wege zur Verstaatlichung des Gesundheitswesens. Bei unzureichender Bezahlung der Bezirkshebamme wird die Hebammenschaft nach wie vor für freie Niederlassung sein, und an den alten Uebeln wird nichts geändert werden *).

Allerdings hat die Hebammenstelle als Beschwerdeinstanz eine wichtige Funktion!

Die Mutter, die sich durch eine Hebamme nicht gut behandelt fühlt — sei es, daß sie überhaupt Nachlässigkeiten bei Entbindung oder Wochenbesuchen feststellt, sei es, daß die Proletarierin sich gegen die besitzende Frau zurückgesetzt sieht —, kurz, es steht ihr ein Beschwerderecht an die Hebammenstelle zu. Wird eine Verfehlung der Hebamme festgestellt, so wird sie zunächst verwarnt, im Wiederholungsfalle kann ihr die Niederlassungsgenehmigung entzogen werden.

Bei dieser Funktion ist die Mitwirkung von Proletarierinnen unbedingt notwendig. Die Aufdeckung von manchem alteingefressenem Uebel wird erfolgen, und Sache der Kommunistinnen in den Hebammenstellen wird es sein, für Abstellung dieser Uebel zu sorgen.

Auf keinen Fall dürfen wir Kommunistinnen versäumen, die kleine, aber nicht unwichtige Position in den Hebammenstellen auszunutzen. Die F.A.K. muß sich allerorts in Preußen mit den kommunalen Vertretern in Verbindung setzen, um geeignete Vorschläge für die Besetzung der „Mütter" in den Kreishebammenstellen zu machen. Die Wahl erfolgt durch die Stadtverordnetenversammlung oder in Landkreisen durch den Kreistag.

Kommunistinnen: in die Hebammenstellen! Genossinnen, sorgt dafür.

G. Meyer-Hepner.

*) Also ist auch hier mit der unangebrachten Sparsamkeit aufzuräumen, die besser bei Zahlung sehr überflüssiger Pensionen angewendet wäre.

Aus der Internationale

Gruß der jugoslawischen Kommunistinnen an das Frauensekretariat der Kommunistischen Internationale.

Die Arbeiterinnen Jugoslawiens sind durch die Reaktion und den weißen Terror, der schon seit 2 Jahren in Jugoslawien wütet, verhindert, durch öffentliche Versammlungen und Konferenzen den 8. März, den Internationalen Tag der arbeitenden Frauen zu feiern. Sie haben aber an diesem Tag auf einer engeren Konferenz einen Ausschuß der arbeitenden Frauen Jugoslawiens geschaffen, der dem Frauensekretariat der Kommunistischen Internationale seine warmen, kameradschaftlichen Grüße entbietet.

Wir wollen alle unsere Kräfte für den Befreiungskampf der arbeitenden Klasse, für die Verwirklichung unserer Ideale einsetzen!

Nieder mit der Reaktion, dem Faschismus!
Nieder mit den imperialistischen Kriegen!
Es lebe die Einheitsfront des Proletariats!
Hoch der proletarische Friede!

Belgrad, den 8. März 1923.

Familienlöhne.

Die Wege der Unternehmeroffensive sind nicht geradlinig. Durch hunderterlei Schliche und Tücken sucht das Unternehmertum seine Forderungen auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiterschaft durchzusetzen. Von einem neuen Anschlag auf die Arbeiterschaft berichtet unser belgisches Bruderblatt „Le Drapeau Rouge": Schon seit längerer Zeit versuchten die Unternehmer in Belgien Lohnkürzungen durchzuführen und den Achtstundentag abzubauen. Die immer steigende Teuerung erschwerte aber diese Versuche, und augenblicklich kämpft das belgische Proletariat um eine 10prozentige Lohnerhöhung. In dieser Situation erklärt sich das Unternehmertum bereit, den Arbeitern, die Familienväter sind, eine höhere Lohnzahlung zu gewähren. Aus Menschlichkeit und um dem Elend der Frauen und Kinder ein Ende zu machen, hätten sie sich freiwillig zu diesem Schritt herbeigelassen — so brüsten sie sich in den höchsten Tönen. Dürfen wir diesen schönen Worten Glauben schenken?

Es gibt in der kapitalistischen Gesellschaft keine Situation, in der der Unternehmer freiwillig auf seinen Gewinn verzichten würde, und so ist auch dieser „Vermittlungsantrag" des Unternehmertums nichts anderes als der Versuch, die Arbeiterschaft auf zwei Fronten zugleich zu schlagen.

Die „Familienlöhne" sollen vor allem durch die freiwillige Auszahlung eines höheren Lohnsatzes an einen Teil des Proletariats bewirken, sich um die vom Gesamtproletariat geforderte Lohnerhöhung herumzudrücken. Zugleich aber spalten sie durch diese Taktik das Proletariat in zwei Lager, die unfähig sind, gemeinsam den Lohnkampf zu führen. So wurde z. B. in einer belgischen Versicherungsgesellschaft an Stelle der geforderten 10prozentigen Lohnerhöhung ein Familienzuschlag von 1 bis 1,5 Prozent vorgeschlagen, und dieses Vorgehen wird in Belgien bereits allgemein angewendet. Dabei ist das wichtigste Ergebnis für den Unternehmer, daß gerade die Familienväter, deren Lebensansprüche naturgemäß höhere sind, zufriedengestellt werden und die anderen Arbeiter in ihrem Kampf im Stich lassen. Der einheitliche Kampf des Proletariats soll zerrissen und damit der Widerstand auf allen Fronten geschwächt werden.

Noch deutlicher tritt dieses Bestreben in Frankreich zutage. Dort wurde in einer der letzten Sitzungen der Deputiertenkammer ein Antrag angenommen, der eine Erhöhung um 120 Francs für alle verheirateten Staatsangestellten in Aussicht nimmt. Zu gleicher Zeit wird aber das Gehalt der unverheirateten Staatsangestellten um 60 Francs reduziert! Die Erhöhung der Gehälter der Verheirateten wird also auf Kosten der unverheirateten Staatsangestellten aufgebracht!

Aber wenn sich die üblen Folgen der Zerreißung der Einheitsfront heute unmittelbar an dem unverheirateten Proletarier auswirken, wird eine veränderte wirtschaftliche Lage gerade die besser bezahlten Familienväter am schwersten treffen. Bei der in absehbarer Zeit einsetzenden Arbeitslosigkeit in Belgien und Frankreich werden gerade sie, als die besser bezahlten Arbeiter, als erste auf die Straße fliegen. In beiden Situationen hat der Unternehmer gewonnenes Spiel!

Es ist vollkommen klar, daß sich das Proletariat gegen diese Lohnungsmethode, die darauf ausgeht, eine Schicht des Proletariats gegen die andere auszuspielen, energisch zur Wehr setzen muß. Was machen nun die Gewerkschaften, in denen zahlreiche Arbeiter organisiert sind? Sie sagen: „Wartet ab! Wir werden mit den Unternehmern verhandeln.“ Aber während dieser Zeit des Abwartens h a n d e l n die Unternehmer! Die belgischen und französischen Sozialdemokraten und die Gewerkschaften haben nämlich Wichtigeres zu tun, als sich um das Elend des Proletariats zu kümmern. Sie sind eifrig beteiligt an dem Feldzug gegen die „Boches“ (die Deutschen) und lassen dabei völlig außer acht, daß die Bourgeoisie sowohl ihnen als auch dem gesamten belgischen Proletariat das Fell über die Ohren zieht. Denn der Feind des Proletariers ist nicht der Boche, er ist die eigene Bourgeoisie, er steht im eigenen Land!“

Dina Schreiber.

Aus der Organisation

Bericht aus Danzig.

Danzig hat so seine Eigenart in der Arbeiterbewegung. Die Ereignisse treten hier immer erst auf, wenn sie sich im Reich schon ausgewirkt haben. Die Arbeiterklasse ist hier schwerfälliger und bewegt sich nach dem Sprichwort: Wer langsam fährt, kommt auch zu Markt. Nur 1918, da war es anders. Die Versammlungen waren überfüllt und die Redner überboten sich in revolutionären Worten. Auch die Kleinmütigsten faßten neue Zuversicht und rechneten mit einer baldigen Besserung der Zustände. Als die SPD. sich bald offen reformistisch betätigte, da schlossen sich die Kampflustigen der USP. an, weil sie die Diktatur des Proletariats auf ihre Fahne geschrieben hatte.

Die Frauenbewegung in der USP. war sehr schwach, man legte ihr keine Bedeutung bei. Viele der organisierten Frauen betrachteten die Partei beinahe als Kaffeekränzchen. Klassenkampf und Klassenbewußtsein waren ihnen leere Worte. Es war auch niemand da, der die Frauen politisch geschult hätte. So wurden, besonders auch noch durch das Versagen einer führenden Genossin die ihre persönlichen Angelegenheiten dem Parteiwohl voranstellte, eine Menge Frauen enttäuscht, die mit uns den Weg zur Befreiung suchen wollten, und sie wurden wieder Indifferente.

Jetzt besteht aber auch in Danzig ein straff organisierter Bezirk der Kommunistischen Partei, in dem der Frauenbewegung ganz andere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Arbeit unter den Frauen ist unlöslich verknüpft mit der ganzen politischen Tätigkeit der Partei. Es gibt bei uns keine Unterschiede. Wir alle, ob Mann, ob Frau, haben als Kommunisten gleiche Rechte, aber auch gleiche Pflichten. Und das ist gerade das Beste, daß wir ebenso in der Parteiarbeit helfen dürfen wie die Männer. Manche Frauen sind auch von uns abgeschreckt worden durch den Verrat von Genossen und Genossinnen, die wichtige Parteifunktionen bekleideten, wie z. B. des Sekretärs Mau und der Genossin Käte Leu, die für sich mit der Revolution Schluß machten und in den Schoß der SPD. zurückkehrten. Es ist nun unsere Pflicht, ihnen zu zeigen, daß es in allen Revolutionen Verräter gegeben hat, ohne daß doch der Verrat Einzelner die Bewegung hat aufhalten können.

Die revolutionäre Bewegung ist weiter fortgeschritten. Unbekümmert um Schwäche und Verrat der Einzelnen, weil sie ihre Nährkräfte nicht allein aus der Hingabe und dem Opfermut Einzelner zieht, sondern gedrängt, vorwärtsgetrieben und vollendet wird von ihrer Majestät, der proletarischen Masse.

Die Bewegung in Danzig, die unter dem Verrat der Einzelnen eine Zeitlang außerordentlich gelitten hat, beginnt sich langsam wieder zu beleben. Das Leben gibt uns Recht, uns Kommunisten. Unsere Versammlungen sind gefüllt. Mit Aufmerksamkeit folgen die Versammelten den Ausführungen der kommunistischen Redner. Die Frauen sind nicht die Letzten dabei. Die Not schärft die Einsicht. Jetzt heißt es für jede Kommunistin: mehr als je auf dem Posten sein. Das kommunistische Wort muß überall erklingen, die kommunistische Presse überall ins Haus gebracht werden. „Die Kommunistin“ darf in keinem Betriebe fehlen. Die Kommunistinnen in den Betrieben müssen mehr als bisher für „Die Kommunistin“ schreiben, ihr von den Nöten der Arbeiterin im Betrieb erzählen und berichten, wie sie sich dagegen wehren oder wie sie geduldig alle Rücken und Tücken des Kapitals ertragen.

Es ist uns bisher nur in geringem Maße gelungen, in die Danziger Betriebe einzudringen, wo Frauen tätig sind, obwohl schon mehrfach größere Anläufe gemacht worden sind. Hier müssen wir alle Kräfte einsetzen. Viel unbebauten Boden gibt es in Danzig. Kommunistinnen an die Arbeit!

Denn unser Erfolg und Sieg, trotz alledem!

Emma Döll.

Hans im Glück.

O Michel, Du bist wie der Hans im Glück,
Der seinen Goldklumpen verhandelt.
O Michel, wie ist Deine Revolution,
Die herrliche, dir verschandelt!
O Michel, Du hattest den Klumpen Gold,
Die Macht der Erde, in Händen;
Du aber trugest daran zu schwer
Du ließest ihn Dir entwenden.
O Michel, Dir geht's wie dem Hans im Glück
Betrogen wurdest Du immer.
Von allem, was Du Dir erworben hast,
Blieb Dir nur ein flüchtiger Schimmer.
Doch, Michel, noch hast Du den Mühlenstein:
Mußt fest in den Händen ihn halten,
Um einer heutegierigen Macht
Das Haupt damit zu spalten.
O Michel, siehst Du Dein Verderben nicht,
Läßt den Stein in den Brunnen fallen,
Dann stehst Du mit leeren Händen da,
In Armut, entblößt von allem!
Wie ging es weiter dem Hans im Glück
(Die Mär hat es uns verschwiegen),
Als er um den Reichtum betrogen war?
Er mußte von neuem sich fügen.
Er mußte wieder dienen als Knecht
Und leben bei Ochsen und Hunden. —
O Michel, brauchst Du nicht den Mühlenstein,
Du wirst bis aufs Blut geschunden!

Emil Szepansky.

Inhalt. Titelbild. — Schließt die Internationale Einheitsfront! — Die Reichswochenhilfe wird verschlechtert. — Was bedeuten die Verbandstage für die Arbeiterinnen? — Ein übler „Notschrei“ nationalistischer Bourgeoisweiber. — Welche Aufgaben haben die proletarischen Frauen als Schöffen und Geschworene? — Schupobeldengegen hungernde Frauen. — Die erste weibliche proletarische Hundertschaft. — Der Kampf gegen die Kasernierung der Prostituierten. — Kommunistinnen in die Betriebsräte! — Aus der Internationale: Gruß der lungslawischen Kommunistinnen an das Frauensekretariat der Kommunistischen Internationale. — Familienlöhne. — Aus der Organisation: Bericht aus Danzig. — Hans im Glück.

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H. Berlin SW 48.

Die Kommunistin

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Herausgegeben vom Frauenreichssekretariat. Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin

Nr. 8 | Die Kommunistin erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Infolge der immer weiteren Geldentwertung mußte der Preis wieder erhöht werden. Einzelnummer 100,— Mark | Berlin, 15. April 1923 | Verlag: Friedrichstadt-Druckerei GmbH., (Abteilung Zeitschriften). Berlin SW 48, Friedrichstr. 225. — Verantwortlich für die Redaktion: Martha Arendsee, Berlin. | Jahrg. 5

3000 Prozent Wohnungsbauabgabe!

Aber dafür werden die Beerdigungskosten erschwinglicher.

(Laut Verfügung des preußischen Ministeriums des Innern)

Auf zur Internationalen Protestwoche!

Arbeiterinnen, proletarische Hausfrauen!

Laut Beschluß der Internationalen Konferenz in Frankfurt a. M., an der Vertreter aller proletarischen Parteien und Richtungen teilgenommen haben, findet vom 15. bis 22. April in allen Ländern eine Internationale Protestwoche gegen die Besetzung des Ruhrgebiets, gegen die immer frecher werdende faschistische Reaktion statt. Die proletarischen Frauen der ganzen Welt, die unter der erdrückenden Last der Teuerung, des Wuchers, der Arbeitslosigkeit noch schwerer zu leiden haben als die Männer, sie müssen sich einreihen in die internationale Front der Arbeiterklasse, die gewillt ist, den Kampf aufzunehmen gegen den frechen Vorstoß des französischen Imperialismus im Ruhrgebiet, gegen die mit ihnen um die Haut der deutschen Arbeiter schachernden deutschen und ausländischen Kapitalisten und Imperialisten. Noch nie stand die Gefahr eines neuen blutigen Weltkrieges, die Gefahr der gewaltsamen Niederwerfung der revolutionären Vorhut des Weltproletariats so nahe vor der internationalen Arbeiterschaft wie jetzt.

Arbeiterinnen, proletarische Hausfrauen! Seht auf Italien hin, wo die Arbeiterklasse unter dem Stiefel des Faschismus geknebelt am Boden liegt, wo ihre Gewerkschafts- und Genossenschaftshäuser zerstört, ihre Zeitungen verboten, ihr politisches Leben erstickt ist. In Deutschland und in der ganzen Welt rüsten die Faschisten mit erhöhter Energie, „italienische" Zustände zu schaffen, den Hungerschrei der verzweifelten proletarischen Frauen und Mütter über das wachsende Elend ihrer Kinder, über die furchtbare Wohnungsnot in einem Blutmeer zu ersticken und die alte wilhelminische Herrlichkeit wieder aufzurichten. Das dürfen die proletarischen Frauen nicht zulassen. In der Internationalen Protestwoche stellen sie sich in voller Solidarität an die Seite der revolutionären Arbeiter und erheben in den Versammlungen und Demonstrationen laut und vernehmlich ihre Stimme gegen die kapitalistische Raubgier der deutschen und französischen Imperialisten, gegen den Faschismus.

Beweist, proletarische Frauen, daß Ihr aus den furchtbaren Leiden des Weltkrieges, aus der nicht minder opferreichen Zeit der Nachkriegsjahre gelernt habt, und nun entschlossen seid, für Eure eigene Sache Opfer zu bringen. Bekundet in der Internationalen Protestwoche durch eifrigste Propaganda in den Betrieben und in den Häusern, durch zahlreiche Beteiligung an den Versammlungen und Demonstrationszügen, durch Verbreitung unserer kommunistischen Flugblätter, Broschüren und Zeitungen, vor allem der „Kommunistin", daß Ihr Eure revolutionären Pflichten erkennt. Tretet unerschrocken in den Versammlungen für die Kampflosungen der internationalen Arbeiterklasse, die die Eurigen sind, ein. Bildet in den Demonstrationszügen Frauenzüge mit Fahnen und Schildern, die das Bekenntnis der Frauen zur Revolution tragen, und reiht Euch ohne Scheu ein in die zum Schutze der Arbeiterschaft und und ihrer Errungenschaften gebildeten proletarischen Abwehrorganisationen. Seid Euch bewußt, daß die Reaktion nur stark ist dank Eurer Schwäche und Gleichgültigkeit. Mit Euch und Eurer tatkräftigen, begeisterten Mitwirkung ist die proletarische Revolution unüberwindlich!

Darum schließt die Internationale Einheitsfront!

Unser Kampf gegen die Nationalsozialisten.

Seit ungefähr drei Jahren ist die nationalsozialistische Bewegung in ständigem Wachsen begriffen. Ihre Mitgliederzahl wird von ihnen mit 70—80 000 angegeben. Tatsächlich gibt es heute in Deutschland kaum mehr einen Ort, der nicht bereits mit ihnen persönliche Bekanntschaft gemacht hätte. Mit Gummiknüppeln, Armeerevolvern und Messern ausgerüstet, durchziehen sie Deutschland, lösen Arbeiterversammlungen auf, versuchen Arbeiterdruckereien in die Luft zu sprengen, prügeln Arbeiter blutig. Seit einiger Zeit erscheint ein alltägliches Organ, „Der Völkische Beobachter", Demonstrationszüge, Agitationsfahrten (bei freier Fahrt auf der Eisenbahn!) werden dutzendweise unternommen — kurz, wir haben es hier mit einer über ganz Deutschland ausgedehnten, ja zum Teil militärisch organisierten Partei zu tun, die sich mit Windeseile verbreitet hat.

Was will also die Nationalsozialistische Partei? Ihr Ziel ist die Gegenrevolution, sie will „mit den Arbeitern italienisch sprechen", wie sich einer ihrer Führer einmal ausdrückte. Sie sind die vom Kapital bezahlten Henkersknechte des Proletariats. Ihr ruhmreiches Vorbild ist Horthy in Ungarn, Mussolini in Italien, die es in einem allerdings stark agrarischen Land zustande gebracht haben, die proletarischen Parteien und Gewerkschaften innerhalb von wenigen Wochen völlig zu zerschlagen. Das schwebt auch den Nationalsozialisten vor.

Aber ihre Führer sind viel zu klug, um ihr Ziel, die Niederknüppelung des Proletariats, offen kund zu tun, teils ist es einigen von ihnen selbst nicht völlig klar, und nur einzelne Dummköpfe verraten die wahren Aufgaben der Nationalsozialistischen Partei. Schon der Name „Nationalsozialismus" bedeutet eine Konzession an proletarische Kreise. In dem offiziellen Programm der Nationalsozialisten steht z. B. kein Wort von einer gewalttätigen Diktatur über das Proletariat. Im Gegenteil! Die Nationalsozialisten sind viel zu gute Politiker, um nicht zu wissen, daß sie nur als Massenpartei zum Sieg gelangen können, und daher streben sie danach, die Unterstützung aller Kreise der Bevölkerung zu erringen. „Die Nationale Einheitspartei" ist ihr Ziel. Und gerade das Schlagwort des Nationalismus hat in der Zeit der Ruhrbesetzung in Deutschland einen großen Einfluß gewonnen. Wie die Faschisten in Italien suchen auch sie durch leere Worte und Versprechungen namentlich den verelendeten Mittelstand und die aktivste Klasse, das Proletariat, an sich heranzuziehen, um ihm dann, einmal zur Herrschaft gelangt, den Fußtritt zu geben. „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen."

Dementsprechend ist ihr Programm ein Sammelsurium der verschiedensten Parolen, die allen möglichen Parteien, teils in verstellter, teils in wörtlicher Form, entnommen sind, und die dazu angetan sind, gerade die besitzlosen und verelendeten Schichten einzufangen. Ihre wichtigsten Forderungen sind:

1. Sofortige Ungültigkeitserklärung des Friedensvertrages.
2. Einstellung jeder Geld- und Sachlieferungen.
3. Sofortige Durchführung einer Währungsreform.
4. Vorlegung eines Gesetzes zum Schutze des Vaterlandes und restloser Kampf gegen alle Vaterlandsverräter.
5. Augenblickliche Aufhebung der Schutzgesetze, Befreiung der in den Gefängnissen schmachtenden Nationalverteidiger des Vaterlandes, Verhaftung der Novemberverbrecher.
6. Todesstrafe gegen Wucher und Schieber.
7. Kampf gegen das internationale Judentum.

Man sieht also: teils sind diese Forderungen von den Kommunisten in etwas veränderter Form gestohlen, wie z. B. die Aufhebung des Versailler Friedensvertrages, teils von den Deutschnationalen, wie insbesonders der Kampf gegen das Judentum, teils tragen sie den brennendsten Wünschen der Massen Rechnung, wie Einführung der Todesstrafe gegen die Wucherer oder Durchführung einer Währungsreform. (Wie?) Auf der anderen Seite aber tritt die arbeiterfeindliche Gesinnung zwar mit Absicht in verhüllter Form, aber doch völlig klar zutage. Der Kampf gegen die „Vaterlandsverräter" und gegen die „Novemberverbrecher" bedeutet nichts anderes als der Kampf gegen das Proletariat.

Aber weil sie die „Einheitspartei" aller Klassen und Schichten zur Erreichung ihres Zieles wollen, können sich ihre Kampfeslosungen nicht gegen eine bestimmte Klasse richten, sondern „die Juden" treten als die „Prügelknaben" für alles Böse auf Erden auf. Die Juden sind das Kapital, die Juden die 300 Weisen, die den Krieg verschuldet haben, die Juden sind die Marxisten, die den Klassenkampf erfunden haben, die Juden sind usw. usw. Völlig unfähig, die wahren Zusammenhänge des geschichtlichen Geschehens aufzudecken, die den Krieg hervorgerufen haben, die den Kapitalismus als geschichtlich notwendige Uebergangsperiode zum Kommunismus erstehen ließ, und dessen Träger daher ebenso die Juden wie die Christen sind und sein müssen (Stinnes, Krupp, Siemens, die Großgrundbesitzer usw.), ist für sie der allein seligmachende Erklärungsgrund: die Juden. Als gute Massenpsychologen wissen

sie genau, daß sich dieses Schlagwort bei den breiten unaufgeklärten Massen der Bevölkerung, für die im wesentlichen ihre Propaganda bestimmt ist, der größten Beliebtheit erfreut.

Aber vielleicht ist doch nicht alles Lug und Trug und die Nationalsozialisten sind doch imstande, die furchtbare Lage des Proletariats durch eine „starke Hand" wenigstens einigermaßen zu bessern, das Schiebertum zu beseitigen, eine Währungsreform durchzuführen, u. ä.? Wer so spricht, hat nicht die geringste Ahnung von den tatsächlichen Verhältnissen, in denen er heute lebt. Er hofft noch immer auf eine Erleichterung der Lage des Proletariats innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft, die die Nationalsozialisten unbedingt aufrecht erhalten wollen. Denn derartige lächerliche Mätzchen, wie „Aufhebung der Grundrente", von der die Nationalsozialisten unentwegt schwärmen, niemals aber sagen, wie und durch wen es zu geschehen hat, ändern nichts am Kapitalismus und nichts am Privateigentum der Produktionsmittel. Nur der Kommunismus, nur die Herrschaft des Proletariats kann eine Besserung unserer heutigen Zustände bringen, ja selbst die Einheit der Nation ist nur gewährleistet durch die Herrschaft des Proletariats. Die Nationalsozialisten oder Faschisten wollen aber nichts anderes als die Verewigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, unter der es keine Besserung gibt. Die faschistische Herrschaft in Italien hat es deutlich bewiesen: die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, die Wohnungsnot schreit zum Himmel, die Löhne gefallen, der Achtstundentag aufgehoben, die proletarischen Organisationen vernichtet.

Ja, die faschistische Bewegung ist überhaupt nichts anderes als die stärkste Stütze des Kapitalismus. Sie ist der Ausdruck dafür, daß der Kapitalismus sich heute nur mit den Mitteln der brutalen Gewalt gegen seine Klassengegner zu halten imstande ist. Daher muß auch die nationalsozialistische Partei militärisch organisiert sein. Und tatsächlich sind ihre Mitglieder in Sturmbataillonen, in Sprengkolonnen und Führerschutz eingegliedert. Alle tragen Waffenscheine und der Eid, der bei der Aufnahme zu schwören ist, lautet: „Unter Einsatz des Lebens usw."

Der äußere Ausdruck ihrer Verbindung mit dem Kapital ist die reiche Geldunterstützung, die den Nationalsozialisten von kapitalistischer Seite zufließt. Nachgewiesenermaßen haben Hugenberg, der Direktor von Krupp, Dr. Kuhlo, Mitglied des Bayrischen Industriellenverbandes, ja selbst der amerikanische Multimillionär Henry Ford die Nationalsozialisten mit Millionen unterstützt. Sie sind also tatsächlich, wenn auch ein großer Teil von ihnen in ehrlichem Glauben handelt, die bezahlte Garde des Kapitals.

Nur das Proletariat kann sich gegen sie zur Wehr setzen. Der Faschismus fühlt es deutlich: „der Marxismus ist der Feind!" rief Hitler in einer großen Rede in Bayern aus. Er weiß, daß, solange das Proletariat sein Klasseninteresse vertritt, das seinen theoretischen Ausdruck im Marxismus findet, ein Sieg der Konterrevolution unmöglich ist. Auf zwei Wegen muß der Kampf gegen die Nationalsozialisten geführt werden, die sich gegenseitig unterstützen und ergänzen müssen: der eine Weg ist der Weg der Aufklärung unter dem Proletariat und in den Schichten des Mittelstandes über den wahren Sinn der nationalsozialistischen Bewegung.

Der andere Weg ist der des aktiven Widerstandes gegen die faschistische Bewegung: Die Verhinderung ihrer Versammlungen, Ueberwachung der gesamten Bewegung, das muß die Aufgabe der proletarischen Hundertschaften sein, die heute überall gegründet werden und an der auch zum Teil Frauen, wie bereits in Thüringen, Anteil nehmen.

Der Nationalsozialismus ist heute der gefährlichste Feind der Arbeiterbewegung. Nur die Einheitsfront aller proletarischen Parteien kann ihm das Genick brechen. D. S.

Die Kommunistinnen und der Konsumverein.

Von Ketty Guttmann.

Es ist Tatsache, daß die proletarischen Frauen, denen doch wirklich die Frage des Einkaufs ihrer kärglichen Nahrungsmittel keine Nebensache ist, sich sehr wenig um die Konsumvereine bekümmern.

Die Ursache liegt nicht lediglich in der Gleichgültigkeit der Frauen, sondern sie liegt wohl auch darin, daß die Frauen das Gefühl haben, an dem Stand der Dinge im Konsumverein doch nicht viel ändern zu können.

Der Konsumverein ist ein Glied in einer überaus großen Einrichtung, die im Rahmen Deutschlands, wie weit darüber hinaus, in Geschäften und in Geldverhältnissen miteinander verbunden ist. Eine Einrichtung, deren Autorität der einfachen proletarischen Frau gewaltig imponiert und der gegenüber sie geneigt ist, sich wie einer „höheren Macht" zu beugen.

Die Preise des Konsumvereins zu regeln, glaubt sie, liegt ihr nicht ob; die geschäftliche Haltung dieses ihres eigenen Vereins ist ihr völlig unverständlich, und von der politischen Haltung dieses Vereins weiß sie nichts oder sehr wenig.

So ist die Genossenschaftsarbeit unter den Proletarierinnen nicht populär. Nimmt eine einfache Frau allein die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" in die Hand, so wird ihr schwarz vor den Augen; sie bekommt dies Blatt ja umsonst in der Verkaufsstelle in die Hand gesteckt, aber wenn es böhmisch geschrieben wäre, dann verstünde es die gute deutsche Proletarierin ebenso — nämlich gar nicht. Das andere Blättchen, das von dem Zentralverband deutscher Konsumvereine herausgegeben und unter verschiedenen Namen in den Verkaufsstellen verabfolgt wird, ist einfacher geschrieben; so wie eine Kinderfibel, in der dem braven Kinde nur ja keine schädliche Empörerei beigebracht werden soll.

Die Konsumgenossenschaften Deutschlands machen sich gar keine Mühe, ihre proletarischen Kunden aufzuklären.

Deutschland marschiert in dieser Beziehung, wie überall, wo es eine Krähwinkelei gibt, zu allerletzt im Landsturm. Zu der ersten internationalen genossenschaftlichen Frauenkonferenz im August 1922 in Basel hat nur Deutschland keine Vertreterin entsandt! Ein Land mit Millionen proletarischer Einkäuferinnen in den Konsumvereinen!

Nun finden im Mai d. J. überall die Genossenschaftstage statt. Aber nur in einem Bezirk ist diesem Genossenschaftstag eine Frauenkonferenz angegliedert. Und zwar ist dies Thüringen, ein Gebiet kommunistischen Einflusses in den Genossenschaften, ein Gebiet, in dem viele proletarische Frauen in der Arbeiterbewegung überhaupt eine tüchtige und tätige Rolle spielen.

Der Konsumverein ist kein Blümchen Rührmichnichtan, und der Konsumverein ist keine unauslösliche Versteinerung — der Konsumverein ist eine ganz lebendige kleinbürgerliche gegenrevolutionäre Verknöcherung! — Man muß die Herren kauderwelschen Doktores in der „Rundschau" auf proletarisches Deutsch übersetzen und findet sie dann sehr verständlich.

Man muß sich von dem „Geschäftsgeheimnis" der Konsumvereine gar nicht abschrecken lassen, und man muß seine im Kapitalismus unwandelbaren proletarischen Mageninteressen sehr konsequent in den Konsumverein hineintragen.

Die proletarischen Einkäuferinnen haben sehr viel mit dem Konsumverein zu tun. Sie müssen zu allererst erkennen, wie weit der Konsumverein in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft überhaupt fähig ist, ihre tägliche Not zu lindern. Und sie müssen erkennen, daß reformistische Politik den Konsumverein hindert, seine beschränkte Rolle als Preisverbilliger zu spielen.

Wird ihnen vorerzählt, daß die Preise steigen müssen, so muß man dem entgegenzuhalten wissen, daß die Freunde der Genossenschaftsführer, die Sozialdemokraten, im Reichstag selbst die Umsatzsteuer mit eingeführt haben, die ungeheuer preissteigernd wirkt — die Umsatzsteuer soll nach dem Willen der Kommunisten von allen Konsumvereinen einfach nicht bezahlt werden —. Bitte, wie machen es die Kapitalisten mit der Kohlensteuer, mit der Vermögenssteuer usw. usw.?

Schwätzt ein Verteidiger der heutigen Konsumvereine von den teuren Kapitalien und dem schrecklichen Defizit — so sage man, daß der Staat der heutigen Sozialdemokraten ein reicher Mann sein könnte, wenn er nur eine harte Faust gegen die Reichen haben wollte, und daß er Gelder aus den schweren Geldsäckeln für die proletarischen Verbraucherorganisationen hergeben solle. Der sozialdemokratische Staat ist vom Stamme „Nimm" nur gegen die Proleten, und er nimmt allein in einem Jahre, allein einem Verband — dem Verband Nordwestdeutscher Konsumvereine — 325 113 981 Mark Umsatzsteuer ab!

In Sachsen aber hat er einen kommunistischen Antrag auf Leihgelder für die Genossenschaften verweigert, wahrscheinlich weil er für Bucks und Lipinskis Grüne Ordnungsgarden mehr als genug Geld verschwendet hatte.

Im sozialdemokratischen Hamburg bekommen die sozialdemokratischen Genossenschaften Geld vom Staat. — Nun — es kann eben nicht bestritten werden, daß alle reformistischen Organisationen zusammenhalten und eine Front nur gegen die Kommunisten bilden.

Mitten im Kampf ist man angelangt, sobald man anfängt, auch in dem scheinbar stehenden Sumpf der Genossenschaften kommunistisches Leben und revolutionäre Auffassungen heimisch zu machen.

Die Art der reformistischen Genossenschaften ist hinterhältig und verbissen, aber zäh. Sie werfen die kommunistischen An-

gestellten auf das Pflaster. Sie fassen in ihren Hamburger Konventikeln des Zentralvorstandes die schärfsten schwarz-weiß-roten Resolutionen. So haben sie sich gegen den F. G. B. (Internat. Genossenschafts-Bund in London) gewandt, der in der Ruhrbesetzungsfrage nicht für Deutschland eingetreten ist. — Allerhand für „unpolitische" Leute! Dieselben unpolitischen Genossenschafter, die laut schrien, daß ihre internationalen gleichen Brüder keine Studienkommission nach Deutschland schicken wollten, haben selbst einstimmig den Beschluß gefaßt, keinen Vertreter zu einer Studienkommission nach Rußland zu schicken! Und zwar sollte diese Studienkommission ganz allein genossenschaftliche Fragen studieren und sollte mit den sowjetrussischen Genossenschaften vielleicht Beziehungen anknüpfen.

Aber der Haß der deutschen Reformisten gegen die Kommunisten und gegen Rußland ist so groß, wie er eben nur von verbohrten Kleinbürgern gegen Revolutionäre sein kann. Lieber wollen sie Rußland in den Händen von Kapitalisten sehen, als daß sie selbst ihren schmutzigen kleinen Finger dem proletarischen Rußland darböten.

Die deutschen reformistischen Genossenschaften haben von jeher blutwenig gegen den Hunger der großen Massen vermocht. Jetzt — wenn Kommunisten von ihnen verlangen, daß sie für die Gefangenen der Revolution sammeln sollen, oder für Rußlands Kinder, da haben sie kein Geld. — Haben sie aber nicht verstanden, während des Krieges in den leeren Verkaufsstellen Flugschriften für die Ludendorff-Spende aufzustellen und die halb verhungerten Frauen um ihre paar Groschen zu prellen, damit sie dem blutgierigen Imperialismus in den Rachen geworfen werden konnten?

Was tun die Genossenschaften denn jetzt gegen die häusliche Not des Proletariats? — Richten sie praktische Einküchenhäuser, billige und schöne Wohnungen, Eßwaren und Kleidung her? — Was machen die Genossenschaften in Beziehung auf die Hausfrauenkontrollausschüsse? Helfen sie in der verzweifelten Lage der heutigen Preissteuerung den Frauen über diese einfachsten Dinge hinweg? — Hilft der Lagerhalter der einzelnen Verkaufsstelle betrügerische Händler entlarven? — Kann man überhaupt nur ein vernünftiges Wort über seine Lage in den Verkaufsstellenversammlungen hören?

Weshalb brauchen denn die Millionen Proletarierinnen in den Genossenschaften unaufgeklärte stumpfe Sklavinnen einer unerträglichen Gesellschaftsordnung zu sein? Sind die Genossenschaften dabei nicht mitschuldig? Haben sie es vielleicht nicht gar so haben wollen, damit sie ungestört ihre engherzige kleinbürgerliche Politik treiben konnten?

Alle diese Fragen sind den alten Genossenschaften auf den Tod verhaßt. Alle diese Fragen aber stellen Kommunistinnen, wenn sie sich um die Genossenschaften bekümmern. — Und sie werden nicht schweigen, bis ihnen Antwort wird.

Die Reformisten Deutschlands in den Genossenschaften werden die sowjetrussische riesenhafte Genossenschaftsbewegung nicht aus der Welt schweigen, und sie werden die kommunistische Opposition nicht totschweigen. Dafür hilft uns nicht nur kommunistische Energie und Einsicht, sondern auch der unerbittliche Gang der proletarischen Revolution, die nicht eher stehenbleiben wird, ehe der Riesenhunger ungezählter proletarischer Millionen gestillt ist. Und die auch aus den bisherigen „Krämergeschäften" der Genossenschaften umfassende proletarische Verteilungsorganisationen machen wird.

Auf den Genossenschaftstagen im Mai soll der revolutionäre Hungerschrei der vielen deutschen Tausende ebenfalls ertönen. Sorgt dafür, ihr Kommunistinnen!

Der 7. Reichskongreß der Kommunistischen Jugend und die Gewinnung der jugendlichen Arbeiterinnen.

Unter großer Beteiligung der Chemnitzer Arbeiterschaft wurde am Karfreitag der Reichskongreß der KJD. eröffnet. In einer ernsten, politisch gespannten Situation, in dem Moment, da das deutsche und französische Proletariat einen heroischen Kampf mit dem deutsch-französischen Imperialismus an der Ruhr aufsicht, trat die revolutionäre Jugend Deutschlands zusammen, um neue Waffen für den harten Kampf zu schmieden.

Unter vielem anderen wurde auch die Frage der Gewinnung der proletarischen Mädchen und Frauen in einer Kommissionssitzung, an der sich 38 Genossinnen und 20 Genossen beteiligten, behandelt. Die Aussprache erbrachte den Beweis, daß dieser Frage bisher viel zu wenig Wichtigkeit beigemessen wurde und daß darin noch große Unklarheit herrscht.

Zum Schaden der Gesamtarbeiterbewegung ist der proletarischen Frauenbewegung überhaupt in den letzten Jahrzehnten viel zu wenig Beachtung geschenkt worden. Erst der Krieg, welcher die Massen der Mädchen und Frauen in den Produktionsprozeß riß, und der militärische Zusammenbruch 1918 mit seinen politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen machte die proletarischen Mädchen und Frauen politischen Fragen zugänglicher. Wie immer in einer aufsteigenden revolutionären Bewegung, wie sie 1918 der Fall war, ist auch ein Teil der proletarischen Frauen instinktmäßig revolutionär geworden. Die aussichtsreichen Anfänge der selbständigen politischen Betätigung der Frau scheiterten aber im wesentlichen daran, daß der Mann im allgemeinen der politischen Tätigkeit der Frau sehr ablehnend gegenübersteht. Noch heute trifft man in Kreisen aufgeklärter Arbeiter die Auffassung an: Die Mädchen und Frauen wollen nicht aufgeweckt sein, im übrigen genügt es, wenn sie tüchtige Hausfrauen und Mütter sind. Diese Einstellung ist falsch. Sie rächt sich in der Familie, wo nicht selten die unaufgeklärte Frau ein großes Hindernis für die politische Tätigkeit des Mannes ist. Und bei wirtschaftlichen und politischen Kämpfen wirkt sich das noch viel stärker aus, weil die erforderlichen Opfer von der Frau nicht verstanden werden, und sie so die Kampfesstimmung des Mannes herabmindert. Diese Grundübel zu beseitigen, ist Aufgabe der revolutionären Arbeiterbewegung und in erster Linie der Kommunistischen Jugend. Sie muß den Boden schaffen, indem sie genau so wie den Burschen, das Mädchen in die Verbandsarbeit als vollberechtigtes, vollwertiges Mitglied einbezieht, indem sie versucht, sich auch den Interessen der Mädchen anzupassen. Gewiß trifft es zu, wenn gesagt wird, die Frau und das Mädchen seien infolge ihrer ganzen Entwicklung, ihrer Erziehung sowie der Einwirkungen durch Staat und Kirche der politischen Arbeit entfremdet. Hinzu kommt noch, daß von der bürgerlichen Gesellschaft Formen der Zusammenfassung der Mädchen und Frauen gefunden wurden, die sich überhaupt nur auf das Gebiet der „Wohltätigkeit" erstrecken, in denen die „Nächstenliebe" als Deckmantel zur Ueberbrückung des Klassengegensatzes benutzt wird. Mit aller Zähigkeit wird dem jungen Mädchen beigebracht, daß ihr heutiges Leben ganz „naturgemäß" und die politische Betätigung für sie Aufgabe seglichen „stiftsamen" Lebens sei. Daß Politiktreiben die Familie zerrütte und die politische Tätigkeit des Mannes sogar eine Waffe gegen sie selbst sei.

Die Zersetzungserscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft gehen aber an den Proletarierinnen nicht spurlos vorüber. Sie wirken sich darin aus, daß das Mädchen heute die Ehe nicht mehr als Versorgungsanstalt ansehen kann, weil die Profitsucht der Bourgeoisie dem Manne die Möglichkeit eines auskömmlichen Verdienstes nicht gibt, um eine Familie erhalten zu können. Die wirtschaftliche Not zwingt nun die Proletarierin, in den Produktionsprozeß einzutreten. Sie wird von dem Kapitalismus als Konkurrent gegen die Arbeitskraft des Mannes ausgespielt und als Lohndrückerin verwendet.

Die Einbeziehung der Mädchen in den Produktionsprozeß bedingt aber auch, daß sie um ihre wirtschaftlichen Interessen mit dem männlichen Geschlecht Schulter an Schulter kämpfen müssen. Und nicht nur in den Frauen, sondern vor allen Dingen auch in vielen jungen Mädchen muß das Bewußtsein für den revolutionären Klassenkampf, der nur zum Siege geführt werden kann, wenn Mann und Weib gemeinsam kämpfen, erweckt werden.

Dies brachte klar und deutlich die Aussprache in der Mädchenkommissionssitzung hervor und wurde in einer dementsprechenden Resolution, die vom Kongreß einstimmig angenommen wurde, festgelegt.

Es heißt da unter anderem:

Aus der Erkenntnis heraus, daß die Gewinnung der proletarischen Mädchen und Frauen für den revolutionären Klassenkampf zur Durchführung der proletarischen Revolution eine Notwendigkeit ist, muß es unsere Aufgabe sein, möglichst große Teile der weiblichen arbeitenden Jugend der Kommunistischen Jugend und Partei zuzuführen.

Für die zukünftige Arbeit wird es darauf ankommen, daß die Vorträge, Diskussionen, Veranstaltungen usw. mehr wie bisher den Bedürfnissen und dem Verständnis der Genossinnen angepaßt werden müssen. Unsere Referenten und Diskussionsleiter müssen bei allen Verhandlungsgegenständen gerade die Bedeutung der Mitarbeit und Solidarität des weiblichen Geschlechts im Klassenkampf des Proletariats betonen. Das Proletariat kann die Staatsgewalt nicht erobern, wenn die Frauen gleichgültig beiseite stehen, oder gar bei Streiks den Männern in den Rücken fallen. Die neue Gesellschaft kann nicht aufgebaut werden ohne die Mitwirkung der Proletarierinnen.

Die Remscheider Frauen an die Grünen.

Brüder, vor euren Gewehren
Hungernd in Lumpen wir steh'n.
Mütter mit blutigen Zähren
Für ihre Kinder fleh'n.
Kugeln habt ihr geladen?
Kugeln gebt ihr statt Brot?
Schießt nur, ihr tapfren Soldaten!
Besser als Hunger ist Tod!

Schießt nur, ihr tapfren Soldaten,
Tut eure Heldenpflicht.
Ihr könnt im Blute waten,
Wir aber wanken nicht.
Nein, wir werden nicht weichen,
Schießt nur in uns hinein,
Weg über unsere Leichen
Stürmen die neuen Reih'n.

Weg über unsere Leichen
Schreitet das hungernde Heer.
Wenn wir im Tod auch erbleichen,
Hinter uns kommen mehr!
Millionen erschießen,
Brüder, das könnt ihr nicht!
Aus unserm Blute wird sprießen
Das Proletariergericht!

Brüder, vor euren Gewehren
Steht eine neue Welt.
Ihr werdet es nicht wehren,
Daß eure morsche zerfällt.
Ihr könnt im Blute waten,
Bis euch der Ekel erwürgt.
Schießt nur, ihr tapfren Soldaten!
Unser Sieg ist verbürgt!

Zur Mutter- und Säuglingsfürsorge.

Am 15. Februar wurde in Neukölln ein im wahrsten Sinne des Wortes vorbildliches Säuglings- und Mutterheim eröffnet. Jede Proletarierin sollte sich diese Anstalt einmal ansehen. Besser als durch alle Vorträge würden sie dort begreifen, was für unsere Säuglinge und Mütter getan werden muß und kann. Wie wohl vielen Leserinnen bekannt sein dürfte, besteht schon seit einigen Jahren in Neukölln ein Mariendorfer Weg, wo es wirklich noch freies Land und reine Luft gibt, die Provinzial-Landes-Hebammenlehranstalt. In dieser modern eingerichteten Anstalt finden schwangere Frauen längere Zeit vor der Entbindung Aufnahme, und es ist dort gerade denen, die wirtschaftlich am schlechtesten dastehen, die Möglichkeit gegeben, wenigstens die letzte Zeit vor der Entbindung sich auch mal satt zu essen und in sauberen freundlichen Räumen zu schlafen und zu leben. Die Entbindung selbst geht, wie wir es für jede Entbindung fordern, unter Aufsicht von Aerzten vonstatten, und dann bleibt die Wöchnerin die üblichen 14 Tage noch in der Anstalt.

Gerade gegenüber der Landes-Hebammenlehranstalt ist jetzt das neue Säuglings- und Mutterheim errichtet, und dort verbringen nun Mutter und Kind die nächsten vier Monate, bis das Kind entwöhnt und bis die Mutter wieder so kräftig ist, daß sie den Kampf um die Existenz aufnehmen kann. Es werden ja wohl meistens die alleinstehenden, erwerbstätigen, wie man sie heut immer noch nennt ledigen Mütter in Betracht kommen, denn die Frau, die eine größere Familie hat, kann in der heutigen Gesellschaftsordnung unmöglich so lange aus dem Haushalt fortbleiben.

Dieses Heim ist den modernsten hygienischen Forderungen gerecht geworden. Die neu eingelieferten Säuglinge kommen erst in die Quarantänestation. Dort hat jedes kleine Wesen sein eigenes hohes weißes Zimmer mit weißem Bettchen und eigener weißer Wanne. Ueberhaupt strahlt alles, wie es ja auch richtig ist, in Weiß, und sämtliche Kinderräume sind vom Korridor durch große Glasscheiben getrennt, so daß jederzeit Uebersicht vorhanden ist, ohne daß jemand anderes als die Schwester mit den Säuglingen in Berührung kommt. Später werden mehrere Kinder in einen großen Raum gebracht, von denen dann zwei eine gemeinsame Teeküche haben. Die Mütter schlafen zu mehreren in einem hellen großen Zimmer, es hat jede eigene Waschgelegenheit und alle ein gemeinsames Eßzimmer. Die Kinderzimmer liegen alle nach Süden und haben Loggien, so daß die Kleinen sofort bei passendem Wetter an die Luft kommen. Eine große Milchküche liegt im Keller, in der die Nahrung für die Kinder peinlich sauber zubereitet wird.

Desgleichen liegt im Keller die große, modern mit elektrischem Betrieb eingerichtete Wäscherei, zu der die schmutzige Wäsche aus den oberen Stockwerken durch ein Tonrohr hinabgleitet, während die fertige gerollt und geplättet durch einen Aufzug nach oben befördert wird. Die Küche dagegen befindet sich im Obergeschoß. Es soll dadurch vermieden werden, daß die Kochdünste das ganze Haus durchziehen. Auch hier in der großen Küche sind alle modernen Hilfsmittel, wie Schäl- und Gemüseputzmaschinen usw., vorhanden. Daß die Wohn- und Aufenthaltsräume für Schwestern und Personal in diesem Hause auch gesund und freundlich sind, versteht sich von selbst. Ebenso sind im Heim auch Laboratorien und ein Röntgenraum vorhanden, aber der Röntgenapparat fehlt noch, und es ist zu fürchten, daß er noch eine ganze Weile fehlen wird. Auch in anderen Räumen ist die Einrichtung noch unvollständig, so daß statt 130 Säuglingen und 60 Müttern das Heim vorläufig erst mit 60 Säuglingen und 20 Müttern belegt ist.

So mustergültig dieses Neuköllner Heim aber auch ist, es hat doch nur den Wert eines Musters. Für die Millionenbevölkerung Berlins fällt es praktisch garnicht ins Gewicht. Es ist nur ein Muster, ein Ziel, das wir den Arbeiterinnen zeigen können: Seht Frauen, so kann man für Mutter und Kind sorgen, — kämpft drum, daß man tatsächlich so für Euch sorgt!

F. R.

Arbeiterinnen, Genossinnen!

Laut Beschluß des 4. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale findet vom 15. bis 21. April in allen Ländern eine

Internationale Schulwoche

statt, die zur Unterstützung der von der internationalen Arbeiterschaft geschaffenen Kinderheime in Sowjetrußland dienen soll. Wir wissen, das Kinderelend ist in Deutschland riesengroß und die durch Lohndruck und Steuerlasten, durch Lebensmittelteuerung und Wucher ausgesogene Arbeiterklasse kann kaum noch etwas für die russischen Kinder erübrigen. Trotzdem müssen wir unserer internationalen Pflicht Genüge tun und unser Weniges mit unseren russischen Brüdern teilen. Nehmen wir uns doch ein Beispiel an der prächtigen Opferfreudigkeit der russischen Genossen, die seit dem Beginn der Ruhrbesetzung für die Kinder des Ruhrproletariats Geld und Brot schicken, trotzdem auch sie noch schwer unter der Not zu leiden haben.

Darum, Genossinnen, tut in dieser Internationalen Schulwoche alles, was in Euren Kräften steht, für die russischen Kinderheime, sammelt in den Straßen, in den Versammlungen Geld, Lehrmittel, Kleider und Wäsche, gründet neue Patenschaften, weist in allen Versammlungen, die in dieser Woche stattfinden, auf die Notwendigkeit der aktiven Unterstützung Sowjetrußlands, des einzigen proletarischen Staates, der in der Lage ist, und dies auch bewiesen hat, daß er dem deutschen Proletariat in seinem schweren Befreiungskampfe tatkräftig zur Seite steht.

Aus der Organisation

Der Verlauf des kommunistischen Frauentages in Deutschland.

Noch liegen Berichte aus allen Bezirken Deutschlands über den Verlauf der diesjährigen internationalen kommunistischen Frauentagswoche nicht vor, aber die charakteristischen Merkmale dieser Woche treten bereits mit einiger Deutlichkeit hervor: das ins Maßlose gesteigerte Elend der deutschen Arbeiterklasse hat seine aufrüttelnde Wirkung auf die Frauen des Proletariats nicht verfehlt. Fast überall waren die Versammlungen der Frauentagswoche trotz der ihr vorausgegangenen zahlreichen Versammlungskampagnen der Partei außerordentlich gut besucht. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß in vielen Orten die öffentlichen Volksversammlungen, die die Bedeutung des Frauentages und seiner Forderungen zum Thema hatten, von Frauen besser besucht waren als die Frauenversammlungen mit dem gleichen Thema. Und noch eines zeichnet den diesjährigen Frauentag aus. Die Scheu der Proletarierinnen, öffentlich das Wort zu ergreifen, scheint zu weichen, denn in einer ganzen Reihe von Orten traten Genossinnen auf, die bisher in Versammlungen nie gesprochen, Proletarierinnen, die vielleicht zum ersten Mal eine öffentliche Versammlung besuchten, meldeten sich zum Wort, sprachen und was besser ist, sprachen sachlich und gut. Was den diesjährigen Frauentag

kennzeichnet ist, daß er inniger als je seine Forderungen mit den andern allgemeinen proletarischen Forderungen des Tages zu verknüpfen verstand. So scharf auch die besonderen Nöte der proletarischen Frauen in der gegenwärtigen Situation hervorgehoben wurden, so eindringlich auch die Forderungen der Kommunistinnen im Laufe dieser Woche erklangen, so mußte es doch sich ins Hirn der Proletarierinnen unauslöschlich einprägen: ihre Not ist nur ein Glied in der schweren leidensvollen Kette des Proletariats und ihre Forderungen sind nur ein Ton in jenem Akkord der Forderungen, der immer stärker und mächtiger anschwillt und immer drohender den Besitzenden und Herrschenden in die Ohren klingt.

Der Verlauf der kommunistischen Frauentagswoche in Deutschland ist, das unterliegt keinem Zweifel, ein Erfolg für die Partei und er ist es, weil es uns gelungen ist, nicht nur große proletarische Frauenmassen zu einem Besuch der Versammlungen zu bringen, sondern auch ihr Interesse für die Forderungen des Tages wachzurufen, sie vor bestimmte praktische Aufgaben zu stellen. An vielen Orten wurden auf den Versammlungen Kontrollausschüsse gewählt. Die Bedeutung der Kontrollausschüsse im gegenwärtigen Kampf den Frauen eingehämmert, neue Mitglieder, neue Leserinnen der kommunistischen Presse, neue Anfängerinnen des revolutionären Klassenkampfes gewonnen. Unsere Genossinnen hatten im Reiche durch eine rührige Vorbereitungsarbeit bewiesen, daß sie auf dem Posten waren. Sie sind dabei in anerkennenswerter Weise von den Parteigenossen mehr als bisher unterstützt worden. Fast die gesamte Parteipresse brachte im Laufe der Frauentagswoche Artikel, die die Nöte der proletarischen Frauen, die Forderungen des Frauentages, behandelten.

Eine Schwäche unserer Gewerkschaftsarbeit trat während dieser Woche wieder stark in Erscheinung. Die Betriebsversammlungen, die wir für die Frauen einberufen hatten, waren mit wenigen Ausnahmen nicht gut vorbereitet und daher schlecht besucht. Und doch muß mehr als je der Schwerpunkt unserer Arbeit auf die Betriebe gelegt werden.

Aus den Berichten über den Verlauf der Frauentagswoche geht folgendes hervor:

In Ostpreußen fiel der diesjährige Frauentag im Vergleich zum vorigen Jahre glänzend aus. In Königsberg und Insterburg waren bis 2000 Männer und Frauen in den Versammlungen erschienen. Hier berichteten Vertreterinnen der Kontrollausschüsse von den Erfolgen ihrer Arbeit; es war ihnen tatsächlich gelungen, in einigen Fällen die Wucherpreise herabzudrücken. In Danzig füllten etwa 1200 Personen den Saal, was unter den dort obwaltenden schwierigen Parteiverhältnissen sehr viel bedeutet. Auch in Zoppot und Oxhöft fanden Frauenversammlungen statt, in denen neue Mitglieder für die Partei gewonnen wurden. Im Bezirk Wasserkante fanden 18 Frauentagsversammlungen statt. In Hamburg waren 1800 Personen zur Versammlung erschienen und die Parteigenossen behaupten, daß in diesem Jahre besondere gute Erfolge erzielt wurden. Einen schönen Erfolg bedeutet auch die Frauentagsversammlung in Bremen. Hier füllten etwa 2000 Frauen und Männer den Saal. In geschlossenen Zügen waren die Frauen aus den verschiedenen Bezirken zur Versammlung gekommen, um in begeisterter Stimmung mit dem Gesange revolutionärer Kampflieder heimzukehren. Mit dem Erfolg im Bezirk Niedersachsen sind die Genossinnen sehr zufrieden. In fast allen Versammlungen wurden Neuaufnahmen gemacht. Erwähnenswert ist die Versammlung in Braunschweig, die von 750 Frauen besucht war. Nach dem Referat der Genossin Dilwell ergriff eine Arbeiterin nach der andern das Wort, besonders lebhaft beteiligten sich erfreulicherweise die Arbeiterinnen aus den Konservenfabriken an der Diskussion. Der Bezirk Halle-Merseburg weist 30 öffentliche Frauentagsversammlungen auf. In Halle waren 1000 Personen anwesend, es wurden 23 Neuaufnahmen gemacht und für den Kampffonds 13 000 Mark gesammelt. In Berlin fanden 27 öffentliche Frauentagsversammlungen statt, die alle gut besucht waren. Glänzend besucht war die zentrale Veranstaltung im Lehrervereinshaus. Leider hatte die Referentin es versäumt, auf den Frauentag, seine Bedeutung und seine Forderungen in dieser Versammlung hinzuweisen, so daß sich diese Versammlung, trotz der ausgezeichneten Stimmung der versammelten Proletarierinnen in keiner Weise von den übrigen allgemeinen Frauenversammlungen unterschied. Ueber den Verlauf der Frauentagswoche im Bezirk Brandenburg fehlt leider bis jetzt noch ein Bericht. Sehr erfreulich war auch der Verlauf des Frauentages in Thüringen. In Jena und Kahla sprach die Genossin Duncker in sehr gut besuchten Versammlungen. Zur Versammlung in Suhl waren die Genossinnen aus Zella-Mehlis in geschlossenem Zuge herangerückt. Es sind dieselben Frauen, die als die ersten in Deutschland in der Abwehrorganisation der Zella-Mehliser Arbeiter eine Hundertschaft proletarischer Frauen aufgestellt hatten. In Bürgel wurden von den 40 anwesenden Frauen 9 Neuaufnahmen gemacht; in Rühlhausen erschienen der Polizei die Schilder, die die Frauen durch die Stadt trugen, staatsgefährlich. Sie wurden beschlagnahmt, jedoch den Polizisten wieder entrissen und von den Frauen im Triumph durch die Stadt getragen. In Herbesleben und in Gotha waren überfüllte Frauentagsversammlungen. Im Bezirk Schlesien fanden 6 öffentliche Frauentagsversammlungen statt, davon drei in Oberschlesien. Ueberall wurden Neuaufnahmen gemacht. In Sachsen fanden 74 Versammlungen statt, davon im Erzgebirge-Vogtland 40. Sehr interessant ist der Bericht, den die Genossinnen von der öffentlichen Frauenversammlung in Chemnitz geben: „Schon am Nachmittag sah man, daß etwas los ist. Vor den Betrieben, an verschiedenen Straßenecken, standen unsere Genossinnen mit großen roten Plakaten, mit der Aufschrift: „Arbeiterfrauen, wehrt Euch gegen Arbeitslosigkeit und Hunger. Kommt heute in die öffentliche Frauenversammlung". Andere Plakate wieder verkündigten: „Wir fordern das Recht auf Arbeit, gleichen Lohn für gleiche Leistungen." Es kam sogar zu Zwischenfällen, die Sipo trat an unsere Genossinnen heran und forderte diese auf, sich mit den Plakaten zu entfernen, jedoch wurde gegen diese Forderung energisch Einspruch erhoben, auch seitens unserer Genossen, welche gerade von der Arbeit kamen.

Am Abend kamen die Frauen in geschlossenen Zügen mit wehenden roten Fahnen in dem Versammlungslokal an. Lange vor Anfang der Versammlung war der große Saal überfüllt. Als Einleitung wurde der Roigardistenmarsch gesungen. Nach einem vorzüglichen, von allen mit großer Spannung verfolgten Referat des Genossen Schminke (Bad Elster) sprachen fünf Diskussionsrednerinnen, darunter eine Genossin der SPD. Viele Nummern der Kommunistin wurden verkauft, 15 Neuaufnahmen konnten wir verzeichnen.

In Westsachsen fanden 25, in Ostsachsen 9 Versammlungen statt.

Im Bezirk Baden fanden nur in Mannheim und Schwetzingen Frauenversammlungen statt; in Mannheim wurden 10 Neuaufnahmen gemacht. Die Mannheimer Frauen haben sich mit den Erwerbslosen zusammengeschlossen und es durchgesetzt, daß die französische Besatzungsbehörde an arbeitslose Familien je zwei Zentner Kartoffeln abgegeben hat. Aus dem Bezirk Rheinland-Westfalen liegen noch leider keine Berichte vor. Schlecht waren die Versammlungen im Bezirk Magdeburg, wo — wie aus der Presse zu ersehen ist — der Charakter des Frauentags gar nicht zum Ausdruck gekommen ist. In Frankfurt a. M. waren nur einige hundert Frauen zur Versammlung erschienen, in Hanau etwa 150. In der Pfalz fanden zehn öffentliche Versammlungen statt, im Bezirk Nordbayern Versammlungen in Nürnberg, Fürth und Schwabach.

Zu diesem Frauentage hat das Frauenreichssekretariat Flugblätter herausgegeben, die in tausenden von Exemplaren in den Betrieben und Versammlungen verbreitet wurden. Die Broschüre „Nieder mit den Abtreibungsparagraphen!", die zu diesem Tage erschienen war, ist leider nicht in alle Bezirke rechtzeitig gekommen. Die Frauentagsnummer der „Kommunistin" fand guten Anklang, wenn auch ihr Vertrieb in den zahlreichen Versammlungen bei guter Organisation bedeutend stärker hätte sein müssen.

Wir müssen es verstehen, die Schwächen, die der Frauentag auch diesmal aufgewiesen hat, zu beseitigen, die Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften intensiver zu gestalten, und die Vorbereitungsarbeiten überall rechtzeitig zu beginnen, dann wird es uns gelingen, den nächsten Frauentag zu einer gewaltigen Demonstration der doppelt ausgebeuteten und entrechteten proletarischen Frauenmassen zu gestalten. Dann wird es gelingen, die letzten Hilfstruppen der Bourgeoisie, die Proletarierinnen in die vordersten Reihen des kämpfenden Proletariates zu führen.

Aus der Internationale

Der Segen der „Reparationen" für die Arbeiterklasse in Siegerländern.

Proletarische Elendsbilder aus England, Belgien, Frankreich.

Wenn die deutschen Proletarier und Proletarierfrauen mit ihrem Leben in der herrschenden demokratischen Republik Deutschland nicht zufrieden sind und gar von den Unternehmern höhere Löhne, vom Staat bessere Arbeiterfürsorge fordern, so rufen ihnen alle staatserhaltenden „nationalen" Parteien einschließlich der Sozialdemokratie zu: Bedankt Euch für Euer Elend bei der Entente mit ihren unerhörten Wiedergutmachungsforderungen. Das deutsche Volk, wir alle, auch die Proletarier müssen Opfer bringen. In jedem Falle sollen die Arbeiter viel arbeiten und mitsamt ihren Frauen und Kindern sich möglichst einschränken in ihrer Lebenshaltung.

Viele unaufgeklärte Arbeiter und noch mehr proletarische Frauen haben noch nicht begriffen, wie schamlos die deutschen Kapitalisten ihr in hohen Tönen gepriesenes „Vaterland" um die Steuern betrügen und die Kosten für den von ihnen verlorenen Krieg von den Arbeitern zahlen lassen. Diese selben Proletarier denken vielleicht mit Neid, wie gut es den Proletariern in den „Siegerländern" gehen muß, die nicht nur von der Zahlung der Reparationen verschont bleiben, sondern sogar noch den Segen der deutschen Wiedergutmachung einsacken.

In Wirklichkeit sieht die Sache anders aus. Auch in den Siegerländern schöpfen die Kapitalisten den Rahm von dem Wiedergutmachungsgeschäft ab, die Proletarier aber haben das Nachsehen. Ja, schlimmer als das: Sie leiden schlimmer als je unter der schweren Weltwirtschaftskrise, in welche der Krieg und die imperialistischen Raub-Friedensverträge alle Staaten gestürzt haben.

Einige Bilder aus dem Leben der Frauen und Kinder zum Beweis dafür. Die Angaben darüber stammen zum überwiegenden Teil nicht aus kommunistischen, sondern aus sozialdemokratischen Zeitungen.

In England macht die ungeheure Arbeitslosigkeit, die zurzeit insgesamt etwa 1 800 000 Arbeitskräfte umfaßt, vor den Arbeiterinnen nicht Halt. In den Listen der Arbeitsnachweise sind 200 000 Frauen und Mädchen über 18 Jahre als Arbeitsuchende eingetragen. Es gibt Hunderttausende von jungen Mädchen von 14 bis 17 Jahren, die niemals seit der Schulentlassung eine Stellung haben finden können. Es gibt Tausende, die es aufgegeben haben, mit dem immer vergeblichen Gang zum Arbeitsnachweis ihre Kräfte zu erschöpfen und ihre Schuhsohlen zu zerreißen. Abertausende, die sich nie haben einschreiben lassen. Schlecht gerechnet gibt es mindestens 300 000 arbeitslose Frauen. Sie erhalten 12 Schilling wöchentliche Arbeitslosenunterstützung oder 10½ Schilling vom Wohlfahrtsamt.*) Von dieser Summe braucht eine Arbeiterin mindestens 5 Schilling wöchentlich für Miete, so daß ihr nur 7, bzw. 5½ Schilling für alle übrigen Ausgaben verbleiben! Ein sehr großer Teil der arbeitslosen Frauen jedoch erhält überhaupt keine Unterstützung, weil sie einen Vater, eine Mutter, eine Schwester in Arbeit haben, die angeblich die arbeitslose Frau versorgen können.

Was wird aus einer Frau, die aus ihrem Logis, welches sie nicht mehr bezahlen kann, auf die Straße geworfen wird? Ein einziges Handwerk bleibt ihr offen. Aber in vielen Städten hat jetzt die Prostitution schon so überhandgenommen, daß infolge der Konkurrenz die Preise schlecht sind. Verzweifelt ist die Lage der Arbeitslosen, die schon so lange Arbeitslosenunterstützung bezogen haben, daß sie von der Unterstützung abgesetzt werden, nachdem sie sich offenbar an den Hunger gewöhnt haben. Hierfür aus einer Unmenge von Beispielen einige „typische Fälle" aus einer amtlichen Statistik aus Bristol:

Alleinstehende weibliche Handelsangestellte mit 25jähr. Berufspraxis, seit 12 Monaten arbeitslos. Kein Privateinkommen, keine Verwandten, Unterstützung abgelaufen.

Fabrikarbeiterin, 21 Jahre alt, ledig, mit einer verwitweten alten Mutter zusammenlebend. Seit 12 Monaten arbeitslos. Bruder ebenfalls arbeitslos.

Fabrikarbeiterin von 19 Jahren, mit einer invaliden Mutter zusammenlebend, Vater im Armenhaus. Seit 2 Jahren arbeitslos. Arbeitslosenunterstützung abgelaufen, usw.

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit nimmt so bedrohliche Formen an, daß der englische Arbeitsminister die Auswanderung der jungen Arbeitskräfte amtlich zu organisieren beginnt. In einem Rundschreiben an die Gemeindeverwaltung stellt er fest, das günstigste Alter zur Auswanderung sei zwischen **14 und 17 Jahren. Diese halben Kinder werden von staatswegen in ganzen Trupps als Landarbeiter auf die großen Farmen in Südaustralien und Neuseeland (Insel bei Australien) verschachert. Dort kommen Löhne von 7—8 Schilling pro Woche vor. Von den Löhnen dieser Jugendlichen behält die Regierung alles bis auf 4 Schilling wöchentlich Taschengeld zurück, bis der Arbeiter sein 21. Jahr erreicht, wobei aber die Kosten der Ueberfahrt und der Ausrüstung von seinem Verdienst noch abgezogen werden!**

Die jungen Mädchen dagegen werden nicht nach Australien verkauft. Die „gnädige Frau" in England braucht Haussklavinnen. Sie müssen Kurse zu ihrer Ausbildung besuchen, damit die Gnädigen gut bedient sind. Wem dies nicht paßt, dem wird die Arbeitslosenunterstützung entzogen.

Auch in Belgien bringt die sozialdemokratische Zeitung „Le Peuple" („Das Volk") folgendes alltägliche Bild vom Leben einer Arbeiterin:

„Ein Haushalt von drei Personen: Die Arbeiterin, eine Witwe von 46 Jahren, ihr Söhnchen von 10 Jahren, eine alte Mutter von 73 Jahren. Die Arbeiterin verdient monatlich 216 Franken, die Rente der Großmutter beträgt 60 Franken. Gesamteinnahmen also 276 Franken.*) Davon verschlingen die Miete, Gas und Heizung allein 90 Franken. Für Nahrung, Kleidung und alle übrigen Ausgaben für drei Personen bleiben also 186 Franken monatlich oder 46½ Franken wöchentlich. So nährt sich die Familie von trockenem Brot, Kartoffeln, ranzigem Speck, der „besonders billig" in der Markthalle gekauft wird, ein bißchen Milch, im Sommer Brei und ein Ei; dagegen sehr viel von der „sättigenden" Erbsen- und Bohnensuppe, Fisch, wenn er zu erschwingbarem Preis zu haben ist, Margarine. Und zum Sonntag ein winziges Bröckchen Gefrier- oder Pferdefleisch.

Was hat diese Arbeiterfamilie von den Reparationszahlungen?

Aus Frankreich erfahren wir folgende Daten über die Wohnungsnot:

Der Gemeinderat von Paris hat beschlossen, 14 000 neue Wohnungen zu erstellen. Das wird aber Jahre und Jahre dauern. 1921 und 1922 hat man insgesamt 1733 neue Wohnungen erstellt. 1923 rechnet man mit der Erstellung von weiteren 1000 Wohnungen. Von diesen werden 66 Prozent für kinderreiche Familien, d. h. solche mit mehr als 4 Kindern unter 16 Jahren, reserviert. Bleiben also 330 noch zu vermietende Wohnungen. Es liegen aber bereits 27 000 Wohnungsgesuche vor, so daß also von 1000 Familien immer nur 12 Aussicht auf eine Wohnung haben.

Um die Löhne der weißen Haussklavinnen zu unterbieten, sind die Damen der Bourgeoisie auf die geniale Idee verfallen, sich farbige Mädchen von den Martiniqueinseln (bei Südamerika) kommen zu lassen. Sie bieten diesen den fabelhaften Monatslohn von 100 Franken an, behalten aber davon 60 Franken zurück für den Fall, daß das Mädchen einmal Sehnsucht nach der Heimat bekommen sollte!

Alle Reparationen auf Grund der kapitalistischen Friedensverträge zerrütten die aus ihren Fugen geratene Weltwirtschaft nur immer tiefer. Darum fort mit den imperialistischen Raubverträgen und Bahn frei für einen wirklichen Aufbau in einer internationalen Einheitsfront des Proletariats.

*) Zur Einschätzung der Kaufkraft dieser Summen sei bemerkt, daß 1 Schilling in Friedenszeiten ungefähr 1 Mark entsprach, daß aber in der Nachkriegszeit der Wert des Schilling um etwa ein Drittel gesunken ist.

*) 1 Frank galt vor dem Kriege soviel wie 80 Pfennige. Infolge seiner starken Entwertung besitzt er jetzt nur noch ungefähr 40 Prozent seiner früheren Kaufkraft.

Nachklänge zum Internationalen Kommunistischen Frauentag.

Gruß der finnischen Arbeiterinnen an die weiblichen Genossen, die in allen kapitalistischen Ländern um ihre Befreiung kämpfen.

Zum Internationalen Frauentag am 8. März 1923.

Am Tage der großen internationalen Kundgebung der Arbeiterinnen senden wir Arbeiterinnen des weißen Finn-

lands den unterdrückten Arbeiterinnen aller Länder unseren treuen genossenschaftlichen Gruß.

Trotz der staatlichen und nationalen Wirren fühlen wir stärker als ehedem, daß wir ein unzertrennlicher Teil von Euch sind. Uns vereinen starke Bande, die gleiche Lage in der Unterdrückung und der große einheitliche Kampf, der Kampf Millionen Unterdrückter gegen die Macht des internationalen Kapitalismus.

Wir sehen, daß der Klassenkampf bei Euch und in der ganzen Welt an Stärke zunimmt. Wir wissen, daß er noch viele Opfer erfordert. Aber des Endziels bewußt, wird die Arbeiterin Finnlands im Bunde mit der Arbeiterklasse den Kampf bis zum endgültigen Siege führen.

Es lebe die Solidarität der Unterdrückten aller Länder!
Es lebe die Weltrevolution!

Das Frauensekretariat
der sozialistischen Arbeiterpartei Finnland.

In der Schweiz fanden aus Anlaß des Internationalen Frauentags in **Zürich, Schaffhausen, Winterthur** und **Basel** öffentliche Versammlungen statt. In Basel war es — aus einer mißverstandenen Auffassung über die Einheitsfront — eine mit den Sozialdemokraten gemeinsame Kundgebung, in der infolge der getroffenen Vereinbarungen die Abrechnung mit dem Reformismus leider nicht erfolgen konnte! Die Parolen der Schweizer Kommunisten waren: Gegen die imperialistische Kriegsgefahr und den Faschismus, gegen die politische Rechtlosigkeit der Frauen, gegen den Gebärzwang. Die Parteipresse unterstützte die Aufklärungs- und Aufrichtungsarbeit des Internationalen Frauentags aufs wirksamste. Die Partei gab außerdem eine besondere Frauentagszeitung heraus, die rege kolportiert wurde. Die Versammlungen waren gut besucht und brachten der Partei durch Eintritte in die Partei und Abonnements für die Parteipresse willkommene Verstärkung. Auch Mittel für die Opfer der weißen Justiz, die politischen Gefangenen, wurden dort gesammelt.

Komm. Partei Italiens.

Berlin, den 28. März 1923.

An das
Internationale Frauensekretariat der Komm. Internationale

Liebe Genossin!

Die verschärfte Reaktion, die gegenwärtig das Proletariat Italiens unterdrückt, macht es uns unmöglich, den Internationalen kommunistischen Frauentag durch öffentliche Versammlungen und Aufrufe wie im vergangenen Jahr gemäß den Anweisungen des Internationalen Frauensekretariats zu begehen. Die Faschisten tragen Zerstörung und Tod überall dahin, wo Arbeiter und Arbeiterinnen zu friedlichen und auch ruhigen Kundgebungen zusammenkommen. Die Polizei jeder Art unseres Landes verhaftet alle diejenigen, welche daran teilnehmen. Hunderte und aber Hunderte unserer besten Genossen sind in diesen letzten Wochen verhaftet worden; eine große Zahl anderer Genossen müssen sich verborgen halten, da sie von der Polizei gesucht werden.

Die italienischen Proletarierinnen können somit am 8. März keine großen Kundgebungen machen, aber mehr als je fühlen sie sich solidarisch verbunden mit der großen revolutionären Bewegung und nehmen an der internationalen Kundgebung teil, soweit es ihnen nur möglich ist; denn sie gibt ihnen das Bewußtsein von der weltumfassenden Macht unserer Bewegung und verleiht ihnen die Kraft zum Widerstand und zum Kampf. Die italienischen Proletarierinnen, die der Faschismus unterdrückt, bitten Euch, ihre Lage den Arbeiterinnen Eures Landes zu schildern und senden ihnen brüderliche Grüße.

Zentralbüro der kommunistischen Propaganda unter den Frauen.

Feuilleton

Ein Beitrag zur Wohnungsnot.

Das Uphagenhaus.

In Danzig auf der Langestraße steht es, hat seinen Namen vom ehemaligen Besitzer, dem Ratsherrn Peter Uphagen, der es vor fast 200 Jahren erbauen und einrichten ließ. Es ist Majorat und unveräußerlich (Privateigentum ist unantastbar, auch im Freistaat Danzig), die Stadt Danzig aber hat es auf 30 Jahre gepachtet, wiederherstellen lassen, was im Laufe der Zeit zu Grunde gegangen war und zeigt es nun als altes Patrizierhaus und große Sehenswürdigkeit gegen Eintrittsgeld.

Der 16jährige Majoratsherr wohnt mit seiner Mutter auf seinen Gütern. Die Uphagens sind jetzt Landwirte geworden. Die Führung dauert eine Stunde. So groß und weitläufig ist solch schmales Haus; aber es reicht in der Tiefe bis auf die nächste Straße.

Der Führer erklärt mit witzig-ironischen Seitenhieben auf die heutige Zeit alle die schönen und auch manchmal lächerlichen Einrichtungen. Aber sein Humor ist deutschnational gefärbt.

Da ist unten die Diele, von der aus die mit schön geschnitztem Eichenholzgeländer versehene Wendeltreppe bis ins vierte Stockwerk geht; auch die Kontorräume befinden sich unten. Mächtige Schränke mit riesigen Delfter Vasen auf den Simsen, ein Tisch, eine Sitztruhe, ein Bild „Susanne im Bade" gestalten schon die Diele wohnlich. Im Zwischenstock ein Teestübchen, schmal mit einem Fenster nach der Straße, eine ganze Fensterwand mit Biedermeiergardinchen nach dem Dielenraum, Friese mit chinesischen handgemalten Bildern, behaglichem Tonpfen, der, wie alle Oefen im Hause, vom Vorplatz aus geheizt werden muß. Dazu verschiedene Samowars auf kleinen Tischen und ein altväterisches Schreibzeug mit Gänsekielfedern. „Auch hier und sogar beim Frühstück mußte der Ratsherr manchmal eine Unterschrift leisten."

Der Arme! Unsere Arbeiter müssen während der Arbeit mit schmutzigen Händen ihr Frühstück verschlingen.

Wiederum Schränke vom kostbarsten Porzellan, englisches, holländisches, Berliner und Meißner. „Für eine solche goldene Tasse würde sich heute eine Braut vor Freude aufhängen", bemerkt bewundernd eine Besucherin.

Wir gehen weiter, sehen einen Festsaal mit rotseidener Tapete, herrlichen Rokokomöbeln, aber einen Tisch imitierter Marmorplatte aus Holz. „Nanu", fragt einer, „so etwas unechtes?" „Damit sie sich beim Auflehnen die Arme nicht erkältet", erklärt der Führer streng. Naseweißheit ist ihm anscheinend unangenehm.

Ein riesiges Wohnzimmer, ein Spielzimmer mit gemalten Schmetterlingen auf Holzfriesen: „Als Symbol des Spiels", sagt der Hauswart; ein Blumenzimmer, so genannt der gemalten Blumen wegen überall — auch die Tapete ist geblümte Seide — einstmals bestimmt gewesen für die Damen zum „Kaffeeklatsch" wird uns gezeigt. Auch ein Musikzimmer mit Flügel und Harfe, leider alles zerstört und unbrauchbar. Ein wunderschönes Speisezimmer, ein Schaukraum, — alles in einer Etage.

Oben Schlaf- und Gastzimmer. Im Schlafzimmer komische Betten mit Löwenklauenfüßen; zu jedem Gastzimmer gehört auch immer ein Wohnzimmer. An die zopfige Zeit erinnern Perrückenstöcke und ein Tisch mit Einrichtung zum Lockenwickeln. Alle Teppiche und Vorlagen sind handgestickte Kreuzsticharbeiten, und wir werden immer gemahnt, nicht darauf zu treten.

Nun geht's hinab ins Erdgeschoß. Die Vorratsräume, die Backstube, die Küche mit Rauchfang über dem riesigen Herd, Wasserbottiche, alles Dinge, die man „heute" nicht mehr nötig hat. Ein Speiseraum für die Dienerschaft ist auch da und jemand fragt: „Wo mußten denn die Dienerschaften schlafen?" „O, die hatten schöne Zimmer. Heute sind sie abgeschlossen, weil für die Mutter des Majoratsherrn reserviert. Wenn die in Danzig weilt, wohnt sie in diesen Räumen."

Vom Hof aus sehen wir die Fensterflucht der Dienerzimmer. „Das alles und ein Landhaus gehörte nur zwei Leuten zur Benutzung. Kinder hatten die Uphagens nicht, das Erbe fiel an einen Neffen. Ja, Wohnungs n o t gabs damals nicht; na aber dafür haben wir jetzt ein Wohnungs a m t".

Einer fragt zweifelnd: „Hatten denn alle Leute damals so viel Platz? In den alten Häuschen am Karpfenteich, wo die Armen wohnten, drängten sich mehr Menschen auch damals schon". „Na ja, freilich" meint ungeduldig der deutschnationale Hausmeister, „aber heute darf auch der Reiche nicht viel Platz beanspruchen".

„Das stimmt nicht; das Palais des ehemaligen Kronprinzen in Langfuhr gehört jetzt einem Großkaufmann. Kein Wohnungsamt macht's ihm streitig. Der Herr Senator wohnt stilvoll und bequem auch heute noch; nur die Armen hausen in Winkeln, heute und damals. Aber das wird auch noch geändert werden, verlassen Sie sich darauf."

Der so sprach, war ein Danziger; geärgert schloß der Führer das Haustor auf und ernst und nachdenklich gingen die Fremden auseinander.

—a.—g.

Inhalt: Titelbild. — Auf zur Internationalen Proletariatwoche! — Unser Kampf gegen die Nationalsozialisten! — Die Kommunistinnen und der Konsumverein. — Der 7. Reichskongreß der Kommunistischen Jugend und die Gewinnung der jugendlichen Arbeiter. — Die Kemschröder Frauen an die Grünen. — Zur Mutter- und Säuglingsfürsorge. — Aus der Organisation. — Aus der Internationale. — Feuilleton.

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW 48.

Die Kommunistin

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Herausgegeben vom Frauenreichssekretariat. Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin

Nr. 9 | Die Kommunistin erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Infolge der immer weiteren Geldentwertung mußte der Preis wieder erhöht werden. Einzelnummer 100,— Mark | Berlin, 1. Mai 1923 | Verlag: Friedrichstadt-Druckerei G.m.b.H. (Abteilung Zeitschriften). Berlin SW 48, Friedrichstr. 228. — Verantwortlich für die Redaktion: Martha Arendsee, Berlin. | Jahrg. 5

Der 1. Mai gehört dem Proletariat!

I.

Der 1. Mai gehört dem Proletariat! Er gehört jenen Arbeitsbataillonen, die die Entwicklung des Kapitals aus dem Boden gestampft, er gehört jenen werktätigen Massen, die das Kapital entrechtet, knechtet, ausbeutet und in seinen Dienst zwängt. Er gehört jenen Millionen Frauen, die das Kapital von Haus und Herd in den Strudel der Erwerbsarbeit gerissen. Der 1. Mai ruft die Millionen von Arbeitern des ganzen Erdballs auf, die Arbeit ruhen zu lassen an diesem Tage, sich aufzurichten zu einer mächtigen Front, zu einer Mauer, an der alle Angriffe des Kapitals abprallen.

Als 1890 am 1. Mai das Proletariat zum ersten Male in einer Anzahl von Ländern demonstrierte und diesen Tag durch Arbeitsruhe feierte, da geschah es überall unter den gleichen Losungen: Gegen die Herrschaft des Kapitals und seine Ausdrucksformen: Ausbeutung und Arbeitslosigkeit, Hunger und Kriegsgefahr! Für den Achtstundentag, für den Sozialismus! Ueber die Grenzpfähle hinweg streckten sich Millionen Hände entgegen, versuchten zum ersten Male die Proletarier aller Länder sich zu vereinigen.

Schreck und Haß erfaßte die Besitzenden und die Herrschenden aller Länder. Sie sahen ihre Herrschaft ernstlich bedroht. Es regnete Verfolgungen. In einzelnen Ländern, wie im Zarenreiche, wo der Absolutismus uneingeschränkt herrschte, wurde auf die Demonstrierenden die Soldateska losgelassen, und auf die friedlich demonstrierende Masse wurde 1904 in Warschau geschossen; Tote und Verwundete deckten den Platz. 1903 wurde ein kleines Häuflein Proletarier, das in dem Textilzentrum Lodz am 1. Mai auf die Straße ging, von berittenen Kosaken umzingelt und halbtotgeschlagen. Die Gefangenen wurden in den Gefängnissen mit Ruten gepeitscht und für Jahre lang nach Sibirien verbannt.

In den Ländern, wo der Absolutismus, gedämpft oder verschleiert durch die Demokratie, herrschte, waren die Methoden gegen die Maifeier etwas sanfter, wenn auch hier und da am 1. Mai Polizeiattacken geritten wurden. Die „Rädelsführer" wurden gemaßregelt, kamen auf die schwarze Liste und wurden zum Verhungern verurteilt. Aber auch das wirkte nicht. Die Maifeier wurde von Jahr zu Jahr zu einer imposanteren und eindrucksvolleren Kundgebung des Proletariats in fast allen kapitalistischen Ländern. Erst als die Gewerkschaftsführer und unter ihrem Einfluß die Führer der Sozialdemokratie sich dazu hergaben, den revolutionären Charakter dieser Feier zu verfälschen, indem sie, wenn der 1. Mai auf einen Wochentag fiel, die „Mairuhe" auf einen Sonntag verlegten, verlor dieser Tag seine Schrecken für die Bourgeoisie. Anstatt großer Aufmarsch der revolutionären Armee gab es einen Ausflug müder und friedfertiger, gedemütigter Sklaven „ins Grüne".

Der Kampf um die revolutionäre Maifeier wurde von einem kleinen Flügel der Internationale geführt, allen voran die unsterblichen Führer des internationalen Proletariats: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Was Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht vorausgesehen und vorausgesagt hatten, erfüllte sich: die Internationale ward zu einer hohlen Theaterdekoration, die in Rauch und Flammen des imperialistischen Krieges ruhmlos unterging.

II.

Die Internationale schien tot, die Solidarität aller Arbeiter begraben. Die Proletarier aller Länder lagen im Kampf miteinander zur Verteidigung der kapitalistischen Wirtschaft ihres Landes. Wieder war es Karl Liebknecht, der die rote Fahne aus dem Schlamm hob; am 1. Mai 1916 trug er sie den zaudernden und eingeschüchterten deutschen Proletariern kühn voran. Auch in den Schützengräben begann es sich zu regen. Am 1. Mai 1917 ließen russische Soldaten aus den Schützengräben die rote Fahne flattern; aus den Kehlen der zu Mord und Tod verurteilten Soldaten ertönte, allen Verboten zum Trotz, die Arbeitermarseillaise. 1917 erstand aus der Asche des Weltbrandes eine neue Internationale. Sie rief zur Beendigung des Krieges der Arbeiter untereinander.

Diesem Ruf folgten die russischen Arbeiter und Bauern, geführt von den Bolschewiki. Sie beendigten den Krieg gegen die fremde internationale Bourgeoisie, um ihn mit um so größerer Gewalt gegen den schlimmsten Feind, gegen die eigene Bourgeoisie, aufzunehmen. Und sie ruhten und rasteten nicht, bis sie ihn in fünfjährigen, unendlichen Kämpfen siegreich zu Ende führten. Aus diesem Krieg, dem Bürgerkrieg, hat das russische Proletariat die Freiheit des Bodens für die arbeitenden Bauern und die Produktionsmittel, Maschinen, Gruben, Hütten und Betriebe für das städtische Proletariat gerettet. Es hat seine Macht aufgerichtet, an der alle Rücken und Tücken, alle Angriffe der nationalen und internationalen Bourgeoisie gescheitert sind.

III.

Die Friedensverträge von Versailles und von Sèvres haben die Konflikte nicht gelöst, die zum Ausbruch des Krieges geführt hatten. Der Appetit der Sieger ist ungestillt geblieben, er wuchs mit dem Essen. Die kapitalistische Wirtschaft ist in allen Ländern durch den Krieg bis in die Grundfesten erschüttert. Ueberall Teuerung und Lohnabbau, Abbau des Achtstundentages, des Arbeiterschutzes, des Mutter- und Kinderschutzes, wo die Ansätze dazu bereits vorhanden waren, zunehmende Arbeitslosigkeit, wachsende Not, wachsendes Elend der arbeitenden Männer, Frauen und der Jugend des Proletariats nicht allein in Deutschland, sondern in allen kapitalistischen Ländern.

Frankreich, das siegreiche Frankreich, ist am finanziellen Bankrott, und nur eine dünne Schicht Reicher ist noch reicher geworden durch den Krieg und den Friedensvertrag. In den durch die Okkupation zerstörten Gebieten Nordfrankreichs ersteben in erster Linie Kirchen und Kneipen, die Arbeiter hausen in Baracken, erhalten Hungerlöhne. In England Arbeitslosigkeit, Wohnungselend, zunehmendes Gären in den Reihen der werktätigen Massen. Weder in Italien noch in Ungarn, Jugoslawien, Polen, noch in den anderen kapitalistischen Ländern vermag der bürgerliche Staat mit seinem ganzen Machtapparat, seiner Justiz, seiner Polizei, seinem Militär, seiner Schule, Kirche und Presse die Hungrigen satt zu machen und die besitzenden Klassen vor dem drohenden Ansturm der arbeitenden und betrogenen Massen zu schützen. Die Arbeiterorganisationen müssen vernichtet, ihre Presse muß geknebelt, die tapferste Führerschaft beseitigt, die schwachen und schwankenden Elemente der Arbeiterklasse korrumpiert und gekauft werden, damit die Bourgeoisie ihre Herrschaft über die ausgebeuteten Massen befestigen, ihre Wirtschaft aufrichten kann. Diesem Zweck dienen in Deutschland, in Italien, in der ganzen Welt die faschistischen Banden.

Aus den Taschen der Arbeiterklasse, mit dem Blute der Arbeiter zahlt die Bourgeoisie die Reparationen. Die deutschen Agrarier haben in langem zähen Kampfe die Getreideumlage beseitigt; nun werden die Brotpreise ungehemmt in die Höhe steigen. Ob die Mark, ob der Dollar stürzte, immer haben sich die deutschen Kapitalisten bereichert. Das Proletariat hungerte in dem einen wie in dem anderen Falle. Nun scheint es zwischen den deutschen und den französischen Räubern zu einer Verständigung zu kommen. Und wie der Vertrag von Versailles mit dem Blute der Arbeiter unterschrieben wurde, so wird auch das nächste Abkommen zwischen den deutschen und französischen Räubern auf dem Rücken der deutschen und französischen Arbeiter zustande kommen.

Dagegen wehren sich nur die revolutionären, klassenbewußten Arbeiter unter der Führung der Kommunistischen Partei in Deutschland wie in Frankreich. Dafür sind sie dort wie hier den schlimmsten Schikanen und Verfolgungen ausgesetzt. In Essen und später in Frankfurt traten Kommunisten aus Frankreich, England, Italien, Rußland, Polen und Deutschland zusammen, um den Abwehrkampf des Proletariats gegen den Willen der Führer der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschafter, gegen den Willen der 2. Internationale zu organisieren. Diese Konferenzen haben alle Aussicht, erfolgreicher zu sein als die zahlreich stattgefundenen Konferenzen der Vertreter der Kapitalisten aller Länder.

Das Proletariat muß den Kampf aufnehmen, da hilft kein Sträuben mehr. Der Kampf wird hart, der Kampf wird schwer werden, denn diejenigen, die den Einfluß hätten, das Proletariat zum Kampfe um seine Macht zu führen, sie versagen: die Führer der Gewerkschaften, die Führer der in der Sozialdemokratischen Partei vereinigten großen Massen in allen Ländern verzichten freiwillig auf den unerläßlichen, unabwendbaren Kampf. Sie wollen nicht kämpfen! Die rote Fahne ist ihren Händen entglitten, obwohl sie immer wieder in frisches, warmes Arbeiterblut getaucht worden ist. Die Opfer in Essen, in Mülheim, ebenso wie die täglich fallenden Opfer in den übrigen vom Faschismus heimgesuchten Ländern fordern Sühne. Die reformistischen Führer sind taub und stumm und blind für die Leiden des Proletariats. Die Massen, die ihnen noch folgen, dürfen nicht länger taub, stumm und blind sein. Am 1. Mai müssen sie sich vereinigen zu einer geschlossenen Front zum Kampf gegen Elend und Not, Kriegsgefahr und Faschistenherrschaft, für die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats!

Am 1. Mai wird die rote Fahne wieder wehen, emporgehoben und vorangetragen von den Anhängern der lebendigen, revolutionären, der Kommunistischen Internationale! Die erwachenden und zum Kampfe entschlossenen proletarischen Frauen in allen Ländern werden an diesem Aufmarsch der Arbeiterbataillone nicht fehlen. Ihre Stimmen werden sich vereinigen mit den Stimmen ihrer arbeitenden Brüder zum Ruf:

Nieder mit der Bourgeoisie!
Nieder mit den Faschistenbanden!
Es lebe die Einheitsfront des Proletariats!
Es lebe der Achtstundentag!
Es lebe die internationale Solidarität der arbeitenden Massen!
Es lebe die Kommunistische Internationale!

E. B.

Zum 1. Mai.

Ihr sagt uns, daß in Euren Gärten Magnolien und Teesträucher blühn.
Ihr sagt uns, daß vor den Toren draußen die Weiden wieder grün.
Ihr sagt auch, daß die Amsel schon aufs neue lernt ihr Lied,
Daß durch den lichten Wald ein Duft von Anemonen zieht.

Wir hinter unsern Mauern, wir sehn den Frühling nicht —
Durch trübe Fensterscheiben ein müder Tag uns bricht.
In unsre Ställen dringet nicht der Duft der Anemonen —
Wir riechen nur den sauren Schweiß der werkenden Millionen.

Kein Schwalbengezwitscher, kein Amsellied zieht bis an unsre Ohren,
Wir hören nur den dumpfen Lärm von rasselnden Motoren.
In der Maschinen Gestampfe und Dröhnen, im Surren der Transmissionen
Ertrinken die Seufzer ungehört, der werkenden Millionen

Doch meine Brüder, hört, und Schwestern! Zum Klagen ist nicht Zeit.
Zur Tat, die die kommende Stunde gebeut, haltet Euch bereit!
Horcht auf! Ihr hört mit hellem Ohr der Brüder nahendes Schreiten —
An diesem Mai reichen wir, Schwestern, Euch die Hand über trennende Weiten.

Die Glieder unsrer Hände laßt uns zur Kette schweißen —
Es wird der Kette Wunderkraft der Feinde Macht zerspleißen.
Nichts widersteht den Titanengewalten in diesem magischen Band;
Es führt uns mit der Freiheit Fackel ins gelobte, heilige Land.

Laßt hoch unser rotes Banner wehn! Wahrhaftig, Schwestern, es mait!
Wir tragen in unsern geeinten Händen die Macht und die Herrlichkeit!
Wir tragen in unsern geeinten Händen den Sieg über Schmach und Geld!
Wir tragen in unsern geeinten Händen die Zukunft der ganzen Welt.

Und unsre geeinten Hände sprechen ein neues, donnerndes „Werde!"
Daß unser endlich der Frühling sei auf unsrer neuen Erde!

Animula.

Gegen den imperialistischen Krieg – für den revolutionären Krieg des Proletariats.

Der 1. Mai, der Tag des Proletariats, der Tag, der Festtag der arbeitenden Frauen? Wer ließe sich nicht gern verführen vom ersten Grün der jungen Bäume? Selbst die grauen Häusermauern der öden Stadt scheinen aufzublühen, wenn die Baumreihen der Straßen entflammen wie grünes Licht. An einem solchen Tage erschien es dem Riesen Weltproletariat leicht, seine Ketten zu sprengen und er beschloß, den 1. Mai als einen Weltfeiertag zu begehen, eine Bresche zu schlagen in die Mauer der Fronarbeit für den Kapitalismus, einmal nicht zu arbeiten an einem Tag, der nicht als Festtag im Kalender der Bourgeoisie angezeichnet steht.

Wie feiert ihr diesen Tag, proletarische Frauen? Habt ihr ein Festkleid? Eure Kinder gehen in Lumpen und ihr spart vielleicht Euch die knappen Bissen noch vom Munde ab, um ein billiges Festkleid für eure Kinder zu erstehen. Habt ihr einen Festsaal? Ihr habt nicht einmal ein Dach über dem Kopf, eure Wohnungen stinkend, dunkel und dumpf. Ueberlastet durch Arbeit könnt ihr sie nicht mehr sauber halten. Ihr zogt 30 Jahre lang aus am 1. Mai, um das gelobte Land zu suchen. 30 Jahre lang, am 1. Mai zog der Prolet mit Weib und Kind aus, den 1. Mai zu feiern. Ihr stürmtet mit roten Fahnen in den Morgen hinaus und proklamiertet eure Forderungen: Achtstundentag! Arbeiterschutz! Völkerfrieden! und ihr landetet am Abend in öden häßlichen Bierlokalen eurer Proletarierviertel, kläglich bei den erbärmlichsten Brocken, die aus den bürgerlichen Kunstbetrieben abfallen, gut genug für Proleten. Und das ist heute noch so, und es ist heute noch schlimmer und ins Unermeßliche gewachsen ist euer Elend. Wenn ihr euch selbst nicht seines klassenmäßigen Umfangs bewußt seid, so sagt es euch das Berliner Stadtoberhaupt in einer ungeheuerlichen Hungerstatistik, mit der er euer Elend und seinen, der deutschen Republik Bankrott vor dem Ausland dokumentieren will.... Man glaube es kaum, daß 30 Jahre Maifeier hinter uns liegen! Denn als eine unabsehbare Drohung stand der erste proletarische Maitag vor der Bourgeoisie. „Feiern" bedeutete ja Arbeitsruhe und damit versteht der Kapitalist keinen Spaß. Es gab Verbote und blutige Maidemonstrationen. Und die Maienflamme, die am Morgen glühte, war am Abend erloschen. Ihr zogt ja auch für den Völkerfrieden mit roten Fahnen aus. Ihr glaubtet wohl, der Völkerfriede würde wie ein Geschenk vom Himmel fallen, bis eines

Morgens die Kriegsfanfare der Imperialisten euch weckte. Der Maitag Karl Liebknechts weckte die revolutionären Proletarier der kriegführenden Länder zum Protest gegen das Massenmorden, zu revolutionären Kämpfen, zu blutigen März- und Maikämpfen. Die SPD. begnügte sich weiter mit matten pazifistischen Demonstrationen „Für den Völkerfrieden!" „Nie wieder Krieg!" „Nie wieder Krieg", das bedeutete für sie zugleich keinen revolutionären Kampf, keinen bewaffneten Aufstand, kein Blutvergießen. Was den Sozialdemokraten Noske nicht hinderte und was Severing heute noch nicht hindert, Arbeiterblut in Strömen hinzuopfern, um den Kapitalisten ihren Friedensvertrag durchhalten zu helfen.

Das Beispiel Sowjetrußlands hat die Bourgeoisie gelehrt, worum es geht und was ihr bevorsteht. Mit allen Mitteln bereitet sie nun überall den letzten Kampf vor, versteckt und offen. Sie weiß, es geht ums Ganze. So wächst um das Proletariat ein ganzes System von Geheimorganisationen, die international miteinander Fühlung haben. Ueberall wird nach gleichen Methoden gearbeitet, der bürgerliche Selbstschutz organisiert, der, wo er noch nicht gefegt hat und wütet wie in Italien, sich schon zu offenen Paraden herauswagt. Die kommunistische Presse wird unterdrückt — Arbeiterführer verhaftet — die Versammlungen der Arbeiter bedroht und Putsche provoziert. In diesem einen Punkte, in der Unterdrückung und Ausplünderung des Proletariats, herrscht Einigkeit bei der imperialistischen Bourgeoisie der ganzen Welt. In Deutschland marschieren offen an allen Ecken und Enden die Faschisten auf. Der 1. Mai 1923 steht im blutigen Zeichen immer neuer Arbeitermorde an der Ruhr. Es wäre ein Hohn, wollten heute noch sozialistische Arbeiter und Arbeiterinnen für den „Völkerfrieden", wie ihn die Pazifisten fordern, auf die Straße gehn. Der „Völkerfrieden" der Bourgeoisie ist ein anderer als der des Proletariats. Solange der Bourgeois noch seine Hand auf die Maschinen legt und sie laufen lassen oder stillegen kann, wie lange und wann es ihm gefällt, solange der Bourgeois den Produktionsprozeß beherrscht, solange Arbeitslose hungern und die Kinder des Proletariats verkommen in Hunger und Krankheit, solange kann es keinen Frieden für das Proletariat geben. Nur der revolutionäre Kampf kann allen Arbeitern der Welt den Frieden bringen.

Auch das Proletariat hat aus der russischen Revolution gelernt, daß Revolution Kampf und Krieg bedeutet. Die Bourgeoisie rüstet schon für diesen Krieg — wollen die Arbeiter noch zögern mit ihrem gemeinsamen Vorgehen? Die internationale faschistische Front der Bourgeoisie fordert geradezu zu einer internationalen Kampffront des Proletariats heraus.

Sturz der kapitalistischen Gesellschaft, das nur bedeutet Frieden für das Proletariat!

Der Faschismus — das ist die drohende Faust gegen die Arbeiter aller Länder.

Der Faschismus ist die mächtige Organisation des Weltimperialismus gegen das Weltproletariat.

Die Bourgeoisie spricht von Weltfrieden, aber sie ist unfähig, ihn zu schaffen, und doch gibt es noch immer Arbeiter unter den breiten Massen und vor allem sind es noch immer arbeitende Frauen, die trotz alledem daran glauben, das Proletariat könne auf eine friedliche Weise ohne Blutvergießen mit der Bourgeoisie fertig werden, die glauben, wir könnten in den Kommunismus hineinwachsen durch friedliche Demonstrationen. Es darf für einen Proleten kein Maifest im Bierstaal, im kleinbürgerlichen Schützenfeststil mehr geben. Alle Arbeiterfrauen, die von einem Weltfrieden träumen, ohne die kapitalistische Gesellschaft kämpfend beseitigen zu wollen, lähmen die revolutionäre Kampfbereitschaft des Proletariats.

Gegen den Aufmarsch der Faschisten stehe der Aufmarsch des Proletariats am 1. Mai 1923.

Ein internationaler Kampftag auch für die Arbeiterinnen.

Auch die schaffenden Frauen gehören in die Einheitsfront des Weltproletariats, die die Frankfurter Konferenz beschlossen hat.

Die Frauen als die doppelt Ausgebeuteten, die durch den Faschismus doppelt Bedrohten — bedroht in ihren Männern, Brüdern und Kindern — müssen die Einheitsfront des Proletariats verwirklichen helfen.

Her mit den proletarischen Kontrollorganen! heißt es am 1. Mai 1923 für das Proletariat. Her mit den proletarischen Hundertschaften, mit denen die Arbeiter ihren Selbstschutz organisieren. Auch die Frauen gehören hinein in diese proletarischen Hundertschaften — oder wollen die Proletarierinnen jenen Bourgeoisfrauen nachstehen, die in die faschistischen Organisationen eintreten? Gegen den internationalen Faschismus stehe die rote Armee des Weltproletariats. Kein wirklicher Friede für das Proletariat ohne den revolutionären Krieg gegen die Bourgeoisie, sei auch für die arbeitenden Frauen die Parole des 1. Mai!

G. G. L.

Eine verhinderte Maidemonstration.

Der 1. Mai 1915 nahte, der internationale Kampftag des Proletariats sollte zum ersten Male im Weltkriege begangen werden. Aber die SPD. hatte zusammen mit dem Kommunistischen Manifest und dem Erfurter Programm auch ihre traditionellen Maiforderungen begraben: Statt Kampf für den Weltfrieden hieß es jetzt bei den Sozialdemokraten: Durchhalten im nationalen Kriege! Her mit dem letzten Mann und dem letzten Groschen für die Verteidigung gegen den Erbfeind! Statt der Parole: Achtstundentag! gab die SPD. die Forderung heraus: Ueberstunden für Erzeugung der Mordwerkzeuge, statt der Erzwingung vermehrten Arbeiterschutzes hetzte man auch von Partei und Gewerkschaft aus die Proletarier in die gefährlichen Munitions-, Pulver- und chemischen Fabriken hinein, wo besonders die Frauen vielfach jahre- und lebenslange Schäden an ihrer Gesundheit davontrugen. Die Militärkommandos und die Abteilung Ia durfte beruhigt schlafen, die SPD. hütete „fest und treu" die Wacht am Rhein und im Reiche. Sie trat für alle Kriegsparolen, auch des versteckten Eroberungskrieges ein — sie hatte die Maifeier abbestellt. Wie durfte man es auch wagen, mit roten Fahnen für die Verbrüderung des internationalen Proletariats zu demonstrieren, wo allenthalben Proletarier und besonders die Führer mit schwarz-weiß-roten Fahnen über jeden „glorreichen" Sieg ihre Freude kundgaben.

Nur wenige Proleten, besonders in den Großstädten, rebellierten. Trotz Verbot und Drohung versuchte man, durch eine Maidemonstration den Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu beleben. In Leipzig aber rettete der „Genosse" Lipinski die Partei vor einer derartigen Schande und Gefahr.

Dort hatten einige Frauen den Plan gefaßt, am 1. Mai in Leipzig eine Demonstration für den Weltfrieden zu veranstalten. Wir luden die tätigsten Genossinnen aus den verschiedensten Bezirken Leipzigs in unsere Wohnungen und versuchten, sie für unsere Absichten zu gewinnen. Allerlei Bedenken wurden von ihnen laut: Die Männer laufen dabei Gefahr . . . . . man wird auf uns schießen . . . . . die Partei erlaubt's nicht und wird uns nicht unterstützen . . . . . usw. Wir beschwichtigten. Die Männer lassen wir aus dem Spiele, wir Frauen allein mit unseren Kindern gehen auf die Straße in einem langen Zuge und fordern unsere Männer aus dem Weltkriege zurück. Der Partei wird nichts gemeldet. Wir können die Sache allein organisieren. Wir Frauen machen uns rote Fahnen und Plakate mit Inschriften gegen den Krieg und für die Verbrüderung mit unseren französischen, englischen, russischen Brüdern. Vor der Polizei und dem Militär brauchen wir keine Angst zu haben, im Gegenteil, wir ziehen mit unserem Zug an allen Behörden und öffentlichen Gebäuden vorbei und schließen die Demonstration mit einer Ansprache auf einem öffentlichen Platze. — — —

Die Frauen schienen gewonnen und versprachen, weitere Genossinnen und Proletarierinnen zu gewinnen und die nötigen Vorarbeiten zu machen.

Kein Generalkommando, keine politische Polizei merkte etwas von der Gefahr, keine Spitzel witterten etwas von dem heraufziehenden Unheil, sie konnten ruhig sein — sie hatten einen guten Spürhund auf der Wacht. Lipinski, der Vorsitzende der sächsischen Sozialdemokratischen Partei hörte von unserem Vorhaben, und das deutsche Kaisertum war wieder einmal gerettet.

Eine Komplizin und ich bekamen eine Vorladung zu einer Vernehmung vor dem Parteigericht. Wir kamen hin, pünktlich zum bestimmten Termin. Noch jetzt sehe ich den Raum vor mir. Ein kleines Zimmer in dem historischen Gebäude der „Leipziger Volkszeitung", Tauchaer Straße. In der Mitte ein langer Verhandlungstisch, grün bezogen, darauf Akten, Schreibgerät. Am Ende thronte „Genosse" Lipinski als Ankläger. Er war noch nicht „Exminister" von Sachsen. Links und rechts von ihm: Richter, Protokollführer, Beisitzer, Schöffen usw. Ganz, wie im bürgerlichen Gericht. Alles war korrekt nachgeahmt. Man nötigt uns auf die „Anklagebank". Wir setzen uns. Die feierlichen Gesichter rund herum, die erhabene Stille sollten uns sicher Respekt und subalterne Empfindung vor dieser Partei„aktion" einflößen. Vielleicht drückten unsere Gesichter auch so etwas aus, innerlich lachten wir über diese Formalitäten, wir stießen uns an, verabredeten uns leise. Ein böser Blick auf uns, daß wir zu sprechen wagten, bevor man uns fragte. Also wir saßen bescheiden da, und die Prodezur begann.

Lipinski eröffnet die Gerichtsszene, tut uns kund, wessen wir beschuldigt werden. Ich glaube, die Anklage lautete auf schweren Disziplinbruch gegen die Partei, Versuch der Schwächung der deutschen Wehrmacht usw. Nun, ein militärischer Anwalt hätte es nicht besser machen können. Als Strafe war ein Antrag auf Ausschluß aus der Partei gestellt. Lipinski gibt dem Vorleser der Anklage das Wort, und dieser „Genosse" schlägt ein dickes Aktenbündel auf und beginnt zu verlesen, eine Aktenseite nach der andern, eine Historia unserer „Verbrechen". Ein wenig hören wir uns die Sache an, dann unterbreche ich. Fassungslose Gesichter ringsum wegen solcher Disziplin-, Respektlosigkeit und Frechheit. — — Kaum glaublich, die Angeklagte wagt zu reden. Ich spreche weiter, daß man sich die Mühe allerseits nur sparen solle. Lieber könnten die „Genossen" nach Hause gehen und ihr Nachmittagsschläfchen halten, dann hätten sie ihre Zeit besser angewandt. — Wir lehnen dieses Parteigericht ab. Wenn man etwas gegen uns vorzubringen hat, dann in voller Oeffentlichkeit in der Mitgliederversammlung der ganzen Ortsgruppe Leipzig. Dort würden wir Rede und Antwort stehen, aber jetzt könnten sich die Genossen nur allein amüsieren. Wir verbeugten uns und verließen das Zimmer, nur bedauernd, daß wir die verdutzten Gesichter der im Zimmer Zurückbleibenden nicht sehen konnten.

Nach einiger Zeit kam die Anklage in der Oeffentlichkeit, in der Mitgliederversammlung im Leipziger Volkshaus. Aber sie fand dort nur vereinzelt Zustimmung. Parteistaatsanwalt Lipinski fand bei der Masse keine Gegenliebe. Also durften wir weiter die Ehre haben, Mitglieder der Partei zu bleiben. Eine Rüge allerdings wurde uns ausgesprochen. Mit diesem Makel gingen wir davon.

Mit unserem Plan zum 1. Mai war es leider vorbei. Keine Frau getraute sich jetzt noch, etwas ohne das geheiligte Einverständnis mit der Parteileitung zu unternehmen. Der 1. Mai 1915 ging sang- und klanglos vorüber.

Heute aber ist das anders. In diesem Jahre werden wir gemeinsam mit unseren Brüdern jenseits der nationalen Grenzen den 1. Mai begehen, als Kampftag, an dem unsere Forderungen für den Weltfrieden, für den Achtstundentag, für vermehrten Arbeiterschutz, für Uebernahme der Macht in die Hände der Arbeiterschaft, für Sturz der kapitalistischen Regierung und Aufrichtung der Diktatur des Proletariats vernehmlich weithin, auch in die Ohren der Bourgeoisie tönen sollen. Aber nicht mit der Demonstration allein ist es getan. Wir werden unermüdlich arbeiten und kämpfen, daß diese Forderungen nicht nur auf dem Papier stehen bleiben werden, wie heute, sondern daß sie herrliche Wirklichkeit werden, zum Segen des internationalen Proletariats.

Frieda Düwell.

Die Hoffnung auf den 1. Mai.

In Paris streiken die Schneiderinnen. Die großen Modebasars, von denen die Bourgeois-Damen der ganzen Welt ihre Gewänder beziehen, um würdig den Reichtum ihrer Klasse zu repräsentieren, stehen geschlossen. Vor ihren Toren stehen in Scharen die Proletarierinnen als Streikposten, die vor kurzem noch diese herrlichen, kostbaren Gewänder herstellten, die sie selbst auf ihren Schultern trugen, um mancher reichen Kokotte zu zeigen, wie man sie zu tragen hat. Dazu sind ja schließlich proletarische Mädchen da, die Gewänder vorzuführen, damit sich die Huren, die gekauften und die geheirateten, ansehen, wie man sie tragen muß.

Sie bekamen dafür Löhne, bei denen sie nur 5 Tage knapp essen konnten. 108 Franken die erstklassigen, 72 Franken die zweitklassigen Kräfte, „die Hände", wie sie ihrer Funktion nach genannt werden. Sie verlangen 150 und 115 Franken die Woche. Aber die Unternehmer und Unternehmerinnen, die für gute Valuta die Gewänder verkaufen, sitzen fest auf ihrem Profit und lassen sich nicht zwingen, bessere Löhne zu zahlen.

Aber die Proletarierinnen sind hoffnungsvoll. Zum 1. Mai — da kommen alle unsere Arbeitsbrüder und -schwestern auf die Straße, da werden wir zeigen, daß wir auch eine Macht sind, wenn alle uns unterstützen. — Sie haben auch schon einmal im Kriege gezeigt, daß sie kämpfen können, 1917 sind sie in den Streik getreten, und als die Nachricht in die französischen Schützengräben gelangte, da eilten ihnen die Soldaten zu Hilfe, so daß die Regierung einschreiten mußte, ihre Forderungen bewilligt wurden. Sie haben gelernt, was Solidarität vermag, und sie vertrauen wieder, daß die Solidarität der Arbeiterklasse am 1. Mai ihnen helfen wird. Jetzt sind sie ausgesperrt — was macht das, der 1. Mai ist nicht mehr weit. Dann bekommen ihre Ausbeuter die Antwort: Der Generalstreik der Pariser Arbeiterschaft wird sie ihnen geben.

Der 1. Mai 1907.

Ein herrlicher Frühlingstag war es, mein Mann war damals Bauarbeiter und feierte trotz der damals üblichen Aussperrung von drei Tagen den 1. Mai. Frühmorgens fragte er mich, ob ich nicht mitgehen wolle in die Mai-Versammlung. Ich hatte wohl Lust, aber wo den Kleinen lassen, der damals vier Monate alt war? „Ach", sagte er, „der kommt schon die paar Stunden nicht um, bring ihn zur Großmutter". Ich zog nun meinen besten Sonntagstaat an und ging mit; es war noch reichlich früh und der Saal im Volkshaus noch nicht offen, und so waren wir die ersten dort. Als dann die großen Türen sich auftaten, wußte ich nicht, wie mir geschah. Von den Wänden wehten die roten Banner mit der Inschrift: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" Vor mir die Bühne geschmückt mit Lorbeerbäumen, darunter die Büsten unserer mir damals noch unbekannten großen Vorkämpfer, Ferdinand Lassalle, Karl Marx und Engels. Dieses machte einen so großen Eindruck auf mich, daß mir die Tränen kamen. Als nun die Versammlung eröffnet war und das Referat begann, saß ich und hatte alles um mich her vergessen, denn was mir der Referent da vor Augen führte, war mein ganzes Leben, wie ich es als Proletarierkind von Jugend auf unter der Knute des Unternehmers kennen gelernt hatte. Mit einem feierlichen Ernst verließ ich die Versammlung, denn von Stunde an wußte ich, wo mein Platz war, von dem mich nichts mehr verdrängen kann.

A. G.

Die Justiz gegen den Gothaer Kontroll-Ausschuß.

Eine Reihe von Gothaer Genossinnen ist im Verlauf der dortigen Kontrollausschußbewegung wegen Haus- und Landfriedensbruchs angeklagt worden. Nachstehend geben uns die Genossinnen einen Bericht über die Vorgänge, die der Anklage zugrunde liegen, der ein so mustergültiges Bild von der Arbeit einer aktiven, unerschrockenen Frauengruppe gibt, daß wir ihn hiermit allen Genossinnen zur Kenntnis bringen, mit dem Wunsche, daß die Gothaer Genossinnen viele Nachfolgerinnen finden werden.

Die Red.

Liebe Genossinnen!

Wir möchten kurz Eure Frage beantworten, weshalb wir Gothaer Frauen wegen Haus- und Landfriedensbruch angeklagt worden sind.

Die Gothaer Frauenteuerungskommission berief nach dem Volkshaus eine Versammlung ein, bei der beide Säle des Hauses überfüllt waren. Wir sprachen über das Thema: „Wie wehren wir Hausfrauen uns gegen die gräßliche Verelendung und den Hungertod?" Es wurde der Vorschlag gemacht, die Frauen sollten selbst einmal bei den Arbeitgebern bewirken, daß die Löhne der Männer erhöht werden. Zweitens, daß der Vorschuß, der in einer früheren Woche bezahlt worden war, nicht abgezogen würde, und drittens, daß die Arbeiter, die ein Kind in die Schule zu bringen oder auszuschulen hatten, eine einmalige Unterstützung zur Beschaffung von Kleidern usw. bekommen sollten. Ich möchte hier gleich einfügen, daß die Firma Bothmann die Lohnerhöhung zwar ablehnte, aber jedem Arbeiter, der besondere Ausgaben für ein Kind hatte, 50 000 Mark

bewilligte, wenn auch mit dem Bemerken, daß das ein Privatgeschenk der Firma wäre.

An einem der Tage, die auf die Versammlung folgten, kamen ungefähr 300 Frauen morgens im Volkshaus wieder zusammen, und alles wurde nochmals durchgesprochen. Die Frauen waren fest entschlossen, vor die Betriebe zu ziehen; unterwegs schlossen sich noch mehr Frauen an, und so zogen wir mit dem Gesang der Internationale vor die Waggonfabrik. Nach Verhandlungen mit dem Portier wurde eine Kommission endlich eingelassen. Die Verhandlungen mit der Direktion führten zu nichts. Die Herren wollten uns durch ihren Ton gleich zeigen, daß sie weit über uns ständen. Wir verbaten uns diese Anmaßung höflich aber bestimmt, und so war die Situation von vornherein kritisch. Die Herren hatten Angst, daß wir den Betrieb in irgend einer Weise schädigen würden. Ich erklärte ihnen aber, es würde uns leid tun, wenn auch nur eine Fensterscheibe entzwei ginge, denn in kurzer Zeit wären ja doch die Arbeiter Herren der Betriebe und wir wären nicht da, unser eigenes Werk zu zerstören. Darauf erwiderten die Herren, solche Experimente sollte man nicht machen, sie wären nicht gut für das Wohl der Bevölkerung. Jeder müßte an seinen bestimmten Platz gestellt werden. Ich versicherte ihnen, daß wir ganz bestimmt jeden an seinen richtigen Platz stellen würden. Da die Direktion sich fortwährend auf den Arbeitgeberverband berief, an dessen Beschlüsse sie gebunden sei, so verlangten wir, daß der Betriebsrat zur Verhandlung zugezogen würde. Nach längerem Zögern wurde das zugestanden mit der Bedingung, daß die Herren bei unseren Verhandlungen mit anwesend sein sollten. Es kamen 2 Betriebsratsmitglieder, aber die Verhandlung verlief wieder ergebnislos. So gingen wir wieder zu den Frauen zurück, die noch immer vor dem Fabriktor warteten. Vom Tore aus erklärte ich den Frauen, daß das Ergebnis der Besprechung als Null anzusehen sei, die Herren hätten erklärt, sie müßten den Vorschuß in dieser Woche wieder zum Abzug bringen und anderes mehr. Die empörten Frauen verlangten eine Betriebsversammlung, und es entstand ein großer Tumult. Die Direktion befahl, die Kommission nicht zum Tore hinauszulassen, sondern aus einem Hinterpförtchen. Wir weigerten uns entschieden, und auf wiederholte Aufforderung erklärten wir, daß wir wert wären, von den Frauen am nächsten Laternenpfahl aufgehängt zu werden, wenn wir als Feiglinge die Fabrik verließen und spazierten ruhig auf dem Hof umher. Die Frauen verlangten immer dringender eine Betriebsversammlung und unsere Freilassung. Auf einmal erschienen Berittene. Man dachte wahrscheinlich, daß die Frauen gleich die Flucht ergreifen würden, aber weit gefehlt! Sie standen wie eine Mauer, und nicht eine einzige ist mutlos davongelaufen. Alle riefen: „Kommt nur her, wir haben nichts zu verlieren als ein armseliges Leben!"

Die Kommission machte nun die Männer, die dann und wann aus dem Betrieb herauskamen, auf die Gefahren, die durch das Erscheinen der uniformierten, sowie der Kriminalpolizei eingetreten waren, aufmerksam und verlangten ganz energisch eine Betriebsversammlung. Da gerade Mittagspause war, so kamen noch verschiedene hundert Frauen, die das Essen für die Arbeiter brachten. Und auf einmal waren auch die Tore geöffnet. Es wurde eine Betriebsversammlung gemacht, wo ich zu den Frauen und Arbeitern über unsere Forderungen sprach, wie es den Frauen unmöglich wäre, von dem geringen Lohn zu existieren usw. (Es war gerade in der Zeit der großen Teuerung, wo die Preise von Stunde zu Stunde stiegen.) Ich forderte die Männer auf, in kommenden Kämpfen nicht feige auf der Seite zu stehen. Wir Frauen sind nicht zum Zeitvertreib in die Betriebe gezogen, sondern unser Hunger hat uns gezwungen. Die Säuglinge und Kinder gehen zugrunde, wir können nicht die Hände in den Schoß legen und zusehen, wie sie elend sterben.

Die Direktion verlangte nun die Arbeitsaufnahme binnen einer halben Stunde, widrigenfalls sie den Betrieb schließen würde. Da wir sahen, daß im Moment nichts weiter zu erreichen war und auch wir zu unserem Hauptziel, der Betriebsversammlung, gemeinsam mit uns Hausfrauen, gekommen waren, zogen wir wieder ab, nicht etwa mutlos, sondern begeistert unter Absingen des Kampfliedes: Dem Morgenrot entgegen! (Wir haben das Lied selbst umgemodelt in ein Lied für tapfere Frauen.) Mittlerweile war es 3 Uhr, und wir zogen zur Firma Bothmann, wo wir das schon zu Anfang geschilderte Resultat erreichten. Abends hatten sich wieder zahlreiche Frauen im Volkshaus eingefunden, und wir besprachen mit ihnen die Tagesereignisse.

Das Ende vom Lied war natürlich eine Anklage gegen 10 Frauen wegen Haus- und Landfriedensbruch. Aber bange machen gilt bei uns nicht! Das haben wir auch bei unserem ersten Verhör gesagt. Und dann kann es uns schon gleich sein, wenn wir auch einmal eingesteckt werden, dann haben wir doch endlich mal den Gedanken aus dem Kopf: Was koche ich morgen? Außerdem können wir noch die beste Propaganda mit dem Prozeß treiben, denn da werden so viele Neugierige sein, daß man gleich wieder vor dem Gerichtsgebäude eine Versammlung abhalten kann.

Ihr seht also, daß wir uns hier nicht fürchten. Wir haben unsern Kampf gegen Not und Teuerung angefangen und werden ihn trotz Klassenjustiz weiterführen. Hoffentlich machen es die Genossinnen in den anderen Orten ebenso.

Mit kommunistischem Gruß

Ida Heller.

Arbeitslosenfrage und Arbeiterinnen.

Von Tag zu Tag steigt die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter, Männer und Frauen, in allen Industrien. Wie in allen Nöten des Proletariats, so versagen auch in dieser Frage die Gewerkschaften und die VSPD. Um sie nun zu zwingen, endlich doch Hilfsmaßnahmen für die Erwerbslosen zu erkämpfen, haben die Kommunisten jetzt Richtlinien zur Arbeitslosenfrage ausgearbeitet, die in allen Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen in den nächsten Tagen und Wochen gründlich durchgesprochen werden müssen, so daß die Mitgliedschaften des ADGB. zu einer klaren Stellungnahme zur Arbeitslosenfrage werden gezwungen sein müssen. Daran sind insbesondere auch die Arbeiterinnen interessiert, denn sie leiden unter der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nicht nur als Arbeiterin mit geringerem Lohn und geringerer Unterstützung als die Männer; sie leiden außerdem darunter als Hausfrauen, die die notwendigsten Lebensmittel nicht mehr einkaufen, als Mütter, die den Hunger der Kinder nicht mehr stillen und ihnen ordentliche Kleidung und Pflege beschaffen können. Für sie ist es von größter Bedeutung, ob der ADGB. sich für die Nöte der Arbeitslosen einsetzen wird oder nicht, für sie ist von besonderem Interesse die Forderung der Richtlinien nach der gleichen Erwerbslosenunterstützung für Männer und Frauen. Für sie ist ferner von Wichtigkeit die Bekämpfung aller Entlassungen, insbesondere der folgende Absatz der Richtlinien:

„Auch bei verheirateten Frauen — Doppelexistenzen — darf die Zustimmung zur Entlassung nicht gegeben werden. Solche Frauen arbeiten deshalb, weil der Lohn des Mannes nicht zum Leben der Familie reicht. Das Elend wird durch die Entlassung keineswegs gemildert. Maßgebend für eine Bereitwilligkeit, Frauenentlassungen zuzustimmen, kann auch nicht die allgemeine Stellung der Frau im Betrieb als Lohndrückerin sein. Gegen diese kämpfen wir unter der Losung: Gleichen Lohn für gleiche Leistung. Nach der Entlassung aus einem industriellen Betrieb verfällt die Frau gewöhnlich der Heimarbeit und wird nur noch mehr als vorher als Lohndrückerin ausgenutzt."

Am 1. Mai werden die Arbeiterinnen solidarisch mit ihren männlichen Kollegen demonstrieren. Aber die Solidarität darf sich nicht nur auf Demonstrationen beschränken, sondern sie muß auch im Kampf gegen das Unternehmertum erwiesen werden. Nicht Entlassung der Frau, sondern Einstellung aller Entlassungen muß unsere Parole sein! Nicht der Kampf zwischen Mann und Frau um den Arbeitsplatz, sondern ihr gemeinsamer Kampf gegen das Unternehmertum ist unsere Devise!

Zum Wiedererscheinen der „L'Ouvrière" (Die Arbeiterin).

Nach viermonatiger Einstellung, verursacht durch die schwere Krise, die die französische Partei durchmachte, und die mit dem Austritt des früheren Generalsekretärs Frossard ihren Abschluß fand, erscheint unser französisches Schwesterorgan „L'ouvrière" (Die Arbeiterin) von Neuem, die Arbeiterinnen zum Kampfe sammelnd. Gerade in der jetzigen schweren Zeit, die das deutsche und französische Proletariat infolge des Raubzuges des französischen Imperialismus auf das Ruhrgebiet durchmacht, stellt sich unser französisches Schwesterorgan tapfer der nationalistischen Verhetzung entgegen, verbreitet es unerschrocken unter den Arbeiterinnen und proletarischen Hausfrauen Frankreichs den Gedanken der internationalen Klassensolidarität, des revolutionären Kampfes gegen den französischen Imperialismus.

Die deutschen Kommunistinnen begrüßen das Wiedererscheinen ihres französischen Schwesterblattes, das ihnen durch sein mutiges Eintreten für die gemeinsamen Interessen des deutschen und französischen Proletariats hilft, dem deutschen Nationalismus und der Reaktion, die unter den Frauen für ihre Ideen werben, besser entgegentreten zu können und gegenüber dem internationalen Kapitalismus die internationale Klassenfront fester zu schließen.

Es lebe der gemeinsame Kampf des deutschen und französischen Proletariats gegen die deutschen und französischen Imperialisten!

Es lebe unsere junge kommunistische Frauenbewegung Frankreichs!

Bertha Braunthal.

Grüße der Leipziger Kommunistinnen.

An die französischen Genossinnen und Genossen!

Wir Frauen der Frauenkonferenz der Kommunistischen Partei Westsachsens, die wir heute am 22. April 1923 in Leipzig tagen, schicken Euch, Ihr französischen Genossinnen und Genossen, die wärmsten kommunistischen Grüße.

Mit Entrüstung haben wir Kenntnis genommen von den schmählichen Verfolgungen der französischen Bourgeoisie gegen die revolutionären Genossen, unsere Brüder und Schwestern, die mit dem deutschen Proletariat gemeinsam den Kampf gegen die Ruhrbesetzung, gegen den Raubfrieden von Versailles, gegen den internationalen Kapitalismus tapfer aufgenommen haben. Wir sprechen Euch unsere Bewunderung und Solidarität aus. Wir sind uns voll bewußt, daß wir vereint gegen das französische und deutsche Kapital kämpfen müssen. Und wir werden mit vereinten Kräften kämpfen und bestimmt zu unserem Ziele gelangen.

An die italienischen Genossinnen!

Wir Frauen der Frauenkonferenz Westsachsens, die wir heute am 22. April 1923 im Volkshaus in Leipzig tagen, schicken Euch, den italienischen Genossinnen, unsere kommunistischen Schwesterngrüße.

Wir bewundern Eure Arbeit und bitten Euch, auszuharren. Wir sind stolz darauf, daß Ihr trotz der schwierigen Umstände, trotz aller Verfolgungen durch die Faschisten, es fertig gebracht habt, Eure Frauenzeitung, die „Campagna", herauszubringen.

Wir geloben, Eurem Beispiel folgend, den Kampf gegen den internationalen Faschismus aufzunehmen. Wir rufen Euch zu:

Harret aus! Denn uns gehört die Zukunft trotz alledem!

Aus der Internationale

Das Martyrium der italienischen proletarischen Frauen.

Von S. S. (Fiume).

Im Italien des 20. Jahrhunderts erleben wir mittelalterliche Szenen. Man zündet in Mailand, in Venedig einen Scheiterhaufen an und verbrennt die Werke von Marx, die gesamte sozialistische Literatur und die Werke Nietzsches.

Wenn die Situation nicht so tragisch wäre, müßte man hell auflachen. Mussolini, der die Worte Nietzsches stets im Mund führt, der sich als den „Uebermenschen" bezeichnet, läßt die Werke seines Meisters verbrennen! Und auf diese Weise verändern sich all seine Theorien, sobald sie sich in Tat umsetzen. Er verkündete die Parole: „Die Gewalt muß moralisch und ritterlich sein!" Das Jammergeschrei gepeinigter, grausam geschlagener Frauen, das Weinen der Mütter, der Schwestern, der Frauen, die den Tod ihrer Lieben betrauern, bestätigen seine „ritterliche Gewalt".

Von der italienischen Sozialistischen Partei wurde ein 400 Seiten starkes Buch herausgegeben, das das Wüten dieser Banden von der Zeit der Gründung faschistischer Verbände bis zur Zeit der Gewaltübernahme zur Darstellung bringt. Wir wollen aus diesem Werk hier nur einiges anführen:

Der Name des Dorfes Grossetto ist blutig in allen proletarischen Herzen verewigt. Die Faschisten richteten dort ein wahres Blutbad an. Sie sandten Strafexpeditionen nach Grossetto, die sich dort wie in einem eroberten Gebiete benahmen. Männer, Frauen, Kinder wurden geschlagen, getötet, und auch solche, die keiner proletarischen revolutionären Partei angehörten. Unbeschreibliche Grausamkeiten wurden verübt. Eins der barbarischsten Vorkommnisse soll hier geschildert werden: Die beiden Brüder Bartoletti wurden in Gegenwart ihrer Mutter tödlich verwundet. Die Mutter trocknete ihnen 7 Stunden lang das Blut ihrer Wunden ab. Die unglückselige Proletarierfrau, die keinen anderen Reichtum besitzt als ihre Kinder, hob ihren schwerverletzten Sohn von der Erde auf. Sie drückte ihn gegen ihr Herz. Er öffnete die Augen, aber dies war sein letzter Blick. Die Faschisten hieben noch einmal auf den Kopf des Bartoletti und sein Blut und Gehirn flossen in den Schoß seiner unglücklichen Mutter.

Ela (in der Nähe von Parma): Hier wurden auch Kinder von den Faschisten geprügelt. Sie drangen in ein Haus ein und vergewaltigten eine dort angetroffene schwangere Frau, indem sie ihr den geladenen Revolver vors Gesicht hielten. Eine Unzahl von Vergewaltigungen kamen vor. Eine schwangere Frau wurde von 2. Stock geworfen.

Tocli. Ein junges Mädchen Geltrude wurde mehrmals in den Fluß Fevere getaucht und dann besinnungslos auf dem Boden liegen gelassen.

Ferrara. Kinder spielten auf der Straße das in Italien sehr zeitgemäße Spiel „Faschisten und Sozialisten" und bewarfen sich gegenseitig mit Steinen. Ein Jugendgenosse, der 17jährige Tullio Zecchi, bat die Kinder, das gefährliche Spiel zu lassen. In demselben Augenblick ging ein Faschist vorbei, der auf die „Sozialisten" zu schießen begann. Tullio Zecchi wurde getötet und zwei 9- und 13jährige Kinder wurden verwundet.

Mailand. Während einer kommunistischen Versammlung kam es zu einem Zusammenstoß, wobei 4 Tote, 35 Verwundete auf dem Boden blieben. Unter den Toten befand sich die 19jährige Galli Teresa.

Die hier geschilderten Episoden sind nur ein winziger Teil aller verübten Greueltaten. Und dies alles geschah noch vor der Regierung Mussolini. Obwohl die Todesstrafe gesetzlich nicht eingeführt ist, sind bereits Tausende von Proletariern den Faschisten zum Opfer gefallen.

Die italienischen proletarischen Frauen lernen jetzt, daß es zu ihrem tragischen Verhängnis wurde, daß sie sich von den Faschisten zurückdrängen ließen. Und auch die proletarischen Frauen anderer Länder sollen daraus die Lehre ziehen, daß die Frauen der Arbeiterklasse sich nicht untätig in ihr Heim zurückziehen dürfen. Solange die Bourgeoisie lebt, solange die Faschisten nicht vernichtet sind, ist es die heilige Pflicht jeder proletarischen Frau, den Kampf gegen den Faschismus zu führen. Sie müssen teilnehmen an den proletarischen Abwehrorganisationen, sie müssen die bürgerliche Klasse hassen lehren. Denn nur dieser Haß wird das Proletariat befähigen, die Macht der Bourgeoisie zu brechen!

Aus der Organisation

Erzgebirge-Vogtland: Dem Bericht der Genossin Rips, der Leiterin der FAK. dieses Bezirks entnehmen wir folgende interessante Einzelheiten:

„Die Hausfrauenbewegung in unserem Bezirk macht gute Fortschritte. Hausfrauenkontrollausschüsse, die dem örtlichen Kontrollausschuß angegliedert sind, bestehen in Oelsnitz i. Erzgebirge, Stollberg und vielen anderen Orten. In diesen Ausschüssen arbeiten Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen. In Chemnitz arbeiten die Genossinnen überall in örtlichen Kontrollausschüssend mit und üben gemeinsam die Preiskontrolle auf den Wochenmärkten aus. Die Genossinnen sind auch bei der Ueberwachung von gemeldeten Wuchersällen tätig. Bei öffentlichen Kundgebungen unterstützen sie die Genossen als Ordnerinnen.

Unsere Arbeit in den Betrieben geht gleichfalls gut vorwärts. Wir rufen regelmäßig die Funktionärinnen zu Informationsabenden zusammen, der letzte war von 60 Funktionärinnen besucht. Wir stellten dabei fest, daß in den Betrieben, wo wir Genossinnen haben, auch in unserem Sinne gearbeitet wird. In der letzten Zeit haben wir neue Leserinnen für die „Kommunistin" in den Betrieben gewonnen. Im Poege-Werk und in der Aktienspinnerei Chemnitz wird regelmäßig unsere

Literatur vertrieben, bis zum Internationalen Frauentag waren in Chemnitz die Zahl der kommunistischen Leserinnen von 500 auf 1000 gestiegen. Unsere Genossinnen aus der Metallbranche, welche in der Lohnkommission sitzen, stellten kürzlich den Antrag, daß die Arbeiterinnen aus Klasse 4 in Klasse 3, also in eine höhere Lohnklasse eingereiht werden sollen. Die Lohnklassen sind folgende:

Klasse I. gelernte,
Klasse II. angelernte,
Klasse III. ungelernte,
Klasse IV. weibliche.

Es wurde also von uns verlangt, daß für die Frauen keine besondere Lohnklasse mehr aufrecht erhalten wird. Unsere Fraktion war geschlossen für diesen Antrag, wir wurden aber von der VSPD. niedergestimmt. Wir haben beschlossen, die Metallarbeiterinnen in der nächsten Zeit besonders zusammenzufassen und sie über alle diese Fragen zu informieren.

In der Textilbranche finden bereits massenhafte Entlassungen statt. Die kommunistische Textilarbeiterfraktion berief für den 26. März eine Textilarbeiterinnenversammlung ein, die außerordentlich gut besucht war, es waren auch viele indifferente Frauen anwesend. Von einer unserer Genossinnen wurde die Frage der Doppelexistenz behandelt. Der Textilarbeiterverband bildet in unserem Bezirk Agitationskommissionen für die Frauen. Die FAI.-Genossinnen haben in unserer Fraktion dazu Stellung genommen und beschlossen, unsere Genossinnen aufzufordern, in diese Kommissionen hineinzugehen, damit sie dort in unserem Sinne wirken können.

Auch unsere Genossen geben sich jetzt die größte Mühe, die Arbeiterinnen zu gewinnen und unterstützen uns in jeder Weise. Dies gilt für die Genossen in den Betrieben, sowie in den politischen Organisationen. Wir sind mit den Erfolgen unserer Arbeit in der letzten Zeit zufrieden."

Feuilleton

Wer hat die russische Revolution gemacht?

Wir kennen die berühmten Namen der russischen Revolution, Lenin, Trotzki und andere; wir hören und lesen von den ausgezeichneten Taten dieses oder jenes Genossen, dieser oder jener Genossin. Aber das Leben der einfachen Arbeiter und Arbeiterinnen Rußlands, die ja die Revolution eigentlich gemacht, die die Revolution auf ihren Schultern getragen haben, die die Revolution durch ihre Mühen und Entbehrungen durchgeführt und verteidigt haben, bleibt uns unbekannt. Es soll hier die Geschichte einer einfachen Arbeiterin erzählt werden. Nicht einer, die zwar früher Arbeiterin war, jetzt aber einen hohen Posten in der Sowjetrepublik einnimmt, sondern einer Arbeiterin, die bis zuletzt im Betrieb stand.

Katja F. ist jetzt 31 Jahre alt, sie arbeitet seit 18 Jahren in der großen Textilfabrik Giraud, d. h. seit ihrem 13. Lebensjahre. Sie ist geboren als Kind eines Dienstmädchens, wurde herumgeschubst und herumgestoßen bei fremden Leuten. Noch selbst ein Kind, mit 8 Jahren ging sie schon in den Dienst „zu Kindern". Die Fabrik war das Ideal. Da man 13-jährige nicht aufnahm, gab man sich für 16-jährig aus. Die Fabrik zahlte 4½ Rubel monatlich. Konnte man davon irgendwie leben, auch nur hungernd? Na, die hübschen Mädchen saßen natürlich abends auf dem Boulevard und warteten auf einen freundlichen Kavalier. Man wohnte, Männer und Frauen, in den gemeinsamen Schlafsälen, einige Hundert Personen im selben Raum. Die Revolution 1905 brachte gewisse geringe Verbesserungen der Lebenshaltung, aber das Leben der russischen Fabrikarbeiterin hieß nach wie vor: Not, Schmutz, Entbehrung, Unwissenheit, Unterdrückung.

„Wie kamen sie, Genossin, zum Kommunismus?" fragte ich Katja F. Und sie erzählte mir in ihrer schlichten einfachen Sprache, wie sie überhaupt gar keine Ahnung hatte von Politik, von all den Sachen, um derentwegen gestreikt und gekämpft wurde. Als die Oktober-Revolution kam, war sie schon verheiratet. Ihr Mann war Parteiloser. Zuerst verstand sie auch nicht, um was es sich handelte. Aber plötzlich merkte sie, daß die Zeit der Arbeiter gekommen sei. Die Fabrik gehörte dem reichen Fabrikanten, dem Franzosen Giraud, der in einer schönen Villa auf dem Fabrikterrain wohnte. In einer anderen Villa wohnte der Onkel des Fabrikanten, der Direktor war. Ein dritter Verwandter wohnte in einer dritten Villa. Die Arbeiter wurden gehalten wie die Schweine. Katja F. erzählte mir, wie dann die Epidemien kamen, Flecktyphus und Cholera; in der Fabrik grassierte Typhus. Man brauchte für die Kranken Wein, er war nirgends zu bekommen, aber die Keller der Fabrikanten waren mit Wein gefüllt. Sie konnte nicht verstehen, daß „die Menschen so schlecht sein können." Immer mehr klärte sich in ihrem Kopfe auf, sie fing an mitzumachen: die Versammlungen, die Demonstrationen, die Meetings. Die Fabrikanten Giraud wurden von der Sowjet-Regierung verhaftet und nach dem Butyrki-Gefängnis gebracht, die Villen wurden in einen Kindergarten und eine Kinderkrippe verwandelt. In den Villen der Fabrikanten wohnten Arbeiter. Die Arbeiter wurden die Herren in der Fabrik.

Katja F. erzählte, wie sie nach und nach sozial zu arbeiten begann. Es gab kein Holz in der Fabrik. Es hieß, man solle das Holz, das den Moskaufluß hinabgeschwemmt kam, auffangen. Wer wollte sich ins kalte Wasser wagen, um Heizmaterial einzubringen? Katja war eine der ersten Frauen, die an den Fluß ging und das Holz herausfischte; dann kamen andere Arbeiter und auch Arbeiterinnen. Je mehr sie den Sinn der Revolution verstand, um so mehr wurde sie zur Propagandistin und Agitatorin. Anfangs schimpfte man auf sie, sie war sehr unbeliebt. Aber sie ließ nicht locker. Der Mann, der Rotgardist geworden war, starb an Flecktyphus. Sie blieb allein und vermehrte nur noch den Eifer bei der Arbeit.

Wann wurde sie Parteimitglied? fragte ich. Sie kam ganz allmählich dazu, den Sinn einer politischen Partei zu verstehen. 1918 trat sie in die Partei der Menschewiki ein, denn in der Fabrik waren damals sehr viele Menschewiki, und sie sah den Unterschied zwischen Menschewiki und Bolschewiki nicht ein. Ihr gefiel es aber nicht. In den Versammlungen wären immer so viele „Kleinbürger" gewesen — kleine Händler und Leute, die die Arbeiter nicht lieben, auch hätten die Menschewiki immer in verhöhnlichem Tone von den Kapitalisten geredet. Katja haßte aber die Fabrikanten und meinte, man könne nur dann etwas für die Arbeiter ausrichten, wenn man reinen Tisch macht. 1920 trat sie in die Kommunistische Partei ein.

Seit einigen Monaten arbeitet Katja F. nicht mehr im Betrieb, sondern hat einen administrativen Posten in dieser Fabrik.

Ich verbrachte mit ihr einen ganzen Vormittag; erst um 4 Uhr merkte ich — als ich ihr etwas zum Lesen gab —, daß sie kaum lesen kann. Sie gab mir das Blatt verlegen zurück und sagte: „Ja, mit dem Lesen geht es immer noch schlecht, aber ich besuche jetzt die Schule und lerne fleißig." — „Sind Sie Analphabetin, Genossin?" fragte ich. — „Nein, ich kann etwas lesen und kann auch meinen Namen unterschreiben, aber schnell lesen kann ich nicht." Diese Frau, der das kapitalistische Ausbeutungsregime und der Zarismus nicht einmal die Möglichkeit gegeben hatten, eine Schulbildung zu genießen — sie mußte ganz allein durch ihren proletarischen Instinkt sich zum Bewußtsein ihrer Klasse durchringen und zur klassenbewußten Kämpferin werden. Und sie ist es geworden. Sie ist eine der vielen Frauen, die die russische Revolution gemacht haben.

Unsere Frauen, zu denen wir mit kommunistischer Propaganda kommen, sagen manchmal, all das sei für sie „zu hoch" sie verstünden nichts von Politik und dergleichen. Für diese Frauen sei dieser kurze Bericht von der Genossin Katja Filippowa bestimmt.

Frida Rubiner (Moskau).

Inhalt: Tiefblick. — Der 1. Mai gehört dem Proletariat. — Zum 1. Mai (Gedicht). — Die Maiparolen der Proletarierinnen. — Eine verhinderte Maidemonstration. — Die Hoffnung auf den 1. Mai. — Der 1. Mai 1907. — Die Justiz gegen den Gothaer Hentrollanstschuß. — Arbeitslosenfrage und Arbeiterinnen. — Zum Wiedererscheinen des „Kunstarc". — Ein Gruß der Bulgarischen Kommunistinnen an die italienischen und französischen Genossinnen. — Aus der Internationale: Das Martyrium der italienischen proletarischen Frauen. — Aus der Organisation: Frageabrag-Boatland. — Feuilleton: Wer hat die russische Revolution gemacht?

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW. 48.

Die Kommunistin

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Herausgegeben vom Frauenreichssekretariat. Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin

Nr. 10 | Die Kommunistin erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Infolge der immer weiteren Geldentwertung mußte der Preis wieder erhöht werden. Einzelnummer 120,— Mark | Berlin, 15. Mai 1923 | Verlag: Friedrichstadt-Druckerei GmbH. (Abteilung Zeitschriften). Berlin SW 48, Friedrichstr. 225. — Verantwortlich für die Redaktion: Martha Arendsee, Berlin. | Jahrg. 5

Kapitalistische Fürsorgeerziehung!

„Auch im neuen Deutschland muß die Ertüchtigung der Jugend systematisch betrieben werden, soll sie dermaleinst goldene Früchte tragen!"

Das Wohnungselend im kapitalistischen Deutschland.

Von Iwan Katz.

Das Wohnungselend des deutschen Proletariats wird immer katastrophaler. In kleinen Dörfern wie in den Großstädten nimmt die Zahl derer zu, die kein Obdach haben, sondern auf den Hausfluren der Massenmietskasernen, in den Wartesälen der Bahnhöfe, unter Brücken, in Waldhütten oder völlig im Freien übernachten müssen. Immer zahlreicher werden die Meldungen, daß Männer, Frauen und Kinder sich freiwillig in die Gefängnisse aufnehmen lassen, weil sie kein anderes Obdach finden können; immer zahlreicher auch die furchtbaren Nachrichten, daß Mütter mit ihren Kindern, ganze Familien, sich von Brücken oder Dächern herabstürzen, um ihrem Dasein der Not und Obdachlosigkeit ein Ende zu machen. Diejenigen Proletarier aber, die eine Wohnung gefunden haben, hausen oft zu zehn und mehr Personen in einem Zimmer, das ohne Gas, Wasser, ja ohne Ofen und Bett ist, in dem Gesunde und Kranke, Prostituierte und Kinder, Säuglinge und Sterbende zusammengepfercht sind, in denen Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Rhachitis und Skrofulose unablässig ihre Opfer fordern. Unsere „Kommune" hat sogar Bilder viel grauenhafteren Elends veröffentlicht, in denen selbst Tote längere Zeit zwischen den Lebenden lagen, weil niemand die Toten kannte und sich um ihre Beerdigung kümmerte, in denen Wind und Regen durch die zerfetzten Dächer und Fenster in die Zimmer fuhren oder in denen sich die Jauche der verfallenen Abortanlagen der oberen Geschosse mit Gestank und Krankheitskeimen sammelte. Und diesem grauenhaften Wohnungselend wird nicht etwa mit allen Machtmitteln des Staates Abbruch zu tun versucht, sondern der kapitalistische Staat tut so gut wie nichts, um das Wohnungselend zu vermindern. Immer weiter zerfallen die Wohnungen und Häuser, immer größer wird die Familienzahl im Verhältnis zur Zahl des vorhandenen Wohnraums.

Die furchtbaren Zustände auf dem Gebiete des Wohnungswesens sind natürlich den kapitalistischen Regierungen, insbesondere den regierenden Sozialdemokraten nicht unbekannt. Sie tun auch gelegentlich so, als ob sie dem Wohnungselend zu Leibe gehen wollten.

Dabei gehen die bürgerlichen und sozialdemokratischen Quacksalber von der Voraussetzung aus, daß wir in Deutschland eine „Wohnungsnot" hätten, die eine Folge des Krieges und der niedrigen Mieten nach dem Kriege sei. Sie glauben daher, daß es darauf ankomme, vom Staate zu verlangen, daß er selber durch Genossenschaften oder durch Privatkente möglichst viele neue Wohnungen herstellen lasse.

In Wirklichkeit aber ist das Wohnungselend in Deutschland keine Folge des Krieges, sondern eine Folge des kapitalistischen Systems. Wäre die Theorie der Sozialdemokraten und Bürgerlichen richtig, so müßte in den kapitalistischen Siegerländern das Wohnungselend geringer sein als bei uns in Deutschland. Aber auch in England, in Frankreich und Italien hausen die proletarischen Familien in grauenhaften Wohnlöchern, nimmt die Tuberkulose unter den Proletariern als typische Wohnungskrankheit des Proletariats stark zu und geschieht so gut wie nichts, um der Wohnungsnot des Proletariats entgegenzuarbeiten. Und in Deutschland besteht keine „Wohnungsnot an sich", sondern nur eine Wohnungsnot für Proletarier, während die Bestsenden nach wie vor dem Kriege in prachtvollen Luxuswohnungen, Villen und Schlössern ihr Dasein in Freude und Schönheit auskosten können.

Und diese Wohnungsnot gab es vor dem Kriege genau so wie jetzt. Auch vor dem Kriege schon hausten die Proletarier, besonders in den Industrierevieren und auf den ostelbischen Gutshöfen, zu Dutzenden in einem Kellerloch ohne Licht und Sonne oder zwischen dem Vieh auf Strohschütten, auch vor dem Kriege schon mußten sich oft Schlafgänger bei Schichtwechsel nachts auf ein und derselben Matratze ablösen. Auch vor dem Kriege schon starb ½ des gesamten Proletariats an der Proletarierkrankheit Tuberkulose. Und das alles, während die reichen Leute ihre schönen Wohnpaläste mit Parks und Autogaragen und mit allen hygienischen und ästhetischen Komforts in Ueberfülle genießen konnten.

Wollen wir dem Wohnungselend des Proletariats zu Leibe gehen, so müssen wir dem kapitalistischen System den Kampf ansagen.

Von den kapitalistischen Regierungen und ihren sozialdemokratischen Hausknechten zu erwarten, daß sie dem kapitalistischen System zu Leibe gehen, ist natürlich eine Utopie. Alles, was Sozialdemokraten und Bürgerliche bisher in Deutschland zur Verminderung des Wohnungselends vorgeschlagen und in die Wege zu leiten versucht haben, ist nichts anderes als Quacksalberei zugunsten des kapitalistischen Systems.

Die Bürgerlichen schreien: Hebt die Wohnungszwangswirtschaft auf, gestattet, daß wir soviel Miete nehmen, wie sie der augenblicklichen Geldentwertung entspricht; garantiert uns eine ausreichende Verzinsung unserer Baukosten, und wir werden auch wieder bauen. Dieser Ruf wird von allen Hausbesitzerorganisationen, allen Grundstücksspekulanten und Baumaterialienschiebern wöchentlich mindestens einmal allen Regierungen in einer Eingabenflut in die Ohren geschrien. Damit geben diese Baukapitalisten offen zu: im kapitalistischen System kommt es nicht auf die Deckung des Bedarfs an, sondern nur auf den Profit; das Leben und die Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung ist uns völlig gleichgültig; gebt ihr uns genug Profit, so bauen wir auch genügend Häuser; schmälert ihr unseren Profit, so bauen wir eben nicht und das ganze Proletariat mag in seinen Wohnhöhlen oder unter freiem Himmel dahinsiechen oder erfrieren.

Bemerkenswert ist, daß die Sozialdemokratische Partei und der ADGB. sich dem Standpunkt der Bürgerlichen immer mehr anzunähern beginnen. Sie wissen, daß eine Anpassung der Miete an den Dollarstand eine plötzliche Heraufsetzung der Miete auf das 5000fache des Friedenspreises, d. h. die stürmische Aufrüttelung auch des spießigsten Kleinbürgers, höchstwahrscheinlich also Revolten, wenn nicht gar Revolution bedeuten würde. Deshalb gehen sie lieber schrittweise vor und setzen die Miete durch allerhand Mietzuschläge und Wohnungsbauabgaben zunächst auf das 360fache, 1000fache, 2000fache usw., um so allmählich die Mieten dem Ziel der kapitalistischen Wucherer näherzubringen. Aber selbst diese allmähliche Auslieferung des Proletariats an die kapitalistischen Wucherer stößt bei den Mietern auf den heftigsten Widerstand. In vielen Städten sind bereits Mieterstreiks ausgebrochen, vielerorts mit Erfolg durchgeführt; in Berlin herrscht zur Zeit trotz einer Schimpfflut des „Vorwärts" ein so allgemeiner Mieterstreik, daß selbst die unter sozialdemokratischer und kleinbürgerlicher Führung stehenden Mieterorganisationen sich ihm nicht widersetzen konnten. Je mehr die Bürgerlichen und Sozialdemokraten in den Reichs- und Landesparlamenten Mietzuschläge und Wohnungsbauabgaben heraufsetzen, desto umfangreicher und erbitterter werden die Mieterkämpfe entbrennen.

Aber selbst wenn die Kapitalisten mit Hilfe der Sozialdemokraten ihr Ziel erreicht haben werden, wird das Wohnungselend für die Proletarier damit nicht im geringsten beseitigt, solange der kapitalistische Staat bestehen bleibt. Schon jetzt werden so aus den Erträgnissen der Wohnungsbauabgabe hier und da Wohnungen gebaut. Aber wer bekommt diese Wohnungen? Nur derjenige, der zu ihrem Erwerb namhafte Zuschüsse zu leisten vermag. Das Mindeste, was ein Wohnungserwerber aus eigenen Mitteln zuschießen muß, ist zur Zeit etwa ein Betrag von 5 bis 10 Millionen Mark. Welcher Proletarier aber hat noch soviel Geld verfügbar? Nur die Bourgeoisie und die Großbourgeoisie ist in der Lage, solche Gelder aus eigenem Vermögen zuzuschießen. Und in der Tat: die in den letzten Jahren erbauten Eigenwohnungen sind fast restlos von Bourgeois erbaut worden. Die Arbeiter müssen in ihrer schweren Bedrängnis noch das große Opfer der Wohnungsbauabgabe leisten, damit die Bürgerlichen noch bequemer als bisher wohnen können.

Neben der Bezuschussung von Eigenbauten, versuchen sich die Sozialdemokraten und Bürgerlichen in der Bezuschussung von Genossenschaftshäusern. Aber auch die proletarischen Baugenossenschaften sind außerstande, genügend Gelder als Eigenzuschuß zum Bau der Genossenschaftshäuser aufzubringen. Die meisten Baugenossenschaften sind bankrott. Selbst wenn die Baugenossenschaften aber durch besondere Ausnahmegesetze zugunsten der proletarischen Baugenossenschaften — woran bei den jetzigen parlamentarischen Verhältnissen natürlich nicht zu denken ist — für ihre Mitglieder genügend Wohnungen erhielten, so wäre das noch gar keine Lösung der Wohnungsnot gerade für diejenigen proletarischen Schichten, die jetzt in den Elendshöhlen hausen müssen. Denn diese meist kinderreichen Familien sind durch Obdachlosigkeit, vielfache Erwerbslosigkeit und unablässige Krankheiten nicht nur körperlich, sondern auch finanziell so zermürbt, daß sie außerstande sind, auch nur die Anteile für die proletarischen Baugenossenschaften aufzubringen. Gerade diese Elendesten der Elenden aber bedürfen der Hilfe am dringendsten. Hier bleibt nur Staatshilfe übrig.

Kann aber der Staat (Reich, Länder und Gemeinden) bei kapitalistischer Wirtschaftsordnung die Wohnungsnot durch Zwangsmaßnahmen und Eigenbau beseitigen? Nie und nimmer! So oft auch der bürgerliche Staat versprochen hat, durch Wohnungsbeschlagnahme den Aermsten zu helfen, ebenso oft ist dieses Versprechen Papier geblieben. Seit drei Jahren bestehen überall in Deutschland mehr oder weniger scharfe Beschlagnahmebestimmungen, aber bis zum heutigen Tage wohnen überall die Kapitalisten in ihren Villen und Schlössern und großen Luxuswohnungen, während die Proletarier in den Elendslöchern zusammengepfercht oder obdachlos bleiben. Wo kommunistische Gemeindemehrheiten mit Gewalt kinderlose Kapitalisten aus ihren großen Wohnungen entfernten und kinderreiche Proletarier hineinsetzten, hat der bürgerliche Staat alle seine Machtmittel eingesetzt, um die kommunistischen Gemeindemehrheiten an diesen Maßnahmen zu hindern. Welchen Geistes der kapitalistische Staat ist, möge daraus hervorgehen, daß in Deutschland die Bestimmung besteht, daß Wohnungen, die ohne Zuschuß seit dem Kriege gebaut worden sind, und wenn es sich um Paläste mit 100 und mehr Räumen handelt, die nur ein einziger bewohnt, jedem Beschlagnahmerecht der Gemeinden entzogen sind. So steht die Beschlagnahmetätigkeit im kapitalistischen Staate aus. Anders kann sie auch nicht aussehen.

Es bleibt noch der Eigenbau durch Reich, Länder und Gemeinden. Aber der Eigenbau kostet Geld. Von wem soll der kapitalistische Staat das Geld nehmen? Die Arbeiter sind bis zum letzten Tropfen ausgesogen. An die Kapitalisten geht der kapitalistische Staat nicht heran. Niemand sägt den Ast ab, auf dem er sitzt. Da aus den Proletariern nicht mehr viel herauszuholen ist, die Kapitalisten aber geschont werden, so ist in der kapitalistischen Staatskasse Ebbe. Der Finanzbankrott des Reiches und der Länder wird immer offenbarer. In dieser Situation braucht der kapitalistische Staat sein Geld für Schupo, für Reichswehr, für Zuchthäuser, Gefängnisse, Henker, Pfaffen, mit denen er seine Macht gegenüber den aufbegehrenden und immer grimmiger ihn hassenden Proletariern aufrechterhalten kann.

Erst die Zertrümmerung des kapitalistischen Staates, erst die Errichtung der Arbeiterregierung, erst die Errichtung der Diktatur des Proletariats wird die Kapitalisten niederzwingen und den Staat in den Dienst des Proletariats zu stellen vermögen. Erst unter der Diktatur des Proletariats werden die Wohnungen beschlagnahmt und neu aufgeteilt werden können, dergestalt, daß alle großen Wohnungen den kinderreichen Proletarierfamilien zugewiesen werden. Erst in der kommunistischen Gesellschaftsordnung werden die Wohnungen nicht nach dem Gesichtspunkt des Profits für den einzelnen Bauherrn, sondern lediglich nach dem Bedarf, nach den verfügbaren Baumaterialien und den verfügbaren Arbeitskräften erbaut werden können. Und wollen wir die Wohnungsnot des Proletariats beseitigen, so gilt es daher, mit allen Machtmitteln des Proletariats den kapitalistischen Staat zu zertrümmern, die Regierung Cuno zu stürzen, die Arbeiterregierung zu errichten und an die Stelle der verruchten kapitalistischen die sozialistisch-kommunistische Wirtschaftsordnung zu setzen.

Merkt's Euch, Arbeiterfrauen!

Die kommunistische Fraktion hatte dem Preußischen Landtag erneut den Antrag auf Gewährung von Straffreiheit für die noch nicht amnestierten politischen Gefangenen gestellt. Ebenso einen Antrag auf Amnestierung aller wegen des § 218 verurteilten Frauen.

Die Anträge gelangten am 4. Mai, dem Tag, an dem der „geistige" Kampf gegen die Kommunisten mit Faustschlägen und Schlagringen von der SPD. eröffnet wurde, im Rechtsausschuß zur Verhandlung.

Die Anträge der Kommunisten wurden von den Sozialdemokraten und Bürgerlichen gemeinsam bekämpft und abgelehnt.

Solche Behandlung kann diesen Anträgen nur deshalb zuteil werden, weil die Arbeiterschaft sich nicht gegen die auf allen Gebieten gleich schändliche Politik der Sozialdemokraten und Bürgerlichen auflehnt. Stellen erst die Massen, insbesondere die Frauen, diese Forderungen, dann werden sie erfüllt werden müssen.

Umfang der Frauenarbeit in der deutschen Textilindustrie.

Die letzte deutsche Gewerbestatistik stammt aus dem Jahre 1907. Die Lücke, die das für die Festsetzung der Beschäftigung und Lage der deutschen Arbeiterschaft bedeutet, hat der Deutsche Textilarbeiterverband, wenigstens auf einem für ihn sehr wichtigen Gebiet, auszufüllen versucht. Er hat im Jahre 1921 Fragebogen an seine Organisationen herausgegeben, die die Zahl der in Deutschland vorhandenen Textilarbeiter, insbesondere die Zahl der in der Textilindustrie beschäftigten Frauen und ihre Lebensbedingungen, ermitteln sollten. Dieses Material ist zwar auch nicht lückenlos, da z. B. die große Zahl der Heimarbeiterinnen nicht erfaßt werden konnte, aber es gibt auch ohne das einen wichtigen und auf einer festen Grundlage beruhenden Einblick in das Leben der Textilarbeiterinnen. Es ist in eine Broschüre: „Umfang der Frauenarbeit in der deutschen Textilindustrie" (Verlag Deutscher Textilarbeiter-Verband, Berlin 1923) verarbeitet worden.

Nach dieser Broschüre ist die Zahl der in der Textilindustrie beschäftigten Frauen in den letzten Jahren außerordentlich gestiegen, besonders die Zahl der verheirateten Frauen. Im Reichsdurchschnitt stehen 62,6 Prozent Frauen 37,4 Prozent Männern gegenüber, und von diesen sind im Gau Augsburg 57,7 Prozent, in Berlin sogar 68,4 Prozent verheiratet oder verheiratet gewesen. Während im Jahre 1907 unter 100 Textilarbeiterinnen 20 verheiratet waren, so ist heute jede dritte Textilarbeiterin verheiratet oder verheiratet gewesen, 57,4 Prozent dieser Arbeiterinnen haben schulpflichtige Kinder zu erziehen.

Als Hauptursache ihrer Erwerbstätigkeit haben 61,6 Prozent der verheirateten Frauen angegeben, daß der Verdienst des Mannes zur Bestreitung der Unterhaltungskosten der Familie nicht ausreicht, die anderen Erwerbslosigkeit oder Invalidität des Mannes. 29,5 Prozent der erfaßten Frauen waren verwitwet oder von ihrem Mann getrennt lebend und darum Alleinverdiener. 3470 von 45 999 Frauen waren von neben der Erwerbsarbeit herlaufender Hausarbeit durch Hilfe ihrer Angehörigen befreit. Die größte Zahl der berichtenden Frauen stand im Alter bis zu 35 Jahren; es wurde aber auch ein erheblicher Prozentsatz bis zu 50 und 55 Jahren ermittelt, 4,8 Prozent bis zu 60, 3,1 Prozent bis zu 65 Jahren und 1,4 Prozent sogar bis zu 81 Jahren. Die höchsten Altersstufen waren am stärksten im Gau Berlin vertreten.

Von den verheirateten Frauen hatten 57,4 Prozent unerwachsene Kinder, die Hälfte ein Kind, 7,6 Prozent vier und mehr Kinder. Eine Frau berichtete über 9 der Schule noch nicht entwachsene Kinder. Selbst die Mütter, die ganz kleine Kinder hatten, hatten außer in den ersten Tagen der Entbindung die Erwerbsarbeit nicht aufgegeben, da das den Geldbeutel zu sehr belastet hätte. Von den Kindern wurden 35,4 Prozent als unbeaufsichtigt gemeldet. Ein anderer Teil war bei Großeltern oder Bekannten untergebracht und nur wenige in Heimen. Die wenigen Betriebe, die Heime für die Kinder eingerichtet haben, stellen fast durchweg die Bedingung, daß diese Kinder, sobald sie der Schule entwachsen sind, bei ihnen arbeiten müßten.

Diese Berichte und Zahlen, die nur einen Teil des in der Broschüre enthaltenen Materials wiedergeben, veranschaulichen sehr deutlich das ungeheure Elend, das heute auf der deutschen Arbeiterschaft, insbesondere auf der Arbeiterin, lastet. Hier ist statistisch bestätigt, daß die Frauen aus der bittersten Not heraus in immer zunehmendem Maße in die Betriebe zu geben gezwungen wurden, in welch unerhörter Weise die proletarischen Kinder unter den heutigen Verhältnissen leiden und wie dringend notwendig eine Aenderung dieser Verhältnisse, der Kampf gegen diese Verhältnisse ist.

Das aber fehlt der Broschüre. Sie gibt den Arbeiterinnen die Bestätigung ihres Elends, ohne ihnen zugleich den Ausweg zu zeigen. Wohl wird die Forderung nach Schaffung guter und billiger Heime für die Kinder gestellt — ohne Nachdruck, mitten unter der Materialsammlung. Wer diese Heime beschaffen soll und wie sie

zu schaffen sind, darüber herrscht Schweigen. Und so bleibt diese Forderung, wie alle Forderungen der Gewerkschaften, wieder nur eine Floskel ohne praktisches Ergebnis.

Ein Mangel der Broschüre ist es auch, daß in dem Kapitel, das die Höhe der Löhne behandelt, nur Redensarten gemacht und keine Löhne genannt werden, obwohl das dem Verband sehr gut möglich gewesen wäre. Die Veröffentlichung der schandbar niedrigen Löhne der Textilarbeiterinnen hätte wohl ein gar zu schlechtes Licht auf die Lohnschacherer des Verbandes geworfen!

In der Frage der Arbeitszeit setzt sich der Verband für den Achtstundentag und den freien Sonnabendnachmittag ein, weil in der Textilindustrie zwei Drittel der Beschäftigten Frauen seien. Daß diese Forderung für die gesamte Arbeiterschaft berechtigt ist und daß der Achtstundentag nur durch Kampf errungen werden kann, daß auch für die Ueberstundenarbeit nicht alle Tore offen bleiben dürfen, wie der Verband es stets getan hat, das alles wird übersehen.

Diese Lücken in der Broschüre auszufüllen, bleibt den Arbeiterinnen und Arbeitern überlassen. Ihre Aufgabe ist es, das vom Textilarbeiterverband beschaffte Material so auszunutzen, daß es nicht nur der Feststellung des heutigen Elends dient, sondern daß seine Kenntnis der Ansporn zum Kampf gegen das **Unternehmertum und gegen die kapitalistische Regierung** um die Beseitigung dieses Elends ist.

Ruhrkinder aufs Land!

Der französische Einfall in das Ruhrgebiet hat der Bourgeoisie wieder eine willkommene Gelegenheit geschaffen, mit einem Minimum von Mitteln ein Höchstmaß von Wohltätigkeits r e k l a m e für sich zu erzielen. Diesmal hat man sich auf die Kinder gestürzt. Aus jeder illustrierten Zeitung starren einem jetzt die „Ruhrkinder" entgegen. „Ruhrkinder auf der Fahrt zum Landaufenthalt", „Speisung der Ruhrkinder auf dem Bahnhof in Z." „Empfang der Ruhrkinder im Dörfchen J." und so geht es weiter in lieblicher Folge. Und die Kongresse der Agrarier, die zu Punkt 1 der Tagesordnung den Kampf gegen die Getreideumlage mit allen Mitteln, auch der Sabotage der Lebensmittellieferung, beschließen, bekunden zu Punkt 2 den edlen Willen, einige Tausend der von ihnen ausgehungerten Proletarierkinder zu sich aufs Land zu nehmen. Sie wissen schon, wenn man das große Ziel der unbeschränkten Auswucherung der verbrauchenden Massen erreichen will, dann darf man auch die Betriebsunkosten nicht scheuen. Ihre „Menschenfreundlichkeit" würde also, da sie bestimmt ist, die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit von dem wucherischen Treiben der Agrarier abzulenken, auch dann noch ein sehr gutes Geschäft sein, wenn sie so vollkommen und damit so kostspielig wäre, wie sie es in Wirklichkeit nicht ist.

In Wirklichkeit nämlich wächst sich die Ruhrkinderfürsorge nachgerade zu einem Skandal aus. Im preußischen Landtag brachte die Gen. Gesske, die gesamte bürgerliche Meute zum Aufheulen, als sie in das einstimmige Preislied der Bürgerlichen für die opferfreudige Landwirtschaft mit der unangenehmen Feststellung der brutalen Tatsachen störend hineinplatzte.

Schon bei der Auswahl der Kinder für die Verschickung werden die benachteiligt, die ihre Beziehungen zur Kirche aufgehoben haben. Sind aber etwa welche von ihnen mitgenommen worden, dann wird mit allen Mitteln versucht, religiös auf sie einzuwirken.

Die „Weserzeitung" berichtet betrübt, daß viele Kinder durch ihre Weigerung, an den religiösen Uebungen der Wirtsfamilien teilzunehmen, Zerrüttung und Aerger in deren friedliches Dasein hineingebracht hätten. In einem christlichen Heim in Kissingen verbot man einem Kinde drei Wochen die Beantwortung einer häuslichen Anfrage darüber, ob es an den Andachten teilnehmen müsse. Ein Teil Kinder hat an Gewicht nicht zu-, sondern abgenommen, andere sind verlaust und verdreckt zurückgekehrt oder verlangen, schleunigst heimgeholt zu werden.

Die Arbeiterfrauen sehen also, daß unter der Parole Ruhrkinder aufs Land! derselbe bürgerliche Wohltätigkeitsschwindel getrieben wird, den sie schon von den übrigen Kinderverschickungen zum Landaufenthalt kennen: Abgesehen von den spärlichen, mit der Laterne zu suchenden Fällen, wo den Kindern wirkliche Erholungsmöglichkeit gegeben ist, bedeutet für die Agrarier die Sache ein reines Verdummungs- und Vertuschungsmanöver, bei dem unter Umständen noch eine billige Arbeitskraft herausspringt. Nicht umsonst werden nämlich die größeren Kinder mit besonderer Vorliebe aufgenommen.

Es genügt aber nicht, alle diese Tatsachen festgestellt zu haben. Der K a m p f gegen sie muß aufgenommen werden. Der Vorschlag der Gen. Gesske auf Einsetzung besonderer Frauenkommissionen durch die Gewerkschaftskartelle muß überall von den Frauen besprochen und befolgt werden. Solange das nicht geschehen ist, haben sofort die Kontrollausschüsse einzugreifen und die Unterbringung der Kinder zu prüfen und zu überwachen.

Nur unter der wachsamen Kontrolle der Arbeiterfrauen wird es verhindert werden, daß dieser ganze verlogene Kinderhilfsrummel auch noch zu einem profitablen Ausbeutungsgeschäft wird.

Stein.

Ein Brief aus Samara.

Moskau, 21. März 1923.

Liebe Genossinnen!

Von Samara zurückgekehrt, beeile ich mich, Euch die mir so herzlich aufgetragenen Grüße der Arbeiterinnen von Samara zu senden. Ich habe im Auftrag der Internationalen Arbeiterhilfe die Kinderheime in Samara aufgesucht. Doch darüber ein anderes Mal. Heute nur so viel, daß ich wünschte, Ihr könntet selbst sehen, wie viel Freude mit Eurer Hilfe gespendet worden ist.

Ich nahm die Gelegenheit wahr, und sprach in einer Frauenversammlung. Etwa 600 Frauen, Arbeiterinnen jeden Alters, mit bunten Kopftüchern, mit ernstem und doch so liebem Gesichtsausdruck, warteten auf den Beginn der Versammlung. Ein wundervoller Saal, mit Teppichen behängt an der Wand hinter dem Podium. Bilder von Marx, Lenin, Liebknecht!

Als ich den Saal betrat, erscholl die Internationale. Wie anders klingt sie hier, fast übermütig, so freudig und siegesicher. Alle Anwesenden stehen, die früheren Rotarmistinnen sind in Uniform erschienen und halten die Hand an die Mütze. Genossinnen, in diesem Augenblick erlebt man die Internationale! Was stört es, wenn wir verschiedene Sprachen sprechen! Die Herzen schlagen hörbar laut, wir sind uns eins geworden.

Ich erhalte das Wort. Ich erzähle von Euch. Unter welchen schweren Umständen die kommunistische Frauenbewegung Deutschlands sich entwickeln mußte, wie der Krieg und die Nachkriegsnot die Proletarierinnen aufgerüttelt hat, wie wir mitgearbeitet haben im revolutionären Kampfe, und wie Ihr, so oft Ihr müde werden wollt, nach Rußland schaut auf den heldenmütigen Kampf der russischen Arbeiter und Arbeiterinnen. Das füllt uns immer wieder mit neuem Mut. Ich gelobte in Eurem Namen, daß wir deutschen Kommunistinnen nicht ruhen werden, bis die roten Fahnen siegkündend von den Palästen der Bourgeoisie wehen.

Tausend Fragen kamen, nach Kinderheimen, über den Schutz der Mutter, über die Entlohnung der Arbeiterinnen, über die Lebensverhältnisse der Lehrerinnen und vieles mehr. Nachdem ich alle Fragen beantwortet hatte, wurde eine Resolution angenommen, die mir am nächsten Tage in künstlerischer Ausfertigung als Gruß an die deutschen Genossinnen überreicht wurde. Ich werde sie so bald als möglich Euch zuschicken. *)

Genossinnen! Ich werde hier jede Gelegenheit benützen, um den russischen Arbeiterinnen zu sagen, daß die deutschen Kommunistinnen alle Kräfte anspannen werden, um der deutschen Revolution zum Siege zu verhelfen.

Mit kommunistischem Gruß

Helene Hoernle.

*) Nach Schluß der Versammlung führten die Kinder des Kinderheimes „Roland Holst" und anderer Heime Tänze, Reigen und gymnastische Uebungen auf. Die Kinder, die noch vor wenigen Monaten dem Hungertode nahe, elend und krank hier eingeliefert wurden, sind von entzückender Anmut und Lebendigkeit. Ihre leichten, sicheren Bewegungen und ihre strahlenden Augen geben Zeugnis von der liebevollen Pflege, mit der die russischen Genossen sie umgeben.

Samarer Arbeiterinnen-Abteilung
des Gouvernements-Komitees
der K. P. R. (B)

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Die Samarer Arbeiterinnen den Arbeiterinnen Deutschlands, Resolution, angenommen in der Stadtversammlung am 16. März 1923, Zahl der Anwesenden 600 Personen:

Die Delegiertenversammlung hat gemeinsam mit den Arbeiterinnen aus den Betrieben und Institutionen der Stadt Samara den Bericht der Genossin Hoernle über die Lage der deutschen Frauen gehört. Sie stellt die schwere wirtschaftliche Lage der Arbeiterinnen, die große Arbeitslosigkeit und das Chaos, das jetzt in Deutschland herrscht, fest und spricht die Ueberzeugung aus, daß diese Lage sich nur unter der Diktatur des Proletariats ändern kann, unter der Rätemacht, welche die einzige Verteidigerin der Interessen der Arbeiterklasse ist.

Nur die Rätemacht unter der Führung der Kommunistischen Partei gibt volle Rechte sowohl ökonomische als auch politische den arbeitenden Frauen, nur sie sorgt für die Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage, für die Befreiung vom Joche der Hauswirtschaft.

Nur unter der Sowjetmacht hört die Frau auf, Sklavin der Gesellschaft und des Mannes zu sein. Sie wird gleichberechtigte Bürgerin, der die Tore zum Licht, zum Wissen und zur Teilnahme an dem Aufbau der neuen Gesellschaft weit geöffnet werden.

Deshalb rufen wir unseren ausländischen Arbeitsschwestern zu, sich enger um den Vortrupp der Arbeiterklasse, um die kommunistische Partei zu scharen, sich unter der Fahne der Weltrevolution der 3. Kommunistischen Internationale zu sammeln, das verhaßte Joch des Kapitalismus abzuwälzen und auf Erden die Sowjetmacht, die Macht der Arbeiterklasse zu errichten.

Wir gedenken weiter der Hilfe, welche uns das Proletariat Deutschlands trotz seiner schweren Wirtschaftslage, besonders im Werke der Kinderfürsorge erweist. Wir Arbeitsschwestern senden ihnen dafür unser „Spassibo", unsern Dank und versprechen unsererseits mögliche Unterstützung seines Kampfes gegen das Kapital.

Es lebe die nahende Revolution in Deutschland!

Es lebe die Weltrevolution, die 3. Kommunistische Internationale!

Es lebe der Vortrupp der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei!

Es lebe die Befreiung der werktätigen Frauen der ganzen Welt!

Vorsitzende des Präsidiums Poltanina
Sekretärin Domskaja.

Wie sieht es im Wurmrevier aus?

Das Wurmrevier ist ein Gebiet von hauptsächlich Stein- und Braunkohlenbergwerken und trägt seinen Namen nach dem Worm-Bach, der fast das ganze Kohlengebiet durchläuft. Außer der Kohlenindustrie in diesem Gebiet (ausgenommen Stadt Aachen) sind noch folgende Industriezweige vertreten: Glas-, Knopf-, Nadel und Textilindustrie, auch kleinere Maschinenfabriken und Eisengießereien sowie Baugesellschaften in Hoch- und Tiefbau weist das Wurmrevier auf. Einige Großbauern und viele Kleinbauern verkörpern die Landwirtschaft. Mit der Kohlenindustrie ist gleichzeitig die chemische Industrie verbunden, welche der Landwirtschaft sehr nützlich sein könnte, wenn die aus der Kohle gewonnenen Düngemittel den Kleinbauern mehr zur Verfügung ständen. Aber die Profitgier der Grubenbarone und einiger Großbauern entzieht dem Acker des Wurmgebietes den notwendigen Dünger: es ist nämlich festgestellt, daß selbst Landwirte Ammoniaksätze usw. über die Grenze nach Holland schieben, weil dieses Geschäft infolge der schlechten deutschen Valuta einträglicher ist als die Versorgung der einheimischen Landwirtschaft mit den Erzeugnissen der chemischen Industrie. Da das Wurmgebiet sich an der holländischen Grenze entlang zieht, wird der Schmuggel mit Butter, Eier, Margarine, Mehl, Fett, Oel sowie Kleider, Schuhe, Wäsche, Strümpfe, Strick- und Nähgarnen erleichtert.

Die Bergleute des Wurmreviers werden am schlechtesten bezahlt und haben die längste Arbeitszeit. In allen anderen deutschen Kohlenrevieren arbeiten die Bergleute 7 Stunden, im Wurmrevier 8 Stunden. In den Jahren 1919-1920 wurden auch hier noch 7 Stunden verfahren. Die Gruben- und Schlotbarone ließen kein Mittel unversucht, die Bergleute zur Ueberarbeit zu bewegen; man veranstaltete geheime Abstimmungen, die jedoch eine überwiegende Mehrheit für die Siebenstundenschichte ergab. Nun versuchte man es mit Speck. Jeder Bergmann, der überarbeitete, hatte Anspruch auf Speck, welcher auf der Grube verabreicht wurde. Ein Teil der Bergleute ließ sich einfangen, aber die Mehrheit der Bergproletarier verzichtete lieber auf den Speck als auf die Siebenstundenschicht. Leider dauerte dieser Widerstand nicht lange. Als die Unternehmer für die Ueberstunde 100 Prozent Zuschlag zahlten, wurde die Zahl der ausfahrenden Bergleute immer geringer und die Achtstundenschicht war perfekt. Bemerkenswert ist, daß in diesem hartnäckigen Kampf die Gewerkschaftsbürokratie auf Seiten der Grubenverwaltung steht. Keine Gewerkschaft rührt einen Finger, um gegen die Achtstundenschicht Stellung zu nehmen. Die wenigen Kommunisten haben hier einen sehr schweren Stand und in den Gewerkschaften geringen Einfluß. In der Union der Hand- und Kopfarbeiter ist der größte Teil politisch unorganisiert, so daß die Kommunisten in der Union sehr viel nützliche Arbeit zu leisten haben.

Die gefährlichste Organisation für die Arbeiterschaft ist der Christliche Gewerkverein, der systematisch Streikbruch verübt und im letzten Beamtenstreik 1921 die Schupo und auswärtige Polizei zum Schutze ihrer Streikbrecher in das Wurmrevier gerufen hat. Die Mitglieder des christlichen Gewerkvereins werden systematisch zu Anhängern der Zentrumspartei erzogen. Die Zentrumspartei im Wurmrevier übt noch den größten Einfluß auf die Arbeiterschaft aus, weil in den meisten Arbeiterfamilien die Zentrumszeitungen zu finden sind. Großen Einfluß haben die Geistlichen leider noch bei den Frauen. Die Frauen sind es auch, welche mitschuldig sind an der Verlängerung der Arbeitszeit. Angewiesen auf die Hungerlöhne ihrer Männer, treiben sie diese zu längerer Arbeit an. Zur Niederhaltung der Löhne und zur Verlängerung der Arbeitszeit trägt nicht selten die Kleinbauernschaft bei. Da die kleinen Bauern größtenteils gepachtetes Ackerland bebauen müssen, bringt ihnen der Ertrag ihrer Arbeit nicht so viel ein, daß sie mit ihren Familien ein menschenwürdiges Dasein fristen können, deshalb fahren diese Leute zur Grube und die Landwirtschaft wird nebenbei hauptsächlich von der Frau und den Kindern betrieben. Der Mann kann durch dieses Doppeleinkommen natürlich besser auskommen als der Arbeiter, der nur auf seinen Lohn angewiesen ist. Es ist daher begreiflich, daß die ländlichen Arbeiter leicht zu Streikbrechern werden. Einen Beweis hierfür liefert der letzte Beamtenstreik, der von den Arbeitern unterstützt wurde, da waren es gerade die ländlichen Arbeiter, die allerdings von den Gewerkschaftsbürokraten irregeführt, unter dem Schutz der Sipo den Streik gebrochen haben.

Diese Zustände fordern eine besondere Aktivität heraus. Jede Genossin muß Funktionärin, jeder Genosse Funktionär sein. Ganz besonders wichtig ist die Arbeit der Genossinnen, denn gerade die Frauen im Wurmrevier bedürfen am dringendsten der Aufklärung. Ist die kommunistische Idee einmal in das Hirn einer Frau eingedrungen, so wird auch diese Frau eine tüchtige Mitarbeiterin und Verbreiterin der kommunistischen Lehren sein, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Wenn wir alle Hand anlegen, dann wird es nicht lange dauern, und das Wurmrevier wird mitmarschieren. Jede Genossin muß für die Zeitschrift die „Kommunistin" propagieren, neue Leserinnen der kommunistischen Tagespresse gewinnen, neue Mitglieder für die kommunistische Partei werben, für guten Besuch aller kommunistischen Veranstaltungen und Versammlungen Sorge tragen. Dann geht es auch vorwärts im Wurmrevier.

Robert Deppe.

Die Arbeiterin-Korrespondentin.

In Rußland gibt es in den kommunistischen Zeitungen eine besondere Spalte für den Arbeiter-Korrespondenten, der aus der Fabrik, aus dem Leben berichtet, seine Stellungnahme zu verschiedenen Fragen darlegt. Es hat sich gezeigt, daß durch diese Spalte nicht nur viele Unzuträglichkeiten in manchen Fabrikbetrieben aufgeklärt und abgestellt werden konnten, sondern daß auch die Arbeiter und Arbeiterinnen Selbstvertrauen in ihre Fähigkeiten bekommen, ihr Selbstbewußtsein gestärkt, ihr Wille und ihre Fähigkeit, für den Kommunismus schriftliche Propaganda zu machen, erheblich zugenommen haben.

Durch unsere Frauenbeilagen in den Tageszeitungen der Partei, durch unsere „Kommunistin" haben wir uns das Ziel gesetzt, die deutschen Arbeiterinnen in der gleichen Weise zur Mitarbeit an unserer schriftlichen Agitation heranzuziehen. In einzelnen Orten ist uns dies gelungen. Wenn nicht immer alle uns eingesandten Beiträge Aufnahme finden können, so sind dafür verschiedene Gründe maßgebend: Raummangel, keine genügende Aktualität oder Wiederholung von bereits gebrachten Gedanken. Trotzdem dürfen sich die Arbeiterinnen nicht entmutigen lassen, immer wieder ihre Gedanken zu Papier zu bringen und uns einzusenden. Bemerkenswert ist in dieser Beziehung, was unsere Chemnitzer Genossinnen zustande gebracht haben. Dort hat unsere Genossin Borowski, die bei den Leipziger Fabrikarbeiterinnen je einen Kursus über das Wesen des Kommunismus, die Frauen in der französischen und russischen Revolution abhielt, die an diesen Fragen außerordentlich inter-

essierten Arbeiterinnen aufgefordert, selbst etwas zu schreiben, wozu sich von 16 Arbeiterinnen 3 bereitwillig entschlossen. Dem Vorschlag der Kursusleiterin, eine ganze Frauenseite mit Beiträgen der Genossinnen zu füllen, wurde zuerst mit verlegenem Lächeln und Zweifeln begegnet, als aber die Genossin ihnen einige Fingerzeige gab, wurden ihr nach 14 Tagen die Beiträge von 7 Genossinnen in die Hand gedrückt. Tatsächlich ist die Frauenbeilage vom 14. April des Chemnitzer „Kämpfer" vollständig mit den Beiträgen dieser Arbeiterinnen ausgefüllt, die in einfacher und lebendiger Weise ihre Gedanken zu Papier brachten über:

Wie ich Kommunistin wurde!
Was man sieht, wenn man sehen gelernt hat.
Arbeitslosigkeit und Prostitution.
Bericht über die Betriebsversammlung in Kappel.

Von der Redaktion wurden diese Beiträge fast unverändert in Druck gegeben.

Und die Wirkung dieser Arbeiterinnenbeilage? In den großen Chemnitzer Betrieben wandert die Zeitung von Hand zu Hand. SPD.-Arbeiter wandten sich an unsere Genossen mit der Frage, ob dies wirklich Arbeiterinnen geschrieben hätten. Unsere eigenen Genossen sind sehr erstaunt über das Talent ihrer Frauen. Erfreulich ist auch die Tatsache, wie in einer der letzten Bezirksversammlungen von Chemnitz zur Sprache kam, daß gerade die Arbeiterinnenkorrespondentinnen auch die eifrigsten Genossinnen bei der Durchführung jeder Propagandaaktion seien, keine Arbeit ablehnen, selbst vor Beginn der Arbeit Zettel verteilen und sich mit großer Begeisterung in den Dienst unserer Sache stellen.

Mögen diese Arbeiterinnen aus diesem Beispiel ihrer Kappeler Kolleginnen Mut und Willen schöpfen, auch einmal zur Feder zu greifen, um ihre Mitschwestern aufzuklären. Die Arbeiterklasse ist zu großem Werk berufen, einmal ihr Geschick, die Aufrichtung des kommunistischen Staatswesens, selbst in die Hand zu nehmen. Jede geistige Betätigung und Selbsterziehung befähigt sie besser, dieses große Werk zu vollbringen. Das gilt natürlich auch für die Arbeiterinnen. Sie für diese großen Aufgaben zu selbstbewußten Klassenkämpferinnen zu erziehen, soll die Arbeiterin-Korrespondentin auch durch ihre schriftliche Agitation beitragen.

Zur Alkoholfrage.

Mit der Not und Verzweiflung des Proletariats steigt auch das Verlangen, sich über diese traurigen Zustände hinwegzutäuschen, steigt der Konsum der alkoholischen Getränke. Der Alkoholismus ist zu einer furchtbaren Massenerscheinung geworden. Aber statt Erleichterung und Vergessen bringt der Genuß des Alkohols nur eine Vermehrung der Leiden des Proletariats, schwächt er den durch Unterernährung herabgekommenen Körper noch mehr, macht er den Arbeiter kampfunfähig und entfremdet ihn seiner Klasse. Die Arbeiterklasse, die sich die Ueberwindung des kapitalistischen Systems zum Ziel setzte, muß die Gefahr des Alkoholismus für die Entwicklung und Steigerung des Klassenbewußtseins erkennen und ihr zu begegnen suchen.

Noch mehr sind aber die proletarischen Frauen an einer wirksamen Bekämpfung des Alkoholismus interessiert. Sie haben oft unmittelbar unter den Wirkungen des Alkoholgenusses ihrer Männer zu leiden, sie sehen, wie durch diesen ihr Haus und ihre Familie verkommen. Viel schlimmer ist aber noch, daß durch die Verwandlung ungeheurer Mengen wichtiger Nahrungsmittel wie Zucker, Weizengrieß, Kartoffeln, Gerste in Alkoholgift ihren Kindern die notwendigsten Aufbaustoffe entzogen, die Unterernährung, Verkrüppelung und Sterblichkeit der Kinder noch weiter um sich greift. Die proletarischen Frauen, die Kommunistinnen werden es daher begrüßen, daß der letzte Parteitag der KPD., der am 28. Januar in Leipzig tagte, auch zu dieser Frage des proletarischen Klassenkampfes Stellung nahm und den nachfolgenden Beschluß faßte:

Die steigende Verelendung der Arbeiterschaft, der rapide Verfall der proletarischen Lebenshaltung, Hunger und Kälte, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit und vor allem die soziale Hoffnungslosigkeit politisch noch unaufgeklärter Schichten begünstigen in erschreckender Weise den Alkoholismus.

Entgegen der Ansicht bürgerlicher Alkoholgegner, die behaupten, daß das Elend der Arbeiterklasse durch den Alkoholismus verschuldet wird, erklärt der Parteitag, daß die herrschende bürgerliche Klasse nicht nur mittelbar aus der Erzeugung und dem Konsum des Alkohols ungeheure Gewinne schöpft, sondern auch diesen Konsum zur Verdummung der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung und im Interesse der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Klassenherrschaft und Profitwirtschaft mit allen Mitteln fördert. Wie man im Krieg mit bereitwilligst gespendeten Alkoholmengen patriotisches „Heldentum" zu erwecken wußte, so sucht jetzt die Bourgeoisie politisch rückständige Proletarier durch raffinierte Anreizung zum Alkoholkonsum, zum gefügigen Werkzeug aller konterrevolutionären Tendenzen und Pogromabsichten zu machen. Aber auch wo ihnen das noch nicht gelingt, bedeutet der um sich greifende Alkoholismus, dessen Wirkung durch die Hungerfolgen und den ausgemergelten Körper des Proletariers noch beschleunigt und vertieft werden, eine Schwächung der geistigen Klarheit und Selbstbeherrschung des Einzelnen und dadurch eine Hemmung in der Entwicklung des Klassenbewußtseins.

Durch die in den letzten Jahren ganz enorm gesteigene Alkoholerzeugung und den vergrößerten Alkoholkonsum wird das Proletariat noch tiefer in das Elend hinabgestoßen, seine Leiden vermehrt, indem ungeheure Mengen der wichtigsten und notwendigsten Nahrungsmittel, wie Zucker, Gerste, Mais, Kartoffeln, Weizengrieß, Maisgrieß, Obst in steigendem Maße ihrer natürlichen Bestimmung entzogen und in Alkoholgift verwandelt werden. Daher muß der Kampf gegen die immer mehr um sich greifende Alkoholversenchung innerhalb der Arbeiterklasse, der gleichzeitig ein Kampf gegen die noch immer mächtigen Schnapsjunker und Alkoholkapitalisten ist, energisch aufgenommen werden, um das Proletariat für den Klassenkampf reifer und für die Ueberwindung der Bourgeoisie und der Uebernahme der Herrschaft kampffähiger zu machen.

Zu diesem Zweck empfiehlt der Parteitag den Genossen der KPD. und den breiten Massen der Arbeiterschaft:

1. Eine weitgehende Propaganda- und Aufklärungsarbeit über die Gefahren des Alkoholgenusses, besonders unter der Jugend des Proletariats, zu führen und darauf hinzuwirken, daß alle Veranstaltungen der Partei, Jugend und der von den Kommunisten beeinflußten proletarischen Organisationen ohne Alkoholausschank abgehalten werden;

2. Ablehnung aller ausgesprochenen Schnapsinserate in unseren kommunistischen Zeitungen und Zeitschriften, um den Schnapsproduzenten nicht noch Vorschub zu leisten;

3. Energisches Eintreten für ein vollständiges Verbot des Vergärens und der Verbrennung von Lebensmitteln zum Zwecke der Erzeugung alkoholischer Getränke. Sicherung der Einhaltung dieses Verbots durch proletarische Kontrollorgane.

4. Eintreten für ein vollständiges Verbot der Herstellung und des Verkaufs von Schnaps (siehe Antrag unserer Reichstagsfraktion bei der Beratung des Branntweinmonopolgesetzes); Eintreten für eine Regelung des Schnapskonzessionswesens auf der Grundlage der Mitbestimmung der Kontrollausschüsse der Arbeiter. Völlige Schließung der bürgerlichen Schlemmerlokale.

5. Kampf in den parlamentarischen Körperschaften (Gemeinden, Landtagen und Reichstag) durch Eintreichung von entsprechenden Anträgen.

6. Kampf gegen jede indirekte Besteuerung der alkoholischen Getränke, weil dadurch die Ausplünderung und das Elend gerade der ärmsten Schichten der Bevölkerung nur noch gesteigert wird.

7. Hinarbeiten auf die vollständige Beseitigung des Alkoholausschanks in allen Arbeiter- und Gewerkschaftshäusern, Jugendheimen, Volkshäusern usw.

8. Vollständiges Ausschalten des Alkoholverbrauchs und Konsums in jeder proletarischen Kampfaktion (Demonstration, Streik, Generalstreik, bewaffneter Aufstand).

Zur besseren Durchführung und Steigerung des Klassenkampfes verpflichtet die KPD. im Hinblick auf ihre großen und schweren Kampfaufgaben und im Bewußtsein der Rolle, die ihr als politischer Avantgarde und Führerin des Proletariats zukommt, ihre Mitglieder und Organe, einen energischen und zähen Kampf gegen den Alkoholismus zu führen.

Es wird nun auch an unseren Genossinnen liegen, überall in den Versamlungen, in den Betrieben, in Fraktionär- und Vorstandssitzungen auf die Durchführung dieses Beschlusses zu drängen und darauf zu sehen, daß er nicht auf dem Papier bleibt, sondern in lebendige Wirklichkeit umgesetzt, ein Mittel wird, die Kampffähigkeit der proletarischen Vorhut zu heben und zu steigern.

B. B.

Aus der Organisation

Rheinland-Westfalen.

Die Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen hat zu einer stärkeren Belebung unserer Partei- und damit auch unserer Frauenbewegung geführt. Während die SPD. gar keine öffentlichen Versammlungen abhielt, hat unsere Partei neben zahlreichen öffentlichen Parteiversammlungen in der Zeit vom 15. Januar bis 15. März im Bezirk Nord 68 öffentliche Frauenversammlungen abgehalten, die sämtlich gut besucht waren und in guter Stimmung verliefen. In diesen Versammlungen wurden Neuaufnahmen für die Partei gemacht, Leser für die Parteipresse gewonnen und die „Kommunistin" vertrieben. Die Frauen waren durchaus nicht nationalistisch eingestellt, sondern wandten sich scharf gegen die drohende Kriegsgefahr. In einer Reihe von Versammlungen, so in Duisburg, wurde ein Hausfrauenkontrollausschuß gebildet, der dann in den nächsten Tagen versuchte, die Preise auf den Märkten herabzusetzen. Da sich die Händler weigerten, den Anordnungen des Kontrollausschusses nachzukommen, zogen die Frauen geschlossen zum Rathaus, um vom Bürgermeister die Anerkennung des Kontrollausschusses zu erzwingen. Trotz der Aufforderung der Schupo, auseinanderzugehen, verharrten die Frauen solange vor dem Rathaus, bis ihre Kommission zurückkehrte. Unter dem Druck der Frauen hat der Bürgermeister ihnen einige Zugeständnisse gemacht.

Die proletarischen Frauen sehen jetzt ein, daß die kommunistischen Warnungen vor dem Ruhrhilfeschwindel sich bewahrheiten. Von den ungeheuren Mengen Lebensmittel, die angeblich für diese Zwecke verwandt werden sollen, kommen nur geringe Quantitäten zur Verteilung. Die Arbeiter haben das Nachsehen. Außerdem werden von der aus der Ruhrhilfe zu zahlenden Arbeitslosenunterstützung gerade die Arbeiterinnen ausgeschlossen, indem verheiratete Frauen, deren Männer arbeiten oder Arbeitslosenunterstützung erhalten, leer ausgehen, ebenso ledige Arbeiterinnen, die noch bei den Eltern wohnen. In einer Betriebsrätevollversammlung in Hilden bei Düsseldorf, in der Genossin Geisse über Frauenarbeit und Doppelexistenz sprach, erklärten sich die Betriebsräte bereit, dafür einzutreten, daß auch den Frauen die Ruhrhilfe gezahlt wird.

Magdeburg-Anhalt.

Am 22. April fand in Magdeburg eine Bezirksfrauenkonferenz statt, die einen gewissen Fortschritt gegenüber früher bedeutet. Wenn im September 1922 auf der letzten Bezirksfrauenkonferenz nur 4 Delegierte erschienen waren, so kamen diesmal aus 11 Ortsgruppen 22 Delegierte zusammen. Genossin Dünvell hielt das politische Referat, worauf Genossin Erna Halbe über unsere nächsten Aufgaben sprach. Aus den Berichten der Genossinnen geht hervor, daß zum Beispiel in Staßfurt die weiblichen Mitglieder von 4 im September 1922 auf 70 gestiegen sind. Die Genossinnen sind sehr rührig und unterstützen alle Aktionen der Partei aufs Beste. In Halberstadt sind die Genossinnen durch die Bildung einer Hausfrauenkommission an größere Frauenmassen herangekommen, haben die Forderungen der Frauen in der Stadtverordnetenversammlung vorgebracht, während gleichzeitig eine Demonstration von 600 Proletarierinnen das Vorgehen unserer Fraktion im Stadtparlament unterstützte. Als dann die Forderungen der Frauen abgelehnt wurden, sprachen unsere Genossinnen zu den versammelten Frauen, erklärten ihnen die Ursachen des Mißlingens dieser Aktion mit der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems und hatten die Genugtuung zu sehen, daß sofort 19 Frauen der Partei beitraten. In Magdeburg selbst ist es durch die Abhaltung von Frauenkursen und regelmäßigen Frauenabenden gelungen, 2 bis 3 Genossinnen als Referentinnen heranzubilden, die bereits in Magdeburg und in der Umgebung Referate halten. Der von Genossin Halbe geleitete Frauenabend hat einen solch guten Besuch aufzuweisen, daß er jetzt geteilt werden muß. Die Konferenz hat 3 Sympathiekundgebungen angenommen, und zwar an die Genossinnen der französischen und italienischen Partei, sowie an die Hinterbliebenen der Mülheimer Opfer. Die „Kommunistin" wird obligatorisch an die weiblichen Mitglieder geliefert.

Eine öffentliche Volksversammlung, die Genossin Herta Sturm am 13. April in Aken im Bezirk Magdeburg abhielt, war sehr gut besucht und brachte uns einen Erfolg.

Aus der Internationale

378 000 Kinder im Joch des amerikanischen Kapitals.

Wie ist die Lage der Kinder des Proletariats im Dollarland Amerika, dem Land der Sehnsucht unzähliger europäischer Arbeiter?

378 000 Kinder sind gegenwärtig vom Kapital eingespannt und dienen von ihrem 6. Lebensjahre bis ans Grab dem Profitinteresse der amerikanischen Trustmagnaten.

Im 20. Jahrhundert wurde das Gesetz über das Verbot der Kinderarbeit in Südamerika aufgehoben. Seither ist die Kinderarbeit furchtbar angeschwollen, zahllose Kinder haben niemals eine Schule besucht und bleiben ihr ganzes Leben Analphabeten. So wird z. B. die Arbeit in der amerikanischen Zuckerindustrie zu 73 Prozent von Kindern unter 20 Jahren ausgeführt. Aehnlich ist es in anderen Industriezweigen.

Wir geben hier den Bericht eines Augenzeugen wieder, der uns den grauenhaften Eindruck eines modernen amerikanischen Kinderstädtchens schildert:

„Ich besuchte eine Fabrikstadt der Südstaaten, um mit eigenen Augen zu sehen, wie die Kinder in die Arme des Industriemolochs fallen.

Um 4 Uhr morgens weckte mich das ohrenbetäubende Gebrüll der Fabriksirene. In einigen Minuten war ich angekleidet und begab mich auf die dunkle Straße. Ich machte einen Rundgang.

Die dunklen, rissigen Häuschen standen wie verkümmerte alte Mütterchen da. Kein Vorhang vor den Fenstern. Ich konnte gut in das mit Kerzen oder Petroleumlampen beleuchtete Zimmer hineinsehen. Die Kinder bereiteten sich zur Arbeit vor. Sie brauchten nicht viel Zeit zur Vorbereitung. Der größte Teil der Kinder schlüpfte eilig ohne Kämmen und ohne Waschen in die Kleider. Ich weiß nicht, ob sie in der Fabrik gewaschen wurden, ich sah nur, daß nicht allzuviel Wasser verschwendet wurde. Das Städtchen war um das Fabrikgebäude aufgebaut. Und dieses Gebäude erwartete mit seinem dunklen Körper und beleuchteten feurig roten Fensteraugen gierig das Menschenfutter. Der mächtige Schornstein blies einen dunklen Rauch gegen den klaren Himmel. Kleine blanke Sterne blinzelten noch zwischen den bösen Rauchwolken. Die Fabriksirene brüllte noch einmal in den dunklen Morgen. Kinder strömten aus den Häusern. Hier gab es keine Straßen, die Kinder liefen über Höfe und Misthaufen eilig den Fabriken zu. Ich hörte keinen einzigen Laut. Die Jungen und Mädchen liefen stumm wie von einem unsichtbaren Ungeheuer getrieben, dahin.

Die Fabriksirene schrillte zum dritten Male auf, die Kinder waren im Fabrikgebäude.

Nach dem dritten Sirenengebrüll ertönte es wie ein regelmäßiges Donnern aus der Ferne. Die Fabrik fing an zu leben. Die Webmaschinen wurden ins Werk gesetzt. Die Kinder befanden sich in den Klauen des Ungeheuers.

Am östlichen Himmel leuchteten die ersten Strahlen der aufgehenden Sonne. Dr. Alexander Irvine."

Feuilleton

Theodossja Surkowa.

1.

Piton Surkow ist ein fleißiger arbeitsamer Bauer, von ruhiger Gemütsart, der sein Wässerlein trübt. Das ist allbekannt, aber alle Leute wissen auch etwas anderes von ihm: wenn nämlich Piton aus der Schnapsflasche dem verdammten „Samogonka" (selbstgebrauter Schnaps) einen Schluck getan hat, dann ist er wie verwandelt, tobt, lärmt, sucht Händel, und wenn ihm seine Frau vor die Augen kommt, so fährt er sich nicht, sie zu verprügeln und mit allerhand Gegenständen nach ihr zu werfen. Theodossja ist kein dummes Weib, wäre er nüchtern, könnte sie sich seiner erwehren, aber was ist mit einem Betrunkenen anzufangen? Sie weiß übrigens, daß, sowie der Rausch verflogen ist, er wieder der Alte ist, tut keiner Fliege dann was zuleide. Klagt nur über Kopfschmerzen, Uebelkeit und geht wie das verkörperte Schuldbewußtsein umher. Theodossja zerbricht sich darüber den Kopf, wie dem Uebel abzuhelfen wäre. Endlich beschließt sie: Ich geh zur Lehrerin die schafft Rat.

2.

„Lena Petrownja, Du mußt helfen, der Alte geht kaputt". Die kleine grauhaarige und budlige Lehrerin setzt eine Phiole mit irgend einer Flüssigkeit auf den Petroleumkocher. Diese äußerlich unscheinbare Frau ist als junge Lehrerin ins Dorf gekommen, hat ein schweres arbeitsreiches und einsames Leben hinter sich. Sie hat gehungert mit den Bauern, ist in ihrer Schule vor Kälte beinahe erstarrt, aber den Schulunterricht hat sie doch nicht aufgegeben. Einen kleinen Licht in die jungen Seelen zu tragen, das hatte sie sich zum Lebensziel gestellt. Dieses Ziel erwärmte ihr eigenes armes und einsames Leben.

„Hör mal, Theodossja", sagte sie, „gegen dies Uebel deines Mannes helfen weder Besprechungen noch Gebete. Das ist alles Unsinn. Die „Samogonka" muß beseitigt werden. Ich glaube, es wäre am Besten, du riefst alle Frauen des Dorfes herbei, die ebenso wie du durch diesen Teufelstrunk zu leiden haben. Ihr geht dann zum Dorfkomitee und verlangt, daß das Gesetz, welches die Schnapsbereitung und den Verkauf verbietet, auch dieses Gift endlich beseitigt."

„Du hast recht, Mütterchen, ein Gift ist es, ein schreckliches Gift. Es heißt, daß das Weib, das im Dorf die Samogonka braut, Tabak hineintut, damit der Trank stärker wird." Theodossja verließ die Lehrerin in der festen Absicht, alle Weiber des Dorfes zusammenzurufen und mit der ganzen Schar in den Sowjet des Kreises zu gehen.

3.

Es ist Abend. Es regnet. Im feuchten Dunkel sehen die Hütten wie abgebrannte Baumstümpfe aus. Hie und da leuchten aus den Fenstern kleine gelbliche Flämmchen auf. Es ist still. Der Regen fällt in kleinen Tropfen herab, von Zeit zu Zeit ertönt Hundegebell, und dann wird auch das Lied hie und da hörbar:

Samogonka, böses Kraut
Zehrt an Alten und an Jungen..
Mehl und Korn ist aufgebraucht
Samogonka hat's verschlungen.

Theodossja geht an den Hütten entlang, sie sucht das Dunkel zu durchdringen. Sie hat heute viel vor. Drei Stunden geht sie schon im Regen und im Dunkel. Da ist der kleine Kanal, der an den Hof der Bäuerin Chawronja anschließt, suchend fährt ihre Hand über einen Zaun. Ein Tor knarrt. Sie tritt in einen Flur, stolpert, fällt über etwas, sucht mit der Hand .. Eine mit Matten beschlagene Tür öffnet sich widerwillig. In der Hütte raucht ein Lämpchen. Am Ofen ist die Hausfrau beschäftigt. Zwei Frauen sitzen auf einer Bank am Tisch. Beide rufen aus:

„Ah, also bist du doch gekommen, wir glaubten schon . . ."

„Ja," antwortete sie, „ja, das ging nicht so schnell. Regen, Dunkel, die Wege sind aufgeweicht . . . Kein Wunder."

Theodossja setzt sich auf die Bank. „Leg ab, du bist ja ganz durchnäßt." „Ach was, bin nicht aus Zucker" Chawronja, die Hausfrau berichtet: „Die Kudinicha war hier. Sagt Theodossja, sagte sie, ich wäre gern noch geblieben, aber der Kerl wird aufwachen und toben . . ." Die grauhaarige Akunja mit den vielen Leidensfalten im Gesicht seufzt: „Was ist das für ein Elend! Sie sind wie besessen. Sie werfen sich auf das Gebräu, wie die Wölfe aufs Aas. Als sie hungerten, waren sie nüchtern. Nun da wir eine gute Ernte haben, trinken sie wie toll. Sie vertrinken das letzte Stückchen Brot."

Eine der jungen Frauen mit traurigen Augen sagte, während die Tränen lautlos herabrollten: „Der Meine hat heute drei Archin Stoff, die ich wie meinen Augapfel gehütet habe, aus dem Kasten geholt. Nun kauft er sich dafür Samogonka."

Theodossja springt von ihre Platze auf. Die Lippen zucken. In den Augen flammen Blitze auf. „Und ich sage es, es gibt nichts anderes, wir gehen alle zu dem verfluchten Weib, das den Samogonka braut. Dreißig werden wir schon zusammenfinden, und wir gehen den gesetzmäßigen Weg. Ich weiß, es gibt doch so eine Bestimmung: Wer die Leute benebelt, kommt ins Gefängnis. Die Lehrerin hats mir gesagt. Morgen kommen wir alle hierher. Mutter Chawronja, nimm es uns nicht übel, daß wir dich hier belästigen."

„Wo denkst du hin, kommt nur alle, ich geh auch mit Euch. Ich bin des Treibens mit dem Samogonka im Dorfe auch schon überdrüssig."

4.

Der Himmel ist immer noch trübe, obgleich es nicht mehr regnet. Die Sonne wirft einen matten Schein auf die nasse, schmutzige Erde. Vor der neuen Hütte der Frau, die den Samogonka bereitet und verkauft, hat sich ein Haufen Frauen angesammelt. Die bunten Kopftücher leuchten wie Blumen auf einer Wiese. Eine lärmende Kinderschar drängt sich vor der Tür.

„He, Wanjka, marsch, wir wollen hie die Samogonka holen!"

„Du schwindelst, ihr wollt euch wohl selbst daran ergötzen!" Vor den Höfen und den Scheunen sind Männer aufgetaucht. Sie bleiben stehen und schauen verwundert auf die Weibermenge. Die Weiber sind kriegerisch gestimmt. Theodossja hat schon zwei angegriffen.

„Schaut euch mal die Verteidiger an," sagt sie, „macht lieber, daß ihr hier fortkommt Sonst kommt ihr auch ins Gefängnis."

Die anderen unterstützen ihre Führerin.

„Theodossja, spei ihnen doch ins Gesicht, diesen Hundeseelen, die hier Ehre und Gewissen vergessen."

Die Frauen umstellen die Hütte im engen Kreis. Theodossja mit der Bäuerin Chawronja treten in die Hütte. Martha, die ihres Geizes wegen „Sparhammel" genannt wird, steht bleich und zitternd am Tisch. Sie ist klein, mager und etwa 40 Jahre alt. Mit durchdringendem Blick schaut sie auf die Eintretenden. Ihr 14jähriger Wjaska blickt erschrocken durchs Fenster. Theodossja geht ohne Umschweife direkt auf sie los.

„Martha," sagt sie, „mach keine Flausen, du kommst mit uns jetzt in den Kreisrat."

Der „Sparhammel" macht eine Bewegung, als hätte sie einen Schlag ins Gesicht bekommen. Sie gerät in Wut und wirft sich mit geballten Fäusten den Frauen entgegen: „Hinaus, hinaus! sage ich, ich werde euch einen Kreisrat zeigen. Wjaska, nimm einen Holzscheit!"

Der Sohn springt vom Fenster zum Ofen, bückt sich, um das Holz aufzuheben.

Da packt ihn die hohe und sehnige Chawronja am Genick und reißt ihn zurück. Er zappelt in ihren Händen, reißt sich mit einem geschickten Griff los und ist durch die Tür verschwunden. Die starke und breitknochige Theodossja packt Martha an der Brust und schreit zum Fenster hinaus: „Weiber, herbei!"

5.

Die Hütte ist gedrängt voll von Frauen. Schreien, Schimpfen, Lärmen, wirres Durcheinander. Die Frauen sind außer sich. Der lang gehäufte Groll entlädt sich. Wieviel Thränen, wieviel Jammer hat dieser verdammte „Sparhammel" mit seiner Samogonka verschuldet. Man möchte sich an ihr rächen, ihr all das Weh zurückgeben und den Haß, den sie gehäuft, ihr ins Gesicht spucken . . . Mit auf dem Rücken gebundenen Armen liegt Martha auf der Bank. Theodossja und noch eine Frau stehen schützend vor ihr.

„Das gibt's nicht, Frauen," sagt Theodossja. „Sie gehört dem Gericht. Geht auf die Straße. Wir bringen sie gleich mit."

6.

Es ist heller geworden. Am Himmel erblassen die Wölkchen, strahlend bricht die Sonne hervor. Ein im Dorfe nie gesehener Zug bewegt sich durch die Gassen. Voran ziehen junge Frauen an einem Karren, in dem die Indizienbeweise sich befinden: eine große Flasche mit Samogonka und das Gerät zur Herstellung des verbotenen Tranks. Hinter dem Wagen geht auf dem schmutzigen Wege der „Sparhammel", die Hände auf dem Rücken zusammengebunden, geführt von Theodossja und Chawronja Der „Sparhammel" blickt mit erbosten Augen um sich. Neben dem Zuge der Frauen laufen die Kinder einher. Ein Haufen bellender Hunde schließt den sonderbaren Zug. Die Bauern bleiben stehen, schließen sich zu Gruppen zusammen, flüstern miteinander, schütteln die Köpfe.

„Das sind Weiber, der Teufel ist in sie gefahren. Allen voran die verdammte Theodossja. Ihr Mann hat sie gestern noch beinahe totgeschlagen."

Armela, ein älterer Bauer kratzt sich am Kopf. „Ja, Brüder, schade, schade. Fünf Flaschen haben sie zerschlagen und die Samogonka ist in die Gasse geflossen. Die Teufelsweiber!"

Ein zahnloser, alter gebückter Bauer flüstert: „Nee, Freundchen, das ist kein Leben mehr, wenn die Weiber Oberhand gewinnen über die Männer. Da leg sich einer doch lieber schon gleich den Strick um den Hals. So eine Schande!"

7.

Ein weicher Schnee fällt nieder. Unter freiem Himmel findet eine Versammlung statt.

Theodossja spricht: „Der Sparhammel" ist im Gefängnis. Die Männer sind zur Besinnung gekommen, an den Weibern zehrt nicht mehr der Gram. Niemand trägt mehr das Mehl aus dem Hause um die Samogonka draus zu machen. Das Leben hat sich geändert. Sollte sich noch einmal das Teufelsgebräu irgendwo zeigen — ich bringe jeden, der seine Hand dazu bietet ins Gefängnis!"

„Bravo, Theodossja! Ja, das ist noch ein Weib, das die Männer zur Vernunft bringt!" Wsewolod Rjasanzew.

Aus der „Krestjanzka" ins Deutsche übertragen von E. B.

Inhaltsverzeichnis. Titelbild: Kapitalistische Fürsorgeerziehung. — Das Wohnungselend im kapitalistischen Deutschland. Von Iwan Katz. — Merkt's Euch, Arbeiterfrauen! — Umfang der Frauenarbeit in der Textilindustrie. — Ruhrkinder aufs Land. Von Stein. — Ein Brief aus Sumarn. Von Helene Hoernle. — Wie sieht es im Wurmrevier aus? Von Robert Deppe. — Die Arbeiterin-Korrespondentin. — Zur Alkoholfrage. — Aus der Organisation: Rheinland-Westfalen. — Aus der Internationale: 378 000 Kinder im Joche des amerikanischen Kapitals. — Feuilleton: Theodossja Surkowa.

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW. 48.

Die Kommunistin

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Herausgegeben vom Frauenreichssekretariat. Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin

Nr. 11 | Die Kommunistin erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Infolge der immer weiteren Geldentwertung mußte der Preis wieder erhöht werden. Einzelnummer 150,— Mark | Berlin, 1. Juni 1923 | Verlag: Friedrichstadt-Druckerei GmbH. (Abteilung Zeitschriften). Berlin SW 48. Friedrichstr. 235. — Verantwortlich für die Redaktion: Martha Arendsee. Berlin. | Jahrg. 5

Der Bauch des Kapitals versperrt uns den Weg zum Brot.

Die „Schlagkraft" der Sozialdemokraten im Preuß. Landtag.

Im Preußischen Landtag ereigneten sich am 3. Mai Vorfälle, wie sie in der Geschichte des ganzen Parlamentarismus noch nicht dagewesen sind. Eine Anzahl auserwählter, muskelstarker sozialdemokratischer Raufbolde überfiel — auf Geheiß und im Einverständnis — mit mindestens einem Teil der SPD.-Fraktion ein kleines Häuflein unserer Genossen und bearbeitete sie mit Faustschlägen, Schlagringen und Schlüsseln derart, daß schwere Verletzungen stattfanden. Der Vorfall ereignete sich, als unsere Genossen in einer streng sachlich geführten Geschäftsordnungsdebatte vom Präsidenten die Zulassung einer Erklärung zu einer Abstimmung verlangten. Unsere Genossen wurden bei ihren Ausführungen schon in der unflätigsten Weise von den Sozialdemokraten beschimpft, ohne daß der Präsident auch nur einen dieser Zurufe rügte. Als nun Genosse Katz beim Verlassen der Rednertribüne wiederum in der infamsten Weise beschimpft und bedroht wurde und in der Abwehr das Wort „schmieriges Gesindel" gebrauchte, schlug der SPD.-Rektor (!) Bahlke auf ihn los, die SPD.-Landräte Schubert und Bubert, die SPD.-Sekretäre Leverenz und Schreiner sprangen hinzu und schlugen auf die Genossen, die Katz zu Hilfe eilten, ein. Keiner von diesen zuchtlosen Schlagringhelden wurde zur Ordnung gerufen oder gerügt, aber Genosse Katz wurde von Leinert als ausgeschlossen aus der Sitzung erklärt.

Der Sinn dieses ebenso wahnwitzigen wie verbrecherischen Tuns der sozialdemokratischen Führerclique war den Kommunisten sofort klar: erstens sollte in jenem Moment durch die Prügelei eine Rede unseres Genossen Pieck, die er als Antwort auf eine Heilmannsche Lügenrede über den mitteldeutschen Aufstand halten sollte, unmöglich gemacht werden. Der Ehren-Heilmann sollte vor seiner Entlarvung als Schwindler bewahrt werden! Zweitens geschah dieses Vorgehen der sozialdemokratischen Clique als bewußte und absichtliche Zerreißung der Einheitsfront, die sich in den letzten Wochen unter den Arbeitern selbst immer stärker angebahnt hat. Die proletarische Einheitsfront zum Kampf gegen die immer unerträglichere Lage ist eine tödliche Gefahr für die sozialdemokratischen Politiker, die im Begriff sind, mit Stinnes das Reichskabinett zu bilden und eine Innen- und Außenpolitik zur Erhaltung der verfaulenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch Auspressung des letzten Blut- und Schweißtropfens der Arbeiter zu führen. Der 1. Mai und Sachsen zeigen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter nicht den Weg ihrer Parteiführer, sondern den Weg, den die Kommunisten gehen wollen, immer mehr als richtig anerkennen. Um die Arbeiter aus dieser dem Kapitalismus gefährlichen Gemeinschaft der Kommunisten wieder gewaltsam zu lösen, scheuten die Führer nicht, einen solchen Ueberfall auf die kommunistische Fraktion zu machen, hoffend, daß die Arbeiter in den Betrieben sich nun gleicherweise bekämpfen werden!

Die Kommunisten hielten es für ihre Pflicht, gegen dieses Vorgehen der Sozialdemokraten — bei dem die Bürgerlichen schadenfrohe Zuschauer bildeten — im Interesse der Arbeiterklasse sofort den ganzen Widerstand aufzubieten. Sie traten deshalb geschlossen in die parlamentarische Obstruktion ein. Die Parlamentsmehrheit und ihr Präsidium scheuten sich nun nicht, ihrem ersten Gewaltakt weitere folgen zu lassen, gegen die ganze Fraktion mit Gewalt vorzugehen. Eine Schar von zirka 50 Boxern — im Kampf mit dem Schwerverbrechertum erprobte Elemente — hatte man zu diesem Zweck in das Parlament befohlen. Sie hielten alle Eingänge zum Sitzungssaal bewacht und entfernten jeweils auf Geheiß des Präsidenten unsere Genossen, die sogegannte Volksvertretung. Bei der gewaltsamen Entfernung, die auf Wunsch und Geheiß der Mehrheit zuerst unter völligem Ausschluß der Oeffentlichkeit vor sich ging (erst später wurde auf ihren Protest hin die Presse wieder zugelassen), geschahen unglaubliche Brutalitäten. Unserem alten Genossen Hoffmann wurde der Arm ausgekugelt. Der Genosse Schnetter wurde an der Kehle gepackt und zu Boden geschleudert. Genosse Scholem wurde aus dem Saal geschleppt, als sein Ausschluß noch gar nicht angeordnet war; Genosse Sobottka und Genossin Wolfstein wurden verhaftet, als sie sich gegen dieses beispiellose Vorgehen wandten. Aber alle diese Vorgänge, die die größte Erniedrigung und Erschütterung des von den Anhängern der Demokratie so heilig gesprochenen Parlamentarismus bedeuten, vermochten an dem einmal gefaßten Entschluß, Mundtotmachung und Bekämpfung der Kommunisten, nichts zu ändern. Bei der Durchführung dieser Parole blieb es, bis der letzte Kommunist und die letzte Kommunistin durch Boxerfäuste aus dem Saal geschleppt waren.

Als vor 10 Jahren sozialdemokratische Abgeordnete — darunter besagter Leinert — durch Polizeigewalt aus dem Preußen-Parlament entfernt wurden, ging eine Bewegung der Entrüstung und des Zornes durch die Massen des werktätigen Volkes, die den Urhebern und Ausführern dieser Gewalttaten schlecht bekam. Die sozialdemokratischen und bürgerlichen Schandtaten von heute gegen kommunistische Abgeordnete haben in den Massen wiederum eine Protestbewegung ausgelöst, deren Wirkung in zahllosen Abbestellungen der sozialdemokratischen Presse, die verlogener als das letzte bürgerliche Käseblatt über diese Vorgänge berichtet hat, in den Austritten aus dieser verräterischen Partei und in einem mächtigen Erstarken der kommunistischen Bewegung zum Ausdruck kommt.

In den vielen überfüllten Versammlungen, in denen die kommunistischen Vertreter über die politische Lage und die daraus erklärlichen Schandstreiche die Massen aufklärten, sah man auch viele Arbeiterfrauen. In vielen Stödten beteiligten sich Genossinnen an der Diskussion und steigerten durch ihre Worte noch die Stimmung der empörten Masse. Wir hörten kommunistische Frauen fragen: Wo waren aber nur die Anhängerinnen der „Gewaltlosigkeit", des Kampfes mit „nur geistigen Waffen", als diese niederträchtigen Brutalitäten gegen die Kommunisten verübt wurden? Wir haben in den Versammlungen die Antwort gegeben und wiederholen sie hier, auf daß alle Genossinnen sie wissen und in der Agitation ausnutzen werden: Die Anhängerinnen der Gewaltlosigkeit, die Verkünderinnen des ewigen Friedens, sie standen, als organisierte Raufbolde unsere Genossen blutig schlugen, herum, und sahen sich dieses infame Schauspiel seelenruhig an. Während unsere Genossinnen sich schützend vor unsere Genossen stellten und versuchten, die sozialdemokratischen Buben abzuwehren, rührte keine SPD.-Abgeordnete auch nur einen Finger, um ihre Fraktionsgenossen zurückzureißen. Wir haben wohl schon gesehen, daß die SPD.-Frauen sozialdemokratische Abgeordnete zurückreißen, wenn sie den Deutschnationalen mal zu nahe zu kommen scheinen! Dann mischen sich die „besonnenen weiblichen" Elemente zur Hilfe der Deutschnationalen ein! Wenn Kommunisten blutiggeschlagen werden, dann sehen auch die überzeugtesten Pazifistinnen gemütsruhig zu.

Für uns Kommunisten ist das nichts Neues. Wir haben es erlebt und nicht ein Atom davon vergessen, was diejenigen, die den Massen die Gewaltlosigkeit heuchlerisch predigen, an Grausamkeiten gegen die proletarischen Kämpfer verüben ließen und selbst verübten.

Die Vorgänge im Landtag können und müssen uns Frauen besonderer Anlaß sein, unter den sozialdemokratischen Arbeiterinnen zu wirken und ihnen die Augen zu öffnen, wohin der Weg ihrer Führer führt, die gegen die Macht der Kapitalisten, dieser wirklichen und unversöhnlichen Feinde der Arbeiterklasse, mit geistigen Waffen kämpfen und gegen die Vertreter der revolutionären, überall opfermutig gegen die Kapitalisten kämpfenden Kommunisten mit Schlagriemen, Gummiknüppeln und Totschlägern zu Felde ziehen.

Genossinnen, an Euch ist es, durch erhöhte intensive kommunistische Werbearbeit dafür Sorge zu tragen, daß Eure sozialdemokratisch irregeführten oder politisch völlig unaufgeklärten Klassengenossinnen zu zielbewußten Klassenkämpferinnen werden. Nutzt die Gelegenheit! Schmiedet das kommunistische Eisen!

R. W

Der Sieg der Berliner kommunistischen Metallarbeiterinnen.

Vor einigen Wochen fand die Neuwahl der Arbeiterinnenkommission der Berliner Metall-Arbeiterinnen im Deutschen Metallarbeiterverband statt. Diese Kommission ist seit zwei Jahren von der Amsterdamer Richtung besetzt, und in den Betrieben glaubte man schon, sie sei sanft im Herrn entschlafen; von ihrer Agitationstätigkeit nämlich unter den Berliner Metallarbeiterinnen hatte man so gut wie nichts verspürt.

Die Not der Metallarbeiterinnen stieg aufs Höchste, wir sanken allmählich zu den schlechtest bezahlten Arbeiterkategorien herab, hatten neben anderen Verschlechterungen die Aufbürdung der 48stündigen Arbeitswoche und anderes mehr. Da nun diese Verschlechterungen meist durch ungünstige Abstimmungsresultate möglich waren, mußte man sich doch in den maßgebenden Stellen in der Ortsverwaltung mit den Ursachen dieser schlechten Abstimmungen befassen. Man mußte zu der Erkenntnis kommen, daß unter den Frauen, die einen starken Prozentsatz in der Berliner Metallindustrie einnehmen, ganz besonders gearbeitet werden müsse, um sie zu klassenbewußten Kämpferinnen zu machen, damit sie Schulter an Schulter mit ihren Kollegen am Schraubstock und an der Drehbank einmütig alle Hungerlöhne und Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen ablehnen.

Die kommunistischen Metallarbeiterinnen hatten die Notwendigkeit der Frauenpropaganda erkannt. Sie ließen es sich nicht nehmen, der Koll. Gladosch, Angestellte des DMV., als sie in der Metallarbeiterinnenversammlung ihren Jahresbericht gab, gründlich die Meinung zu sagen. Sie wiesen darauf hin, wieviel wichtige Arbeit ihrerseits versäumt worden sei, wie sich die Berliner Ortsverwaltung mit einer Kommunistenhatz befasse, indem sie gegen 28 der tüchtigsten, erfahrensten Funktionäre ein Ausschlußverfahren einleitet. Die Kollegin Gladosch hatte die Versammlung durch ihre provozierende Art und Weise allmählich in eine ziemlich erregte Stimmung gebracht. Sachlich konnte sie der Anklagerede unserer Genossin Marthe Heintze nichts erwidern, so mußten die Kommunisten im allgemeinen herhalten, bis man endlich um 11 Uhr die Versammlung mit einem hysterischen Seufzer der Referentin: „Ich kann nicht mehr" schloß, ohne zur Neuwahl zu kommen.

Inzwischen waren noch einige Kollegen der engeren Ortsverwaltung der Kollegin Gladosch zu Hilfe geeilt. Sie versuchten die erregten Kolleginnen mit einigen Zwischenrufen, wie: „Halte Dein Maul, Du kriegst gleich eins in die Fresse", zu beruhigen.

Selbst indifferente Arbeiterinnen merkten, auf welchem Niveau die Reformisten angekommen sind, wie sie sich mit allen Mitteln an ihre Posten klammern.

Die versammelten Frauen gingen auseinander mit dem festen Versprechen, zur nächsten Versammlung pünktlich zu erscheinen und noch mehr Arbeiterinnen mitzubringen.

Zum Freitag, den 4. Mai, wurde erneut eine Metallarbeiterversammlung einberufen, und man merkte deutlich die Absicht der alten Arbeitskommission, einen leeren Saal zu haben oder nur Anhänger ihrer Richtung. Man hatte inzwischen Flugblätter in Massen in den Betrieben verteilt, die die Liste Gladosch propagierte. Aber trotzdem es Freitag war, wo die meisten Arbeiterinnen Lohn bekommen und kaufen müssen, ein bißchen Brot und Margarine einzukaufen, trotzdem die Versammlung um 5 Uhr angesetzt war und in den meisten Betrieben erst um 4 Uhr Feierabend ist und die Kolleginnen einen weiten, weiten Weg hatten, rückten sie in Scharen an, um sich ihre neue Arbeitskommission zu wählen. Die Oppositionsliste begann mit dem Namen M. H. Trotzdem sich die Kollegin Gladosch den Zirkus und einige andere zur Unterstützung mitgebracht hatte, konnte sie ihre Liste nicht durchbringen, sondern die Berliner Metallarbeiterinnen wählten mit großer Mehrheit die kommunistische Liste Martha Heintze, auf der nur Kandidatinnen aus den Betrieben aufgestellt waren.

Und nun, Kolleginnen und Genossinnen, ergeht an Euch der Ruf, diese neu gewählte Kommission mit allen Kräften zu unterstützen. Wir wollen arbeiten und wollen wirken, wir wollen Euch helfen, die Ursache Eurer Not zu erkennen, und rufen Euch zu: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein!

C. C., Metallarbeiterin.

Mutterschaftsfürsorge in Deutschland.

Die Regierung hat jetzt dem Reichstag neben einer Reihe anderer internationaler Abkommen auch das im Jahre 1919 auf der internationalen Arbeitskonferenz in Washington beschlossene Uebereinkommen betreffs Beschäftigung von Frauen vor und nach der Niederkunft zur Beratung vorgelegt.

Damit steht die Frage der Mutterschaftsfürsorge für Deutschland erneut auf der Tagesordnung. Der Zusammenbruch des kapitalistischen Systems, der das Proletariat zu vernichten droht, trifft die arbeitende Frau als Mutter besonders schwer. Die Regierung aber erklärt, daß sie dieses Abkommen, das nur das Mindestmaß an Mutterschutz darstellt, was bürgerliche Regierungen heute glauben gewähren zu müssen, nicht annehmen kann. Sie hat seiner Zeit schon dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat empfohlen, das Uebereinkommen abzulehnen. Der Reichsrat hat sich dem angeschlossen, während der vorläufige Reichswirtschaftsrat im März 1921 die Ratifizierung empfahl und gleichzeitig die Regierung um die Einbringung einer Vorlage zur Deckung der sich ergebenden Mehrkosten ersuchte.

Die wesentlichsten Punkte des Uebereinkommens sind folgende:

In allen öffentlichen oder privaten gewerblichen oder Handelsbetrieben oder deren Nebenbetrieben

a) darf eine Frau während sechs Wochen nach ihrer Niederkunft nicht beschäftigt werden;

b) ist jede Frau berechtigt, die Arbeit zu verlassen, wenn sie ein ärztliches Zeugnis beibringt, daß ihre Niederkunft voraussichtlich innerhalb sechs Wochen stattfinden wird;

c) erhält jede Frau während dieser Zeit eine Unterstützung, die ausreicht, um sie und ihr Kind in guten gesundheitlichen Verhältnisse zu erhalten. Diese Unterstützung, deren genauer Betrag durch jedes Land festzusetzen ist, ist entweder aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten oder durch eine Versicherung aufzubringen. Außerdem hat die Frau Anspruch auf unentgeltliche Behandlung durch einen Arzt oder eine Hebamme;

d) ist jeder Frau, die ihr Kind selber nährt, während der Arbeitszeit zum Stillen täglich zweimal je eine halbe Stunde freizugeben.

Es heißt dann weiter, daß einer Frau, die gemäß vorstehender Vorschriften wegen Schwangerschaft, Niederkunft oder an einer Krankheit als Folge davon ihre Arbeit verläßt, während ihrer Abwesenheit, noch auf solchen Zeitpunkt gekündigt werden darf, daß die Kündigungsfrist während ihrer Abwesenheit abläuft, sofern nicht eine festzusetzende Höchstdauer überschritten wird.

Das Uebereinkommen will also das Verbot der Beschäftigung sechs Wochen nach und die Berechtigung des Verlassens der Arbeit sechs Wochen vor der Niederkunft für alle in Handel und Gewerbe beschäftigten Frauen aussprechen. Dagegen sagt es nichts von den in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten sowie den Hausangestellten, den Krankenpflegerinnen und den Beamtinnen. Und doch sind es besonders die Landarbeiterinnen und Hausgehilfinnen, die unter der Rücksichtslosigkeit ihrer Arbeitgeber zu leiden haben; das beweist die große Zahl der Selbstmorde und Kindestötungen in diesen Berufen.

Nach der Reichsgewerbeordnung dürfen zur Zeit in Deutschland nur in gewerblichen Betrieben mit mehr als 10 Beschäftigten (Betriebe der Tabakindustrie, Ziegelei, Gruben, Steinbruch sollen auch darunter, wenn weniger als 10 Beschäftigte vorhanden sind) Frauen vor und nach der Niederkunft im ganzen während acht Wochen nicht beschäftigt werden, von denen mindestens sechs Wochen nach der Niederkunft liegen müssen. In der Kleider- und Wäschekonfektion ist jedoch die Beschäftigung schon in der fünften und sechsten Woche gestattet, wenn sie durch Zeugnis eines Arztes für zulässig erklärt wird. Die Ausdehnung des Verbots auf die weiblichen Angestellten in Handelsbetrieben sowie die Aufhebung der Ausnahmen für die gewerblichen Arbeiterinnen würde also im Sinne des Uebereinkommens liegen.

Dazu käme eine Bestimmung, daß die Frau berechtigt ist, die Arbeit sechs Wochen vor der Niederkunft niederzulegen.

Die Regierung erklärt in der Erläuterung zu dem Abkommen, daß keine wesentlichen Bedenken bestehen, diese Bestimmungen in die deutsche Gesetzgebung aufzunehmen. Das gleiche erklärt sie für die Einrichtung von Stillpausen und über das Freihalten von Arbeitsplätzen während der Abwesenheit der Frau wegen Schwangerschaft, Niederkunft und Nachkrankheiten. Sie kann das leichten Herzens tun, denn derartige gesetzliche Bestimmungen kosten ja dem Staate nichts, in der Praxis aber haben sie wenig Bedeutung, wenn nicht für die Zeit des Fernbleibens von der Arbeit, volle Entschädigung an Lohn gezahlt wird und das Verbot der Entlassung für die ganze Dauer der Schwangerschaft, Niederkunft und Stillzeit aufgehoben wird. Auch nach dem Uebereinkommen hat der Unternehmer es in der Hand, sich durch zeitige Kündigung vor den Unannehmlichkeiten der gesetzlichen Vorschriften zu sichern. In der Begründung zu dem kürzlich beschlossenen Gesetz über die Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen heißt es denn auch, daß die Kassen darüber klagen, daß sie das Wochengeld zahlen müssen, auch wenn die Wöchnerin bereits wieder gegen Entgelt arbeiten geht.

Die Gesetzgeber haben nun nicht etwa das Wochengeld erhöht, damit die Wöchnerin nicht gleich wieder arbeiten zu gehen braucht, sondern das Wochengeld ist für diese Zeit auf die Hälfte herabgesetzt worden.

Hier liegt der Kardinalpunkt.

Die Regierung sagt in der Erläuterung, sie habe schwere finanzielle Bedenken gegen die Ausdehnung der Unterstützung von 10 auf 12 Wochen, ohne aber darauf einzugehen, daß in dem Uebereinkommen eine Unterstützung gefordert wird, die ausreicht Mutter und Kind in gesundheitlichen Verhältnissen zu erhalten

Die Leistungen der Reichswochenhilfe, die für die Versicherten in Zahlung eines Wochengeldes in Höhe des Krankengeldes für 10 Wochen und Stillgeldes in halber Höhe für 12 Wochen besteht, wird niemand als ausreichend für Mutter und Kind bezeichnen wollen.

Der volle Grundlohn, also das doppelte Krankengeld wäre mindestens zu zahlen. Ebenso steht das Stillgeld, besonders in den untersten Klassen der Krankenkassen in keinem Verhältnis zu den ungeheuerlichen Milchpreisen.

Die Lieferung von unentgeltlicher Milch an Schwangere und stillende Mütter ist notwendig, um die dauernd steigende Differenz zwischen Stillgeld und Milchpreis zum Schaden für Mutter und Kind auszuschalten.

Die Gesetzgeber im Reichstag aber haben den Mindestsatz, den die Kassen an Stillgeld zu zahlen haben, auf 300 M. täglich festgesetzt, bei einem Milchpreis von 960 M. zurzeit in Berlin, den Kassen aber das Recht gegeben, einen Höchstsatz festzusetzen, für den Fall, daß das halbe Krankengeld der höheren Klassen den jeweiligen Milchpreis übersteigt.

Ein weiterer Punkt, auf den die Regierung in ihrer Erläuterung nicht eingeht, ist die unentgeltliche Hebammen- und Ärztehilfe. Die Reichswochenhilfe steht zwar die ärztliche Behandlung vor, gewährt aber als einmaligen Beitrag zu den Entbindungskosten einschließlich Hebammengebühr nur 10 000 Mark, während die Kosten bei einer regelmäßigen Geburt allein für die Hebamme schon 50 000 bis 75 000 M. betragen. Gewährt die Kasse freie Hebammenhilfe, so ermäßigt sich der Beitrag zu den Entbindungskosten auf 4000 M. Es wird aber nur eine geringe Zahl von Kassen in Deutschland vorhanden sein, die von dieser Kann-Bestimmung Gebrauch machen, eine ganze Reihe hat solche früheren Leistungen wieder aufgegeben. In Preußen erklärten die Vertreter der Krankenkassen bei Beratung des Hebammengesetzes, daß sie die freie Hebammenhilfe in die Satzungen aufnehmen würden, wenn die Hebammen durch das Hebammengesetz in das Angestelltenverhältnis kämen. Das hat bekanntlich die bürgerliche Mehrheit des Landtags abgelehnt, und damit für Preußen den Weg zur unentgeltlichen Hebammenhilfe erschwert.

Die Regierung glaubt mit dem Hinweis, daß die Krankenkassen keine höheren Beiträge nur für die Lasten des Mutterschutzes erheben können, eine Mehrbelastung des Reiches aber unter allen Umständen vermieden werden muß, die Frauen abspeisen zu können. Genosse Matzahn hat aber bereits im Reichstag erklärt, daß wir fordern, die Krankenkassen überhaupt von den gesamten Lasten der Reichswochenhilfe zu befreien. Das Reich hat eine Wochenfürsorge zu schaffen, die sich auf alle arbeitenden Frauen erstreckt. Der Staat, der durch die Paragraphen 218/19 des Strafgesetzbuches die Frauen verpflichtet, Kinder zu gebären, hat auch die Fürsorge für Mutter und Kind zu übernehmen.

Die Kosten dafür soll er durch Besteuerung der Besitzenden beschaffen, die nicht genug schreien können über den Geburtenrückgang und für Aufrechterhaltung des Schandparagraphen, selbst aber im Höchstfalle ein oder zwei Kinder haben.

Unsere Forderungen für eine solche Reichswochenfürsorge sind:

1. Verbot der Beschäftigung aller erwerbstätigen Frauen in Handel, Gewerbe, Landwirtschaft, im Haushalt, Krankenpflege, Fürsorgewesen und im Staatsdienst, 8 Wochen vor und nach der Niederkunft, unter Weiterzahlung des vollen Lohnes.

2. Gewährung einer Stillzeit von zwei mal täglich einer halben Stunde unter Weiterzahlung des Lohnes.

3. Beschränkung der Arbeitszeit für stillende Mütter auf 6 Stunden.

4. Unentgeltliche Lieferung von Milch an Schwangere vom 4. Monat ab, sowie an stillende Mütter für die Dauer der Stillfähigkeit.

5. Errichtung von Säuglingskrippen in Verbindung mit den Arbeitsstätten, obligatorische Säuglingsfürsorge- und Mütterberatungsstellen, obligatorische Kinderhorte.

6. Errichtung von Schwangeren- und Entbindungsanstalten oder Stationen in allen Kommunen oder Kommunalverbänden. Bei Hausgeburten haben diese Hebamme, Arzt oder Pflegerin sowie alle zur Entbindung notwendigen Utensilien, Säuglingsbedarf sowie Heil- und Pflegemittel, unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Alle diese Einrichtungen werden von geschulten Kräften geleitet, stehen aber unter ständiger Mitwirkung und Kontrolle der arbeitenden Frauen.

7. Gewährung von Fahrvergünstigungen an Schwangere (Fahrpreisverbilligung für Benutzung höherer Klassen, Sitzgelegenheit).

8. Verbot der Entlassungen für die Dauer der Schwangerschaft, Niederkunft und Stillzeit.

Die Ratifizierung des Washingtoner Uebereinkommens darf nicht eine Angelegenheit des Parlaments bleiben. Die arbeitenden Frauen müssen sich rühren; es gilt überall in Betrieben und Versammlungen die Forderungen einer wirksamen Mutterschaftsfürsorge zu erheben.

M. Arendsee.

Die erste genossenschaftliche Frauenkonferenz.

Dem diesjährigen Unterverbandstag Thüringer Konsumvereine in Gotha ging am 12. Mai die erste deutsche genossenschaftliche Frauenkonferenz voraus. Auf dem Verbandstag in Gotha und dem ostdeutschen in Finsterwalde stand auch ein Referat über die Frauen auf der Tagesordnung. Damit scheint nun endlich auch in der deutschen Genossenschaftsbewegung den Frauen gegenüber eine andere Praxis zu beginnen. Noch auf dem Genossenschaftstag vergangenen Jahres in Eisenach wurden während der Verhandlungen für die Frauen „kleine Ausflüge" veranstaltet, trotzdem die Exekutivsitzung des IGB., die vor dem deutschen Genossenschaftstag stattfand, den Verbänden empfahl, die Frauenfrage auf den nächsten Verbandstagen zu diskutieren.

Obwohl der Zentralverband im September 1922 Richtlinien für die Mitarbeit der Frauen aufgestellt hat, die überall durchgeführt werden sollen, ist auch heute die Behandlung der Frauen eine stiefmütterliche. Auf dem mitteldeutschen Verbandstag in Nordhausen wurde ein von unseren Genossen gestellter Antrag, eine genossenschaftliche Frauenkonferenz für den mitteldeutschen Verband noch vor dem Genossenschaftstag in Görlitz einzuberufen, mit der Begründung abgelehnt, daß die Zeit für Frauenkonferenzen noch nicht gekommen sei.

Unserer oppositionellen Arbeit ist sicher der Erfolg zuzuschreiben, daß der Thüringische Verband, als erster deutscher Verband, eine genossenschaftliche Frauenkonferenz abhielt. Auf der Konferenz hielt Fräulein Busch (Köln) ein Referat über: „Die Frau und die Genossenschaft". Sie sprach im Sinne der Richtlinien des Zentralverbandes, bemängelte sehr, daß die Frauen wohl zur Mitarbeit herangezogen würden, daß ihnen aber keinerlei Rechte eingeräumt werden, und daß die Richtlinien nichts über die praktischen Aufgaben der Frauen sagten. Notwendig sei die Einrichtung von Diskussionsabenden in den Vereinen und die Schaffung von besonderen Frauenschulen und Frauensekretariaten in den einzelnen Revisionsverbänden.

Wichtig waren in der Diskussion vor allem die Ausführungen unserer Genossin Weinreich (Jena), die in ausgezeichneter Weise unseren Standpunkt vertrat. In allen Ländern sei von den Verbänden für die Mitarbeit der Frauen mehr getan als in Deutschland. Im Protokoll über die Internationale genossenschaftliche Frauenkonferenz in Basel im Vorjahre sei wörtlich zu lesen:

„Darauf baten zwei Herren aus Deutschland um das Wort, und da keine Vertreterin aus Deutschland zugegen war, so wurde ihnen diese Erlaubnis erteilt. Der erste Delegierte sagte, daß die deutschen Frauen mit den Männern nicht zusammenarbeiten wollten, weil sie — die Männer — so weit fortgeschritten wären. Er möchte aber den Frauen doch die Gelegenheit geben, und er hoffe, daß auch die deutschen Frauen, wenn sie erführen, was die genossenschaftlichen Frauen anderer Länder täten, einen Schritt vorwärts wagen würden."

Genossin Weinreich brandmarkte diese Auffassung gebührend. Notwendig sei, daß die Frauen und die Genossenschaften über den jetzigen Rahmen hinaus für die Befreiung der Frauen aus den wirtschaftlichen und politischen Fesseln mitarbeiten. Die Genossin Weinreich legte eine Entschließung vor, die dann einer Kommission überwiesen wurde, die dem Verbandstag dieselbe unterbreiten sollte.

Die weitere Diskussion ergab, daß die Frauen, wenn sie mitarbeiten, auch ihren Anspruch auf Rechte geltend machen, und daß es geradezu unerhört ist, daß beispielsweise die Frauen, während sie heute in allen Arbeiterorganisationen Stimmrecht haben, sie dies in den Genossenschaften noch nicht haben.

Die Genossin Heller (Gotha) forderte mit ihren Ausführungen über die Umsatzsteuer Bäßlein vom Zentralverband heraus. Die Konferenz war in ihrer Mehrzahl von Kommunistinnen besucht.

Die Gothaer genossenschaftliche Frauenkonferenz hat gezeigt, daß die Frauen sehr wohl erkannt haben, um was es geht, und daß sie nicht gewillt sind, sich weiter wie bisher behandeln zu lassen. Sie stellen eine frische, tatenlustige Oppositionsgruppe gegen die Bürokratie dar, die sich Anerkennung zu verschaffen weiß.

O. S.

Wie soll das Kind genannt werden?

Ein Bild aus Sowjetrußland.

Die antireligiösen Stimmungen der Arbeiter treten nicht nur bei Diskussionen während der Arbeit zutage, sondern sie machen sich auch bei verschiedenen Familienvorkommnissen bemerkbar.

Die Arbeiter wollen ihren Kindern nicht mehr den Namen eines „Heiligen" geben. (In der orthodoxen Kirche ist jeder Tag je einem oder mehreren „Heiligen" gewidmet, so daß man im Kalender jeden Tag einige männliche und weibliche Namen findet.)

Die neugeborenen Kinder dienen jetzt öfters als Ausgangspunkt zu Streitigkeiten zwischen Mann und Frau.

„Den Knaben sollten wir entweder Sichel oder Hammer nennen", sagt der Vater.

„Unmöglich, das wäre ganz unangebracht," erwidert die Frau.

„Gut, wollen wir ihn zu Ehren der Revolution „Oktober" nennen."

„Was machst Du aber auch für Vorschläge!" meinte die Frau. „Wir geben ihm einen menschlichen Namen, nennen ihn entweder Nikolas oder Andreas . . ."

„Nein, ich will von solchen Namen nichts wissen. Sie besagen ja gar nichts," erklärt der Vater beinahe zornig.

Die Frau weint vor Verdruß.

„Aber was fällt Dir ein?" mischt sich die Schwiegermutter in den Streit. „Die Frau darf nicht erregt werden, wenn sie das Kind stillt. Ihre Milch steigt ihr sonst zu Kopfe."

Der Mann wird nachgiebig. „Das Kind kann ja zu Ehren des Genossen Trotzki Leo*) genannt werden," lenkt die Frau ein. Man einigt sich dahin.

Der Vater erzählt von seinen Familienstreitigkeiten im Klub.

Die Genossen verspotten ihn.

„Deine Frau wird es Dir nicht vergessen. Die Frauen lieben doch tagaus tagein, ein und dieselbe Geschichte zu wiederholen. Sie sind wie die Sägen: hin und zurück."

„Na, meine Frau ist schon nicht mehr wie die anderen Frauen. Sie ist zwar noch etwas unter dem Einfluß der Schwiegermutter, aber sie beginnt bereits selbständig zu werden. O, meine Frau ist nicht einfältig — sie wurde bereits einmal vom Betrieb zu einer Frauenkonferenz gewählt," erzählt nun nicht ohne Stolz der Mann.

Frei nach der „Pravda", 8. 5. 1923.

---

*) Unsere italienischen Genossen berichten, daß in Italien Kinder der Genossen öfters „Lenin" genannt werden.

Aus der Organisation

An das Reichsfrauensekretariat.

Werte Genossinnen!

In Nummer 8 der „Kommunistin" lese ich, daß in Baden nur zwei Frauentagsversammlungen stattfanden wurden. Dazu möchte ich bemerken, daß ich am 17. März eine Frauentagsversammlung in Lörrach abgehalten habe. Leider war durch verspätete Bekanntmachung die Versammlung nicht gut besucht. Am Ostermontag sprach ich in einer trotz des schönen Wetters gut besuchten Versammlung in der Textilfabrikstadt Emmendingen und stellte mein Referat hauptsächlich in die Forderungen unseres internationalen Frauentags. In Freiburg hatten wir durch Anhäufung anderer Versammlungen keine besondere für Frauen angesetzt, aber ich vertrieb 100 Exemplare unserer „Frauentagskommunistin". Da die Mitgliederzahl der Frauen sich nach der Größe der Ortsgruppe richtet, ist unsere Frauengruppe nicht stark. Unsere tüchtige Genossin Niederegelt ist bedauerlicherweise schon lange leidend, und die übrigen tätigen Genossinnen haben durch die elenden Verhältnisse wenig Zeit für Parteiarbeit. Trotzdem Freiburg ein katholisches Vaterunserloch ist und die Frauenhirne mit besonderer Vorliebe von den Pfaffen bearbeitet werden, gewinnen die Kommunisten auch unter den Frauen an Sympathien und Einfluß. Unsere Versammlungen, besonders die politischen sind am besten besucht. Genossinnen, wäre es nicht möglich, auch einmal eine Genossin aus dem Preußischen Landtag hierher zu schicken?

Mit kommunistischem Gruß

Marie Moritz.

Frauenkonferenz im Bezirk Westsachsen der KPD.

Am 22. April tagte in Leipzig die Frauenkonferenz der KPD., Bezirk Westsachsen. Anwesend waren 35 Delegierte, davon 29 aus der Stadt Leipzig, die übrigen aus dem Bezirk, und 6 Gäste. Der Bezirk Chemnitz hatte 1, Dresden 2 Vertreterinnen entsandt.

Die Tagesordnung lautete:

1. Die Doppelexistenz.
2. Die Genossenschaftsfrage.
3. Organisatorisches.
4. Verschiedenes.

Genossin Sturm (Berlin) referierte über die Frage der Doppelexistenz, die nur ein Teil des Problems der Arbeitslosigkeit ist und nur mit diesem zusammen gelöst werden kann. Die anschließende sehr rege Diskussion zeigte, wie notwendig eine Aussprache darüber war. Wenn auch nicht alle Rednerinnen und Redner sich mit dem Standpunkt der Partei zu dieser Frage restlos einverstanden erklärten, so war diese Konferenz doch ein Schritt vorwärts auf dem Wege zur Klärung über die Taktik der Partei im revolutionären Kampf.

Ueber die Genossenschaften sprach Gumprich. Er stellte fest, daß die Genossenschaften ebenso wie die privaten Geschäfte ein kapitalistisches Unternehmen geworden sind. Aufgabe der Arbeiterschaft ist es, sich in den Genossenschaften so rege zu betätigen, daß die reformistischen Führer gezwungen sind, eine solche Politik zu betreiben, daß die Genossenschaften wieder das werden, was sie sein sollen: eine Waffe in der Hand der Arbeiterklasse zur Bekämpfung des Wucher- und Schiebertums, zum Kampf gegen das ganze kapitalistische Wirtschaftssystem.

Die Diskussion nahm auch zu den bevorstehenden Genossenschaftstagen und den damit zu verbindenden Frauenkonferenzen Stellung; es wurde darauf hingewiesen, wie gerade die weiblichen Mitglieder der Genossenschaften diese zur Agitation für den Klassenkampf und die Selbsthilfe des Proletariats auswerten können. Als einige unklare Auffassungen über das Wesen der Konsumgenossenschaften und unser Verhältnis zu ihnen auftauchten, da bewiesen viele Genossinnen in der sicheren und gründlichen Widerlegung solcher Irrtümer, daß sie auf den Gebieten des öffentlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens begonnen haben, immer mehr heimisch zu werden und aktiv an der allgemeinen Arbeit der Partei Anteil zu nehmen.

Der Bericht von Genossin Liddy Hempel, Leiterin der FAK. des Bezirks über die Arbeit unter den Frauen bewies, daß intensive und eifrige Arbeit geleistet und manche Erfolge erreicht wurden. Die Arbeit ist in zahlreiche Ressorts aufgeteilt, die nicht nur auf dem Papier stehen. Die Frauenversammlungen werden fast ausschließlich von den 6 Rednerinnen des Bezirks versorgt, ja darüber hinaus stehen diese Genossinnen der Partei auch in allen allgemeinen Aktionen der Partei als Rednerinnen zur Verfügung. Die Frauenabende in Groß-Leipzig behandeln entsprechend der vorgeschrittenen Schulung der Genossinnen jetzt vorwiegend allgemein politische

Fragen. Die in der öffentlichen Fürsorge tätigen Genossinnen haben durch eigene Besuche wertvolles Material über Kinderbewahranstalten, Kindergärten, Fürsorgeheime gesammelt. Der Bezirk setzt bei rund 1500 weiblichen Mitgliedern 2300 Exemplare der „Kommunistin" regelmäßig ab; bei besonderen Gelegenheiten wurde die Auflage sogar bedeutend erhöht.

Nach den Berichten der Ressortleiterinnen und aus den Unterbezirken wurde die FAK. für den Bezirk neu gewählt. Die bisherigen Mitglieder wurden bestätigt, soweit sie nicht infolge Krankheit ausschieden oder wegen unzulänglicher Erfüllung ihrer Aufgaben durch neue Genossinnen ersetzt werden mußten.

Die Konferenz nahm schließlich Stellung zur Tätigkeit unserer Genossinnen in den gewerkschaftlichen Arbeiterinnenkommissionen. Ein Antrag auf Wiederherstellung der Frauenseite in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" wurde dem Bezirksausschuß übergeben. Ein Antrag auf Herabsetzung der Beiträge für die weiblichen Parteimitglieder wurde glatt abgelehnt.

Die Konferenz sandte Grüße an die Opfer des faschistischen Blutbades in Mülheim und an die französischen und die tschechischen Genossinnen.

Alles in allem zeugte die Konferenz von Arbeitseifer, Opferfreudigkeit und von steigendem politischen Interesse und Befähigung der Genossinnen für die großen Aufgaben unserer Partei.

Mecklenburg.

Am Sonntag, den 29. April 1923, fand in Rostock ein Funktionärinnen-Kursus statt, an dem über 30 Genossinnen aus dem Bezirk Mecklenburg teilnahmen. Die Genossin Dina Schreiber (Berlin) war als Lehrerin erschienen. Sie hatte sich zur Aufgabe gemacht, den Genossinnen in der kurzen Spanne Zeit die Grundzüge des Kommunismus beizubringen. Da die meisten Genossinnen schon Sonnabend abend eingetroffen waren, konnten wir abends um 8 Uhr schon eine Konferenz abhalten, in welcher die Genossinnen über ihre Tätigkeit innerhalb der einzelnen Ortsgruppen berichteten und ihre Erfahrungen gegenseitig austauschten und die nächsten organisatorischen Aufgaben besprochen wurden.

Sonntag früh, pünktlich 9 Uhr, eröffnete die Genossin Ambs (Rostock) den Kursus. Genosse Bubler begrüßte die Versammelten im Namen der Bezirksleitung. Sodann erhielt Genossin Schreiber das Wort, die es verstand, durch leicht zu verstehende Erklärungen und leicht faßliche Fragen die Genossinnen zum Sprechen zu bringen, die bezeugten, daß die Genossinnen das Gesagte erfaßt hatten. Die Morgenstunden wurden damit ausgefüllt, den Unterschied zwischen der kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaftsordnung klarzulegen. Anschließend daran wurde der Unterschied zwischen Reform und Revolution dargelegt, der zu der Spaltung in Sozialdemokraten und Kommunisten geführt hat. Insbesondere wurde die Uebergangsform vom Kapitalismus zum Kommunismus (Diktatur oder Demokratie) eingehend besprochen.

In der Nachmittagssitzung wiederholte die Genossin Ackermann (Lübeck) in kurzer treffender Weise das am Vormittag besprochene Thema. In den weiteren Nachmittagsstunden wurde dann die Stellung der proletarischen Frau in der kapitalistischen und in der kommunistischen Gesellschaftsordnung besprochen.

Um 4 Uhr wurde der Kursus geschlossen, nachdem die Genossin Niebuhr (Grabow) die Genossinnen darauf aufmerksam gemacht, daß, was sie aus dem Kursus gelernt, im Interesse der Kommunistischen Partei durch rege Tätigkeit auszunutzen. Auch der Genosse Bubler machte die Genossinnen nochmals auf ihre Aufgaben innerhalb ihres Tätigkeitsfeldes aufmerksam. Genossin Schreiber forderte die Genossinnen auf, sich nun an Hand des Buches „Das ABC des Kommunismus" weiterzubilden, gelegentlich Beiträge an die „Kommunistin" zu senden und so das Gelernte fruchtbringend zu verwerten.

Aus der Internationale

Die Frauenkonferenz der 2. und 2½. Internationale.

Im Zusammenhang mit dem Einigungskongreß der 2. und 2½. Internationale tagte am Pfingstsonntag in Hamburg eine internationale sozialdemokratische Frauenkonferenz, die von 21 Ländern beschickt war.

Zum ersten Male seit der Vorkriegszeit, seit dem Jahre 1910, fand eine sozialdemokratische Frauenkonferenz auf internationaler Basis statt.

Sie fand statt in einer Zeit der ungeheuer gesteigerten Klassenscheidung und des schärfsten Klassenkampfes, in einer Zeit des schlimmsten Elends des Proletariats — nicht nur in den besiegten, auch in den Sieger- und neutralen Ländern —, der heftigsten Unterdrückung der Arbeiterschaft, der brutalsten Ausbeutung der Proletarier durch die Kapitalisten.

Was hätte man in einer solchen Epoche von den Delegierten der leidenden gequälten Arbeiterinnen, der überbürdeten Proletarierhausfrauen erwarten können?

Hätte die Konferenz nicht ein mächtiger, laut hinausschallender Aufruf der Empörung, der Wut, des Hasses all der geknechteten Frauen durch den Mund ihrer Delegierten sein müssen? Hätte sie nicht ein Bild zeichnen müssen von der elenden Lage der Arbeiterinnen, der proletarischen Hausfrauen, Mütter und Kinder? Hätte sie nicht fest und energisch Forderungen, politische Forderungen für die Arbeiterklasse aufstellen müssen und klar und zielbewußt die Wege angeben zur Erreichung dieser Forderungen? Hätte sie nicht aussprechen müssen, daß all diese Forderungen restlos erst in der sozialistischen Gesellschaftsordnung verwirklicht werden können, und daß der Kampf um dieses Ziel einsetzen und mit den schärfsten Mitteln fortgeführt werden muß?

Ach, nichts von alledem war auf dieser Frauenkonferenz zu hören. Es war ein Kaffeekränzchen von reformistischen Frauen, das auf den Grundton gestimmt war: Ach, wie herrlich weit haben wir's doch schon gebracht!

Immer kehrte dieser Refrain wieder in den Berichten, die den breitesten Platz auf der Konferenz einnahmen. Immer wieder konnte man den Vergleich mit der Frauenkonferenz von 1910 in Kopenhagen hören, damals, als erst ein Land (Finnland) das Frauenwahlrecht gewährte, und heute, wo nur noch in wenigen Staaten dieses Recht den Frauen nicht gegeben wurde.

Die Berichte gaben Zahlen, trockene Zahlen ohne Anschauung. Von den errungenen Rechten der Frauen wurde erzählt. Die wahre Lage der Frauen und Kinder, all das entsetzliche Elend, die Unterernährung, die Wohnungsnot mit ihren furchtbaren Folgen, die Arbeitslosigkeit — davon wurde nichts berichtet. Und als die Vertreterin der deutschen sozialdemokratischen Frauen in der Tschechoslowakei, Burok, berichtet, daß in der „demokratischen" Republik Tschechoslowakei die unumschränkte Gewalt herrsche, daß die Gesetze nicht im Parlament zur Verhandlung kommen, sondern in Ausschüssen begraben werden durch die Fünferkommission, da wird sie durch die Vorsitzende Abelheid Popp unterbrochen, die ganz streng den Rahmen dessen umgrenzt, was hier gesprochen werden dürfe: allgemeine politische Ausführungen müßten unterbleiben, die speziellen Frauenfragen sollten besprochen werden. Gustl Burok fügt sich mit ironischem Lächeln und läßt Zahlen aufmarschieren.

Politische Ausführungen sind also von der gestrengen Vorsitzenden verboten — aber merkwürdigerweise machen die Delegiertinnen von Rußland und der Ukraine (Menschewisten und Sozialrevolutionäre) späterhin lange politische Ausführungen, als sie berichten, wie „unterdrückt", wie „rechtlos" all die armen Frauen in Rußland sind, bis auf die Kommunistinnen. Diese Vertreterinnen sind die einzigen auf der Konferenz, die nicht von den erworbenen Rechten der Frauen sprechen, sondern sie klagen über das Elend in ihren Ländern, berichten von Teuerung und Arbeitslosigkeit, von Hunger und Kindersterblichkeit, Verfolgung und Einkerkerung der politischen Sünder — alles Dinge, von denen die Vertreterinnen der kapitalistischen Staaten nichts zu sagen wußten. Aber mit Pfui-Rufen begleiten sie die Berichte aus Rußland und hören andächtig und gläubig diesen infamen Lügen zu.

Der 2. Punkt der Tagesordnung: „Die Aufgaben der Frauen in der sozialistischen Arbeiterbewegung" wird in Kommissionen abgeschoben, die späterhin dem Plenum Resolutionen vorlegen — keine Referate, keine Debatten, keine Einwürfe — alles wird einstimmig geschluckt — angenommen.

1. Die Resolution zur Frage des Wahlrechts. Sie bringt nichts Neues, aber eine große Ueberschätzung des Parlaments, die auch schon in den Reden der Delegiertinnen zum Ausdruck kommt.

2. Die Resolution über Mutter- und Kinderschutz, die sich an die Parlamente wendet und von diesen Reformmaßnahmen fordert, die auf den Washingtoner Beschlüssen basieren.

Alle möglichen guten Forderungen für Mütter und Kinder werden hier aufgestellt — schade nur, daß sie auf dem Papier bleiben werden, schade nur, daß man weiß, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten der verschiedenen Länder bis jetzt nichts getan haben, um derartige Forderungen durchzuführen, schade nur, daß man weiß, daß sogar diese Abgeordneten gegen solche Forderungen gestimmt haben, weil „die Mittel nicht vorhanden sind".

Auch der Punkt „Erziehung zur Friedensgesinnung" wird in einer Kommission verhandelt, und auf dem Plenum wird nur die vorgelegte Resolution einstimmig angenommen. — Diese Annahme bedeutet fast den schwächsten Punkt der Konferenz. Es ist ein allgemeines Gewäsch von Pazifismus und Völkerversöhnung und „Frieden" für Freiheit und Gerechtigkeit — so unmarxistisch wie nur möglich. Die Resolution erzählt uns, daß unsere Kinder die Anwendung roher Gewalt aus Abscheu ablehnen müssen.

Von Holland lag ein Antrag vor, wieder alljährlich an einem bestimmten Tage einen Frauentag abzuhalten. Nicht einmal das wird zustande gebracht. Die deutschen Genossinnen sind dagegen. Sie hätten genug Gelegenheit, ihre Forderungen vorzubringen, am 1. Mai, am 9. November und am 15. August (!). Ein extra Frauentag sei überflüssig. Also wird es jedem Lande überlassen, an einem beliebigen Tage für gewisse Frauenforderungen zu demonstrieren.

Wie der Internationale Zusammenschluß in der Frage des Frauentags nicht erreicht wurde, ebensowenig kommt er zustande in einer gemeinsamen Organisation. Schon seit langen Wochen wurde als Zweck der Konferenz angegeben: Schaffung eines internationalen sozialistischen Frauenkomitees. Auch dagegen wenden sich die deutschen Genossinnen. Sie erklären, das würde eine Trennung der Arbeit zwischen Frauen und Männern bedeuten. Schließlich kommt auf Antrag der dänischen Genossin Bang ein Kompromiß zustande, daß beantragt werden soll, in das neu zu bildende internationale Büro auch eine Frau als Mitglied zu wählen, nach der ausdrücklichen Bestimmung, die besonderen Aufgaben der internationalen Frauenbewegung im Einvernehmen mit dem internationalen Büro zu erledigen. Wie die neue „Internationale" zu arbeiten gewillt ist, erkannte man daran, daß es in einem Abschnitt der Organisations-Resolution heißt:

„Den weiblichen Mitgliedern des Büros wird ein weibliches Frauenkomitee beigegeben, das ein Arbeitsprogramm vorzubereiten hat. Das Komitee soll seine Arbeit gemeinsam mit dem Internationalen Büro durchführen und sich beraten mit dem Internationalen Arbeiterinnenbund und dem Internationalen genossenschaftlichen Frauenbund, damit eine einheitliche Arbeitsgemeinschaft aller proletarischen Frauenorganisationen hergestellt werden kann."

„Aller proletarischen Frauenorganisationen" — d. h. bewußte Ausschließung der kommunistischen Frauen. Daß die Konferenz von deren Vorhandensein keine Kenntnis hatte, konnte sie nicht behaupten, denn aus mehreren Ländern, besonders der Schweiz und Tschechoslowakei, wurde bei der Berichterstattung geklagt, daß bei der Spaltung ein großer oder sogar der größte Teil der sozialdemokratischen Frauen zur Kommunistischen Partei ging.

Am besten charakterisiert wurde die Konferenz durch ein Zwischenspiel, das 5 Minuten (im buchstäblichen Sinne des Wortes) vor Schluß, 11 Uhr abends, erfolgte. Alles war schon in wilder Auflösung, die Frauen standen herum und sprachen in Einzeldiskussionen — das Präsidium konnte sich nicht über den Abstimmungsmodus einigen —, da springt ganz gegen die Geschäftsordnung eine deutsche Delegierte (Lore Agnes, Düsseldorf) vor das Rednerpult und ruft, ohne daß ihr das Wort erteilt ist, ganz aufgeregt in den Saal hinein: „Man solle doch jetzt endlich auch einmal sich mit politischen Fragen beschäftigen, z. B. über Ruhrbesetzung sprechen."

Natürlich kam es nicht mehr dazu, kein Wort hörte man weder von Ruhrbesetzung noch von Faschismus usw. Aber vielleicht haben noch mehr als diese eine Delegierte, die in letzter Stunde die Ehre des Kongresses vergeblich zu retten versuchte, brennende Scham über die kleinbürgerliche, reformistische, spielerische und unwürdige Art empfunden, in der der Kongreß geleitet wurde und zu Ende ging. Man hörte auch Urteile, wie: „Wenn Clara Zetkin den Kongreß geleitet hätte, wie früher, dann hätte er auf einem höheren Niveau gestanden."

Wir Kommunistinnen aber können aus dieser Konferenz die Lehre ziehen, daß leider die Führerinnen der sozialistischen Frauen nicht daran denken, einen ernsten revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus zu führen, daß sie nicht daran denken, eine Einheitsfront aller proletarischen Frauen zu schaffen. Wir aber sehen in diesen sozialistischen proletarischen Frauen unsere Klassengenossinnen und werden weiterhin versuchen, auf sie einzuwirken, sie von den Illusionen zu befreien, in denen die Sozialdemokratie sie gefangen hält. Wir werden versuchen, sie von dem Wege des Pazifismus und der Koalition mit der Bourgeoisie abzubringen, auf unseren zwar schwereren, aber zum Siege führenden Weg der unerbittlichen Feindschaft gegen das Kapital, den Weg des revolutionären Klassenkampfes unter der Fahne der 3. Internationale!

F. D.

Feuilleton

Bei den Post- und Telegraphenarbeitern und -arbeiterinnen in Moskau.

Von A. Maslow.

I.

Der Betriebsrat der Telegraphen- und Telephon-Apparatefabrik C. Lorenz, Berlin-Tempelhof, hatte mich vor meiner Reise nach Moskau beauftragt, die Postler und Telegraphisten Moskaus im Namen der Lorenz-Arbeiter zu begrüßen und ihnen ein Schreiben zu überbringen.

Das Moskauer Sekretariat der Kommunistischen Partei hatte für den 4. Mai eine Betriebsversammlung des Zentraltelegraphen einberufen. Zu dieser Versammlung gingen unser drei, die Genossin Ruth Fischer und ich als Vertreter der Berliner Organisation und Genosse Ernst Thälmann als Hamburger Vertreter.

Die Versammlung fand im Klubhaus der Arbeiter und Angestellten des Zentraltelegraphen statt. Dieses Klubhaus ist die Villa des früheren Teefönigs Wyssitzki, ein schönes geräumiges Gebäude mit mehreren großen Sälen, einem mit Wandgemälden und Lichthof ausgezierten Treppenflur und vielen kleineren Räumlichkeiten. Die Versammlung selbst wurde im ersten Stock abgehalten, in einem Theatersaal. Früher hatte sich der Teekönig dort etwas vorspielen lassen — heute war der Saal bis auf den letzten Platz angefüllt mit männlichen und weiblichen Postlern und Telegraphisten. Die Hälfte fast der Versammlung bestand aus Frauen. Auch viele Jugendliche waren da. Die Frauen forderten uns nach der Versammlung immer wieder dringend auf, den deutschen Arbeiterinnen doch ja genauen Bericht zu geben über alles, was wir gesehen haben — ich komme deshalb dieser Aufforderung nach. Ich komme ihr mit dem größten Vergnügen nach: denn was wir gesehen und im Kreise dieser Frauen und Männer erlebt haben, werden wir nicht vergessen.

II.

Den Vorsitz in der Versammlung führte eine Frau. Uns wurde später erzählt, daß sie eine alte Parteigenossin ist, seit 1890 in der Bewegung. Die Versammlung selbst spielte sich so ab, wie fast all die vielen Betriebsversammlungen, die wir während unseres kurzen Aufenthalts in Moskau mitgemacht haben.

Kaum daß den Anwesenden mitgeteilt wurde, daß ausländische Vertreter zu ihnen sprechen wollten, so erhob sich ein wahrer Sturm von Begrüßungen. Daß es sich dabei um keine bloße Aeußerlichkeit handelt, hat uns der Verlauf jeder einzelnen Versammlung gezeigt, wie auch das Beisammensein mit den Arbeitern nach den Versammlungen. Die russischen Arbeiter haben ein lebendiges und echtes Gefühl dafür, daß sie ein Glied des internationalen Proletariats sind, und sie begrüßen ausländische proletarische Vertreter als liebe Gäste, die ihnen Kunde bringen vom Leben und Kämpfen der Brüder jenseits der Grenze, aus den Gegenden, wo das Kapital noch nicht gestürzt ist und unumschränkt herrscht.

Was wollten die Telegraphenarbeiter und -arbeiterinnen von uns hauptsächlich hören? Sie wollten erfahren, wie es dem Ruhrproletariat geht, wie es kämpft, wann endlich die deutsche Arbeiterklasse aufstehen und die Bourgeoisie zum Teufel jagen wird.

Sie hören mit gespannter Aufmerksamkeit zu, während Genossin Ruth Fischer und Genosse Thälmann deutsch sprechen. Nur ganz wenige sind unter ihnen, die die fremde Sprache verstehen — aber die Reden langweilen sie nicht, im Gegenteil: sie lauschen aufmerksam und suchen zu erraten, was gesprochen wird, denn sie spüren, daß da von Dingen geredet wird, die ihre Angelegenheiten sind, wenn auch sie, die russischen Arbeiter, schon längst über jenen Berg gekommen sind, an dessen Fuß wir noch zaudernd stehen.

Ich bemerke, als ich die Reden übersetze, sehr gut, wie die ganze Versammlung miterlebt, was wir ihr zu sagen haben. Sie winken großmütig ab, wenn wir, beinahe schuldbewußt, ihnen sagen, sie sollen nicht glauben, es sei nur unsere Schwäche schuld daran, daß wir ihnen noch nicht nachgekommen sind. Durch Zurufe und auch durch ihre Antworten lassen sie uns wissen: wir kennen die Schwierigkeiten, die ihr in Deutschland zu überwinden habt; wir warten geduldig und kampfbereit; wir können auch warten, denn wir haben die schlimmen Jahre des höllischen Hungers und der übermenschlichen Not überstanden; es geht bei uns jetzt alles vorwärts, und wir können warten; aber wir warten, um euch, den deutschen Arbeitern, bei eurem Kampfe zu helfen, beim ersten Signal und

mit der Waffe in der Hand; und zusammen werden wir das Antlitz der Welt verändern, und dann wird auch bei uns in Rußland mit einer Handbewegung alles weggewischt werden, was auch nur so aussieht, wie kapitalistische Fratze innerhalb des Aufbaues Sowjetrußlands. Das war der Inhalt und die Stimmung aller Antwortreden in allen Versammlungen, in denen wir waren.

So auch antworteten uns die Postler. Und ihre Sprecher waren einfache Arbeiter und Arbeiterinnen, aus deren Antworten man deutlichst sah, daß sie bereits gelernt haben, „in Kontinenten zu denken".

Die Frauen antworteten noch besonders. Genosse Thälmann hatte in seiner Rede ihnen einen besonderen Abschnitt gewidmet. Sie antworteten mit der Mahnung, den deutschen Frauen mitzuteilen, daß sie endlich sich befreien mögen aus der doppelten Sklaverei, des Kapitalismus wie des „starken Geschlechts". Daß diese zweite Befreiung erst möglich ist, wenn das verfluchte System des Kapitalismus gestürzt ist, betonten die Frauen besonders. Tut das, was wir russischen Arbeiter und Bauern getan haben — und ihr werdet die Arbeit befreien und die Frau gleichberechtigt machen.

Diese Versammlung war keine arrangierte Sache: es waren zehnmal so viele Parteilose da wie Kommunisten. Aber der Geist der Versammlung war kommunistisch; denn die Kommunistische Partei führt tatsächlich ganz Rußland, und ganz Rußland weiß das und läßt sich gerne führen, denn die Führerin, die KP., hat sich das Vertrauen verdient in langen Jahren des Kampfes und der Not.

III.

Der schönere Teil der Versammlung war aber der Teil, den man in Deutschland „geselliges Beisammensein" nennen würde. Wir wurden in einen großen Saal im unteren Stock des Klubhauses geführt, wo eine große Tafel gedeckt war, an der wir und alle Arbeiter, die hineingingen, wohl an die 400 Mann, bewirtet wurden. Die Bewirtung war einfach, aber gut und reichlich und vor allem herzlich: gutes Weißbrot, gute Butter, gute Wurst, Bier und Zuckerwerk. Alles aus Eigenem, und alles angeboten mit jener Gastfreundschaft, die man vielleicht nur in Rußland kennt. Die Frauen machten sich besonders an die Genossin Fischer heran, der sie sehr vieles sagen wollten. Die Unterhaltung war da nicht ganz einfach: sie, die Telegraphistinnen, Telephonistinnen und Briefträgerinnen, konnten nicht deutsch und die Genossin Fischer nicht russisch; oder vielmehr: diese sagte immer nur, was miserabel ausgesprochen ist, otschen Karascho. Das soll heißen: sehr gut; und die guten Frauen gerieten immer wieder in Entzücken über diesen Versuch, „russisch zu sprechen".

Was wollten die Frauen? Sie wollten der deutschen Kommunistin zweierlei sagen: erstens nämlich, daß sie und ihre Rede ihnen gut gefallen hätte (sie sagten: wenn du hier bleibst, kommst du in die Moskauer Bezirksleitung); und zweitens, daß es ihnen gut gehe, so gut, daß sie wollen, es sollen alle deutschen Frauen das wissen. „Wir sind jetzt ganz und gar gleichberechtigt", sagten sie immer wieder. „Wir können überall auftreten, wir sind in jedem Sowjet, wir sind Richter, Parteifunktionäre, Betriebsdelegierte." Es war rührend, zu sehen, wie diese Frauen und vielen frischen, blühenden Mädchen immer wieder kamen, um die Genossin Ruth aufzufordern, nur ja alles ganz genau den deutschen Frauen mitzuteilen, denn sie müßten es ebenso machen. Dazwischen forderten uns die Frauen und die Männer immer wieder auf, zu essen und zu trinken; das sei auch sehr wichtig.

IV.

Es wurde auch eine Reihe Reden gehalten. Ein Tischler, der auf dem Telegraphenamt arbeitet, forderte uns auf, den deutschen Arbeitern zu sagen, daß nicht nur die Rote Armee, sondern auch alle Arbeiter bereit seien, den deutschen Proletariern mit dem Bajonett zu Hilfe zu kommen, wenn es ernst macht mit seinem Befreiungskampfe. „Und kein weißgardistisches Polen, hol's der Teufel, wird uns, wie 1920, hindern können, Euch zu helfen; wir haben gelernt!", so schloß er, unter dröhnendem Beifall aller Anwesenden. Vorher hatte er mich gefragt, wie sich die Holzarbeiter „benehmen" und freute sich wie ein Kind, als ich ihm erzählte, daß die Berliner Holzarbeiter zum Verbandstag von 14 Delegierten 13 Kommunisten gewählt haben.

Es wurden noch viele Reden gewechselt — aber außerdem erlebten wir noch etwas, was man nur in einem Lande erleben kann, wo das Proletariat noch mit der Scholle verwachsen ist und noch „Volk" ist in dem Sinne, daß es Volkssitten und Volksgebräuche besitzt.

Eine Anzahl Jugendlicher hatten angefangen zu singen. Diese Jugend ist eine andere Jugend als die in Europa: Kinder der siegreichen Revolution, sie sind selbstbewußte, kraftstrotzende, prächtige neue Menschen. Und nachdem sie mit Schwung ihre Kampfgesänge geschmettert hatten, begannen die älteren Arbeiter mit Feuer, mit Leib und Seele, mit der Hingebung, die eben nur Menschen haben können, die noch nach Erde riechen, und schon nach freier, eigener Erde riechen, alte Volkslieder zu singen. Und wenn Russen Volkslieder singen, tanzen sie auch. Der obenerwähnte Holzarbeiter tanzte mit Verve einen der russischen Tänze, bei denen das Tempo immer schneller wird und bei denen der Witz darin besteht, daß man sie zuletzt eigentlich stehend ausführt. Aber wenn man schon anfängt zu tanzen, dann kommt es auch zu einer Art Reigentänzen; und als alle das Lied von jenem Fuchs-Kaufmann sangen, der auf den Jahrmarkt fuhr und sich im Dorf mit Mädels amüsierte, da wurde die Angelegenheit von einem großen, gutgewachsenen Burschen und einer Briefträgerin (die uns zwei Tage später eine Resolution der Frauen brachte, die sie verfaßt hatte) tanzend vorgeführt und von allen Anwesenden mitgesungen, mitgetanzt und miterlebt.

Aber bei diesen Menschen lebt stets das Bewußtsein des Kampfes; einer der Genossen gebot nach dem Gesang und Tanz Stille und forderte uns auf, ja nicht zu glauben, daß sie sich nur amüsierten; sie wüßten sehr gut, was von ihnen gefordert werde und würden im Moment, wenn es gefordert wird, von Gesang und Tanz zum Kampf übergehen. Wir konnten ihnen nur mit Wehmut antworten, daß wir in Deutschland noch nicht gelernt haben uns zu freuen und nicht eher uns wirklich würden freuen können, als bis wir frei auf eigener Erde und im eigenen, freien proletarischen Lande stünden. Die wenigen Stunden, die wir bei ihnen, den frohen und freien russischen Proletariern verlebten, würden uns zum Ansporn in Deutschland sein.

Nach einem „räuberischen" Ueberfall auf Thälmann und mich — wir werden nach russischer Sitte ergriffen und unzählige Male in die Luft geschleudert — wird dröhnend die Internationale gesungen, und dann gehen wir in großem Zug aus dem Klubhaus nach dem Zentraltelegraphen; denn die Arbeiter wollen uns ihren Betrieb zeigen.

V.

Den Betrieb sehen wir uns schnell an — der Betriebsrat führt uns —, um nicht zu stören. Eigentlich wollen die Telephonistinnen, daß wir auch ihren Betrieb ansehen sollen; denn sie sind stolz auf ihren Betrieb. „Er gehört uns", sagen sie, „und niemandem anders". Wir müssen darauf verzichten, denn es ist schon spät. Der Betriebsrat hat inzwischen sein Automobil aus dem Telegraphenamt bestellt. Diese Arbeiter und ihr Betrieb haben ihr Auto, und wir fahren, nachdem wir uns noch von unzähligen Arbeitern, Arbeiterinnen und Jugendlichen verabschiedet haben, durch das abendliche Moskau nach unserer Wohnung.

Mit uns fährt ein Genosse und eine Genossin von den Telegraphisten. Sie sind sehr zufrieden mit der Versammlung. Nur die Genossin macht der Genossin Ruth Vorwürfe: „Du hast Dich ja fortwährend mit parteilosen Arbeiterinnen unterhalten!" Aber woher sollte man wissen, daß sie parteilos waren?

Eine Reihe von Resolutionen werden uns am nächsten Tage gebracht. Die eine ist einstimmig von der Versammlung angenommen worden.*) Drei stammen von den Frauen.

Möchten die deutschen Proletarierinnen bald eben so weit sein!

*) Aus Raummangel bringen wir die in dieser Versammlung angenommene Resolution in der nächsten Nummer der „Kommunistin" zum Abdruck. Die Redaktion.

Inhaltsverzeichnis: Titelbild: Der Bauch des Kapitals versperrt uns den Weg zum Brot. — Die „Schlagkraft" der Sozialdemokraten im Preuß. Landtag. — Der Sieg der Berliner kommunistischen Metallarbeiterinnen. — Mutterschaftsfürsorge in Deutschland. — Die erste genossenschaftliche Frauenkonferenz. — Wie soll das Kind genannt werden? — Aus der Organisation: An das Reichsfrauensekretariat. — Frauenkonferenz im Bezirk Westsachsen der KPD. — Mecklenburg. — Aus der Internationale: Die Frauenkonferenz der 2. und 2½. Internationale. — Feuilleton: Bei den Post- und Telegraphenarbeitern und -arbeiterinnen in Moskau.

Arbeiterinnen!

lest und verbreitet „Die Kommunistin"!

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW 48.

Die Kommunistin

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Herausgegeben vom Frauenreichssekretariat. Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin

Nr. 12 | Die Kommunistin erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Infolge der immer weiteren Geldentwertung mußte der Preis wieder erhöht werden. Einzelnummer 250,— Mark | Berlin, 15. Juni 1923 | Verlag: Friedrichstadt-Druckerei GmbH. (Abteilung Zeitschriften), Berlin SW 48, Friedrichstr. 225. — Verantwortlich für die Redaktion: Martha Arendsee, Berlin. | Jahrg. 5

Zur Internationalen Kinderwoche

vom 24. Juni bis 1. Juli.

Weberei des Kinderheims „Rosa Luxemburg" in Wjatka.

Wer hätte wohl mehr Interesse als die proletarischen Frauen und Mütter, die Kinder des Proletariats aus den Banden loszulösen, mit denen das kapitalistische System durch alle Organe und Mittel, die es für die geistige und materielle Unterdrückung der breiten Massen bereit hat, Leib und Seele auch der Kinder umklammert.

Die proletarischen Kinder sind schon längst auf dem Wege, sich selbst zu helfen. Ueberall, in Stadt und Land, schließen sie sich in Gruppen zusammen — oft sind es erst nur ihrer wenige, sie tauschen ihre Erlebnisse, die Freuden und Leiden ihres Proletarierdaseins [illegible] aus und Schule oder gar schon beim Arbeitgeber [illegible] Ausbeuter ihrer Jugend, ihrer schwachen Kräfte, aus, sie versuchen, sich über die Ursachen ihrer Nöte klar zu werden, darauf zu sinnen, wie sie sich gemeinsam dagegen wehren können. Die Größeren helfen den Kleineren, klären sie auf, sagen ihnen, was die Schule ihnen verschweigt und vorenthält. Gemeinsames Spiel, gemeinsame Wanderungen, gemeinsame

Beschäftigung und auch gemeinsame Kampfdemonstrationen halten sie zusammen. Und gerade diese Kampferlebnisse schweißen sie zusammen. Solche gemeinsame Aktionen binden besser als gemeinsames Spiel, und in ihnen werden die Kinder selbständige kleine Menschen, die wissen, was ihnen fehlt und nottut und wie sie sich helfen können. Es ist klar, je mehr ihrer dabei sind, um so gedeihlicher werden ihre Aussprachen, um so wirksamer wird ihre Selbsthilfe und ihr Protest sein in Fällen, wo es gemeinsam gegen die einem Genossen geschehene Unbill vorzugehen gilt.

Wogegen haben denn die Kinder zu kämpfen? Gegen Hunger, Kälte und körperliche Verwahrlosung, die seine Kinder bedrohen und schwächen, kämpft der Arbeiter, kämpfen die Eltern. Aber auch gegen Schule und Kirche, die Machtinstitutionen des Ausbeuterstaates, die die Kinder in ihrem verknöchernden Bann halten und sie zu gefügigen Untertanen, billigen Ausbeutungsobjekten und guten Patrioten „erziehen" möchten. In den Volksschulen ist Religion Hauptsache, und der Prügel muß helfen, die Kinder zu dressieren. Die Gesangstunde ist dazu da, patriotische Lieder zu üben. Da klingt es noch immer: „Deutschland, Deutschland über alles", „Ich hatt' einen Kameraden" und als Neuestes: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen!" Heimatskunde, Geschichte und der deutsche Unterricht vereinigen sich, um Verständnis für die immer noch „angestammten Herrscher" zu lehren, für historische „Stätten", „Denkmäler" und „Schlösser", das Lesebuch hilft dabei. Und damit auch in den Ferien für die nationalistische Verseuchung der Kinder gesorgt sei, verschickt die „Ruhrhilfe" sie aufs Land zu den reaktionären Bauern.

In diesem Augenblick, wo in der ganzen Welt die Bourgeoisie, die gesamte Reaktion sich in faschistischen Organisationen zusammenschließt, um dem wachsenden Ansturm der maßlos ausgebeuteten und hungernden Arbeiter zu begegnen, wo die Angst vor dem Gespenst der Revolution, das aus dem Osten droht, die Faschisten zu den blutigsten Gewalttaten gegen die Arbeiter treibt, werden auch alle Staatseinrichtungen, selbst da, wo die Staaten sich republikanisch nennen, von diesem faschistischen Prinzip aus gehandhabt, und mehr denn je müssen neben Justiz, Polizei und Militär auch Schule und Kirche sich zur Mithilfe bei faschistischen Aktionen und Kundgebungen hergeben. Das bedeutet eine verschärfte Gefahr auch für die Arbeiterkinder. Alle Arbeiterfrauen und Mütter müssen helfen, die Kinder des Proletariats diesen Einflüssen zu entziehen, sie müssen sie unterstützen in den Kindergruppen und den Elternbeiräten. Sie müssen sich wie sie und mit ihnen zusammenschließen, müssen ihnen helfen, eine internationale Organisation aufzubauen.

Wie das Gesamtproletariat immer mehr erkennt, daß es international gegen den internationalen Faschismus in einer mächtigen Einheitsfront zusammenstehen muß, wenn es nicht unter seiner Ferse verbluten will, müssen auch die Kindergruppen daran arbeiten, immer mehr Fühlung mit den ausländischen jungen Genossen zu bekommen. Was ein solcher internationaler Zusammenschluß für die Kinder bedeutet, haben sie selbst schon erlebt in der großen internationalen Hilfsaktion des Proletariats für das hungernde Rußland, an der sie sich mit ganzem Herzen, mit allen ihren kindlichen Kräften und ihrem helfenden Eifer beteiligt haben durch ihre Sammlungen, ihre Arbeiten für die hungernden Kinder, durch Veranstaltungen und durch eine Korrespondenz mit den Kindern der russischen Heime, die immer mehr zu einem lebhaften Gedankenaustausch über ihr Leben, ihr Lernen, ihre Arbeit, ihr Spiel und ihren Kampf geworden ist, den Kampf der Arbeiter gegen die Ausbeuter, der in Sowjetrußland dem Leben der Kinder schon eine neue Wendung durch seinen siegreichen Ausgang gegeben hat. Es gibt für sie keine Schulreaktion, keine Prügelstrafe mehr. Von diesem Kampf zu hören und zu wissen, ist für die Kinder der westlichen Länder bedeutungsvoll geworden, es hat ihnen das große Ziel des Befreiungskampfes der Arbeiter so lebendig vor Augen gerückt, hat ihnen Mut zu ihren selbständigen Aktionen, zu ihrem Kampf im kleinen mit ihren kindlichen Mitteln gegen große Mächte, der doch nicht zu unterschätzende Folgen für sie hat, gegeben. Das Gefühl lebendiger internationaler Solidarität ist auch in den Kindern durch diese erste internationale Aktion, die sich in der Hungerhilfe ausgewirkt hat, geweckt worden.

In einzelnen Fällen haben die Kindergruppen auch der westlichen Länder ihren Kampf gegen die Schulreaktion erfolgreich geführt mit einzelnen Protestaktionen gegen prügelnde Lehrer und andere Mißstände der Schulen, und allgemein mit Flugblättern gegen die Prügelstrafe und mit einer allgemeinen Schulkampfwoche. Alle Erfahrungen, die in solchen Aktionen gewonnen werden, müssen international ausgetauscht und schließlich international durchgeführt werden, immer mehr muß das Interesse und das Gefühl auf die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes hingelenkt und gefördert werden. Es ist die Sache der Frauen und Mütter, ihre Kinder in diesem Sinne zu beeinflussen, und nicht nur das, sie müssen selbst aktiv werden, keine Mutter darf den Elternbeiräten fernbleiben und auch in den Gruppen selbst müssen die Frauen den Kindern helfen, die reaktionäre Lehrerschaft zu bedrängen, alle älteren Genossen aufzurufen, Indifferente zu beeinflussen. Möglichst viele Kinder müssen herangezogen werden, damit sie im Geiste des revolutionären Proletariats beeinflußt werden können. Die Internationale Kinderwoche gilt der Propaganda für die Kindergruppen, und überall müssen die Frauen die Kinder in ihren Veranstaltungen und Aktionen unterstützen.

G. G. L.

Proletarische Solidarität.

Die Helden der Revolution dürfen vom Proletariat nie vergessen werden. Sie kämpften für sie und starben für sie, sie nährten mit ihrem Herzblut die Flamme der Empörung und gingen für sie in die Gefängnisse und Zuchthäuser. Und während sie von einer brutalen und grausamen Justiz um Wochen und Wochen, Jahre um Jahre ihres schon so armseligen Lebens beraubt werden, leiden ihre Frauen und Kinder die bitterste Not.

Die amerikanischen Kommunisten haben dem Ruf der „Roten Hilfe", ihr bei dem schweren Werk der Unterstützung der Frauen und Kinder der gefangenen und erschlagenen Revolutionäre zu helfen, mit einem schönen Beweis proletarischer Solidarität beantwortet. Durch das Ergebnis einer von ihnen veranstalteten Sammlung war es möglich, den bei der „Roten Hilfe" registrierten Kindern unserer Kämpfer eine besondere Unterstützung zu gewähren, indem man jedem Kind die notwendigsten Bekleidungsstücke: ein Kleid oder einen Anzug und ein Paar Stiefel, 2 Paar Strümpfe, 2 Hemden und Unterwäsche kaufte. Jeder solchen Sendung wurde ein Gruß der amerikanischen Arbeiter beigelegt, der von dem tiefem Solidaritätsempfinden unserer amerikanischen Genossen beredtes Zeugnis ablegt und den wir hier folgen lassen:

„Liebe Kinder!

Die kommunistischen Arbeiter Amerikas haben davon gehört, wie tapfer und opferbereit Eure Väter für die Sache der Arbeiterklasse gekämpft haben. Sie erfuhren, wie Eure Väter ihre Freiheit und ihr Leben eingesetzt haben, damit es allen Armen und Unterdrückten künftig besser gehen möge. Solch ein mutiges Verhalten steht auch bei den kommunistischen Arbeitern im fernen Amerika in hohem Ansehen und sie fühlten das Bedürfnis, Euch, den Kindern solcher Väter zu helfen und zu erfreuen.

Ihr habt gewiß schon das Wort Solidarität gehört. Seht, das ist nun der tiefe Sinn dieses Wortes: Eure Väter kämpfen für uns, für die deutschen, die amerikanischen Proletarier, ja für die Proletarier der ganzen Welt. Nun helfen wir fremden Proletarier, die wir Euch nie in unserem Leben gesehen haben, Euch und danken damit Euren Vätern für ihren Opfermut. Alle für einen und einer für alle — nur wenn wir so handeln, erreichen wir es, daß es Euch, wie den Arbeiterkindern in der ganzen Welt besser geht, daß Eure Väter nicht mehr ins Gefängnis geworfen werden, oder gar ermordet werden, daß Not und Unrecht verschwinden und daß es uns allen Spaß macht, zu leben und ein Mensch zu sein.

In diesem Sinne grüßen Euch
die kommunistischen Arbeiter Amerikas."

*

Diese Proletarierkinder haben auf das Geschenk der amerikanischen Brüder durch eigene oder durch die Briefe ihrer Mütter geantwortet. Wir bringen hier einige von ihnen:

Die vier Kinder des Genossen A. in Neiße, der sich noch hinter Gefängnismauern befindet, schreiben:

„Kommunistische Arbeiter Amerikas!

Wir Kinder eines deutschen Kommunisten, der für die Befreiung der deutschen Arbeiter seine Freiheit verloren hat und ins Gefängnis gesteckt wurde, haben uns über die Spenden, welche Ihr, werte Genossen unseres Vaters, in Amerika gesammelt habt, sehr gefreut. Wir danken Euch vielmals für die Sachen und für die Solidarität, die Ihr an den Kindern Eurer wackeren deutschen Genossen gezeigt habt. Auch wir werden einst mutig in die Fußstapfen unseres Vaters treten und hoffen, daß uns einst bessere Zeiten beschieden sind.

In diesem Sinne dankt und grüßt Euch die kommunistische Jugend Deutschlands.

Rudolf A. August A. Maria A. Grete A."

*

Eine Genossin, Frau K. aus Hettstedt, deren Mann ebenfalls für die Befreiung der Arbeiterklasse gefallen ist und die vier Kinder hat, sendet folgenden Brief:

„Werte Genossen! Die Freude der Kinder kann ich Ihnen in Worten gar nicht beschreiben. Wie ich sie am Sonntag alle angezogen habe, da guckten die Verräter, die ihren Vater verraten haben, wo das alles auf einmal hergekommen ist; alle vier neue Sachen und neue Schuhe, sie dachten, wir haben eingebrochen. Als eine an unserem Hause vorbeiging, sagte sie: „Ehrlich währt am längsten." Sie denken, wir haben alles gestohlen.

Nun werte Genossen, noch meinen herzlichen Dank für Ihre Bemühungen, die Kinder waren alle wie neu geboren. Die Kinder bedanken sich auch alle viel tausendmal.

Mit kommunistischem Gruß verbleibe ich Ihre treue Genossin und werde meine Kinder stets im kommunistischen Sinne zu erziehen wissen. Familie K., Hettstedt."

*

„Werte Genossen! Mit großem Jubel sind die Geschenke von meinen sechs Kindern empfangen worden, kann man doch seit Jahren ein neues Kleidungsstück fast gar nicht mehr erschwingen. Wie groß die Freude der Kinder deshalb war, als sie so reichlich beschenkt wurden, läßt sich wohl verstehen. Wir bitten Euch, unseren amerikanischen Genossen unseren herzlichen Dank auszusprechen und auch Euch Genossen danken wir für Eure Mühe und Arbeit.

Mit kommunistischem Gruß E. N., Hirschberg.

*

„Werte Genossen! Ich erhielt das schöne Paket mit den herrlichen Sachen für meine Kinder. Die Freude für mich und meine lieben Kinder ist nicht in Worten auszudrücken. Unser Vater, welcher schon so lange ruht, hätte nur die strahlenden Gesichter seiner 6 Kinder, von denen er nur 5 kennt, sehen müssen und wie treu seine Genossen für uns sorgen und uns unterstützen. Werte Genossen, groß ist mein Dank für Sie alle sowie die Arbeiterschaft in Amerika. Als Dank können Sie gewiß sein, daß auch meine Kinder, wenn sie groß und vernünftig sind, kämpfen wie ihr Vater für Recht und Freiheit.

Nochmals für alle Genossen vielen Dank und kommunistischen Gruß Frau des in den Märzkämpfen 1921 gefallenen Genossen C. in A."

*

„Werte Genossen! Habe das Paket mit herzlichem Dank empfangen. Die Freude war sehr groß, hauptsächlich die der Kinder. Ich habe ihnen auch alles erklärt, warum dies geschieht und daß es noch sehr gute Menschen gibt. Die Kinder verstehen ja doch noch nicht, was es heißt, Solidarität, aber man kann es ihnen erklären, und wenn sie später mal groß sind, dann werden sie auch verstehen lernen, wie schwer ein armer Mensch zu kämpfen hat, um sein Auskommen zu haben, denn jetzt heißt es die Ohren steif halten, sonst ist man verloren.

Will meinen herzlichen Dank aussenden nach Amerika, da die Arbeiter auch dort fühlen, wie schlecht es um die Arbeiterschaft in Deutschland steht. Vielen Dank für das, was die Genossen an uns getan haben.

Mit kommunistischem Gruß
Frau Ida R., Bornstedt.

*

Der Genosse F. B. aus Helbra, der zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt war, kam gerade aus dem Zuchthaus, als das Paket mit Kleidungsstücken eintraf:

„Werte Genossen! Am 19. Mai 1923 kam ich nach fast zweijähriger Abwesenheit wieder zu meiner Familie und größer wurde noch die Freude, denn es waren zur selbigen Zeit die von Amerika gespendeten Liebesgaben eingelaufen. Es läßt einem noch einmal so aufleben, wenn man sieht, daß auch während der Abwesenheit gesorgt wird und somit die noch schmachtenden Genossen nicht vergessen werden, denn Ihr könnt es nicht fassen, wie pessimistisch die noch hinter Mauern Sitzenden geworden sind.

Mit kommunistischem Gruß F. B."

Viel Freude und Hoffnung konnte durch die Hilfe der amerikanischen Arbeiter in den Herzen der kleinen Kinder und niedergedrückten Frauen erweckt werden. Der Begriff der proletarischen Solidarität wird geweckt in jungen Jahren bei den Nachkommen der Helden der proletarischen Revolution. Aber trotzdem — noch ist nicht genug getan für die Hinterbliebenen, für die Befreiung der Gefangenen. Große Aufgaben sind noch gestellt an die Rote Hilfe, Aufgaben, die nur gelöst werden können, wenn die Sammlungen fortgesetzt und intensiver gestaltet werden.

Gewiß, die Lage der Arbeiterschaft ist miserabel, Not und Elend steigen ununterbrochen, aber die Gefangenen und ihre Frauen und Kinder, sie leiden für die gesamte Arbeiterschaft, sind Fleisch und Blut der Besten des Proletariats. Sie dürfen nicht verhungern. Sammelt deshalb Alle, Alle für die Rote Hilfe.

Deutsche Kommunistinnen im Kampf gegen den französischen Militarismus.

Das Kriegsgericht der „friedlichen Ingenieure" in Werden verurteilte die Genossinnen Schulz und Melch zu je 3 Monaten Gefängnis wegen antimilitaristischer Flugblattpropaganda.

So unbedeutend diese kurze Meldung unter der großen Zahl der täglichen Berichte von dem schweren Kampf der Ruhrarbeiter gegen den französischen und deutschen Kapitalismus erscheinen mag, so ist sie für uns doch wieder einmal der große Beweis dafür, wie unsere Genossinnen bis in die kleinste Funktion hinein als Kämpferinnen ihre Pflicht erfüllen können. Und sie werden dies wieder und immer wieder tun, trotz aller Verfolgungen und Strafen des französischen Militarismus, der mit seiner Brutalität auch nicht Halt macht vor wehrlosen Frauen.

In diesem Sinne grüßen wir unsere beiden tapferen Kameradinnen!

Das Lied der Befreiung.

Allein sein und frei sein,
Allein sein und froh sein
Sollst Du, Weib!
Mit Tausenden Ketten ans Leben Dich schmieden,
Mit Tausenden Menschen verbinden Dein Los.
Doch nimmer mit einem, doch nimmer Dich beugen!
Behalte die Steuer in eigener Hand.

Kannst Liebe verschenken, sollst Liebe genießen,
Doch keinem gestatten er tritt Dich mit Füßen.
Allein sein und frei sein,
Allein sein und schaffen
Sollst Du Weib!

Du brauchst keinen Herrscher, Beschützer und Ritter,
Kannst selber Beschützer und Führer sein.
Allein sein und froh sein,
Allein sein und schaffen
Sollst Du Weib!

Vorbei sind die Zeiten,
Wo schwache Gestalten
Sich schmiegten als Zuflucht
An männliche Brust.
Im Lärm der Maschinen,
In großen Betrieben,
Im Felde, am Pulte
Erstarkt ist das Weib.
Hinweg mit dem Alten,
Hinweg mit der Enge.
Das Leben ist weiter
Als Küche, Wiege, Bett,
Das Leben ist Roß,
Und wir sind die Reiter:
Seid kühne, sichere Reiterslent!

Sophie A.

Wie die Dithmarscher Frauen ihre streikenden Männer unterstützten.

An der Westküste von Schleswig-Holstein liegt die Marsch, eine reiche und fruchtbare Gegend, fruchtbar der Boden und reich die Menschen. Aber welche Menschen sind reich? Vielleicht der Arbeiter? O nein, der ist hier noch ärmer als in anderen Gegenden Schleswig-Holsteins, und die Ausbeutung der Frauen und Kinder gleicht der bei den ostelbischen Junkern. Aber der Dithmarscher Großbauer ist reich, so reich, daß ein Auto nicht mehr genügt, sondern jedes Kind besitzt ein Auto, um in die Schule zu fahren. Die elegantesten Luxusautos sind für diese Großbauern immer noch billig.

In den Orten wie Wilster, St. Margaretenburg, Meldorf, Wesselburen und Heide sind nach dem Kriege die Villen wie Pilze aus der Erde geschossen; denn jetzt wohnt man doch nicht mehr auf dem Bauernhof, sondern der Großbauer baut sich in der nächstliegenden Stadt an. Hier sieht man die Autos in Garagen stehen und herrlich angelegte Gärten, kurzum, Reichtum und Wohlleben des Dithmarscher Kohlbauern. Ja, der Großbauer versteht es, sein Geld in Sachwerten anzulegen, sich Reichtümer zu schaffen und trotz der schlechten Valuta besser zu leben und zu genießen als vor dem Kriege. Und der Arbeiter? In kleinen, elenden Hütten, einstöckig, niedrig, die Fußböden aus Lehm oder Steinen, tief ausgetreten, offene Herde, Schweineställe, Aborte und Misthaufen in der nächsten Nähe der Wohnung: so wohnen oft 6, 8 und 10 Personen zusammen, hungern und frieren. Der Vater meist arbeitslos oder der Lohn so niedrig, daß er statt für sieben Tage nur für einen reicht. So will es der Landarbeitertarif des SPD.-Bürokraten Hansen (Kiel), durch den die Arbeiter direkt zur Sklaverei verdammt sind.

Aus diesem Gegensatz zwischen der grenzenlosesten Armut und Entrechtung und dazu infamer Behandlung auf der anderen Seite, und dem immer größer werdenden Reichtum der Großbauern andererseits, wuchs die Empörung und Auflehnung der Dithmarscher Landarbeiter. Sie beschlossen, zu streiken. Sie wollten kämpfen, kämpfen mit der einzigen Waffe, die ihnen zur Verfügung stand. Aber der Mann aus Kiel wollte von so etwas nichts wissen, und dann mußten doch auch noch um Gotteswillen die Dithmarscher Kohlköpfe gefragt werden, — aber die Arbeiter streikten doch. Und wie haben sie gestreikt!!

In Wesselburen wurde eine Streikleitung gewählt, und alle stellten sich ihr bereitwillig zur Verfügung. Man ging auf alle Höfe, und in aller Ruhe wurde dort den Arbeitern und Arbeiterinnen klargelegt, um was es sich handelte. Und was taten die Frauen? Während die Männer in alle umliegenden Dörfer gingen, bauten die Frauen unter freiem Himmel Herde auf und kochten das Essen. Alle Frauen, deren Männer im Streik standen, trugen Lebensmittel zusammen, wie Kartoffeln, Erbsen, Bohnen, Sauerkraut, Salz, Brot, auch Teller, Löffel, Feuerung, kurzum alles, was zu solch einer Mahlzeit für so viele gehörte. Kehrten dann die Männer zurück, dann wurden sie von den freundlichen Gesichtern der Frauen empfangen, die ihnen das gute und reichliche Essen reichten. Nicht nur allein die Streikenden aßen, sondern Kinder, Greise und sonst noch Bedürftige wurden gespeist. Das war wahrhaft proletarische Solidarität! Auch die Wäsche wurde so in gemeinsamer Arbeit gewaschen. Durch diese Unterstützung und Ausdauer, mit der die Landarbeiterfrauen von Wesselburen ihren Männern in ihrem schweren Kampf zur Seite standen, haben die Landarbeiter den Streik gewonnen und eine 100prozentige Lohnerhöhung durchgesetzt.

Und wenn man jetzt zu den Frauen kommt, so ist es eine Freude, sich mit ihnen zu unterhalten. Diese einfachen Landarbeiterfrauen sind durchdrungen von der Idee des Kommunismus und warten nur auf den Moment, wo die letzte Schlacht geschlagen werden soll. Dann werden sie wieder auf ihrem Posten stehen und werden abrechnen mit denen, die ihre Villen und Bauernhöfe vollstopfen mit den Gütern, die die Arbeiterinnen und Arbeiter im Schweiße ihres Angesichtes schufen.

Auch in Heide und Meldorf bestehen seit einiger Zeit Frauenaruppen, die gleich denen in Wesselburen geeint and gefestigt sind. Es geht vorwärts in Schleswig-Holstein, dem großen Ziel der Befreiung entgegen! A. C.

Die Verschlechterung der Reichswochenhilfe und die russische Sozialversicherung.

Von Josef Engel (Moskau).

Der Angriff des Kapitals, der im Weltmaßstabe überall zu fühlen ist, läßt seine Wirkungen auf jedem Gebiet des politischen und wirtschaftlichen Lebens der kapitalistischen Länder fühlen. Ueberall die Verminderung der Arbeitslöhne, überall das Aufbürden der Lasten auf die Schultern der Arbeiterklasse. Eine Erscheinung dieser allgemeinen Tendenz ist der neue deutsche Gesetzentwurf, der auf Kosten der Arbeiter die Krankenkassen leistungsfähiger machen will. Es ist gewiß, daß die deutschen Versicherungsleistungen unbedingt verbessert werden müssen, da die Unterstützungen, die jetzt der deutsche Arbeiter, besonders die deutsche Arbeiterin bei ihrer Niederkunft, bekommt, lächerlich gering sind. Andererseits aber muß das deutsche Proletariat aus vollen Kräften dagegen kämpfen, daß die Bourgeoisie die Kosten der Verbesserung der Leistungen auf seine Schultern abwälzt. Auch die revolutionäre Arbeiterbewegung muß sich mit den einzelnen Fragen des täglichen Lebens beschäftigen, und sie kann diese Tagesfragen in der Beleuchtung der revolutionären marxistischen Auffassung immer so darstellen, daß der Kampf um diese Tagesprobleme zu einem wirklichen Klassenkampf emporwächst. In dieser Hinsicht kann die deutsche Arbeiterschaft sehr viel von der russischen revolutionären Arbeiterbewegung der Friedenszeit lernen.

Die Forderungen, die das russische Proletariat schon während seines Kampfes gegen das Kapital unter der Zarenherrschaft aufstellte, wurden zu einer Grundlage des Programms der Sozialversicherung während der späteren Revolution. Die russische Arbeiterschaft stellte unter anderem den zaristischen Versicherungswesen die folgenden Forderungen entgegen: 1. Alle Beitragslasten der Sozialversicherung sind den Unternehmern aufzubürden. 2. Die Verwaltung der Krankenkassen wird ausschließlich in die Hände der Versicherten niedergelegt. 3. Bei Arbeitsunfähigkeit soll der Versicherte als Unterstützung seinen vollen Arbeitslohn bekommen.

All diese Forderungen hat die spätere russische Revolution verwirklicht. In Sowjetrußland zahlt der Arbeiter keine Versicherungsbeiträge, die Krankenkassen werden ausschließlich durch seine gewählten Vertreter verwaltet und er bekommt als Unterstützung seinen vollen Arbeitslohn. Und dies ist keine Phrase, keine nur auf dem Papier gelassene Deklaration, sondern lebendige Wahrheit. Die Krankenkassen funktionieren tadellos, die Unterstützungen werden einfach und rasch ausgezahlt.

Unter welchen Verhältnissen befindet sich jetzt die deutsche Sozialversicherung, worauf die deutsche Bourgeoisie immer so stolz war und die immer als das vollkommenste Werk der Bismarckschen Sozialpolitik bezeichnet wurde?

Wir wollen uns diesmal nur mit der Lage der Wochenhilfe beschäftigen, die einerseits für die Leser der „Kommunistin" ein besonderes Interesse hat, andererseits jetzt durch den Gesetzentwurf, der die derzeitigen geringen deutschen Fürsorgeeinrichtungen und die Reichswochenhilfe abzubauen sucht, eine besondere Aktualität bekam.

Der deutschen Wöchnerin werden als einmalige Beihilfe bei Entbindung 10 000 Papiermark (nicht einmal eine Goldmark), als Wochengeld der lächerlich geringe Betrag von mindestens 120 Mark täglich, für Familienangehörige von Versicherten und nichtversicherungspflichtige Minderbemittelte 100 Mark, als Stillgeld der Mindestsatz von 300 Mark, für Familienangehörige von Versicherten und nichtversicherte Minderbemittelte 240 Mark täglich ausgezahlt. Bei dem jetzigen niedrigen Kurs der Papiermark kann man annehmen, daß die deutsche Wöchnerin von ihrer Sozialversicherung durchschnittlich monatlich den lächerlichen Betrag von 3 bis 4 Goldmark bekommt, falls sie selbständig nicht versichert ist. Dabei bekommt sie das Wochengeld nur für 10 Wochen. Und jetzt will man den Anspruch auf diese elende Wochenhilfe noch weiter einschränken!

Was bekommt dagegen die russische Wöchnerin von ihrer Sozialversicherung? Sie bekommt: 1. ärztliche Behandlung, Beihilfe durch Hebamme, Arznei und Heilmittel und 2., wenn sie selbständig versichert ist, als Wochengeld ihren vollen Arbeitslohn für die Dauer von 16 Wochen, wenn sie körperliche, und von 12 Wochen, wenn sie eine geistige Arbeit leistet. (Die Reallöhne sind jetzt in Rußland höher als in Deutschland!) 3. Als einmalige Beihilfe bekommt sie, unabhängig davon, ob sie selbst versichert

oder nur Angehörige eines Versicherten ist, den vollen monatlichen ortsüblichen Arbeitslohn, der amtlich viel niedriger ist, als er in der Wirklichkeit festgestellt wurde, jedoch für März 1923 176 Papierrubel (ungefähr 8 Goldrubel, das heißt 16 Goldmark oder 4 Dollar) ausmachte. 4. Als Stillgeld bekommt eine jede Versicherte und Angehörige eines Versicherten durch 9 Monate von Geburt an monatlich den vierten Teil dieses Betrages, d. h., derzeit 2 Goldrubel = 4 Goldmark = 1 Dollar.

Das russische Proletariat verstand es, während der kurzen Zeit seit der Schaffung einer Sozialversicherung (sie wurde am Ende 1921 neu organisiert) ein gutes Unterstützungssystem auszubauen, ohne den Arbeitern nur einen Pfennig Beitragslast aufzubürden. Hingegen kann die deutsche Sozialversicherung mit ihrer großen Vergangenheit und weit ausgebautem Apparat nicht existieren. Gewiß muß man für die deutsche Sozialversicherung größere Mittel einbeziehen. Aber diese Mittel dürfen nicht aus der Tasche der deutschen Arbeiterklasse, die nicht nur von ihrer eigenen, sondern auch von der ausländischen Bourgeoisie ausgebeutet wird, aufgebracht werden. Die deutsche Bourgeoisie, die während des Krieges ausgezeichnete Geschäfte machte, die die Hochkonjunktur nach dem Kriege ausnützte und jetzt vielleicht noch besser als in Friedenszeit lebt, muß dafür herangezogen werden. Die deutsche revolutionäre Arbeiterschaft muß eine größere Aufmerksamkeit dafür haben, sie muß aus vollen Kräften gegen die beabsichtigte Erhöhung der Beitragslasten der Arbeiter, die bisher schon zwei Drittel der Beiträge gezahlt haben, kämpfen. Auch bis dahin, bis die deutsche Arbeiterschaft die Staatsmacht in ihre Hände bekommt, sollten als Losungen gelten: Nieder mit der Offensive des Kapitals und dem Abbau der Sozialversicherung! Versicherung auf Kosten der Arbeitgeber! Unterstützungen im Werte des vollen Arbeitslohnes für die ganze Krankheitsdauer!

Was Kontrollausschüsse leisten können.

Brief auf Thüringen.

Liebe Genossinnen!

Ihr wißt, daß am 13. Mai die erste Konferenz der Kontrollausschüsse Groß-Thüringens stattgefunden hat. Im lieblichen Thüringen, dem Lande der Heimarbeit und des großen Kinderelends haben die Proletarierfrauen, von Not und Verzweiflung auf die Straße, in die Versammlungen getrieben, den ersten Schritt zur Selbsthilfe getan. Aus den Reihen der Mütter und Hausfrauen haben sie sich eigene Kampforgane, die Kontrollausschüsse, geschaffen, die seit Monaten Schritt für Schritt, in zäher unermüdlicher Ausdauer, aller Sabotage und Schikane der Polizei zum Trotz, die bürgerliche Presse und die Gesetze gegen sich, keine Gelegenheit verabsäumt, keine Möglichkeit unausgenützt gelassen haben. Ueberall, wo es nötig war, sind sie auf dem Plan erschienen und haben durch aktive Arbeit und Hilfe ihre Anerkennung bei der Bevölkerung erkämpft.

Was haben nun die Thüringer Kontrollausschüsse geleistet? Nicht nur, daß sie in zahllosen Fällen auf den Märkten die Herabsetzung der Preise für Lebensmittel, Milch, Bekleidungsgegenstände erzwangen, sondern sie unterstützten durch praktisches Eingreifen den schweren wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter. In Jena ist es den Frauen gelungen, Lohnerhöhungen durchzusetzen, in Gotha haben sie mit den Unternehmern für die Forderungen ihrer Männer verhandelt, in Zella-Mehlis hat sich die erste weibliche proletarische Hundertschaft gebildet.

Einige bemerkenswerte Beispiele aus den Berichten, die auf der Erfurter Konferenz gegeben wurden, wo die Kontrollausschüsse gegen Preiswucher einschreiten mußten:

In Erfurt arbeitet der K.-A. ohne Anerkennung der Behörden. Die Tätigkeit des Kontroll-Ausschusses auf dem Wochenmarkt bietet ein interessantes Bild. In sehr vielen Fällen ist es ihm gelungen, Preise z. B. für Salat, Spinat, Kartoffeln, Eier u. dergl. herabzusetzen, ja in einem Falle wurde Butter, die schon an Zwischenhändler verkauft war, wieder zurückgeholt und mußte dann zu herabgesetzten Preise direkt an die einkaufenden Hausfrauen abgegeben werden. Es muß betont werden, daß die Wucherpolizei in Erfurt großartig mit dem Kontrollausschuß Hand in Hand arbeitet, trotzdem von gegnerischer Seite der K.-A. als kommunistische Mache verschrien ist und in unseren K.-A. eine parteilose Frau ist, die besser arbeitet als die Kriminalpolizei.

Ein anderer Fall: In Zella-Mehlis arbeiten die Frauen sehr gut bei der Milchkontrolle. Sie haben es fertiggebracht, die Milchbelieferung zu zentralisieren. Wohl waren die Milchhändler damit nicht einverstanden. Als sie aber sahen, daß der K.-A. mit Hilfe der Polizei die Milch von der Bahn abholte, fügten sie sich doch, und viele Arbeiterfrauen begannen die Tätigkeit der K. A.

Am 24. Februar demonstrierten die Suhler Frauen für die Anerkennung des K.-A. Dabei wurde ein SPD.-Führer, der sich zuvor in einer Preisprüfungs-Sitzung mehr um das Wohl und Wehe der Bürgerlichen, als um das Wohl der Arbeiter kümmerte, zur Rechenschaft gezogen. Als nun die Frauen diesem seinen Arbeitervertreter ihre Forderungen klarlegten, ihnen die Not und das Elend der Massen schilderten, da wurden sie aus dem Hause mit glühender Asche und Wasser begossen. Die empörten Frauen holten ihn heraus, doch er entwischte ihnen wieder. Die Frauen gingen dann zum Bürgermeister, und noch an demselben Tage wurde der K.-A. von der Behörde in den Zeitungen amtlich anerkannt und konnte nun seine Tätigkeit aufnehmen. Der SPD.-Mann ist nun zum Kadi gelaufen, und so haben sich die Suhler Frauen vor dem Schwurgericht in Meiningen wegen Landfriedensbruch zu verantworten. Sie werden sich aber auch durch diese Verfolgungen in ihrer gerechten Sache nicht einmutigen lassen.

Erst wenn die K.-A. ihre großen politischen Aufgaben erfüllt haben, die Einheitsfront aller Werktätigen aufrichten, dann werden sie das werden, das sie sein sollen: die Organe der proletarischen Klasse im Kampf um seine Befreiung!

Mit kommunistischem Gruß

f. A. des Landesausschusses der Thüringer Betriebsräte:
Alwine Weidenmüller, Erfurt.

Wer liest die „Kommunistin?" Und wer soll sie lesen?

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat nach den Abrechnungen vor der Jahreswende 25 796 weibliche Mitglieder. Die Auflage der „Kommunistin" betrug für die erste Januarnummer 24 754 und sank bis Anfang Mai bis auf unter 20 000. Der Vergleich dieser Zahlen fällt nicht gerade zur Ehre unserer Organisation aus. Er besagt zunächst, daß längst nicht alle Parteigenossinnen die „Kommunistin" beziehen. Die Zahl dieser Nichtleserinnen ist natürlich weit höher als der Unterschied zwischen der Zahl der Mitglieder und der der Auflage. Denn ein beträchtlicher Teil der Auflage wird ja an Nichtmitglieder, Sympathisierende und Indifferente abgesetzt. Wäre die Parteiorganisation überall straff durchgebildet, so müßte die Auflage der „Kommunistin" mindestens das Doppelte der weiblichen Mitgliederzahl, also 50 000 betragen. Diese Forderung ist um so dringender, als die Partei seit mehr als Jahresfrist große finanzielle Schwierigkeiten bei der Herausgabe der Frauenzeitschrift hat, so daß nur der lebhafteste Vertrieb die „Kommunistin" vor ihrem Eingehen über kurz oder lang retten kann.

Wie läßt sich dies Ziel erreichen? Erstens muß unbedingt durchgesetzt werden, daß alle weiblichen Parteimitglieder die „Kommunistin" beziehen. Zweitens muß der Vertrieb der „Kommunistin" in Gewerkschaften und Betrieben, in Versammlungen und Hausagitation unter den Proletarierinnen außerhalb der Reihen der Partei viel planmäßiger und eifriger gehandhabt werden als bisher. In beiden Fällen liegt das bisherige Versagen nicht nur an den Bezirks- und Ortsleitungen, sondern jedes einfache Parteimitglied, ob Mann oder Frau, trägt mit die Verantwortung hierfür.

Diejenigen weiblichen Mitglieder, die die „Kommunistin" nicht lesen, tun dies zur Hauptsache aus folgenden Gründen: Entweder sie interessieren sich nicht dafür, d. h. sie sind nur papierne Mitglieder, keine aktiven Parteisoldaten, die für ihre tägliche Agitation das Material in der „Kommunistin" gar nicht entbehren können. Alle Redereien von den unerschwinglichen Kosten der „Kommunistin" sind in den allermeisten Fällen nur ein Deckmantel für Gleichgültigkeit und Passivität. Hier gilt es für die Partei, insbesondere für die tätigen Genossinnen, die passiven Mitglieder zu aktiven zu erziehen. Ermahnungen und Aufklärung in allen Parteiveranstaltungen, Hausagitation bei den hartnäckigen Parteimitgliedern, die sich überhaupt in der Partei nie blicken lassen, sind die wirksamsten Mittel zur Gewinnung dieser Sorte Mitglieder zum Lesen der „Kommunistin".

Die andere Gruppe umfaßt jene Parteigenossinnen, die — so unglaublich es scheinen mag — von der Existenz der „Kommunistin" nichts wissen, oder aber zu wenig Initiative und Energie besitzen und zu unbeholfen sind, die „Kommunistin" für ihre Ortsarbeit zu beschaffen. Das trifft vorwiegend für die in den vielen kleinen Ortsgruppen verstreuten Genossinnen

zu, die in ihrer Gesamtheit dennoch stark ins Gewicht fallen. Ein Beispiel: Im Bezirk Württemberg gibt es nach dem Aprilbericht 145 Ortsgruppen mit insgesamt 751 weiblichen Mitgliedern. Von diesen entfallen 590 auf 9 Ortsgruppen mit mehr als 10 weiblichen Mitgliedern, darunter 409 allein auf Stuttgart, während die übrigen 161 Genossinnen sich auf 136 Ortsgruppen mit weniger als 10 weiblichen Mitgliedern verteilen. Die FAK. jedes Bezirkes sollte sich ernstlich darum kümmern, daß alle auch noch so kleinen Ortsgruppen ebenfalls ihre paar Exemplare der „Kommunistin" bekommen. Es ist dazu nicht notwendig, daß die „Kommunistin" überall obligatorisch gemacht wird in dem Sinne, daß der Preis für die „Kommunistin" in den Parteibeitrag der weiblichen Mitglieder eingerechnet wird. Die Bezirke Westsachsen (Leipzig) und Sachsen-Anhalt (Magdeburg) haben allerdings mit dieser Methode so viel erreicht, daß ihre Auflage der „Kommunistin" die Zahl der weiblichen Mitglieder übersteigt. (Leipzig 2300 : 1500; in der Stadt Magdeburg 150 : 110). Die „Kommunistin" kann den kleineren Ortsgruppen auch ohne Obligatorium regelmäßig zugestellt werden durch Postabonnement, bei größerer Zahl ab 20 Stück auch direkt durch den Verlag, oder durch Zusendung von der Bezirksleitung aus, mit Hilfe der Zeitungsspeditionen, durch persönliche Uebermittlung gelegentlich von Unterbezirkskonferenzen, Arbeitsgebietsversammlungen, usw. Jedenfalls sollte der Bezirksvorort den kleineren Ortsgruppen den Anstoß zum Bezug der „Kommunistin" geben und diese ihrerseits sollten beim Versagen des Vororts von selbst ihre Bestellung bei der Bezirksleitung aufgeben.

Viel größere Möglichkeiten der Ausbreitung bestehen für die „Kommunistin" aber unter den breiten Massen der noch nicht in der Kommunistischen Partei organisierten Frauen und Mädchen. Gerade um dieser Frauen willen hat die „Kommunistin" ihr Titelbild eingeführt, hat sie sich inhaltlich einfach und populär eingestellt. Hier ist noch fast alles zu tun übrig. Statt hundertfach wiederholte Mahnungen wiederzukäuen, soll hier an einzelnen Beispielen angedeutet werden, wie man es nicht machen soll und was sich bei gutem Willen erreichen läßt.

Genossin und Genosse! Ist bei der Maidemonstration deiner Ortsgruppe die „Kommunistin" verkauft worden? Ich war am 1. Mai in einem kleinen Ort in Pommern, die „Kommunistin" war nicht da — niemand kannte sie. Von den 37 Mitgliedern der Ortsgruppe sind 9 Genossinnen, darunter einige sehr rege. Unter den 1500 Demonstranten auf dem Marktplatz befanden sich einige hundert Frauen. Allein hier hätten leicht 100 Exemplare der „Kommunistin" verkauft werden können, denn für rote Papierblümchen zu 100 M. wurden etwa 40 000 M. eingenommen.

In einer Versammlung zum Internationalen Frauentag im Rheinland, die von mehreren Tausenden besucht war, standen 50 Exemplare der „Kommunistin" zur Verfügung, die in 10 Minuten vergriffen waren. Hier hätten Hunderte von Exemplaren Absatz gefunden. In einer anderen solchen Versammlung war kein einziges Exemplar vorhanden. Niemand wollte dafür verantwortlich sein. Die FAK. hatte sich auf den Literaturobmann verlassen; dieser auf die FAK. In einer kleinen Versammlung ging ich nach dem Referat selbst umher und bot die „Kommunistin" an. Nicht nur fast alle anwesenden Frauen kauften sie, sondern auch zahlreiche Männer für ihre Frauen zu Hause. In fast allen größeren Versammlungen nicht nur unserer Partei, sondern auch der SPD., wird „Hammer und Sichel", die „Junge Garde", „Der Junge Genosse" am Eingang und im Saal persönlich jedem Teilnehmer von Tisch zu Tisch angeboten. Fast nie traf ich derartige Agitationstrupps von Genossinnen oder Genossen mit der „Kommunistin".

Ein anderes Kapitel: Die Verbreitung der „Kommunistin" im Betrieb. Wieviel Exemplare der „Kommunistin" setzen die Genossinnen und Genossen eurer Ortsgruppe an ihrer täglichen Arbeitsstelle um? In einem Nürnberger Betrieb gab es einmal 3 Genossinnen, die gemeinsam von jeder Nummer der „Kommunistin" regelmäßig 50 Exemplare verbreiteten. Die eine verließ den Betrieb, die andere ging aus der Partei, die dritte verzankte sich durch elenden Klatsch mit der Leiterin der FAK. . . . . und die „Kommunistin" hörte auf, in den Betrieb zu kommen. In einem Chemnitzer Metallbetrieb mit vielen Arbeiterinnen war eine einzige Genossin, welche Schritt für Schritt den Boden für die „Kommunistin" eroberte. Und als sie wegen energischen Eintretens für die Interessen ihrer Kolleginnen dem Chef unbequem wurde und entlassen wurde, brach die Arbeit dort nicht zusammen, sondern sie hatte einen Kreis von Sympathisierenden um sich geschaffen, die nunmehr die „Kommunistin" weiterlasen und im Betrieb weitergaben, während sie selbst an der neuen Arbeitsstelle mit der Propaganda für die „Kommunistin" von vorne anfing. Im Gegensatz zu solchen leider seltenen Beispielen drücken sich die meisten Genossinnen von der selbstverständlichsten Aufgabe mit den fadenscheinigsten Einwänden: sie seien an einen Saal oder eine Abteilung ihres Gebiets gebunden, als ob es nicht Pausen, Zeiten vor und nach der Arbeit und vor allem Betriebsversammlungen gebe. Oder, sie müssen vor allem die Zeitung oder den „Kommunistischen Gewerkschafter" verbreiten, während doch bestimmt eher 10 Arbeiterinnen sich für die „Kommunistin" interessieren als eine für den „Kommunistischen Gewerkschafter". Oder ihre Belegschaft sei eine ganz besonders indifferente oder gar reaktionäre, — wogegen natürlich nur eine ganz besonders eifrige Agitation etwas helfen kann. In einer Zusammenkunft aller Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre der Partei jedes Ortes mußte einmal durch die FAK. in diesen Wall der Gedankenlosigkeit und Bequemlichkeit eine Bresche geschlagen werden.

Zum Schluß die Hausagitation. Es war möglich, daß eine einzige Genossin in Köln in zwei Wochen 60 neue Abonnentinnen der „Kommunistin" warb. Sollte es denn nicht möglich sein, daß auf diesem Wege 10 000 Genossinnen — wobei wir schon mehr denn die Hälfte der weiblichen Mitglieder als faule Kunden aus dem Spiel lassen — der „Kommunistin" 30 000 neue Leserinnen zuführen? Wenn jede von ihnen also nur 3 übernimmt, daß heißt den zwanzigsten Teil der Leistung der Kölner Genossin, wäre das schon ein großer Gewinn für die Partei.

Außer diesen Gelegenheiten zum Vertrieb der „Kommunistin" gibt es noch hundert andere — auf den Märkten, in den Versammlungen und Demonstrationen der Kontrollausschüsse, in den Mietervereinigungen, den Organisationen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen.

Das Arbeitsfeld ist riesengroß und harrt unserer Aussaat. Frisch ans Werk! Hertha Sturm.

Aus der Organisation

Was kann man aus den Erfahrungen der Genossinnen im Ruhrgebiet lernen?

Am Donnerstag, den 24. Mai, fand in Essen eine Frauenkonferenz für den Bezirk „Ruhrgebiet" statt, die von 29 Genossinnen aus fünf Unterbezirken besucht war. Dortmund und Gelsenkirchen waren nicht vertreten. Dort hatten durch den Streik Zusammenstöße zwischen der Polizei und der Arbeiterschaft stattgefunden. Die Konferenz tagte in einer sehr zugespitzten politischen Situation. Sie trug demnach einen stark politischen Charakter.

Die Genossin Geffke gab einen kurzen Ueberblick über die politische Situation und schilderte weiter die Aufgaben, die die Frauen jetzt zu erfüllen haben. Wir sehen, daß der Streik eine Folge der unglaublichen Teuerung und des ständigen Sinkens der Reallöhne ist. Darum das rege Interesse bei den Frauen und die Unterstützung der Kontrollausschüsse bei der Preisherabsetzung. In der nächsten Zeit wird durch das fortgesetzte Sinken der Mark eine weitere Preissteigerung zu erwarten sein, und hier müssen die Kontrollausschüsse eingreifen. In dem Kampfe gegen die Teuerung hat sich erwiesen, wie notwendig zur Unterstützung der Kontrollausschüsse die proletarischen Hundertschaften sind. Das jetzt sehr rege Interesse der Frauen muß durch Versammlungen wach gehalten werden. Vor allem müssen während des Streiks Frauenversammlungen einberufen werden. So wurde in Evingen bei der Zeche „Minister Stein" eine von 2000 bis 3000 Frauen besuchte Versammlung abgehalten, die sich einmütig für die Durchhaltung des Streiks ausgesprochen hat. Als die Frauen erfuhren, daß sich Streikbrecher gefunden haben, beschlossen sie, am nächsten Morgen selbst Streikposten zu stehen, um die Verräter ihrer Klassengenossen an der Einfahrt zu hindern. Auch an Versammlungen und Demonstrationen waren die Frauen überall stark beteiligt. Wir ersehen daraus das wachsende Klassenbewußtsein der proletarischen Frauen. Die Sympathien zur Kommunistischen Partei mehren sich ständig.

An der Diskussion über die Arbeit des Kontrollausschusses beteiligten sich die Genossinnen sehr rege. Genossin Vormann berichtete, daß die Kontrollausschüsse im Unterbezirk Essen in den Landorten sehr gut arbeiten, während es in der Stadt besser sein könnte. Außerdem mangelt es an einem guten Zusammenarbeiten der Genossen mit den Frauen. Für die Unterstützung der Kontrollausschüsse zum Kampfe gegen den Preiswucher wäre es notwendig, auch die Frauen in die Hundertschaften einzureihen. Eine Genossin aus Kray schildert, wie sie die Preisherabsetzung mit Unterstützung der Frauen durchgeführt haben. Sie haben sowohl die Märkte als auch die Geschäfte kontrolliert und dabei die Preise erheblich herabgesetzt. Die gesamte Arbeiterbevölkerung hat sich dann für die Anerkennung des Kontrollausschusses durch die Stadtverwaltung eingesetzt. Bei einer Sitzung des Kontrollausschusses mit der Stadtverwaltung demonstrieren die Frauen und Männer vor

dem Rathaus. Der Bürgermeister hatte Schutz bei den Franzosen erbeten. Diese rückten mit einem Panzerauto und französischen Truppen heran. Nach Rücksprache mit dem Kommandanten, dem die Arbeiter begreiflich machten, daß sie selber für Ruhe und Ordnung sorgen würden, zogen die Franzosen wieder ab.

Genossin Plum wies darauf hin, daß schon jetzt die Großhändler die Waren zurückhalten und wegen der vorgenommenen Preisherabsetzung nichts mehr in die Städte schicken. Die Frauen müßten dafür eintreten, daß die Kommunen die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln übernehmen.

Von Lehberg berichtete eine Genossin, daß bisher der Kontrollausschuß wenig getan habe. Die Frauen sind jedoch in der letzten Zeit sehr aktiv geworden. Sie haben sich vor allem bei der letzten Lohnbewegung beteiligt, indem sie ebenfalls auf dem Zechenplatz aufmarschierten und eine Deputation in die Belegschaftsversammlung schickten, die den Männern mitteilen sollte, daß auch die Frauen sich hinter die Lohnforderungen stellen und bereit sind, dafür zu kämpfen.

Aus Rotthausen teilte eine Genossin mit, daß auch hier die Frauen dazu übergegangen sind, die Preise herabzusetzen. Die Erregung der Frauen war wegen der kolossalen Preissteigerung auf höchste gewachsen. Auch die indifferenten Frauen drängten den Kontrollausschuß zur Durchführung der Preisherabsetzung. Sie erklärten, daß es zur Unterstützung der Arbeiter des Kontrollausschusses notwendig wäre, auch Frauen in die proletarischen Hundertschaften zu entsenden.

Im Unterbezirk Hamm sind nach Angabe der Genossinnen starke Schupoaufgebote eingesetzt, und dadurch ist es den Frauen unmöglich, irgend etwas zu unternehmen. Trotzdem bisher alles ruhig war, setzt schon jetzt eine Kommunistenjagd ein. Auch in Bochum beteiligten sich die Frauen sehr rege an allen Aktionen. In der weiteren Aussprache wiesen die Genossinnen nochmals besonders auf die Notwendigkeit der Einreihung von Frauen in die Hundertschaften hin, da sich zeigt, daß auch die bürgerlichen Frauen sich sehr stark betätigten.

Im Schlußwort stellte Genossin Geffke fest, daß das Klassenbewußtsein der proletarischen Frauen wächst, daß sie sich immer stärker an allen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen beteiligen. Es kommt für uns darauf an, durch öffentliche Versammlung und die Verbreitung unserer Zeitschrift „Die Kommunistin", die schon vorhandenen Sympathien zu vergrößern.

Unter Punkt „Verschiedenes" wurde der Vertrieb der „Kommunistin" und die organisatorischen Einrichtungen innerhalb der Partei für die Frauen besprochen. H. Geffke.

Schöpfungs- oder Entwicklungslehre?

Wohin das Bestreben mancher eifriger Gewerkschaftsbürokraten führt, nur ja nicht die Gegensätze zwischen bürgerlichen und proletarischen Anschauungen und Interessen zu deutlich aufzudecken und dadurch etwa zur Beschleunigung des notwendigen Entscheidungskampfes beizutragen, zeigt folgendes Vorkommnis im Fachorgan des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes: In Nr. 24 des „Textilarbeiter" wendet sich die Verbandssekretärin Marta Hoppe mit Recht in aller Schärfe gegen die christliche „Textilarbeiterzeitung", in der man sich aufregt über die unchristliche Art und Weise, in der in einer Arbeiterinnen-Kommission der freien Gewerkschaft die Entwicklung des Menschen dargestellt worden sei, in der die Lehren von **Darwin** und **Häckel** als unhaltbar bezeichnet werden, während diese bekanntlich ungeheure Verdienste in der Erforschung der Entwicklung in der Natur und speziell des Menschen erworben haben, und seit ihnen ernsthaft ein Glaube an die biblischen Erzählungen der christlichen Kirche unhaltbar geworden ist. Der Redaktion des „Textilarbeiter" aber scheint die Entgegnung der Kollegin Hoppe zu schroff zu sein. Denn sie fühlt sich zu einem Nachwort bemüßigt, das nicht etwa aus der Darlegung Marta Hoppes die Konsequenz zieht, die die Arbeiterinnen nachdrücklichst auf die Gefahr und die Absicht aufmerksam macht, durch Bibelglauben ihren Kampf gegen das Kapital abzuwürgen und sie als geduldige Schafe weiter in Elend und Versklavung zu erhalten. Die Redaktion des freigewerkschaftlichen Blattes schwächt vielmehr schleunigst den vorstehenden Artikel ab und entschuldigt sich, daß der Verband keinem Mitgliede eine neue Lehre aufzwingen wolle. Statt die göttliche Schöpfungslehre in ihrer geschichtlichen und von der bürgerlichen Schule im reaktionären Sinne ausgenutzte Bedeutung zu bekämpfen, wird den Christlichen gewissermaßen der Rat gegeben, doch wenigstens Schöpfungs- und Entwicklungslehre zu verankern, womit sie sicherlich noch mehr Arbeiter und Arbeiterinnen verdummen, als es heute leider immer noch der Fall ist.

Ein Redakteur an einem freigewerkschaftlichen Blatte, der in solcher Weise Stellung nimmt, muß abgesägt werden von den Arbeiterinnen selbst. Achtet darauf, daß überall in Euren Organisationen der klare Klassenstandpunkt eingenommen wird! J. R.

Feuilleton

Wer trägt die Schuld?

I.

„Gut aufgehoben."

Nach langjähriger Abwesenheit kehrt Marie zurück ins Heimatdörfel, das weltabgelegen im Frankenjura — einer echt bayerischen Zentrumsdomäne — liegt. Genau wie früher in den Jugendtagen stehen die Berge und Wiesen im Blütenflor, sprossen die Saaten, gedeihen die Kartoffeln. Im Ort aber sind die Häuser verfallener, zum Teil baufällig geworden. Nicht vorwärts, nicht aufwärts gekommen ist der Geist. Gealtert haben die Menschen, manche sind gar nimmer zu finden. Auf dem Kirchhof liegen Alte, die man in den übermütigen Kinderjahren des entgegengebrachten Verständnisses wegen liebte oder der geübten Strenge halber fürchtete. Viele Schulkameraden hat der Völkermord aus der Welt geschafft, andere sind nach dem Krieg in der Welt draußen geblieben. Marie war fremd geworden, mußte alte Bekannte neu kennen lernen. Die Jugendgenossinnen wurden besucht und man erzählte sich die gegenseitigen Lebensschicksale. Da ist Frau Rosel, die ehedem so fromme Vorbeterin im Schülergottesdienst mit ihrem früh gealterten Gesicht und den schmutzstarrenden Kleidern. „Wieviel Kinder hast du Rosel?" — „Diese drei da, die zwei Erstgeborenen und das Jüngste in der Wiege. Ich hätte aber sieben." — „Ach, du Güte, wo sind die andern?" — „Die liegen auf dem Friedhof. Weißt, als sie so dicht kamen, alle Jahr eines, waren sie zu lebensschwach und es sieht aus, als ob ich dieses da auch nit durchbring!" — Sie zeigte auf die Wiege, in der in schmutzigem Bettzeug ein Menschlein lag, mehr Gerippe als Fleisch. Es wimmerte kläglich. Die Mutter stopfte dem kleinen Schreier einen Schnuller — ein Leinwandlappen, in welchem aufgeweichte Semmeln und Kandiszuckerstücke gebunden waren — in das von der Mundfäule ganz wunde Mündchen und bewegte mit dem Fuß die Wiege. „Arme Rosel, zählst erst 28 Jahr, hast schon so viel erlebt — vier Kinder ins Grab gebettet." — Rosel zuckte die Achseln. „Was willst du? — Jetzt hab' ich vier Engelein an Gottes Thron, welche für uns bitten — und dann, siehst du, was wäre aus ihnen hier geworden? So sind sie doch gut aufgehoben." Marie war entsetzt: „Ja, Rosel, sag', bringst du deine Kinder zur Welt, um sie dann im Friedhof gut aufzuheben?" Rosel senkte den Kopf. Sie wußte nichts zu sagen. M. M.

II.

Wer mordet die Kinder?

In **Wien** stand vorige Woche ein junges Weib, das ihr Kind mit eigenen Händen erstickt hatte, vor dem Geschworenengericht. Die Zwölfmänner mußten das Weib freisprechen, so ergreifend wirkte die einfache Leidensgeschichte selbst auf diese Leute: „Ich habe aus Verzweiflung gehandelt" war der ganze Inhalt ihrer Verteidigung.

Das junge, unverheiratete Weib fühlte sich zum dritten Male Mutter. Das erste Kind war den Weg der vielen Ziehkinder gegangen — den Weg zum Friedhof. Das zweite Kind lebt irgendwo in der Kost, und die junge Arbeiterin mußte den größten Teil ihres Lohnes für dieses ihr fast unbekannte Kind hergeben. „Warum ziehen sie den Vater nicht für die Versorgung seines Kindes mehr heran?" „Der hat ja selbst nichts", lautet ihre selbstverständliche Antwort. Nun soll ein Drittes kommen. Aber nicht die Frucht einer Liebe regt sich diesmal in ihrem Leibe — nein, ein Ungeliebter, ja ein verhaßter Mann, hat sich an ihr vergriffen, sie wagt es nicht, ihrer Mutter das Geheimnis anzuvertrauen. Nicht aus falschem Schamgefühl blickt man im Proletarierhaus scheel auf die uneheliche Mutter. Man hat nur Vorwürfe für die Mutter, weil sie einem Kind das Leben schenkt, das keinen Versorger hat. Zum vorhandenen Elend kommt noch ein Mitesser, noch ein hungriges Wesen. Bis zuletzt gelingt es ihr, zu Hause den „gesegneten Leib" vor den mißtrauischen Blicken zu verbergen. In der Klinik wartet auf sie die schwere Stunde, in der noch die junge Mutter liebende Fürsorge umgibt, um das „freudige Ereignis" in die Welt zu melden. Aber die viel schwerere Stunde kommt für die jungen Proletariermütter nachher.

Mit dem Kind im Arm durchirrt sie ziellos die Straßen der Stadt. „Wohin, wohin?" Der Donaukanal zieht sie an, wie er schon viele Verzweifelte anzog. Mit eigenen Händen er-

flickt sie im Dunkeln das Kind, dann legt sie es in den Sand und läuft und läuft, trotz ihres noch wunden Leibes, als ob der Böse hinter ihr her wäre.

Die Geschworenen, die den Freispruch über dieses arme Proletarierweib gesprochen haben, haben zugleich das Schuldig gesprochen über die heutige Gesellschaftsordnung. Sie ist die wahre Kindesmörderin.

M. Heller.

Wera Niwenko.

Bruchstück aus dem Roman „Die Kollschaviade".

I.

Wera Niwenko ist in der westlichen Truppenabteilung. Sie hält in der Hand das Gewehr. Um die Schulter trägt sie eine Sanitätstasche mit Verbandsstoff, Medikamenten, Watte und anderen sanitären Gegenständen. Seit fünf Tagen und fünf Nächten ist sie Schritt um Schritt zusammen mit der Abteilung marschiert. Unter dem heftigsten Gewehrfeuer legt sie den Verwundeten Verbände an. Sie arbeitet ruhig, mit liebevoller Aufmerksamkeit. Jeder Rotarmist ist ihr Kind. Sie kennt weder Hunger, noch Ermüdung oder Furcht.

— „Genossin Wera, Sie sollten ausruhen." Sie blickt nicht einmal auf, schüttelt nur abwehrend den Kopf: — „Keine Zeit."

Wera hat eine herrliche Stimme. Sie singt selten, aber wenn ihre Stimme ertönt:

„Auf zum letzten Gefecht!",

dann geht es durch die Reihen der Soldaten wie ein elektrischer Strom:

„Hurra, unsere letzte entscheidende Schlacht!" . . .

Die rote Fahne, vom Winde bewegt, schmiegt sich an die kleine zarte Gestalt. In heißer Begeisterung erzittert jede Brust: „Die Internationale, sie wird die Menschheit sein!" „Wird die Menschheit sein!" antwortet das Echo der Soldaten.

II.

In der Ecke der Gefängniszelle liegt auf der Pritsche mit verbundenem Kopf der Soldat Salomon. Sein Gesicht ist kalkweiß. Neben ihm steht Wera, seine Braut. Sie hält seine Hand in der ihren, streichelt sie leise, liebevoll und summt: „Schlaf, Kindchen, schlaf!"

Wera ruft den Soldaten Petroken heran, der sich in der gemeinsamen Zelle befindet. Sie flüstert ihm etwas zu. Er ruft durch das Guckloch den Gefängnisaufseher.

„Was ist los?"

„Die Frau hier möchte austreten."

„Quatsch, ihr habt ja einen Kübel in der Zelle."

„Aber hör, das ist doch eine Frau! Sie geniert sich."

„Bah, eine Frau! Ist das nicht gleich? Bei euch herrscht ja Gleichberechtigung!"

Der Blick des Wächters streift durch das Guckloch höhnisch Weras Gestalt.

„Schäm dich nicht, Kleine, dort in der Ecke steht der Kübel."

III.

Ein tiefer Schmerz klingt aus Salomons Stimme: „Nicht meinetwegen, Wera, um dich trage ich Leid, dein junges Leben dauert mich. Es hätte noch so schön sein können."

„Liebster, mein Leben ist jetzt auch schön. Ich habe das größte Glück gekannt: das Glück im Kampf. Und ich war so glücklich, neben dir kämpfen zu können. Nun sterben wir zusammen. — Bin ich dann nicht glücklich?"

Er drückt dankbar ihre Hand. „Du Treue."

Vor dem Anbruch der Nacht schneidet sie sich den blonden Zopf ab.

„Genossen, wer am Leben bleibt, übergibt ihn der Mutter."

Im Schweigen der Genossen liegt Zustimmung.

IV.

Nachts erdröhnen schwere Schritte auf dem Gefängniskorridor. Nasselnd gehen die Türen auf. Der Gefängnisinspektor erscheint in der Türöffnung. Er ruft auf:

„Salomon Lebowski, Alexej Petruchin, Wera Niwenskо."

„Hier!"

„Macht Euch fertig!"

Leise erzittert Weras Hand, die Salomon umklammert hält. Sie wirft sich an seine Brust, flüstert: „Ich bin ruhig, leb wohl". Dann reißt sie sich los. Und mit ruhiger Stimme wendet sie sich an den Inspektor, dem Soldaten auf dem Fuße folgen:

„Wir sind bereit . . ."

V.

Mit leichten Schritten, als wäre es ein Spaziergang, bewegte sich der kleine Zug. Am Waldesrand angelangt, verabschiedeten sie sich noch einmal voneinander. Wera umarmte die übrigen. Sie werden aufgestellt, zwei Schritte voneinander, von Angesicht zu Angesicht, Aug' in Aug' dem Feinde gegenüber. Sie blicken in Gewehrläufe, erkennen, daß hinter den Soldaten Gräber aufgeworfen sind. Der weiße Offizier kommandiert laut, hell und eindringlich:

„Achtung! Antreten! Die Dritte in der Reihe!"

Wera ist die Dritte in der Reihe. Er zögert lange mit dem Kommando. Er läßt eine Pause verstreichen.

„Zurückstellen!"

Das Herz beginnt in unregelmäßigen Schlägen zu hämmern. . . . Und wieder ertönt es.

Wieder eine Pause. Eine Sekunde scheint eine Ewigkeit. Die Hände, die das Gewehr schußbereit halten, werden starr.

„Zurückstellen!"

Wera begreift, daß sie gefoltert wird. In ihren Augen flammt es auf. Und die Stille durchschneidet ihre machtvolle Stimme:

„Auf zum letzten Gefecht!"

„Stopft dem Aas die Kehle! Feuer!!"

Sie wirft die Arme wie Flügel empor. Leicht, als wäre sie von der Erde losgelöst, schwingt sie sich empor und fällt, fällt . . . .

VI.

Ein Mann und eine kleine alte, ganz schwarz gekleidete Frau kamen eines Nachts an den Waldessaum. Sie blieben neben einer großen Birke stehen. „Hier ist die Stelle", sagte der Mann und ging fort.

Die Alte blieb allein. Sie sank in die Knie und stöhnte leise auf. „Wera, Wera, mein Kind, mein Töchterlein. . . ." Bis zum Morgengrauen lag sie, den Kopf in die aufgewühlte Erde vergraben, leise weinend: „Wera, mein Vögelchen . . ."

Dann erhob sie sich, schüttete etwas Erde in ein Taschentüchlein und versteckte es an ihrer Brust, an ihrem müden Herzen. Und langsamen Schrittes, von ihrem großen Schmerz gebeugt, trat sie den Rückweg an.

VII.

Die kleine alte Frau kann nachts nicht schlafen. Sie sitzt am Fenster, schaut in die leere traumlose Nacht. Sie wartet, sie weiß selbst nicht worauf.

„Wera, mein Kind . . ."

Da, eines nachts, erklingen Schritte vor dem Fenster. Jemand klopft leise an den Fensterladen. Erregt springt sie auf, öffnet das Fenster. Von der Straße her ein leises vorsichtiges Flüstern:

„Erschrecken Sie nicht. Ich bin ein Kamerad von Ihrer Wera . . ."

„Gleich, ich komme." Sie eilt in den Korridor, die Knie versagen. Die zitternden Hände finden nicht das Schlüsselloch.

„Ich habe mit Ihrer Tochter Wera in einer Zelle gesessen. Ich war mit ihr zusammen bis . . . . zuletzt. An jenem Abend bat sie mich, Ihnen dies zu übergeben."

Er überreicht ihr ein kleines Paket. Sie öffnet es mit zitternden Händen. Der Glanz von Weras Haaren leuchtet ihr entgegen. Sie stöhnt auf, preßt ihr Gesicht an das Haar. . . . Ein Schluchzen erschüttert ihren alten Körper.

„Sie waren bei ihr? Erzählen Sie mir alles. Ich bin stark."

Er erzählte ihr lange und als er geendet hatte, nahm sie seinen Kopf in ihre zitternden Hände und küßte ihn auf die Stirn. „Sie müssen noch einmal zu mir kommen. Sie sind mir ja kein Fremder. Sie waren Weras Kamerad, ihr Genosse . . ."

„Ich werde kommen."

Er trat wieder auf die Straße. Er preßte den Kopf in beide Hände. „Oh, das war nicht leicht!" Er knirscht mit den Zähnen, hebt drohend die Faust gegen die schlafende Stadt, die noch vom Feind besetzt ist, und verschwindet im Dunkel.

Inhaltsverzeichnis. Titelbild: Weberei des Kinderheims „Rosa Luxemburg" in Wjatka. — Zur Internationalen Kinderwoche vom 24. Juni bis 1. Juli. — Proletarische Solidarität. Deutsche Kommunistinnen im Kampf gegen den französischen Militarismus. — Das Lied der Befreiung. — Wie die Dithmarscher Frauen ihre streikenden Männer unterstützten. — Die Verschlechterung der Reichswochenhilfe und die russische Sozialversicherung. — Was Kontrollausschüsse leisten können. — Wer liest die „Kommunistin"? Und wer soll sie lesen? — Aus der Organisation: Was kann man aus den Erfahrungen der Genossinnen im Ruhrgebiet lernen? — Schöpfungs- oder Entwicklungslehre? — Feuilleton: Wer trägt die Schuld? — Wera Niwenko.

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Die Kommunistin

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Herausgegeben vom Reichs-Frauensekretariat. Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin

Nr. 13 | Die Kommunistin erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Infolge der immer weiteren Geldentwertung mußte der Preis wieder erhöht werden. Einzelnummer 400,— Mark | Berlin, 1. Juli 1923 | Verlag: Friedrichstadt-Druckerei GmbH. (Abteilung Zeitschriften), Berlin SW 68, Friedrichstr. 225. — Verantwortlich für die Redaktion: Martha Arendsee, Berlin. | Jahrg. 5

„Mich geht der Wucher mit Lebensmitteln nichts an, ich bin zum Schutze . . . der Verkäufer da . . ."

„Die Kommunistin" bedroht den Staat!

Nr. 10 der „Kommunistin" polizeilich beschlagnahmt! / Arbeiterinnen, verbreitet die „Kommunistin"!

Es ist der Kampf ums Brot.

Wir können es den Arbeiterinnen nur immer wiederholen: Glaubt nicht, daß es in der Politik um „höhere Dinge" geht. Es geht um das Gewöhnlichste und Höchste. Es geht ums Brot!

Wie die Diplomaten und die Berufspolitiker die Dinge auch mit Phrasen umschleimen mögen, nie wurde in der politischen Arena um etwas anderes gekämpft als um den Reichtum der Völker. Und das ist das Neue, daß dies heute viel klarer als je ausgesprochen wird und daß die Massen selber bewußt in diesen Kampf eingreifen für ihre Interessen, für ihr Stück Brot. Jeder einzelne und jede einzelne muß sich in die Kampfreihen stellen, und um das zu können, müssen sie klar erkennen, von welcher Seite und mit welchen Mitteln gerade der Angriff gemacht wird.

Prüfen wir doch die Fragen, die augenblicklich in Deutschland auf der Tagesordnung stehen. Beim Ruhrkrieg schien es zuerst ganz allein um das „Nationale" zu gehen. Aber nichts anderes versteckte sich hinter dem Nationalen als die Frage, ob Deutschland noch mehr als bisher vom französischen Imperialismus ausgeplündert werden soll. Für die deutsche Arbeiterklasse und den internationalen Kommunismus handelte es sich darum, die französischen Kapitalisten zurückzuwerfen, um den hungernden Arbeiterkindern das bißchen Brot zu retten, das sie noch haben. Und es besteht die Gefahr, daß die französischen Großkapitalisten, gestützt auf ihre starke Armee und auf neue Eroberungen, dem ganzen europäischen Proletariat und der russischen Sowjetrepublik eine viel größere Macht entgegenstellen können, um die Ausplünderung Europas noch zu verstärken. Unsere Leserinnen wissen, daß außerdem die größten deutschen Ausbeuter, die schuftigsten Wucherer, die Stinnes und Konsorten, versuchten, sich mit den Franzosen in diese Ausplünderung des deutschen und europäischen Proletariats zu teilen und daß sie den Ruhrkrieg führten, um einen größeren Anteil an der Beute zu ergattern.

Beides ist den Kapitalisten mißlungen. Sie konnten ohne die Arbeiter nicht siegen. Aber die Arbeiter kämpften nicht für sie, sondern für sich selber. Wenn die Kapitalisten ihre französischen Gegner besiegen wollten, müßten sie den deutschen Arbeitern solche Waffen in die Hände geben, daß sie ihnen selber gefährlich werden konnten. Noch sind die Arbeiter nicht stark genug, um über die eigenen und die fremden Plünderer zu siegen, weil noch zu wenig Arbeiter den Willen und den Mut zum Kampfe haben. Aber sie haben im Kampfe ihre Kraft gestärkt, und das wird ihr bleibender Gewinn sein.

Die Kapitalisten sehen das, und sie fürchten es. Deshalb warten sie nur die günstige Gelegenheit ab, um sich den französischen Imperialisten glatt zu unterwerfen. Heute handelt es sich deshalb nicht mehr um den Ruhrkrieg selbst, sondern um die Frage, wer die Zeche bezahlen soll.

Die deutschen Kapitalisten haben sich schamlos um die Kosten des Weltkrieges gedrückt und haben dem arbeitenden Volke alle Lasten aufgebürdet, indem sie keine Steuern zahlten und den Arbeiter zu einem Hungerdasein verurteilten. Viele Tausend Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeiterkinder haben diese Kriegskosten mit ihrem Tode bezahlt. Während des Ruhrkrieges haben die Kapitalisten sich außerdem noch schändlich bereichert. Sie haben die Ruhrhilfe benutzt zur Finanzierung ihrer schmutzigen Geschäfte auf Kosten des Reiches und des steuerzahlenden Volkes. Sie haben an der Börse gespielt, und die Folgen dieses Spiels spüren die Arbeiter heute an der wahnsinnigen Teuerung. Es soll noch schlimmer werden. Stinnes hatte schon immer die Parole für die Arbeiter: Aufhebung des Achtstundentages, Mehrarbeit! Das bedeutete nur, daß der Kräfteverfall der deutschen Arbeiterschaft beschleunigt werden, daß die Tuberkulose schrecklicher noch wüten, daß die Arbeiter, ihre Frauen, ihre Kinder schneller noch sterben sollen.

Jetzt haben die Industriellen der Regierung ein Angebot gemacht. Sie wollen ihr zu Hilfe kommen, sagen sie. 500 Millionen Goldmark jährlich bieten sie. Und sie bieten sie in so verklausulierter Form, daß man heute schon weiß: es soll wieder ein so nichtswürdiger Betrug ins Werk gesetzt werden, wie z. B. bei der Goldanleihe. Selbst jener Betrag wäre lächerlich gering gegenüber dem, was die Arbeiterklasse hungernd trägt. Die Stinnes und Konsorten handeln aber nach dem Wort: Nur Lumpe sind bescheiden! Sie stellen unverschämte Forderungen an die Regierung. Sie verlangen die restlose Beseitigung des Achtstundentages. Sie verlangen eine „vernünftigere" Steuerpolitik, d. h. sie wollen sich noch mehr um die Steuern drücken und noch mehr an ihnen verdienen. Und sie verlangen die Eisenbahnen.

Die Arbeiterinnen sehen, auch bei dieser hohen Politik handelt es sich um gar nichts anderes als darum, wie man den Proleten den Brotkorb höher hängen kann. Sollten sie etwa sagen, es könne ihnen ganz gleich sein, ob die Eisenbahnen Reichs- oder Privatbetriebe sind, das gehe den Kochtopf nichts an, so sollen sie sich Folgendes überlegen. Die großen Kapitalisten haben heute schon ganze Industrien unter sich aufgeteilt. Sie können damit die Preise diktieren und immer höher schrauben. Im Lohnkampfe setzen sie den Arbeitern eine solche Macht entgegen, daß sie jeden Ausgleich, jede Verbesserung der Löhne verhindern können. Die deutschen Eisenbahnen sind das gewaltigste Unternehmen. Haben die Stinnesleute auch dies eingesackt, dann sind sie noch viel mächtiger, dann können sie eine viel raffiniertere Machtpolitik gegen die Arbeiter führen, und sie haben dann den verarmten Staat ganz in ihrer Hand, um noch mehr aus ihm herauszupressen.

Das zeigt klar, worauf es ankommt. Die ganze Arbeiterklasse muß in die Front treten. Sie muß ihren Gegnern jeden Fußbreit Bodens streitig machen, und sie muß immer darauf bedacht sein, ihre Macht zu vergrößern. Macht ist Brot und Ohnmacht Hunger!

Die Sozialdemokraten sehen sehr wohl ein, daß die Arbeiter unter den heutigen Zuständen zu Grunde gehen. Aber sie haben Furcht vor den Kämpfen. Deshalb suchen sie immer nach einem Ausweg, wie sie ohne Kampf, ohne proletarische Machterweiterung das Verhängnis vermeiden können. So suchen sie in die große Koalitionsregierung mit den ausgepichtesten Arbeiterfeinden hineinzukommen. Das Ergebnis war immer und wird wieder sein, daß die Sozialdemokraten alle Schandtaten gegen die Arbeiterklasse decken und die Arbeiter in ihrem Widerstande lähmen. Jetzt bringen die Sozialdemokraten und die Gewerkschaftsführer die Parole der wertbeständigen und der Indexlöhne. Es handelt sich dabei um nichts anderes, als den Lohn auf seiner jetzigen Hungerhöhe zu halten. Das wird mißlingen, wie die Erfahrungen in Oesterreich zeigen. Zugleich aber wird das die Kämpfe der Arbeiter verhindern. Dadurch wird die Arbeiterklasse noch mehr geschwächt und noch leichter ein Raub ihrer Feinde. Im Kampfe ums Brot müssen wir uns ein Ziel stecken, das die Arbeiterklasse aus dem Elend herausbringt und es nicht verewigt. Die Kommunistische Partei hat deshalb gesagt: die Arbeiter müssen dafür kämpfen, daß sie wenigstens wieder die Lebenshaltung erreichen, die sie vor dem Kriege hatten, Friedensreallöhne.

Um dieses Ziel zu erreichen, muß überall der Kampf aufgenommen werden, in den Gewerkschaften und durch die Gewerkschaften. Es muß auf dem Gebiete der „reinen Politik" der Kampf gegen jeden Anschlag der Arbeiterfeinde aufgenommen werden. Und es muß vor allem um die Köpfe der Arbeiter und Arbeiterinnen gerungen werden,

indem man die Erkenntnis der Tatsachen, der Gefahren und der Aufgaben hineinbringt. Und es muß das Herz der Arbeiterklasse erfüllt werden mit Willen, Zuversicht und Mut.

Und dabei sollte die Arbeiterin nicht helfen können, nicht helfen müssen? Denkt daran: in der Politik geht es nur ums Brot. Nur durch Kampf sichert ihr Euch das Brot, überwindet Ihr den Hunger, erkämpft Ihr das Leben!

P. Frölich.

Das Heimarbeiterlohngesetz.

Im Oktober 1922 wurden bei 2151 Kassen 157 474 Personen, darunter 109 194 weibliche Heimarbeiter gezählt. Die Zustände in der Hausindustrie haben selbst bürgerliche Sozialpolitiker zu erschütternden Enthüllungen und Darstellungen des Heimarbeiterelends veranlaßt.

Die bei den Krankenkassen gemeldeten Personen umfassen aber längst nicht die gesamte Heimarbeiterschaft, und längst nicht alle Krankenkassen melden, nach Beruf gegliedert, regelmäßig ihre Mitglieder. Ferner steht fest, daß nach dem Oktober 1922 die Zahl der Heimarbeiterinnen sich außerordentlich vergrößert hat, da die vielen infolge Betriebseinschränkung entlassenen Arbeiterinnen durch Heimarbeit ihr Leben weiter zu fristen suchen.

Die rechtliche und wirtschaftliche Stellung der Heimarbeiterinnen ist nach der Novemberrevolution und trotz der Möglichkeit der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, als größte Massenorganisationen der Arbeiterklasse ein menschenwürdiges Leben zu schaffen, so elend geblieben wie zuvor.

Hemmungslose Ausbeutung ist das Motto der Stinnes und Cuno, und die Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen werden nicht aus-, sondern abgebaut.

Eine Stellungnahme zum Heimarbeiterlohngesetz des Jahres 1911 war schon lange erforderlich. Denn der damalige Beschluß, durch besondere Fachausschüsse die in der Hausindustrie gezahlten Löhne feststellen und Gutachten abgeben zu lassen, war nicht nur unzureichend, sondern niemals Praxis geworden. Die im Kriege teilweise errichtete und in einigen Ländern allgemein übliche Festsetzung von Mindestlöhnen wurde angesichts der Festigung der Kapitalistenklasse auch nicht aufrechterhalten.

Nun wurde endlich im März 1923 im Reichstag ein Entwurf eingebracht und in diesen Tagen angenommen, der die Wichtigkeit des praktischen Inkrafttretens der hausindustriellen Fachausschüsse betont und ihnen die Möglichkeit gibt (nicht die Verpflichtung!), Mindestlöhne festzusetzen; bei Nichtbeachtung dieser Löhne können die Fachausschüsse gegen den Unternehmer ein Verfahren einleiten, bei dem sie als Schlichtungsausschüsse für die Hausindustrie fungieren. Sobald der Unternehmer niedrigere Löhne als festgesetzt bezahlt, kann nach § 23 des Gesetzes durch die Fachausschüsse auf Nachzahlung der fehlenden Summen gedrungen und den dieser Aufforderung nicht nachkommenden Gewerbetreibenden oder Zwischenmeistern eine bestimmte Buße auferlegt werden, die der Ortskrankenkasse oder einer vereinbarten gemeinnützigen Einrichtung zufließen soll. Obwohl es sich hier also durchaus nicht um eine Verpflichtung handelt, sondern um das Recht, das ebensogut ausgeführt werden kann oder nicht, könnte man es als einen gewissen Anfang bezeichnen. Aber bei etwas genauerem Zusehen zeigt sich deutlich der Pferdefuß, der das ganze Gesetz zunichte macht. Denn laut § 23 können Ansprüche auf Nachzahlung nur erhoben werden, wenn nicht mehr als 4 Wochen seit Annahme des zu geringen Lohnes vergangen sind. Und wenn der Unternehmer innerhalb der ihm zugestandenen Frist von 14 Tagen Klage einreicht auf Feststellung des Nichtbestehens seiner Verpflichtung, so ist die Erhebung einer Buße unzulässig. Bei der paritätischen Zusammensetzung der Fachausschüsse (§ 22a), deren Vorsitzende und Beiräte sogar von der obersten Landesbehörde ernannt werden sollen, ergibt sich das Urteil über die Wirksamkeit der Fachausschüsse im allgemeinen in den meisten Fällen schon von vornherein. Die Arbeitsgemeinschaftspolitik, das friedliche Zusammengehen von Arbeitern und Unternehmern, soll wieder dazu dienen, um den Proletariern das Fell über die Ohren zu ziehen. Die Abänderungen des Gesetzes vom Jahre 1911 entsprechen also keineswegs den Erfordernissen der Heimarbeiter.

Was hat also zu geschehen? Die Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen müssen durch planmäßige Agitation von den Gewerkschaften erfaßt werden, und die Gewerkschaften müssen für sie unter Berücksichtigung ihrer besonderen Verhältnisse Arbeitsbedingungen erkämpfen, die nicht hinter dem zurückstehen, was für die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben gilt. Den Heimarbeitern ist eine ausreichende Ernährung, gesunde Wohnung und der Achtstundentag genau so nötig wie der übrigen Arbeiterschaft. Wenn die Fachausschüsse in den Dienst dieser Aufgabe treten sollen, wohlan! Dann müssen in ihnen aber Proletarier zu Wort kommen, und mit der Arbeitsgemeinschaftspolitik muß gebrochen werden! Nicht Schlichtungsausschüsse oder Fachausschüsse, gebildet von Proletariern und Kapitalisten, werden das Ziel erreichen, sondern der gemeinsame Kampf der Heim- und Betriebsarbeiter gegen das Unternehmertum wird uns diesem Ziel näher bringen!

Daran fehlt noch immer viel, da die Heimarbeiterinnen selbst noch zu wenig sich ihrer Klassenlage und der Möglichkeiten des Kampfes bewußt sind und sich noch oftmals von den christlichen Gewerkschaften einfangen lassen, die, wie erst kürzlich in Apolda wieder festgestellt werden mußte, sich mit noch niedrigeren Löhnen zufriedengeben wie die freien Verbände. Aber auch die in den freien Verbänden organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen kümmern sich im allgemeinen noch viel zu wenig um die Heimarbeiter, um sie in die Klassenkampffront einzureihen. Der Hinweis auf den vorliegenden Gesetzentwurf über die Entlohnung der Heimarbeiter soll dazu dienen, den Heimarbeitern zu zeigen, in welcher Weise ihre Arbeitskraft ausgebeutet wird, wenn sie nicht selbst ihr Schicksal in die Hand nehmen.

J. Rasch.

Ueberall in der Welt schlägt der Kapitalismus die Proletarier.

Der weiße Terror in dem blutbesudelten Horthy-Ungarn hat viele Proletarier von dort über „das große Wasser" zu Verwandten und Bekannten, die schon länger dort leben, getrieben. Wie es ihnen dort jetzt geht unter der Knute der amerikanischen Kapitalisten, das sehen wir aus den nachfolgenden Bildern, die wir dem in New York erscheinenden ungarischen Arbeiterblatt „Uj Elöre" entnehmen. Die Schilderungen stammen von dem Korrespondenten dieses Blattes, der während des Bergarbeiterstreiks in den Grubendistrikt gesandt worden war.

Johnstown, 30. Oktober.

Die Untersuchungskommission ist angekommen. Sie ist hier: fünf vornehme Herren, eine elegant gekleidete Dame, wichtigtuende Zeitungsschreiber, Diener. Die Automobile reihen sich auf. Die Gäste steigen aus. Die Empfangskommission besteht aus dem Stadtrate, dem Bürgermeister, dem Manager der Berwind-White Coal Company. Die Herren fangen an zu verhandeln, dann gehen sie dejeunieren. Sie haben gegessen. Geschäftigt machen sie sich auf den Weg, ihre reichlich bezahlte Aufgabe zu vollenden. Mit herablassender Gleichmütigkeit sprechen sie mit dem Vertreter der Bergarbeiter-Organisation.

Die Untersuchung nimmt ihren Anfang. Sie gehen weder in die Zelte noch in die Graben-Hütten, nicht einmal in die Holzbaracken hinein. Die Farben, der Geruch der Armut und der Not, die Fetzen, die blassen, mageren Gesichter schrecken sie zurück. Hie und da schauen sie hinein, aber erschrocken ziehen sie ihr Haupt zurück.

Eine Anzahl von barfüßigen, zerlumpten Kindern umringen sie. Frauen mit oder ohne Kopftücher kommen aus den Zelten ihre laut weinenden mageren Säuglinge beruhigend.

Mutterhaar als Decke.

Jetzt kommen die Frauen schon scharenweise. Die Flut und die Klage geht los, wie ein Orkan.

„Im April ist es geboren" — sagt Frau Till, eine mittelgroße, schwarzäugige Frau mit weißem Gesicht, zu Hirschfeld, dem Führer der Hylanschen Kommission — „es war kalt, windig, und an demselben Tage, als ich das Kind gebar, hat man mich von meiner Wohnung hinausgeworfen."

„Ich weinte, flehte, konnte mich kaum schleppen . . . alles nutzlos."

„Geld? Von wo sollte ich es haben? Seit ich in dem Bergwerk arbeite, konnte ich nichts ersparen. Die Kinder, der kleine Lohn, — das Geld schmolz dahin."

„In dem Zelte waren die Aprilnächte grimmig kalt. Das Gesichtlein meines armen Kindes war blau von dem Frost. Ich hatte nicht meinmal ein Kleid, es zu bedecken. Nächtlich bedeckte ich es mit meinem eigenen Haar, um es vom Erfrieren zu erretten. Jetzt sind die Nächte wieder ungeheuer kalt. Und wir haben nicht einmal so viel wie vorher. Ich bin oft hungrig, wie kann ich mein Kind nähren?"

Das Sechste.

Frau Szatmari, ein zusammengebrochenes, angegriffenes Weib. Sie ist vor fünfzehn Jahren nach Amerika gekommen, getrieben von der Sehnsucht nach Wohlstand. Sie lebte in ihrem kleinen Dorfe in der Tiefebene Ungarns, verlassen und verwaist, und weil ihr Bergmann-Bruder in Amerika lebte, verließ sie ihr kleines, mit Pelargonien geschmücktes Haus und ging ihm nach. Vor zehn Jahren wurde sie die Frau Szatmaris. Sie liebten einander und arbeiteten fleißig.

Der Lohn reichte noch einigermaßen aus. Dann kam der Kindersegen. Eins — zwei — drei — vier. Die Bergarbeiterin arbeitete bis zum Hinsinken. Nach zwei Tagen nach der Geburt war sie schon auf den Füßen und schleppte das Kreuz des Lebens: die Mehrarbeit. Ihr schönes rosiges Gesicht verblaßte, wie die seidenen Tücher, die sie noch drüben, von dem Dorfjuden gekauft hatte.

Und die Kinder kamen . . . . das Fünfte . . . Der Mann wühlte mit verdüstertem Herzen die Kohle in den tiefen Stollen. Draußen war Sonnenschein und er verbrachte seine schönsten Jahre im würgenden Dunkel. Die Familie . . . die Kinder . . .

Das Sechste kam. Und in einem Monat der Streik. Nun, die Verwinds, denen sie Jahre lang die Schätze schufteten, ließen auch sie hinauswerfen.

Die Schießprügel-Werkpolizisten schlugen sie mit Gewehrkolben auf die Landstraße.

„Dies Kind wird umkommen, — sagt Frau Szatmari, — monatelang leben wir bloß von Kaffee und Brot. Ich kann es nicht mehr nähren, meine Milch versiegt. Mit den anderen habe ich nicht so viele Sorgen. Man kann ihnen manchmal ein Stückchen Brot, ein wenig Kaffee oder Suppe reichen, die Hilfsaktion pflegt manchmal etwas zu geben, und von der Streikhilfe kommt hie und da auch die Kleinigkeit."

Der Hut und die seidenen Strümpfe.

Man kann es sich vorstellen, wie man die Untersuchungskommission informiert hat, wenn „Herr" Hirschfield einer Frau die Frage stellte, ob es wahr sei, daß sie das Geld für seidene Strümpfe und für Hüte ausgebe? Die Frau protestierte empört gegen diese Verleumdung und antwortete,

daß sie kein einziges Paar Strümpfe hätte, und einen Hut hat sie vor sechs Jahren das letztemal gekauft.

Oberflächlich und gleichgültig, mit schlauer Gleichgültigkeit hat die Untersuchungskommission die Frauen angehört. Aber das wenige, was sie dort gehört habe, ist ein Beweis für den Massenmord der Verwind-Millionäre. Seit acht Monaten war es ein Feiertag für die Bergarbeiterfamilien, wenn sie außer dem Kaffee und dem Brot etwas Kraut oder Bohnen bekommen konnten. Die bewaffneten Kapitalistenfölöldlinge verfolgen sie und stören die Arbeit der Hilfsaktion. Die Kinder und die Frauen welken hin, gehen zugrunde. Kaum reicht die Streikunterstützung dazu, sie von dem Krepieren zu erretten.

Einer von den Bergarbeitern, Ladislaus Csanyi, der acht Jahre lang in der Kolonie arbeitete, erzählte ausführlich, daß, wenn er auch keine Kleider aus dem 12 Dollars wöchentlichem Gehalte kaufte, hatte er niemals mehr als 7—8 Dollars für die Ernährung seiner Familie. Auch in den besten Zeiten war nur das Darben das Schicksal der Bergarbeiterfamilie.

Die New-Yorker Herren kamen, sahen, hörten und sind mit ihren Autos dann wieder weggefahren. Sie gingen weiter — anzusehen. Aber nur ansehen. Nicht sie werden dem Proletariat helfen!

Das erste proletarische Kinderheim in Deutschland.

Es ist kein Märchen mehr, nicht mehr das Ziel unserer Sehnsucht, sondern es ist stolze Wirklichkeit geworden: das erste proletarische Kinderheim in Deutschland. Ein bescheidener Anfang nur, aber so vielverheißend.

Im thüringischen Orte Tambach-Dietharz, im ehemaligen christlichen Erholungsheim „Fürstenblick", hat das Kinderheim seine Stätte gefunden. Es liegt auf einer Anhöhe über Tambach, mitten in einem Park, umgeben von Feldern, Wiesen und Wald, schaut weit ins Thüringer Land hinaus. Eine muntere Quelle rieselt im Park, der sich den Abhang hinunter erstreckt. Das Heim selbst besteht aus zwei modern eingerichteten Gebäuden mit etwa 30 Zimmern, einem großen Speisesaal, einer Dachliegehalle für Licht-, Luft- und Sonnenbäder, die Wirtschaftsräume liegen im Keller. Die zwei Häuser sind durch eine geräumige, gedeckte Veranda verbunden, in der die Kinder bei Regenwetter spielen. Alle Räume sind groß, hell, luftig, sonnig. Die Zimmer sind für je 2—4 Kinder eingerichtet.

Anfang Mai wurde dieses Kinderheim seiner Bestimmung übergeben. Die Mittel dazu wurden von den russischen Genossenschaften gesammelt. Diese wünschten, daß das Heim den Ruhrkindern zugute kommen sollte. Um möglichst vielen Kindern Erholung zu gewähren, wurden in diesem Sommer die Kinder von Monat zu Monat durch andere abgelöst. Die Auswahl der Kinder geschieht durch den Landesausschuß der Betriebsräte Rheinland-Westfalen.

Im Monat Mai haben 34 proletarische Kinder hier Unterkunft gefunden. Unterernährt, verhungert, unsauber kamen sie an. Wie aber lebten sie in diesen vier Wochen auf. In dieser herrlichen Umgebung, in den schönen, gesunden Räumen, in Luft und Sonne, bei guter Ernährung, bei Spiel und Gesang, unter der Obhut freundlicher, hilfsbereiter Genossinnen. Die Kinder kannten nur ihre engen, düsteren Wohnungen, vollgepackt mit Möbeln und Kram. Hier hatten sie Raum genug, hatten ein freundliches Heim mit gut eingerichteten Zimmern. Es ist bezeichnend, daß die Kinder zuerst kaum in den schönen großen, weißen Betten schlafen wollten. Immer wieder krochen sie zusammen und meinten: Das ganze große Bett allein für mich? — Keines der 34 Kinder hatte zu Hause solchen Luxus [illegible]ren gezwungen, ihre Lagerstatt mit 1, 2 bis zu 4 Geschwistern zu teilen. — Auch das reichliche, kräftige Essen war neu für die Kinder. Immer wieder hoben sie beim Abschied hervor: „Und wir haben hier immer essen dürfen, soviel wir wollten. Nie hieß es: Nun gibt es nichts mehr." Und ein drittes hat stark auf die Kinder gewirkt, von denen die meisten im Ruhrgebiet wohl schon vorübergehend in Krippen, Kinderhorten, Kindergärten usw. untergebracht waren. „Hier sind doch keine frommen Schwestern, mit denen wir immer beten und heilige Lieder singen müssen, bei denen wir uns immer wieder bedanken müssen; hier ist es viel schöner, es sind keine Tanten und Onkels, nur Genossen und Genossinnen, mit denen wir spielen." — Die Kinder wurden, da sie sehr erholungsbedürftig waren, sehr wenig zu den Wirtschaftsarbeiten im Heim herangezogen. Sie brachten wohl ihre Zimmer in Ordnung, sonst aber spielten sie nach Herzenslust oder ruhten. Die Mahlzeiten nahmen alle gemeinsam in dem schönen, großen Speise- und Spielsaal ein. Dieser war von den Kindern mit roten Fahnen, mit Bildern von Marx und Liebknecht geschmückt. Aus russischen Kinderheimen waren Bilder, von russischen Kindern gemalt, gesandt worden, auch Plakate von russischen Genossenschaften. Nach jeder Mahlzeit wurde ein revolutionäres Lied gesungen.

Nicht nur für ihre Gesundheit dient der Aufenthalt hier den Kindern, sondern sie lernen durch die Zeit in diesem Heim, durch den Geist, der hier herrscht, etwas, das sich ihnen tief einprägt. Sie lernen die internationale Solidarität der Arbeiterschaft, die ihnen dieses Heim bereitet hat, daß die russischen Arbeiter, so wie wir ihnen im bösen Hungerjahr geholfen haben, jetzt zeigen, daß sie den deutschen Arbeitern in dieser Zeit der schweren Not auch beistehen. Die Kinder lernen stolz sein auf ihre Zugehörigkeit zum Proletariat. Sie hören vom schweren Kampf ihrer Eltern, und im Sinne der Kindergruppenbewegung werden sie hier beeinflußt, nicht durch Unterricht, sondern durch das Zusammenleben und -arbeiten im Heim, durch das Beispiel, durch Lektüre, durch gelegentliche Gespräche. Es war etwas ganz Neues für die Kinder, daß sie jetzt in einer Umgebung waren, wo sie ihren täglichen Kampf, Geheimhalten ihrer Taten, Lügen und Betrügen nicht mehr fühlen brauchten. Hier haben sie soviel Freiheit wie möglich, die Genossinnen stehen ihnen freundlich und hilfreich gegenüber und sie streiten sie nicht mit Worten und Taten. Die Kinder sahen, wie sie leben könnten, wenn die Kapitalisten ihnen nicht das Notwendigste entziehen würden.

Der Ferienaufenthalt der ersten Ruhrkinder, die den Monat Mai hier im Heim verbrachten, hat einen vollen Erfolg gebracht in körperlicher, sowie geistiger Beziehung. Die Kinder hatten alle zugenommen, zwischen 2 und 9 Pfund, durchschnittlich 3½ Pfund, was ihnen großen Eindruck machte und sie immer wieder freudestrahlend erzählten. Sie waren zu guten, innigen Genossen erzogen, die alle zu Hause in ihrer Kindergruppe arbeiten wollten. Ein Kleiner meinte: Ich stifte gleich eine Kindergruppe, wenn ich nach Hause komme.

Zum Abschied hatten die Kinder eine kleine Abschiedsfeier veranstaltet, zu der der Vertreter der russischen Genossenschaften, der Kinderheimkommission, der Zentrale der KPD., des Reichs-Frauensekretariats, der Kommunistischen Kindergruppen erschienen waren.

Welch Leben, welche Jugendfröhlichkeit strahlte auf den Gesichtern der Kinder, welche Hoffnung für die Zukunft sprach für die Erwachsenen. Die Feier fand statt im gemeinsamen Saal, der festlich geschmückt war. Sie wurde mit dem gemeinsamen Gesang der Warschawjanka eingeleitet; darauf folgten Deklamationen und Gesangsvorträge der Kinder von revolutionären Liedern und Gedichten, z. B. „Kommunisten", „Die Junge Garde", „Brüder zur Sonne", „das tägliche Brot"; Sprechchor: „Der rote Sieg." Die Lieder klangen laut und mächtig durch den Saal, mit revolutionärer Begeisterung wurden Gesänge und Gedichte vorgetragen. Es folgten verschiedene Ansprachen der Eingeladenen. Besonders aufmerksam lauschten die Kinder der Rede des Vertreters der russischen Genossenschaften, der das internationale Prinzip der Arbeitersolidarität betonte und die Kinder bat, mit den Kindern in den russischen Kinderheimen in Briefwechsel zu treten. Gen. Duncker, als Vertreter der Zentrale, hob hervor, daß die Kinder weiter im Sinne der internationalen Arbeitersolidarität handeln und wirken sollen, daß sie sich, auch wenn sie jetzt ins Ruhrgebiet zurückkehren, nicht nationalistisch gegen die Franzosen verhetzen lassen sollen, sondern die französischen Soldaten als Brüder ansehen müßten. Der Gen. Jancke von den Kommunistischen Kindergruppen wies die Kinder darauf hin, daß auch sie schon eine Macht bilden könnten, besonders in der Schule gegen die Lehrer, wenn sie nur einig zusammenhielten. Die Kindergruppe wäre der Ort, wo alle Arbeiterkinder sich zusammenschließen sollten. Gen. Düwell vom Frauenreichssekretariat erzählte den Kindern von den russischen Kinderheimen und wie sehr jetzt diese Stätte diesen Kinderheimen in Sowjetrußland gleich sei. Wie hier derselbe Geist herrsche, dasselbe freie, fröhliche Leben der Jugend pulsiere. Das sei ein Beweis dafür, daß der kommunistische Geist in allen Ländern, auf der ganzen Welt derselbe sei. Dieselben Kinderheime seien in Sowjetrußland von den Gewerkschaften und Genossenschaften, den Betrieben, den Kommunen, der Regierung eingerichtet. Dort werde für die Kinder gesorgt, so weit es eben möglich sei. In Deutschland und den anderen kapitalistischen Ländern seien wir Kommunisten leider noch nicht in der Lage, so eine unserer Kinder aufzunehmen. Nur dieses eine Heim in Tambach-Dietharz sei ein Merkmal dafür, wie wir das Leben für unsere Jugend gestalten würden. Genossin Düwell überreichte im Namen des Frauenreichssekretariats mehrere Bilder zur Ausschmückung des Heims, darunter eine Originalzeichnung von Käthe Kollwitz, vom Internationalen Frauensekretariat ein großes Plakat von der russischen Woche für Mutter- und Kinderschutz, daß eine Mutter mit einem Kinde auf dem Arm darstellt und einen Zug Kinder, der ihr entgegenläuft. Nach einigen Ansagen und Volksliedern der Kinder sprach im Namen der Kommunisten der kleine Genosse Hans aus Essen-West, der kundgab, wie gut sie es alle hier im Heim gehabt hätten, wie wohl sie sich hier fühlten, wie gern sie noch hierbleiben würden. Sie würden die Zeit hier nicht vergessen und im Ruhrgebiet davon erzählen, besonders auch in den Kindergruppen. Er brach den russischen Genossen, die ihnen diese Wochen hier ermöglicht hatten, im Namen aller den innigsten Dank aus und rief zum Schluß die russischen Genossenschaften hoch leben.

Mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale endete die Feier. Alte und junge Genossen blieben noch einige Stunden im fröhlichen Spiel im Garten und bei Gespräch im Haus vereint.

Neue Wege kommunistischer Propaganda.

Der Kampf der Hamburger Kommunistinnen gegen die Abtreibungsparagraphen.

Nachdem die sächsische Arbeiterregierung als eine ihrer ersten Maßnahmen die Amnestie für die Abtreibungsdelikte vorgesehen hatte, nahmen auch die Hamburger Kommunistinnen verschärft den Kampf gegen die Paragraphen 218 und 219 des Reichsstrafgesetzbuches auf. Nicht nur in der Erkenntnis, daß der Kampf in Sachsen gegen das Bürgertum nur dann siegreich geführt werden kann, wenn die Arbeiterschaft im ganzen Reich die Forderungen der sächsischen Arbeiterregierung unterstützt, sondern auch, weil das täglich größer werdende Elend das Schreckgespenst des Paragraphen 218 immer unerträglicher macht. Und der Kampf gegen die Paragraphen mußte in Hamburg noch besonders erfolgversprechend sein, da Hamburg, wenn auch noch keinen Arbeiterrat, so doch eine Arbeitermehrheit im Parlamente hat.

Als ersten Schritt beschloß die Frauen-Aktions-Kommission, die kommunistische Fraktion in der Bürgerschaft zu beauftragen, einen Antrag einzubringen, wonach der Senat verpflichtet wird, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Abtreibungsparagraphen aus dem Reichsstrafgesetzbuch gestrichen werden und, ebenfalls wie in Sachsen, die schon verurteilten Frauen von der Strafe befreit werden.

Von Anfang an waren wir uns aber darüber klar, daß das Wichtigste bei unserem Kampfe die Gewinnung der breiten Massen der Arbeiterfrauen für unsere Forderung sein mußte, denn nur dadurch war es möglich, einen Druck auf die bürgerlichen Parlamentsvertreter und — leider muß es gesagt werden — auch auf die sozialdemokratischen auszuüben. Neben der Propaganda in der Presse und dem Vertrieb entsprechender Literatur erschien hierfür die Einberufung von öffentlichen Versammlungen wohl am geeignetsten. — Aber wir wollten uns in diesem Falle mit dem Erfolg der bisherigen Frauenversammlungen nicht recht zufrieden geben. Wir wollten einen Weg finden, die Veranstaltung so auszugestalten und zu propagieren, daß die Arbeiterfrauen — auch ohne nur um ihren Männern eine Gefallen damit zu tun — wirklich in großen Massen zu uns kommen würden.

Nach eingehender Beratung entschieden wir uns dann für eine Propaganda-Aufführung.

Mit einem hierfür besonders geeigneten Genossen entwarfen wir das Stück und zogen die für die verschiedenen Rollen geeignetsten Genossinnen heran. Im ersten Bild wird die Korruption und das Parasitenleben der Bourgeoisie-Damen geschildert. Der Akt endet mit einer Unterredung der Dame

---

Genossinnen!

Am 29. Juli

Antifaschistentag

in ganz Deutschland

Trefft die nötigen Vorbereitungen.

---

mit ihrem Arzt, den sie in raffinierter Weise von ihrem „neurasthenischen" Zustand unterrichtet und der ihr verständnisvoll zu helfen verspricht.

Im zweiten Bild sehen wir denselben Arzt bei einer Arbeiterfrau, die ihm ihr furchtbares Elend schildert und ihn aus tiefster Not heraus ebenfalls um Hilfe bittet. Der Arzt aber lehnt das unter Hinweis auf die Paragraphen 218 und 219 schroff ab. Im weiteren Verlauf werden die furchtbaren Folgen geschildert, die dieses neue Unglück für die Proletarierfamilie mit sich bringt. Bis aufs Blut gepeinigt nimmt die Frau endlich die Hilfe einer Freundin an. — Die Frau und die Freundin werden beide von der Wohlfahrtsdame, der die Frau offenherzig ihre Not anvertraut hatte, verraten und angezeigt. Sie werden zu Zuchthausstrafe verurteilt. Das letzte Bild zeigt sie im Arbeitsraum des Zuchthauses, Werg zupfend, zusammen mit anderen Frauen und Mädchen, die ebenfalls Opfer der heutigen Gesellschaft geworden sind. Eine politische Gefangene, die unter ihnen ist, eine Kommunistin, leistet trotz eifrigster Bewachung Aufklärungsarbeit unter ihnen, bis sie alle, die Dirne, die Diebin, die Ehebrecherin, die Frau und ihre Freundin, die Ursache ihres gemeinsamen Elends und den Weg, den sie zu gehen haben, langsam erkennen. Aber die „Hetzerin" wird herausgefunden und gewaltsam von der Mörderin entfernt. Die letzten, aufrüttelnden Worte, die sie ihnen noch zuruft, gelten nicht nur ihren Mitgefangenen, sondern allen versammelten Frauen, von denen jede ein Stück ihres Elends hier vorüberziehen sieht.

Die erste Aufführung, die in dem größten Saal des Arbeitervereins Barmbeck stattfand, übertraf, was den Besuch und die Wirkung auf die Versammelten anbetraut, unsere kühnsten Erwartungen. Der Saal war zu klein für die Massen, deren überwiegend größter Teil diesmal wirklich aus Frauen bestand, die während der Aufführung mit gespanntester Aufmerksamkeit und tiefem Miterleben unserem Spiel folgten. Noch nie hatten wir in einer unserer bisherigen Veranstaltungen

soviel indifferente, sozialdemokratische, überhaupt andersdenkende Frauen erfassen können. (Wie wir später erfuhren, wurde am Morgen nach der Aufführung in fast allen Barmbecker Geschäften von der Veranstaltung gesprochen und über die aufgeworfenen Fragen diskutiert.) Der Erfolg war so groß, daß von allen Seiten Wiederholungen verlangt wurden. Die Ortsk. beschloß daher, noch 6 weitere Aufführungen in verschiedenen Stadtteilen stattfinden zu lassen. Alle bisher stattgefundenen Veranstaltungen endeten mit dem gleichen Erfolg. Vor Beginn jeder Aufführung hielt eine Genossin stets eine kurze Ansprache, in der unser Kampf in Hamburg und im Reiche geschildert und die Frauen für unsere Forderungen gewonnen wurden. So ist es uns gelungen, auf Tausende, bald Zehntausende Hamburger Arbeiterfrauen einzuwirken und sie zum Kampf gegen die Schandparagraphen und eine Regierung, die sie duldet, zu mobilisieren.

Um eine geschlossene, einheitliche Kampffront der gesamten organisierten Arbeiterfrauen herzustellen, wandten wir uns gleich nach der ersten Aufführung an das Aktionskomitee der sozialdemokratischen Frauen und forderten sie zu einer gemeinsamen Besprechung über die nächsten Maßnahmen auf. Das sozialdemokratische Frauen-Aktionskomitee hielt es nicht einmal für notwendig, unsere Aufforderung auch nur zu beantworten.

Ungefähr gleichzeitig kamen in der Hamburger Bürgerschaft die oben erwähnten kommunistischen Anträge auf die Tagesordnung. Die Abstimmung hierüber bot ein äußerst interessantes Bild. Daß die Bürgerlichen gegen beide Anträge stimmen würden, war vorauszusehen. Trotzdem bestand die Möglichkeit, die Anträge zur Annahme zu bringen, wenn die Sozialdemokraten für unsere Anträge stimmen würden.

Der Antrag betr. Verpflichtung des Senats, bei der Reichsregierung auf die Aufhebung der Abtreibungsparagraphen hinzuwirken, brachte die sozialdemokratische Fraktion in große Verlegenheit. Man wußte, daß die Massen der sozialdemokratischen Arbeiterfrauen — nicht zuletzt durch die erfolgreiche Propaganda der Kommunistinnen — hinter diesem Antrag stehen. — Verzwickte Situation! Was tun? Während ein Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten durch Verlassen des Saales sich vor der Abstimmung drückte, stimmten gerade noch so viel Sozialdemokraten für den Antrag, daß er mit ganz knapper Majorität zur Annahme kam. Aber es fanden sich auch Sozialdemokraten, die gegen die Aufhebung der Schandparagraphen stimmten, u. a. die Abgeordnete Stengele (eine der „Führerinnen" der hamburgischen sozialdemokratischen Frauenbewegung), und der sozialdemokratische Senator Hoffmann (Leiter des Hamburger Wohlfahrtsamtes). — Der zweite Antrag, welcher die Amnestie für Notdelikte verlangte, wurde in geschlossener Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt.

Dieses Schandwerk der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion drohte nun aber den Widerspruch der Mitglieder herauszufordern. Tags darauf erschien deshalb im „Hamburger Echo" so eine Art Rechtfertigung von Dr. Knack, einem der männlichen Vormünder der sozialdemokratischen Frauenbewegung. Er führte darin aus, wie taktlos die Kommunisten doch eigentlich wären, gerade diese Frage jetzt aufzurollen, besonders, da die Sozialdemokraten sich gerade vorgenommen hätten, diese Frage in ihrer Fraktion noch einmal gründlich zu überlegen. Im übrigen sei es doch auch schon sehr spät gewesen, sie seien schon alle sehr müde gewesen, und die Kommunisten nützten ja doch nur alles für ihre „parteipolitischen Zwecke" aus, usw. usw. So sieht der Kampf der Sozialdemokraten für die Interessen der Arbeiterfrauen aus!

Nachdem nun also unser oben angeführter Antrag angenommen wurde, setzten wir uns in verstärktem Maße für die Freilassung der inhaftierten Frauen ein. Nach unseren bisherigen Ermittelungen sitzen allein in Hamburg 17 Frauen wegen Abtreibung hinter Kerkermauern.

Auch bemühen wir uns jetzt, Einblick in die Akten verurteilter Frauen zu gewinnen. Die Kenntnis ihrer Verhältnisse wird uns sicher das beste Propagandamaterial bringen.

Vielleicht gelingt es uns mit Hilfe der hinter uns stehenden Massen der Arbeiterfrauen, diese unglücklichen Frauen zu befreien und sie ihren Familien zurückzugeben — trotz Bürgertum und Sozialdemokraten.

Martha Moritz.

Ein Blutegel im weißen Kleid.

Auf dem Podium im Saale des Künstlerhauses in Berlin stand dieser „Engel" — im weißen Festgewand, mit dem leuchtenden roten Kreuz auf der Brust. Auf den Bänken davor ein feines Publikum, Exzellenzen, Professoren, Damen, Repräsentanten der Großbourgeoisie. Andachtsvoll lauschte alles den Gesängen des weißen Engels. Dieser kam nicht aus der 4. Dimension, er kam aus Finnland, aus dem Lande der Verleumdung über Sowjetrußland, aus dem reaktionären monarchistischen Verschwörernest, aus dem Paradies der Weißgardisten. Und zu diesen gehörte der weiße Engel, die Schwester Dagmart Klein. Sie rühmte die Blutarbeit der weißen Garden Finnlands gegen das proletarische Rußland, sie erzählte von der „tätigen Gegenwehr gegen den Bolschewismus". Im Blutdienste für die Bourgeoisie, da waren sogar die weißen Damen heldenmütig. Jahrelang hatten sich die finnischen Krankenschwestern geübt, um als Schutztorps für die männlichen Vaterlandsverteidiger zu dienen im Kampfe gegen die „Roten". Dann halfen sie den finnischen und deutschen Truppen das „Befreiungswerk" vollenden, wie Schwester Dagmar den Kampf und den Terror Finnlands gegen die Proletarier nennt.

Der Engel im weißen Gewande fand ein dankbares Publikum. Es ist immer eine Wonne für den deutschen Bourgeois, von Blutarbeit gegen Proletarier zu hören. Andächtig, begeistert lauschten die Zuhörer. Sie waren beide einander wert; sie waren Kinder eines Geistes, die Vortragende und die Hörer. Sie erbauten sich im prunkvollen Saal, in Festgewändern an den Schilderungen, wie Proletarier zu Tausenden umkamen durch Mord und terroristische Justiz weißer Garden in Finnland. Das hörten sie sich mit Wohlgefallen im Herzen hier in Berlin an, hier, wo die Weißen an der Macht sind, Hunderttausende unterernährt sind, wo Tausende an dieser Unterernährung, an Hunger zugrunde gehen, wo Zehntausende keine Wohnung haben, wo es unzählige Frauen gibt, die kein weißes Hemd auf dem Leibe haben.

Sollten wir nicht auch derartige reaktionäre Umtriebe, selbst wenn sie sich so unschuldsvoll hinter dem weißen Festgewand einer „friedlichen" Roten-Kreuz-Schwester verbergen, aufdecken und dagegen vorgehen?

Aus den Organisationen

Die Bezirks-Frauenkonferenz des Bezirks Wasserkante.

Die Konferenz nahm ihren Anfang mit der Aufführung des Theaterstücks „§ 218" im Gewerkschaftshause. Der Eindruck des Stückes war so stark, daß eine große Anzahl von Ortsgruppen beschloß, eigene Aufführungen zu veranstalten.

Die Konferenz war besucht von 56 Delegierten, darunter 23 aus Hamburg, und 33 auswärtige, ebenso von einer größeren Anzahl Gäste.

In dem Referat „Die nächsten organisatorischen Aufgaben der kommunistischen Frauen" zeigte Gen. Urbahns auf, wie die augenblickliche politische und wirtschaftliche Lage außerordentlich revolutionierend auf die Frauen sowohl der Arbeiterklasse als auch besonders auf die Frauen aus den Angestelltenkreisen und aus dem Kleinbürgertum gewirkt hat. Die Fortschritte in der Kontrollausschußbewegung sind der beste Beweis hierfür. An Hand von Beispielen wies der Referent nach, daß auch die kommunistischen Frauen die Arbeit in den Betriebszellen aufnehmen und sie mit eigenen Kräften durchführen können.

Die Berichte der Delegierten gaben ein interessantes Bild von der Aktivität und Arbeit der Genossinnen, die in allen Gebieten des proletarischen Kleinkampfes auf dem Plan sind.

Ueber die Tätigkeit der Kontrollausschüsse gab Genosse Meyer (Hamburg) einen Bericht, der von einigen Genossinnen noch ergänzt wurde.

Aus Neumünster wurde berichtet, daß die faschistischen Gewerkschaften den Versuch machen, dort Fuß zu fassen, was durch die gesamte Arbeiterschaft vereitelt werden muß.

Genossin Möller (Kiel) berichtet von ihren Erfahrungen im Mieterverein und von dem starken Erfolg eines Samariterkursus.

Genossin Hoffmann (Hamburg) verlangt stärkere Mitarbeit in den Konsumvereinen und stärkeren Kampf dem Alkohol.

Die Berichte über die Tätigkeit der Genossinnen aus den Betrieben zeigten auf, wie sehr die Arbeiterinnen in den Betrieben der kommunistischen Propaganda zugänglich sind.

Von den außerordentlichen Schwierigkeiten der ländlichen Arbeit sprach Genossin Augustat (Lützerdorf).

Ebenso stößt auch die Arbeit unter den Angestellten auf große Schwierigkeiten.

Die Genossin Becker (Bremen) gab einen sehr anregenden Bericht über die Tätigkeit der Bremer Genossinnen und der Bremer Arbeiterfrauen im allgemeinen. Bei den Werftdemonstrationen sind die Frauen mit aufmarschiert und haben selbst mit den Direktoren über die notwendigen Lohnerhöhungen verhandelt. Bei Beschlagnahmungen durch die Kontrollausschüsse ist es zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen.

Als die Bürgerschaft in Bremen die Auflösung des Kinderkrankenhauses wegen Geldmangel beschloß, hat die Rote Hilfe in Bremen eingegriffen, und sie ist drauf und dran, in Worpswede ein proletarisches Kinderheim zu errichten. (Eine Sammlung in der Konferenz für dieses Kinderheim ergab eine Summe von 106 000 M.)

Genossin Roders (Lüneburg) erzählte aus ihrer praktischen Erfahrung über die Behandlung von Ruhrkindern durch die Bauern. Die Kinder werden von vornherein völlig eingeschüchtert, um dann als billige Arbeitskräfte besser ausgenützt werden zu können.

In einer längeren Diskussionsrede berichtete Genossin Hertha Sturm vom Reichs-Frauensekretariat über den Stand der Frauenarbeit im Reich, die im engsten Zusammenarbeiten mit den Kontrollausschüssen große Erfolge, vor allem in Thüringen und im Rheinland, erzielt hat.

Genossin Sturm ging dann noch näher auf die Frage der Beteiligung der Frauen an den proletarischen Hundertschaften ein. Die Einordnung der besten und zuverlässigsten proletarischen Frauen in die Hundertschaften gibt den Frauen Gelegenheit, zu beweisen, daß auch sie nicht hinter den Männern zurückstehen, wenn es gilt, die Geschlossenheit und Kraft der proletarischen Bewegung zum Ausdruck zu bringen.

Der Antrag, für Groß-Hamburg einen Kursus zur Heranbildung von Rednerinnen zu veranstalten, wurde zur Erledigung der Bezirksleitung überwiesen. Ferner wurde beschlossen, daß die örtlichen Frauenagitationskommissionen die Tätigkeit der Kontrollausschüsse in jeder Weise unterstützen müssen.

Zur Unterstützung der Bezirks-Frauenleiterin, Genossin Stolle, wurde die Genossin Margot Maß bestimmt.

Die äußerst anregende Tagung bewies, daß die kommunistische Frauenarbeit im ganzen Bezirk Wasserkante vorwärtsgeht und daß wir über eine große Anzahl von Genossinnen verfügen, die die kommunistischen Ziele klar erkannt haben und für sie zu kämpfen verstehen. Das gibt uns die Verpflichtung, mit doppelter Kraft unsere Arbeit fortzuführen.

Ein Brief aus Traunstein.

Liebe Genossinnen!

Ihr habt bisher immer in der „Kommunistin" von Ereignissen in den Großstädten gelesen. Nun laßt auch einmal eine Genossin aus einem kleinen Landstädtchen zu Euch reden. Ich wohne in einer kleinen Stadt (10 000 Einwohner) in Oberbayern, in der Hochburg der Hitlergarde und im extreaktionären Chiemgau. Die KPD. besteht hier seit zwei Jahren. Wir haben hier noch keine F. A. K. Die Arbeit der Partei hier ist sehr erschwert. Jede Versammlung, und mag sie bloß Mitgliederversammlung sein, wird uns verboten. Unsere Genossen sind recht rührig und haben, trotzdem uns die VSPD. fast mehr bekämpft als die Bürgerlichen, ziemlichen Einfluß in den Gewerkschaften. Wir wollten die Maifeier mit den SPD.-Arbeitern abhalten, doch die Herren sozialistischen Stadträte protestieren dagegen, daß die Kommunisten die Harmonie bei ihrer Maifeier störten. Wir waren allein, unser Umzug wurde verboten, und wir durften unsere Maifeier nur im geschlossenen Garten unter Bewachung von 18 Gendarmen abhalten. Sie ist aber trotzdem sehr schön verlaufen.

Wie gut habt Ihr es doch in den Großstädten! Wie wünschen wir uns Genossinnen hier, daß wir einmal eine größere Frauenversammlung abhalten könnten. Wieviel mehr Mut würde man da wieder haben, wenn man sieht, daß man nicht allein ist; daß es nicht bloß viele Leidensgenossinnen, sondern Kampfgenossinnen gibt. Bei uns ist eine Demonstration von 2000 Personen schon eine Sensation. Wie erhebend müssen doch Eure schönen Frauenversammlungen sein, könnten wir das einmal mitmachen. Wir Genossinnen hier werden besonders bekämpft von den Dummen und Irregeleiteten, die das gleiche Elend zu tragen haben wie wir, die aber ihre Hilfe immer noch vom Himmel erwarten. Doch wir verzagen nicht. Wir werden weiterfahren in der Aufklärung der Verblendeten. Wir wissen, der Tag der Befreiung kann nicht mehr fern sein.

Mit kommunistischem Gruß an alle Genossinnen und Leserinnen der „Kommunistin"

Genossin M. B.

Aus der Internationale

Die bulgarischen Kommunisten während der Wahlagitation*).

Am 22. April d. J. wurden die Neuwahlen für die Narodno Sobranje, so wird das Parlament unseres Landes genannt, vollzogen.

Dieselben fanden unter einem bis dahin nie dagewesenen Terror und unter unerhörten Wahlfälschungen statt. Der Terror war von der herrschenden Landwirteregierung gegen die Opposition im allgemeinen gerichtet, doch organisiert und systematisch durchgeführt wurde er einzig und allein gegen die Kommunistische Partei.

Volle drei Jahre ist es bereits, daß unser Land von dem Landwirtbunde regiert wird. Im Namen eines Programms für die „Wahrung der Interessen der kleinbesitzenden Bauern", zur Macht gelangt, hat dieser Bund nicht nur die Interessen dieser Kleinbesitzenden nicht geschützt, sondern ist gerade durch seine wirtschaftliche, finanzielle und nationalistische Politik in krassen Widerspruch zu den Interessen der kleinbesitzenden Bauern und des Stadtproletariats geraten. Der Landwirtbund verfolgt den breitgetretenen Weg der früher regierenden bürgerlichen Parteien. Durch Plünderung und Raub entstanden aus der Mitte der Führer des Landwirtbundes neue Dorfschulzen, die jetzt den mit ihrer Raub- und Ausplünderungspolitik unzufriedenen breiten werktätigen Massen den Terror in seiner abscheulichsten Form — den Faschismus — entgegenstellen.

Das letzte Parlament war infolge der großen Opposition, die die Kommunistische Partei mit ihren 51 Abgeordneten darin ausübte, für die volksfeindliche Politik des Landwirtbundes sehr ungünstig. Deshalb auch löste der Landwirtbund dieses Parlament, das dem Gesetze nach noch ein Jahr zu bestehen hatte, auf, änderte das Wahlgesetz um, wobei der Prozent bei den Wahlen abgeschafft wurde, und schrieb die Neuwahlen für den 22. April aus. Obwohl die Aenderungen des Wahlgesetzes solcher Art waren, daß dadurch jeder herrschenden Partei die Möglichkeit gesichert wird, über eine überwältigende Mehrheit im Parlamente zu verfügen, richtete die Landwirteregierung in der Wahlagitation einen fürchterlichen Terror gegen die Kommunistische Partei.

Sofort mit der Eröffnung der Wahlkampagne setzte auf Verordnung der zentralen Behörden die Kreispräfekte im ganzen Lande den Verkehr von einem Ort nach dem anderen ohne Ausweis. Zu den Osterfeiertagen wurden jede Art politische Versammlungen verboten, damit die Feiertagsstimmung der Bevölkerung nicht gestört werde . . . (Rk) Selbständig wurde dies alles unternommen, um den Kandidaten und den Agitatoren der Kommunistischen Partei die Gelegenheit zu rauben, ihre Agitation auf dem Lande auszuüben, die Losungen der Partei vor den Bauernmassen aufzurollen. Hauptsächlich aber sollte dadurch verhütet werden, daß die Kommunisten die Tätigkeit und die Politik der Landwirteregierung einer zumindest kritik vor den werktätigen Massen unterziehen. Trotz dieser strengen Verordnungen der Regierung mobilisierte die Kommunistische Partei in der Wahlkampagne, die sie bereits am 1. April eingeleitet hatte, alle Parteimitglieder, die Frauen und die Jugend, um in Wort und Schrift die Losungen der Partei zu verbreiten. Es wurde eine energische, vor nichts zurückschreckende individuelle und öffentliche Agitation in Stadt und Land eingeleitet.

Der Unerschrockenheit, Disziplin und Organisiertheit der Wahlagitation der Kommunistischen Partei stellte die Landwirteregierung, von der gesamten koalierten Bourgeoisie unterstützt, die Peitsche, Knute, die Verhaftungen und sogar die mili-

*) Dieser Artikel wurde uns vor einiger Zeit eingesandt, als die Regierung Stambuliiski noch unerschüttert am Ruder saß. Ein Staatsstreich aller bürgerlichen Parteien hat diese Regierung beseitigt. Es hat dabei nur einen Kampf zwischen einzelnen bürgerlichen Machtgruppen stattgefunden, und das Resultat dürfte für die bulgarischen Arbeiter unter der Regierung des führenden Bürgertums das gleiche sein wie unter der des Bauernführers Stambuliiski. Die Kommunistische Partei hat von der jetzigen Regierung nichts besseres zu erwarten als von der Stambuliiskis. Im Gegenteil, durch den Eintritt eines Sozialdemokraten in das Ministerium wird aller Voraussicht nach der Kampf gegen die Kommunistische Partei der Hauptinhalt der neuen Regierung sein. Die Kommunistische Partei wird durch eine Festigung ihrer Reihen diesem Angriff zu begegnen wissen. Die bulgarischen Genossen werden diese Regierung energisch bekämpfen und nicht eher ruhen, bis die Arbeiter- und Bauernregierung in Bulgarien aufgerichtet ist.

tärischen Strafexpeditionen entgegen. Ganze Dörfer, die als Festen der Kommunistischen Partei galten, wurden von Militär blockiert, das wie Hunnenhorden die Bevölkerung mißhandelte und alle viehischen Instinkte einer aussterbenden Klasse austoben ließ.

Nach den Feststellungen des Parteiorganes „Raboltnitschesti Westnik" wurden in der Zeit vom 6. bis 22. April mehr als 812 Personen verhaftet. Von diesen sind über 420 den fürchterlichsten Mißhandlungen ausgesetzt worden. Unter den Verhafteten sind auch einige Mitglieder des Zentralkomitees der kommunistischen Partei.

Dutzende von Versammlungen in den Dörfern wurden durch Polizei und Militär gesprengt. Die Landwirteherrscher waren ganz toll, weil die Dorfmassen sie verließen und sich unter der von der Kommunistischen Partei erhobenen Losung für die Arbeiter- und Bauernregierung zusammenscharten. Sie hatten den Ententeimperialisten ihr Wort verpfändet, daß sie während dieser Wahlen den Bolschewismus in Bulgarien ausrotten würden, und diese ihre Anstrengungen bezweckten, sich ein Bravo von der „zivilisierten" Horde — den Ententekapitalisten — zu verdienen.

In diesem brutalen und zynischen Treiben verschonte der Landwirtebund, der sich selbst als eine „den Volkswillen ausdrückende" Organisation bezeichnet, auch nicht die Frauen, die kommunistischen Agitatorinnen.

In Berkowitz, am 15. April, überfiel eine betrunkene Bande von Schutzleuten und Detektiven mit dem Kreispräfekt an der Spitze den kommunistischen Klub der Stadt, in welchem nur Frauen versammelt waren, vergewaltigten sie und demolierten alles.

Am 18. April in Russe wurde die Jugendliche Nadeschda Trifonowa, die von ihrer Agitation im Viertel sich nach ihrem Hause begab, von zwei Schutzleuten überfallen und nach dem 4. Polizeirevier der Stadt geschleppt. Nachdem es ihnen nicht gelang, sie zu vergewaltigen, weil das Mädchen sich tapfer zur Wehr setzte, wurde sie bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen und auf die Straße geworfen, von wo sie mitleidige Menschen aufhoben.

In Maglisch, Stanimaka, Lowetsch, Lom und anderen Orten wurden auf die agitierenden kommunistischen Frauen Treibjagden veranstaltet. Trotz all dieser Verfolgungen nahmen die kommunistischen Frauen überall den regsten Anteil an der Agitation für Wahlen. Obgleich in unserem Lande die Frauen weder das aktive noch das passive Wahlrecht besitzen — sie haben bloß ein passives für die Wahlen der Schulräte — hindert dies die bulgarischen Kommunistinnen nicht, an allen Wahlkämpfen regen Anteil zu nehmen.

Worin bestand diese Tätigkeit der bulgarischen Kommunistinnen? Sie gingen unter die Massen der Arbeiterfrauen und armen Hausfrauen und in öffentliche Versammlungen. In Vorträgen, Agitation von Mund zu Mund erklärten sie ihnen die Losungen der Kommunistischen Partei, besonders jene, die speziell die Arbeiterfrauen und armen Hausfrauen berühren, wie Arbeiterschutz, Mutter- und Kinderschutz, Verminderung der Teuerung, Ueberwälzung der Steuerlasten auf die Vermögenden, Vernichtung der imperialistischen „Friedens"verträge und der Reparationen usw. usw. Im Namen dieser Losungen forderten wir die Frauen auf, von ihren Männern und Söhnen zu verlangen, mit dem weinroten Wahlzettel für die Kommunistische Partei zu stimmen. Wir vergaßen dabei auch nicht, sie aufzufordern, unseren Bildungsgruppen beizutreten und sich auf unsere „Nawnsswo" zu abonnieren. Während dieses Wahlkampfes haben wir auch gewisse Resultate aufzuweisen: Wir erhielten neue Mitglieder, neue Abonnentinnen und vor allem wir nahmen innigere Fühlung mit den Frauenmassen.

Zum Schluß müssen wir noch erwähnen, daß durch die Teilnahme an den Wahlkämpfen die bulgarischen Kommunistinnen für die politischen Kämpfe gestählt werden, obwohl die Bourgeoisie und in erster Linie die Landwirteregierung die werktätige Frau als für die politischen Rechte und das politische Leben nicht geeignet erklären.

In allen ihren Aktionen vergißt die Kommunistische Partei nie, den Kommunistinnen klare und konkrete Aufgaben zu stellen, die sie im gegebenen Falle auszuführen haben, und stets werden dieselben für die Organisierung und die Aufklärung der Frauen ausgenützt, wenn auch manchmal geringe greifbare Resultate erzielt werden.

Trotz des Terrors erhielt die Kommunistische Partei Bulgariens am 22. April 210 000 Stimmen, d. h. 30 000 Stimmen mehr als bei den letzten Parlamentswahlen, und erkämpfte 16 Sitze von insgesamt 244 im Parlament.

Sofia, den 12. Mai 1923. Ana May.

Feuilleton

„Pan a ocho"*)

Die Zeiten waren schlecht. Die Arbeiter hatten nichts zu tun und begannen zu betteln. Und die Bettler, die an der Straßenecke standen, ohne beachtet zu werden, begannen, aus Arbeiten zu denken. Das eine war ebenso aussichtslos wie das andere.

Und die Brotpreise stiegen. Sie waren schon bei zwanzig Pfennig fürs Pfund angelangt. In guten Zeiten kostete das Pfund nur zehn, und alte Leute erinnerten sich, daß es auf acht gestanden hatte. Damals konnte man wenigstens genug Brot bekommen, jetzt mußte man sich die Hälfte oder manchmal alles versagen. Das letztere führte natürlich zum Kirchhof.

Eines Tages versammelten sich die Handwerker von Granada und veranstalteten eine Prozession durch die Straßen, mit einer schwarzen Fahne an der Spitze. Vor der Wohnung des Präfekten machten sie Halt und schrieen nach Arbeit. Den Dreispitz in der Hand, kam der Präfekt in Gala auf die Veranda und erklärte, der hohe Rat berate bereits über Vorschläge, wie der Not abzuhelfen sei. Er brachte ein Hoch auf den König aus und zog sich zurück, und die loyalen Handwerker gingen verdrossen heim. Nur die Bäcker beteiligten sich nicht an dem Trauerzuge; sie benutzten die Zeit dazu, den Brotpreis um noch vier Pfennige auf den Laib zu erhöhen.

Die Handwerker versammelten sich nicht mehr, aber der hohe Rat kam am Abend zusammen und erörterte die Begebenheit. Alle Mitglieder bewunderten das diplomatische Geschick, mit dem der Präfekt den Auflauf abgewehrt hatte, und man beschloß, einen telegraphischen Bericht über das Geschehene an die Regierung in Madrid zu senden und den Präfekten für einen Orden in Vorschlag zu bringen. Damit waren die Verhandlungen des Rates erledigt.

Granada liegt in einem Winkel der Vega, sozusagen zwischen den Zehen der Sierra Nevada. Unten in der Ebene wohnen die Wohlhabenderen. Aber die Stadt verläßt sie und die Ebene und steigt nach Albaicin hinauf. Hier auf dem steilen Abhang, wo ein Haus auf den Schultern des anderen zu stehen scheint und über die Vega hinstarrt, wohnen die Weberinnen. Die Stadt erstreckt sich noch weiter und besteht schließlich aus Baracken, die auf schmalen Terrassen hängen; und ganz oben aus zahlreichen Erdhöhlen in der Seite des Berges, die alle nach Süden gewendet sind. Hier hausen die Allerärmsten und die Zigeuner.

Außer diesen letzteren gibt es dort oben in den Höhlen, in Albaicin und den äußersten Baracken nicht viele Männer. Aber desto mehr Frauen, — Witwen, die durch den Verlust des Versorgers zu Armut gelangt sind, und andere Frauen, die niemals Versorger gehabt haben, nur eine flüchtige Liebe und deren dauernde Früchte. Ihnen hatte die Liebe nichts geschenkt; sie hatte sie selbst zu Versorgern gemacht — zu lebenslänglichen. Denn in Andalusien leben die Kinder von den Eltern, bis diese sterben.

Am Abend kletterte das Gerücht, daß das Brot auf 24 Pfennige gestiegen sei, bis hinauf zu den Erdhöhlen unter Sacre Monte.

„Bald können wir's nicht mit unserem eigenen Fleisch aufwiegen!" sagte eine spindeldürre Frau, die an ein Steinkreuz gelehnt stand und ihrem Kinde die Brust gab. Sie lachte gequält und nahm das Kind von der Brust weg. Sein Mund war rot — von dem Blut aus ihren Brüsten. Sie lutzte das Blut von den Lippen des Kindes und legte sich auf dem Fußgestell des Kreuzes nieder, um auszuruhen. Später kamen Leute und trugen sie in eine Höhle hinein.

(Fortsetzung folgt)

*) Erzählung aus „Die Passagiere der leeren Plätze", von Andersen Nexö. Der Malik-Verlag, Berlin.

Inhaltsverzeichnis. Titelbild: „Mich geht der Wucher mit Lebensmitteln nichts an, ich bin zum Schutze . . . der Verkäufer da . . ." — „Die Kommunistin" bedroht den Staat! — Es ist der Kampf ums Brot. — Das Heimarbeiterlohngesetz. — Ueberall in der Welt schlägt der Kapitalismus die Proletarier. — Das erste proletarische Kinderheim in Deutschland. — Neue Wege kommunistischer Propaganda. — Antifaschistentag. — Ein Blutegel im weißen Kleid. — Die Bezirks-Frauenkonferenz des Bezirks Wasserkante. — Ein Brief aus Traunstein. — Die bulgarischen Kommunistinnen während der Wahlagitation. — „Pan a ocho".

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW. 48.

Die Kommunistin

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Herausgegeben vom Reichs-Frauensekretariat. Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin

Nr. 14 | Die Kommunistin erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Infolge der immer weiteren Geldentwertung mußte der Preis wieder erhöht werden. Einzelnummer 600,— Mark | Berlin, 15. Juli 1923 | Verlag: Friedrichstadt-Druckerei G.m.b.H. (Abteilung Zeitschriften). Berlin SW. 48, Friedrichstr. 225. — Verantwortlich für die Redaktion: Martha Arendsee, Berlin. | Jahrg. 5

Schlagt die Juden tot!

Schlagt die Juden tot!

Das ist der Schlachtruf der Deutschvölkischen. Der ‚Jud' ist schuld an der Not des Volkes. Der Jud' ist der Börsenwucherer, der die Mark entwertet. Der jüdische Viehhändler haut den Bauern übers Ohr und treibt die Lebensmittelpreise in die Höhe. Der jüdische Zwischenhändler betrügt den ehrlichen Produzenten um seinen Verdienst und schafft sich auf Kosten des Handwerkers, des Bauern und des Verbrauchers in der Stadt mühelose Zwischengewinne. Der Jude macht die Finger nicht krumm und wird dabei unfehlbar ein reicher Mann. Der Jud' ist ein Schmarotzer. Schlagt ihn tot oder werft die „Fremdstämmigen" aus dem Land hinaus. An der krummen Nase und den platten Füßen kennt ihr ihn. Selbst wenn sie Revolutionäre sind, so betrügen sie die Arbeiter, arbeiten ungetreuer für die Rothschilds und Co., für die jüdische Großfinanz.

Es ist richtig, in Deutschland gehört ein großer Teil der Juden zu den Ausbeutern. Anderwärts, in Polen, in Rußland, in Amerika gibt es massenhaft jüdische Handwerker und Arbeiter.

Es stimmt also nicht, was die Völkischen behaupten, daß der ausbeuterische Charakter der Juden im „Blut" und in der „Rasse" liegt. Und jeder, der die Bibel liest, die Fabeln, Sagen und die Geschichtsbücher der Juden, weiß, daß sie ursprünglich Wüstennomaden waren (wie die Beduinen in Innerasien), Kamel-, Rinder- und Ziegenhirten, daß sie dann Ackerbauern wurden und schließlich, als sie aus ihrem Land vertrieben wurden, Händler, Kaufleute, Aerzte usw. (Bis vor verhältnismäßig kurzer Zeit durften die Juden keinen Grundbesitz erwerben.)

Also im Blut liegt's nicht. Es liegt offenbar in dem geschichtlichen Schicksal dieses Völkchens. So sind unter ganz ähnlichen Umständen die Perser, die wegen ihrer alten Religion (dem Feuerdienst) aus ihrem Land verjagt wurden, ebenfalls ein Händlervolk geworden.

Aber natürlich ändert das nichts daran, daß die Juden, die Ausbeuter sind, vom werktätigen Volk aufs schärfste bekämpft werden müssen.

Aber sollen sie wegen ihrer krummen Nase bekämpft werden oder wegen ihrer Ausbeutung? Wenn einer blonde Haare hat, blaue Augen und direkt von Hermann dem Cherusker abstammt, so vergeben ihm die Deutschvölkischen die Ausbeutung. Die blauen Augen, die blonden Haare und der Taufschein bürgen dafür, daß der Inhaber keine Börsenmogeleien macht, keinen Kettenhandel treibt, kein Schwerstreiber ist, sondern ein treuherziger Stammer, ein „Volksgenosse", der produktiv arbeitet.

So produktiv etwa, wie Herr Hugo Stinnes (er sieht zwar aus wie ein Assyrerkönig, aber er ist, laut Taufschein, offenbar ein schwarzhaariger Germane echten Geblüts), der heute zu den zehn reichsten Männern der Welt gehört. Aber Fabrikleitung ist produktive Arbeit. Stinnes arbeitet 16 Stunden. So sagen die Völkischen. Nun, Stinnes und seinesgleichen pressen nicht nur den Arbeiter in der Fabrik aus (das ist ihre produktive Arbeit), sie machen Händler- und Börsengeschäfte trotz einem Juden. Und wenn sie die Gier nach Gewinn 16 Stunden auf den Beinen hält, um so schlimmer für das arbeitende Volk.

Die biederen blonden, schwarz- oder braunhaarigen und stupsnäsigen Junker wetteifern desgleichen mit den Juden in Lebensmittelwucher und Marktspekulation. Christ und Jud', Börse, Bank und industrieller Unternehmer, das ist heute ein Rattenkönig von Schmarotzern am Volkskörper.

Die beschnittenen und unbeschnittenen, die haken- und stupsnäsigen, die blonden und schwarzhaarigen, die getauften und ungetauften, die X- und die O-beinigen Ausbeuter — das ist schon Hose wie Jacke.

Wenn das Schmarotzen ohne produktive Hand- oder Kopfarbeit den Juden ausmacht, so sagen wir Kommunisten: diese Sorte „Juden" — das sind heute alle Kapitalisten, ohne Ausnahme.

Mit ihnen räumt auf! Setzt ihnen das Knie auf die Brust! Jagt ihnen den Raub ab, den sie in und nach dem Kriege sich aus Blut und Schweiß des Volkes zusammengegaunert haben.

Die „Fremdstämmigen", das sind alle die, die das Volk um des Profits willen verraten und verkaufen. Wir, die wir mit Hand und Kopf in der Fabrik, im Kontor, auf dem Acker hungernd fronen, — wir, deren Hände alles schaffen, wir allein haben Anspruch auf das Land und alles was darin ist.

Freilich, der Anspruch allein tut's nicht. Wir müssen uns holen, worauf wir durch unsere Arbeit ein Recht haben. Mit eisernen Zangen. Denn freiwillig gibt der Stamm Nimm aller Farben, Konfessionen nichts aus den Klauen. Alle Höllenhunde, nicht zuletzt die Völkischen, die Faschisten, hat er in seinen Dienst gestellt, um das arbeitende Volk zu verwirren und grausam niederzuschlagen.

Arbeiterfrauen, wenn euch einer gegen die jüdischen Weiber hetzt, statt gegen die jüdischen und christlichen Geldsäcke, der ist ein Betrüger oder ein ausgemachter Dummkopf. Leuchtet ihm heim!

A. Th.

Kampf in der Metallindustrie!*)

Seit Wochen gärt es in der Metallindustrie!

Mit jedem neuen Lohnabkommen wird die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen, die in dieser Branche zahlenmäßig stark vertreten sind, immer schlechter. Stets blieben die Forderungen der Arbeitnehmer in ihrer vollen Höhe unerfüllt; nur kleine Abschlagszahlungen bewilligten die als die größten Scharfmacher berüchtigten Metallindustriellen. Mit stiller Wut sahen die klassenbewußten Metallarbeiter stets auf die Abstimmungsresultate der Funktionärversammlungen, in denen oft die Ziska-Urich die minimalen Zugeständnisse der „Millionenschieber" zur Annahme empfahlen und auch die Annahme mit Hilfe ihrer Gefolgschaft, der SPD.- und USP.-Kollegen durchdrückten.

Inzwischen stieg der Dollar ins Phantastische, und mit ihm die Preise der Lebens- und Bedarfsartikel. Ja, die Preise eilten dem Dollar noch oft voraus, denn die Schieber, halb wahnsinnig geworden von den unendlichen Zahlenreihen, die ihnen täglich als Riesengewinn in die Geldschränke wanderten, konnten kaum den neuen Kurszettel erwarten, der über die nächste Dollarsteigerung berichtete.

Endlich wurde es auch den „gemäßigten Elementen" klar, was die Kommunisten in den Betrieben seit langer Zeit eingesehen hatten: Die Hungerlöhne der Metallarbeiter reichten nicht mehr für die notwendigsten Lebensmittel von einer Woche zur andern. Als nun die neuen Lohnverhandlungen für Anfang Juli einen Höchstlohn von 6700 M. pro Stunde ergaben, war es selbst den Ziska-Urich-Leuten zu starker Tabak und die Funktionärversammlung lehnte den Schiedsspruch ab. Eine daraufhin notwendig gewordene Urabstimmung in den Betrieben ergab ein für die Kampfstimmung glänzendes Resultat: Die Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen stellten sich geschlossen hinter ihre Funktionäre und es stimmten 80 Proz. für den Streik. Nach dieser Abstimmung fanden im Reichsarbeitsministerium nochmals Verhandlungen zwischen den Metallindustriellen und dem Metallkartell statt, die als neues Ergebnis pro Stunde 8800 M. brachten.

Inzwischen war die Empörung über die Angebote der Unternehmer in den Betrieben aufs höchste gestiegen. Die Funktionäre konnten die Massen nur mit Mühe von einem spontanen Verlassen der Betriebe zurückhalten. Als das Metallkartell nach den zwei Verhandlungen nochmals eine Urabstimmung in den Betrieben verlangte, gab es in einigen Betrieben zwischen Arbeitern und Funktionären so erregte Szenen, wie man sie noch in keiner Lohnbewegung erlebt hat. Instinktiv fühlten die Massen das Zaudern der Gewerkschaften vor dem Kampf, überall schrieen die Kolleginnen: Streik!

In meiner Abteilung sind etwa 150 Kolleginnen beschäftigt, die so empört waren, daß sie die zweite Abstimmung nicht mitmachen wollten, weil sie darin ein Verschleppungsmanöver erblickten; vielleicht hofften die Gewerkschaften auch selbst auf ein schlechtes Resultat; denn der Kampf ist nah vor Augen, dazu die Teuerung, vielleicht! Wir machten jeder einzelnen klar, daß jede nichtabgegebene Stimme für „Annahme" gilt und sie somit ihren Kolleginnen in den Rücken fällt. Die Abstimmung fand, und wie bei uns, so in allen Betrieben, trotz aller Empörung, trotz aller Wut stimmten sie alle noch einmal ab und das Resultat: 80 Proz. für Streik. Nun hatten die Industriellen, und mit ihnen die zögernden Gewerkschaften ihre Antwort. Besonders dem „revolutionären" Urich möchte ich die Worte und Wünsche unserer Kolleginnen ins Stammbuch schreiben.

Unter den Streikenden befinden sich eine große Anzahl Frauen, weit über 30 Proz., die in Reih und Glied mit ihren männlichen Kollegen für ihre Forderungen kämpfen. Leider haben die streikenden Metallarbeiterinnen es nicht verstanden, entsprechend ihrer Zahl für ihre Vertretung in der Streikleitung zu sorgen. Die inzwischen gewählte Streikleitung besteht aus 45 Mitgliedern, unter denen nicht eine einzige Arbeiterin ist. Hier hätten die Arbeiterinnen unbedingt rühriger sein und auch ihrerseits auf eine Vertretung in der Streikleitung dringen müssen. Unter der Streikleitung befinden sich 29 SPD. und nur 11 Kommunisten, die bei allen Anträgen, die sie zur Verbreiterung und Durchführung des Kampfes stellen, niedergestimmt werden. Trotzdem setzt schon jetzt die Lügenkampagne gegen unsere Genossen ein, denen man die Schuld an der Verwirrungstaktik, dem langsamen Herausziehen der Betriebe, geben möchte.

Am Freitag, den 6. Juli, verließen die ersten Belegschaften die Betriebe. Inzwischen warteten die großen Betriebe wie Osram, Turbine, AEG, Berlin und Oberschöneweide, NAG., Aga und viele andere auf den Kampfruf der Streikleitung. Leider vergeblich! Aber gewillt, ihren streikenden Kollegen zu helfen, verließen sie spontan die Betriebe und traten in den Streik.

So sieht der Kampfeswille der Berliner Metallarbeiter und Arbeiterinnen aus. Sie haben das Hungern am Schraubstock satt und gehen auf die Straßen, ganz gleich, ob mit, ob ohne Streikunterstützung.

Und unser Kollege, Herr Polizeipräsident Richter, ehemaliger Werkzeugmacher, immer noch Mitglied des DMV., wird er seinen hungernden Kollegen die Straßen freigeben zu Demonstrationen oder wird er seinen Grünen kommandieren: Feuer!!!!!!?

C. E.

*) Nach Redaktionsschluß erfahren wir, daß der Metallarbeiterstreik in Berlin von der Gewerkschaftsbürokratie wieder abgewürgt ist. Durch eine überstürzte Urabstimmung hat die reformistische Taktik gesiegt. Trotzdem von 57493 derjenigen, die abgestimmt haben, über [illegible] für den Streik stimmten, ist trotzdem eine Mehrheit für Wiederaufnahme der Arbeit zustande gekommen, indem man alle die nicht abgegebenen Stimmen zu dieser Seite rechnete!

Metallarbeiterinnen!

Zieht die Lehren aus diesem Streik! — Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Mit dem kargen Lohn, der Euch jetzt bewilligt wurde, werdet Ihr weiter und schlimmer als bisher am Hungertuche nagen. Der Kampf wird wieder losbrechen! Sorgt in der Zwischenzeit dafür, daß Ihr Euch eine ehrliche revolutionäre Leitung im Vorstand schafft, die wirklich die Interessen der Arbeiter vertritt. Mit ungebrochenem Mut sollt Ihr die Arbeit wieder aufnehmen, es kommt der Tag, da der Sieg u n s e r sein wird!

Proletarierinnen heraus!

Am 29. Juli werden die schaffenden und darbenden Frauen und Mädchen Schulter an Schulter mit ihren männlichen Klassengenossen demonstrieren gegen die feigen Arbeitermörder. **gegen die Faschisten**

Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Wieder einmal wurde ein neues Gesetz verkündet: Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Gesetze haben viele Paragraphen und sind schwer zu lesen. Meist lernen wir sie erst kennen, wenn sie schon lange in Kraft getreten und ihre volle Wirksamkeit entfaltet haben, wenn einer von uns in ihren Schlingen zappelt: — es wäre manchmal besser, wir sähen sie uns früher an.

Mancherlei Machtmittel hat die herrschende Klasse. Gesetze werden von der Volksvertretung beschlossen. Aber wir wissen, wie unsere „Volksvertretung" aussieht. Und dann, zu einem Gesetz gehört nicht nur sein Wortlaut, sondern auch seine Anwendung. Das schönste Gesetz auf dem Papier kann zur Geißel werden in der Hand dessen, der es anwendet. Einer Kugel sieht man es auch nicht an, ob sie einen französischen Arbeiterkameraden durchbohren oder einen vertierten Bourgeois von seinen wohlbekannten Geldsäcken reißen soll. Dasselbe Gesetz in der Hand der siegreichen Arbeiterklasse kann Segen stiften, wo es in der Hand der Ausbeuter Jammer und Elend bringt.

Aber ein Gesetz, das die Gesundheit betrifft — was hat das mit der Politik zu tun? Steht nicht die Gesundheit jenseits von jeder Politik? Menschenfreundliche Demokratinnen glauben ehrlich an die Ueberparteilichkeit der Gesundheit wie der Liebe. Ihre männlichen Kollegen in der Rechten und der Mitte schüren ihr warmherziges Feuer und lachen sich dabei ins Fäustchen. Sie, die den Frauen den Stempel der Minderwertigkeit aufgedrückt haben, besinnen sich jetzt, wo sie ihre Macht erschüttert fühlen, wo sie alle Kräfte mobilisieren müssen, auch auf das „schwächere Geschlecht" und auf seine [illegible] Verwendungsmöglichkeit zu Handlangerdiensten. Und von der äußersten Rechten bis zu den Sozialdemokraten war man voll Lobes über diesen genialen Fortschritt: Aufhebung der doppelten Moral, Gleichstellung von Mann und Frau.

Professor Grotjahn, sozialdemokratischer Abgeordneter und ordentlicher Professor für Sozialhygiene, sagte im [illegible] Herr [illegible] die [illegible]: „Nun [illegible] auch die Frau nicht mehr die Hereingefallene sein. Welche Frau wird einen Prozeß anstrengen, in dem sie immer durch die Peinlichkeit der Verhandlung der leidende Teil sein wird." [illegible] wird aus der ganzen [illegible] und Anzeigerei eben so wenig wie aus der Notverordnung von 1918. Gott sei Dank! Es würde zu schrecklichen Familienzwist und Ehetragödien zur Folge haben. Im Grunde soll das „neue" Gesetz nichts anderes sein als eine weitere Gesundheitskontrolle der Prostituierten, nur in milderer, dem neuen Zeitgeist entsprechender Form."

Diese Aeußerung ist die schärfste Kritik, die an dem Machwerk dieses Gesetzes geübt werden kann. Die [illegible] Enthüllung dieses letzten schamlosen Schwindels der Bourgeoisie.

Was bedeuten die Geschlechtskrankheiten?

Ausfluß und Nerven, Eierstockentzündung, Bauchfellentzündung, oft mit Versteifung mehrerer Gelenke, das sind die akuten Gefahren des „harmlosen Trippers". Unfruchtbarkeit, dumpfe Kreuzschmerzen, Bleichsucht, Siechtum, die Folgen des chronischen Trippers.

Schmerzende Geschwüre, oft schwer heilbare und häufig wiederkehrende Hautausschläge, schwere Herzfehler und Schlaganfälle im jugendlichen Alter, Erblindung, Ertaubung, Lähmung und Erkrankung der Knochen und fast aller inneren Organe, schließlich Rückenmarksdarre und Gehirnerweichung, das können die Folgen der Syphilis sein.

Und schlimmer als das alles: Täglich kommen Hunderte von Müttern zu den Kassenärzten in die Polikliniken und Säuglingsfürsorgestellen. Sie selbst sind gesund, aber das Kind will nicht gedeihen. Es ist blaß, grau, schlaff, nimmt nicht zu wie die anderen; hat womöglich eine Schnupfnase, Ausschlag, aufgetrommelten Leib, Knochengeschwüre — Syphilis! Der Jammer dieser elenden, auch späterhin geistig und körperlich zurückbleibenden Kinder schreit zum Himmel, verlangt gebieterisch von uns den Kampf, den ernstesten, konzentriertesten Kampf gegen diese schreckliche Seuche.

Wie im Mittelalter nach der Auflösung des Söldnerheeres Karl VIII. sich die Syphilis über Europa ergoß, so verbreiteten 1918 die heimkehrenden Soldaten ihre Geschlechtskrankheiten über Stadt und Land. Die Volksbeauftragten 1918 erkannten die Gefahr; sie erließen eine Notverordnung, die jede wissentliche Verbreitung der Geschlechtskrankheiten zum Verbrechen stempelte, die die Anmeldepflicht der Geschlechtskrankheiten aus-

sprach. Hätten sie weiter die Macht in der Hand behalten, hätten sie weiter die Verantwortung für das ihnen anvertraute Gemeinwesen getragen, sie hätten ihrer Verordnung durch weitere Ausführungs- und Strafbestimmungen Geltung zu verschaffen gewußt. Als die revolutionäre Erhebung verebbte, als die Volksbeauftragten zu wesenlosen Schatten herabsanken, verblich auch ihre Verordnung zu einem wesenlosen Schatten, und die glorreiche deutsche Republik tat nichts. Wo das finstere Mittelalter brutal, aber wirksam der furchtbaren Seuche zuleibe zog, da hüllte sich die auf ihre Kultur so stolze deutsche Republik in vornehmes Schweigen. Jetzt wird es endlich gebrochen. Nach monatelangen, jahrelangen Ausschuß-Debatten ist jetzt das Gesetz beschlossen. Und was besagt es?

Jeder Geschlechtskranke hat die Pflicht, (?) sich behandeln zu lassen. Die Gesundheitsbehörde kann (?) Personen, die dringend verdächtig sind, geschlechtskrank zu sein („natürlich nur Prostituierte", Prof. Grotjan) dazu anhalten, sich untersuchen zu lassen und eventuell wiederholt ein Gesundheitsattest einzureichen (verschleierte Kontrolle) Wer verdächtig ist, geschlechtskrank zu sein, kann (schlimmstenfalls zwangsweise) einem Heilverfahren unterworfen werden. Wissentliche Verbreitung der Geschlechtskrankheiten wird bestraft, bei Eheleuten und Verlobten nur auf Antrag (ob sie zehn syphilitische Kinder zeugen, noch etliche Hausfreunde bzw. Hausfreundinnen anstecken, ist der höheren Obrigkeit gleichgültig. Gott schütze die heilige Familie der Bourgeoisie!).

Es folgen dann noch einige unwichtige Paragraphen, worin gesagt wird, daß nur approbierte Aerzte Geschlechtskranke behandeln dürfen — ob und welche Mittel zur Verhütung der Geschlechtskrankheiten öffentlich aufgestellt werden dürfen. Die Schweigepflicht der Aerzte und Behörden wird festgelegt. Schließlich wird in ganz losem und oberflächlichem Zusammenhang die Aufhebung der polizeilichen Sittenkontrolle bestimmt. Wir können nicht auf jeden einzelnen Paragraphen eingehen, insbesondere nicht auf den, der die Prostitution betrifft.*)

Die Fragen, die in den Ausschüssen wie im Reichstag am heißesten umstritten waren, können wir ganz kurz übergehen. Ihre breite Behandlungsart charakterisiert nur die grenzenlose Oberflächlichkeit und Faulheit der gesetzgebenden Körperschaften. Es war die Frage: soll die Syphilis behandelt werden mit Quecksilber oder Salvarsan, durch „Schulmediziner" oder mit Hunger- und Schwitzkuren durch „Kurpfuscher". Wir wissen: Wie hinter den Aerzten, so steht hinter den Naturheilkundigen ihr Profitinteresse, und wie hinter den Aerzten das Salvarsan-Kapital, so steht hinter den Naturheilkundigen das biochemische Kapital.

Nur eine Heilmittelindustrie, die nicht durch wildeste Reklame nicht für ihre sich überstürzenden Produkte sich künstlich einen Markt schafft, sondern die auf das jeweilige Bedürfnis eingestellt ist, gibt die Möglichkeit wirklich sachgemäßer Behandlung. Nur Aerzte, die nicht auf dem Rücken ihrer Patienten ihren Konkurrenzkampf ausfechten, die angestellt vom Staat, kontrolliert von der werktätigen Bevölkerung, ihr verantwortungsvolles Amt ausüben, können wirksam solche Seuche bekämpfen. So lange wir nicht so weit sind, ist ein Streit über die größere Korruption des einen oder des anderen eine Torheit oder ein bewußtes Ablenkungsmanöver. Hinter den erhitzten Kampfhähnen: die alleinseligmachende Naturheilkunde, die alleinwissenschaftliche Schulmedizin, standen die Diplomaten und rieben sich die Hände. So brachten sie ihr Schäfchen ins Trockene und niemand, außer unseren kommunistischen Genossen, niemand merkte, daß dieses ganze Gesetz keinen Schritt hinausging über die so sehr oft als unzureichend verdammte Notverordnung. Mehr noch, wo es darüber hinauszugehen scheint, macht das Gesetz in Wahrheit zwei Schritte dahinter zurück. So oft das Wörtchen „Kampf" einen Paragraphen einleitet, so oft wissen wir, daß es sich um einen Willkürparagraphen handelt, angewandt nur auf mißliebige Personen, zu umgehen für jeden, der bezahlen kann. So wird es, wie alle anderen, in der Hand der herrschenden Klasse zu einem Zwangs- und Knebelungsgesetz.

Jeder Sozialhygieniker weiß aus der jahrtausendealten Geschichte der Seuchen, weiß aus der eigenen Erfahrung, wie man sie wirksam bekämpfen kann: periodische Blutuntersuchung der gesamten Bevölkerung, Aussonderung und Behandlung aller Erkrankten, allgemeine Meldepflicht der Geschlechtskrankheiten, allgemeiner Behandlungszwang, strengste Strafe für den, der wissentlich die Krankheit überträgt, ganz gleich ob er verheiratet oder nicht — das ist ein Weg, nicht nur die Geschlechtskrankheiten einzudämmen, sondern — wie Grotjan selbst zugibt — auszurotten. So einfach, so klar sind diese Forderungen, und doch — undurchführbar im Kapitalismus. Gewiß, vom Standpunkt des Profits ist es unmöglich. Der zerfallende Kapitalismus muß jetzt schon seinen sachlichen Produktionsapparat verkommen lassen; wieviel mehr seinen menschlichen!

*) Siehe darüber Ketty Guttmann. In der „Kommunistin" Nr. 20, Jahrgang 4.

Wie wir umsonst um Brot schreien, werden wir Proletarierinnen umsonst um Schutz für unserer Kinder Gesundheit betteln — die Erkenntnisse sozialhygienischer Wissenschaft zerschellen machtlos an dem ehernen Profitgesetz.

Hunger, Pest und Tod, das sind die drei Geißeln. Von welcher wollen wir uns erwürgen lassen?

Dr. L. H.

Ruhrkinder aufs Land?

Als die ersten Flüchtlinge aus dem Ruhrgebiet nach Mecklenburg kamen, erklärten sich die Junker und wohlhabenden Bauern hier mit erstaunlichem Eifer und großen Worten dazu bereit, die Kinder der Vertriebenen bei sich aufzunehmen. Aber es besteht kein Unterschied zwischen dem französischen Militarismus, der mit der größten Brutalität aus den Knochen des Ruhrproletariats versucht, Profit zu schinden, und zwischen den deutschen Agrariern, die unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit und Menschenfreundlichkeit die Kinder als billige Arbeitskräfte willkommen heißen.

Es war vereinbart worden, daß unter Zuzahlung aus Fürsorgevereinen die Kinder durch leichte Arbeit sich ihre Kost selbst verdienen sollten. Worin besteht nun diese leichte Arbeit? Tag für Tag, an Wochentagen und an Sonntagen müssen die Kinder um 5 Uhr heraus und sofort, noch vor dem Frühstück, Stallarbeit verrichten. Dann geht es in Wind und Wetter, trotz Regen und Kälte, hinaus auf die Weide, wo sie bis abends um neun, oft bis um zehn Uhr, das Vieh hüten müssen. Um 11 Uhr gehen die abgehetzten Kinder todmüde zu Bett.

Und wie sieht es mit der berühmten guten Ernährung auf dem Lande aus? Die Bauern verkaufen ihre ländlichen Erzeugnisse zu den höchsten Preisen, und die für sie schwer arbeitenden Kinder bekommen statt Butter nur Margarine, statt Vollmilch nur selten Magermilch und niemals ein Ei zu sehen. Das Mittag- und auch das Abendessen besteht in den meisten Fällen aus kaum etwas mehr als Kartoffeln, einer Tunke und einem winzigen Stückchen Speck oder Wurst, von Gemüse keine Spur. Es ist ein wahrer Jammer, wenn man in Mecklenburg über Land geht und sieht, wie die unterernährten blassen Stadtkinder im Joch stehen, während die wohlgenährten Bauernkinder in die hohe Schule spazieren.

Aus dem allen kann man ersehen, daß die armen Kinder des Ruhrproletariats auch nur wieder anderen Ausbeutern in die Hände gefallen sind und als billiges und williges Ausbeutungsobjekt in den meisten Fällen, ganz gleich ob Knabe oder Mädchen, vollständig einen Knecht ersetzen. Diese Zustände sind auch nur dadurch möglich, weil überall die organisierte Kontrolle, zum Beispiel der Landarbeiter, fehlt, die die Agrarier dazu zwingen müßten, die Kinder nicht 14 bis 16 Stunden zu beschäftigen.

So wie man mit den Kindern in Mecklenburg umspringt, scheint es überall zu sein.

Folgende Unterhaltung hatte ich auf der Bahn mit einem „Herrn", der sich nebenbei als Judenfresser entpuppte. Er erzählte unter großem Geschimpfe, daß in einem Dorfe in der Oberpfalz — er hatte es sich extra schriftlich geben lassen! — die Frechheit der Ruhrkinder so weit gegangen wäre, daß sie sich gegen mehrere Bauern verschworen hätten und nach sechswöchentlichem Aufenthalt wieder nach Hause gewollt hätten, mit der Begründung, daß sie keine Margarine essen wollten. Wie können nur diese Kinder, die doch immer schon Margarine gegessen haben, plötzlich den unverschämten Anspruch auf Butter machen! Meine Entgegnung, daß ich es für ganz richtig halte, daß die Kinder auch anfangen, um bessere, wohlverdiente Lebensbedingungen zu kämpfen, löste bei dem Herrn einen wahren Sturm der Entrüstung aus und er schimpfte wütend auf das undankbare Arbeitervolk.

Es ist Sache der Arbeiterschaft, durch eine genaue Kontrolle der Frauenkommissionen, gebildet durch die Gewerkschaftskartelle, die skandalösen Zustände in den Arbeits- und Ernährungsbedingungen der Ruhrkinder zu beseitigen.

R. N.

Ernährungsmöglichkeiten und Bevölkerungsproblem.

Der Hunger geht durchs Land, die Teuerung steigt von Tag zu Tag, der Lohn reicht kaum für die notwendigsten Ausgaben, fürs Brot. Obst, Gemüse, alles Dinge, die so notwendig für die Ernährung sind, muß die Frau beim Einkauf sich versagen. Sie sieht die blassen Wangen der Kinder und hat nur den einen Gedanken, kein weiteres Kind mehr. Die Zahl der Abtreibungen steigt. Die Proletarierin glaubt, so einen Ausweg gefunden zu haben, das Elend der Familie nicht noch zu vermehren. Ueberall wird die Frage unter den Frauen lebhaft besprochen: „Anpassung der Bevölkerungszahl an die vorhandene Lebensmittelmenge."

Die Wirkungen des Versailler Vertrages, die Loslösung wichtiger Ernährungsgebiete von Deutschland, wie Pommern, Westpreußen und Teile Ostpreußens, werden als Grund angeführt, daß die Lebensmittel so knapp und teuer sind.

Schon vor dem Kriege traten ähnliche Meinungen auf. Die wirtschaftlichen Krisen mit ihrer ungeheuren Arbeitslosigkeit wurden von vielen Proletariern so aufgefaßt, daß zuviel Menschen und nicht genügend Nahrungsmittel vorhanden seien. Sie erkannten die wirklichen Ursachen derselben nicht, nämlich, daß infolge des geringen Lohnanteils des Arbeiters bei steigender Produktion sich Güter anhäufen, die nicht vom Arbeiter gekauft werden können. So war der Weltkrieg nicht ein Ausfluß der Ueberbevölkerung, sondern ein Kampf der Kapitalisten um Absatzgebiete für die aufgestapelten Güter.

Im internationalen Maßstabe gesehen, können wir auch heute noch von einem Ueberfluß an Produkten sprechen. In Amerika wurden im vergangenen Jahre z. B. die Lokomotiven mit Getreide geheizt, während in Rußland Hungersnot war, und Deutschland große Mengen für die Ernährung fehlten. Schon August Bebel wies in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus" darauf hin, daß in der Ausbeutung des Bodens für die menschliche Nahrung vorläufig keine Grenzen bestehen. Weite fruchtbare Strecken in Rußland, Nordamerika, Kanada, Australien, auf den Inseln des Großen und Indischen Ozeans, warten noch auf ihre Ausnutzung. Die Technik der Bodenbearbeitung steckt noch in den Anfängen, unendliche Möglichkeiten der Steigerung der Produktion sind noch vorhanden, wenn die Produktion nicht mehr im Interesse des Profits, sondern nach den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung geregelt wird. Rückgang der Bev[illegible]ntet deshalb Kulturrückgang.

[illegible]en wir uns nun aber besonders die jetzigen Ver[illegible] in Deutschland an. Bei einer Bevölkerung von rund 70 Millionen Menschen vor dem Kriege betrug der Wert der Gesamtproduktion ca. 50 Goldmilliarden, davon betrug der Lohnanteil 22 Goldmilliarden, im Jahre 1922 betrug der Wert der Gesamtproduktion bei einer Bevölkerun von ca. 60 Millionen Menschen ca. 34 Goldmilliarden, der Lohnanteil daran aber war 7 Goldmilliarden.

Also vor dem Kriege betrug der Lohnanteil an der Gesamtproduktion beinahe die Hälfte, heute aber ungefähr ein Fünftel. Daraus geht hervor, daß der Kapitalist heute mehr verdient wie vor dem Kriege, die Kaufkraft der arbeitenden Schichten aber immer tiefer sinkt.

Die Verelendung der Arbeiterschaft, der Mangel an Nahrungsmittelprodukten hat aber weiter seine Ursachen in der Produktionssabotage, die von den heutigen Besitzern an Grund und Boden, den Agrariern, betrieben wird.

Die Gesamtanbaufläche ist in Deutschland, gemessen an dem jetzigen Umfang, ist im Jahre 1922 um 2,3 Millionen Hektar gegenüber 1913 zurückgegangen, gegenüber 1921 um 331 000 Hektar. Bei genügendem Dünger und Ausnutzung des Bodens könnten 3,3 Millionen Tonnen Roggen und 1 Million Tonnen Weizen mehr geerntet werden.

Die Agrarier lassen aber leider Land brach liegen und schaffen damit den Zwang, ausländisches Getreide einzuführen, um auch für ihre Produkte die hohen Weltmarktpreise zu erzielen.

Die Milchproduktion könnte gesteigert werden bei genügender Einfuhr von Kraftfutter (Oelkuchen). Die Agrarier nutzen aber lieber den Boden für Weideplätze aus, verarbeiten die Milch zu Butter oder verfüttern sie an das Vieh und schaffen so einen Zustand, daß kaum ein Drittel des Quantums Milch der Vorkriegszeit in die Städte kommt. Diese aber zu so hohen Preisen, daß Proletariermütter für ihre Kinder keine Milch kaufen können. Weiter besteht aber die Tatsache, daß trotz des Rückgangs der Produktion, im Jahre 1913 wurden 14,5 Millionen Tonnen, 1922 aber auf demselben Gebietsumfang nur 7,3 Millionen Tonnen Brotgetreide geerntet, ungeheure Mengen Getreide und Kartoffeln für Alkoholerzeugung verwendet werden.

Der Außenhandel wird ebenfalls nicht im Interesse der Steigerung der Produktion, sondern nach den Bedürfnissen der Besitzer geregelt. Puder, Schminke, Edelsteine, kostbare Pelze, Weine, Liköre und Branntwein wird eingeführt, um die hohen Profite der Besitzenden nur unterbringen zu können. Allein an Likören und Branntwein betrug im Jahre 1922 die Mehreinfuhr gegenüber 1913 54 600 Doppelzentner.

Zu weiterer Verteuerung und Lebensmittelknappheit führt auch der jetzige Zustand, daß große Mengen von Lebensmitteln zu reinen Spekulationszwecken verwendet werden. So wurde kürzlich vom Harburger Kontrollausschuß festgestellt, daß eine Kahnladung Getreide, die für das Markenbrot der Gemeinde bestimmt war, völlig verfault und ausgewachsen war, so daß es mit Picken und Hacken gelöst werden mußte.

Die Ware geht von einem Besitzer zum anderen über, ohne daß sie ihren Standort zu wechseln braucht. Bei jedem Verkauf wird verdient, die Ware aber verdirbt.

Diese wenigen Beispiele zeigen schon deutlich, daß sich die Arbeiterklasse nicht mit dem Gedanken abfinden darf, durch Geburteneinschränkung ihre Lage verbessern zu können. Der Krieg hat Millionen Menschenleben gekostet, die Nachkriegszeit steht ebenfalls im Zeichn der Zunahme der Sterblichkeitsziffern und des Geburtenrückgangs.

Der Kampf der Arbeiterklasse muß dem kapitalistischen Wirtschaftssystem gelten, das zum Untergang der Bevölkerung führt.

Die kommunistische Gesellschaft wird den Mensch als höchstes Gut werten. Die Gesamtproduktion, Grund und Boden wie Naturkräfte werden der Aufwärtsentwicklung der Menschheit dienen. Reichtum an Menschen wird Reichtum der Gesamtheit bedeuten.

Die heutige absterbende Gesellschaft sucht sich durch den Gebärzwang, wie ihn die §§ 218/19 darstellen, am Leben zu erhalten, vermehrt aber dadurch nur die Leiden und bedroht das Leben der Proletariermütter. Deshalb gilt unser Kampf diesen Schandparagraphen. Er schließt in sich den Kampf gegen das ganze kapitalistische System. Umfassender Mütter- und Säuglingsschutz, Erringung des Friedensreallohns, Erfassung der Sachwerte, das sind die Forderungen des Tages.

Aus den Organisationen

Der Kampf der Frauen gegen Teuerung und Wucher.

Der ganze Monat Juni stand im Zeichen einer unerhörten neuen Teuerungswelle. Die Preise steigen nicht mehr, sie „springen" in die Höhe. So hat sich in wenigen Wochen der Preis für Butter, Margarine, Eier, Fleisch und das Fünffache und mehr vervielfältigt. Im Zusammenhang damit sind noch breitere Massen von Frauen als bisher von unserer Bewegung erfaßt und revolutioniert worden. Das Bedürfnis der Massen

nach Aufklärung und ihr Suchen nach irgend einem Ausweg zeigt sich in dem starken Besuch der vielen öffentlichen Frauenversammlungen und der allgemeinen Versammlungen, die in den letzten Wochen im Reiche abgehalten worden. In allen diesen Versammlungen waren die Frauen in großer Zahl vertreten. Aus verschiedenen Orten wird berichtet, daß auch sehr viele Frauen des Kleinbürgertums und des Mittelstandes in den Versammlungen erschienen sind. Auch für unsere Literatur ist großes Interesse vorhanden. Sowohl unsere „Kommunistin" wie die Frauenbroschüren werden viel gelesen.

In einzelnen Ortsgruppen und Betrieben sind die Frauen herangezogen worden, um durch ihre revolutionäre Energien den Kampf der Männer zu unterstützen. So geschah es bei Zeiß-Jena, wo die Frauen der Zeiß-Arbeiter in einer Versammlung zusammenkamen, die über Erwarten gut besucht war und die mit einer wohlgelungenen Demonstration endete.

Auch ohne einen Anstoß ergreifen jetzt viel häufiger als früher die Frauen selbst die Initiative zu revolutionären Aktionen, um ihre Forderung nach einem menschenwürdigen Dasein kundzugeben. Ein typisches Beispiel hierfür ist die Hungerdemonstration der Frauen von Berlin-Oberschöneweide, die in die dortigen Großbetriebe zogen und höhere Löhne für ihre Männer forderten. Früh von ½10 Uhr an, vom Markt aus, zogen diese tührigen Frauen, etwa 2000 an der Zahl, bis abends um 7 Uhr ohne Pause von Betrieb zu Betrieb, überall ihre Forderungen aufstellend.

In vielen Orten haben sich Frauen in die proletarischen Hundertschaften eingereiht. Es bedurfte keiner großen öffentlichen Propaganda dafür. Diese Frage steht im Mittelpunkt des Interesses bei den Frauen. Außer Rheinland und Thüringen, von wo diese Bewegung schon vor vielen Wochen ausging, spielt sie jetzt auch in Mecklenburg und Sachsen eine große Rolle. In Mecklenburg scheinen die Frauen jetzt sehr aktiv zu werden. Im Laufe des Juni haben dort etwa 14 öffentliche Frauenversammlungen stattgefunden, von denen die meisten überfüllt waren, so Lübeck, und auf denen eine sehr gute Stimmung unter den Frauen herrschte. Auch in Schlesien fanden in der letzten Juniwoche eine Reihe von Versammlungen statt mit dem Thema: Das Gebot der Stunde. Ueberall war ein guter revolutionärer Kampfgeist zu verzeichnen; die Frauen haben ihre Arbeit in der Partei, den Gewerkschaften, den Kontrollausschüssen erkannt.

In unseren Wahlversammlungen zum Oldenburgischen und Mecklenburgischen Landtag haben die Frauen sich zahlreich beteiligt und dadurch ihr Interesse und ihren Willen gezeigt, die vorhandenen Zustände grundsätzlich zu ändern.

Die bestehenden Verhältnisse, die täglich schlimmer werdende Not, treibt die Frauen ganz unwillkürlich in unsere Reihen und in unsere Kampfmethoden hinein. Wir begrüßen jede einzelne aufrechte Proletarierin als Kampfgenossin für unser Ziel: die Aufhebung der Ausbeutung der Arbeiterschaft.

Welche Bedeutung hat der Görlitzer Genossenschaftstag für die Proletarierfrauen?

In den Tagen vom 18. bis 20. Juni hat in Görlitz die 20. Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine stattgefunden. Vom kommunistischen Standpunkt aus hat die Zentralversammlung kein wertvolles Ergebnis für die Ziele der Arbeiterbewegung gebracht; im Gegenteil, sie bedeutete einen erneuten Versuch der höheren Genossenschaftsbürokratie, die Genossenschaften immer tiefer in den Sumpf des ödesten Trichinenbrehersozialismus hinabzuziehen. Dieser Versuch ist nicht restlos gelungen, weil die kommunistische Fraktion, trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche, es immerhin verstanden hat, dem offiziellen Genossenschaftskarten Bremsklötze vorzulegen. Entgegen der Behauptung der VVG.-Bonzen, daß innerhalb der Genossenschaftsbewegung das demokratische Prinzip bestimmend sei, zeigte die Zusammensetzung des von ungefähr 1000 Vertretern beschickten Verbandstages, daß fast ausschließlich Genossenschaftsangestellte, die nur selten aus unmittelbaren Mitgliederwahlen hervorgegangen waren, die einzelnen Genossenschaften vertraten. Von einem wirklichen Einfluß der Mitgliedermassen, der in den Konsumvereinen einkaufenden Frauen auf die Beschlüsse des Verbandstages war nur wenig zu spüren. Und wäre die kleine kommunistische Fraktion nicht gewesen, die bei aller Unzulänglichkeit ihres organisatorischen Zusammenwirkens immerhin einen starken belebenden Luftzug in die muffige Atmosphäre des Kongresses hineingebracht hat, es hätte der 20. Verbandstag der Welt erneut das Bild einer völligen Teilnahmslosigkeit und Langeweile geboten.

Doch auch die Opposition der Kommunisten war den Genossenschaftsbürokraten ein Greuel. Sie wollten sich in Zukunft auch vor dieser Berührung mit dem Kampfgeist der proletarischen Mitgliedermassen bewahren. Daher ihr Antrag, daß alle stimmberechtigten Delegierten dem Vorstand oder Aufsichtsrat der sie entsendenden Genossenschaften angehören müssen. Und es ist bezeichnend für den Geist der übergroßen Mehrheit der Verbandsdelegierten, daß dieser reaktionäre, völlig antidemokratische Antrag der Hauptverwaltung trotz der Gegenwehr der kommunistischen Fraktion Annahme fand. Immerhin war der Druck der Opposition in diesem Falle stark genug, um die Mehrheit zu der Konzession zu zwingen, daß größere Genossenschaften auch aus ihren Mitgliedschaften Delegationen entsenden können. Diese Konzession bedeutet nur ein schwaches Gegengewicht gegen den Einfluß der reaktionären Genossenschaftsbürokratie. Es ist die höchste Aktivität der klassenbewußten Konsumvereinsmitglieder notwendig, die Genossenschaften zu wirklichen Organen des proletarischen Befreiungskampfes zu machen.

Aus dem Geschäftsbericht des Verbandes ging hervor, daß Ende des Jahres 1922 3 167 000 Mitglieder im Zentralverband organisiert waren. Von diesen jedoch waren nur 67 Prozent Lohn- und Gehaltsempfänger. Diese Zahlen beweisen, daß breite Arbeitermassen der Genossenschaftsbewegung noch völlig fremd oder gleichgültig gegenüberstehen. Die Politik der zentralen Genossenschaftsbürokratie bewegt sich ausschließlich in den ausgefahrenen Geleisen des ödesten Reformismus; die angebliche politische Neutralität dient als Vorwand und Deckmantel. Kein Wille, ja nicht einmal ein ernsthafter Ansatz dazu, das Schwergewicht der organisierten Verbraucherschaft als Druckmittel auf die Regierungsgewalten zur Wahrnehmung der Rechte und Interessen der Arbeitermassen einzusetzen. Gegen die Machtpolitik des vertrusteten Kapitals, das Reich und Einzelstaaten rücksichtslos seinem Macht- und Ausbeutungswillen unterwirft, hatte man nur faist- und kraftlose Klagelieder und schwächliche Proteste. Und alle Versuche und Anträge der kommunistischen Fraktion, dem Machtkampf des Privatkapitals den organisierten Widerstand der Verbraucherschaft entgegenzustellen, scheiterten, weil die leitenden Genossenschaftsbürokraten die Koalition mit den bürgerlichen Parteien verteidigen. Ein sprechendes Beispiel für das revolutionsfeindliche Eunuchentum der jetzigen Genossenschaftsführer sind die trotz der kommunistischen Gegenwehr angenommene Entschließung zur Frage der Ruhrbesetzung und die Ausführungen des Herrn Kaufmann über internationale Angelegenheiten, die in einem reaktionären Angriff gegen die russische Genossenschaftsbewegung und die Sowjetregierung gipfelten.

Zur Förderung der Propaganda wurde eine Resolution angenommen, die die Notwendigkeit der Aufklärungs- und Erziehungsarbeit unter den Frauen der Verbraucherfamilien anerkennt. Sie empfiehlt demgemäß, wenn auch etwas schüchtern und verklausuliert eine weitergehende Heranziehung der Frauen zu allen Vertreterfunktionen in den Genossenschaften. Diese Resolution stand jedoch mit der praktischen Betätigung der Kongreßmehrheit im schärfsten Widerspruch. Nicht nur, daß unter den tausend Delegierten nur ganze drei Frauen vertreten waren, sondern man verweigerte ihnen bei wiederholten Anläßen, ja sogar bei Besprechung der Frauenfrage durch raffinierte Geschäftsordnungsregiekünste das Recht und die Möglichkeit, den Standpunkt der Frauen zu entwickeln.

Der 20. Verbandstag der Genossenschaften Deutschlands, der in einer Zeit der ärgsten wirtschaftlichen Not der breitesten Verbrauchermassen seine absichtlich kurzbemessenen und durch eine Ueberfülle von Vergnügungsveranstaltungen nicht minder eingeschränkte Tagung abhielt, stellt die breiten Proletariermassen eindringlich vor die Aufgabe, auch diesen Zweig der allgemeinen Arbeiterbewegung so rasch und so umfassend wie möglich dem revolutionären Befreiungskampfe nutzbar und untertan zu machen.

Alle Arbeiterfamilien müssen in die Genossenschaftsbewegung hinein, um dort den proletarischen Geist zu ausschlaggebendem Einfluß zu bringen.

Allen klassenbewußten Arbeiterfrauen obliegt die Pflicht, für die Ausbreitung und Vertiefung des revolutionären Genossenschaftsgedankens unermüdlich tätig zu sein. Die organisierte Zusammenfassung der genossenschaftlich tätigen Kommunisten und eine plan- und zielvolle Fraktionsarbeit in allen Konsumvereinen können in absehbarer Zeit das deutsche Genossenschaftswesen grundstürzend umgestalten und daraus einen festen Stützpunkt, eine wuchtige Waffe des proletarischen Befreiungskampfes machen. Darum, alle kommunistischen Hausfrauen, vor die Front des Genossenschaftskampfes!

E. Morgner.

An die 121 Negerinnen!

Vorbemerkung: Die Dienstbotenfrage ist in allen kapitalistischen Ländern ein Problem, da überall die proletarischen Frauen und Mädchen, wenn sie auf Arbeit gehen, die selbständige Berufsarbeit einer Stellung vorziehen, in der sie bei Aufgabe der persönlichen Freiheit ein Uebermaß an Arbeit bei oft schlechter Behandlung und immer sehr geringem Lohn haben. In Paris ist die Bourgeoisie deshalb auf den Gedanken gekommen, die für die Damen der Bourgeoisie schwierige Dienstbotenfrage in der Weise zu lösen, daß man sich Negerinnen aus den Kolonien verschrieb, von denen man hofft, daß sie nicht so „anspruchsvoll" sein werden wie die proletarischen Mädchen. Unsere kommunistische Frauenzeitung in Frankreich, die „Ouvrière", veröffentlicht zur Ankunft dieser Negerinnen einen Offenen Brief an sie, den wir hier zum Abdruck bringen.

Liebe Schwestern!

In unserem Lande mit der hohen Kultur schießen Krisen wie Pilze nach Regen hervor, Nervenkrisen, Ministerkrisen, Ehekrisen, Dienstbotenkrisen, all das ist miteinander verkettet und bildet die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft. Lassen wir die anderen Krisen beiseite, und reden wir nur von denen, die uns ganz besonders interessieren: von den Dienstbotenkrisen.

Ihr fragt ganz richtig, warum eine Dame der bürgerlichen Gesellschaft, deren Wahlspruch lautet: „Arbeit bedeutet Freiheit", nicht ihre eigenen Arme arbeiten lassen kann, und warum sie eure Hilfe nötig hat, damit sie ihr als Sklave dienen? Das ist ganz einfach: diese edle Bürgerin ist ganz damit beschäftigt, ihre eigene Faulheit zu pflegen. Und Ihr werdet mir zugeben, daß das eine Arbeit ist, die sie ganz in Anspruch nimmt.

Ihr seid nun also in den Armen Eures Mutterlandes. Von Anfang an ist Euch Euer Platz an ihrem mütterlichen Herzen bestimmt. Ihr braucht ihn nur einzunehmen. Und seht nur, liebe Schwestern, wie gut und edelmütig Eure Mutter zu Euch ist! Um Euch empfangen zu können, mußte sie ihre eigenen Kinder, Eure weißen Schwestern, vernachlässigen. Haben doch gerade am Tage Eurer Ankunft die Zeitungen geschrieben, daß „seit einigen Tagen die Fälle der Ausfuhr weißer Mädchen zunähmen". Arme, arbeitslose Mädchen sind diese Opfer. „Unter dem Vorwand, daß man ihnen eine gute Stellung verschaffen wolle, erschleichen Handelsmänner das Vertrauen der Unglücklichen und senden sie an die Inhaberinnen von Bordellen in irgend einer amerikanischen Stadt. Ihr seid hier, im lieblichen, süßen Frankreich, seid irgendwo da unten weit weg, im nebligen Amerika! Welcher Edelmut! Welch Opfer!

Für die unglaublich hohe Summe von 40 Franken monatlich, also nicht einmal 9 Centimes die Stunde, von 6 Uhr morgens bis 9 Uhr abends — werdet Ihr nun also die Mahlzeiten bereiten, bei Tisch bedienen, das Geschirr abwaschen, den Parkettboden abreiben, die Schuhe wichsen, die Kupferkessel putzen, die Handtücher ausbessern, die Strümpfe stopfen, die kleinen Kinder auf den Topf setzen; in einem Wort, Ihr werdet arbeiten, Euch abmühen und abplacken vom Morgen bis zum Abend und häufig vom Abend bis zum Morgen.

Nehmt Euch nicht etwa ein Beispiel an Euren Schwestern hier, die den 8-Stundentag fordern, eine Woche Urlaub, die englische Woche, ausreichenden Lohn, die „unglaublichen Ansprüche stellen und unerhört dumm und anmaßend sind", wie der gute Herr Peter Mille im „Oeuvre" (Werk) sagt:

Empört Euch nicht, wenn Ihr schlecht genährt seid, eine elende Behausung habt, wenn Eure Wäsche schlecht gewaschen wird, das ist ja alles für Frankreich! Und für Frankreich haben Eure gelben und schwarzen Brüder ganz andere Dinge erlitten während des gerechten Krieges. Also seid brave Mädchen.

Wenn Eure Körperkraft nicht ausgefüllt wird von der „Poesie des Hauses", so gibt's alte unzüchtige Junggesellen, Kabaretts, Freudenhäuser, Boulevards voll tugendhafter Bürger.

Eins ist sicher: Eure Herrinnen und Herren — diese guten Republikaner mit dem Sinn für Brüderlichkeit und Gleichheit — sie werden Euch aufrichtig achten, trotz Eurer Rasse und Farbe. Lest nur die „Laterne", den treuen Dolmetscher der Gedanken der Bourgeoisie, und Ihr werdet es sehen. Hat doch diese Zeitung und zwar am 27. März 1923, gesagt, daß, weil das Hauspersonal keine Würde hat und Demütigungen erdulden muß, es also „natürlich ist, daß die Dienstboten Farbige sind", und daß „es weniger unangenehm ist, seinen Nachttopf von einem Schwarzen oder einem Gelben ausleeren zu lassen, als von einer guten Französin."

Und es wäre ja auch trostlos, wenn unsere französischen Soldaten sich in Hinterindien oder in Madagaskar, auf den Antillen oder in Marokko haben totschießen lassen, um Kolonien zu erobern, und unsere guten Kulturträger sich dann heute noch selbst bedienen müßten.

Die Kolonien müssen doch zu etwas gut sein!

Ich sage Euch also meine aufrichtigen Wünsche zum Willkommen und meinen brüderlichen Gruß und bitte Euch, liebe Schwestern, mit mir in den Ruf einzustimmen: „Es lebe die Kultur trotzalledem!"

Aus der Internationale

Dienstmädchen für Australien gesucht!

E. B. Ja, wirklich, Genossinnen, auch in den Kolonialländern sehen wir die Zeichen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, und zwar um so mehr, je weiter die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder fortgeschritten ist. Und so kann es uns nicht Wunder nehmen, daß der Schrei der Bourgeoisdamen nach willfährigen Dienstboten nun auch in den Kolonialländern erklingt. Nach Paris holt man die Negerinnen, und nach Australien — sucht man die stellenlosen Mädchen aus England, dem Mutterland, zu locken.

Die Regierung Australiens stellt sich unmittelbar in den Dienst dieser Sache. Sie hat ein Büchlein zur Propaganda herausgegeben, das von Versprechungen nur so strotzt. Man könnte meinen, die australische Regierung kennt kein anderes Interesse als das der armen arbeitslosen proletarischen Mädchen und Frauen in „Old England" (das alte England). In der kleinen Schrift wird das Leben Australiens in den rosigsten Farben geschildert. Bilder sollen zeigen, daß es dort genau so schöne Städte mit herrlichen Häusern gibt wie in London oder sonstwo in England oder Europa. Meint die australische Regierung, die englischen Proletarierinnen wüßten nicht, daß in Australien ebenso gut wie in England diese Herrlichkeiten wahrhaftig nicht für die arbeitende Klasse bestimmt sind, sondern für die Klasse, die sie durch ihre Arbeit im Hause noch unterfüttern sollen?

Alle Versprechen gipfeln dann in der „guten Partie", die die Mädchen in Australien machen könnten, weil dort ein Mangel an Frauen sei. Nun, wir können es uns selbst sagen, daß die Besitzer der herrlichen Häuser und Villen in der Stadt und am Meer nicht ein einfaches Proletariermädchen heiraten werden, daß die schon wissen, wie sie dem Frauenmangel abhelfen können, indem sie sich entweder an den Töchtern der arbeitenden Klasse ohne Ehe schadlos halten, oder ihre Frauen aus dem Mutterlande beziehen. Und die Ehe mit einem Arbeiter oder kleinen Farmer dürfte auch in Australien nicht viel anders aussehen als in England.

Unsere englischen Klassenschwestern sollten sich also an die Feststellung in der kleinen Schrift halten, daß „das Leben dort nur sehr wenig von dem Leben abweicht, das sie kennt", und daraus ihre Folgerungen ziehen, daß sie auch in Australien zu den Ausgebeuteten gehören wird. Die Auswanderung nach Australien kann die Frage der arbeitslosen Frauen und Mädchen nicht lösen, sondern nur der Kampf gegen die Bourgeoisie. Das ist erfreulicher Weise auch auf der Konferenz der Frauen der Labour Party zum Ausdruck gekommen. Den Kapitalisten würde es schon passen, auch die Menschen gleich Waren von einem Markt zum andern zu verschieben, sie von Heimat und Freunden um ihres Profits willen loszureißen, noch dazu, wenn sie dann die Möglichkeit haben, unwissende Mädchen und Frauen in der Fremde noch roher und brutaler ausbeuten zu können, da sie sie von der Hilfe in der Heimat getrennt haben. Im Interesse unserer Klassenschwestern wollen wir hoffen, daß ihre Erkenntnis ihnen den wahren Zweck der Auswanderungspropaganda zeigen wird!

Lest und verbreitet „Die Kommunistin"

Feuilleton

„Pan a ocho"

(Fortsetzung.)

Auf dem Berge herrschte Unruhe, noch bevor es Tag wurde. Jene Mutter war in der Nacht gestorben; und die Leichenträger erschienen, um sie fortzutragen. Frauen liefen durcheinander; einige bekreuzigten sich vor der Leiche, andere riefen die Madonna an. Es war nichts Neues für diese Menschen, den Tod zu sehen; sie waren daran gewöhnt, ihn hinzunehmen wie alles andere, was das Leben brachte, und ihr leichtes Naturell half ihnen über alle Schatten weg. Aber die harte Wirklichkeit hatte ihnen etwas Neues aufgedrückt, ein Schicksalstropfen war auf sie gefallen; und sie fanden ein Wahrzeichen in der Leiche der Nachbarin, wie sie sie in der Nacht gefunden hatten mit dem kleinen Kinde, das auf dem erstarrten Körper herumkroch und nach der Brust suchte. „Nun sieht der Hunger", sagte eine Frau, als der Leichnam von den halbberauschten Trägern von der Höhe hinabgetragen wurde. „Jawohl, zum Kirchhof!" erwiderte eine andere.

In ihnen steckte die Panik, bereit zum Ausbruch. „Zum Kirchhof, jawohl!" Das war das Resultat. Die verzweifelte Aussicht tilgte alle phantastischen Hoffnungen, aber bloß, um die Wirklichkeit in die Wolken zu heben und ihr den Glanz der Phantasie zu verleihen, — die Wirklichkeit, sich satt essen zu können. Und im Wirrwarr der Gedanken und unter den vielen Rufen war einer, der traf und zündete: „Pan a ocho!" In diesem Schrei hatten die verworrenen, tastenden Gedanken ihre Formel gefunden, und er ging von Mund zu Mund.

„Pan a ocho!" — „Das Brot bis auf acht Pfennige hinab wie in alten Tagen!" Das war das Glück, das schwindelerregende Ideal, das niemand aufgab. Und jede Höhle hallte wider von dem Ruf und entsandte ein zerlumptes, halbbekleidetes Weib in die Reihen.

„Pan a ocho!" Die Gedanken hatten ihren Ausdruck gefunden, der Wirrwar nahm Richtung an. Die Schar bewegte sich bergab, den Pfad entlang, der im Zickzack verläuft und an allen Höhlen vorüberkommt. Schnell wuchs sie an, denn die Kinder der Armut sind zahlreich.

Wie häßlich sie waren, diese Frauen! Pockennarbig, schmutzig, mit Runzeln im Gesicht von dem grellen Sonnenlicht, das sie jahrelang gezwungen hatte, die Augen zuzukneifen; mit Schorf auf den Ohren und Schuppen auf den Schläfen! Die Not verschönt nicht. Aber die Sicherheit der Weiber wuchs mit ihrer Anzahl, sie erhitzten einander mit Geschrei und Drohungen, ergriffen Knüppel und Holzscheite und kratzten scharfe Topfscherben aus der steilen Wand des Pfades hervor. Und auf der anderen abschüssigen Seite ließen sie Steine hinabrollen, auf die Dächer der Baracken hinunter, und kreischten: „Pan a ocho!"

Der Feldruf gellte in die Baracken hinein und gab Antwort auf ihre Träume, die Bewohner erwachten und zollten ihren Tribut: „Pan a ocho!" Wie ein kalter Wind wehte es über die Höhen, ganz Albaicin hörte den Ruf. Nur die Stadt da unten, die Stadt der Wohlhabenden lag schweigend im letzten Morgenschlummer.

Dort oben auf dem äußersten Rande stand eine Kirche. Auf dem Platz vor der Kirche war eine alte Kanone in die Erde gepflanzt. Die Frauen gruben sie mit ihren Nägeln heraus und rollten sie auf die Brustwehr. Da lag sie nun und wies verhängnisvoll auf die Stadt hinab — die Zeit hatte sie mit Erde geladen. Und die Scharen drängten weiter durch die hundert Gäßchen von Albaicin hinab.

„Pan a ocho!" Albaicin, die Stadt der Weberinnen, gab Antwort und leistete ihren Beitrag. Auch Männer wollten sich dem Zuge anschließen; sie wurden ausgepfiffen . . . „Wir brauchen sie nicht! Fort mit ihnen!" Und die Gassen spieen eine rasende, verwilderte Heerschar von Lumpen und Geschrei auf den großen Marktplatz aus.

Dort holte sie der Zug der Männer ein, die die tote Frau zum Leichenhause trugen. Sie war mit ihren besten Kleidern angetan und unbedeckt, wie es Sitte in Andalusien ist, und hatte die Arme über die Brust gekreuzt zum Zeichen, daß sie Mutter gewesen war. Einem jungen Mädchen faltet man nur die Hände, und zwischen ihnen bringt man einen Strauß von nicht aufgeblühten Blumen an.

Der Schwarm erkannte die Tote. „Da ist sie! Seht, wie sie uns anlächelt!" rief eine Frau. „Sie ist eine Heilige, die Heilige des Brotes!" Ein wildes Geschrei brach los, und die Horde umringte die Leichenträger und nahm ihnen die Tote fort. Sie wurde in der Prozession von den fanatischen Frauen getragen.

Der Hunger war entfesselt, der zügellose, alles betäubende Hunger, aus zehntausend offenen Mündern schäumend. Heisere Flüche, schnauzige Rufe, wildes Gelächter erfüllten die Luft. Durch Zacatin trieb der Strom mit dem Leichnam an der Spitze nach Bivarrambla hinab. Die Fensterscheiben der Musterläden von Zacatin fielen, von Steinwürfen getroffen, klirrend zur Erde, Jalousien wurden eingeschlagen, Waren vernichtet.

Ein junger Gendarmerieoffizier, der seiner Schönheit und eleganten Haltung wegen bekannt war, ritt vor und wollte dem Strome Einhalt gebieten. Man pfiff ihn aus und bewarf ihn mit Schmutz: „Hu, wie häßlich er ist!" — „Pfui, wie ekelhaft er zu Pferde sitzt!" „Werft nach ihm!" Diesem Angriff konnte er nicht standhalten; er wendete sein Pferd und ritt fort, während Kot und Scherben auf seine glänzende Uniform niederhagelten.

Man drang in die große Konditorei zu dem Vorsitzenden der Bäckerinnung ein. „Sag Pan a ocho!" schrien sie und zielten mit Steinen nach ihm. „Senjoras, Senjoritas!" sagte er zitternd. „Hier haben Sie Brot, Mehl und Kuchen. Nehmen Sie alles, was in meinem Laden ist; aber wagen Sie nicht, mich anzurühren!"

„Sag Pan a ocho!" heulten fünfzig Stimmen.

„Pan a ocho!" murmelte er.

„Hier kann er es wohl sagen, aber er soll es laut auf der Straße verkünden!" Und sie zerrten ihn aus dem Laden und führten ihn in ihrer Mitte fort. Durch Stöße und Schläge zwangen sie ihn, sich an dem Rufe zu beteiligen.

„Hört ihr, wie gut der Bäcker schreit?"

„Er hält es mit uns, die liebe Seele!"

„Wer sollte glauben, daß er den Brotpreis erhöht hat!"

„Wie fett er ist, der Engel!"

„Und gutmütig!"

Man kniff ihn in Arme und Beine, faßte ihn unters Kinn und streichelte ihn; eine Zigeunerin, deren unteres Gesicht fast vom Lupus weggefressen war, machte Miene, ihn zu küssen. Er sank auf dem Bürgersteig um, halb vom Schlage getroffen, und blieb liegen.

Der Hauptschwarm mit dem Leichnam schwenkte bereits auf das breite Bivarambla ein. Die andern eilten nach. An der Biegung überraschten sie eine junge Frau, die auf dem Wege nach der Kathedrale zur Morgenmesse war. „Sag Pan a ocho!" schrien sie und umringten sie lachend. Die Frau starrte in die verzerrten Gesichter, die unter den Pockennarben so rot waren, als hätte es Blut geregnet. „Jesus, Madonna, Mutter meiner Seele!" jammerte sie und sank zwischen den Rasenden in die Knie. „Was hab' ich getan, daß ich in solche Gesellschaft gerate?"

„Solche Gesellschaft! Hört Ihr, sie spuckt auf uns!"

„Greift sie!" schrien einige. „Nehmt sie mit!"

Aber schon war der Hauptschwarm wieder in Bewegung: „Zum Präfekten! Zum Präfekten!" Und man folgte und ließ sie liegen.

* * *

Der Präfekt wohnte am Rande der Stadt, von wo er die Vega und die Sierra Nevada überschauen konnte. Man war soeben aufgestanden, und alle Fenster des Palastes waren der Morgensonne geöffnet.

An einem der offenen Fenster des Erdgeschosses, hinter dem gebührenden Eisengitter, tanzte trällernd ein junges Mädchen. Sie war im kurzen Morgenkleide, und das Haar hing ihr lose über die Schultern herab. Ihre Augen waren groß. Sie übte sich in La Sevilljana, und an den Händen hatte sie Kastagnetten, die mit langen, farbigen, über die zarten Handgelenke herabfallenden Seidenbändern geschmückt waren. Eine Weile holte sie tief Atem, denn sie hatte soeben getanzt. Dann schlug sie auf einmal drei lustige Takte an, stemmte die Hände in die Hüften, beugte sich vor und begann die kecken Hüftbewegungen des Tanzes, während sie sang:

„Ich liebe Bruder,
ich liebe Mutter,
ich liebe Vater — ach so sehr!
Und doch gibt es einen
— das will ich meinen,
— das will ich meinen —
den lieb' ich mehr."

(Schluß folgt.)

Inhaltsverzeichnis: Schlagt die Juden tot! — Kampf in der Metallindustrie. — Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. — Ruhrkinder aufs Land? — Ernährungsmöglichkeit und Bevölkerungsproblem. — Aus der Organisation: Der Kampf der Frauen gegen Teuerung und Wucher. — Welche Bedeutung hat der Görlitzer Genossenschaftstag für die Proletarierfrauen? — An die 121 Negerinnen! — Aus der Internationale: „Dienstmädchen für Australien gesucht!" — Feuilleton: „Pan a ocho".

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW. 48.

Die Kommunistin

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Herausgegeben vom Reichs-Frauensekretariat. Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin

Nr. 15 | Die Kommunistin erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Infolge der immer weiteren Geldentwertung mußte der Preis wieder erhöht werden. Einzelnummer 1000,— Mark | Berlin, 1. August 1923 | Verlag: Friedrichstadt-Druckerei GmbH. (Abteilung Zeitschriften). Berlin SW 48, Friedrichstr. 225. — Verantwortlich für die Redaktion: Martha Arendsee, Berlin. | Jahrg. 5

Was bedeuten wertbeständige Löhne für die Hausfrauen und Arbeiterinnen?

Von Wilhelm Dümwell.

Wertbeständige Löhne! Das ist nun das Schlagwort, das ist die Formel, mit der die Arbeiterschaft betört und irregeführt werden soll und zum großen Teil auch irregeführt worden ist.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie wollen den Anschein erwecken, als hätten sie mit den sogenannten wertbeständigen Löhnen ein Mittel gefunden, um eine weitere Verelendung der Arbeiterschaft zu verhindern. Die Ankündigung dieses Mittels soll die Arbeiter davon abhalten, durch Einleitung und Durchführung von Kämpfen ausreichende Löhne zu erlangen. Wenn schon viele Arbeiter sich einfangen lassen, Arbeiterfrauen müssen schon durch Erfahrung wissen, daß die mit den bürgerlichen Parteien verbündeten Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer keine Maßnahmen treffen, durch die dem Arbeiter eine ausreichende Existenz gesichert wird.

Frauen, überlegt! Wenn es wahr wäre, daß durch irgend eine neue Form der Lohnberechnung den Arbeitern ein ausreichender Lohn verschafft werden könnte, dann müßte die jetzige zu schlechte Entlohnung doch darin ihre Ursache haben, daß die Gewerkschaften falsche Methoden angewandt haben. Seit vier Jahren aber versichern die Gewerkschaftsführer, daß ihre Methode, daß ihre Gewerkschaftstaktik die einzig richtige und mögliche sei. Und was haben sie getan? Sie haben in der Arbeitsgemeinschaft die jetzige Wirtschaftspolitik gemacht, sie haben in Verbindung mit den Unternehmern die Entwicklung der Löhne und Preise bestimmt. Demnach träfe die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten, die mit allen Mitteln für die Politik der Arbeitsgemeinschaft und der Koalitionsregierung gekämpft haben, die Schuld an der Verelendung der Arbeiterschaft. Nun ist aber auch der sogenannte wertbeständige Lohn in Wirklichkeit nichts anderes als eine etwas veränderte Form der Arbeitsgemeinschaftspolitik. Die Höhe der Löhne wird in Verhandlungen nach dem Diktat der Unternehmer festgesetzt. Der erste, der unbestrittene Grundsatz hierbei ist, daß der Profit der Unternehmer nicht beschnitten werden darf. In Wirklichkeit ist durch die Politik der Arbeitsgemeinschaft der Anteil des Lohnes am Arbeitsertrage ständig beschnitten worden. Die Kaufkraft des Lohnes wurde herabgedrückt. Die Preise der Waren werden von den Kapitalisten ganz einseitig diktiert. So wird erklärlich, daß die Preissteigerungen immer viel höher sind, als die nachhinkenden Lohnerhöhungen. Daran kann auch nichts geändert werden durch eine neue Verrechnungsform, durch sogenannte wertbeständige Löhne. Die Verelendung der Arbeiterschaft ist keine Folge falscher Berechnungen, sondern liegt unlösbar im kapitalistischen System begründet. Es ist doch ganz klar: wenn die Unkosten und Aufwendungen jeglicher Art gewaltig steigen, der Profit des sogar noch vergrößerten Kapitals nicht gesenkt wird, der Unternehmergewinn vielmehr stark in die Höhe getrieben wird, ist ganz selbstverständlich, daß der Anteil der Arbeiter am Produktionsertrage kleiner werden muß. Es gibt gar keine andere Lösung. Der Krieg hat eine gewaltige Menge von Gütern zerstört, er hat dazu die Gütererzeugung auf Jahre hindurch fast gänzlich unterbunden, er hat Produktivkräfte zerstört. Daraus ergibt sich ein großer Verlust. Dieser Verlust soll eingeholt werden. Bei dem Zerstören haben die Kapitalisten Riesengewinne gemacht. Diese Gewinne sollen jetzt eigentlich erst erarbeitet und auch verzinst werden. Hinzu kommt noch, daß Deutschland als besiegtes Land den Siegern im Weltkriege die Kriegskosten bezahlen muß. Weiter kommt hinzu, daß die deutschen Kapitalisten bisher fast überhaupt keine Steuern bezahlt haben. Sie verstanden es, alle Lasten auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Und schließlich kommt noch hinzu, daß der Profit der Unternehmer nicht kleiner, sondern vielfach sehr erheblich größer geworden ist. Das hat die Politik der Arbeitsgemeinschaft, die Politik des kapitalistischen „Wiederaufbaues" bewirkt.

Und was soll nun kommen? Soll von dieser Wirtschaftspolitik abgegangen werden? Nein. Im Gegenteil, die Gewerkschaftsbürokratie sowie die Führung der Sozialdemokratie betrachten es als ihre Hauptaufgabe, die kapitalistische Wirtschaftsweise zu retten, sie vor revolutionären Angriffen zu schützen. Alle größeren Streiks der letzten Zeit sind von den Gewerkschaftsführern sabotiert, für wild erklärt und vorzeitig abgewürgt worden, um den vollen Erfolg zu verhindern. So war es bei zahlreichen Landarbeiterstreiks, so auch beim letzten Streik der Berliner Metallarbeiter. Darum muß die Arbeiterschaft immer wieder in den Irrglauben versetzt, in dem Wahn erhalten werden, als ob es möglich sei, ohne Angriffe auf das Kapital und ohne Veränderung der bisherigen Wirtschaftsweise dem Proletariat eine menschenwürdige Existenz zu sichern. Wir haben nachgewiesen, daß in der kapitalistischen Wirtschaftsweise eine Sicherung auch nur der nackten Existenz des Proletariats nicht möglich ist, ohne daß die Arbeiterschaft täglich von neuem mit dem Unternehmertum darum kämpft. Die reformistischen Führer wollen aber in Wirklichkeit wertbeständige Löhne gar nicht einführen oder gar darum kämpfen. Was man will, ist folgendes: nachdem jetzt die Kaufkraft des Lohnes auf etwa ein Sechstel gesunken ist, soll dieser Tiefstand des Lohnes festgehalten werden. Aber auch wenn man dieses ernsthaft wollte, ist dies im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft nicht möglich. Kürzlich wurden in den meisten Berufen die Löhne erhöht, wobei der Grundsatz der Wert-

beständigkeit schon Geltung haben sollte. Der Stundenlohn der Metallarbeiter für die laufende Woche ist danach auf 17 000 M. festgesetzt worden. Die Frauenzulage beträgt 500 M., die Kinderzulage 250 M. pro Stunde. Der Grundlohn wurde ermittelt bei einem Dollarstand von 150 000. Bei diesem Stande betrug der Stundenlohn 13 500 M. Der Stundenlohn von 17 000 M. entspräche einem Dollarstand von 190 000 M. Nun aber ist der Dollar auf über 600 000 hinaufgeschnellt, und mit ihm die Preise aller Waren. Wie hoch sie noch klettern, ehe die laufende Woche zu Ende ist, entzieht sich jeder Berechnung, aber die Metallarbeiter bekommen als große Errungenschaft der wunderbaren Politik der Bürokratie ihre 17 000 M. So macht die Bürokratie die Löhne wertbeständig. Ist das nicht ein grenzenloser Schwindel?

Wir sehen ganz davon ab, daß die Gewerkschaftsbürokratie bei ihrer arbeiterschädigenden Politik die Ungleichheit der Entlohnung für männliche und weibliche Arbeitskraft als etwas ganz Selbstverständliches unangetastet läßt. Wir fragen aber die Frauen, die in den letzten Wochen mit den herrlichen wertbeständigen Löhnen haushalten müssen, wie ihnen diese glänzende neue Einrichtung der Gewerkschaftsbürokratie bekommen ist. Wie immer, sind auch jetzt wieder die Frauen die Hauptleidtragenden. Von Tag zu Tag vermindert sich die Kaufkraft des — wertbeständigen Geldes. Aber der Mann und die Kinder sollen möglichst vor noch größerer Einschränkung bewahrt bleiben. Die Hausfrau und Mutter darbt mehr, verzichtet auf alles, und trotzdem: sie muß auch die Ration für den Mann, sie muß auch die Ration für die Kinder kleiner und schlechter machen. Auf der Frau ruht der ganze Jammer dieser trostlosen Zustände. Aber gerade darum müssen die Frauen endlich aus ihrer Passivität, aus ihrem stummen Dulden heraus. Fa vielfach haben die Frauen einen großen Teil der Schuld für die Verschärfung der Not, in der sie selbst und ihre Angehörigen leiden. Sie mahnten ihre Männer, vor dem Unternehmer artig zu sein, sie bedrängten die Männer, unter keinen Umständen zu streiken, lieber etwas mehr hungern. Nun sind sie mit dem Artigsein, mit dem Nichtstreiken, mit dem Nichtkämpfen, mit dem Mehrhungerleiden an die Grenzen des direkten Verhungerns angelangt. Was nun? Wollt Ihr Frauen elend verhungern, wollt Ihr Eure Männer, wollt Ihr Eure Kinder durch den Hungertod ins Grab stoßen lassen? Nein, das wollt Ihr nicht, das dürft Ihr nicht. Darum aber ist es Eure Pflicht, endlich mitzukämpfen, damit die Männer kämpfen, damit die Männer den rechten Weg einschlagen, den Weg, der aus den sozialen Tiefen zu neuen Höhen hinaufführt. Frauen! Arbeiterinnen! Mütter! Duldet nicht, daß Eure Männer noch länger sklavisch sich von der Gewerkschaftsbürokratie mit den sozialdemokratischen Führern dazu verführen lassen, sich immer mehr und immer schärfer ausbeuten zu lassen. Fordert von Euren Männern, daß sie endlich als Klassenkämpfer mit dem Kapital um den Anteil am Arbeitsertrage ringen, daß sie für sich und ihre Familie einen auskömmlichen Lohn erkämpfen. Dieser Lohn muß zunächst mindestens so weit erhöht werden, daß er für eine Lebenshaltung, wie sie in der Vorkriegszeit war, ausreicht. Als Arbeiterinnen dürft Ihr Frauen aber auch nicht länger schweigen zu der ungleichen Entlohnung von Mann und Frau. Von den Arbeitskameraden, von den Gewerkschaftsvertretungen müßt Ihr kategorisch verlangen, daß ein ausreichender Lohn für alle, daß gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt werde. Um das zu erringen, ist die einheitliche proletarische Kampffront notwendig, ist notwendig der Kampf gegen den Faschismus, für die Arbeiterregierung!

Der Klassenkampf und die Arbeiterkinder.

Die zweite Reichskonferenz der Kommunistischen Kindergruppen in Gotha.

Der Vortrupp der deutschen Arbeiterkinder, die 250 Jungen und Mädels, die sich aus allen Teilen des Reiches in Gotha versammelten, haben wichtige revolutionäre Arbeit geleistet und das erwachsene Proletariat, vor allem die Arbeiterfrauen, vieles gelehrt.

Es wäre nötig, daß tausende und abertausende von proletarischen Müttern und Mädchen diese Kinder gesehen und gehört hätten! Das Aussehen, die Kleidung der Kinder sprachen eine beredte Sprache darüber, in welcher großen Not sich die Arbeiterschaft befindet. Die ganzen Verhandlungen zeigten aber gleichfalls, auf welchem hohen Niveau diese Arbeiterschaft steht und von welchem revolutionären Kampfesmut selbst die kleinsten Proletarier durchdrungen sind.

Der Bericht über die Internationale Kindergruppenbewegung zeigte deutlich, daß die deutschen Kinder zusammen mit den russischen an erster Stelle marschieren, wie nach der Zahl der erfaßten Kinder, so vor allem, nach dem Inhalt ihrer Arbeit.

Die deutsche bürgerliche Republik und ihre Hauptträger, die Sozialdemokraten, haben es nicht einmal verstanden, die proletarischen Kindermassen von der mittelalterlichen Prügelstrafe zu befreien. Sie haben in fünf Jahren deutscher Republik es nicht fertig gebracht, den Schulunterricht zu republikanisieren und von der monarchistischen, nationalistischen Propaganda zu säubern. Zusammen mit den Hindenburg- und Hohenzollernbildern ist das ganze reaktionäre Gift in der Volksschule geblieben. Und es ist die junge Generation, die Kinder, die nun jetzt selbst gezwungen sind, sich körperlich und geistig gegen die alte Schule zu verteidigen. Die Reaktion und die Sozialdemokratie werden später ihre Verbrechen und Unterlassungssünden in der Schule büßen. Die Reaktion in der Schule revolutionisiert die Kinder.

Bevor ich zu den Verhandlungen übergehe, möchte ich das eine betonen: Auf der Konferenz waren Knaben und Mädels in gleicher Anzahl vertreten. Das Präsidium führten drei Knaben und drei Mädchen. Ueber einen der wichtigsten Tagesordnungspunkte — die Presse — referierte ein Mädchen, Frida Saewecke aus Bremen, und ihr Referat war eines der besten. An der Diskussion beteiligten sich die Mädels ebenso zahlreich wie die Jungens und traten ebenso sicher auf. Sogar ein neunjähriges Kölner Mädel meldete sich zum Wort. Ein zehnjähriges Düsseldorfer Mädchen kam im Zusammenhang mit der Pressefrage und der Bekämpfung der Religion auf die Weltentstehung. „Ich werde Euch gleich erzählen, wie die Welt entstanden ist," sagte sie. Leider kam sie nicht dazu. Ein Junge meldete sich zur Geschäftsordnung und machte den Vorschlag, daß die Rednerin im „Jungen Genossen" über die Weltentstehung schreibe. „Die Entstehung der Welt steht auf der Reichskonferenz der KJG. nicht zur Diskussion!" erklärte er, und die Rednerin mit der roten Schleife zog ab. Unsere Frauen haben von diesem Mädel vieles zu lernen: Sie wagen es oft nicht, öffentlich über ihre wirtschaftliche Not, geschweige über die Weltenstehung zu sprechen!

Die Kinder verhandelten über das Elend der Arbeiterkinder, den Schulkampf, die Presse und ihre gesamte agitatorische Arbeit. Sie erzählten Einzelnes aus ihrem Schulkampf, wie sie mutig gegen die Lehrer und, wenn es dazu kam, gegen die Polizei auftraten. Sie sprachen auch über die kommunistischen Elternräte. Da ist manches kritische Wort der Kinder gefallen. Ich glaube sogar etwas von „Schlafmützen" gehört zu haben. Haben die Kinder ganz unrecht, Genossinnen?

Besonders interessant waren die Verhandlungen über die Pressefrage. Die Kinder besprachen weniger den Vertrieb als den Inhalt des „Jungen Genossen". Es kam deutlich zum Ausdruck, daß die älteren Kinder eine ernste politische und kulturelle Kinderzeitung haben wollen. Sie verlangten Beiträge aus der Geschichte der Zeit, die sie in der Schule lernen. Sie wollen einwandfreies Material gegen die bürgerliche Einstellung der Geschichte haben. Es wurde ebenfalls der Wunsch geäußert, daß politische und wirtschaftliche Fragen, z. B. die Fragen über Streiks und Lockout, in der Kinderzeitung behandelt werden. Sie wollten auch eine bessere Information über die Lage und die Kinderbewegung im Ausland, vor allem in Rußland, Italien, Frankreich und England, haben. Sie wandten sich gegen die Leitartikel, „die doch niemand liest". Sie äußerten stürmisch den Wunsch, daß nicht Erwachsene, sondern die Kinder selber in ihrer Zeitung schreiben, und beschlossen einstimmig, die Berliner Kindergenossen zu beauftragen, eine Redaktionskommission zu wählen, die gemeinsam mit dem heutigen Redakteur des „Jungen Genossen" arbeitet. Sie besprachen auch den Preis ihrer Zeitung, die Möglichkeit, sie alle zwei Wochen erscheinen zu lassen, farbig herauszugeben usw.

Es würde der „Kommunistin" sehr nützen, wenn die Arbeiterfrauen so viel Interesse und Aktivität für sie gezeigt hätten, wie die Kinder für ihre Kinderzeitung!

Auch hier sind die Kinder den Müttern voran, und sie müssen sie zum Nutzen der Bewegung schleunigst einholen.

Die Gothaer Konferenz hat erneut die große revolutionäre und schöpferische Bedeutung der Kindergruppenbewegung für die gesamte deutsche Arbeiterschaft, für den kommenden deutschen Arbeiterstaat, den doch die Kinder mit aufbauen werden, gezeigt.

Die Arbeiterfrauen haben die Pflicht, aufmerksam die Entwicklung ihrer Kinder zu verfolgen und voll und ganz ihren Kampf zu unterstützen. Sie müssen alles dransetzen, ihre Kinder im Sinne des Klassenkampfes zu erziehen und sie restlos in die Kommunistischen Kindergruppen schicken.

Eine Arbeiterfrau, die ihre Kinder, dieser mächtigen Bewegung, die allein im heutigen Klassenstaat imstande ist, die proletarischen Kinder zu Klassenkämpfern zu erziehen und ihre Kräfte zur Entfaltung zu bringen, nicht zuführt, begeht ein Verbrechen an ihren Kindern und an ihrer Klasse.

Arbeiterfrauen! Dankt euren Kindern für die geleistete Arbeit, lernt von ihnen, kämpft mit ihnen, und ihr werdet gemeinsam mit ihnen zum Siege kommen!

Gotha, den 22. Juli 1923. Käthe Pohl.

Eine Kinderkonferenz in Slatoust (Ural).

Am 3. Mai fand im Gebäude der ersten Sowjetschule die Organisationsversammlung der Rayons: Innere Stadt, Sakmenka und Metallwerke statt. Der Zweck der Organisationsvorkonferenz war eine engere Aussprache mit den Kindern über die Art und Weise der Veranstaltung der Konferenz. Die Kinder waren sehr aufmerksam. Fast von allen Kindern wurden Fragen gestellt. Die Kommission muß den wunderbar ernsten Charakter der von den Kindern aufgeworfenen Fragen hervorheben. Unsinnige, Lachen hervorrufende Fragen gab es überhaupt nicht. Einige Kinder hielten ganze zusammenhängende Reden. Es ist das Einfache und Sinnvolle dieser Reden, wie auch die gehobene Stimmung der Redner hervorzuheben. Als die Kommission die Frage aufwarf, ob die Konferenz ein eigenes Organ: „Die erste Kinderkonferenz in Slatoust" herausgeben solle oder nicht, meldeten sich sofort 5 bis 6 Kinder zum Wort und führten begeistert den Beweis, daß die Konferenz eine Spur hinterlassen müsse, die eben in diesem Organ bestehen werde. Es wurde einstimmig beschlossen, in das Präsidium je einen Vertreter von jeder Delegation zu wählen, insgesamt 22 Personen.

Die Wahl eines so vielköpfigen Präsidiums geschah aus dem Grunde, weil vorauszusehen war, daß eine Anzahl von Fragen, die mit der Konferenz im Zusammenhang stehen, nach der Konferenz noch durchgearbeitet werden müssen. Ferner war zu berücksichtigen, daß die Mitglieder des Präsidiums im Laufe der Verhandlungen eng miteinander bekannt werden und nachher in den verschiedenen Kinderhäusern und Schulen als Vertrauensleute für die aufkeimende Kinderbewegung dienen sollen.

Die Organisationskommission bestand aus den Genossen Matarewitsch, Bevollmächtigter der Bezirksvolksbildungsabteilung für die Arbeit unter den Schul- und Kinderhäuserkindern, Genossen Pawlow als Vertreter des städtischen Rayonkomitees, Genossen Sljepenkoff, Leiter des Untertechnikums, als Vertreter der Bezirksvolksbildungsabteilung und Genossen Kosloff, Leiter der städtischen Volksbildungsabteilung. Folgende Tagesordnung wurde aufgestellt:

1. Die Sowjetmacht und die Kinder. Ref.: Gen. Sljepenkoff.
2. Der KJVM. und die Pionierbewegung. Referent Genosse Matarewitsch.
3. Wie werden wir den Sommer verbringen? Mit dem Referat wird die Hörerin des Untertechnikums, Genossin Sapschnikowa, beauftragt.
4. Verschiedenes.

Die Kommission stellte fest, daß die Referenten sich an die aus Kindern bestehenden Zuhörer in einer besonderen Art und Weise wenden müssen. Es wurde demgemäß beschlossen, eine Reihe von Plakaten und Bildern zur Illustrierung der Referate vorzubereiten. Gleichzeitig wurde hervorgehoben, daß der Referent, während das Referates selbst, die Kinder zum Stellen von Fragen anregen müsse, die er dann sofort zu beantworten hat.

In allen Schulen und Kinderhäusern wurden hierauf Delegierte gewählt. Die Wahlversammlungen waren über sehr lebhaft. Die Kinder hatten ein reges Interesse für die Wahlen.

Auf Ersuchen der Organisationskommission gab das Hungerhilfskomitee zur Veranstaltung eines Frühstücks für die Konferenzteilnehmer pro Kopf anderthalb Pfund Weißbrot und eine Schale Kakao. Die Eröffnung der Konferenz wurde für den 4. Mai, 10 Uhr vormittags im Gebäude des Pädagogischen Technikums bestimmt.

Der Tag der Konferenz ist da. Von 9 Uhr ab kommen die Delegierten mit ihren Fahnen. An der Tür stehen zwei Hörerinnen des Polytechnikums; das gleiche ist in der Garderobe der Fall. Sie haben die strenge Weisung, den Delegierten gegenüber besonders zuvorkommend zu sein. Der Sitzungssaal ist bald mit Fahnen geschmückt. Eine der Schulen hatte den guten Einfall, eine Fahne mit der Aufschrift „Hoch die erste Kinderkonferenz" anzufertigen. Diese Fahne steht in der Mitte. Die Kommission schreitet an die Wahl des Präsidiums. Das Präsidium ist gewählt, die Rollen sind verteilt, die Sitzung wird mit dem Gesang der „Internationale" eröffnet.

Die Begrüßungsreden des Vertreters des KJV. und des Vertreters des Gewerkschaftsbüros werden mit begeistertem Händeklatschen empfangen. Eine gehobene Stimmung ist geschaffen, alle fühlen sich ungezwungen und sind mit sich und den anderen zufrieden. Beim ersten Referat: „Die Sowjetmacht und die Kinder" befürchtete der Referent, nicht den richtigen Ton finden zu können, wobei zu berücksichtigen ist, daß das Referat, namentlich in einer so großen Kinderversammlung, notwendigerweise die übrigen beeinflußt.

Das Referat dauerte nicht mehr als 10 bis 12 Minuten. Der Referent ging im Saale herum, zeigte den Kindern Bilder und Kupferstiche aus der Sammlung des Tredjakoff-Museums, die das Leben der Bourgeois und der Arbeiter zeigen. Das Referat war sehr verständlich. Es werden aber keine Fragen gestellt. Der Referent ist ein wenig verwirrt, da er befürchtet, daß sein Referat die Schuld daran trägt. Es tönte aber ein begeistertes Händeklatschen, und man hörte die Zurufe der Kinder: „Es ist ja alles ganz klar, darüber braucht man gar nicht zu reden". Das Präsidium hat inzwischen schon eine einfache, sehr genaue und verständliche, kurze, aber gleichzeitig umfassende Resolution zusammengestellt, die einstimmig angenommen wird.

Die Pause ist zu Ende. Der Referent zum 2. Tagesordnungspunkt: „Der KJV. und die Pionierbewegung" hat — es ist schwer zu sagen, ob nach vorheriger Ueberlegung oder durch einen richtigen Instinkt geführt — seinen Vortrag in Frage- und Antwortform abgehalten. Der Referent liest von großen Plakaten, auf denen Bilder von Kinderpionieren, ferner die Gesetze, Sitten und das feierliche Versprechen der Pioniere abgedruckt sind, einen Satz nach dem andern vor, wobei ein Mitglied der Kommission, der dem Referenten behilflich ist, das Plakat den Kindern zeigt. Zuweilen wird das Plakat auf Ersuchen der Kinder im Saale herumgetragen, damit sie es besser sehen können. Hie und da sind Kinder in der einen oder andern Frage miteinander nicht einverstanden und versuchen, die einzelnen Gesetze oder Sitten der Pioniere zu erklären. Das ist der wichtigste Punkt der Konferenz, der für ihren Erfolg entscheidend ist. Die Rolle eines Pioniers ist nunmehr für die Konferenzmitglieder im höchsten Grade klar und verständlich. Schulkinder, die bisher nie in ihrem Leben das Wort Pionier gehört haben, besitzen nun einen klaren Begriff von dem, was ein Pionier ist, und sind um die Wette

bestrebt, sich über die Gesetze und Sitten der Pioniere klar zu werden.

Dieser Umstand gelangt mit besonderer Klarheit zum Ausdruck und bildet den Höhepunkt der begeisterten Stimmung. Alle haben nun die Ueberzeugung, und ein ganzes Dutzend sagt es auch offen, daß ihre Gedanken in vollem Kontakt mit denen der anderen sind. Die Ideen der Pionierbewegung haben sich sofort eine Stellung unter den Kindern erobert. Viele Kinder schreiben sich die Sitten und Gesetze dieser Bewegung aufs Papier, um sie nicht zu vergessen. Dieses Referat ist fast im Wortlaut im Protokoll enthalten. Die Schriftführerin, eine Schülerin der 10. Schule, fühlte offenbar, daß der Inhalt dieses Referats den wichtigsten Teil der Konferenz bildet. Das Referat ist zu Ende. Händeklatschen. Wenn die Beifallskundgebungen nach dem ersten Referat mit einem Frühlingsregen, der auf einen nach Besenchtung lechzenden Boden niederfällt, verglichen werden konnte, so ist für diese Beifallsbezeugungen noch ein weit stärkerer Vergleich notwendig.

Das letzte Referat: „Wie werden wir den Sommer verbringen?" bildete eigentlich ein Korreferat zum ersten. Sofort am Anfang des Referats wurde der Referent wiederholt unterbrochen, da auch die Kinder ihre Meinung äußern wollten. Der Referent zeigte den Kindern Schmetterling- und Käfersammlungen, die das größte Interesse der Kinder erweckten. Die Debatte nach diesem Referat endete schnell, da die Kinder schon ermüdet waren. Die Konferenz dauerte ungefähr vier Stunden.

Nachher gehen die Konferenzteilnehmer zum Frühstück. Ein Teil besucht das Museum des Untertechnikums. Viele sehen die im Museum vorhandenen ausgestopften Tiere: Füchse, Hasen, Eichhörnchen, Wölfe usw. zum ersten Mal in ihrem Leben, und ihre Begeisterung ist grenzenlos.

Nach allgemeiner Ueberzeugung ist die Konferenz erfolgreich verlaufen, die Kinder warten die Frage auf, wann die nächste Konferenz stattfinden werde. Ein begeisterter Redner erklärte, daß solche Konferenzen dreimal wöchentlich veranstaltet werden müßten. Andere, Besonnenere, gaben sich aber damit zufrieden, daß solche Konferenzen einmal monatlich stattfinden sollten.

Vor Schluß der Konferenz ergriff ein Mitglied der Kommission das Wort. Er hatte das Hoch auf die Konferenz noch nicht ausgebracht, als die Kinder schon anfingen, Hurra zu schreien, und als er schließlich ausrief: „Hoch die erste Kinderkonferenz!" waren die Hurrarufe noch viel lauter und begeisterter.

Am 5. Mai trat das Präsidium noch einmal zusammen, um die Protokolle zu bestätigen.

Für den 8. Mai wurde eine neue Sitzung des Präsidiums anberaumt, um die Frage der Herausgabe des Konferenzprotokolls unter dem Titel: „Die erste Kinderkonferenz" zu erörtern, und um über die in den einzelnen Schulen veranstalteten Versammlungen und Konferenzen einen zusammenfassenden Bericht auszuarbeiten. In dieser Sitzung gaben die Mitglieder des Präsidiums der Meinung Ausdruck, daß noch einige solcher Sitzungen zu veranstalten seien.

Die Abtreibungsparagraphen vor dem sächsischen Landtag.

Bevor der sächsische Landtag in die Ferien ging, hat er noch eine Reihe Gesetze erledigt, die, so unzulänglich sie auch sein mögen, dennoch die bürgerlichen Parteien veranlaßte, Obstruktion in jeder Form zu treiben. Unendlich lange Reden, endlose Geschäftsordnungsdebatten, Vertagungsanträge, Anträge auf dritte Lesung u. dergl. mehr, haben aber nichts genützt — dem zähen Standhalten der linken Parteien gegenüber mußte ihr Widerstand weichen: die kleine Mehrheit der Linken siegte.

Die arbeitenden Frauen und die Mütter des werktätigen Volkes werden besonderes Interesse haben für die **Amnestie-Vorlage**, die die Regierung Zeigner (in Erfüllung der Bedingungen, die die kommunistische Fraktion bei der Regierungsbildung gestellt hatte) dem sächsischen Landtag als Gesetz vorlegte.

Bei der Begründung führte der Regierungsvertreter, der frühere Staatsanwalt Dr. Wulffen (welcher durch seine kriminal-psychologischen Schriften weit über Sachsen hinaus bekannt ist), aus, daß der Anlaß zu diesem Gesetz zwar ein politischer sei, aber der Inhalt sei ein sozialer, menschlicher, und geboten durch die Not der Zeit.

Das Gesetz über eine Amnestie für Not- und Abtreibungsdelikte (also betr. Vergehen gegen die berüchtigten §§ 218/19) bedeutet eine **bedingte** Begnadigung, nämlich, sofern die Straftaten von sächsischen Gerichten bis zum 1. Juli 1923 abgeurteilt und keine höhere als einjährige Gefängnisstrafe verhängt worden ist, und wenn sie aus Not begangen wurden.

„Not setzt eine ernstliche wirtschaftliche, vom Täter nicht schuldhaft herbeigeführte Bedrängnis voraus, die ihn persönlich oder solche Angehörige betrifft, gegenüber denen er unterhaltungspflichtig ist." (§ 2.)

Ausgenommen von dieser Begnadigung sind die gröblichsten Delikte, z. B.:

„Wenn die Schwangere gröblich ausgebeutet worden oder auszubeuten versucht worden ist oder wenn die Abtreibung ohne Einwilligung der Schwangeren geschehen ist und wenn durch die Art der Abtreibung oder durch Vernachlässigung der erforderlichen Vorsichtsmaßregeln die Gesundheit der Schwangeren schwer gefährdet oder geschädigt worden ist."

Es ist selbstverständlich, daß die bürgerlichen Vertreter aller Parteien, sei es, daß sie als Juristen, Geistliche, Lehrer (der Demokrat Seyfert) oder Aerzte das Wort nahmen, diese Gesetzesvorlage mit den gewohnten Redensarten von der Heiligkeit alles Lebens, von der gefährdeten Moral — die ohnehin schon tief gesunken sei — bekämpften. Unter dem wuchtigen Anklagematerial, das unser Genosse Renner und die sozialdemokratische Abgeordnete Thümmel vorbrachten, bequemten sie sich dazu, höchstens Einzelbegnadigungen zu befürworten, aber keine Amnestie als Gesetz.

Heftig angegriffen wurde der Regierungsvertreter vom deutschnationalen Sanitätsrat Kretzschmar wegen seines Hinweises darauf, daß die Gebärfähigkeit der Frauen nicht abgenommen hätte; wir wissen ja auch vom Gegenteil. Besonders die arbeitenden Frauen haben infolge von Ueberanstrengung und Unterernährung schwere körperliche Schäden erlitten, so daß Fehlgeburten an der Tagesordnung sind. Dr. Wulffen wies in seiner Begründungsrede auch hin auf die „häufigen untauglichen Versuche am untauglichen Objekt", d. h., auf Anwendung von Mitteln zur Abtreibung, die gar nicht wirksam sein können und auf die Fälle, wo eine Schwangerschaft gar nicht bestand, sondern nur angenommen wurde, und fordert hierfür unbedingte Begnadigung. (Im „Tag" vom 23. Mai 1922 teilt der Königsberger Professor J. Winter in einem Artikel: „Weibliche Kriegs- und Nachkriegsopfer" mit, daß in der dortigen Frauenklinik zahllose Fälle behandelt werden, in denen die Monatsblutung ausblieb, infolge Verkümmerung der Eierstöcke, Ursache: schlechte Ernährung. Diese Erscheinungen sind nicht auf Königsberg beschränkt.) Außerdem führt Dr. W. ins Feld, daß 12 Chemnitzer Geschworene ein Gnadengesuch für 3 Frauen beim Justizministerium eingereicht hatten. Die Schwurgerichtsperiode im Mai 1923 sei vorwiegend von Abtreibungsdelikten ausgefüllt gewesen, und die Geschworenen hätten sich in schwerer Seelenqual befunden und gefühlt, daß eigentlich die Gesetzesbestimmungen geändert werden müßten. Diese Geschworenen machten geltend, daß jährlich Hunderttausende von Frauen aller Bevölkerungsschichten gegen dieses Gesetz sich vergehen, die Armen **aus Not**, die Bessergestellten **aus Bequemlichkeit**, letztere seien verschwiegener und teilten sich nicht mit, deshalb kämen ihre Straftaten nicht zur Kenntnis der Behörden.

Im Rechtsausschuß wurden unsere Verbesserungsanträge, z. B. die Streichung der Worte im Gesetz: „Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 80 000 M." abgelehnt, bei der zweiten Lesung ebenfalls von Bürgerlichen und Sozialdemokraten. (Daß inzwischen noch eine Interpellation eingelaufen war, gezeichnet vom Bischof Ihmel im Auftrage kirchlicher Organisationen, versteht sich am Rande.) Trotzdem wurde das Gesetz angenommen.

Was ist nun für uns Kommunistinnen das Beachtenswerte an dieser Tatsache, und was gilt es bei der Propaganda besonders zu betonen? Zunächst das Faktum: daß ohne die Kommunisten im sächsischen Landtag diese Amnestie **nicht** gekommen wäre. Wenn Hunderte von Müttern und Vätern ihren Familien wiedergegeben oder aus Aengsten vor bevorstehenden Prozessen befreit worden sind, so danken sie dies den viel verleumdeten Kommunisten. Denn auch schwebende Prozesse sollen niedergeschlagen und Strafen sollen im „Strafregister gelöscht werden."

Der Minister Liebmann sagt in seinem Artikel: „3½ Monate" mit Bezug auf das Amnestiegesetz, daß sich die Kommunisten dies als besondere Großtat anrechnen würden, in Wahrheit „bliebe alles beim Alten".

Nun, auch dafür werden wir sorgen, daß nicht alles beim Alten, d. h. bei willkürlichen Einzelbegnadigungen, bleibt. Wir werden den notleidenden Massen Richtlinien zur Anwendung des Gesetzes in nächster Zeit an die Hand geben, damit dieser — immer wieder muß es betont werden — geringfügige Fortschritt zur Erleichterung der trostlosen Lage des Proletariats wirksam wird.

Wir vergessen nie, daß die Ursache, die die Armen schuldig werden läßt, begründet ist in der privatkapitalistischen Wirtschaft, deren ganzer verbrecherischer Wahnsinn sich gegenwärtig austobt. Wir werden nachdrücklicher noch als bisher an ihren Grundfesten rütteln müssen, wenn immer größer die Schar derer wird, die mit uns gehen. Auch im sächsischen Landtag werden wir trotz allem Geschreies der Bürgerlichen und allem Schwanken der Sozialdemokratischen Partei gegenüber auftreten als „Sachwalter der Erniedrigten und Beleidigten, als die Vorkämpfer der Revolution!"

Martha Schlag.

Die Landarbeiterinnen Ochshausens eröffnen den Kampf gegen den Hunger.

Am Sonnabend, den 7. Juli, legten die Arbeiterinnen in Ochshausen spontan die Arbeit nieder. Es hat sich auch bei ihnen die Erkenntnis durchgerungen, daß nur im schärfsten Klassenkampf den Junkern und Großbauern bessere Lebensbedingungen abgetrotzt werden können. In diesem Bezirk sind die Löhne der Landarbeiter und Arbeiterinnen besonders schlecht. Betrug doch der höchste Stundenlohn für männliche Arbeiter 1000 M., für weibliche Arbeiter 500 M. neben gänzlich unzulänglichem Deputat. Dadurch stieg die Not dieser Aermsten auf das höchste. Dazu die furchtbare Hitze der letzten Tage und ein steinharter, ausgetrockneter Boden, den es galt, mit Picke und Hacke zu bearbeiten. Der Boden war so hart, daß zeitweise das Handwerkzeug in Stücken sprang. Von der sengenden Hitze Rücken und Arme verbrannt, harte Striemen in den Händen, blieb diesen Frauen und Mädchen zur Erneuerung und Stärkung ihrer Arbeitskraft nichts als ein Stück trockenes, hartes Schwarzbrot. Ein Hund, wer dies aushält. Die Landarbeiterinnen wollen aber nicht Hunde sein. Sie wollen nicht nur als Ausbeutungsobjekt dienen, sondern menschenwürdig leben. So werfen sie den Junkern und Großbauern die Hacke vor die Füße und treten in den Streik. Der Kampf wird mit größter Erbitterung geführt. Die Männer, in den beiden ersten Tagen noch schwankend, werden gezwungen, mit in den Streik einzutreten. Instinktiv fühlen die Landarbeiterinnen, daß der Kampf, um erfolgreich zu sein, nicht nur einheitlich geführt, sondern verbreitert werden muß. Von allen im Kampfe allein gelassen, wenden sie sich an den Vorsitzenden der kommunistischen Landarbeiterfraktion, um mit ihm gemeinsam die Verbindung mit den Nachbarbezirken aufzunehmen. Bis Dienstag, den 10. Juli, war der Kampf im ganzen Kaiserer Bezirk entbrannt. Schulter an Schulter standen Arbeiter und Arbeiterinnen in prächtiger Kampfstimmung im Gefecht. Vom Landarbeiterverband war bisher noch immer nicht der Streik sanktioniert. Diese verhandelten einstweilen in der Tarifkommission mit den Unternehmern um folgende Forderungen: Die bisherigen 1000 M Stundenlohn als Basis, darauf fußend 400 Prozent Aufschlag für die 1. Juli-Woche bei Gleichbleiben der bisherigen Deputate. Der gänzlich unzulängliche Grundlohn der Arbeiterinnen sollte erst erhöht und darauf 400 Prozent Erhöhung gefordert werden. Diese äußerst bescheidene, vollständig hinter den jetzigen Teuerungsverhältnissen bleibenden Forderungen wurden von den Unternehmern abgelehnt und so mußte der Schlichtungsausschuß angerufen werden. Unterdessen griff der Streik draußen im Lande immer weiter um sich, ohne daß der Verband es für notwendig hielt, sich an die Spitze der Kämpfenden zu stellen, den Streik zu sanktionieren, der Bewegung Plan und Ziel zu geben. Man hörte nichts von zentraler Streikleitung, nichts von einheitlichen Kampfparolen. Statt dessen wurde ein Schreiben an die Mitglieder verschickt, mit der Einladung, an dem am Sonntag, den 15. Juli geplanten Waldfest teilzunehmen. Frauen, Kinder, Kuchen und Trinkbecher mitzubringen. Bier und Musik sei vorhanden. Regste Propaganda sei für dieses Fest zu entfalten, da wichtige Beschlüsse gefaßt werden müßten. Nun, die Herren Bürokraten bekamen die richtige Antwort in der am Freitag darauf folgenden Landarbeiterversammlung in Ochshausen. Hier sollte das Resultat des Schlichtungsausschusses entgegengenommen werden. — Ueberhaupt dieser Schlichtungsausschuß — diese Verhandlungen — diese Besetzung! Leider verbietet mir Platzmangel, ihn, so wie ich möchte, zu charakterisieren. Herr Säuberlich, „Arbeitervertreter", machte in sein säuberlichen Worten geltend, daß der Landarbeiterverband bei seinen Forderungen die „Notlage" der Landwirtschaft berücksichtigen werde. Außerdem hätte er mit Rücksicht auf die äußerst ernste allgemeine Lage von „besonderen Forderungen" der Arbeiterinnen Abstand genommen. Der gefällte Schiedsspruch wurde denn auch einstimmig, also auch von Herrn Säuberlich, angenommen und den Landarbeitern wärmstens zur Annahme empfohlen. Dieser Schiedsspruch, der eine direkte Verhöhnung der Landarbeiter bedeutet, lautet: für die erste Juliwoche 75 Prozent, für die zweite Juliwoche 150 Prozent und für die dritte Juliwoche 225 Prozent Aufschlag auf den bestehenden 1000-Mark-Stundenlohn. In heller Empörung lehnten die Arbeiter und Arbeiterinnen diesen Schiedsspruch, der das bisherige Elend noch vergrößern würde, einstimmig ab und beschlossen Weiterführung des Kampfes mit gesteigerter Forderung von 500 Prozent auf die bisherigen 1000 M. Stundenlohn. Die Frauen forderten den gleichen Lohn wie die Männer, da sie genau so viel leisten. Mit Entrüstung wurde Kenntnis genommen von der Einladung des Verbandes zum Waldfest in dieser so ernsten Situation und beschlossen, diesen Brief in der „Kasseler Arbeiterzeitung" zu veröffentlichen. Am kommenden Sonntag beteiligten sich Arbeiter und Arbeiterinnen gemeinsam an der Abstimmung. Die fast einmütige Ablehnung des Schiedsspruches bedeutet Weiterführung des Kampfes und schärfste Verurteilung der verbrecherischen Taktik des Landarbeiterverbandes.

E. Zade.

Im Dienst bei „Edel"-Leuten.

Eine der elendesten Existenzen der versinkenden Mittelstandsschicht sind die Privathauslehrer und Hauslehrerinnen. Nachfolgende Schilderung gibt ein naturgetreues Bild der Existenz von Hunderten dieser unglücklichen proletarisierten, aber vom Erkennen ihrer Klassenlage noch sehr weit entfernten Existenzen.

Auf dem Herrschaftssitz derer von und zu ..... ist eine Hauslehrerin zur Erziehung der Kinder angestellt. Ihr Monatsgehalt beträgt soviel, daß sie sich einige Rollen Garn dafür kaufen kann. Allerdings, sie hat nicht viel zu tun, es sind nur täglich etwa drei Unterrichtsstunden zu geben. Die Körperpflege besorgt die alte „bewährte" Kinderfrau, die im Nebenberuf (oder Hauptberuf?) Spitzel und Zuträgerin bei der Gräfin ist. Sie paßt gut auf, daß das Fräulein keine Unterhaltungen mit dem „Personal" führt. Und da die gräfliche Familie es für unter ihrer Würde hält, das Fräulein zu sich heranzuziehen, so ist die Lehrerin gezwungen, abgesehen von den drei Unterrichtsstunden, still und schweigend ihre Tage zu verbringen.

Um 9 Uhr abends werden alle Türen des Schlosses ringsherum geschlossen, niemand kann hinaus oder hinein. Der kühle Park, der Wiesenweg, alles gehört der Herrschaft — das Personal hat in den Zimmern zu bleiben. Punktum.

Die gräflichen Kinder nehmen das Mittagessen und Abendessen mit den Eltern gemeinsam ein, das „Fräulein" wird dabei geduldet. Am Geburtstag des Grafen — das Haus ist voller Besuch — fragt die Gräfin das Fräulein, ob sie h e u t e auch zum Essen kommt. „Gewiß", sagt die Lehrerin, „ich bin doch immer zum Essen da" — worauf die Gräfin hochmütig entgegnet: „So, ich dachte, Sie hätten kein Kleid zum anziehen!"

Ein besonderes Leidenskapitel sind die Schulferien. Wo soll die Lehrerin während dieser Zeit bleiben? Auf dem Schloß ist sie überflüssig, Geld für eine Ferienreise hat sie nicht. Aber es gibt noch mildtätige Herrschaften, wie z. B. jene „Edelfrau", die als Ablösung für die Kost der Lehrerin für vier Wochen Ferien ein halbes Pfund Butter, ein Pfund Wurst und ein Brot mitgab. Davon kann doch so eine verhungerte Lehrerin herrlich vier Wochen leben!

Es gibt auf der ganzen Welt kein Brot, das bitterer ist als das der geknechteten, entrechteten Haussklaven. Einsam, mutlos, verbittert gehen diese Frauen ihren Weg. Nach außen hin dienstbeflissen, unterwürfig denen gegenüber, die ihr Brot in Händen haben. Nach innen voll ohnmächtiger Wut, und doch nicht den Weg findend, der aus dem Elend führt. „Laßt alle Hoffnung fahren!" Dieses Wort haben sie über ihren Lebensweg geschrieben.

Wir Kommunisten aber sagen ihnen: „Ihr habt nichts zu verlieren als Eure Ketten. Ihr habt eine Welt zu gewinnen!"

M. E.

Schafft für die Arbeiterinnen gewerkschaftliche Informationsabende!

Durch die Entwicklung der Wirtschaft sind auch die Frauen allmählich in den gesellschaftlichen Produktionsbetrieb hineingezogen worden. Heut stehen in Deutschland mehr als die Hälfte aller Frauen im Berufsleben. In einigen Industrien sind die Frauen stark vertreten, so sind in der Textilindustrie über 75 Prozent aller beschäftigten Frauen, im deutschen Tabakarbeiterverband waren bereits im Jahre 1921 106 084 Arbeiterinnen unter 140 657 Gesamtmitgliedern. In der Bekleidungs-, Schuh- und in der Lederindustrie machen die Frauen einen sehr erheblichen Prozentsatz aus. Auch in der Metallindustrie, ferner im Gastwirtschaftsgewerbe und in der Landwirtschaft ist der Anteil der Frauen sehr gestiegen.

Die Frauen leisten zum großen Teil dieselbe Arbeit wie der Mann. In vielen Betrieben, bei manchen Spezialarbeiten wird die Frau der männlichen Arbeitskraft vorgezogen. Für ihre Arbeit wird sie schlechter entlohnt als der Mann. Für viele Frauen kommt zu der Erwerbsarbeit noch die Arbeit im Haushalt, die Sorge für Mann und Kinder, so daß ein ungeheurer Druck auf ihr lastet. Das geringste Zugeständnis an besseren Arbeitsbedingungen, höherer Entlohnung, kürzerer Arbeitszeit, vermehrten Arbeiterinnen- und Mutterschutzes kann nur im gemeinsamen Kampfe mit den männlichen Arbeitskollegen gegen die Unternehmer erlangt werden. Die Arbeiterinnen stehen diesem Kampfe noch vielfach gleichgültig gegenüber. Sie glauben ihren gewerkschaftlichen Führern, die immer wieder beteuern, daß jetzt unmöglich mehr für die Arbeiterinnen herauszuholen sei. Und doch tauchen gerade jetzt so viele Fragen auf, mit denen die Arbeiterinnen sich beschäftigen müßten, um im Kampfe gegen die Unternehmer und zuweilen auch im Kampfe gegen ihre Gewerkschaftsleitungen gerüstet dazustehen. Einzelne Verbände ziehen zwar auch jetzt schon die Arbeiterinnen in die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit hinein; es soll ihnen in besonderen Frauen-Kommissionen gute Schulung gegeben werden. Aber fast immer läuft diese „Schulung" darauf hinaus, daß die Frauen vom revolutionären Kampfe abgelenkt und ins reformistische Fahrwasser hineingezogen werden.

Es ist nötig, daß sich unsere Genossinnen, die in Betrieben arbeiten, über ihre Lage, ihre Forderungen, ihren Kampf, immer im Zusammenhang mit der Gesamtarbeiterschaft, genau unterrichten. Um das zu erreichen, müssen in allen Ortsgruppen, wo ein Stamm Arbeiterinnen vorhanden ist, Informationsabende für diese eingerichtet werden, zuerst allgemeine für alle Arbeiterinnen aus verschiedenen Berufen, später gesondert für die Genossinnen bestimmter Industrien. Diese Informationsabende leitet eine Genossin — wo keine vorhanden, auch ein Genosse —, die in engster Verbindung mit den Gewerkschaftsfunktionären der Partei arbeiten. Es gibt eine Fülle von Themen, die auf diesen Abenden besprochen werden könnten: so zuerst die Agitation unter den noch indifferenten Kolleginnen, die Agitation für die Abende selbst, für den Vertrieb der „Kommunistin", für gewerkschaftliche Arbeit. Weiter müßten allgemeine Frauen- und Arbeiterinnenfragen behandelt werden, so gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Achtstundentag, gleiche Unterstützungssätze für männliche und weibliche Arbeitslose, ausreichenden Arbeiterinnen-, Mütter-, Schwangeren-, Wöchnerinnen- und Kinderschutz, der Kampf gegen die Abtreibungsparagraphen usw. Auf Grund von Berichten und Erfahrungen aus den einzelnen Betrieben und Verbänden würde sich stets eine Fülle konkreter Fragen ergeben, die in den Informationsabenden zur Besprechung kommen müßten. Als Ergebnis dieser Diskussionen müßten die Genossinnen Resolutionen und Anträge ausarbeiten, die auf Beseitigung der Uebelstände drängen, unter denen die Frauenarbeit heute zu leiden hat. Diese Anträge müßten je nach ihrem Inhalt gerichtet sein an den Betriebsrat, an die Verbandsleitung, an das Gewerkschaftskartell, an den ADGB., an die politischen Arbeiterparteien, an Reichs- und Landtag, an die Gemeindebehörden. Vieles und Gutes könnte durch diese Abende geschaffen werden, außer Genossinnen könnten Sympathisierende hinzugezogen werden, die Arbeiterinnen können hier geschult werden, um dann gegen das Unternehmertum und gegen die Gewerkschaftsbürokratie im Kampfe für ihre Frauenforderungen tatkräftig einzutreten. Darum gehen wir überall in den Orten mit starker weiblicher Arbeiterschaft an die Einrichtung dieser Informationsabende, die uns eine gute Gewähr für die revolutionäre Tätigkeit unserer Genossinnen in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit sein werden.

Lest und verbreitet „Die Kommunistin"

Aus den Organisationen

Neumünster.

Am Freitag, den 29. Juni, fand in der Tonhalle eine öffentliche Versammlung statt. Viele Besucher mußten wieder umkehren, weil der Saal überfüllt war. Der Genosse Urbahns sprach über die wirtschaftliche und politische Lage. In der Diskussion meldeten sich zwei SPD.-Genossen, die mit den Ausführungen unseres Genossen einverstanden waren, aber nicht eine Kritik an ihre Führer vertrugen. Eine Genossin sprach zu den Frauen, die in großer Zahl erschienen waren. Sie forderte auf, angesichts der großen Not mit uns zu arbeiten in den Kontrollausschüssen, wies darauf hin, daß in einem Arbeiterhaushalt die bürgerliche Presse verschwinden müßte, die Kinder in der Schule von der Religion befreit werden müßten und daß ohne die Frau nicht der Sieg zu erringen sei. Ein alter, ergrauter Landarbeiter ergriff noch das Wort. Ein Notschrei waren seine Worte. Er erzählte, daß er von den Bauern gezüchtigt würde und nur 3000 M. in der Woche verdiene. „Kommt mit mir," schrie er den Arbeitern zu, „ich werde euch zeigen, wo Elend herrscht!" Am Schluß der Versammlung hatten wir 14 Aufnahmen, 16 Abonnentinnen der „Kommunistin" und 20 Zeitungsleser der „Volkswacht" zu verzeichnen.

Berta Liebtke.

Mecklenburg-Strelitz.

Versammlungen in Mecklenburg-Strelitz fanden gelegentlich der Landtagswahlen statt in Wesenberg, Mirow, Fürstenberg und Stargard i. Mecklenburg, in denen die Unterzeichnete über das Thema sprach: „Teuerung, Arbeiter- oder Koalitionsregierung."

Besonders zahlreich waren die Frauen vertreten. In den kleinen Landorten war es ein Ereignis, eine kommunistische Rednerin zu hören, und die meisten der Frauen folgten mit ungeteilter Aufmerksamkeit den Ausführungen, deren Richtigkeit mit Zurufen unterstrichen wurde. Besonders begeistert waren sie, als sie über die Tätigkeit der Frauen in den Kontrollausschüssen Mitteldeutschlands, besonders Sachsens, hörten. Die Hunderttausenden der Proletarier zur Abwehr des Faschismus mit bilden zu helfen, erschien den meisten gar nicht schwer, um so weniger, als bekannt wurde, daß in einigen großen Orten in Mecklenburg-Schwerin Frauen schon in diesen notwendigen Abwehrorganisationen vertreten und tätig sind. In der Debatte zu sprechen wagten sich die Frauen noch nicht, aber in Zwischenrufen und im persönlichen Gespräch nach der Versammlung gaben sie ihr Einverständnis mit dem Gehörten und mit unseren Zielen zu erkennen. Wenn nun das durch die ungeheure Teuerung, die auch in Mecklenburg bestehende schreckliche Wohnungsnot und das durch die wachsende Verelendung geweckte politische Interesse der Frauen wach bleibt, so können wir mit dem Erfolg zufrieden sein. Freilich hätten wir Literatur — unsere guten Broschüren und die „Kommunistin" — vertreiben können, wenn welche vorhanden gewesen wäre, denn die Nachfrage war sehr stark danach. In allen Orten waren viele Neuaufnahmen, in Stargard sogar die Gründung einer Ortsgruppe zu verzeichnen. Die Arbeiter der Sozialdemokratischen Partei in Mecklenburg, ebenso wie einige linksgerichtete Führer, sogar Landtagsabgeordnete, sehen ein, daß es nur eine Rettung gibt: Einheitsfront des Proletariats unter kommunistischer Führung und sind deshalb zur Kommunistischen Partei gekommen.

In einer der Versammlungen fiel eine sehr elegant gekleidete junge Dame auf, die sich Notizen machte; den anwesenden Landarbeitern war sie als die Tochter eines Mühlenbesitzers bekannt, und man glaubte sie nur deshalb anwesend, um festzustellen, welcher Arbeiter und welche Arbeiterin es gewagt hatten, in eine kommunistische Versammlung zu gehen. Indes ist es wahrscheinlicher, daß die Dame im Auftrag einer ihrer bürgerlichen Parteien die Stimmung der Arbeiter in der gegenwärtigen Zeit kennen lernen wollte, sicher deshalb, um bei ihren Agitationen für das Bürgertum und die nationale Einheitsfront auch an den Nöten des Proletariats anknüpfen zu können, die diesen Herrschaften sonst unbekannt sind. Wir müssen doppelt tätig sein. M. Schlag.

Aus der Internationale

Wie arbeiten die russischen Kommunistinnen unter den Frauen?

Neben den Delegiertenversammlungen der Städte und Bezirke, neben aller Agitations-, Propaganda- und Organisationsarbeit unter den werktätigen Frauen, werden in einer ganzen Reihe von Gouvernements gemeinsame Konferenzen der parteilosen Arbeiterinnen und Bäuerinnen veranstaltet.

Diese Konferenzen sind von besonderer Bedeutung, wenn man die Bäuerin der Arbeiterin, die Stadt dem Dorf näherbringen will.

Sechs Revolutionsjahre haben einen geradezu unerhörten Umschwung im russischen Dorf zur Folge gehabt. Die tiefsten Schichten der Volksmassen haben sich verändert. Der ärmste Teil der Dorfbevölkerung ist Anhänger der Sowjet. Das ist eine feststehende Tatsache, und am besten und am deutlichsten sprechen dafür die parteilosen Konferenzen der Arbeiterinnen und der Bäuerinnen. Zu diesen Konferenzen kommen nicht die Spitzen des Dorfes, nach dem in unseren Händen befindlichem Material zweier Konferenzen zu urteilen, die im März und im Mai des Jahres 1923 stattfanden — die erste in Nischnij Nowgorod und die zweite in Orel — spiegeln diese Konferenzen die Gesinnungen des Durchschnittsdorfes wider. Die Mehrzahl der Delegierten, Bäuerinnen, war auf diesen Konferenzen parteilos, auf Dutzende von Delegierten kamen nur wenige Kommunistinnen. Eine große Zahl von ihnen waren Analphabeten oder nur wenig unterrichtet. Diese Daten zeugen davon, daß die parteilose Durchschnittsbäuerin, die gar nicht oder kaum lesen kann, zum Delegierten gewählt wird, sofern sie nur in irgend einem Grade irgend ein soziales oder politisches Interesse bekundet. Hier die konkreten Zahlen:

Ein erfreulicher Umstand, der auf diesen Konferenzen in die Augen fällt, ist die Altersstufe der weiblichen Delegierten. Die Mehrzahl der Delegierten auf beiden Konferenzen stand im Alter von 20 bis 40 Jahren. Bis jetzt konnten die Frauenabteilungen bei ihrer Arbeit auf diese Altersstufe am wenigsten rechnen, da gewöhnlich die jungen mit Kindern belasteten Frauen der sozialen Tätigkeit wenig Zeit widmen konnten. Der Umstand, daß jetzt der jüngste, zweifellos zur Arbeit befähigste Teil aktiv geworden ist, trotzdem man keinesfalls von irgendwelchen ernstlichen Fortschritten auf dem Gebiete des Mutter- und Säuglingsschutzes und der sozialen Erziehung auf dem Lande reden kann (Krippen, Kindergärten, Kinderheime sind bis jetzt in den Dörfern seltene Ausnahmen) — das spricht für ernste und große Gesinnungsänderungen auf dem Lande.

Außerordentlich interessant und in bunten und sprechenden Farben schildern die Bäuerinnen selbst jene ungeheuren Veränderungen, die während der sechs Revolutionsjahre stattgefunden haben. So erzählte z. B. auf der Oreler Gouvernementskonferenz eine parteilose bäuerliche Analphabetin — Nikulnikowa — über sich und das Dorf:

„Ich bin selbst auf dem Dorfe", sagte sie, „die Bezirksstadt ist 7 Werst von uns entfernt, ich bin niemals dorthin gegangen, sie schien mir 7000 Werst weit zu sein, und ich wußte niemals, daß die Gouvernementsstadt Orel überhaupt besteht. Jetzt aber scheint es mir, daß Orel mein Gemüsegarten ist. Früher nannte man mich Landstreicherin — warum? Ich habe nie etwas gestohlen, aber ich hatte auch nichts; jetzt aber habe ich 12 Dessjatinen und unser Großbauer, der früher 40 besaß, hat jetzt nur 8, und unter der Sowjetregierung geht es uns so gut, daß man im Winter auch barfuß nicht friert."

Eine ganze Revolution spiegelt sich in diesen wenigen Worten. Aus der Landstreicherin wurde sie eine Bürgerin der Sowjetrepublik. Vor der Revolution war sie eine Bettlerin, jetzt besitzt sie 12 Dessjatinen. Die ferne fremde Stadt, die Stadt der Gendarmen, der Polizei, ist ihr jetzt ein bekannter und vertraulicher Ort geworden, fast als ob sie in ihrem Gemüsegarten stände.

Es wurden noch viele interessante Reden gehalten, die jenen Umschwung charakterisieren, der im Dorf stattgefunden hat. Hier die Worte der parteilosen Bäuerin Sorokapuchowa:

„Seht", sprach sie, „alles Land muß bei uns besät sein; wer kein Sämkorn hat, kann es beim Komitee der gegenseitigen Hilfe leihen und nachher zurückerstatten. Es gibt nicht an, daß der Boden bei uns brach liegt, Genosse Lenin wird uns dafür keinen Dank wissen."

Aus diesen Worten spricht eine ganz neue Gesinnungsart. Nicht nur für sich und für ihr Grundstück sorgt die Bäuerin, sie fühlt sich auch als Wirtin, die für das gesamte Arbeiter- und Bauernland verantwortlich ist. Sie will, daß der ganze Boden besät wird, daß nichts brach liegt, weil es nicht Fremden, nicht den Grundbesitzern gehört, sondern ihr Eigentum ist. Die Bäuerin interessiert sich jetzt nicht nur für die Fragen der Landwirtschaft und der Steuern, sondern auch für andere, wichtige Fragen. Geschäftig und ernst erörtert sie die Notwendigkeit einer Unterstützung der Schule, „damit unsere Kinder zu unterrichteten, klugen und sachverständigen Wirten aufwachsen". Außerordentliches Interesse und große Erregung erweckt die Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes. Auch die rückständigen Bäuerinnen beginnen die Notwendigkeit der Gründung von Krippen, Mutter- und Kinderhäusern zu begreifen. Sie selbst veranlassen in einer Reihe von Ortschaften die Organisation und Durchführung von Fonds für Mutter- und Säuglingsschutz in den Komitees der gegenseitigen Hilfe.

Es waren auch junge Kommunistinnen auf den Konferenzen, die erst unlängst der Partei beigetreten sind, und mit großer Begeisterung verkündeten sie ihren neuen Glauben auf dieser Konferenz.

„Von unseren Augen ist die Binde gefallen", sagte auf der Oreler Konferenz solch eine junge Kommunistin, die Bäuerin Streliajewa, „und wir sind zum Bewußtsein gelangt; als wir zur Maidemonstration gingen, da sagte eine Wohlgeruch ausströmende Dame: „das sind Nachahmungen und keine wirklichen Bäuerinnen". Das ist aber nicht wahr, wir sind wirkliche Bäuerinnen! Es gibt unter uns noch solche, die von den Popen verblendet sind, aber ihre Zahl schmilzt immer mehr zusammen. Die Popen sagten uns, Gott sei langmütig und allgütig. Das ist nicht wahr! Wir waren langmütig, jetzt aber sind wir hellsehend geworden und bauen ein neues Leben auf, wie unsere teuren Genossen — die Kommunisten und die Rote Armee — es uns lehren."

Große Bedeutung besitzen diese Konferenzen auch dadurch, daß sie die Arbeiterinnen und Bäuerinnen einander außerordentlich nähern. Beim Besuch der Fabriken betrachten die Bäuerinnen mit Erstaunen jene schwere und ernste Arbeit, die die Arbeiterinnen auszuführen haben, und sie beginnen zu begreifen, daß deren Leben nicht gar so leicht ist, wie es der Bäuerin auf dem Lande erscheint. Andererseits hören die Arbeiterinnen aufmerksam die Klagen über die Nöte und die schweren Sorgen der Bäuerinnen und beginnen sich anders zu diesem unterdrückten Teil der werktätigen Frauenmassen zu verhalten.

Die Arbeiterpartei in Canada organisiert die Propaganda unter den Frauen.

Ende Februar fand in Toronto in Canada (Nordamerika) die zweite Jahreskonferenz der Arbeiterpartei (Workers Party) von Canada statt. Die Arbeiterpartei von Canada ist ebenso wie die gleichnamige Partei in den Vereinigten Staaten von Nordamerika keine kommunistische Partei. In beiden Ländern sind die Kommunisten von den Regierungen in die Illegalität gedrängt. Doch bekennt sich die Arbeiterpartei als Sympathisierende zur Kommunistischen Internationale und führt im Kopf ihres Organs: „Der Arbeiter" (The Worker) auch das Zeichen der Sowjetrepublik: Sichel und Hammer. Der jüngste Kongreß nahm in seinen Beratungen, in einer Kommission und einer Resolution, auch Stellung zu der Aufklärung und Schulungsarbeit unter den proletarischen Frauen.

Die Partei hat ein Frauensekretariat geschaffen, dessen Leiterin Genossin Florence Custance ist. Genossin Custance, eines der ältesten und aktivsten Mitglieder der Canadischen Arbeiterpartei, nahm als Delegierte an der Parteikonferenz teil und wurde bei der Neuwahl der Parteizentrale als eines ihrer Mitglieder gewählt.

Das Frauensekretariat legt den Schwerpunkt seiner Arbeit zunächst auf zwei Gebiete: die Gewinnung der Arbeiterinnen in Betrieb und Gewerkschaft, und die Beeinflussung des weiblichen Proletariats durch die Presse. Zu diesem Zweck nahm die Konferenz nach Bericht der Pressekommission einen Beschluß an, wonach die Parteipresse der Frauenpropaganda einen bestimmten Raum zur Verfügung stellen muß, und die Parteiredaktionen angewiesen werden, diesen Beschluß in die Tat umzusetzen.

Die Resolution zur Arbeit unter den Frauen bedeutet die praktische Anwendung der Taktik der Einheitsfront, die ausführlich auf der Konferenz behandelt wurde, indem sie das Zusammenwirken der proletarischen Männer und Frauen stark unterstreicht und die weiblichen Parteimitglieder zum Eintritt

und zur Arbeit in den proletarischen Massenorganisationen verpflichtet. Sie lautet:

In Anbetracht der Rückständigkeit des politischen Klassenbewußtseins der proletarischen Frauen von Canada; in Anbetracht gleichzeitig der Tatsache, daß von Zeit zu Zeit die Frauen der Arbeiterklasse aktiv am Klassenkampf teilnehmen in solcher Weise, wie sich kürzlich bei dem Streik in Edmonton gezeigt hat; in Anbetracht der großen Bedeutung dieses proletarischen Geistes und solcher Hilfe, die für künftige Kämpfe immer mehr und wirksam mobilisiert werden müßte, empfehlen wir:

Die Partei muß solche Maßnahmen ergreifen, welche geeignet sind, die Entwicklung und Organisierung dieser noch schlummernden revolutionären Kräfte zu fördern, indem sie folgendes durchsetzt:

1. Alle weiblichen Parteimitglieder, die in der Industrie arbeiten und sich einer Gewerkschaft oder einer ihrer Hilfsorganisationen anschließen können, sind verpflichtet, dies zu tun.

2. Alle anderen weiblichen Mitglieder sollen sich denjenigen schon bestehenden Frauenorganisationen anschließen, welche die Parteileitung dafür empfiehlt.

Die Arbeit unserer kanadischen Genossinnen ist groß und schwer. Das Land ist sehr ausgedehnt, die Bevölkerung, die zum großen Teil aus Einwanderern besteht, in Stadt und Land noch sehr schwach organisiert, die Mittel und Kräfte der Partei demgegenüber klein. Dennoch wird die planmäßige tapfere Arbeit der revolutionären Vorkämpferinnen des Proletariats in Canada nicht erfolglos bleiben.

Feuilleton

Triumphe.

Zwei Zeitbilder von Ida Schilz.

I.

Sonntag in Coburg. — — —

Alles strömt, da die Sonne endlich mal wieder zur Abwechslung scheint, der berühmten Veste zu.

Sieh' — da zieht auch ein Trupp junger Leute, gar „stattlich an Wuchs und prächtig an Stimmbegabtheit" schwankend den Berg hinunter.

Die rauhen versoffenen Kehlen schallen mächtig ins weite Land:

„Hakenkreuz am Stahlhelm,
Schwarz-weiß-rotes Band;
Die Brigade Ehrhardt
Werden wir genannt!"

Ja wirklich, eine stattliche Brigade, wie sie sich im Bayernlande nicht besser sehen lassen kann! —

Das empfinden auch sämtliche übrigen Leute mit mir. —

Ich sehe behagliches Schmunzeln:

„Na, wir sind halt tüchtig, gell?" —

Die Pickelhaube dort geht gemütlich auf und ab, ein breites Grinsen im Gesicht.

Auch das Auge des Gesetzes feiert seinen Triumph. — — —

II.

Sonntag in Hildburghausen — im „roten" Thüringen! —

Ein „Fest" der Arbeiter! — Bannerweihe der „Freien Sänger." —

Man sieht vorerst nur eine laute, bunte, aufgeregte Menschenmasse: dann schwarz-rot-goldene Fahnen, schwarz-rot-goldene Abzeichen, ausnahmsweise rote Eintrittskarten und — betrunkene, gröhlende „Sozialisten"!

„Wir sind die stärkste der Bardeiin!"

Ein Fest der VSPD.: „Wir haben's ja geschafft!" . . .

Im „roten Thüringen — dicht am ärgsten und gefährlichsten Brandherd der Reaktion und der blutbesudelten weißen Mordbande.

Ich bemerke bei vorübergehenden Bourgeois ein zufriedensicheres, triumphierendes Lächeln, und möchte ihnen zurufen: Triumphiert nicht zu früh, Ihr Herrschaften: „Wer zuletzt lacht, lacht am besten . . .

„Pan a ocho"

(Schluß.)

Nun hielt sie mit einem Ruck inne und ging in einen neuen Takt über. Die Arme flogen empor und bewegten sich in weichen Wellenlinien, auf und nieder, zu- und voneinander, während die Hände die Kastagnetten schlugen, die Füße tanzten und die Lippen das Geklimper der Gitarre nachahmten: „Plim plimmelim plim, kling — klang, kling — klang. — Eine heftige Bewegung zum Schluß, und dann beendete sie die Tour damit, daß sie wie ein Kreisel herumwirbelte und die Kastagnetten überm Kopfe zusammenschlug.

Und wieder begann sie von vorn:

Möchten sie ach!
nicht fragen danach,
nicht fragen danach — Ma und Papa —
ob wohl ein Ritter
kam an mein Gitter
in voriger Nacht. Haha! haha!"

Und die Füße trippelten, die Kastagnetten schlugen, und die Lippen wiederholten: „Plim plimmelim plim . . ."

Mitten im Tanze hielt sie inne und lachte — sie hatte den Feldruf vernommen: „Pan a ocho!" Was mochte das bedeuten? Es klang so spaßig. Einen Augenblick stand sie da und lauschte, die Hände in den Hüften, auf dem Sprunge, den Tanz wieder zu beginnen. Dann machte sie ein paar kleine Hopser, um zu versuchen, ob die neuen Worte sich nicht mit hineinfügen ließen: „Pan a ocho! Pan a ocho! Tra tra . . ." Aber es ging nicht recht. Neue Rufe und neuer Lärm lockten sie ans Fenster, und da sah sie die ersten der Furien der Revolution vor dem Palaste herbeiströmen. Sie hatten einen Leichnam in ihrer Mitte, und das Mädchen hörte sie rufen: „Heraus mit dem Präfekten!" Da floh sie ängstlich aus dem Saal.

Die Torwache wurde beiseite gestoßen, der Palast überschwemmt. Man führte den Präfekten im Triumphe hinaus, und der Zug setzte sich wieder in Bewegung — nach dem Rathaus hin. Dort sollte das Oberhaupt der Stadt Gericht über die Bäcker halten und dem Volke Brot geben.

Er war ohne Kopfbedeckung und machte Einwendungen; aber es halfen weder Bitten noch Drohungen. Er mußte den Hexentanz mitmachen.

Auf dem Platz vor dem Rathaus wurde Halt gemacht. Der Präfekt fand Gelegenheit, seinen Quälgeistern durch das Tor ins Rathaus zu entschlüpfen. „Gebt uns Brot!" rief die Menge und wollte ihm folgen. Aber das Tor wurde zugeschlagen.

Eine Weile johlte und schrie man. Dann wurde der Lärm gedämpfter und ging in Gemurmel über. Aller Blicke waren zum Balkon hinauf gewandt; man erwartete, daß der Präfekt herauskommen und eine Ansprache halten würde, wie er es immer am Geburtstage des Königs tat. Aber der Präfekt ließ sich nicht wieder sehen.

Man stieß Drohungen aus, schrie nach ihm und nannte ihn feig und Verräter: „Er hat uns hintergangen!" — „Er hält es mit den Bütteln!" Die Fensterscheiben des Rathauses wurden eingeschlagen, und man machte Miene, das Tor zu sprengen. Ein paar Fußgendarmen rückten hinterm Rathause hervor, mit Steinwürfen wurden sie zurückgetrieben. „Der Präfekt!" wurde geschrien. „Wir wollen mit dem Präfekten reden."

Da ertönten Hufschläge auf den Straßen, reitende Gendarmen sprengten in Reih und Glied auf den Markt und hieben mit ihren Säbeln auf die Menge ein. Frauen wurden niedergetreten und zu Boden geschlagen, die Hintersten drängten nach, um den Säbeln und Pferdehufen zu entgehen, einige fielen hin, und ihre vor Schreck erstarrten Schwestern traten auf ihnen herum. Unter Flüchen und gellenden Schreien flohen die aufgelösten Scharen durch die Seitenstraßen fort und überließen den Platz den siegreichen Gendarmen und einigen verletzten Frauen, die an dem Gitter des Springbrunnens entlang krochen, um zu entkommen. Und mitten auf dem Platze lag als der einzige Standhafte der Leichnam der verhungerten Mütter.

(Schluß.)

Inhaltsverzeichnis: Was bedeuten wertbeständige Löhne für die Hausfrauen und Arbeiterinnen? — Der Klassenkampf und die Arbeiterkinder. — Eine Kinderkonferenz in Slatoulst (Ural). — Die Abtreibungsparagraphen vor dem sächsischen Landtag. — Die Landarbeiterinnen Ochshausens eröffnen den Kampf gegen den Hunger. — Im Dienst bei „Edel"-Leuten. — Schafft für die Arbeiterinnen gewerkschaftliche Informationsabende! — Aus den Organisationen: Neumünster. — Mecklenburg-Strelitz. — Aus der Internationale: Wie arbeiten die russischen Kommunistinnen unter den Frauen? — Die Arbeiterpartei in Canada organisiert die Propaganda unter den Frauen. Feuilleton: Triumphe. — „Pan a ocho".

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW 48.

Die Kommunistin

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale
Herausgegeben vom Reichs-Frauensekretariat. Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin

Nr. 16 | Die Kommunistin erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Infolge der immer weiteren Geldentwertung mußte der Preis wieder erhöht werden. Einzelnummer 15000 Mark | Berlin, 15. August 1923 | Verlag: Friedrichstadt-Druckerei GmbH. (Abteilung Zeitschriften). Berlin SW 48, Friedrichstr. 235. — Verantwortlich für die Redaktion: Martha Arendsee, Berlin. | Jahrg. 5

„Es gibt auf Erden Brot genug für alle Menschenkinder . . ."

Der Schieber:
„Einkaufen! Einkaufen! Nimm beizeiten, was Du bekommst!"
Der Wucherer:
„Verkaufen! Ich mache den Laden zu — der Multiplikator steigt, auch wenn der Dollar fällt!"

Die neue revolutionäre Welle

Ein Sturm der Massenempörung hat die Regierung Cuno hinweggefegt. Die Regierung der Großen Koalition Stresemann-Hilferding hat das Ruder ergriffen. Aber die breiten Massen in ganz Deutschland stehen nach wie vor im erbitterten Kampf. Generalstreik in Berlin auf Beschluß von 20 000 Betriebsräten — Generalstreikbeschlüsse in Sachsen, Thüringen, Mitteldeutschland, Riesenstreiks der Werftarbeiter in Hamburg, Lübeck, Stettin, der Landarbeiter auf den junkerlichen Domänen. Passive Resistenz in allen größeren Betrieben des Ruhrgebiets und des unbesetzten Gebietes. Teuerungsdemonstrationen und Hungerunruhen an allen Ecken und Enden. Sipo-, Schupo- und Reichswehr-Aufmarsch gegen hungernde Frauen und Kinder. Demonstrationsverbote, Versammlungsverbote, zensierte Zeitungen, Tote und Verwundete in den Straßen von Hannover, Zeitz und Hamburg.

Was geht in Deutschland vor?

Nach neun Jahren des Elends und Hungers ist den Massen der ausgebeuteten und unterdrückten Arbeiter und des proletarisierten Mittelstandes endlich der Geduldsfaden gerissen. Ohne Widerstand haben sie die Lasten des Krieges und der Wiedergutmachungskosten auf ihren Schultern getragen. Geduldig haben sie die verhängnisvollen Auswirkungen der Ruhrbesetzung, den ungeheuren Marksturz und die nie dagewesene Teuerung des 1. Halbjahres 1923 über sich ergehen lassen. Da kam der letzte große Raubzug der Kapitalhyänen, die binnen wenigen Tagen den Dollar von 1 Million auf 7 Millionen heraustrieben und damit der Mark den Todesstoß gaben. Die Preise rasten dem Dollar nach, die Papierfetzen wurden in den Händen der Arbeiterhausfrauen zu nichts. Ein Pfund Margarine fast eine Million, ein Liter Milch 50 000 M., ein markenfreies Brot 250 000 M., Briketts eine Million, Koks drei Millionen Mark! Ließ sich bei solchen Verhältnissen mit dem Wirtschaftsgeld auch nur von heute auf morgen, ja nur von einer Stunde zur anderen ausrechnen und auskommen? Aber nicht genug damit, die Lebensmittel blieben überhaupt aus. Die Agrarier und Großhändler hüteten sich, die wertlose Papiermark für ihre Waren entgegenzunehmen. Wochenlang fehlten sowohl in den Großstädten wie in den kleinen Landbezirken die Kartoffeln. Wie im Kriege mußten die Frauen halbe Tage lang wieder vor den Geschäften stehen, um auch nur ein halbes Pfund Margarine zu erwischen. Und schließlich blieb sogar noch das Geld aus! Die Befähigung dieser Regierung reichte nicht einmal aus, dem Arbeiter die Druckfetzen zu verschaffen, die ihm bis dahin die Illusion gegeben hatten, daß er für seine Arbeit bezahlt würde. Jetzt durfte er am Lohntage sogar mit leeren Händen abziehen.

Da endlich rebellierten die Arbeiter. Da rebellierten vor allem auch die Arbeiterfrauen. Von nichts kann man nichts kochen, um den Hunger von Mann und Kind zu stillen. Jetzt ruhten die Hände im Betrieb. In geschlossenen Zügen zogen die Frauen vor die Betriebe und holten die Männer heraus. Geschlossen, wie selten zuvor, hat die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands diesen großen Kampf um Sein oder Nichtsein aufgenommen.

Vor dem Grollen der nahenden proletarischen Revolution weicht die Bourgeoisie zurück. Durch Scheinzugeständnisse sucht sie die Massen zu beschwichtigen. Cuno wird endlich geopfert, damit Stresemann die Geschäfte weiterführen kann. Die Regierung der schwarz-rot-goldenen Republik gibt sich ein neues Firmenschild. Aber schon am Tage ihrer Entstehung kann sie ihren wahren Charakter nicht verbergen. Getreu der Ueberlieferung der Cuno-Regierung füttert sie das Volk mit Versprechungen. Sie verspricht: Lebensmittel — aus der neuen Ernte, Fette — aus Devisen (die wahrscheinlich Herr Stinnes zur Verfügung gestellt hat) und schließlich Papiergeld — wenn die Reichsdruckerei wieder mit Hochdruck arbeiten wird. Von den Versprechungen ist bisher noch keiner satt geworden, aber die Drohungen, die diese tapfere Koalition gleich in ihrer Geburtsstunde gegen die rebellierenden Arbeiter ausstieß, hat sie schon mehr als wahr gemacht. Schon wurde die „Rote Fahne" in Berlin zensiert und beschlagnahmt, schon zerstört Noske in Hannover kommunistische Druckereianlagen, sperrt Arbeiterversammlungen mit Stacheldraht und bietet der Koalition als Morgengabe die Leichen von dreißig Arbeitern.

Der elementare Kampf der Arbeiterschaft hat einen zweifellosen Erfolg erzielt: den Sturz der Cuno-Regierung. Aber das genügt nicht. Die Arbeiterklasse bekämpft Cuno nicht als Person, sondern als den Beauftragten des Schwerkapitals — und sie wird den Kampf gegen den neuen Beauftragten Stresemann mit derselben Schärfe führen.

Die Bildung dieser Koalitionsregierung der Volksunterdrückung haben die arbeitenden Massen dem erneuten Verrat der sozialdemokratischen Führer zu verdanken. Als alle Stützungsversuche für die Regierung Cuno nichts mehr halfen, sprangen die Sozialdemokraten getreu ihrer ganzen Ueberlieferung wieder in die Bresche, um die kapitalistische Herrschaft noch einmal für eine Weile sicherzustellen. So wie Scheidemann in die Regierung Wilhelms hineinging, um dem Hohenzollern den Thron zu sichern, so wie 1918 die Bonzen mit der Bourgeoisie paktierten, um die kapitalistische Wirtschaft aufrecht zu erhalten, so sind sie auch jetzt wieder herbeigeeilt, um mit der Bildung der „Großen Koalition" den Kampf der Massen um eine Arbeiter- und Bauernregierung zu sabotieren. Was schert es sie, daß sie dabei nicht nur gegen den Willen der meisten Proletarier, sondern auch gegen den Willen ihrer eigenen Parteigenossen handeln? Ihr Ziel ist ja schon erreicht, wenn es ihnen durch die Bildung dieser Regierung gelingt, Verwirrung in die Reihen der Kämpfer zu tragen.

Wird es ihnen gelingen, dieses Ziel zu erreichen? Werden sie die Front auseinanderreißen können? Werden sie die weniger weitblickenden Teile der Arbeiterschaft wieder mit Papierfetzen beruhigen können? In diesem Augenblick kommt die Nachricht, daß die Berliner Betriebsräte-Versammlung den Abbruch des Kampfes beschlossen hat. Noch einmal also haben die sozialdemokratischen Verräter der Bourgeoisie eine Atempause schaffen können — aber auch dieser Verrat wird ihnen nichts helfen. In langen bitteren Erfahrungen haben sich immer breitere Teile der deutschen werktätigen Massen zu der Erkenntnis durchgerungen, daß nur der Kampf um die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung ihre Existenz retten kann. Sie haben sich langsam und zögernd nur, aber in stetig zunehmendem Maße um die geschart, die ihre Führer in diesem Kampfe sein wollten. Immer breiter ist die Front derjenigen geworden, die mit den Kommunisten zusammen kämpfen. Noch nie, seit 1918, hatte eine Bewegung solche Tiefe und Wucht, war sie so sehr aus den Massen herausgewachsen wie diese.

Aber noch ist nur die erste Forderung des Generalstreiks erfüllt. Zu neuen Kämpfen muß die Arbeiterschaft sich rüsten, wenn sie die Früchte des raschen Sieges genießen will. Es gilt, auch die übrigen wichtigen Forderungen durchzusetzen. Vor allem den Stundenlohn von 60 Goldpfennigen, die Ausdehnung der Tätigkeit der Kontrollausschüsse zur Sicherung der Ernährung, die Erfassung der Sachwerte, die Entwaffnung der Faschisten, die Anerkennung der proletarischen Hundertschaften, die Freilassung der politischen Gefangenen! In den Kämpfen um diese Ziele werden die Kräfte der Arbeiterklasse wachsen. Hier wird aber auch die Sozialdemokratie als Regierungspartei Farbe bekennen müssen, auf welcher Seite der Barrikade sie steht, ob bei den Arbeitern oder im Lager der Kapitalisten. Dann werden auch die letzten Illusionen schwinden, dann werden die breiten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter sich von ihren verräterischen Führern abwenden und den Weg zur Einheitsfront des revolutionären Proletariats finden. Dann wird der heute abgebrochene Kampf weitergeführt werden zur nächsten Etappe, zum Sturz der letzten Koalitionsregierung, zur Errichtung einer revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung!

Ein Brief aus Stralsund

Von einer Stralsunder Genossin wird uns geschrieben:

Liebe Genossinnen!

Endlich kann ich Euch mitteilen, wie es hier am Orte aussieht: Es ist hier nämlich ein erzreaktionäres Nest, in dem es von Schupo und Orgesch, die bis an die Zähne bewaffnet sind, wimmelt.

Also: Am 9. Juli machte sich hier eine Kartoffelnot bemerkbar, die die Frauen in schwere Erregung brachte. An diesem Tage stellten sich in aller Herrgottsfrühe Hunderte von Frauen, einige Männer und eine beträchtliche Zahl von Kindern auf dem Katharinenkirchplatz auf, um dort Kartoffeln zu erhalten. Gegen 8 Uhr bekamen wir den Bescheid, es gäbe keine; dann hieß es wieder: wir sollten warten, es kämen doch noch welche. Da standen wir denn geröstet wohl noch eine gute halbe Stunde, bis der letzte Bescheid kam: Kartoffeln seien nicht zu kriegen. Genossinnen, da ging es wie Funken durch die Frauen. Wir beschlossen, alle zum Rathaus zu ziehen, und im geschlossenen Zuge gingen wir zur Kanzlei und stellten unsere Forderungen gleich mit dem Bemerken, daß wir nicht eher gehen würden, als bis uns etwas überwiesen wäre. Die Herren konnten natürlich nichts tun. Oberbürgermeister und Syndikus Heidemann waren noch nicht in ihrem Büro. Wir bestanden aber darauf, diese Herren zu sprechen, und drohten, sie herzuholen. So wurden wir denn zum Lebensmittelamt geschickt. Da empfing uns die Schupo, die uns mit Bajonetten auseinandertreiben wollte. Aber wir ließen uns nicht einschüchtern und bestanden tapfer auf unseren Forderungen. Schließlich gelang es denn auch, mit den Herren verhandeln zu können. Wir mußten aber wieder zum Rathaus zurück, weil sie nicht imstande waren, selbst Abhilfe zu schaffen. Denn den Vorschlag, doch die Kartoffeln zu kaufen, die aus Hamburg kommen sollten und von denen der Zentner eine Million Mark kosten sollte, wiesen wir gleich zurück, weil die Kartoffeln viel zu teuer waren.

Auf dem Rückwege zum Rathaus passierten wir die Privatwohnung des Herrn Oberbürgermeisters Gr. und beschlossen, hineinzugehen und mit ihm selbst zu sprechen. Aber die Frau Oberbürgermeister nahm uns in Empfang und bedeutete, daß der Oberbürgermeister nicht anwesend, sondern in einer Sitzung sei. Auf unsere Frage, in was für einer Sitzung, erhielten wir keine Antwort. Sie wollte nun von uns wissen, um was es sich handele, und wir wiederholten unsere Forderungen. Darauf meinte sie, wir sollten doch die Kartoffeln nehmen, die aus Hamburg kämen. Und als wir ihr erklärten, daß die kein Arbeiter kaufen könnte, weil sie so teuer wären, sagte die liebenswürdige Frau Oberbürgermeister: Die Arbeiter hätten genug Geld und könnten es gut usw. Da habe ich die „Dame" denn aufgefordert, all ihre Gemeinheiten, die sie gegen die Arbeiter vorbrachte, zurückzunehmen. Sie erklärte aber: Nein, das täte sie nicht, worauf wir ihr unsere Meinung sagten, daß sie doch von den Groschen der Arbeiter lebte, daß sie sich hüten solle, wenn eines Tages die Arbeitergroschen versagten usw. . . .

Genossinnen! Da war inzwischen die Masse der Frauen zum Rathause weitergegangen, und so folgten auch wir dem Zuge. Als wir dort ankamen, war schon eine Kommission drin und verhandelte mit dem Syndikus, der inzwischen erschienen war.

Nur mit Mühe gelang es mir, auch noch hineinzukommen, und ich wurde nicht gerade freundlich empfangen. Auf die Frage, was ich denn noch wolle, erklärte ich: Kartoffeln wollen wir! Als er uns abweisen wollte und erklärte, daß er keine beschaffen könnte, erwiderte ich ihm: Warum nicht? Sie haben doch ganz schön für die „Niederdeutsche Woche" gesorgt! — da meinte er denn, daß er sich noch einmal mit dem Wohlfahrts- und Lebensmittelamt in Verbindung setzen wolle, daß wir als Ersatz Mehl bekämen, er würde es dann bekanntmachen lassen.

Ich aber erklärte: „Nein, das gibt es nicht. Mit Bekanntmachungen sind wir lange genug gefüttert worden. Wir wollen es jetzt sofort haben. Wir gehen nicht eher fort, als bis wir etwas in den Händen haben." — Das hatte geholfen. Sofort gab er durch das Telephon Anweisungen, und wir bekamen von dem Lebensmittelamt Ausweise, worauf wir uns noch am selben Vormittag bei einem Kaufmann Mehl holen konnten. Das hat sich nun drei Tage hintereinander wiederholt, bis wir schließlich selbst zum Regierungspräsidenten Hausmann mußten, der natürlich ebenfalls machtlos war. Da sagte ich ihm denn: „Wenn die ganze Behörde diesen Zuständen machtlos gegenüberstände, dann sei sie auch ihres Amtes nicht fähig, und sie müßte die Konsequenzen daraus ziehen, daß wir selbst die Macht in die Hand nehmen würden."

Das scheint den Herrschaften ein bißchen an die Nieren gegangen zu sein, denn sie waren alle in großer Verwirrung, und schließlich haben sie sich bemüht, Kartoffeln zu beschaffen, die gegen Bezugschein, pro Person 5 bis 10 Pfund, abgegeben wurden.

Acht Tage später fand hier eine Lebensmitteldemonstration statt, die von der VSPD. einberufen worden war. Bei dieser Gelegenheit wurde denn auch ein Kontrollausschuß gewählt. Aber nur Männer, nicht eine einzige Frau waren in demselben vertreten, und wir Frauen haben uns nicht damit zufrieden gegeben. Da habe ich denn veranlaßt, eine öffentliche Frauenversammlung abzuhalten, in der wir dazu Stellung nehmen konnten. Die hat dann auch am 24. Juli stattgefunden. Referentin war Genossin Hertha Sturm aus Berlin, die großen Beifall geerntet hat. Die Versammlung war ganz nett besucht, es hätte freilich noch besser sein können, aber wir sind doch immer bescheiden. Jedenfalls sieht man, daß die Bewegung nicht mehr zurück-, sondern immer weiter vorwärtsgeht. Leider hat sich außer mir keine Frau zum Wort gemeldet, und das war auch das erste Mal. Aber einmal muß doch ein Anfang gemacht werden — und da bin ich denn in Vorschlag gekommen für den Kontrollausschuß. Ich finde sicherlich noch Mitbelferinnen. Die Diskussion war ganz rege. Der erste Diskussionsredner wollte dem Versailler Friedensvertrag die ganze Schuld an dem Elend geben, aber er wurde dann von den folgenden Rednern klar widerlegt, und es wurde deutlich ausgesprochen, wer die Alleinschuldigen sind. — Dann besserte auch ich — zum ersten Male — das Rednerpult. Ich habe dann die Frauen, so gut ich es konnte, aufgerüttelt und ihnen zugerufen, sie sollten von der herrschenden Klasse lernen, zusammenzuhalten; denn nur dann, wenn wir alle einig sind, können wir etwas erreichen. Wie eine Mauer müßten wir sein, die nichts zersprengen kann. Unseren Männern müßten wir helfen in den Lohnkämpfen! Dann sprach noch Genosse Kra ein paar anfeuernde Worte, und nun hielt Genossin Hertha Sturm das Schlußwort. Mit einem gemeinsamen Hoch auf die Internationale und mit dem Gesang der „Internationale" verließen wir das Lokal.

Mit kommunistischem Gruß an alle Genossinnen und Leserinnen der „Kommunistin"

Genossin L. P.

Proletarierinnen! Die Augen auf! Baut überall die Kontrollausschüsse aus zu wirksamen Organen des Kampfes gegen Hunger und Verelendung der breiten Massen des Kleinbürgertums und Proletariats

Ihr Arbeiterfrauen seid die Schuldigen!

Kurz vor dem Metallarbeiterstreik, als in Oberschöneweide ganz spontan infolge der unerträglichen Zustände (keine Kartoffeln, wahnsinnig steigende Lebensmittelpreise usw.) die Hausfrauendemonstrationen vor den Betrieben stattfanden, konnte ich mit Genugtuung feststellen, daß wir überall von den Betriebsräten mit Begeisterung empfangen wurden. Ueberall lobte man die tapferen Hausfrauen, die jetzt gemeinsam mit den Männern den Kampf gegen das Kapital aufnehmen wollen. Ueberall versprach man uns, unsere Forderungen der Belegschaft mitteilen und alles veranlassen zu wollen, damit unsere Forderungen durchgedrückt werden.

Als wir nun nach Niederschöneweide zogen, erlebten wir etwas, was mich veranlaßt, es der breitesten Oeffentlichkeit mitzuteilen.

Als wir dort vor einem mittleren Betriebe den Betriebsräten erklärten, daß wir nicht mehr dulden wollen, daß unsere Männer ihre Arbeitskraft für den Unternehmer hergeben, damit dieser prassen kann, dagegen der Arbeiter mit seiner Familie hungern muß, und die Forderungen stellten: Sofortige Wirtschaftsbeihilfe, menschenwürdige Entlohnung in den Betrieben, wirtschaftliche Sicherstellung eines jeden Arbeitswilligen usw. usw., schrie uns der Obmann des Betriebsrates folgendes entgegen:

„Ihr Schlafmützen, jetzt endlich kommt Ihr zu Verstand! Fünf Minuten vor 12 Uhr. Ich sage Euch — Ihr Arbeiterfrauen seid allein die Schuldigen! Euch verdanken wir unser Elend, in dem wir jetzt bis zum Halse drin stecken!"

Er zitterte am ganzen Leibe und sah furchtbar aus. — Wir wollten Einwendungen machen, aber er ließ uns nicht zu Worte kommen und schrie weiter:

„Seid Ihr es nicht immer gewesen, die uns Männer vom Kampfe zurückgehalten haben?! Habt Ihr nicht immer gesagt: Laßt die anderen kämpfen auch für Euch, Ihr habt Frau und Kinder, Ihr dürft es Eurer Familie nicht antun, denn wenn Ihr aus den Betrieben herausfliegt, müssen wir darunter leiden. Habt Ihr Eure Männer nicht oft genug mit allen Euch zu Gebote stehenden Mitteln beeinflußt? Und wahrlich, es ist Euch oft genug gelungen. Wie oft habt Ihr Eure Männer davon zurückgehalten, die Arbeiterpresse zu lesen (Politik ist ja so langweilig und uninteressant). So liest man in den Arbeiterfamilien die bürgerliche Presse, wie „Morgenpost" u. dgl., auf Betreiben der lieben Hausfrauen, „weil doch so schöne Romane drinstehen". Jawohl, Ihr habt schuld, wenn so viele Arbeiter heute noch stumpfsinnig und gleichgültig in den Tag hineinleben. Sorgt erst einmal dafür, daß die bürgerlichen Blätter aus den Arbeiterfamilien verschwinden und dafür eine Arbeiterzeitung hineinkommt. Erst dann, wenn alle Arbeiter in den Betrieben politisch aufgeklärt sind, können wir den Kampf mit Erfolg aufnehmen."

Wir waren ziemlich verblüfft, denn so ungeschminkt die Wahrheit zu hören, ist bitter. Wir riefen: „Jawohl, wir werden eifrig Propaganda treiben für eine Presse, die die Interessen der Arbeiter vertritt!" Dann zogen wir weiter zum nächsten Betrieb, und auch dort erlebten wir etwas, was zum Nachdenken zwingt.

Der Betriebsrat wurde telephonisch herbeigerufen. Inzwischen unterhielt sich der Pförtner, ein älterer Mann, mit uns und fragte, was wir von dem Betriebsrat wollten. Bereitwilligst unterbreiteten wir ihm unsere Forderungen. Ganz begeistert davon, riet er uns, noch eine weitere Forderung mit aufstellen zu wollen, nämlich die: daß alle reichen Juden aus Deutschland ausgewiesen werden sollen, denn die trügen allein die Schuld an all unserem Elend. Aber wir erklärten ihm, daß dies wohl ein Irrtum seinerseits sei, wenn er glaube, die kapitalistischen Juden tragen allein die Schuld. Wir sind vielmehr der Meinung, daß wir vor allem auch jenen „weißen Juden", wie den Kohlenbaronen Klöckner, Thyssen, Stinnes usw., das Handwerk legen müssen, ebenso den Großagrariern, „jenen echt-treudeutschen Männern, die mit breitgewölbter Brust, mit hellen, klaren Augen und mit rotblonden Haaren" ganz bewußt die Anbaufläche für Getreide von Jahr zu Jahr verringern, weil sie das Getreide nicht als Umlagegetreide abliefern wollen und dadurch das Brot so gewaltig verteuern, die die Milch zu Butter verarbeiten lassen und dann nach dem Ausland verschieben, ihre Arbeiter aber mit entwerteter Papiermark entlöhnen, genau so, wie die schwarzen und weißen Juden es mit ihren Arbeitern in der Fabrik machen.

Er ließ sich schnell überzeugen, daß tatsächlich das gesamte Kapital die Schuld an unserem Elend trägt, und daß wir als ausgebeutete Klasse den Kampf gegen die besitzende Klasse, ganz gleich, ob Jud' oder Christ, aufnehmen müssen. — —

Der Metallarbeiterstreik ist längst vorüber. Erreicht haben die Arbeiter — weil es nur ein Teilstreik war — gar nichts. Die wirtschaftliche Not ist schlimmer als je. Immer noch klingen mir die Worte des Arbeiterrates in den Ohren: Ihr Frauen seid die Schuldigen!

Jawohl, die Arbeiterfrauen tragen wirklich einen großen Teil der Schuld an unserem Elend. Davon können alle, die sich mit der Hausagitation befassen, ein Lied singen. Aber wir Frauen, die wir durch die politische Schule des Lebens bereits gegangen sind, wir wollen mehr noch als bisher mit aller Kraft an das Werk gehen und die noch schlafenden Männer und Frauen aufrütteln und sie zu klassenbewußten Kämpfern machen! Unaufhaltsam wollen wir werben für unsere Presse, für die „Die Kommunistin"! Nie möchten wir wieder hören:

„Ihr Arbeiterfrauen seid die Schuldigen!"

M. Riesbeck.

Die Beteiligung der Frauen am Remscheider Streik.

Anläßlich der großen Teuerungswelle, die durch den Marksturz Ende Mai und Anfang Juni einsetzte, kam es auch in Remscheid zu einem allgemeinen Streik. Die Arbeiter eines großen Werkes hatten eine Wirtschaftsbeihilfe von 150 000 Mark gefordert, die jedoch schroff abgelehnt wurde. Sie traten darum geschlossen in den Streik, worauf sich die Arbeiter der übrigen großen und auch kleinen Betriebe dem Streik anschlossen. So war der Kampf ganz spontan aus der Masse hervorgegangen. Die Gewerkschaften erklärten diesen Streik als wild, und darum wurde den Arbeitern keine Streikunterstützung gezahlt. Trotzdem harrten die Arbeiter 14 Tage im Kampf aus. Das war aber nur möglich, weil auch die Frauen geschlossen hinter diesem Streik standen. Bei der Stadtverwaltung wurde durch die kommunistische Fraktion beantragt, sofort Lebensmittel für die streikenden Familien bereitzustellen. Dieser Antrag wurde von den Bürgerlichen und auch von den Sozialen Kreisen abgelehnt. In allen Bezirken wurden Unterstützungskommissionen gebildet, in denen besonders stark die Frauen vertreten waren. Diese Kommissionen sammelten Gelder, Lebensmittel und Eßstellen für die Kinder der Streikenden. In einem Stadtbezirk richteten die Frauen eine Küche ein, wo sie die gesammelten Lebensmittel verwandten, und versorgten so täglich 4500 Kinder mit Mittagessen. Außerdem hatten auch bürgerliche Familien Kinder übernommen, die sie verpflegten. So wurden die kinderreichen Familien unterstützt, um ihnen die Möglichkeit der Beteiligung am Kampfe zu geben. Die Stadtverwaltung hatte nur einmal Erbsen und Kartoffeln aus der Ruhrhilfe zur Verteilung gebracht.

Von der Streikleitung wurden an einem Tage auch die Frauen der streikenden Arbeiter zu einer Versammlung aufgerufen, wo ihnen Bericht über den Stand der Streikbewegung gegeben werden sollte. Dem Rufe waren dann 2000 bis 3000 Frauen gefolgt. Die Frauen harrten mutig aus. Der Kampf wurde daher mit einem guten Erfolg und ungebrochener Kraft abgebrochen. Noch bei keinem Streik haben die Frauen so geschlossen gestanden.

Paragraph 218.

„Sprr" geht im Wartezimmer die Klingel — „bitte der nächste Patient" — ein blasses Weib betritt das Sprechzimmer. Verzweiflung blickt aus den Augen, unsagbare Angst vor dem, was die nächsten Minuten bringen werden.

„Setzen Sie sich."

Verständnislos blickt das Weib in einen leeren Raum.

„Setzen Sie sich", wiederholt der Arzt mehr gereizt als sachlich.

„Ihren Schein?"

Er kritzelt: Anna Schmidt, geboren — verehelicht? nein.

„Was fehlt Ihnen?"

Schweigen. Bittend flehen ihn die Augen eines gequälten Tieres an.

„Hilf mir!" betteln sie stumm.

Der Arzt beharrt in Reserviertheit, baut einen Festungswall von Unnahbarkeit um sich auf.

„Ich, ich — meine Periode — ich glaube —

Hier fällt der Arzt ein:

„Sie glauben, Sie sind schwanger?"

Fast schuldbewußt senken sich die Augen des Weibes.

„Ja, mein Kind, und was soll nun werden? Was soll ich dabei tun?"

In den nächsten zehn Minuten hört er eine Tragödie, real und erdrückend, wie sie keine Bühne der Welt wiedergeben kann. Doch der Arzt bleibt ruhig. Für ihn ist das ein alltägliches Schauspiel, er ist dagegen abgestumpft — er sowohl wie das Weib sind willenlose Objekte dieser Gesellschaft. — —

Der Bericht endet mit einem erschütternden Schluchzen. Auch das kennt er. Tränen sind ihm überhaupt unsympathisch, sie machen ihn nervös.

Das Weib bettelt und fleht immer wieder: „Helfen, helfen! Mau wird mich aus der Stellung jagen! Wie soll ich das Kind ernähren? Wo soll ich Unterkunft finden?"

Der Arzt hat inzwischen ein Buch zur Hand genommen. Er liest laut und monoton:

„§ 219. Mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren wird bestraft, wer einer Schwangeren, welche ihre Frucht abtreibt, Mittel dazu verschafft oder sie bei ihr anwendet."

„Sehen Sie, mein Kind, nicht Sie allein kommen, dieselbe Bitte wird mir fast jeden Tag vorgetragen. Wollte ich allen Bitten nachgeben, ich wäre ständiger Gast im Zuchthaus. Sie werden verstehen; ich muß hart bleiben; nicht will — muß, muß, mein liebes Kind!"

Nein, sie versteht es nicht, aber sie begreift, daß dieser Mensch ihr nicht helfen will; sie wankt aus dem Zimmer und murmelt beständig vor sich hin: „Es muß doch geschehen, es darf nicht so weit kommen, es darf nicht!"

Sie möchte ihren Leib peitschen, der so kostbares Gut trägt, sie verflucht die eine Stunde ihres Lebens, in der sie das Elend vergessen hat, und für die sie so hart gestraft wird.

*

Das Telephon — — „Ja, bitte, Herr Geheimrat — gewiß, ich komme, „die gnädige Frau, o wie bedauerlich."

„Sie verstehen, Herr Doktor, es muß sich unbedingt um irgendeine Verlagerung handeln."

„Selbstredend, gnädige Frau. O, das werden wir machen. Vierzehn Tage schön artig im Bettchen bleiben, dann ins Bad, und im Winter ist die gnädige Frau wieder frisch und munter, die Venus unserer Bälle."

*

Vierzehn Tage später. Der Arzt durchschreitet den Frauensaal im Krankenhaus. Er bleibt vor einem Bett stehen und liest: „Anna Schmidt, unverehelicht, Unterleibsgrippe." „Hoffnungslos," flüstert die begleitende Schwester. Ein haßerfüllter Blick der Patientin trifft den Arzt. Mit einem unbehaglichen Gefühl geht er weiter, zur gnädigen Frau.

*

„Eine Tasse Tee gefällig, Herr Doktor?"

„Mit Vergnügen, gnädige Frau! Sie sehen ganz bezaubernd aus, so etwas leidend und zart, eigenartiger Reiz! Das Bad wird Ihnen ausgezeichnet bekommen. Ich freue mich wirklich, daß wir Sie so schnell wieder kuriert haben. — — Gnädige Frau sind Mitglied im Vorstand des Komitees gegen Kindersterblichkeit? Wie fortschrittlich! Ja, ja, es sieht böse aus in unserem armen, geknechteten Volk, man kann nicht genug tun!"

H. Sch.

Ein Erfolg kommunistischer Frauen.

Auf Grund arbeitsgemeinschaftlicher Abkommen haben die Zechen im Industriegebiet die Lohnzahlungen um 2 Tage hinausgeschoben. Danach wäre Zahltag am Sonntag gewesen. Viele Gruben wollten nun erst am Donnerstag auslöhnen. Die kommunistischen Frauen in Rönte-Westfalen (Zeche Werner 3) waren nicht damit zufrieden, auch nicht damit, daß die Männer es nicht verstanden, den Lohn am Sonnabend zu verlangen. Sie mobilisierten; ein Trupp der Arbeiterfrauen zog zur Zeche, demonstrierte für die sofortige Zahlung, man verhandelte mit der Verwaltung und erreichte, daß die Zusage gegeben wurde, am nächsten Tage (Sonnabend) die Gelder auszuzahlen, wie die Frauen beschlossen hatten, und zwar den Lohn vier Tage früher, als die Verwaltungen vorgesehen hatten.

Betont sei hierzu, daß die Zahl der organisierten Frauen in unserer Ortsgruppe Rönte gerade so stark ist (über 100) wie die der Männer. Der Erfolg unserer Genossinnen hat für die Partei in der Bergarbeiterschaft die Sympathien gestärkt, nachdem der Erfolg der Genossinnen in Rönte bekannt geworden, gingen auch die Bergarbeiter auf anderen Gruben mit den gleichen Forderungen an die Verwaltungen heran und erlangten dann auch Zusagen auf vorzeitige Abschlagzahlungen.

Auch dieser Fall beweist, daß unsere Genossinnen, wenn sie energisch auftreten, praktische Erfolge für sich selbst und damit auch für die Partei erzwingen können.

Aus der Organisation

Frauenkonferenz des Bezirks Rheinland-Westfalen-Süd.

Am Montag, den 2. Juli fand in Barmen eine Frauenkonferenz des Bezirks Rheinland-Westfalen-Süd statt, die von 27 Genossinnen besucht war. Vertreten waren alle Unterbezirke außer dem Unterbezirk Crefeld, wo die Delegierten durch die schwierigen Verkehrsverhältnisse nicht herankommen konnten. Aber auch die übrigen Genossinnen mußten rechtzeitig fort, da an diesem Tage eine neue Verordnung der Abiperrung des besetzten Gebietes vom unbesetzten Gebiet durch die französische Behörden in Kraft treten sollte und die Frauen befürchten mußten, nicht rechtzeitig ihren Wohnort zu erreichen.

Die Genossin Gesske sprach über „Die politische Lage und die Aufgaben der Frauen in der Partei". Sie gab dabei einleitend einen Ueberblick über die internationale Lage des Kapitalismus und zeigte, wie allein Rußland einen Aufstieg der Wirtschaft zu verzeichnen hat. Diese Tatsachen wagen heute selbst die bürgerlichen Parteien nicht mehr hinwegzuleugnen. In ihren Kreisen gibt es Leute, die schon ganz offen davon reden, daß man zu einer Anlehnung an Sowjetrußland kommen muß. Auch die Lösung des Ruhrkampfes im Interesse der proletarischen Schichten kann nur so gegeben werden und setzt dieses voraus die Beseitigung der jetzigen Regierung und die Schaffung einer Arbeiterregierung. Jetzt setzen neue Verschärfungen der Ruhrbesetzung, wie die Verkehrssperre ein, die wiederum dazu führt, daß Tausende von Arbeitern nicht an ihre Arbeitsstätte gelangen können und dadurch arbeitslos werden. Also nur die Arbeiterschaft hat die Kosten dieses Kampfes zu tragen.

Da die Arbeiterschaft erkannt hat, daß nur die eigenen Kapitalisten sich bereichern wollen und die Existenz der Arbeiterschaft immer stärker bedroht wird, zeigen vor allem die gewaltigen Lohnkämpfe, die in den letzten Wochen sowohl im Ruhrgebiet wie auch im übrigen Rheinland geführt wurden. In diesen Kämpfen haben auch die Frauen gezeigt, daß auch sie erkannt haben die Notwendigkeit des Klassenkampfes und ihre Teilnahme an diesen Kämpfen. Ebenso haben auch im Kampf gegen die Teuerung die Frauen sich ständig beteiligt bei der Arbeit in den Kontrollausschüssen. Schon ist die Gewerkschaftsbürokratie am Werke, um in Zukunft alle Lohnkämpfe zu verhindern. Dieser neue Betrug, der der Arbeiterschaft gegenüber begangen werden soll, drückt sich aus in der Schaffung von „wertbeständigen Löhnen", d. h. einer gleitende Lohnskala. Hier gilt es gerade, auch die Frauen zu mobilisieren. Denn diese neue Lohnregelung würde nichts anderes bedeuten als eine Stabilisierung des Elends und dagegen müssen sich die Frauen

als die wirklich Leidtragenden wehren. Darum müssen in den kommenden öffentlichen Frauenversammlungen gerade diese Fragen der neuen Lohnregelung behandelt werden. Der Kampf gegen die Teuerung für Friedensreallöhne muß auch die Kampfparole der proletarischen Frauen sein.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich fast alle Genossinnen sehr rege. Sie zeigten ihre Erfahrungen auf, die sie bei der Arbeit in den Kontrollausschüssen gemacht hatten. Sie schilderten, wie die Verteilung des russischen Brotes vor sich gegangen ist und welchen tiefen Eindruck das bei der Arbeiterschaft gemacht hat. Vor allem die Brotverteilung für die streikenden Arbeiter in Remscheid und Hagen, die in Remscheid einen vierzehntägigen Kampf ohne eine Unterstützung durch die Gewerkschaften geführt haben.

Sie sprachen über die Wohlfahrtspflege, wo in den Kommunen die Frauen der VSPD. ihr Wirkungsfeld gefunden haben. Ihnen genügt nicht nur die Arbeit in den Wohlfahrtskommissionen der Gemeinden, sondern sie bilden noch besondere Arbeiterwohlfahrtsvereine und in ihren Versammlungen beschäftigt man sich nur mit diesen Fragen. Hier ist es klar ersichtlich, daß sie nicht das Proletariat durch den Klassenkampf befreien wollen, sondern sie wollen sie durch ihre ausschließliche Arbeit in der Wohlfahrtspflege abhalten vom Klassenkampf. Ebenso ist es mit der Unterbringung der Kinder auf dem Lande, wo man für einen Kindertransport von 15 Kindern 8 SPD.-Frauen als Begleiterinnen mitgeschickt hat. Eine Genossin schilderte ihre Eindrücke, die sie bei ihrem Aufenthalt in dem russischen Kinderheim in Thüringen erhalten hat, wo die Kinder in eine andere geistige Umgebung gelangen und die Kinder darum sehr gerne in diesem Heim sich aufhalten und sehr schwer wieder fortgehen.

Die Remscheider Genossinnen berichteten dann noch von ihren Arbeiten als Frauen während des großen Streiks, der von einer ungeheuren Kampfentschlossenheit getragen war. Wie sie sogleich dazu übergegangen sind, Lebensmittel zu sammeln um die kinderreichen Familien zu unterstützen. Wie sie in einem Stadtteil eine Küche eingerichtet haben und 4500 Kinder täglich speisen. Vor allem hat es sehr gut unter den Arbeiterfrauen gewirkt, als an die streikenden Familien das russische Brot verteilt wurde, während die Stadtverwaltung mit Unterstützung der Sozialdemokraten es abgelehnt hatte, Lebensmittel für die streikenden Familien zur Verfügung zu stellen. Bei Abbruch des Streiks zeigte sich, daß größere Teile der Frauen durchaus bereit waren, weiter in diesem Kampfe auszuharren.

Es wurde dann noch über die kommenden Kommunalwahlen gesprochen, über die Vorbereitungen, die da von der Partei zu treffen sind und daß wir überall versuchen müssen, auch die Genossinnen an aussichtsreiche Stelle der Liste zu setzen. Die Diskussion war von einem guten Geiste getragen und zeigte, daß auch die weiblichen Mitglieder unserer Partei zu allen Problemen ernsthaft Stellung nehmen.

Im zweiten Punkt wurden dann die organisatorischen Fragen besprochen. Vor allem der Vertrieb der „Kommunistin", der in den meisten Ortsgruppen noch schlecht funktioniert, trotzdem die Abonnentenzahl in der letzten Zeit gestiegen ist. Die Genossinnen von Elberfeld-Barmen und Hagen teilten mit, daß jetzt „Die Kommunistin" der Tageszeitung „Rote Tribüne" alle 14 Tage beigelegt würde. Außerdem soll versucht werden, die „Kommunistin" an die indifferenten Arbeiterinnen zu verbreiten.

Weiter wurde die Schulungsarbeit unter den Frauen besprochen. Um die notwendigen Kräfte für die Schulungsabende und für die öffentliche Propaganda im Bezirk zu gewinnen, wurde vorgeschlagen einen Kursus für den ganzen Bezirk abzuhalten. Hierfür sollte eine auswärtige Genossin gewonnen werden. Um die Garantie für eine bestimmte Teilnehmerzahl zu haben, sollen durch Umfrage in den Unterbezirken die notwendigen Vorschläge gemacht werden, damit eine Teilnehmerzahl von 25 bis 30 Genossinnen gesichert ist.

Außerdem wurde angeregt, daß für die Abhaltung von Schulungsabenden in den Ortsgruppen Leitfäden oder Dispositionen herausgegeben werden.

Die Konferenz mußte dann beendet werden, weil die Genossinnen wegen der eintretenden Verkehrssperre rechtzeitig in ihre Wohnorte zurück mußten. Es wurde jedoch beschlossen, sehr bald eine neue Konferenz einzuberufen, die dann schon am Vormittag beginnt, damit die Genossinnen die Möglichkeit haben, alle Fragen sehr gründlich zu besprechen.

Plauen i. Vogtl.

Ein neuer Kursus begann in Plauen i. Vogtl. mit 24 Teilnehmerinnen. Weitere Kurse sind in Aussicht genommen in Hohenstein-E. und in Oederan. Der Wissensdrang unserer Genossinnen ist ein erfreuliches Zeichen, auch an anderen Kursen haben sie eine größere Zahl von Hörern gestellt. Wir haben demzufolge auch eine tüchtige Schar guter Funktionärinnen.

Chemnitz.

Für die Chemnitzer Genossinnen hielt die Genossin Martha Schlag einen Kursus von 8 Abenden ab, der zu Beginn 52, am Schlusse 23 Mitglieder vereinigte. Als Ziel war in Aussicht genommen: einen sicheren Blick für die Beurteilung aller in der Parteibewegung auftretenden Probleme zu bekommen. Vielfach sind unsere Parteimitglieder noch von einer kleinbürgerlichen Denkweise beengt, vielfach tragen sie noch die Spuren der reformistischen Einflüsse. Das gilt gegenwärtig besonders bei der Behandlung der Frage der „Doppelexistenzen", ferner spielt die Frage des Großhaushalts, der gemeinsamen Kindererziehung und -Pflege eine große Rolle in den Diskussionen an Frauenabenden. Ferner sind unsere Genossinnen oft genötigt, Stellung zu nehmen zu sozialpolitischen Zeitfragen (§ 218), und oft stehen sie neuen Gemeinschaftsbildungen unter dem Proletariat, wie z. B. dem „Bund der kinderreichen Familien", der „Gesellschaft der Tätigen" und auch religiösen Vereinen ratlos gegenüber.

Die „Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland" sollte hier Klarheit schaffen, und da über die einzelnen Abschnitte: bürgerliche, sozialdemokratische, revolutionär-kommunistische Frauenbewegung unter reger Teilnahme der Genossinnen lebhaft diskutiert wurde, wobei sich zeigte, daß unsere Frauen recht gut unterrichtet waren, scheint das Ziel erreicht worden zu sein.

Nun muß es heißen: Mit neuen Kräften an die Parteiarbeit! Gelegenheit gibt es genug!

Aus der Internationale

Resolution zur Gewerkschaftsarbeit unter den Arbeiterinnen.

1. Die allgemeine ökonomische und politische Lage der arbeitenden Frau ist in den meisten Ländern, Industriegruppen und Betrieben heute noch die, daß die Arbeiterin innerhalb der gesamten Arbeiterklasse zum Objekt der schlimmsten Ausbeutung und Unterdrückung geworden ist.

2. Die verräterische Politik der Amsterdamer Gewerkschaften, die nur scheinbar die Interessen der Arbeiterin schützt, sie in Wirklichkeit jedoch der Bourgeoisie preisgibt, bewirkt, daß die Frauen von den Gewerkschaften abgestoßen werden.

3. Nicht zu unterschätzen ist, daß die noch nicht überwundene politische Unreife und Passivität der Arbeiterinnen — angesichts der steigenden ökonomischen Zersetzung und Not — von den Trägern der Reaktion und vom Faschismus ausgenützt werden und somit die Frau zum Hindernis im Klassenkampf gemacht werden kann.

Diese schwere Gefahr zu verhüten, sind die revolutionären Gewerkschaften mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften berufen.

4. Die Parole: „Alle Arbeiter in die Gewerkschaften" muß sich auch auf die Arbeiterinnen erstrecken. Eine der wichtigsten Aufgaben ist, die Arbeiterin für die Gewerkschaften zu gewinnen und sie zur aktiven selbständigen Mitkämpferin in der Gewerkschaft und im Betriebe zu machen.

5. In Anbetracht der oben (1., 2. und 3) angeführten Tatsachen verpflichtet die RGI. alle Roten Gewerkschaften und oppositionellen Organisationen, vorläufig die Arbeit unter den proletarischen Frauen so zu gestalten, daß in allen örtlichen und zentralen Leitungen verantwortliche Genossen und Genossinnen damit betraut werden, die Arbeiterinnen für die Gewerkschaften zu gewinnen und in denselben zur revolutionären Selbsttätigkeit zu bringen. Wo es notwendig erscheint, müssen auch spezielle Arbeiterinnenversammlungen, -konferenzen usw. veranstaltet werden.

Zur Lage der arbeitslosen Frauen in Österreich.

Ende März betrug die Zahl der arbeitslosen Frauen, die Unterstützung erhielten, 28 272 (57 321 Männer). Zur Vermittlung vorgemerkt waren 32 902 Frauen und 67 505 Männer. Zieht man in Erwägung, daß die Frauen ein Drittel der in der Industrie Beschäftigten bilden, so geht aus diesen Zahlen hervor, daß die Arbeitslosigkeit unter den Frauen unverhältnismäßig groß ist. In letzter Zeit weisen die offiziellen Statistiken einen Rückgang der Arbeitslosen auf (von Mai bis Juni soll sich die Gesamtzahl der Arbeitslosen von 909 000 auf 100 000 vermindert haben. Dieser Rückgang erklärt sich doch sehr einfach durch allerlei Schliche und Tricks, durch die man den Arbeitslosen die Unterstützung entzieht. Hauptsächlich werden davon die Frauen betroffen. So berichtete auf der Vertrauensmännerkonferenz der sozialdemokratischen Partei vom 16. Juni

Anna Boschek, daß es sehr häufig vorkomme, daß den Frauen die Unterstützung entzogen werde, obwohl auch der Mann arbeitslos sei. Es komme auch vor, daß man Frauen, von deren Familie ein Mitglied 110 000 Kronen wöchentlich verdient (600 000 Kronen beträgt das Existenzminimum für eine Familie von vier Köpfen), die Unterstützung wegnehmen, wohl laut dem Erlaß, der bestimmt, daß einer Familie, in der ein Mitglied mindestens 200 000 Kronen verdient, die Unterstützung zu entziehen sei. Auf dem Gewerkschaftskongreß führte eine Vertreterin einen Fall an, in der man einer Frau, weil ihr Bruder 200 000 Kronen verdient habe, die Unterstützung entzogen habe. Die Vertreterin der Hausgehilfinnen berichtete auf dem Gewerkschaftskongreß, daß man jetzt zwangsweise die Unterbringung der Frauen in hauswirtschaftlichen Berufen versuche, was doch nur so viel bedeuten kann, daß man den arbeitslosen Frauen, die sich weigern, einen Hausgehilfinnenposten anzunehmen, so wie in England die Unterstützung entzieht.

Nicht viel geringer jedoch als das Elend derer, die überhaupt keine Unterstützung empfangen, ist die Not derer, die noch im Genuß derselben sind. So bringen die „Rote Fahne" und auch die „Arbeiter-Zeitung" fast täglich Berichte von Frauen, die ohnmächtig bei der Arbeitslosenvermittlung zusammenstürzen. Dabei sind die meisten arbeitslosen Frauen bei der letzten Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung leer ausgegangen. So bezieht sich die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung um 15 Prozent, die am 20. Juni vom Parlament mit den Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen wurden, nur auf diejenigen Arbeiter, die der höchsten Lohnklasse angehören. Die Arbeiter der niedrigen Lohnklassen, und das sind ja hauptsächlich Mädchen und Frauen, erhalten keine Erhöhung. Die bürgerliche Mehrheit begründete dies damit, daß die Unterstützungssätze für diese Kategorie von Arbeitern dann höher sein würde, als der Verdienst der Beschäftigten, insbesondere der Kurzarbeiter und der Kurzarbeiterinnen, und daß die Arbeitslosen sich dann weigern würden, Stellen anzunehmen.

Es ist klar, daß die Gefahr, daß die Arbeiterinnen sich zu niedrigeren Löhnen in den Fabriken anbieten, durch diesen Mangel jeder Arbeitslosenfürsorge furchtbar gesteigert wird. So berichtete die Abordnung der Arbeitslosen auf dem Gewerkschaftskongreß, daß die Arbeitslosenkomitees nicht mehr imstande sind, die Leute zu halten, wenn sie sagen, daß sie sich um jeden Preis in den Fabriken um Arbeit bewerben werden. Er fügte hinzu, daß die Unternehmer schon vielfach die Arbeitskräfte nicht mehr von der Arbeitsvermittlung, sondern von der Straße her aufnehmen.

Feuilleton

Aus den Tagen der Pariser Kommune.

Der Maurer Nu war in Paris geboren. Er erinnerte sich sehr gut der „Juli-Tage" des Jahres 1848. Er zählte damals 7 Jahre und hungerte. Schweigsam wie ein Sperling döste er den Mond und wartete, wartete vergebens, da sein Vater, Jahn Nu, kein Brot besaß. Er hatte nur ein Gewehr. Louis erinnerte sich, an einen Sommermorgen, als der Vater das Gewehr reinigte und die Mutter weinte. Er lief hinter dem weggehenden Vater her — in der Meinung, daß er den Bäcker mit dem gereinigten Gewehr erschießen und sich in den Besitz des größten Brotes setzen wird. Aber der Vater traf mit anderen bekümmerten Leuten zusammen, die ebenfalls ein Gewehr mit sich trugen. Sie begannen gemeinsam nach Brot zu schreien.

Louis erwartete, daß als Antwort auf diesen Notschrei aus den Fenstern Brötchen und Gebäck herausfliegen würde. Die Antwort war aber eine heftige Explosion und anstatt Brötchen kamen Kugeln geflogen. Einer der Leute sank verwundet zu Boden. Darauf begann der Vater mit den anderen etwas ganz unerklärliches — sie schleppten Bänke, Tische, Fässer usw. herbei, verbarrikadierten sich in der Straße und legten sich auf den Erdboden. Dann kamen Leute, alle mit Gewehren, die freundlich lächelten und an ihren Kopfbedeckungen große, schöne Kokarden trugen. Man nannte sie „Gardisten". Sie nahmen den Vater und führten ihn längst des Boulevards. Louis dachte, daß die lustigen Gardisten dem Vater zu essen geben würden und er folgte ihnen, obschon es schon spät war. Unterwegs rief eine feingekleidete, mit Brillanten geschmückte Frau aus einem Kasse den Gardisten zu: „Warum führt ihr ihn so weit. Der kann sein Teil auch hier abbekommen."

Louis lief zu der lächelnden Dame und sperrte schweigend seinen Mund auf. Ein Gardist nahm sein Gewehr und schoß. Mit einem Schrei sank Louis' Vater zusammen — und die Dame lächelte. Louis lief zu seinem Vater und umklammerte seine Beine, die sich in den letzten Todeszuckungen bewegten, und begann zu schluchzen. Da sagte die Dame: „Erschießt doch auch diesen Hundesohn!". Ihr Kavalier entgegnete jedoch: „Aber soll denn dann arbeiten?"

Und so blieb Louis am Leben. Nach dem fürchterlichen Juli kam der stille August. Louis wuchs heran und rechtfertigte das Vertrauen des edlen Kavaliers. Sein Vater war Maurer und Maurer wurde auch Louis. Im blauen Leinenkittel gekleidet war er im Sommer und Winter beim Häuserbau beschäftigt. Das schöne Paris sollte noch schöner werden. Er war beschäftigt bei dem Bau von Theatern, Kaffeehäusern, Kassees, Banken und prachtvollen Villen. Er selbst wohnte in einer elenden Dachkammer in einem verkommenen Außenviertel der Stadt.

Als er 20 Jahre alt war, lernte er das junge Dienstmädchen Juliette kennen. Sie wurde seine Frau und nach einem Jahre stellte sich in der engen Dachkammer ein neuer Gast ein, der den Namen Paul Nu erhielt.

Im Jahre 1869, als Louis 28 Jahre alt war und sein Sohn das zweite Jahr erreicht hatte, verließ ihn Juliette, nahm ihre Ausstattung, 2 Hemden, eine Tasse und Bürste und übersiedelte in das Haus eines Pferdeschlächters. Da der Fleischer ein nervöser Mensch war, der zwar junge Frauen recht gern sah, aber Kinder nicht ausstehen konnte, überließ sie Louis das Kind. Obwohl Louis Juliette von Herzen liebte, sagte er sich doch, daß sie recht gehandelt habe. — Der Fleischer war reich und konnte Juliette ein geschertes Dasein bieten. Er erinnerte sich, daß sein Vater, als er in den Julitagen mit dem gereinigten Gewehr wegging, zu seiner weinenden Mutter sagte: Ich muß gehen, und Du darfst mich nicht hindern. Der Sohn sucht sich den besten Sporen aus, das Schiff das offene Meer, und die Frau — ein ruhiges Leben.

Als er sich dieser Worte erinnerte und die Sache überdachte, kam er zu dem Resultat, daß er recht getan, als er Juliette zu sich nahm, daß aber auch Juliette richtig gehandelt habe, als sie zu dem reichen Fleischer ging.

Louis war weiter in seinem Berufe tätig und zog seinen Sohn auf. Bald begann aber der Krieg und die Preußen belagerten Paris. Niemand wollte mehr Häuser bauen. Die preußischen Kanonen vernichteten viele Gebäude des schönen Paris. Louis war arbeitslos, hatte kein Brot und der dreijährige Paul verstand es schon, schweigsam den Mund zu öffnen, gleich einem Sperling. Er nahm seinen Sohn mit auf die Straße, schrie aber nicht nach „Brot", sondern verteidigte wie viele andere Maurer, Tischler und Schmiede die schöne Stadt Paris vor den Preußen.

Hungrig, barfuß verteidigte er Paris. Er wußte, daß es keinen Kaiser mehr gab, und daß Paris eine Republik war. Was aber eine „Republik" zu bedeuten hatte, darüber machten sich keine Zeit. Er verteidigte ja Paris. Die Männer in Leinenkitteln, die aus der Stadt kamen, erzählten, daß die Boulevardkassees wie früher voll von Kavalieren mit schönen lächelnden Damen seien. Daraus ersah er, daß sich in Paris nichts geändert hatte und daß der kleine Paul nach Vertreibung der Preußen sein hungriges Mündchen wieder öffnen würde. Trotzdem verließ er seinen Platz an dem Geschütz nicht. Die Preußen konnten nicht in die Stadt eindringen.

Eines Morgens erhielt er den Befehl in die Stadt zurückzukehren. Man ließ die Preußen in die Stadt. Sie kamen und gingen, aber niemand dachte ans Häuserbauen. An den Anschlagsäulen wurde der drohende Befehl veröffentlicht, daß die Bürgermänner ihre Gewehre abzuliefern hätten. Die oberen Zehntausend fürchteten eine Wiederholung der Julitage.

Weder Louis noch die Arbeiter aus allen anderen Stadtteilen wollten ihre Gewehre abgeben. Sie zogen mit ihnen auf die Straße und schossen. Das war an einem warmen Abend zu Frühlingsbeginn.

Am anderen Tage sah Louis, wie sich auf den Straßen seine Equipagen, Droschken, Fuhrwerke, Lastwagen mit allen möglichen Besitztümern dahinbewegten, auf denen Leute saßen, die Louis in den feinen Boulevardkassees zu sehen gewohnt war. Alles strömte auf das Versailler Tor zu. Als Louis abends zum Opernplatz ging, erblickte er leere Kassees, die Kavaliere mit ihren lächelnden Damen waren verschwunden. Die Geschäfte waren geschlossen.

Louis sah, wie die „Republik" in Equipagen davonfuhr. Er fragte andere Bürgermänner, die gleich ihm geblieben waren. Sie antworteten „Pariser Kommune". (Schluß folgt.)

Inhaltsverzeichnis: Die neue revolutionäre Welle. — Ein Brief aus Straßfurt. — Ihr Arbeiterfrauen seid die Sammler! — Die Beteiligung der Frauen am Remscheider Streik. — Paragraph 218. — Ein Erfolg kommunistischer Frauen. — Aus der Organisation: Frauenkonferenz des Bezirks Rheinland-Westfalen-Süd — Plauen i. Vogtland — Chemnitz. — Aus der Internationale: Resolution zur Gewerkschaftsarbeit unter den Arbeiterinnen. — Zur Lage der arbeitslosen Frauen in Oesterreich. — Feuilleton: Aus den Tagen der Pariser Kommune.

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW. 48.

Über und unter der Cuno-Mark

(Originalzeichnung von Otto Schmalhausen)

Die „abgesagte" Verfassungs-Feier.

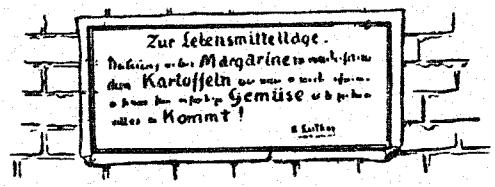
Der „Vorwärts": „Trotzdem boten die Straßen der Innenstadt vielfach ein geradezu festliches anmutendes Bild".

Die Kommunistin

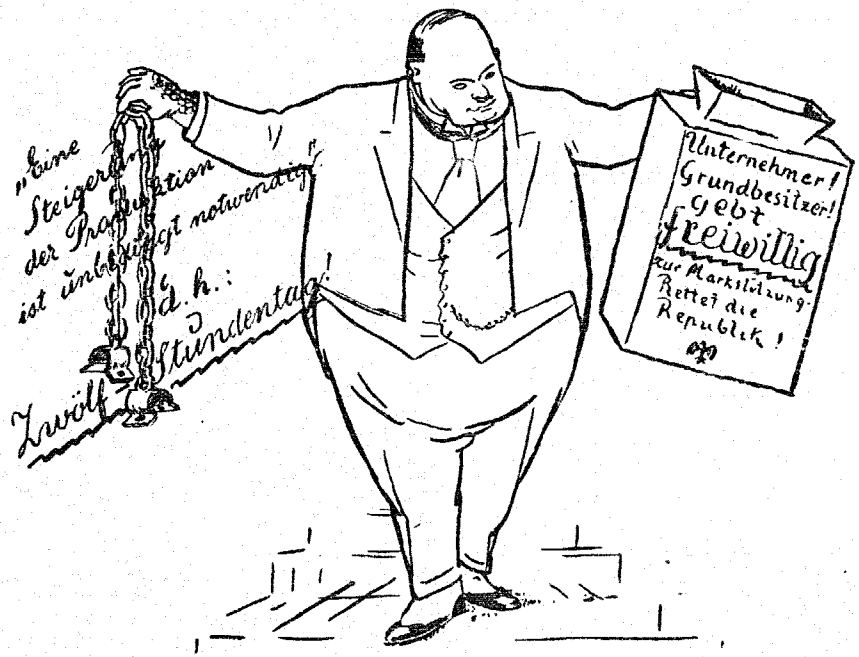
Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Herausgegeben vom Reichs-Frauensekretariat. Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin

Nr. 17 | Die Kommunistin erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Infolge der immer weiteren Geldentwertung mußte der Preis wieder erhöht werden. Einzelnummer 50000 Mark | Berlin, 1. September 1923 | Verlag: Friedrichstadt-Druckerei GmbH. (Abteilung Zeitschriften). Berlin SW 48, Friedrichstr. 225. — Verantwortlich für die Redaktion: Martha Arendsee, Berlin. | Jahrg. 5

Was Stresemann verspricht



und was er hält



Die proletarischen Frauen im Kampfe!

Was der verbrecherische vierjährige Krieg der kapitalistischen Hyänen nicht vermocht hat, das hat die Nachkriegszeit mit ihren Schrecken, das hat die ins Uferlose steigende Not des Proletariats erreicht: Die proletarischen Frauen sind erwacht!

Der Strom der revolutionären Entwicklung hat die arbeitende Frau in seinen Wirbel gezogen. Er hat Vorurteile fortgespült, die sich festgefressen hatten, er hat die Auffassung widerlegt, die Frau im Betriebe würde in den Kämpfen des Proletariats ein Hemmschuh sein, die proletarische Hausfrau würde sich hindernd an die Rockschöße des Mannes hängen. Mit der proletarischen Frau hat sich eine Wandlung vollzogen:

Die Proletarierin, die in den Kriegsjahren widerstandslos, wenn auch in stummer Qual ihren Gatten, ihre Brüder, ihre Söhne in Verderben und Tod ziehen ließ, die die schwersten Lasten ohne Murren ertrug und den Vorwurf auf sich sitzen lassen mußte, daß nicht zuletzt ihr Durchhalten die Dauer des Krieges, die Leiden ihrer Klasse verlängert hatte, ist nunmehr einer anderen Frau gewichen — der Frau, die durch ihre Begeisterung den Kampfgeist ihrer Genossen stärkte, die in zahlreichen Fällen ihnen beispielgebend voranmarschierte!

In Gera z. B. verließ als erste die Belegschaft der Großbetriebe der Textilindustrie die Arbeitsstellen, in denen vorzugsweise Arbeiterinnen tätig waren! Sie traten in den Kampf, noch ehe der Generalstreik proklamiert war. Die Arbeiterinnen der Anilin- und Zelluloidfabriken in Dessau verließen zuerst die Betriebe. In Hannover trat die Belegschaft erst unter dem Druck der Frauen, die die Arbeitsniederlegung stürmisch forderten, in den Streik. Es fehlte nicht an Fällen, in denen die Frauen in wenig pazifistischer Weise die zögernden und schwankenden Männer aus den Betrieben holten. Von dem Kampfesmut der Proletarierinnen in Magdeburg zeugt ein lebendiger Bericht, den uns eine dortige Genossin zuschickte:

„Wir zogen mit fünfzig Frauen zu den Betrieben. Unterwegs schlossen sich noch ungefähr fünfzig Frauen an, so daß wir uns schon damit sehen lassen konnten. Ueberall holten wir die Betriebsräte heraus und brachten unsere Forderungen vor: Sofortige Lohnauszahlung von 2 Millionen, keinen Vorschuß, keinen Abschlag. Die Betriebsräte sagten uns, daß es unmöglich wäre, am selben Tage 2 Millionen auszuzahlen. Die Reichsbank habe kein Geld. Wir machten die Betriebsräte darauf aufmerksam, daß, wenn wir kein Geld bekämen, wir unsere Männer aus den Betrieben holen würden; wenn kein Geld da sei, brauchten sie auch nicht zu schuften. Es gelang uns, in zwei Betrieben eine Belegschaftsversammlung zu erzwingen, in der wir zu Tausenden von Arbeitern sprachen und sie aufforderten, für unsere Forderungen zu kämpfen.

In einem großen Werk lag alles still, außer in einer Tischlerei, in der Sozialdemokraten arbeiteten. Wir Frauen nahmen den Männern das Handwerkszeug fort und jagten sie aus dem Betriebe."

Die proletarischen Hausfrauen hielten mit der Bewegung Schritt. Sie wählten in vielen Orten Hausfrauendelegationen, die sie in die Stadtverordnetenversammlungen mit Forderungen entsandten. In Cassel forderten sie von dem Magistrat die Sicherstellung der Ernährung. In Halle verlangten sie Schulspeisung, die Lieferung von Lebensmitteln und Kredit für die Streikenden und Arbeitslosen. In Danzig stellte eine in einer öffentlichen Volksversammlung gewählte Kommission eine ganze Reihe von Forderungen auf: Verbilligung der Lebensmittel, Kampf gegen den Wucher, Anerkennung der Kontrollausschüsse, Versorgung der Alters-, Invaliden-, der Kriegsrentner u. a. — In Berlin forderte eine Delegation des proletarischen Bezirks Wedding die Beschaffung von Lebensmitteln, Ausgabe von Eßkarten an Arbeitslose und Arbeitsunfähige und Speisung der Kinder.

Die Kontrollausschußbewegung, an der sich die Frauen in beträchtlichem Maße beteiligen, erhielt durch die jüngsten Kämpfe einen neuen Anstoß. An einigen Orten ist es der Energie der in den Kontrollausschüssen sitzenden Proletarierinnen zu verdanken, daß diese gesetzlich anerkannt wurden. In Kiel hat der Polizeipräsident der Aktivität der Kieler Arbeiterfrauen ein glänzendes Zeugnis ausgestellt, indem er erklärte: „Er habe nun endlich das Wühlen der Frauen satt."

Das sind nur vereinzelte Beispiele aus der Fülle der Erscheinungen während der jüngsten Kämpfe des Proletariats. Es wäre verhängnisvoll für das Proletariat, wenn es dieses mahnende Zeichen der Zeit nicht verstünde, wenn es nicht begriffe, daß ihm von einer Seite Hilfe kommt, auf die es weder gehofft noch gerechnet hatte.

Unter der Wucht der revolutionären Kämpfe der letzten Zeit sind gar manche Illusionen des Proletariats zusammengebrochen. Während des harten Auseinanderprallens der Gegensätze, während der sich verschärfenden Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital ist es den Arbeitern zum Bewußtsein gekommen, daß sie die kommenden politischen Machtkämpfe, in die sich in der gegenwärtigen Situation alle Wirtschaftskämpfe verwandeln müssen, nicht mit „demokratischen" Mitteln und „geistigen Waffen" auszufechten werden. Ueber die Beschaffenheit dieser „geistigen Waffen" haben die Schießerlasse der Severings, hat der Aufmarsch der bis an die Zähne bewaffneten Sipo- und Schupoleute und nicht zuletzt die im „Vorwärts" veröffentlichte Aufforderung zur Mobilisierung von Knüppelgarden gegen die Kommunisten keinen Zweifel übrig gelassen. Ueber die Vorzüge der „demokratischen Mittel", die die Sozialdemokraten so schmerzlich bei den ††† russischen Bolschewiken vermissen, macht sich schon manche Proletarierin ihre eigenen Gedanken. Sie wagt es, hier und da in aller Bescheidenheit auf die Wahlen zum Metall- und Textilarbeiterverbandstag hinzuweisen, auf den massenhaften Uebertritt ganzer sozialdemokratischer Ortsgruppen zur Kommunistischen Partei, die davon sprechen, daß die angebliche „Mehrheit", auf die sich die SPD. so gern stützt, sehr fraglich ist. Die proletarischen Frauen, die den erbitterten Kampf der Regierung, in der auch Sozialdemokraten sitzen, gegen die mit elementarer Kraft wachsende Betriebsrätebewegung sehen, die von der Auflösung des Reichsausschusses der Betriebsräte, von dem Verbot der „Proletarischen Hundertschaften", der Beschlagnahme der kommunistischen Presse, der Verhaftung kommunistischer Arbeiter, von der Beschlagnahme von Sammelgeldern für die Gemaßregelten hören, machen sich ihren Vers zu dieser „Demokratie", sie sehen ein, daß sie nichts ist als eines der vielen Irrlichter auf dem bürgerlich-demokratischen Sumpfe.

Während der letzten Kämpfe haben die deutschen Proleten gezeigt, daß sie wenig Neigung verspüren, mit ihrem Blut und Schweiß den faulen, morschen Bau der kapitalistischen Wirtschaft zusammenzuleimen. Die Wucht der Kämpfe hat bewiesen, daß die arbeitenden Massen in ihrem dunklen Drange sich des rechten Weges immer bewußter werden. Durch die Verknüpfung ihrer wirtschaftlichen Forderungen mit ihrem Kampfe gegen die Cuno-Regierung, durch ihr offen zur Schau getragenes Mißtrauen gegen die Regierung der „Großen Koalition" haben sie den Beweis ihrer wachsenden politischen Reife erbracht. Sie müssen noch den Beweis erbringen, daß sie die Rolle und die Bedeutung der Teilnahme der Proletarierinnen am revolutionären Kampf erkennen, daß sie den Konkurrenzkampf zwischen Mann und Weib im Betriebe ablehnen und die Frau als gleichberechtigte Partnerin in Arbeit und Kampf anerkennen.

Die Gelegenheit hierzu dürfte sich bald bieten, wenn mit der Wirtschaftskrise die Stillegung der Betriebe, die Massenentlassungen einsetzen. Sie richten den vom Doppeljoch der Berufs- und Hausarbeit gekrümmten Rücken auf, sie strecken den Arbeitskollegen die Hand entgegen, in gemeinsamem Kampf wollen sie die alte, verhaßte kapitalistische Welt stürzen! Die kommenden Kämpfe werden die proletarischen Frauen auf dem Posten finden, sie werden durch ihre Beteiligung die Widerstandskraft der Männer stählen und sie zu entschlossenem Vorwärtsdrängen fortreißen!

E. B.

Die Not in der Großstadt.

Der Berliner Magistrat hat kürzlich eine Statistik veröffentlicht, aus deren Zahlen hervorgeht, wie stark die Not der Erwerbslosen, der Proletarierkinder, der Alten und der Kranken in Berlin zugenommen hat.

Im Jahre 1922 zählte man unter den nicht mehr Erwerbsfähigen 180 000 unterstützungsbedürftige Personen. Nur der kleinste Teil von ihnen hat

aus den Mitteln der allgemeinen Wohlfahrtspflege

Beihilfen erhalten. Laufend unterstützt wurden im ganzen nur 26 000 Personen. Einmalige Unterstützungen erhielten 60 000 Personen, die sich in größter Not befanden. In städtischen Anstalten und Stiftshäusern wurden etwa 20 000 Personen versorgt. Die Unterstützungen, die gezahlt wurden, waren außerordentlich gering. Am 1. Juni d. J. betrug die laufende Unterstützung für einzelne Personen 90 000 M., für kinderlose Ehepaare bis zu 135 000 M. und für jedes weitere Kind bis zu 30 000 M. Sonderbeihilfe. Alle diese Menschen wurden bei der fortschreitenden Markentwertung der Gefahr des Verhungerns ausgesetzt. Erst ziemlich spät wurde verfügt, daß die aus Mitteln der allgemeinen Wohlfahrt unterstützten Personen 75 Prozent der Sätze erhalten sollen, die den Sozialrentnern bezahlt werden. Danach beträgt im Höchstfalle Ende August die monatliche Unterstützung für einzelne Personen 4 917 000 Mark, für kinderlose Ehepaare monatlich 7 375 000 M., und für ein Kind im äußersten Falle 1 639 000 M. Einmalige Unterstützungen durften höchstens die Hälfte der obigen Sätze betragen. Wie geringfügig diese Unterstützungen der allgemeinen Wohlfahrt gegenüber dem Milliardenetat Berlins sind, ergibt sich aus der Tatsache, daß im Monat März 1923 der Gesamtbetrag der gewährten laufenden Unterstützungen einschließlich des Wertes der Naturalien nicht mehr als 92 078 332 M. betrug. Der Gesamtbetrag der für Armenpflege im Rechnungsjahr 1922 überhaupt gemachten Aufwendungen betrug nur 1 478 500 000 M.

Noch bedeutend ungünstiger lagen die Verhältnisse für Jugendliche, zu deren Unterhalt Gemeindemittel gegeben werden mußten. Die Zahl der der städtischen Waisenpflege unterstehenden

Waisenkinder

betrug Ende vorigen Jahres 10 000, dazu kamen noch 8000 Pflegekinder, die aus Mitteln der allgemeinen Wohlfahrt unterstützt wurden. Außerdem gab es in der gleichen Zeit in Berlin rund 9000 Fürsorgezöglinge. Kürzlich wurden in Berlin an den Anschlagsäulen Plakate veröffentlicht, die für die unehelichen Kinder im Monat August einen Mindestsatz von 3 Millionen Mark als Alimentierung für berechtigt erklärten. Wie wenig die Stadt selber die Pflicht für die Auszahlung solcher Mindestsätze anerkennt, beweist die Tatsache, daß für August für Kinder von 10 bis 14 Jahren 900 000 M., für Kinder von 2 bis 10 Jahren 1 110 000 M., und für Säuglinge 1 500 000 M. gezahlt wurden. Berücksichtigt man dabei, daß der Milchpreis zur Zeit 178 000 M. für den Liter beträgt, so sind die Ausgaben für die Milchbeschaffung von 10 Tagen schon viel höher, als das Pflegegeld eines ganzen Monats ausmacht. Hinzu kommt noch, daß für Wäsche, Seife usw. überhaupt keine Aufwendungen bei einem solchen Pflegesatz für das Waisenkind gemacht werden können. Wenn so wenig für die volle Verpflegung von Waisenkindern ausgegeben wird, so bedeutet die Zahl von insgesamt 505 Tagesstätten und Heime für Säuglinge, Kleinkinder und Schulkinder, die in Berlin im März d. J. noch offen gehalten wurden, sehr wenig. Nicht auf die Zahl der vorhandenen Pflegestätten kommt es allein an, sondern in der Hauptsache auf die Mittel, die für solche Einrichtungen bereitstehen.

Am schwersten werden die gesamten Wohlfahrtsausgaben durch den hohen Prozentsatz der unterstützungsberechtigten

Kriegsbeschädigten

und Kriegshinterbliebenen — d. h. durch die Wahnsinnsopfer des imperialistischen Krieges — belastet. Ende 1922 waren in Berlin 128 300 Kriegsbeschädigte und Invaliden zu unterstützen. Davon waren mehr als 17 000 über 50 Prozent erwerbsbeschränkt und galten daher als Schwerbeschädigte. Hinzu kamen noch 128 000 Kriegs- und Invalidenhinterbliebene, von denen 22 500 als erwerbsunfähige Witwen anerkannt wurden. Außerdem gab es bei der Kriegsbeschädigtenfürsorge

16 400 vaterlose Waisen und 4000 Vollwaisen.

Als weitere Opfer des imperialistischen Krieges lebten in Berlin 15 000 unterstützungsbedürftige Eltern. Die gesamten Aufwendungen für Zwecke der allgemeinen Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge einschließlich der Kinderfürsorge usw. betrugen 1922 insgesamt 356 403 708 M. Selbst wenn man die Abstufungen der Unterstützungen berücksichtigt, erscheint ein Jahresdurchschnitt von 1000 M. Unterstützung pro Person, wie er sich bei 356 700 Unterstützten ergibt, so gering, daß man sich nur wundert, daß nicht noch eine größere Anzahl kriegsbeschädigter Bettler die Berliner Straßen bevölkert, als dies zur Zeit schon der Fall ist.

Die Erwerbslosenunterstützung

war in Berlin so gering, und die Schwierigkeit für die Erwerbslosen, überhaupt eine Unterstützung zu erhalten, so groß, daß man als Durchschnitt annehmen darf, daß von fünf Erwerbslosen einschließlich ihrer Familien in Berlin höchstens einer bzw. eine Familie, deren Ernährer erwerbslos ist, unterstützt wird. Im Jahre 1922 wurden im ganzen nicht mehr als 500 Millionen Mark für Erwerbslosenunterstützungen zur Auszahlung gebracht.

Ein besonderes Kapitel bilden

die Kleinrentner.

Es sind meist Leute, die ihre Ersparnisse früher in guten Goldmark „mündelsicher" in Kriegsanleihen usw. angelegt haben. Bei der Geldentwertung war aber die Verzinsung selbst von vielen tausend Mark so gering, daß sich deren Auszahlung kaum noch lohnte. An Stelle der Zurückzahlung der Guthaben, die sie für ihr Alter sichergestellt glaubten, gibt man ihnen jetzt Bettelpfennige. Sie werden zusammen mit den Sozial-, Witwen- und Waisenrentnern abgefertigt. Von den letzteren waren Ende 1922 rund 120 000 Unterstützungsbedürftige vorhanden. Die Sozialrentnerfürsorge konnte aber nur von 50 000 Bedürftigen, darunter 5000 Witwen und 7000 Waisen in Anspruch genommen werden. Die Kleinrentner rekrutieren sich in der Hauptsache aus alten Frauen, deren Geschäftsgewandtheit nicht ausreichte, um ihr „Kapital" zu retten. Als bedürftig sind vorläufig bis zum Ende des vorigen Jahres 12 625 Kleinrentner anerkannt worden. 12 846 Kleinrentner wurden mit einer einmaligen Unterstützung abgefunden, während nur 1147 der Bedürftigen laufende Unterstützungen erhalten. Dabei sind die Unterstützungssätze für diese Kategorien so außerordentlich schwierig zu erlangen, daß diejenigen, die am 4. Juni 1923 z. B. ein Einkommen von 120 000 M. monatlich hatten, keinerlei Unterstützung erhielten.

Ein besonderes Thema ist

die Flüchtlingsfürsorge,

die Verdrängten aus den altbesetzten Gebieten sind in allen möglichen Resten von Kriegslagern und dergleichen und in Berlin untergebracht worden. Ihre Zahl betrug im ganzen 30 800 Personen, von denen bis zum Beginn der Ruhrbesetzung in Berlin noch etwa 1000 unter den allererbärmlichsten Verhältnissen lebten.

Trotz der marktschreierischen Reklame über

die private Fürsorgetätigkeit in Stiftshäusern

ergeben die statistischen Zahlen darüber die beschämende Tatsache, daß der Viermillionenbevölkerung Berlins kaum mehr als 3000 Stiftsinsassen gegenüberstehen, die dabei zum größten Teil noch aus Mitteln der Gemeinde mehr schlecht als recht Sonderzuwendungen erhalten. Wie wenig die sonst in Berlin für Unbemittelte erfolgende Abgabe von

Armen- und Kinderspeisung

ausmacht, zeigt die Zahl der Teilnehmer im März d. J. Im ganzen wurden durchschnittlich täglich 6000 Portionen in den inneren Berliner Bezirken von der Armenspeisung ausgegeben. Bei der Kinderspeisung ergab der 19. Juni 1923 als Stichtag die beschämende Tatsache, daß von den 500 000 Berliner Schulkindern nur 77 500 Schulspeisung erhielten.

Die soziale Not der Großstadt geht am deutlichsten aus der Statistik des Städtischen Obdachs hervor. Im Jahre 1922 wurde

das Obdach von 782 000 Personen

besucht.

Diese Zahl hat sich bis zum März ungeheuerlich vermehrt. Der Durchschnitt dieses Monats betrug für den Tag 3605 Personen, darunter 252 Frauen, was eine Jahresbesucherzahl von weit mehr als 1 Million im Jahre 1923 erwarten läßt. Unberechnet sind dabei die in dem sogenannten Familienheim des Obdachs untergebrachten. Im Vorjahre war dieses „Familien-

heim" von 167 209 Personen besucht. Die Krankenstation des Obdachs war im März d. J. mit 206 Personen belegt. In der Schwangerenstation befanden sich zur gleichen Zeit 20 Frauen und in der Säuglingsstation 70 Kinder.

Diese Zahlen geben ein erschütterndes Bild, wie das Proletariat durch die Ausbeutung in der kapitalistischen Wirtschaft langsam, aber dafür um so sicherer zugrunde gerichtet wird. Auch dieses Langsam ist nur bedingt richtig. Denn mit dem Einsetzen der verschärften Markentwertung wächst auch das Elend ins Ungemessene. Der Beweis, den diese Elendsstatistik erbringt, ist unanfechtbar. Er sagt dem denkenden Arbeiter, daß der Anteil seiner Klasse an der Konsumtion der kapitalistischen Gesellschaft so gering geworden ist, daß er weder für die Zeit der Arbeitslosigkeit, des Alters und der Krankheit noch bei unverschuldeter Wohnungslosigkeit die notwendigsten Subsistenzmittel behält. Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, die einmal während einer Krise im Wirtschaftsleben, sei es auch nur für kurze Zeit, von der Produktion durch Arbeitslosigkeit ferngehalten wird, verliert jede Sicherung der physischen Existenz und muß zugrunde gehen, ohne daß die heutige Gesellschaft Hilfe gewährt. Erst die Kampfgemeinschaft aller arbeitenden Frauen und Männer wird auch das Recht der Existenz während der Arbeit und im Alter erringen.

Stadt und Land.

Es ist ein strahlend schöner Sommertag,
Mit goldnen Aehren neigt sich das Getreide,
Von Körnern schwer, und harrt, daß man es schneide.
Im Garten steht der Kohl, vollsaftig, strotzend,
Der Landwirt freuet sich der reichen Ernte,
Der Gutsherr reibt die wohlgepflegten Hände
Und rechnet aus, wie sich sein Reichtum mehret,
Den er im Ausland weislich hat geborgen
Vorm Zugriff der verdammten Kommunisten —
Und ähnlichem Gelichter. Zwar, die Leute,
Die sonst so willig taten ihre Arbeit,
Die gehn umher, mit finsteren Gesichtern.
Jedoch, was tut's?! Wenn's je dem Pack gefiele.
Die Arbeit zu verweigern, zu verlangen
Ein größres Teil von dem Ertrag der Arbeit,
Dann braucht's nur einen Wink: und fix und fertig
Steht da der „Selbstschutz" mit Maschin'gewehren.

Es ist ein strahlend schöner Sommertag —
In den Fabriken schwitzend schafft der Städter
Bei trocknem Brot an den Maschinen. Dem Fabrikherrn
Verdient er vollwertige Devisen,
Die der im Ausland anlegt, denn man ist nie sicher,
Er selbst errechnet bang, daß diese Woche
Die Frau kein markenfreies Brot kann kaufen
Und er noch enger muß den Leibgurt schnallen.
Denn, ob auch noch so reich ausfällt die Ernte,
Der Städter hungert doch, weil niemals ausreicht,
Was er mit saurem Schweiße hat erworben.
Er denkt des Winters, daß er keine Feuerung
Auch warme Kleider nicht sich kaufen kann
Und ballt die Faust und knirschet mit den Zähnen.
Dann denkt er trotzig: Nur noch kurze Zeit!
Dann bricht zusammen diese Wucherwirtschaft!
In Stadt und Land wird aufstehn der Betrog'ne!
Dann nehmen wir, was wir so hart erworben,
Und keiner wird dann hungern mehr und frieren!

Margarete Szepansky.

Die Kölner Frauen im Kampfe gegen die Teuerung!

In einer gut besuchten öffentlichen Frauenversammlung nahmen vor einigen Tagen die Kölner Hausfrauen Stellung zu der katastrophalen Lage Deutschlands und der Frauen insbesondere. Nach einem ausführlichen Referat der Genossin R. schilderten eine ganze Reihe von Genossinnen und sympathisierenden Frauen ihre nicht mehr zu tragende Not.

Furchtbare Elendsbilder kamen dabei zutage. Schilderte die eine die Not der Putzfrauen, die gezwungen sind, für 4000 Mark die Stunde ihre schwere Arbeit zu verrichten, beklagte sie sich über das Unverständnis der Vorsteherinnen — sogar der sozialdemokratischen — auf dem Arbeitsnachweis-Amt, so schilderte die andere, daß sie an mehreren Stellen Margarine- und Mehlvorräte, aufgestapelt bis unters Dach, gesehen habe. Mit leiser Stimme begann eine Kriegerwitwe von ihrem trostlosen Dasein zu erzählen. Zwei Kinder, eines davon schwer herzkrank — der Aufenthalt im Spital wurde nötig — allerlei Krankheiten brachen aus. Vierzehn Tage lang hat die Arme nichts Warmes gegessen. Das Versorgungsamt speist sie mit winzigen Ratenzahlungen ab. Jetzt muß sie ihre Möbel verkaufen. Mit Tränen in den Augen bricht sie ihre Anklage ab. Eine blasse alte Frau meldet sich. Auch eine Kriegshinterbliebene. 16 000 Mark gab man ihr gestern. In der Baracke, in der sie haust, liegt ihre Tochter hilflos und schwach von eben überstandenen Frauenschmerzen. Ihr Kind, das arme Würmchen, hat keine Windel, kein Bettchen — schwächer und schwächer würde sein Hungerweinen — die junge ausgetrocknete Mutterbrust kann ihm keine Nahrung geben. Spontan wird von den übrigen Frauen für diese Aermste der Armen gesammelt. Eine junge Kommunistin bittet ums Wort. Auch eine Kriegerfrau, sie hatte um Kleider gebeten. Jetzt schnüffelte man ihr im Haushalt von oben bis unten nach, fand dann im Kleiderschrank noch einen alten Fetzen und sagte dann in spitzem Tone von oben herunter: „Sie haben ja noch ein Kleid!" — „Weg mit dieser Sklavenherrschaft, wir sind genau soviel wert wie die feinste Dame der bürgerlichen Gesellschaft!" ruft sie mit anfeuerndem Selbstbewußtsein.

Von hochmütigen Geheimratsfrauen, die den ganzen Tag für 50 000 M. gearbeitet haben wollen, von abweisenden Pflegerinnen, die nur dann helfen, wenn das Sterbebett nahe ist, von Aerzten, die keine Menschenhelfer, sondern Wucherer sind, von Beamten, die den Hungernden herausschmeißen, sagt man bittere Wahrheiten.

Ein politisches Gespenst taucht auf: Sollmann, der neue Minister. Von ihm habe man nichts zu erwarten. Seine Wortpolitik habe sich genügend in der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung" in Mißkredit gebracht. Wenn man seine Tätigkeit als Armenpfleger kenne, müßten alle Illusionen über die neue Regierung ein jähes Ende finden. Die darauf einlaufende Resolution wurde einstimmig angenommen, sie hat folgenden Wortlaut:

„Die am Mittwoch, den 15. August 1923, im Lokal Neetz tagende, von der Frauenkommission, Distrikt Mitte, einberufene Versammlung von etwa 200 Frauen stellt folgende Forderungen auf:

1. Löhnung im Werte von 60 Goldpfennigen pro Stunde,
2. Einführung der Zwangswirtschaft für sämtliche notwendigen Lebensmittel,
3. Anerkennung des Kontrollausschusses und Unterstützung desselben bei Beschlagnahme von Lebensmitteln,
4. Unentgeltliche Abgabe von Lebensmitteln an alle Minderbemittelten,
5. Solange die Ernährung der Arbeiterschaft nicht sichergestellt ist, Schließung sämtlicher Schlemmerlokale.

Die Frauen Kölns erklären, daß sie nicht länger gewillt sind, in dauernder Not und Sorge zu leben, und daß sie es aus Verantwortlichkeitsgefühl für ihre Kinder ablehnen, sich länger von einem gewissenlosen Ausbeuter- und Schiebertum hinhalten zu lassen.

Sie fordern sämtliche proletarischen Organisationen auf, mit aller Macht ihre Forderungen zu unterstützen und sehen in der Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung die sicherste Grundlage zur Durchführung dieser Forderungen."

Durch lebhafte Zurufe wurden dann aus der Mitte der Frauen 5 Frauen gewählt, die am folgenden Tage bei der Stadtverwaltung die Anerkennung des Kontrollausschusses zu erlangen und die Forderungen der Frauen vorzubringen haben.

Diese Kommission erschien auch am anderen Tage beim sozialdemokratischen Beigeordneten Schäfer. Sie wurde aber nicht vorgelassen. Herr Schäfer hatte keine Zeit für die hungernden Proletarierinnen, weil er mit den Vorbereitungen für seine Hochzeit beschäftigt war.

Die Arbeiterfrauen Kölns sind um eine Erfahrung reicher. Sie werden nun erst recht den Kampf gegen Hunger und Not, den Kampf für die Sicherung des Lebensunterhalts für alle Arbeitenden mit aller Kraft vorwärtstreiben!

Heranbildung von Arbeiterinnen zur Qualitätsarbeit in Sowjet-Rußland.

„Die wirtschaftliche Knechtung der Frau wird erst nach der Steigerung ihrer Arbeitsqualität verschwinden!" hat Genosse Lenin erklärt, und die Sowjet-Regierung sowie die Kommunistische Partei Rußlands setzen alles daran, um diese Losung zu verwirklichen.

Die Heranbildung von Qualitätsarbeitern ist in Rußland, einem Agrarstaat, von besonderer Bedeutung, weil die Industrie dort im ganzen technisch noch schwach entwickelt und nicht annähernd so vollständig durchorganisiert ist wie in den Industriestaaten, z. B. in Deutschland. Zum Aufbau eines modernen, auf der Höhe der Wissenschaft und Technik stehenden Produktionsapparats werden vor allem hochwertige Arbeitskräfte gebraucht. Unter diesen Verhältnissen sind speziell die Arbeiterinnen in ungünstiger Lage. Die übergroße Mehrzahl von ihnen sind ungelernte oder angelernte Kräfte. Infolgedessen ist erstens ihr Lohnniveau niedrig. Denn, wenn auch der Grundsatz: „Gleicher Lohn für gleiche Leistung" von den russischen Gewerkschaften streng durchgeführt ist, so verdienen im Durchschnitt trotzdem die Arbeiterinnen viel weniger als die Arbeiter, weil ihre Leistungen geringwertiger sind. Außerdem leiden die Arbeiterinnen stärker unter der Arbeitslosigkeit, weil qualifizierte Arbeitskräfte dringender benötigt und daher überall bevorzugt werden.

Um diesem Uebelstand entgegenzuarbeiten, hat die Sowjetregierung mit energischster Unterstützung des zentralen Frauenkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands im ganzen Lande eine Reihe von Fachschulen zur technischen Ausbildung von Arbeitern und Arbeiterinnen gegründet. In den Fachschulen der Metallindustrie sind zurzeit etwa 12 000 Schüler, unter ihnen aber nur 150 Frauen, in den Fachschulen des Textilarbeiterverbandes sind annähernd 50 Prozent der Schüler Frauen, in denen des Schneiderverbandes sogar 90 Prozent. Im Durchschnitt jedoch beträgt die Zahl der weiblichen Schüler in den Fachschulen nur 20 Prozent, und wenn man von den Jugendlichen absieht, sogar nur 10 Prozent.

Um mehr Frauen zu diesen Kursen zuzuziehen, wurde zuerst in der Ukraine in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres eine Verordnung erlassen, daß auf allen industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiter-Universitäten, Lehrkursen, technischen Fachschulen und Betriebsschulen 10 Prozent aller Plätze für Arbeiterinnen und Bäuerinnen reserviert werden müßten. Der Erfolg war, daß in einer Reihe von Gouvernements (Bezirken) diese Plätze voll in Anspruch genommen wurden, im Donez-Gouvernement meldeten sich sogar für 20 Prozent der vorhandenen Plätze an den Schulen Frauen an.

Andere Bezirke sind dem Beispiel gefolgt. So erhalten

In dem elektro-technischen Laboratorium

die Arbeiterinnen in Tula 25 Prozent, in Uralsk sogar 30 Prozent aller Plätze an den Fachkursen reserviert.

Neben den allgemeinen Fachschulen wurden aber noch besondere kurzfristige Lehrkurse nur für erwerbslose Frauen errichtet, um diese für solche Berufe vorzubereiten, in denen Nachfrage nach Arbeitskräften bestand. Dies gilt z. B. für die Schneiderei, Zuschneiderei, Strickerei. Außer Kursen in diesen Fächern wurden Lehrkurse für Mutter- und Säuglingsschutz und für Geburtshilfe veranstaltet und eine Weberschule für Frauen gegründet. Ferner werden Jungarbeiterinnen zur technischen Fachschule der Gr[illegible]werke und der Verpflegungsindustrie besonder[illegible] gezogen.

Den interessantesten Versuch zur Fachausbil[illegible] Arbeiterinnen stellten die elektro-technischen Lehr[illegible] Arbeiterinnen in Moskau dar, von denen unser [illegible] Gruppe zeigt.

Im Jahre 1921, beim Uebergang zur sogen[illegible] „Neuen Politik", begann das Moskauer Frauenkom[illegible] der Kommunistischen Partei mit der ersten Schule dieser Art. Es wurde gerade dieses Fach gewählt, weil es eine

der wichtigsten Grundlagen für die gesamte Industrie bilden. Die Ausbildung in diesem Fach eröffnet glänzende Aussichten auf Verwendung bei dem großzügigen Ausbau der Elektrizitätswerke in Rußland, und gestaltet außerdem leichte Erlernung einer Reihe ähnlicher Berufe.

Wegen der großen Kosten für die Einrichtung von Lehrschulen wurden kino-mechanische Kurse eröffnet, die verhältnismäßig einfache Einrichtungen erforderten.

Die Kurse begannen mit 50 Frauen. Nach sieben Monaten wurden 21 Arbeiterinnen mit entsprechender Fachausbildung entlassen. Ein Teil dieser Arbeiterinnen erhielt sofort Anstellung im Kinowesen, andere arbeiten als Gehilfinnen von Mechanikern oder als selbständige Mechanikerinnen. Acht von den Zöglingen der Schule wurden als Montageghilfinnen in großen elektrischen Werken angestellt; sechs von ihnen haben bereits sieben Monate selbständig bei der Schaffung elektrischer Hochlettungen gearbeitet.

Die guten Erfahrungen dieser Kurse haben dazu geführt, daß sie jetzt von der Moskauer Volksbildungsabteilung amtlich anerkannt sind. Sie nennen sich: Zweite Elektrotechnische Lehrkurse der Moskauer Volksbildungsabteilung. Das Frauenkomitee der Kommunistischen Partei, welches die Initiative ergriffen hatte, hat auch in Zukunft das Recht, die Schülerinnen aus den Reihen der Erwerbslosen auszulesen und der Schule zuzuweisen. Es versteht sich von selbst, daß in diesen wie in allen Bildungs-Anstalten der Sowjet-Republik Unterricht und Lebensunterhalt während der Lehr- und Lernzeit unentgeltlich sind. —

Im Oktober 1922 begann ein neuer Kursus. Die Schülerinnen arbeiten im Winter in der Schlosser- und Drechsler-Werkstätte der Schule. Im zweiten Lehrhalbjahr begannen die Schülerinnen praktisch bei der elektrotechnischen Einrichtung des Mendelejewschen Instituts zu arbeiten. Diese Arbeit wurde den Lehrkursen als Auftrag übergeben, so daß die Zöglinge dabei den ersten Verdienst in ihrem neuen Arbeitsfach erhielten.

Der glänzende Erfolg der Kurse hat Bresche geschlagen in das alte Vorurteil, als seien die Frauen zu qualifizierter Arbeit nicht befähigt. Er hat das Interesse und die Initiative der Arbeiterinnen an ihrer Arbeit belebt, ihr Kulturniveau gehoben, ihren Kampf ums Dasein erleichtert. Die Fortsetzung dieser Kurse auf noch breiterer Basis wird vor allem dazu beitragen, Sowjetrußland einen Stamm qualifizierter Arbeitskräfte zu verschaffen und damit den sozialistischen Aufbau zu beschleunigen.

(Aus dem Russischen nach Artikeln von Tatjana Glebova und Dogabor.)

Der Paragraph 218 in Theorie und Praxis.

In unserem zerfallenden Klassenstaate bewegt sich die medizinische Wissenschaft immer offenkundiger auf Bahnen, die mit dem gesunden Menschenverstand nicht mehr recht in Einklang zu bringen sind. Daß aber die ganze Härte unserer gesetzlichen Abtreibungstheorien erst richtig fühlbar wird, dafür sorgt die sich an den Buchstaben klammernde Durchführung in der Praxis, wie sie die Androhung der Zuchthausstrafe vom Arzt erzwingt. Wir denken daran, daß dem Arzt das Recht zur Schwangerschaftsunterbrechung vom Gesetzgeber zugestanden wird, falls das Leben der Frau durch den Fortbestand der Schwangerschaft unmittelbar bedroht wird, insbesondere bei schweren Herz-, Lungen- und Nierenkrankheiten; man spricht alsdenn von der „medizinischen Indikation" zur Unterbrechung, das bedeutet etwa: Notwendigkeit aus streng gesundheitlichen Gründen. Demgegenüber ist bisher die „soziale Indikation" leider nicht durchgesetzen, das heißt, die Erwägung, daß die Mutter oder sonstige Familienmitglieder wegen der großen wirtschaftlichen Notlage sich neue Entbehrungen auferlegen und notwendig langsam erkranken müssen, darf den Arzt nicht beeinflussen, sofern noch keine augenblickliche Lebensgefahr der Schwangeren besteht. Wie äußert sich diese Engherzigkeit in der Praxis?

Hierfür ein Beispiel aus dem Leben:

Die Schlossersfrau X. aus dem höchsten Norden von Berlin, Mitte der dreißig, hat neun (9!) lebende Kinder, zwei Kinder starben ihr an Lungenentzündung, einmal hatte sie eine Totgeburt, zweimal eine Fehlgeburt. Der Mann ist schwindsüchtig und war bereits viermal in einer Heilstätte. Da sie wieder im dritten Monat schwanger ist, wendet sie sich mit den obigen Angaben hilfesuchend an die Frauenklinik der Charité. Es ist eine Frau, die auf den ersten Blick den Eindruck einer abgenutzten Gebärmaschine macht, mit Hängebauch und tief heruntergerutschten Geschlechtsorganen. Da die Herren von der Frauenklinik sich nicht für befugt halten, den jetzt noch harmlosen Eingriff zu unternehmen (keine „medizinische Indikation!), wird sie zwecks wissenschaftlicher Untersuchung ihrer Notlage an die innere Station der Charité überwiesen, die ja bekanntlich auf Kosten der Steuerzahler mit den modernsten und teuersten medizinischen Einrichtungen versehen ist. Den Weg hierher muß die Frau aus dem äußersten Norden fünfmal machen, denn hier wird besonders gründlich gearbeitet. Aus dem uns vorliegenden Attest dieser Station ersehen wir, daß der Fall nicht nur nach den üblichen Sprechstunden-Methoden geprüft wird, sondern es findet auch eine Röntgendurchleuchtung der Lungen, eine bakteriologische Untersuchung des Auswurfs und eine besonders mühsame Durchforschung des Blutes statt. Endresultat: Erkrankung der rechten Lunge war schon vorhanden, aber nicht ausreichend als „medizinische Indikation" zur Unterbrechung! Mit diesem schriftlichen Bescheid soll sich die Frau wieder in der Frauenklinik vorstellen, da sie aber diesmal zur Sprechstunde etwas zu spät kommt und nicht mehr angenommen wird, faßt die Frau mit ihrem vor Angst schon nicht mehr exaktklassig funktionierenden Gehirn den Entschluß, diesen Brief aufzubrechen, und da sie trotz ihrem mangelnden Latein den Sinn des Briefes erfaßt, erspart sie sich eine achte vergebliche Fahrt nach der Charité.

Unmittelbar hierauf bekommt der Mann wieder einen Blutsturz, so daß sie vier Wochen aus Haus gefesselt ist. Als sie wieder Zeit hat, an ihren Zustand zu denken, ist die Schwangerschaft am Ende des fünften Monats, wo die Frucht schon Leben hat, und wo der vordem harmlose Eingriff, schon wegen der Größe der Frucht, recht gefährlich geworden ist. Der Gesamtzustand der Frau ist inzwischen derartig verschlechtert, daß an der ersehnten „medizinischen Indikation" kein Zweifel mehr besteht. Ja, es ist sogar so bedrohlich geworden, daß man den Eingriff nur noch in Verbindung mit einem Krankenhausaufenthalt von mindestens einer Woche vornehmen kann. Nun grübelt sie mit ihrem kranken Mann darüber nach, wie sie von der Armenbehörde die Kosten für das Krankenhaus herausschlagen soll — spätere Rückzahlung vorgesehen, selbstverständlich! — und wer inzwischen den Mann und die Kinder pflegen soll. Aber ihr in Angst verblödendes Gehirn wird auch dies bestimmt nicht zustandebringen und unser mit den erbärmlichsten Maßnahmen sich erhaltender Staat kann getrost dem Entstehen eines neuen Zuwachses zu einer schwindsüchtigen Familie von elf Köpfen entgegensehen!

Wie lange noch??

Dr. Martha Ruben-Wolf.

Gewerkschaftliches

Die Metallarbeiterinnen auf dem Kasseler Verbandstag.

Zum Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind im Verhältnis zu seinen etwa 150 000 weiblichen Mitgliedern nur sehr wenig Frauen als Kandidaten aufgestellt worden. Das beweist, daß die Masse der deutschen Arbeiterinnen noch immer nicht genügend die alte Passivität überwunden hat; es zeigt aber auch, daß die bürgerliche Anschauung vom Vorrange des Mannes selbst im Proletariat noch nicht überwunden ist, und daß die Arbeiterklasse als Ganzes die besonderen Nöte der Arbeiterinnen sowie die sich aus der Frauenerwerbsarbeit ergebenden Komplikationen des Klassenkampfes nicht tief genug ins Bewußtsein gedrungen sind. Sonst würde man auf die Teilnahme eines angemessenen Prozentsatzes weiblicher Verbandsmitglieder gerade auch in der größten und wichtigsten der deutschen Gewerkschaften bedacht gewesen sein. Um so mehr müssen nun die wenigen weiblichen Delegierten, die in Cassel vertreten sein werden, dafür sorgen, daß auf dem Verbandstag die Angelegenheiten der Arbeiterinnen nicht zu kurz kommen.

Die weibliche Arbeiterschaft leidet am schwersten unter **der zweifachen Belastung der Erwerbstätigkeit und den durch die Teuerung und Lebensmittelknappheit immer größer gewordenen, unendlich vielen Anforderungen, die der bürgerliche Einzelhaushalt an die Hausfrauen und Mütter stellt.**

Die weit hinter den Preisen zurückgebliebenen Löhne der Männer, die gar noch 30 bis 40 Prozent unter dem Männerlohn stehenden Frauenlöhne haben Arbeiter und Arbeiterinnen in schlimmste **Akkord- und Ueberstundenarbeit** hineingepreßt. Die Familie ist schon längst zerstört. Deutschland hat in den letzten Jahren einen ungeheuren Geburtenrückgang zu verzeichnen; die Proletarierin kann es in ihrer Not und bei dem bestehenden Wohnungselend kaum noch verantworten, ein Kind in die Welt zu setzen. Gegen die in der Not immer mehr vorgenommenen Abtreibungsversuche aber hat der kapitalistische Staat die Schandparagraphen 218/219 ersonnen, die harte Gefängnisstrafen auf solche Versuche legen und das Elend einer von diesem barbarischen Gesetz betroffenen Familie noch größer machen.

Die schwangere Erwerbstätige entbehrt des notwendigsten Schutzes. Sie kann nicht einmal die völlig unzureichenden gesetzlichen Bestimmungen ausnutzen, da die Not sie zum Verdienen bis zum letzten Augenblick und wieder möglichst schnell nach der Geburt treibt. Auch hier erweist sich das bankrotte kapitalistische Wirtschaftssystem als Hindernis eines gesunden und menschenwürdigen Lebens der Proletarierinnen, ebenso auch der Tausenden von weiblichen Angestellten und all derer, die nicht zur besitzenden Klasse gehören, sondern durch erwerbsmäßige Kopf- oder Handarbeit ihr Brot sich verdienen müssen.

Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie setzt sich in Worten zwar für die Arbeiterinnen ein und hat auch im Metallarbeiterverband verschiedentlich Frauenkommissionen errichtet, die sich der besonderen Nöte der Arbeiterinnen annehmen sollen. Wenn es aber ernst wird, wenn die Arbeiterinnen und das gesamte Proletariat auf Durchsetzung von Forderungen dringen, dann weichen die Gewerkschaften aus, dann wird erklärt, „das sind ja alles Selbstverständlichkeiten" — bloß „wir haben keine Zeit", oder es ist immer noch nicht an der Zeit, um die Erfüllung dieser Selbstverständlichkeiten zu kämpfen.

Dieses Lied kennen wir nun schon lange, und das Elend der Arbeiter und Arbeiterinnen ist durch das Versagen und mit Hilfe der Gewerkschaften immer größer geworden, ebenso der allgemeine Zerfall der Wirtschaftsverhältnisse.

Deshalb ist der diesjährige Metallarbeiter-Verbandstag der gegebene und der äußerste Termin, um mit Nachdruck den Willen der breiten Mitgliedermassen auch auf dem Gebiete der Arbeiterinnennöte zum Ausdruck zu bringen und dafür zu sorgen, daß der Deutsche Metallarbeiterverband und durch ihn alle Gewerkschaften Deutschlands den Kampf aufnehmen zur Durchsetzung der Forderungen:

Gleicher Lohn für gleiche Leistung für Mann und Frau.
Kampf um Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützung für Mann und Frau in Höhe des Männerlohnes.
Kampf gegen alle Entlassungen, ob sie männliche oder weibliche Arbeiter betreffen.
Abschaffung der §§ 218/219.
Ausreichender Arbeiterinnen- und Mutterschutz, insbesondere Verbot der Beschäftigung aller erwerbstätigen Frauen acht Wochen vor und nach der Niederkunft, unter Weiterzahlung des vollen Lohnes.
Verbot der Entlassungen für die Dauer der Schwangerschaft, Niederkunft und Stillzeit.
Erfassung der Sachwerte zur Aufbringung der dazu erforderlichen Mittel.
Arbeiter- und Bauernregierung, die den Kampf um diese Forderungen zu ihrem eigenen macht.

Die Kinderwoche in Nürnberg.

Die Kinderwoche hatte in erster Linie schwer zu leiden unter den bayerischen Verhältnissen, alle Veranstaltungen in dieser Woche waren verboten, eine Plakatisierung und Flugblattverbreitung des von der Kindergruppen-Zentrale herausgegebenen Materials konnte nicht stattfinden.

Die Ortsgruppe Nürnberg beschloß daher, ein allgemeines Kinderfest zu veranstalten, um in diesem Rahmen die Kinderwoche wenigstens zu einem bescheidenen Teile auszuführen. Wir hatten rote Sowjetfähnchen in großer Anzahl angefertigt, um damit die Kinder in den Straßen marschieren zu lassen. Daneben haben wir kleine Kuchen besorgt, um den Kindern auch in dieser Hinsicht etwas zu bieten.

Wir hatten aber die Rechnung ohne den Wirt, in diesem Falle das Staatspolizeiamt Nürnberg-Fürth gemacht. Es verbot nämlich in letzter Minute dieses Kinderfest und drohte, mit polizeilichen Gewaltmaßnahmen gegen die Teilnehmer vorzugehen. Wir haben trotzdem das Fest in einem kleinen Orte bei Nürnberg durchgeführt, wobei Rezitationen, revolutionäre Lieder das Fest zu einem proletarischen gestaltet haben.

Am Abend sind dann die Partei-Jugendgenossen und alle Kinder mit unzähligen roten Fähnchen in einem großen losen Demonstrationszuge bis an die Stadt gezogen. Ein lebendiges Bild, das das Klassenbewußtsein der Kinder mächtig gefördert hat. Die Kinder sind durch dieses Fest angeregt und das Bürgertum hat wieder einen Schreck bekommen. E. Gr.

Aus der Internationale

Klassenkämpferinnen in Canada.

Vor kurzem ist in Canada, in der östlich vorgelagerten Provinz Nova Scotia, ein Streik beendet worden, der in mehr als einer Hinsicht für die Arbeiterschaft von ganz Canada, besonders aber für die Arbeiterfrauen, von großer Bedeutung ist.

Am 3. Juli traten die Metallarbeiter der „British Empire Steel Corporation" (Besco) in Streik um Lohnforderungen. Sie verlangten 25 Prozent Erhöhung auf ihre bei einem 12stündigen Arbeitstag 32 Cents die Stunde betragenden Löhne. Gleich zu Anfang des Streiks zeigten sich die Frauen der Arbeiter als die treibende Kraft. Als nach dem ersten Tage des Streiks sich die Streikbrecher einstellten, verlangten die Frauen, die Männer sollen die Streikbrecher herausholen. Sie sagten ihnen: „Wenn Ihr es nicht könnt, dann werden wir es tun." Daß sie dieses ernsthaft meinten, haben sie einige Wochen vorher dem Bürgermeister der Stadt bewiesen. Sie verlangten von dem Bürgermeister, er solle die Lasterhöhlen, in die die Männer hineingelockt wurden, um dort ihre paar Lohnpfennige zu verbringen, schließen, sonst würden sie Feuer anlegen. (Die Stadt bezieht aus diesen Lasterhöhlen eine erhebliche Einnahme, was die besitzenden Steuerpflichtigen sich gerne gefallen lassen.) Der Bürgermeister wurde mit dieser Drohung gezwungen, einige dieser Lasterhöhlen zu schließen. Auch die Versicherung, selbst die Streikbrecher herauszuholen, wurde von den Männern durchaus ernst genommen, denn die Frauen sind dort ein sehr aktiver Teil der Arbeiterbewegung. Die Streikenden stürmten die Fabrik, um die Streikbrecher herauszuholen. Dieser Vorfall wurde von den Unternehmern und der Regierung benutzt, um Truppen in den Distrikt hineinzuziehen. Auf diese unerhörte Provokation hin stellten die Bergarbeiter des Distrikts das Ultimatum an die Regierung, binnen 48 Stunden die Truppen zurückzuziehen andernfalls sie in einen Sympathiestreik treten. Die Truppen wurden nicht zurückgezogen und die Bergarbeiter traten in den Streik.

Natürlich wurde dieser Streik aufgefaßt als eine „Bedrohung der verfassungsmäßigen Ordnung" und die beiden Sekretäre der Bergarbeiter wurden sofort verhaftet. Die Truppen trieben die Streikposten mit Bajonetten davon und exerzierten unter dem Schutze der Waffen die Streikbrecher in den Betrieb. Wieder traten die Frauen auf den Plan und protestierten durch eine Demonstration gegen dieses provozierende Verhalten der Arbeiterschaft gegenüber. Die berittenen Truppen aber sprengten zwischen die Frauen hinein und eine alte, über 60jährige Frau wurde schwer verletzt, viele andere wurden

leichter verletzt. Eine junge Frau, die kurz vor ihrer Niederkunft stand, fiel dabei nieder und brachte ein totes Kind zur Welt. Dieses brutale Vorgehen der Truppen erweckte die Arbeiter von ganz Kanada zu dem Ernst der Situation. Aus allen Teilen Kanadas, von allen Gewerkschaften, von allen revolutionären Arbeitergruppen regnete es Proteste an die Regierung. Noch nie hat ein Streik solch ein Echo gefunden. Die Regierung antwortete darauf nur mit mehr Verhaftungen. Delegierte befreundeter Organisationen, die zur Information nach Nova Scotia gekommen waren, wurden verhaftet. Täglich fanden 10—20 Verhaftungen Streikender statt. Gleichzeitig kam der Regierung und den Unternehmern auch zu Hilfe — nach bekanntem deutschen Muster — der Hauptvorstand der Bergarbeiterorganisation. Der Vorsitzende, Lewis, stellte an die Organisation das Verlangen, sofort den Streik abzubrechen, weil er einen „Bruch des Vertrages" darstellt. Die Bergarbeiter antworteten, es ist kein Bruch des Vertrages, sondern ein Sympathiestreik für ihre Arbeitsbrüder, sie werden die Arbeit aufnehmen, sobald die Truppen zurückgezogen sind. Anstatt nun dieses Verlangen an die Regierung zu stellen, setzte der Hauptvorstand die beiden verhafteten Sekretäre von ihren Aemtern ab und berief zum Sekretär einen Angestellten, der bei der letzten Wahl der Sekretäre von der Organisation fast einstimmig abgelehnt worden war. Die Organisation weigerte sich, diese Kreatur des Hauptvorstandes anzuerkennen, worauf Lewis drohte die ganze Organisation aus dem Verband auszuschließen. Dieser Verrat der Gewerkschaftsführer zerbrach die einheitliche Kampffront der Streikenden. Vier Wochen haben sie gestreikt, und dann kam der Dolchstoß in den Rücken. Die Regierung mit ihrer bewaffneten Macht hat es nicht vermocht, die Front zu zerbrechen, den Gewerkschaftsbürokraten ist es gelungen. Nach heldenhaften Kämpfen wurde ihre Organisation zerschlagen. Die stolze Arbeiterbewegung von Nova Scotia, die zu 100 Prozent organisierten Bergarbeiter dieses Distrikts, stehen jetzt vor einem Trümmerhaufen. Ihre Kollegen sitzen zu Hunderten in den Gefängnissen, aber die Regierung, die Unternehmer und — der Hauptvorstand triumphieren.

Diesmal noch haben sich die Arbeiter gegen diesen heimtückischen Verrat nicht schützen können, aber sie werden aus ihrer Niederlage lernen, und der Kampf, der so weite Sympathien in der amerikanischen Arbeiterschaft gefunden hat, wie selten ein Streik vorher, wird auch dazu beitragen, das Judasgesicht der Gewerkschaftsführer vor der Arbeiterschaft zu enthüllen. Die Arbeiter werden lernen, und sie werden wieder aufbauen, was vor ihnen zertrümmert liegt, und auch die Arbeiterfrauen werden wieder auf ihrem Posten stehen müssen, antreibend, erweckend, an der Spitze marschierend.

Feuilleton

Aus den Tagen der Pariser Kommune.

(Schluß.)

Die oberen Zehntausend, die Paris verlassen hatten, konnten aber die schöne Stadt Paris nicht vergessen. Um keinen Preis wollten sie sie den Maurern, Zimmerleuten und Schmieden überlassen. Deshalb begannen die Kanonen aufs neue zu sprechen, Häuser zu vernichten, nur daß diesmal nicht die Preußen die Absender dieser Geschenke waren, sondern die eigenen Landsleute, Stammgäste der feinen Boulevards. Louis wurde es klar, daß er an einen Platz zurückkehren müßte, den er damals gegen die Preußen verteidigte.

Die Besitzerin des kleinen Laden, Frau Mona, die Louis, Sohn in Pflege genommen hatte, war aber keine so gute Frau und fromme Katholikin, daß sie den Sohn eines Gottlosen nicht weiter in ihrem Hause duldete. So war L. gezwungen, seinen Sohn mit auf den Festungsgürtel zu nehmen. Während er ein Geschütz bediente, spielte Paul neben ihm mit leeren Patronenhülsen. Wenn die anderen den kleinen Paul spielen sahen, vergaßen sie auf Minuten ihr Leiden und sagten zärtlich: „Du bist ein echter Kommunarde.

Die Blusenmänner verfügten aber über wenig Schußwaffen, sie selbst waren nicht allzu zahlreich. Und die Leute, die Paris den Rücken gekehrt hatten und jetzt in der gewesenen Königsresidenz, in Versailles, wirkten, brachten jeden Tag neue Soldaten auf die Beine — in der Mehrzahl engstirnige Bauern — und auch Geschütze, die ihnen die Preußen zur Verfügung stellten. Immer mehr und mehr näherten sie sich den Paris umgebenden Festungsgürtel. Immer mehr Befestigungen gingen in ihre Hände über. Für die Blusenmänner, die im Kampfe fielen war kein Ersatz da.

In Versailles herrschte übermütige Freude. Die Pfaffen lasen Dankgebete. Die Generale unterhielten sich freundschaftlich mit den zugereisten preußischen Offizieren. Die Lakaien packten schon die Koffer zur Rückreise nach Paris.

Der Leutnant der Nationalarmee, Franz d'Emonjau, erzählte seiner Braut Gabriele, daß seine Soldaten morgen die Feste des hl. Vinzenz einnehmen und in Paris einrücken würden. Ihre erste Frage darauf war: Wann beginnt die Opernsaison? Als ihr Franz von der Grausamkeit der Kommune erzählte, fragte sie: Aber Ihr werdet doch alle mitsamt den Kindern erschlagen.

Am nächsten Morgen erhielten die Soldaten den Befehl, die Feste Vinzenz zu stürmen. Louis schoß mit noch zwei Kommunarden in die Angreifer. Da befahl Franz d'Emonjau, die weiße Flagge aufzuziehen. Louis, der etwas davon gehört hatte, daß die weiße Flagge Frieden bedeute, stellte das Feuer ein. Er war der Meinung, die Soldaten würden die schönste der Städte verschonen und wollen endlich mit der Pariser Kommune Frieden machen. Drei Blusenmänner, die lächelnd ihre Pfeifen rauchten, erwarteten die Soldaten. Als die Soldaten die Feste besetzt hatten, befahl Franz d'Emonjau, die drei Aufwiegler zu erschießen. Den kleinen Kommunarden wollte er seiner Braut lebend präsentieren.

Viele Tote lagen unther. Der kleine Paul saß bei dem Geschütz. Ein Soldat wandte sich an den Kleinen: Wo kommst du dreckige Laus her. Ich bin ein echter Kommunarde, antwortete Paul lächelnd. Die Soldaten wollten ihn auf ihre Bajonette aufspießen. Der Korporal machte sie aber auf den Befehl von Franz d'Emonjau aufmerksam und befahl, den kleinen Kommunarden nach dem Sammelpunkt für Gefangene zu schaffen.

Der kleine gefangene Insurgent zählte 4 Jahre. Die Soldaten führten ihn mit sich nach Paris, wo die Vergnügen bereits wieder ihren Anfang genommen hatten. Das war im Mai. Die Kavaliere saßen wieder mit ihren lächelnden Frauen in den großen Kaffees. Als die Soldaten den Kleinen an den Kaffees vorüberführten, brüllten einige, man solle ihn den Herrschaften ausliefern. Der Korporal, der es nicht ungern getan hätte, mußte jedoch dem Befehl seines Vorgesetzten nachkommen. Dafür wurden ihnen aber andere Gefangene — Männer und Frauen — ausgeliefert. Diese wurden angespien, mit Stöcken bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen und auf die Bajonette aufgespießt, die man vorübergehenden Soldaten einfach genommen hatte.

Paul wurde in den Luxemburger Garten geschleppt. Dort wurden die Gefangenen zusammengetrieben. Paul tat sich unter ihnen wichtig und indem er weinende Frauen zu trösten suchte, sagte er: Ich verstehe Seifenblasen zu machen. Mein Vater rauchte Pfeife und schoß aus einer Kanone. Ich bin — ein echter Kommunarde.

Die Frauen aber, die in ihren elenden Vorstadtkammern ebenfalls Kinder zurückgelassen hatten, weinten bei diesen Worten um so bitterlicher.

Als Franz d'Emonjau mit seiner Braut, die noch nie so schön war als an diesem Tage, in einer feinen Equipage in die Stadt einzog, ließ er sich von einem Soldaten seines Regiments zu den Gefangenen führen. Die Gefangenen, von denen jede Stunde einige zum erschießen weggeführt wurden, sahen der Ankunft Franz d'Emonjaus mit Schrecken entgegen. Alle dachten, daß nunmehr die letzte Stunde geschlagen habe. Fr. d'Emonjau wandte ihnen aber keinerlei Aufmerksamkeit zu, sondern suchte den kleinen Kommunarden. Er traf ihn schlafend an und weckte ihn mit einem leichten Fußtritt auf. Der Knabe fing an zu weinen. Als er aber das vergnügte Gesicht Gabrieles sah, das den traurigen Gesichtern der anderen so unähnlich sah, nahm seine Pfeife in den Mund, mit der er, während sein Vater die Feinde wehrte, Seifenblasen gemacht hat, und sagte lächelnd: Ich bin ein — echter Kommunarde!

Gabriele murmelte befriedigt: Ach wirklich, so ein Kleiner. Und ich dachte, daß alle als Mörder geboren und ausgerottet werden müssen, sogar die Neugeborenen.

Jetzt hast du ihn gesehen und man kann ihn jetzt erschießen, sagte Franz und rief einen Soldaten. Gabriele bat aber, noch etwas zu warten. Sie wollte den Genuß dieses Tages in die Länge ziehen. Obwohl Gabriele aus einem alten Geschlecht stammte, liebte sie einfache Volksbelustigungen, wie sie sie einmal auf einem Jahrmarkt gesehen hatte und bat deshalb: Ich möchte schießen lernen. Die Frau eines Offiziers der Nationalarmee muß eine Waffe handhaben können. Erlaube mir, daß ich versuche, die Pfeife dieses kleinen Scheusals zu treffen. Er versagte seiner Braut nie einen Wunsch; er ließ sich von einem Soldaten ein Gewehr geben und händigte es ihr ein. Als die Gefangenen das sahen, flüchteten sie in eine andere Ecke, wo sie sich zu einem Haufen zusammenballten. Nur Paul blieb ruhig mit seiner Pfeife im Munde stehen und lächelte. Gabriele legte an und rief dem Kleinen zu: Lauf doch! Ich werde schießen! . . .

Da aber Paul oft gesehen hatte, wie Leute aus Gewehren schossen, blieb er ruhig stehen. Gabriele wurde ungeduldig und drückte ab. Sie fehlte zwar ihr Ziel, traf aber Paul in die Brust. Er lag reaungslos auf der Erde.

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW. 48.

Die Kommunistin

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Herausgegeben vom Frauen-Reichssekretariat. Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin

Nr. 18 | Die Kommunistin erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Infolge der immer weiteren Geldentwertung mußte der Preis wieder erhöht werden. Einzelnummer 500 000 Mark | Berlin, 15. September 1923 | Verlag: Friedrichstadt-Druckerei GmbH. (Abteilung Zeitschriften), Berlin SW 48, Friedrichstr. 235. — Verantwortlich für die Redaktion: Martha Arendsee, Berlin. | Jahrg. 5

Die Aktion des gesamten Proletariats bringt das Ende der Wucherherrschaft

Werbewoche.

Auf einen Scheinen müssen wir anderthalben setzen!

Die Regierung ist jetzt mit Hilfe ihrer willigen Organe überall am Werke, die Kommunistische Presse zu knebeln durch Verbote und durch Schandgesetze, die extra als Ausnahmegesetze gegen die Kommunistische Presse geschaffen wurden. Weiter versucht diese Regierung Stresemann-Hilferding, überall die Betriebsrätebewegung abzuwürgen durch Verbote, Verhaftungen und Ausweisungen der Mitglieder. Dies alles vollzieht sich, ohne daß von derselben Regierung auch nur das Geringste unternommen worden wäre, um erfolgreich den wirtschaftlichen Ruin, die wachsende Verelendung breiter Massen aufzuhalten. In dieser Zeit rüsten die Kommunistische Partei und die kommunistische Presse — deren Leserzahl dauernd steigt — zu einer neuen Werbewoche vom 23. bis 29. September.

Wenn wir soeben festgestellt haben, daß unsere Mitglieder- und Abonnentenzahl ständig wächst — so dürfen manche wohl fragen: „Wozu brauchen wir dann noch eine Werbewoche?“

Genossinnen! Die Werbewoche gilt nicht nur unserer Presse und der Erhöhung unserer Mitgliederzahl. Es gilt nicht nur, neue Mitglieder zu werben. Mindestens eben so wichtig und notwendig ist es, die alten Positionen zu festigen und auszubauen, überall die Aufklärungs- und Agitationstätigkeit mit doppelter Kraft zu vertiefen! Ueberall durch **proletarische Organe** in der breiten Oeffentlichkeit zu wirken.

Es gilt nichts anderes als:

Kampf dem Raubsystem auf der ganzen Linie!

Je mehr das Weltkapital und mit ihm im Bunde das deutsche Schwerkapital, die Stinnes, Thyssen und Krupp, durch ihre Raubpolitik Deutschland in die Katastrophe hineintreiben, in der es dann ihrem letzten sicheren Zugriff verfallen muß — einem Zugriff, der nur den breiten Massen ans Leben geht —, um so mehr wird die Kommunistische Partei, die einzige, die sich den klaren Blick in diesem Chaos bewahrt hat — die einzige, die die Massen zu führen bereit und fähig ist, um so mehr wird sie als Vorposten der Revolution in diesen Kampf gedrängt — in dem es zunächst gilt, den Gegner in seiner ganzen Hilflosigkeit und Schamlosigkeit zu entlarven.

Das heißt für uns: Agitieren! Das ist es, was Ihr Proletarierinnen zu tun habt, wozu Ihr gerüstet sein müßt!

Die Regierung versucht es mit ihrem letzten Manöver zur „Sanierung“ der Mark. Der Devisenkommissar soll helfen. Statt der Sachwerte sollen die Devisen erfaßt werden.

„Die Wirtschaft bleibt natürlich unangetastet!“ Das ist die erste Voraussetzung. **„Kein anständiger Mensch darf — wird — fernerhin Devisen, Valutanoten in seiner Tasche tragen.“**

Ein Appell an die Anständigkeit!

Jeder weiß, daß es sich nicht lohnt, die Devisen, die ein paar arme Teufel in der Brusttasche tragen, um sich ein paar Stiefel kaufen zu können, zu erfassen. Das sind nämlich die „unproduktiven Gewinne“, die es zu erfassen gilt. Die großen Devisenspekulanten, die Valutaverdiener, sie schieben ihre Gewinne ins Ausland ab, legen sie „wertbeständig“ in großen Unternehmungen an: Das sind die „produktiven Gewinne“. „Die Wirtschaft bleibt natürlich unangetastet.“ „Dafür werden in lebenswichtigen Betrieben Ueberstunden angeordnet“ — das gehört auch zu den Funktionen des Devisenkommissars. Hier wird er zupacken! Nach Eurer Arbeitskraft, proletarische Frauen und Männer, gelüstet es ihn!

So sehen die letzten Hilfsmittel aus, mit denen die Regierung Stresemann-Hilferding Deutschland retten will!

Merkt Ihr was — Proleten! Euch werden die Devisen in Gestalt von Ueberstunden abgenommen. Sie werden aus Eurer Haut geschnitten, die Valutawerte. Die Sachwerte seid Ihr selber. Mit Haut und Haaren sollt Ihr noch erfaßt werden in letzter Stunde.

Schön gesagt, im Munde der bürgerlichen Presse klingt das aber so: „Es ist eine Sache der Moral. . . . Es gilt heute festzustellen, ob das Volk noch hinreichend Sinn für seine Verpflichtungen hat“ (die Verpflichtungen der Bankrotteure des Weltkrieges).

Wollt Ihr diese Verpflichtungen anerkennen, Proleten?

Wollt Ihr da noch mitmachen, Proletarierinnen?

Und könnt Ihr noch fragen, was Ihr dagegen tun müßt?

Prägt Euch diese Dinge ein!

Täglich müßt Ihr Schlange stehen!

Täglich wird Euer Lohn geringer im Verhältnis zur Preissteigerung! Obwohl der famose Finanzierungsplan den Dollar von 70 auf 50 Millionen sinken ließ, hat sich dieser Sturz nicht auf die Preise ausgewirkt. Sie steigen weiter — und auch der Dollar steigt sofort wieder! — Jeder weiß, daß diese Devisenerfassung Schwindel ist!

Ihr müßt weiter Schlange stehen! Je mehr diese Schlangen anwachsen, um so mehr müßt Ihr sie als Euer Agitationsfeld ausnützen!

Diese Schlange mit dem Kontrollorgan als Spitze und Mündung aller Beschwerden muß Eure disziplinierte, aufgeklärte Kampftruppe werden! Ihr müßt ihr Ziel und Weg weisen!

Ihr müßt dahin arbeiten, daß diese Schlange im Augenblick des Kampfes drohend sich erhebt, daß die tausend kleinen Schlangen sich zu einem mächtigen Körper zusammenschließen!

Wer noch nicht damit begonnen hat, fange in der Werbewoche damit an! Hunderttausende von Frauen des Mittelstandes und Proletariats wissen nicht, wo aus noch ein! — Fragen, was werden soll!

Sie warten auf Euch! Klärt sie auf, führt sie in den Kampf, bringt ihnen die kommunistische Presse, werbt Abonnentinnen, versucht alles, sie zu organisieren, sie in Eure Reihen, in die Reihen des kämpfenden Proletariats zu führen! Bis die Schlange, die heute noch ansteht, diese Schar, ins Gehen — ins Stürmen kommt, und alles, was sich ihr in den Weg stellt, zerdrückt, niederreißt — bis zum Siege! GGG.

Wie der Kapitalismus das deutsche Gesundheitswesen rettet.

Von Dr. med. **Lothar Wolf.**

Der Zusammenbruch des deutschen Gesundheitswesens wirkt deshalb so unwahrscheinlich, weil er unter dem Anschein des tadellosesten Funktionierens vor sich geht. Bis vor wenigen Wochen hallten alle Zeitungen wieder von dem Toben der enttäuschten Kassenmitglieder, der hungernden Kassenangestellten und der gepreßten Aerzte. Heute herrscht Friede in Groß-Berlin. Genau seitdem Stresemann und Hilferding regieren. Wie ist der Geniestreich möglich gewesen?

Folgendermaßen: Bis zum Sturz Cunos versuchte man — freilich mit immer unzulänglicher werdenden Mitteln — die Kassenbilanz zu meistern. Aber der Arzneimittelwucher der Großindustrie, die Papiergeldentwertung, die Umständlichkeit der Kassenverwaltungen vereitelten alle Versuche. Die Leistungen der Kassen schrumpften immer mehr zusammen. Die Aerzte wurden immer frecher geprellt. Die Angestellten hungerten mit allen anderen Beteiligten um die Wette. Man mußte eben durchhalten!

Bis man ihn nicht mehr wollte! Im Juli drohte die Groß-Berliner Aerzteschaft mit der Proklamierung des vertragslosen Zustandes. Die Arbeitsgemeinschaft der kommunistischen Aerzte und Kassenangestellten kündigte Massenversammlungen an, um die breite Oeffentlichkeit aufzuklären und die Gründung der Kassenmitgliederräte in Gang zu bringen. Alle Forderungen wurden schleunigst bewilligt. Unmittelbar nach Friedensschluß bestürmte die Ortskrankenkasse die Regierung. Es fehlten ihr 185 Milliarden zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen. Weiter nichts? Ritsch, ratsch waren die erforderlichen Papierscheine gedruckt. Und seither wissen wir, wie man das deutsche Gesundheitswesen am reibungslosesten in Gang hält.

Auf einmal klappt alles. Apotheker, Angestellte, Aerzte und Krankenhäuser werden mit noch nicht dagewesener Pünktlichkeit bezahlt. Nur wenn ein neuer Raubzug des Großkapitals gar zu unvorhergesehen einsetzt, herrscht kleinlicher Weise noch etwas Verwirrung. Der chemisch-pharmazeutische Verband, dem alle größeren Arzneimittelfabriken angehören, verlangte mitten im August für seine Fabrikate Goldmarkbezahlung mit rückläufiger Wirkung vom 1. August ab. Ganz unbekümmert darum, daß bei einer einigermaßen normalen Geschäftsführung das gesamte Krankenversicherungswesen darüber in die Luft geflogen wäre. Dieser Verband gehört dem großen Anilinkonzern an, dessen Hauptunternehmen, die badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen, wichtige Geheimnisse zur Herstellung von Sprengmitteln an Frankreich verkauft hat. Also Patrioten!

Ihr Wirken ist leider ebenso mörderisch wie die beste verkaufen Sprengstoffe. Die auf Papiergeldeinnahmen angewiesenen Krankenkassen machten einen letzten verzweifelten Versuch zur Rettung ihrer finanziellen Existenz. Sie empfahlen die Präparate von ihnen gegründeter Fabriken, die zu Papiergeldpreisen Heilmittel herstellen. Das aber ging dem um die deutsche Volksgesundheit fast ebenso sehr wie um seine Goldmarkbezahlung besorgten chemisch-pharmazeutischen Verband zu Herzen. Er klärte mit ausführlichen Rundschreiben, für deren Herstellungskosten mehrere tausend Kranke mit Heilmitteln hätten versorgt werden können, Aerzte und Publikum darüber auf, daß die Kassenpräparate minderwertig seien. Die Dosierung stimmt nicht, und die Verpackung ist oft unhygienisch.

Aber wozu schließlich die ganze Aufregung, wenn als höchste Instanz ja doch bloß die Notenpresse entscheidet? Die rast dann eben doppelt: zur Bestreitung des normalen Krankenkassenbetriebes und zur Befriedigung der Ertragoldmarkforderungen der chemischen Großindustrie. Die dadurch sich größere Devisenmengen sichern und vor allem saschistische Organisationen ausrüsten kann zur Verhinderung der Sozialisierung des Heilwesens.

Während die chemischen Fabriken Riesengewinne einstecken, sind die Proletarier, die auf die Krankenkassen angewiesen sind, die Leidtragenden: sowohl die Kassenärzte wie die Kassenmitglieder. Beide müssen in ihrem Kampfe um menschenwürdige Entlohnung und Versorgung sich vereinen und geschlossen den bürokratischen Organisationen zu Leibe rücken, bis das Ziel erreicht ist: Verstaatlichung des gesamten Gesundheitswesens, staatliche Anstellung der Aerzte und freie Versorgung der proletarischen Bevölkerung mit allem, was zur Erreichung und Erhaltung der Gesundheit notwendig ist.

Genossinnen! Rüstet zur Werbewoche der Partei vom 23. bis 30. September! **Ihr seid verpflichtet,** recht viele Leserinnen für die Kommunistin und neue Mitglieder für die Partei **zu werben!**

Zur Frauenreichskonferenz.

Ein Jahr ist seit der letzten Frauenreichskonferenz vergangen. Damals hatte gerade die erste der großen Teuerungswellen eingesetzt, die sich seitdem zweimal wiederholten: im Januar nach der Ruhrbesetzung und jetzt im August. In diesen Septembertagen erleben wir einen weiteren furchtbaren Marksturz und eine neue schwindelerregende Teuerung. Jede dieser Katastrophen überbietet die vorangegangene an Plötzlichkeit und an Furchtbarkeit ihrer Wirkungen auf die Arbeiterklasse und den proletarisierten Mittelstand.

Als vor Jahresfrist diese Entwicklung sich ankündigte, sahen wir Kommunisten voraus, daß die steigende Not die breiten, noch unpolitischen Massen stark aufrütteln und revolutionieren würde. Wir waren uns klar darüber, daß diese Entwicklung von der größten Tragweite gerade für die Politisierung der proletarischen Frauen sein würde. Sie, die bis dahin durch ihre politische Unaufgeklärtheit, Interesselosigkeit und Passivität leider vielfach ein Klotz am Bein der revolutionären Arbeiterschaft gewesen waren, begannen damals aufzuwachen und sich zu regen. Ziehen wir das Ergebnis der letzten Monate, so können wir ohne Uebertreibung feststellen, daß unsere Erwartungen in dieser Hinsicht nicht nur erfüllt, sondern bei weitem übertroffen worden sind. Die Arbeiterschaft in ganz Deutschland machte die Erfahrung, daß sowohl in der Kontrollausschußbewegung als auch besonders in der letzten Generalstreikbewegung im August die Frauen nicht mehr ein Hemmnis waren, daß sie vielmehr geradezu die treibende Kraft des revolutionären Kampfes gegen die Teuerung waren und sind.

Diese große Tatsache ist von ausschlaggebender Bedeutung für den Verlauf und Ausgang des Kampfes der Arbeiterklasse Deutschlands um die Eroberung der Macht im Staat. Die Frauenreichskonferenz, die für den 27. und 28. Oktober nach Berlin einberufen ist, muß sich über das Geschehene gründlich Rechenschaft ablegen und daraus ihre Schlüsse für die nächsten Aufgaben ziehen.

Der **Bericht des Frauenreichssekretariats** wird einen Ueberblick über die im Laufe des letzten Jahres geleistete Arbeit geben. Daraus wird hervorgehen, wie das Frauensekretariat und die Kommunistische Partei politisch und organisatorisch versucht haben, durch Anknüpfung an bestimmte Forderungen die Massen des weiblichen Proletariats für den Klassenkampf zu sammeln und zu organisieren. Schon hierbei wird sich erweisen, wie unvollkommen die gesamte Partei, in erster Linie aber die Genossinnen in den Bezirken selbst verstanden haben, diese Linie der Partei aktiv, selbständig, geistig durchzuführen. Wenn wir trotzdem große Erfolge in der Gewinnung der Sympathien der Frauenmassen für den Kommunismus, politisches Leben und revolutionäre Aktionen der Massen im Sinne unserer Parolen verzeichnen können, so ist das nur zum kleinen Teil die Frucht unserer zielbewußten und planmäßigen Arbeit. Die Zeit, die Not, unsere Klassenfeinde mit ihrer volksmörderischen Politik haben die Massen rebellisch gemacht und sie in unsere Arme getrieben. Aber wir waren noch nicht imstande, diese uns instinktiv zuströmenden Massen organisatorisch festzuhalten, ihre gefühlsmäßige Auflehnung gegen die kapitalistische Unordnung in klaren, bewußten Kampf für den Kommunismus umzuwandeln. Ohne die tüchtige, aufopfernde Arbeit zahlreicher Genossinnen verkleinern zu wollen, muß doch schonungslos die Wahrheit ausgesprochen werden, daß die Partei als Ganzes ihren Riesenaufgaben in der Erfassung und politischen Aufklärung der Frauenmassen bisher in keiner Weise gerecht geworden ist. Das muß schleunigst geändert werden.

Die nächsten Aufgaben unter den Frauen müssen noch enger als bisher mit den allgemeinen Aufgaben der Partei verknüpft werden, um so rationell wie möglich alle Kräfte der Partei für die Gewinnung speziell der Frauen auszunützen, um andererseits die große, noch ungebrochene, frische Kraft der Frauenmassen zum Vorantreiben, Verstärken und Vertiefen der Gesamtbewegung einzusetzen. Es kommt jetzt nicht darauf an, neue Parolen aufzustellen. Wir müssen vielmehr die bisher schon propagierten Losungen zum Gegenstand wirklicher, lebendiger Kämpfe machen. In der Lohnfrage z. B. müssen wir die Kämpfe um den Friedenstariflohn praktisch organisieren. D. h. unter anderem mit Bezug auf die Frauen, daß wir die spontanen Züge der Hausfrauen zu den Betrieben in allen Bezirken und allen Städten bewußt und planmäßig von uns aus anregen und durchführen, den Kontakt und die Zusammenarbeit zwischen Hausfrauen und Arbeiterschaft im Betrieb herstellen und fördern durch Veranstaltung gemeinsamer Betriebsversammlungen.

Kontrolle der Produktion muß von nun an bedeuten, daß die Kontrollausschüsse und die Betriebsräte gemeinsam endlich damit beginnen, nicht nur beim Kleinhändler, sondern beim Großkaufmann, beim Fabrikanten, beim Junker und Großbauern alle kapitalistischen Manöver zur Ausbeutung und Ausplünderung der Werktätigen auszuspionieren und aufzudecken, und daß sie selbständig alle Maßnahmen treffen, um die Ernährung und Existenz des arbeitenden Volks sicherzustellen.

Arbeiterinnenschutz, Mutter- und Kinderfürsorge darf nicht mehr eine unfruchtbar Forderung an Staat und Gemeinde bleiben, sondern Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen müssen praktisch alle vorhandenen Unzulänglichkeiten und Mißstände feststellen, die privaten Betriebe und öffentlichen Anstalten ständig kontrollieren, durch den Druck „der Straße“ für Besserung der Verhältnisse sorgen.

Alle diese und tausend andere Aufgaben unter dem Mittelstand, in den Konsumgenossenschaften, in Stadt- und Landesparlamenten, in den Elternbeiräten, in den proletarischen Abwehrorganisationen müssen unter dem Gesichtspunkt in Angriff genommen werden, daß die Masse sich dadurch vorbereiten und schulen muß für die in absehbarer Zeit bevorstehende Uebernahme der Produktion und Verwaltung des gesamten Staates in die Hände des werktätigen Volks.

Die Arbeit unter der Arbeiterinnen in Betrieb und Gewerkschaft wird wegen ihrer hervorragenden Wichtigkeit in einem besonderen Tagesordnungspunkt behandelt werden. Sie ist in letzter Zeit hinter der stark in die Augen fallenden Aktivität der Hausfrauen scheinbar etwas zurückgetreten. Dennoch besteht der Hausfrauen heute brennender als je, weil ist die Frage der Frauenarbeit

eine proletarische Diktatur und eine etwa vorausgehende Arbeiterregierung bei der Organisierung der Produktion auf neuer Grundlage sich sehr stark auf die Arbeiterinnen im Betrieb wird stützen müssen.

Zur Lösung aller dieser Aufgaben werden wir 100- und 1000mal mehr Kräfte brauchen, als wir bisher hatten oder zu mobilisieren verstanden. Der Mangel an geschulten und aktiven Parteifunktionärinnen ist ein großes Hindernis bei der Durchführung der primitivsten organisatorischen und politischen Aufgaben der Partei.

Dieser Mangel ist auf zwei Ursachen zurückzuführen: erstens, daß die Genossinnen so wenig Mut und Verantwortungsgefühl gegenüber der Partei besitzen, wie es sich für Kommunistinnen nicht geziemt; zweitens, daß die leitenden Parteikörperschaften unfähig oder nicht gewillt sind, die in Fülle vorhandenen jungen, fähigen Kräfte ausfindig zu machen, heranzuziehen, einzuschulen und zu ermutigen. Es wird daher eine der dringendsten Aufgaben der nächsten Zeit sein, unseren Stamm von Funktionärinnen und Rednerinnen durch eine planmäßige Erziehungsarbeit ganz bedeutend zu erweitern.

Die Fülle und Größe unserer Aufgaben verlangt von uns die äußerste Anspannung aller Kräfte sowie die sorgfältigste und gründlichste Vorbereitung unseres Arbeitsplans. Die zwei Tage, die für die Beratungen unserer Konferenz mit Rücksicht auf ihre außerordentliche Wichtigkeit zur Verfügung stehen, werden Zeit und Gelegenheit zu gründlicher Aussprache geben, damit alle Erfahrungen berücksichtigt und eingereiht, alle Anregungen ausgewertet werden können. Schon jetzt sollten die Genossinnen nicht nur in den einzuberufenden Frauenbezirkskonferenzen, sondern in allen Parteiveranstaltungen zu den auf der Tagesordnung stehenden Fragen konkret Stellung nehmen, Anregungen und Anträge vorbereiten.

Die Zeit drängt. Wer jetzt noch glaubt, die Gewinnung der Frauen sei ein Luxus, den man sich für die Zeit nach der Eroberung der Macht aufsparen könnte, ist ein Narr oder ein Verbrecher am Proletariat. Je näher wir an die entscheidenden Kämpfe herantücken, je deutlicher die Riesenaufgaben und unerhörten Schwierigkeiten in dieser Periode bis zum Sieg und nach ihm vor uns stehen, um so fieberhafter müssen wir die Frauen mobilisieren und für unseren gemeinsamen Kampf ausrüsten. Wir laufen sonst Gefahr, daß sie ihre einmal geweckte Aktivität, die jetzt gegen die kapitalistische Ausbeutung Sturm lief, später einmal aus mangelnder Einsicht gegen uns selbst wenden, wenn die Stunde vielleicht am kritischsten ist.

H. Sturm.

Neuregelung der Reichswochenhilfe und -fürsorge.

Laut Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 20. August 1923 wird auch in Zukunft die Reichswochenhilfe und -fürsorge nach dem Reichsindex berechnet, und zwar gilt für den Versicherungsfall die am Ende der Woche der Niederkunft veröffentlichte Reichsindexzahl, abgerundet auf volle Tausend.

Es erhalten also Selbstversicherte:

1. eine einmalige Beihilfe zu den Kosten der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden das Sechsfache des Reichsindex.

(Beispiel: Reichsindex 3. 9. 1 846 000 M. mal 6 = 11 076 000 M. Wochenbeihilfe.)

2. Wochengeld für 10 Wochen in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 1/10 des Reichsindex täglich.

(Beispiel: vom 3. 9. 184 600 M. Mindestbeitrag für tägliches Wochengeld.)

3. Stillgeld für 12 Wochen in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 1/20 des Reichsindex täglich.

(Beispiel: vom 3. 9. 276 900 M. Mindestbeitrag für tägliches Stillgeld.)

Weibliche, nichtversicherte Angehörige eines Versicherten, sowie Minderbemittelte erhalten als Wochenbeihilfe den gleichen Betrag, also das Sechsfache des Reichsindex, und als Wochengeld und Stillgeld die Mindestsätze des Versicherten, also 1/10 des Reichsindex als Wochengeld und 1/20 des Reichsindex als Stillgeld täglich.

Als Minderbemittelte gilt eine Wöchnerin, wenn ihr und ihres Ehemannes steuerpflichtiges Gesamteinkommen, oder, sofern sie allein steht, ihr eigenes steuerpflichtiges Einkommen im Steuerjahr 1921 den Jahresbetrag von 15 000 M. oder im Jahre vor der Entbindung den Betrag des Vierzigfachen der Reichsindexzahl in Mark nicht überschritten hat. Dieser Betrag erhöht sich für jedes schon vorhandene Kind unter 15 Jahren um 1500 M., falls der Betrag von 15 000 M. zugrunde gelegt worden ist, und um das Zehnfache des Reichsindex, falls der Betrag des Vierzigfachen der Reichsindexzahl zugrunde gelegt worden ist.

Angesichts der Tatsache, daß die Milch zum Beispiel in Berlin am 10. September 1 260 000 M. pro Liter kostete und daß die Hebammengebühren allein in der gleichen Woche bei einer regelrechten Geburt 23¼ bis 130 Millionen Mark kosten, ist auch diese Regelung völlig ungenügend. Mit allem Nachdruck müssen wir jetzt wieder, wo die Mütter nicht wissen, wie sie auch nur den notwendigsten Lebensbedarf beschaffen sollen, unsere Forderungen nach Unentgeltlichkeit der Geburtshilfe und unentgeltlicher Lieferung von Milch für die Schwangerschafts- und Stillzeit erheben.

Die arbeitenden Frauen auf dem Lande vor der Entscheidung.

Von Gertrud Kurell.

Die Not wächst und steigert sich ins Ungemessene auf dem Lande wie in der Stadt. Schon längst ist es eine fromme Sage geworden, das Wort von den roten Backen der Landkinder, schon längst haben Tuberkulose, Skrofulose und Rachitis ihren Einzug in die Hütten des Landproletariats gehalten. Die Landarbeiterinnen sind genau so ausgemergelt von zu viel Arbeit und zu wenig Erfährung wie die Proletarierinnen in der Stadt, sie leiden genau so unter der Knute des Kapitalismus wie diese.

Ein paar Worte nur über die Mutterschutzgesetzgebung. In Genf ist von einer internationalen Kommission ein Vorschlag über Landarbeiterinnenschutz ausgearbeitet worden. Sechs Wochen nach der Niederkunft sollte die junge Mutter der Arbeit fernbleiben dürfen — wenn der Arzt ihr ein Attest ausstellte, auch schon sechs Wochen vor der Geburt. Während dieser Zeit sollte sie aus öffentlichen oder privaten Mitteln eine Unterstützung beziehen. Wenn sie infolge der Schwangerschaft oder der Niederkunft auf längere Zeit krank würde, so dürfte ihr in dieser Zeit nicht gekündigt werden. — Diese Bestimmungen, wenn sie auch noch nicht ausreichen, würden den Landarbeiterinnen immerhin ein ganz Teil geholfen haben. Sie hätten sich vor und nach ihrer Niederkunft schonen und ausruhen dürfen, und die junge Generation, die da zur Welt gekommen wäre, wäre stärker und lebensfähiger geworden, als sie es zur Zeit ist. Aber nirgends sind die Bestimmungen verwirklicht worden.

Die deutsche Regierung, die sie als Gesetzvorschläge dem Parlament vorlegen muß, hat empfohlen, sie abzulehnen, da sie zu große finanzielle Opfer von den Großgrundbesitzern und dem Staat, bzw. den Gemeinden, fordern. Bis zum letzten Tag, bis zur letzten Stunde muß heute die schwangere Frau auf dem Feld sein, muß — das schädlichste für sie — stundenlang tief gebückt pflanzen, jäten, roden oder ähnliche Arbeiten verrichten.

Dann muß sie, müde und entkräftet von der Niederkunft, wieder hinaus an die Arbeit, muß daheim liegt das Kind, ohne Pflege, ohne Wartung und ohne Milch. Denn Stillpausen kennt man nicht in der deutschen Schutzgesetzgebung. Was aus dem Proletarierfäugling wird, ist den Kapitalisten gleichgültig.

Die einzige „Schutz"bestimmung, die sich in der Landarbeiterverordnung vom 24. Januar 1919 findet, zeigt gerade in ihrer Halbheit, hinter der kein wirklicher Schutz steckt, die ganze Brutalität des Kapitalismus.

Wenn die Landarbeiterin ein ärztliches Zeugnis beibringt, daß ihre Beschäftigung vor oder nach der Niederkunft unzulässig ist, so darf sie der Arbeit fernbleiben — eine Unterstützung während dieser Zeit erhält sie nicht, mehr noch, der Grundbesitzer hat das Recht, der kranken Arbeiterin zu kündigen!

Landarbeiterinnen, bedenkt Eure Lage; wer von Euch kann es sich leisten, wochenlang ohne Verdienst zu leben, wer von Euch kann es riskieren, auf die Straße zu fliegen und dann mitsamt dem Kind ohne Wohnung, Kleidung, Nahrung dazustehen?

Brutaler als je wirkt sich heute der Kapitalismus aus. Die Republik hat uns tausend Versprechungen gegeben, aber sie hat keine einzige gehalten. Das Deputat der Landarbeiterschaft soll verkürzt werden, die Milch soll nicht mehr zum Lohn gehören, zu Wucherpreisen sollen die Landarbeiter sie auf dem Gut kaufen müssen, die Arbeitszeit soll verlängert werden, heute schon sieht man gegen die Streikenden Technische Nothilfe und Flurschutz ein, morgen soll das Streik- und Koalitionsrecht der Landarbeiter ganz verschwinden.

Wenn dieser Schlag der Großagrarier gelingt, dann bedeutet das die vollkommene Knebelung des Landproletariats.

Ausdehnung der Arbeitszeit auf 11, 12, 16 Stunden am Tag, Sinken des Lohnes, die vollkommene Unmöglichkeit für die Landarbeiterin, in Zukunft ihren Haushalt weiterzuführen und ihre Kinder auch nur einigermaßen zu erziehen, mit einem Wort: der rettungslose Untergang der Landwirtschaft in wirtschaftliches und soziales Elend.

Kampf gegen die heutigen Zustände oder Vernichtung heißt die Frage auch für den Kleinbauern und mehr noch für die kleine Bäuerin, auf der die ganze Last einer Doppelexistenz, Arbeiterin und Hausfrau, lastet. Früh am Morgen muß die Bäuerin mit ihrem Eierkorb, mit Milch und Gemüse auf den Markt gehen, daheim wartet der Haushalt auf sie, die großen Kinder müssen zur Schule fertiggemacht werden, die kleinen bleiben ohne Aufsicht. Wenn sie dann müde nach Hause kommt, dann hat sie eine dicke Tasche voll Papiergeld mitgebracht, das heute eine ganz ansehnliche Summe darstellt, aber morgen nur noch die Hälfte, übermorgen noch ein Viertel davon wert ist. Und was hat inzwischen der Nachbar, der Herr Großgrundbesitzer, getan? Der hat mit einer guten Zigarre an seinem Schreibtisch gesessen und hat eine halbe Stunde mit irgendeinem Getreidehändler telephoniert, damit hat er einen Waggon Roggen verkauft und hat dafür eine runde, hübsche Summe Dollars verdient — denn mit Papiermark gibt der sich schon lange nicht mehr ab. Ueber die Hilferdingsche Devisenordnung setzt er sich lächelnd hinweg.

Wie soll da der Kleinbauer bei der heutigen Geldentwertung seine Wirtschaft aufrechterhalten? Wo soll er das Geld hernehmen für die Düngemittel, die er für seinen intensiven Betrieb unbedingt braucht? Er benötigt neue Geräte, aber wie soll er sie bezahlen? Dann geht er zur Bank oder zum Großagrarier und nimmt Roggendarlehen. Aber der Preis für den Roggen steigt und steigt durch die Manöver der Kapitalisten, die Zinsen werden immer höher, die Schuld lastet immer mehr auf dem kleinen Besitz und bindet dem Kleinbauern beide Hände. Dazu kommen jetzt die Steuern, die den Kleinbesitz weit mehr belasten als die Großagrarier.

Einen Knecht kann sich der kleine Bauer nicht mehr halten, mehr noch als früher werden alle Familienmitglieder zur Arbeit herangezogen, und so hürsten sich Sorge und Arbeit für den Kleinbauern und die Kleinbäuerin. Grund und Ursache dafür ist auch für sie die Unterdrückung und Ausbeutung durch die Kapitalisten in der Industrie und in der Landwirtschaft.

„Sozialismus oder Untergang in der Barbarei." Vor diese Entscheidung ist die Landarbeiterschaft und das Kleinbauerntum gleichermaßen gestellt. Sie haben zu wählen, ob sie in dem kapitalistischen Chaos zugrunde gehen wollen oder aber, ob sie ihre Geschicke in die eigene Hand nehmen, ob sie die Ausbeuter zum Teufel jagen wollen, um allein, Arbeiter und Bauern, in freier Arbeit die deutsche Wirtschaft wieder aufzubauen.

Wollt Ihr das letzte Ziel erreichen, Kleinbäuerinnen und Landarbeiterinnen, dann gilt es nur einen Weg, den Weg, den die Bauern und Arbeiter Sowjetrußlands gegangen sind!

In Sowjetrußland gibt es durchgreifenden Arbeitsschutz, in Sowjetrußland ist jede Arbeiterin sechs Wochen vor und sechs Wochen nach der Niederkunft von vornherein von jeder Arbeit befreit, kein Unternehmer darf ihr während dieser Zeit kündigen, ihr Lebensunterhalt wird vom Staat bestritten. In Sowjetrußland sind in jedem Betrieb, landwirtschaftlich und industriell, gesetzliche Stillpausen eingeführt.

Und kein Kleinbauer braucht dort seinen Acker zu verkaufen, weil er zu wenig Mittel hat oder durch Wucher von Industrie- und Agrarkapitalisten dazu gezwungen wäre. Die Sowjetregierung hat den Großgrundbesitzern das überschüssige Land abgenommen und es den landarmen Bauern zugeteilt. „Komitees für gegenseitige Hilfeleistung" sind gegründet worden, die den ärmsten Bauern kostenlos Samen und Saatgetreide zuteilen, Genossenschaften sind gegründet, durch die gemeinsam die Maschinen beschafft werden, zu deren Anschaffung die Kraft des einzelnen kleinen Bauern nicht ausreicht.

So wird in dem Arbeiter- und Bauernstaat Rußland die Wirtschaft neu gebaut, freier und größer als irgendwo sonst auf der Welt. Die deutschen Landarbeiter und Kleinbauern müssen wählen, ob sie diesem Beispiel folgen wollen oder nicht. Wählen aber müssen vor allem auch die Landarbeiterinnen und Kleinbäuerinnen! Sie kennen am besten die heutige Not, denn auf ihnen lastet der Kapitalismus am meisten, der sie schonungslos zur Arbeit zwingt, ohne Rücksicht auf ihre Eigenschaft als Frau und Mutter.

Tausende von proletarischen Frauen in der Stadt haben gewählt. Sie haben sich an die Seite der revolutionären Arbeiter gestellt, sie haben sich hineinwählen lassen in die Kontrollausschüsse und Betriebsräte und stehen Schulter an Schulter mit den Genossen in den Reihen der Kommunistischen Partei.

Ebenso müssen auf dem Lande ländliche Kontrollausschüsse gebildet werden, die den Anbau und die Ernteergebnisse kontrollieren, die die Verteilung der Nahrungsmittel in die Hand bekommen, damit nicht die Schieber, sondern die Arbeiter mit Nahrungsmitteln versehen werden. Ueberall muß festgestellt werden, welches Land und wieviel für Siedlungszwecke verwendbar ist, damit die landarmen Bauern ihren Besitz vergrößern können. Landarbeiter und -arbeiterinnen müssen die Wasserlager der Gegenrevolution ausfindschaften und müssen, gemeinsam mit der kleinen Bauernschaft, verhindern, daß das flache Land ein Aufmarschgebiet für die Reaktion wird. Auch mit der Industriearbeiterschaft müssen sich die ländlichen Kontrollausschüsse in Verbindung setzen. Wenn in der Stadt ein Streik ausbricht, dann ist es Ehrenpflicht der revolutionären Landbevölkerung, die kämpfenden Industriearbeiter mit Nahrungsmitteln zu versorgen, wie auch die Industriearbeiter eintreten für den Kampf der Kleinbauern und Landarbeiter gegen die Großgrundbesitzer.

Die Zeit drängt zur Entscheidung. Die Mark sinkt, die Preise steigen, die deutsche Wirtschaft wird bankerott. Eher als wir heute ahnen, kann der Endkampf zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten entbrennen. Dann ist es zu wählen reichlich spät. Heute noch muß sich jede kleinbäuerin und jede Landarbeiterin die Frage vorlegen: Sollen meine Kinder unter der Diktatur eines Ludendorff, unter der Peitsche der Großagrarier schuften oder sollen sie in freier Arbeit auf eigenem Land in einem Arbeiter- und Bauern-Deutschland schaffen?

Landarbeiterinnen, Kleinbäuerinnen, entscheidet!

Die Studentin als Streikbrecherin.

Von Francis Murphy.

Wie einfache Fabrikarbeiterinnen, Mädchen, die durch ihrer Hände Arbeit ihr Leben fristen müssen, über diese modernen Streikbrecherinnen denken und urteilen, wird sehr anschaulich in einer kleinen Skizze in der Augustnummer der New Yorker Zeitschrift „The New Republic" geschildert.

Wir Arbeiterinnen haben von der neuesten Sensation der Studentinnen, Streikbrecherinnen zu spielen, erfahren.

Es ist Mittagstunde. Wir sind vom Essen zurückgekehrt. Während der wenigen Minuten, bevor die 1-Uhr-Pfeife ertönt, stehen wir an der Tür und sprechen über den Streik der Telephon-Arbeiterinnen. Streiks sind alte Geschichten. Aber dieser Krieg von Mädchen gegen Mädchen packt uns noch stärker als die gewohnten Streiks. Die Standhaftigkeit der kleinen Teufel — der Streikerinnen — ist bewunderungswürdig. Aber sofort sind auch Engel aufgetaucht: Die modernen Streikbrecherinnen, die Studentinnen!

„Vierzehn kamen, scheint mir, gestern abend aus Boston."

„Könnt Ihr Euch so etwas nur denken?! Könnt Ihr's Euch vorstellen," sagt Sadi hilflos und ganz verzweifelt, „gebildete und intelligente Mädchen!"

Wir sind still und denken an die Szene, die wir jeden Abend in der Mechanikerstraße beobachten. Dort schreiten Mädchen zu dreien und vieren langsam auf und ab, Mädchen mit müdem Gang, weil sie schon zwei Stunden und länger hier warten. Ganz junge Mädchen mit schmächtigen Körpern und kleinen, blassen Gesichtern mit scharfen Zügen. Arbeiterinnen! Mädchen, die, obwohl sie müde sind, sich lebhaft unterhalten, Mädchen, die merkwürdig lebendig sind in diesen Tagen und die man bewundern muß.

Wir hören folgendes Gespräch:

„Hast Du die Vögel gesehen? Sie sind hineingekommen."

„Sie sind eine kühne Bande, diese Studentinnen!"

„Sie sollten sich nur hüten!"

Droschken fahren vor — ein Signal! Die Fabriktore öffnen sich, und Mädchen, sehr verschieden von denen, die da draußen warten, stürmen heraus und in die Droschken hinein.

„Sind die groß und schön! —"

sagt eine der streikenden Mädchen sehnsüchtig. Fort sind sie!

Der flüchtige Anblick der Gesichter dieser Streikbrecherinnen hat uns erregt. An diese Gesichter denken wir, während wir jetzt auf das Pfeifensignal warten. Sie sehen glücklich aus, diese Mädchen, glücklich und stolz, aber doch ein wenig ängstlich. Es ist unglaublich, daß diese Mädchen solche Kinder sein können, solche verdammten Närrinnen! Wir finden keine Worte, das auszudrücken, wir murmeln nur und schelten.

Wir denken: Man sollte annehmen, daß sie klug sind und viele Kenntnisse haben und daß sie den Verdienst nicht brauchen. Trotzdem kommen sie hierher, um unsere Mädchen am Geldverdienen zu hindern. Sie dürften das nicht tun, schelten sie das Geld brauchten! Wenn Männer Streikbrecher sind, so geschieht es, weil sie arbeiten müssen, um ihre Familie zu erhalten oder weil sie glauben, es zu müssen. Hier diese Mädchen spielen Streikbrecher zum Spaß! Einfach zum Spaß! Sie kümmern sich nicht darum, was sie den streikenden Mädchen antun, oder vielleicht wissen sie es nicht einmal! Sie sind wie kleine Kinder, die zwar ebenso alt sind wie wir, doch sind sie

ganz einsältig neben uns. Ist die Universität daran schuld? Ist ihr „Wissen" daran schuld? Oder was ist die Ursache ihrer Dummheit?

Vielleicht geben unsere Leserinnen uns die richtige Antwort.

Aus der Internationale

Stillpausen in Sowjetrußland.

Auf der Hamburger Internationalen Frauenkonferenz berichteten die Vertreterinnen der russischen Menschewisten über die Lage der Arbeiterinnen in Sowjetrußland. Diese Auch-Sozialistinnen sahen, genau wie ihre männlichen Parteigenossen in allen Ländern, ihre Hauptaufgabe darin, die Sowjetregierung herunterzureißen und durch Verdrehung der Tatsachen den noch indifferenten Arbeiterinnen aller Länder die Hoffnung auf eine Besserung ihrer verzweifelten Lage durch revolutionären Kampf nach Möglichkeit zu nehmen. Die beiden Sprecherinnen, Eva Broido und Olga Tschernowa, die seinerzeit die bolschewistische Arbeitergesetzgebung bekämpft hatten, regten sich in Hamburg übermäßig darüber auf, daß der neue Arbeitskodex, der infolge des Versagens der außer-russischen Arbeiterschaft in den Jahren 1918/23 und der dadurch notwendig gewordenen „neuen Wirtschaftspolitik" in Rußland geschaffen werden mußte, für stillende Mütter erst nach 3¼ Stunden Arbeit eine Ruhepause vorsieht, während vorher die Ruhepause nach dreistündiger Arbeit eingelegt war. Die beiden Menschewistinnen fanden kein Wort über die elende Lage der Arbeiterinnen in den kapitalistischen Ländern, wo den stillenden Müttern weder vom Staat noch von den menschewistischen Parteien und Gewerkschaften Aufmerksamkeit geschenkt wird, sondern sie benutzten die Tatsache zu einem Sturm der Entrüstung und einem Meer von Tränen über die schlechten Verhältnisse der Arbeiterinnen in Sowjetrußland. Die Genossin Kaplun schreibt uns daraufhin folgendes:

„Auf den ersten Blick scheint es, als ob hier eine gewisse Logik vorhanden wäre, wiewohl im Westen für die Arbeiterinnen keinerlei Stillpausen eingeführt sind. Untersuchen wir aber die Sache gründlicher, so stellt sich heraus, daß die Anklage auf völliger Unkenntnis der konkreten Verhältnisse im Betrieb und auf Entstellung der Tatsachen beruht. Die Gesamtsumme der Ruhepausen ist erstens einmal beim Achtstundentag wie bei sechsstündiger Arbeit die gleiche, nämlich in den Fabriken zwei Pausen von je einer halben Stunde und in den Kontoren eine Ruhepause. Die Norm wird in Gemeinschaft mit der zuständigen Gewerkschaft oder dem Betriebsrat festgelegt und den örtlichen Verhältnissen entsprechend in beliebigen Zwischenräumen abgehalten. Im neuen Arbeitskodex heißt es, daß die Ruhepausen nicht seltener als nach 3¼ Stunden und in nicht geringerem Ausmaße als je eine halbe Stunde gegeben werden müssen.

Diese ganz anders aussehende Abänderung der alten Bestimmungen, als sie Broida und Tschernowa darstellten, wurde aber vorgenommen vor allem im Interesse der stillenden Arbeiterinnen selbst. Da nämlich in den Betrieben eine einstündige Mittagspause, meist nach vierstündiger Arbeitszeit, stattfindet, war die Einführung der dreistündigen Zwischenräume zwischen den Stillpausen in den Betrieben, wo noch keine Krippen eingerichtet werden konnten, für die Arbeiterinnen sehr unbequem. Sie kamen auf diese Weise erst eine halbe Stunde vor der Mittagspause und eine halbe Stunde vor Schluß der Arbeit in den Betrieb zurück und hatten auch oft einen ziemlich weiten Nachhauseweg zurückzulegen. So ergab sich in der Praxis vielfach schon längst eine andere Regelung, als in dem ersten Arbeitskodex der Sowjetrepublik vorgesehen war. Die Mütter können jetzt nach der Neueinteilung ihr Kind vor der Arbeitszeit stillen, dann am Anfang der zweistündigen Pause und nach Arbeitsschluß.

In solchen Arbeitsstellen, wo es in unmittelbarer Nähe Kinderkrippen gibt, können die Stillpausen auch nach 3 Stunden, nach 2½ Stunden und sogar nach 2 Stunden eingelegt werden. Für den Betrieb ist das gleichgültig, da bei einem Achtstundenarbeitstag die Arbeiterin keinesfalls mehr als zwei Pausen außer der Mittagspause erhalten kann. Bei der Kraft unserer Gewerkschaften und dem Einflusse der von den Arbeitern selbst gewählten Arbeitsinspektion kann nicht der geringste Zweifel aufkommen, daß die Stillpausen in der für die Arbeiterinnen zweckmäßigsten Weise festgestellt werden.

Somit erweist sich die Behauptung, mit der die „Delegierten der russischen Arbeiterbewegung" der Ehre unserer Arbeitergesetzgebung Abbruch tun wollten, als erlogen.

Die ausländischen Arbeiterinnen werden, über die wirkliche Lage aufgeklärt, den bösen Willen dieser Opportunistinnen, die den wahrhaft revolutionären und proletarischen Aufbau eines neuen Lebens in Sowjetrußland aus vollem Herzen hassen, entsprechend beurteilen und brandmarken."

Die Ausstellung „Mutter und Kind" in Moskau.

Die Ausstellung „Mutter und Kind" ist so einzigartig, wie man sie wohl noch nie gesehen hat. Auf eine solche Ausstellung könnte jeder Staat stolz sein.

Sie dient nicht nur, wie gewöhnlich die Ausstellungen, dazu, um zu zeigen, was auf dem Gebiete der Säuglings- und Mutterpflege geleistet wurde, sie dient vor allem erzieherischen Zwecken. Sie will den Müttern und solchen, die es werden, auf streng wissenschaftlicher Weise und überaus anschaulich und übersichtlich vor Augen führen, wie sich das Leben der Schwangeren, der Wöchnerin, des Säuglings gestalten soll und was man umgekehrt meiden muß, um eine gesunde Generation zu erzeugen und zu erhalten.

Das alles wird mit wissenschaftlichen Tabellen belegt und mit schönen Bildern illustriert. Auch wird an Modellen gezeigt, welche Lebensweise zu verwerfen und, umgekehrt, welche zu pflegen ist. So z. B. sind Gegenstände aus Holz und Eisen ausgestellt, womit man den Kindern zu ihrem Schaden die Ohren und die Nase zu putzen pflegt, und daneben wieder ein Wattebrenner, der zu gebrauchen empfohlen wird. Dann sieht man ungeeignete Kleider und Wäsche und daneben bequeme, hygienische. Die Schädlichkeit der Fliegen und ihre unaeheure Vermehrung wird gezeigt; daneben sieht man ein Porträt eines Knaben aus Washington mit einer Flasche voll Fliegen. Dieser Knabe hatte bei einem Wettspiel 8 Millionen Fliegen gefangen. Man könnte viele solche Beispiele bringen. Für unsere Zwecke genügen auch diese.

Besonderes Gewicht wird auf Stillen der Kinder durch ihre Mütter gelegt. Es wird buchstäblich nichts unterlassen, um die Mütter in jeder Hinsicht zu belehren. Eine besondere Abteilung beschäftigt sich mit der Vererbung.

Besonders wertvoll ist, daß die arbeitenden Frauen, die diese Ausstellung besuchen, die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß nicht nur die Not an den vielen Uebelständen des Wohnungswesens, der Säuglings- und Wöchnerinnenpflege, an Erkrankungen und Schwäche der Kinder usw. schuld ist, sondern im hohen Maße auch die Unwissenheit.

So zeigt eine illustrierte Tabelle, daß im Jahre 1905 auf 100 Kinder bei den Eltern freier Berufe 11 Kinder starben, in Kaufmannskreisen 15, bei Arbeitern, die lesen und schreiben konnten, 16 und bei Analphabeten 18.

Durch regelmäßige Exkursionen der Frauen aus den Fabriken, Aemtern usw. in diese Ausstellung bemüht sich die Abteilung für Frauenpropaganda der russischen Kommunistischen Partei, die sich um diese Ausstellung so verdient gemacht hat, die obige Ansicht zu verbreiten und zu vertiefen, um nachzuholen, was im zaristischen Rußland so vernachlässigt wurde.

R. A.

Aus der Organisation

Die Frauenbewegung im Reich eilt vorwärts!

Immer breitere Schichten der arbeitenden Bevölkerung scharen sich in tiefstem Vertrauen um die Fahne der Kommunistischen Partei, in der Erkenntnis, daß die Kommunisten die einzigen sind, die ernsthaft den Kampf gegen Verelendung und Ausbeutung führen. Ganz besonders sind es die bisher noch abseitsstehenden proletarischen Frauen, die unsere Kampfreihen füllen. Diese stolze und freudige Wahrnehmung machte ich auf meiner letzten Versammlungstour in Rheinland-Westfalen-Süd, Unterbezirk Hamm. Wie überall, so zeigte sich ganz besonders hier beim letzten Generalstreik der Bergarbeiter, daß die Frauen immer mehr die Rolle des aktiven Mitkämpfers übernehmen. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich bei Ausbruch des Kampfes die Nachricht, daß die Arbeiter einzelner Schächte Streikbruch übten. Das rief unsere Genossinnen in Ahlen auf den Plan. Alle bisherige Scheu überwindend, gingen sie kurz entschlossen dazu über, Frauenversammlungen abzuhalten mit dem Zweck, die Frauen für den Kampf zu gewinnen, damit sie dann ihren ganzen Einfluß auf die feige sich drückenden Männer ausüben sollten. So brachte die erste Versammlung in Ahlen der Partei über hundert neuer Streiterinnen, so daß die erste Frauenortsgruppe errichtet werden konnte. Unsere durch diesen Erfolg mutig gemachten Genossinnen zogen nun von Ort zu Ort des Unterbezirks, um ihre Agitationsarbeit fortzusetzen. Zuerst ging es nach Rahbod, denn hier sah es besonders böse aus, da die Belegschaft dieses Schachtes zum größten Teil aus Unorganisierten besteht. Als unsere Ahlener Genossinnen (dreißig) durch die Straßen zogen, um eine Frauenversammlung abzuhalten, strömten die Arbeiterfrauen von Rahbod herbei. Unsere Genossinnen machten nun den Frauen klar, daß es unbedingt notwendig sei, auch die Arbeiter des Rahbober Schachtes in den Kampf zu ziehen, da dieser nur dann den Sieg verbürge, wenn er einheitlich geführt werde. Das Resultat war die Errichtung einer Ortsgruppe von 30 Frauen. Außerdem wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, am anderen Morgen vor den Schacht zu ziehen, um die Arbeitswilligen zur Arbeitseinstellung zu zwingen. Nun, manch einer dieser traurigen Helden mußte die zornigste Verachtung der empörten Frauen über sich ergehen lassen. Und viele, die durch Worte nicht zu bekehren waren, bekamen eine deutliche Handschrift auf ihrem Körper zu fühlen. Der Erfolg war vollständige Stillegung des Schachtes, denn die proletarischen Frauen waren auf dem Posten. Ganz derselbe Vorgang spielte sich mit demselben Erfolg auch in Herringen und anderen Orten ab. Ueberall schossen die Ortsgruppen wie Pilze aus der Erde, dadurch neue Scharen Klassenkämpfer unseren Reihen zuführend. So hatte ich denn überall gutgefüllte Versammlungen, außer in Hamm, wo die Vorbereitung versagte. Alle diese Versammlungen standen noch vollständig unter dem Einfluß und der Stimmung des letzten Kampfes. Manche Neuaufnahme wurde gemacht, die Sammlungen für den Kampffonds mit Erfolg durchgeführt. — Es ist nun selbstverständlich, daß eine so junge Massenbewegung trotz bester revolutionärer Einstellung noch manche organisatorischen Mängel aufweist. So fand ich ein vollständiges Versagen des Literatur- und Zeitungsvertriebs in allen Versammlungen. Die „Kommunistin" ist mir nirgends zu Gesicht gekommen. Hier ist es Aufgabe der Partei, einzugreifen, um alle noch vorhandenen Mängel abzustellen. Es gilt jetzt, Parteikurse abzuhalten, um die zu uns kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen zu schulen und so einen tüchtigen Stab von Funktionären und Funktionärinnen heranzubilden. Dann werden wir in den uns bevorstehenden Kämpfen eine gut vorbereitete, gut organisierte und straff disziplinierte Armee vorfinden. Laßt uns rüsten!

E. Zade.

Bezirk Wasserkante.

In diesem Bezirk wurde auf der letzten Bezirks-Frauenkonferenz ein sogenannter **Frauen-Ausschuß** gebildet, dem je eine Vertreterin aus den einzelnen Unterbezirken angehört und der regelmäßig zur Beratung der Frauenpropaganda im Bezirk zusammentreten soll.

Am 5. August d. J. fand die erste Sitzung dieses Frauen-Ausschusses in Hamburg statt. Die Unterbezirke, die keine Vertreter entsandt hatten, wurden schriftlich aufgefordert, die Gründe dafür anzugeben und sofort einen Bericht über die Tätigkeit der FAK. einzusenden.

In dieser Sitzung wurden zuerst die Berichte der einzelnen Unterbezirksvertreterinnen verlesen.

Hamburg: Hier wurden in einzelnen Distrikten öffentliche Frauenversammlungen zur Propagierung der Kontroll-Ausschüsse abgehalten. In der Kampagne gegen die Abtreibungs-Paragraphen wurde auf der letzten öffentlichen Frauenversammlung eine Kommission gewählt, die die Verbindung mit den Bürgerschaftsfraktionen aufgenommen hat.

Kiel: Hier arbeitet der Kontroll-Ausschuß weiter, trotzdem der Polizeipräsident „das Wühlen der Frauen satt hat". Das Ortskartell lehnt es ab, den KA. zu unterstützen, da er „eine wilde Organisation" ist.

Neumünster: Auch hier hat die Kontroll-Ausschuß-Bewegung angefangen, jedoch fehlt noch die Verbindung mit den Betrieben. Die Genossinnen dort treten besonders für die politischen Gefangenen ein und schicken ihnen Zeitungen und Unterstützungen.

Lügendorf: (Unterbezirk Itzehoe). Hier wurde der in einer öffentlichen Versammlung gewählte Kontroll-Ausschuß von der Gemeinde anerkannt, da jedoch der Landrat Einspruch dagegen erhoben hat, in eine Preisprüfungsstelle umgewandelt. Arme und Reiche, Verbraucher und Wucherer sitzen hier zusammen. Auch hier hat das Ortskartell abgelehnt, sich einzumischen.

Die sehr rege Diskussion in dieser Versammlung zeigte neue Wege in der Kontroll-Ausschuß-Bewegung. Es wurde auch die Arbeit unter den Frauen in Betrieb und Gewerkschaft besprochen, ferner die Kampagne gegen die Abtreibungs-Paragraphen. Die Kieler Genossinnen forderten, daß bei den kommenden Gemeindewahlen geeignete Genossinnen nicht an letzter Stelle aufgestellt werden, da die Arbeit der Frauen in den Gemeinde-Parlamenten sehr wichtig sei.

Auch die Propaganda unter den Ruhrflüchtlingen wurde besprochen, es wurde angeregt, sich mit den offiziellen Meldestellen und den Bahnhofsmissionen in Verbindung zu setzen, um zu erfahren, ob und wo Ruhrflüchtlinge vorhanden sind.

Die Konferenz hat sehr fruchtbare Arbeit geleistet und war ein weiterer Schritt der Arbeit unter den Frauen im Bezirk Wasserkante.

Feuilleton

Die Frauen als Vortrupp der großen Reisaufstände in Japan, 1918.

Aus Heft 3, März 1923,
„Die kommunistische Fraueninternationale".

Wer da glaubt, daß die japanischen Frauen nichts sind als Sklavinnen ihrer Gatten und die Verkörperung der Sanftmut und Scheu, der wird sehr überrascht sein durch die Darstellung der Rolle, die sie bei den Reisaufständen gespielt haben. Der westliche „Kenner" spendet der Sanftmut, Unterwürfigkeit und Milde der Orientalinnen reichlich Weihrauch, doch sein Urteil hat nur für die Frauen der oberen und mittleren Klassen Gültigkeit. Wir können kaum eine wahrheitsgetreue Schilderung des Lebens und Charakters der unteren Klassen im Orient von reisenden Bourgeois erwarten, die des Gefühls der Sympathie für die Unterdrückten ihrer eigenen Rasse bar sind.

Die Japanerinnen der unteren Gesellschaftsschichten erhalten sich selbst. Sie arbeiten Seite an Seite mit dem Mann und wirken mit ihm zusammen; sie haben daher das Bewußtsein ihrer Bedeutung und ihrer Würde. In dem gleichen Maße wie die Arbeiterinnen anderer Länder sind sie aktiv und werden sie zu Kämpferinnen für ihre Interessen. Sie sind durchaus fähig, an die Stelle des Mannes zu treten, wenn es not tut. Nur bei den oberen und mittleren Gesellschaftsschichten Japans findet sich das faule und stumpfsinnige Weib. Der Mann kann einen Koch und Dienstmädchen einstellen, er kann sich auch Nebenfrauen und Dirnen bezahlen. Er bedarf nicht der Mitarbeit der Frau seiner eigenen Klasse. Die Frauen der oberen Klassen sind unproduktiv und abhängig vom Manne, die völlige Unterwerfung unter ihn ist in der Folge ihr hervorstechender Charakterzug; sie tauschen für ihre Unterwerfung ein Leben der Bequemlichkeit und des Luxus ein.

In der nördlichen Provinz Echigo liegt ein Hafenstädtchen namens Nishimizubashi. Die Ufer werden von den Wellen des Japanischen Meeres bespült, die auch bis zu den Ufern Sibiriens rollen. Die Männer des Städtchens sind Fischer und Schiffer. Ihre Beschäftigung auf See führt sie bis Sachalin. Vielleicht haben sie an der Küste Sibiriens die wunderbare Geschichte von der „bolschewistischen Revolution" vernommen; vielleicht haben Matrosen der Dampfer mit Munition, die zwischen Wladiwostok hin und herfahren, von den außerordentlichen Ereignissen in Rußland erzählt. Japanische Zeitungen berichten, daß 1918 im Japanischen Meer große Fischknappheit herrschte und daß viele Fischer, die weit nach Norden gefahren, noch nicht zurückgekehrt waren, weil der geringe Ertrag ihres Fangs die Heimreise nicht zahlte. Wie dem auch sei, gewiß ist, daß unter den Fischern die Nachricht von der russischen Revolution umging, daß manche von ihnen weit nach Norden fuhren auf den Fischfang und nicht zurückkehrten. Wir dürfen wohl annehmen, daß der Fischmangel nicht der einzige Grund war, der sie im Norden festhielt.

Unterdessen war der Reispreis sehr gestiegen. Die Frauen und Kinder daheim hatten schon längst den kleinen Vorrat an Lebensmitteln aufgezehrt, über den sie verfügten. Ihr täglicher Verdienst reichte nicht aus, auch nur die bescheidensten Bedürfnisse zu decken. Hunger, Unsicherheit, Aengste folterten sie, die Lage wurde für sie unerträglich.

Es war am 3. August 1918. Der Feuerball der Sommersonne war in dem bleifarbenen Japanischen Meer versunken. Die Abenddämmerung begann die Dächerspitzen des Städtchens einzuhüllen, aber es „lag etwas in der Luft". Die Hausmütter kehrten nicht in ihr Heim zurück, um die wohlverdiente Ruhe zu suchen, sie blieben in den Straßen in Gruppen beieinander. Dann versammelten sich ungefähr 180 von ihnen in der Bucht. In drei Trupps geteilt marschierten sie zur Stadt zurück. Der eine davon zog geradewegs zur Wohnung des Bürgermeisters und bat ihn eindringlichst, keinen Reis ausführen zu lassen, weil die Ausfuhr Mangel im Orte verursachte und so zum unmittelbaren Anlaß der Preissteigerung wurde. Die anderen beiden Gruppen begaben sich zu den Reishändlern und forderten, daß sie Reis nur an die Einwohner der Gemeinde und zu den herabgesetzten Preisen verkaufen sollten. „Für den Fall", so schrien sie, „daß Ihr uns nicht hört, werden wir Eure Häuser zu Asche

verbrennen". Die Polizei wurde herbeigerufen. Es kam zu Zusammenstößen zwischen ihr und den verzweifelten Frauen. Mehrere wurden verwundet. Gegen Mitternacht suchte ein Teil der Aufständigen das Haus auf, die anderen standen Posten vor den Reisläden. Die ganze Nacht hindurch hielten diese Frauen Wache. Am nächsten Morgen schlug der „Provisorische Rat der Fischerfrauen" oder wie man die Leitung der Aufständigen sonst nennen will, sein Hauptquartier im Stadttempel auf und ließ in der Stadt und ihrer Umgebung Posten an allen strategischen Punkten aufstellen, von wo aus der Verkehr der Reishändler überwacht werden konnte.

Der Aufstand beeinflußte die Frauen einer anderen Stadt, Namerigawa, die ungefähr 10 000 Einwohner zählt. Obgleich es Mitternacht war, als die Nachricht darüber eintraf, sammelten sich 400 Frauen, umzingelten das Haus eines reichen Reishändlers und verlangten „preiswürdigen" Verkauf von Reis. Das Polizeioberhaupt erschien mit einem starken Aufgebot auf der Szene. „Wenn Ihr zu denen gehört, die etwas zu essen haben," erklärten die Frauen, „so habt Ihr hier nichts zu suchen. Geht heim und legt Euch schlafen." Erst nachdem die Frauen dem Polizeichef das Versprechen abgezwungen hatten, mit dem Bürgermeister über die Hungersnot des Volkes zu verhandeln, gingen sie in den ersten Morgenstunden heim.

Am Nachmittag des 6. August ergriff die Stimmung der Frauen auch die Männer, und in den einzelnen Städten wurde die Atmosphäre entschieden stürmischer. Gegen 8 Uhr versammelten sich in Namerigawa 2000 Männer vor den Toren eines wohlhabenden Reishändlers, Kanagawa, von dem es hieß, daß er große Vorräte zurückhielt, um den Preis in die Höhe zu treiben. Die Männer verlangten, ihn persönlich zu sehen. An seiner Stelle erschien sein Geschäftsführer und begann ohne Erfolg Ausflüchte vorzutragen. Nun stieg der Bezirksvorstand auf einen Tisch und redete der Menge wegen des Händlers gütlich zu. Diese zeigte jedoch keine Neigung, auf ihn zu hören. Jemand rief: „Schlagt ihn tot". Daraufhin fand es der Redner geraten, seine Ausführungen in der Mitte abzubrechen und in das Haus zu schlüpfen. In diesem Augenblick war die gesamte Polizeimacht der Stadt an Ort und Stelle zusammengezogen. Die Lage war ernst, jedoch vielleicht infolge der beruhigenden Seeluft, der vorgeschrittenen Stunde und der Ermüdung der Menschen verlor die Demonstration mehr und mehr ihren gewalttätigen Charakter, und gegen Mitternacht zerstreute sich allmählich die Menge.

Bedeutsam war der Aufstand in Kyoto. Kyoto ist die älteste Hauptstadt Japans, eine altehrwürdige Tempelstadt, ruhig und schön, an den Ufern des Flusses Kamo gelegen und von grünen Hügeln umkränzt. Es ist die Stadt des Konservativismus, des Beharrens beim Alten und der Ordnung; die Stadt des Adels und der vom Geschäft zurückgezogenen Reichen, der Vergnügungsjäger, die aus allen Teilen Japans hier Jahr für Jahr zusammenströmen. Es ist die Stadt der Kirschblüten und Geishas, eine „weibliche", weichliche Stadt, wie das japanische Schlagwort zum Ausdruck bringt: „Frauen von Kyoto — Männer von Tokyo. Daß die Bevölkerung von Kyoto rebellieren und eine führende Rolle in großen nationalen Aufständen spielen werde, wäre am wenigsten zu erwarten gewesen. Allein, das zwanzigste Jahrhundert ist eine Periode der Wunder.

Es war am 10. August 1918. In den armen, schlechten Vierteln der Stadt flog in den Straßen und Alleen das Wort von Ohr zu Ohr: „Vor die Reisläden"! Bald waren 800 Frauen und Männer zusammengeströmt, mit Stöcken und Knütteln bewaffnet. In einem Haufen zusammengeballt, stürzten sie durch die Straßen und machten vor dem Tore eines gewinnsüchtigen Reishändlers Halt. Sie schlugen das Tor ein, durchsuchten das Haus und fanden die Bewohner, zitternd vor Furcht, in einem Winkel. Der Händler versprach, am nächsten Morgen den Preis des Reises herabzusetzen, und die Aufständigen zogen ab, ohne der Familie etwas zu Leide zu tun. Die Menge marschierte darauf zu den anderen großen Reishändlern und zwang ihnen unter ähnlichen Umständen die Zusage ab, die Reispreise zu verbilligen. Die Zahl der Aufständigen war stark gewachsen, gegen Mitternacht teilten sie sich in Gruppen, die jeden Reishändler der Stadtgegend aufsuchten und zusammen mit ihm „den richtigen Preis" für Reis festsetzten.

Ein Trupp stürmte und plünderte ein Warenhaus aus, das Murai gehörte, dem größten Kapitalisten der Stadt. Zwei Wächter und ein Angestellter, die das Eigentum ihres Herrn verteidigen wollten, wurden dabei verwundet. Die Polizei ließ unterdessen in der ganzen Stadt die Sturmsignale ertönen und schickte 200 Mann, die die Aufruhrviertel absperren sollten. Am folgenden Tage strömten die Frauen abermals in den Straßen zusammen. Diesmal, um zu fordern, daß die Reishändler ihr am Tage vorher gegebenes Versprechen auch hielten. Am Tor jedes Reismagazins trat ihnen die Polizei entgegen, die erklärte, daß sie keinen Reis zu Preisen haben könnten, die sie selbst festgesetzt hätten. Wer dagegen protestierte, wurde sofort verhaftet.

Als die Kunde von dem Aufstand in Yamagiwara — dem Stadtviertel, das der Schauplatz des ersten Vorgehens gegen die Reishändler war — zu den Arbeiterfrauen in anderen Teilen von Kyoto drang, sammelten sich diese Frauen ebenfalls in Gruppen von dreißig und mehr und zwangen die Reishändler, ihre Preise herabzusetzen. Trotz der verzweifelten Versuche der Behörden, die Bewegung aufzuhalten, wirkte die erfolgreiche Massenaktion ansteckend und breitete sich über die ganze Stadt aus. Der Polizeivorstand raste im Automobil durch die Stadt und hielt an den Straßenecken Ansprachen an die Menge. An jeder Polizeiwache wurden Plakate angeschlagen, die verkündeten, daß die städtischen Behörden 10 000 Körbe importierten Reis zum Preise von 20 sen pro sho — unter der Hälfte des Marktpreises — verkaufen würden. Während die Behörden die Bevölkerung hinzuhalten und mit kleinen Zugeständnissen zu beruhigen suchten, organisierten sie im geheimen die bewaffnete Macht und verstärkten den Ring von „Schwertern" — die japanische Polizei trägt Säbel —, der die Stadtviertel absperren sollte, wo der Aufstand ausgebrochen war. Der Verkehr in der Stadt wurde unterbunden. Leute, die zufälligerweise einen Schirm trugen, durften nicht zusammenstehen und zusammengehen, sie erschienen als „verdächtige Persönlichkeiten", die gefährliche Waffen trugen.

Jedoch trotz allem: die Flut des Aufstandes stieg und stieg. Entrüstete Stimmen wurden laut, die behaupteten, die Behörden seien Mitschuldige der Lebensmittelwucherer. Als die Dämmerung sich über die Alleen und Gassen legte, verwandelten sich diese Stimmen in Wutschreie zwei Kompagnien des 38. Infanterie-Regiments erschienen bewaffnet in den Straßen.

Die Aufständigen gingen nun in anderen Stadtteilen gegen die Reishändler vor. Ein Trupp von ungefähr 200 Frauen und Männern erschien in den südlichen Teilen von Kyoto. Ihm wurde ein Banner vorausgetragen, ein sehr passendes Banner; ein Reiskorb an einem Bambusstab. Der später verhaftete Bannerträger war ein junger Bursche von kaum 18 Jahren. Auf dem Wege nach dem Herzen der Stadt wurden die 200 zu mehr als 1000. Die Aufständigen stürmten unterwegs Reisläden. Polizeiwachen wurden zerstört und die Polizisten verprügelt. Als die Aufständigen zu einer Karrenbahnlinie für Gütertransport kamen, legten sich manche von ihnen auf das Gleis. Kein Wagenführer wollte über ihre Körper vorwärts, und so war die Linie bis zum Abend gesperrt. Die Telephondrähte wurden an verschiedenen Stellen zerschnitten. Dann zerschnitt irgend jemand die Hauptleitung für das elektrische Licht, die halbe Stadt lag in Finsternis.

Ein anderer Trupp der Aufständigen tauchte in dem nördlichen Außenviertel der Stadt auf, griff mehrere Reisläden an und schlug 20 Polizisten, die gegen sie ausgeschickt worden waren, in die Flucht. Den ganzen Abend erschollen die Schlachtrufe der Rebellen, die von Laden zu Laden zogen, plünderten und zerstörten. Gegen Mitternacht gelang es, sie in eine Falle zu locken, eine Kompagnie Infanterie umzingelte sie und nach einem verzweifelten Kampfe wurden 45 gefangen genommen, die übrigen zerstreuten sich.

Gegen 2 Uhr am Morgen des 12. August erschien in der unteren Stadt ein Schwarm Rebellen mit Knütteln, Bambusstangen und Schwertern bewaffnet. Ihr erster Ansturm galt einem wohlbekannten, sehr reichen Reismagazin, dann warfen sie sich auf eine am Wege liegende Polizeiwache, die sie vollständig demolierten. Als sie später von Polizisten umzingelt wurden, ergaben sich 70 von ihnen. Auf beiden Seiten gab es Schwerverwundete.

Im Stadtbezirk Nishizin, dem Sitz der berühmten Seidenindustrie, brach der Aufruhr morgens 3 Uhr aus, getragen von Frauen und Männern, die Frauen in den ersten Reihen. Den Reishändlern erging es wie in den anderen Stadtteilen. Da die Polizei stark und gut vorbereitet war, fuhr sie mit 3 Autos geradenwegs in den Haufen der Aufrührer und bemächtigte sich 30 der hervorstechendsten Führer. Am Abend des 13. August hatte Polizei, Infanterie und Kavallerie die „Ruhe und Ordnung" in der Stadt wieder hergestellt. In anderen Orten brach der Aufstand erst los. Nirgends aber erhob sich das hungernde Volk, wo nicht die Frauen zu dem Vortrupp der Rebellion gehört oder ihn auch allein gestellt hätten. Sie bewiesen dabei ebensoviel Leidenschaft als Ausdauer, Unerschrockenheit und klugen Sinn für die praktischen Notwendigkeiten des Vorgehens, des Kampfes.

Sen. Katayama.

Inhaltsverzeichnis: Bild. — Werbewoche. — Wie der Kapitalismus das deutsche Gesundheitswesen leitet. — Zur Frauen-Reichskonferenz. — Neuregelung der Reichswochenhilfe und Fürsorge. Die arbeitenden Frauen auf dem Lande vor der Entscheidung. — Die Studentin als Streikbrecherin. — Aus der Internationale: Stillhalten in Sowjetrußland. Die Ausstellung „Mutter und Kind" in Moskau. — Aus der Organisation: Die Frauenbewegung im Reich eilt vorwärts. Bezirk Wasserkante. — Feuilleton: Die Frauen als Vortrupp der [illegible] in Japan. 1918

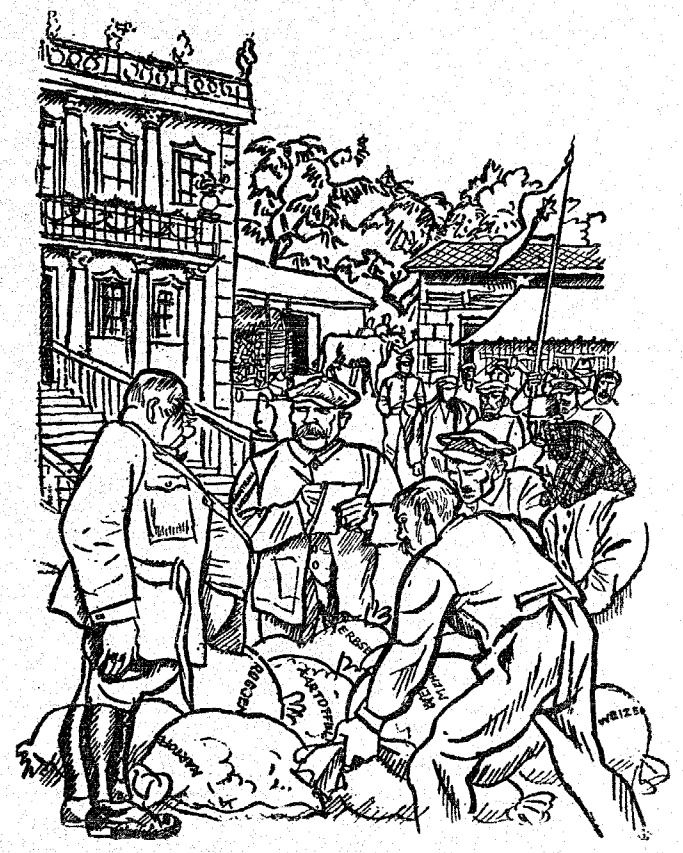
Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW. 48.

Die Kommunistin

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Herausgegeben vom Frauen-Reichssekretariat. Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin

Nr. 19 | Die Kommunistin erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Infolge der immer weiteren Geldentwertung mußte der Preis wieder erhöht werden. Einzelnummer 1 Million | Berlin, 1. Oktober 1923 | Verlag: Friedrichstadt-Druckerei GmbH. (Abteilung Zeitschriften). Berlin SW 48, Friedrichstr. 225. — Verantwortlich für die Redaktion: Martha Arendsee, Berlin. | Jahrg. 5

Schluß mit dem Lebensmittelwucher!



Herr Speckwitz vor dem Kontrollausschuß.

Proletarische Frauen, in die Kampffront!

„Nun ist's genug!" Millionen Herzen proletarischer Frauen entringt sich der Schrei. Genug der Geduld, genug des Wartens auf Besserung, genug des würgenden Hungers, genug der entsetzlichen Not, genug des tausendfachen Betrugs, genug der grauenvollen Ausbeuterwirtschaft!

Sollen wir stumm wie ein Hund vor Hunger verrecken, während die da oben raffen und prassen, räubern und wuchern?

Sollen wir schon untergehen, dann die Faust an die Kehle unserer Würger!

Aber wir, das Proletariat, brauchen nicht unterzugehen, brauchen nicht zu zittern vor der Bourgeoisie und ihren Kettenhunden. Wir sind die große Zahl, wir sind die, die alles schaffen. Unsere Hände sind stark genug, das Geschmeiß zu zerbrechen, wenn wir sie ineinanderfügen, und sind stark genug, die Macht zu nehmen, und aus den Trümmern, die sie uns hinterlassen, einen Neubau zu zimmern.

Wir haben nichts mehr zu fürchten von ihnen. Wir haben alles zu hoffen von uns selber.

Wer sind die da oben, die das Staatswerk in der Hand halten, die uns regieren?

Sie heißen sich die „Große Koalition"; es sind die Parteien der Schwerindustriellen, der Demokraten, des Zentrums und ihre Kettenhunde, die sozialdemokratischen Führer.

In ihrer Regierung ziehen an einem Strang Stresemann, der Unternehmersyndikus, und Hilferding, der Sozialdemokrat. Zusammen haben sie es so herrlich weit gebracht.

Zusammen wollen sie die Arbeiterschaft in die Knechtschaft verkaufen und in Ketten schlagen. Zusammen schwingen sie die Hungerknute! Mehr Arbeit, weniger Essen für euch und eure Kinder, Proletarierfrauen. Noch mehr Profit für sie selber!

Alles in den Rachen der Stinnes und Co.! Und über dem werktätigen Volke die Bajonette Ludendorffs und des Marschalls Foch!

Das ist ihr Sinn, das bereiten sie heimlich vor.

Die proletarischen Frauen müssen jetzt heraus aus ihren vier Pfählen! Die Zeit ist reif, jetzt gilt's, alles einzusetzen für den Kampf. Kein nutzloses Klagen. Klagt an! Macht eure Männer hart. Fenert sie an. Keine Schonung für die grausamen Bedrücker. Kein Mitleid mit denen, die keins mit uns haben.

Und ihr selber, proletarische Frauen, werdet Stahl, werdet Flamme! Schürt die Flamme des Zorns und des Hasses. Rache für den Vater, eure Söhne und Brüder, die die Bourgeoisie auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges hingemordet hat.

Rache für die zwanzigtausend erschlagenen, bestialisch gemeuchelten revolutionären Kämpfer! Rache für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die teuersten und mutigsten Führer des arbeitenden Volkes!

Rache für die Tausende eingekerkerten revolutionären Kämpfer.

Rache für die Hunderttausende, die sie mit der Schlinge des Hungers gewürgt und erdrosselt haben.

Rache, gerechte Vergeltung für all das Grauen und Elend, das sie über uns gebracht haben.

Schürt die Flamme, ihre proletarischen Frauen, bis sie hell auflodert, facht sie an zum verzehrenden Feuer; mit der Kraft, mit der ihr eure Kinder liebt, hämmert eure Männer, eure Brüder, eure Kinder zu Stahl.

Unsere Feinde sind zum äußersten entschlossen. Sie sind bereit, durch Meere von Arbeiterblut zu waten.

Wir oder sie, sagen sie.
Wir oder sie, sagen wir!

Die Revolution naht mit ehernen Tritten.

Proletarierherrschaft oder tiefste Versklavung, diese Entscheidung naht heran. Sie naht nicht nur für Deutschland. Unter den Schlägen der deutschen Arbeiterklasse wird ganz Europa, wird die Welt erzittern.

Nie stand so unermeßlich Großes auf dem Spiel. Opfer werden von uns gefordert tausendfach. Alles Kleine, Enge, Weiche muß jetzt von uns abfallen.

Ihr gehört jetzt der Revolution, proletarische Frauen, ihr gehört ihr mit Haut und Haaren.

Mann und Kind, Haus und Herd, das werde euch jetzt die Revolution. Ihrem brausenden Wirbel, ihrer wilden Größe, ihrer berauschenden Kraft, ihrer flammenden Schönheit gebt euch hin mit ganzer Seele. Nur, wenn ihr euch ihr ganz hingebt, ihren lichten Höhen und dunklen Tiefen, wird sie euch an das Ufer tragen, wo ein neuer glücklicherer Tag der Menschheit beginnt.

Proletarische Frauen, in die Kampffront!

Die Frauen und die Betriebszellenwoche.

Was haben die Frauen mit der Betriebszelle zu tun?

Welches ist der Zweck der Betriebszellenwoche? In der Woche vom 7. bis 14. Oktober soll alle Kraft auf einen Punkt hingelenkt werden, soll der Aufbau der Betriebszellen, die Verankerung der Partei in den Betrieben das schnellste Tempo erhalten, sollen die Betriebszellen in breitester Front eingesetzt werden für den Kampf der Arbeiterschaft um ihre Interessen im Betrieb, gegen die unerträgliche und täglich wachsende Verelendung, gegen die politische Beherrschung der arbeitenden Massen durch eine Regierung des großen Kapitals, für die Beendigung des Ruhrkonflikts auf Kosten der besitzenden Schichten, für die Erfassung der Sachwerte der Besitzenden, für die Regierung der arbeitenden Schichten, für die Arbeiter- und Bauernregierung.

Und was haben die Frauen in der Betriebswerbewoche zu tun? Nichts anderes als die Arbeiter auch. Der Betrieb ist nicht nur die Burg des Arbeiters, sondern auch der Arbeiterin. Sind nicht allein mehr als eineinhalb Millionen Arbeiterinnen in den freien Gewerkschaften organisiert? Stehen nicht mehrfach soviel Frauen im Betrieb Seite an Seite mit den Arbeitern, gedrückt von der gleichen Not, die noch durch die Sorge um Mutterschaft und unversorgte Kinder gesteigert wird?

Die Betriebszellenwoche ist eine Mahnung an die Kommunistin: Hast Du in Deiner Arbeit nicht zu sehr nur die Arbeiterfrau im Haushalt gesehen? Hast Du daran gedacht, daß die Frauen im Betrieb viel fester mit den Interessen der Gesamtarbeiterschaft verbunden sind durch die gemeinsame Gegnerschaft gegen den gleichen Ausbeuter? Hast Du daran gedacht, daß gerade im Betrieb über alle Hindernisse hinweg und unter Ueberwindung der Redensarten von Doppelexistenz usw. die Brücke zur Kampfgemeinschaft der arbeitenden Frau und des arbeitenden Mannes geschlagen wird? Standen nicht schon ungezählte Frauen Seite an Seite mit den Arbeitern im Streik, und vereinten sie nicht gemeinsame Versammlungen und Demonstrationen? Haben nicht sogar die Frauen, die sich auf die Führung des Haushalts und der Aufzucht der Kinder beschränken müssen, Demonstrationen vor den Betrieben veranstaltet, und drückt sich darin nicht aus, daß alle Arbeiterfrauen mehr und mehr die Blicke auf die Produktionsstätte richten, die durch den Kampf aller Arbeiter und durch die Eroberung der politischen Macht in die Hände derer kommen muß, die eine wirkliche, eine proletarische Ordnung aufrichten werden? Denkt einmal nach, Genossinnen, was Ihr tun könnt, um diesen Prozeß zu beschleunigen, um die Frauen vor allem agitatorisch zu erfassen, die durch ihre wirtschaftliche Stellung dem Kampf der Arbeiter viel näher stehen als die Hausfrauen.

Der sozialdemokratischen Politik, die mit Verbesserungsvorschlägen ohne ernsten Kampfwillen und mit Wahlschlachten allein den Kapitalismus überwinden wollte und heute zum festen Bollwerk des Kapitalismus geworden ist, der sozialdemokratischen Politik entsprach die Organisation nach Wohnbezirken. Die Zusammenfassung der sozialdemokratischen Frauen und ihre politische Arbeit entsprach dem in jeder Hinsicht. Die revolutionäre Politik der Kommunisten, die auf die Erringung der politischen Macht mit den Mitteln des Klassenkampfes abzielt und die dies Ziel nicht in nebelhafter Ferne,

sondern in der Gegenwart erreichen will, dieser Politik kann die alte Organisationsform der Reformisten nicht entsprechen. Organisation ist Mittel zum Zweck. Mittel zum Zweck der festen Führung der Industriearbeitermassen, der schnellen Massenmobilisierung ist die feste Verankerung der Kommunistischen Partei in den Betrieben. Ohne diese feste Verankerung keine siegreiche proletarische Revolution, ohne sie keine Möglichkeit, die siegreiche Revolution gegen alle Anschläge zu schützen und über alle Hindernisse hinwegzutragen.

Die Organisation im Wohnbezirk wird nicht überflüssig. Im Gegenteil! Ihr Ausbau, vor allem der Ausbau der Zehnergruppen, in denen unsere Genossinnen eine sehr wichtige Rolle spielen müssen, ist eine zwingende Notwendigkeit. Die Zehnergruppenwoche vom 28. Oktober bis 4. November soll auch diese Seite unserer Organisation stärken und festigen. Aber Betriebszellen und Zehnergruppen ergänzen sich. Sie sind die beiden festen Pfeiler der revolutionären Organisation der Kommunistischen Partei.

Die Betriebszellenwoche muß auch alle Frauen in den Betrieben in stärkste Bewegung bringen und muß das Band zwischen den Frauen und Männern im Betrieb mit denen im Haushalt fester knüpfen.

Rud. Lindau.

Die Frauenfrage in der Genossenschafts-Bewegung.

Unter diesem Titel ist vom Reichsverband deutscher Konsumvereine (christliche Genossenschaften) eine Schrift herausgegeben, die auch für unsere Genossinnen von großem Interesse ist. Die Reichskonferenz kommunistischer Genossenschafter hat für unsere Arbeit in den Genossenschaften Richtlinien aufgestellt, die von der Reichsfrauenkonferenz ebenfalls zum Beschluß erhoben sind. Es gilt nun trotz aller Schwierigkeiten an die Arbeit zu gehen. Die Bürokratie in den dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Konsumgenossenschaften hat es bisher verstanden, den Einfluß der Frauen fernzuhalten. In den Spitzen der deutschen Genossenschaftsbewegung sitzt keine Frau, in den Aufsichtsräten der Vereine nur in ganz verschwindender Zahl; höchstens in Genossenschaftsräten oder Mitgliederausschüssen finden wir noch Frauen. Charakteristisch ist, daß auf der Intern. Genossenschaftskonferenz keine Frau aus Deutschland vertreten war und daß der männliche Delegierte erklärte, die Frauen wollen in Deutschland nicht mit den Männern zusammenarbeiten, weil diese zu weit vorgeschritten seien.

Das erwähnte Buch gibt nur einen Einblick, was von seiten der verschiedenen Richtungen der Genossenschaftsbewegung im Auslande wie in Deutschland bisher auf dem Gebiete der Frauenbewegung geleistet wurde, in welchem Umfange Frauen zur Mitarbeit herangezogen sind. Wir lesen da z. B., daß dem großen Vorstande des Intern. Genossenschaftsbundes zwei Frauen, Emmy Freundlich aus Oesterreich, Frau Polowtow aus Rußland, angehören, im engeren Vorstande dagegen keine Frau. Die englische Großeinkaufs-Zentrale hat in ihrem Direktorium eine Frau. Im Zentralausschuß der britischen Genossenschaften sitzen zwei Frauen. Der Zentralverband österreichischer Konsumvereine hat eine Frau im Vorstand, Holland zwei Frauen. In Zürich sitzen 4 Frauen im Aufsichtsrat der Genossenschaft, in den beiden Wiener Konsumvereinen 3 bzw. 5 Frauen. Ein besonderer Abschnitt ist der genossenschaftlichen Frauenliteratur gewidmet. Weiter enthält das Buch Reden, Aufsätze und Aussprüche führender Männer und Frauen aus der Genossenschaftsbewegung über die Notwendigkeit, die Frauen für die Genossenschaften zu gewinnen. In den Vordergrund gerückt ist die Frage der verschiedenen Organisationssysteme in der genossenschaftlichen Frauenbewegung. Ein Aufsatz der Mitbegründerin der englischen Frauengenossenschaftsgilde, Margarete Llewelyn Davies, London, gibt Aufschluß über Umfang und Ziel dieser seit dem Jahre 1883 bestehenden Bewegung. Die englische Frauengilde ist eine selbständige Organisation mit eigenen Beiträgen, die 1000 Ortsgruppen mit 52 000 Mitgliedern umfaßt.

Sie appelliert an die Frauen der arbeitenden Klassen als Konsumentin, Hausfrau und Mutter. Die regelmäßigen Zusammenkünfte sollen den Zweck haben, die Frauen zu schulen, um sich dann in der Genossenschaft neben dem Mann behaupten zu können. Weiter tritt die Frauengilde aber auch mit fertig ausgedachten Plänen vor die Genossenschaft und der Oeffentlichkeit. Als Beispiel wird angeführt die Propaganda für unser genossenschaftliches Betriebskapital. Bei Streikbewegungen treten die Frauengilden für die Forderungen der Gewerkschaften ein. Darüber hinaus treiben sie Propaganda für politische Forderungen staatlicher Mutterschafts- und Kinderfürsorge, Frauenstimmrecht, Reform des Ehescheidungsrechts gegen die indirekte Besteuerung der Lebensmittel u. a. Also Forderungen, die über den konsumgenossenschaftlichen Rahmen weit hinausgehen. Schottland, Irland, Holland, Schweden, Australien und einige andere Länder, ebenso die Vereinigten Staaten haben genossenschaftliche Frauengilden nach englischem Muster.

In der Schweiz bestehen lose Frauenkommissionen, die sich in den Rahmen der Genossenschaft eingliedern und zusammengefaßt den Landesverband genossenschaftlicher Frauenkommissionen bilden. Ihre Aufgaben sind: Propagandatätigkeit zur Gewinnung neuer Mitglieder, Förderung der genossenschaftlichen Bildung unter den Frauen, Beratung der Geschäftsleitung durch Vermittlung von Anregungen und Vorschlägen, Zusammenkünften mit den Verkäuferinnen.

In Oesterreich bestehen Frauenkomitees, die die Hausierer aufsuchen, die wenig kaufen oder ausgetreten sind.

Besonders beachtenswert für uns ist, was über die deutsche Frauengildenbewegung mitgeteilt wird. Die „Deutsche Frauengilde für Gemeinwirtschaft auf verbrauchergenossenschaftlicher Grundlage", wie sie sich nennt, will eine Berufsvereinigung der Hausfrauen darstellen, welche die Förderung der Gemeinwirtschaft auf verbrauchergenossenschaftlicher Grundlage als einer besonders geeigneten Form der Haushaltsversorgung und der menschlichen Bedarfsdeckung überhaupt bezweckt.

Als Grundsatz wird u. a. aufgestellt:

Parteipolitische und religiöse Neutralität,
Die Gilde kennt weder Klasse, Rang noch Stand,
Selbständigkeit der Gilde, aber innerliche Anlehnung an die bestehenden örtlichen Verbrauchergenossenschaften.

Unter den 22 Punkten, die als Aufgaben niedergelegt sind, sind besonders hervorzuheben:

Allgemeine Propaganda für den Genossenschaftsgedanken,
Erziehung der Angehörigen, besonders der Jugend, in genossenschaftlichem Geist.
Erlangung einer starken Vertretung der Frauen in den Verwaltungsorganen.
Bildung besonderer Frauenabteilungen in den Genossenschaften. Vermittlung von Wünschen und Beschwerden der Frauen an die Verwaltungen. Vertretung des Barzahlungsprinzips, Bekämpfung der Jagd nach übermäßig hoher Rückvergütung, Erziehung zur Sparsamkeit. Ferner Förderung der Haushaltstechnik unter besonderer Berücksichtigung der Erschaffung und Beschaffung besserer Haushaltswerkzeuge durch die Genossenschaft. Führung schwarzer Listen derjenigen Händler usw., die das Verbraucherinteresse verletzen.

Wir haben es also hier mit einer genossenschaftlichen Frauenorganisation zu tun, die sich nicht nur an die christlichen Genossenschaften anlehnt, sondern die als selbständige Frauengilde auftritt, um planmäßig die Genossenschaften aller Richtungen im Sinne ihrer kleinbürgerlichen Haushfrauenanschauungen zu beeinflussen.

Die Genossenschaftsbewegung wird den Frauen als Allheilmittel aus aller Not gepriesen. „Wir wollen den Wirtschaftsfrieden. Der Friede ist die Genossenschaft", hieß es in einem „Aufruf an die deutsche Frau" von Auguste Schloeter-Nickel, der Führerin dieser Bewegung. Hierin liegt der grundsätzliche Unterschied uns gegenüber. Wir sehen in der Genossenschaft das Mittel, die arbeitende Klasse, besonders das wirkliche Proletariat, als Verbraucher zusammenzufassen, um das Proletariat im Kampf um seine Existenz zu unterstützen, und im Kampf um die politische Macht bestimmte Aufgaben zu erfüllen. Die genossenschaftliche Frauengilde aber will die Proletarierinnen vom Klassenkampfstandpunkt abbringen, sie von den Kämpfen des Proletariats zu isolieren. Darin liegt die Gefahr.

Das Gute aber hat die Bewegung für sich, daß sie endlich dazu führt, daß die Frauen überhaupt aktiv in die genossenschaftliche Bewegung eingreifen. Für uns aber erwächst daraus die Aufgabe, nicht nur einzugreifen, wo die Frauengilde ihre Propagandatätigkeit entfaltet, sondern uns führend der Bewegung voranzustellen, vor allen Dingen überall in den Genossenschaften mit unseren Forderungen zur genossenschaftlichen Frauenfrage aufzutreten (s. „Kommunistin", Nr. 18). Wir wollen keine besonderen genossenschaftlichen Frauengilden, sondern verlangen Frauenkommissionen, die die Propaganda- und Schulungsarbeit zu betreiben haben und in ständiger Verbindung mit den Verwaltungen die Anregungen und Wünsche der Hausfrauen übermitteln. Weiter aber auch entsprechende Frauenvertretungen in allen Körperschaften der Genossenschaftsbewegung. Die regelmäßigen Frauenabende sollen nicht nur auf die besonderen Hausfrauenfragen eingehen, sondern in erster Linie dazu dienen, den Frauen die Bedeutung der Genossenschaften im Klassenkampf des Proletariats klar zu machen.

Bei dieser Tätigkeit kann uns das Buch, trotz grundsätzlicher Gegensätze, trotz aller Mängel, Dienste erweisen.

Es soll nach den Worten des Herausgebers ein Handbuch sein für alle die, die sich mit der genossenschaftlichen Frauenfrage befassen. Leider aber ist der Stoff hierfür zu wenig über-

sichtlich geordnet. Es wird ferner Anregung sein, die genossenschaftliche Frauenfrage in der Genossenschaftsliteratur mehr zu berücksichtigen als bisher. Weiter soll es ein Appell sein an die Frauen, die als Führerinnen im wirtschaftlichen und politischen Leben stehen, die genossenschaftliche Frauenfrage mehr in den Mittelpunkt ihres Wirkens zu stellen.

Für uns ist das Buch ein Zeichen, mit welchem Eifer die christlichen Genossenschaften ans Werk gehen; benutzen wir es, um unsere Genossenschaften auf ihre Pflicht zu verweisen.

Auf einer Agitationstour durch Mecklenburg.

Wenn man jetzt mit der Eisenbahn durch Mecklenburg fährt, so kann sich das Auge nicht sattsehen an den üppigen Kornfeldern, saftigen Wiesen und dem wohlgenährten und gepflegten Rindvieh. Man glaubt ein Land zu sehen, wo Milch und Honig fließt. Aber für wen fließt hier Milch und Honig? Die weiten Kornfelder und riesigen Wälder und Wiesen gehören einem einzigen Menschen, irgend einem Grafen oder Baron, dem „gnädigen Herrn", dem alle lebenden Wesen im Umkreis im Leben und Sterben untertan sind.

Wir betreten einen alten Rittergutshof. Eine schattige Allee führt an Kornscheunen, Pferde- und Viehställen vorbei bis zum Schloß, dessen 50 bis 80 Zimmer mit den kostbarsten Möbeln und dem größten neuzeitlichen Komfort ausgestattet sind. Da ist der rechte Flügel für die Frau Gräfin, der linke für den Herrn Grafen eingerichtet, der Sohn und die Tochter müssen auch 10 bis 12 Zimmer bewohnen und hinzu kommen noch Wohn-, Gesellschafts-, Klub-, Eß-, Jagd- und Empfangszimmer. An der Parkseite befindet sich ein Wintergarten mit den schönsten ausländischen Gewächsen, der Park mit seinen schattigen Bäumen, der Gemüse- und Obstgarten, ein Fischteich und der Tennisplatz.

Göttliche Weltordnung! Unsere unterernährten und lungenkranken Kinder verkommen in feuchten Kellerlöchern und die schmutzigen und staubigen Straßen sind ihre Spielplätze. Wie glücklich wären sie, könnten sie unter der lachenden Sonne in den Parks sich tummeln und spielen! Sie würden gesunden an Leib und Geist. Arme, kleine Sklaven des Kapitals, für euch ist nichts da, ihr könnt elendiglich verkommen, kein Graf, kein Baron, kein Gott erbarmt sich über euch. Aber diese Herren Lumpen, diese Parasiten, die noch in ihrem Luxus mit einem Heer dienstbarer Geister umgeben sind, sie füttert der Staat noch mit Millionen. Wer schafft diesem Ungeziefer solches Wohlleben?

Wir wandern weiter über den Gutshof. Abseits von einem Feldwege stehen 8 bis 10 kleine, niedrige, einstöckige Häuser. Jedes Haus hat 4 bis 6 Wohnungen, die aus Stube, Küche, Kammer besteht, oftmals nur aus Stube und Küche. Hier wohnen die Landarbeiter.

Eine Frau mit verhärmten Zügen tritt uns entgegen, fünf Kinder drängen sich um sie, das Kleinste liegt noch im Wagen. Die Frau hat es eilig, denn sie muß gleich wieder aufs Feld hinaus und mitarbeiten, weil der Verdienst des Mannes nicht reicht. Außerdem mußte sie sich überhaupt dazu verpflichten, denn sonst werden sie aus der Wohnung gejagt.

Wir kommen mit ihr ins Gespräch. Auf meine Frage, ob sie heute Abend in die kommunistische Volksversammlung kommen will, die im nächsten Ort stattfindet und in der eine Frau sprechen wird, antwortet sie: „In eine kommunistische Versammlung gehe ich gern, aber niemand darf es wissen. Vor allem nicht der gnädige Herr, denn wir dürfen keiner Partei angehören. Wir sind auch nicht mehr im Landarbeiterverband, denn die Führer haben uns betrogen. Sie haben es mit dem gnädigen Herrn gehalten, aber das werden die Kommunisten niemals tun!" Sie spricht gedämpft, ich sehe, wie sie ihre abgearbeitete Hand zur Faust ballt: „Die armen Sünder haben nichts vom Leben und mein Mann auch nicht. Immer mehr wird uns vom Gelde abgezogen und die dort oben", — sie ballt die Faust zum Schlosse — „die vergeuden die Lebensmittel; zwei Kannen Milch mit 40 Litern kommen täglich in die herrschaftliche Küche. Und immer diese großen Gesellschaften! Aber wartet, ihr Hunde, der Tag der Vergeltung wird kommen! Diesmal werden die Arbeiter es euch zeigen, wenn ihr auch bayrische Soldaten auf dem Schlosse habt."

Sie schweigt — ihre Augen leuchten. O, wie hat es mich angespornt, in der Versammlung zu reden, wie leicht wurde es mir, diese Landarbeiterfrauen mitzureißen, sie zu führen auf den Weg des Kampfes und ihnen das Ziel zu zeigen! Haß den Ausbeutern, die das Landproletariat aussaugen bis aufs Mark, nur um zu leben und zu genießen, aber auch Haß denen, die sich Arbeiterführer nennen und diesen Faulenzern, diesen Grafen Handlangerdienste leisten.

Wir fühlten, daß wir der Landarbeiterin helfen müssen. Sie will etwas in Händen haben zum Lesen und zum Studieren. Ihr Wissensdurst ist groß, aber alle müßt ihr mithelfen. Ihr dürft nicht die weiten Wege scheuen, sondern jeden Sonntag mit Material hinaus aufs Land! Fällt es auch mancher Genossin schwer, einer Kommunistin muß alles leicht sein.

Und wenn wir einst in diesen prachtvollen Grafenschlössern unsere armen unterernährten Kinder und Frauen, die Kranken und Siechen, die Veteranen der Arbeit unterbringen und ihnen sorgenlose Tage verschaffen können, dann haben wir ein großes Stück Arbeit vollbracht. Aber bis dahin wollen wir noch manchen steinigen Feldweg wandern und nicht müde werden. An jeder Kate, wo Landarbeiterinnen wohnen, machen wir Halt und versuchen sie aufzuklären und sprechen mit ihnen von den hohen Zielen des Kommunismus. Sie müssen wissen, daß das Land dem Volke gehört und nicht dem „gnädigen Herrn", sie müssen wissen, daß wir ihnen nicht die Ziege aus dem Stall holen wollen, sondern daß wir mit ihnen zusammen kämpfen wollen um ein frohes und freies, menschenwürdiges Leben für alle. Dann werden wir sie gewinnen für unsere große Idee.

Darum helft alle mit! Die Freude und der Sieg wird unser sein!

A. Christiansen.

Aus der Praxis der Schandparagraphen!

In **Backnang** in Württemberg wurden zirka 70 Frauen und Mädchen wegen versuchter Abtreibung verhaftet. Es handelt sich größtenteils um junge Mädchen und Frauen, die in einer dortigen Spinnerei beschäftigt sind. Eine Beteiligte, die sich seit längerer Zeit in Untersuchungshaft befindet, spielte leider den Angeber. Sie erzählte der Untersuchungsbehörde, die oder jene Frau hätte ebenfalls einmal erzählt, daß sie schon den Versuch der Abtreibung unternommen hätte. Die Betreffende wird dann von der Polizei vernommen, durch alle möglichen Kreuz- und Querfragen verwirrt, und die meisten gestehen dann ohne weitere Schwierigkeiten den begangenen Versuch. Gelingt es nicht gleich, ein Geständnis zu erlangen, so werden die Beteiligten einige Stunden oder aber auch einige Tage in Untersuchungshaft genommen, was vollständig genügt, um die Geständnisse zu erpressen. Ganz ungeheuerlich muß das Verhalten der dortigen Polizeiorgane bezeichnet werden. Der Stationskommandant nimmt das Verhör der einzelnen Opfer in seiner eigenen Wohnung in Gegenwart seiner Frau und seiner 15jährigen Tochter vor. Dabei bedient er sich der gemeinsten Ausdrücke gegen die Betreffenden, wie z. B. verlogenes Tier, verkommenes Mensch, verstocktes Weibsbild, freche, moralisch gesunkene Person, sie sind die Mindeste von allen, die ich seither hier hatte und dergleichen mehr. Einem Mädchen erklärte er: „Wenn Sie kein Kind erziehen wollen, so lassen Sie das Huren bleiben." Weiter stellt der Bursche Fragen an die Opfer, die mit der Untersuchung absolut nichts zu tun haben, z. B. wo und wie oft Verkehr gepflegt wurde. Dasselbe trifft zu auf den Backnanger Amtsrichter, der mit der Voruntersuchung betraut ist. Der Stationskommandant ist als Trinker in der ganzen Stadt bekannt. Er benützt den Mostkrug sogar fleißig während der Vernehmung der Angeklagten. Kürzlich erklärte er in einer Wirtschaft, als die Arbeiterinnen der Spinnerei vorbeigingen, hier gehe seine beste Kundschaft vorbei. Seit er diese habe, brauche er sich um andere nicht mehr bemühen. Interessant ist auch eine Wendung in der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Heilbronn. Es heißt dort im letzten Satz: „Im allgemeinen ist zu sagen, daß die Untersuchung die Moral eines Teils der Arbeiterschaft in Backnang in wenig günstigem Licht erscheinen läßt. Nur in solcher Umwelt sind Erscheinungen, wie sie dort vorkamen und dieses verbrecherische Treiben möglich. Hier ist einer des anderen wert."

Diese empörenden Vorkommnisse zeigen wieder aufs Neue die ganze Brutalität des kapitalistischen Staates, der die Arbeiterinnen zwingen will, Kinder in die Welt zu setzen, der aber nachher tatenlos zusieht, wie diese Kinder durch Wucher und Teuerung nicht ausreichend ernährt werden können und elend zugrunde gehen müssen.

Gegen diese nichtswürdige Art der Untersuchung muß unbedingt energisch protestiert und Beschwerde eingelegt werden. Außerdem muß erneut unsere alte Forderung auf Abschaffung der Abtreibungsparagraphen mit allem Nachdruck aufgestellt werden.

Wohnungs-Elend.

In welch schauderhaften Verhältnissen Arbeiter wohnen, konnte der Kontrollausschuß Moabit feststellen. So ist in einer Wohnung in der Calwinstraße 25 ein Rohrbruch, so daß der Kot die Wände herunter kommt und die Hausbewohner das Kloseit nicht benutzen können.

Dann in der Zwinglistraße 12 wohnen in zwei Räumen von 4 Meter Länge und zwei Meter Breite zehn Personen, davon zwei Kranke und drei Kinder. Außerdem ist die Wohnung so feucht, daß sich im Fußboden handgroße durchgefaulte Löcher befinden.

Ueberhaupt konnte der Kontrollausschuß in fast allen Fällen Kranke antreffen, was bei der Ueberfüllung der Wohnungen und dem Mangel an Reparaturen und den dadurch geschaffenen Krankheitskeimen kein Wunder ist. Selbst eine bürgerliche Wohlfahrtsstelle, das Rote Kreuz, ist gezwungen, unsere Angaben, die wir durch zahlreiches Material ergänzen können, durch folgende Tatsachen zu bestätigen.

Die Zahl der Wohnungslosen beträgt 1,5 Millionen in Deutschland. Keine eigene Wohnung haben 6 Millionen. Die Berliner Ortskrankenkasse stellt fest, daß im Jahre 1920 von den Kranken 37 Prozent im Keller und 42 Prozent im Dachgeschoß wohnten. Alle diese Wohnungen hatten eine Lichthöhe von unter 2,50 Metern. 34 Kranke wohnten in Wohnungen ohne Fenster. 5 Prozent der Kranken mußten in Löchern hausen, die weniger als 10 Kubikmeter Luftraum hatten. Ein Viertel der männlichen Krankenkassenmitglieder wohnte in Zimmern, die weniger als 28 Kubikmeter Luftraum hatten. Sie waren also schlechter daran, als die Gefängnisinsassen. Von den kontrollierten Kranken hatten 1918 im ganzen 8,7 Prozent, 1919 im ganzen 11,2 Prozent und 1920 im ganzen 13,4 Prozent kein Bett für sich allein.

Hier liegt ein großes Tätigkeitsgebiet für die Kontrollausschüsse, die solche Fälle feststellen und auf Abhilfe drängen müssen durch Beschlagnahme und Rationierung des vorhandenen Wohnungsraumes."

Und trotz alledem gibt es noch Wohnungen, die monatelang leer stehen, wie z. B. in der Birkenstraße 56, wo eine 3-Zimmer-Wohnung drei Monate lang leer stand. Ebenso gibt es im Tiergartenviertel zahlreiche Villen, von zehn und mehr Zimmern, die nur von einzelnen Personen bewohnt werden. Auch hier könnte der Kontrollausschuß mit Beweisen antreten.

An der Arbeiterschaft aber wird es liegen, dem Kontrollausschuß das Recht der Beschlagnahme zu erkämpfen, denn nur so werden Arbeiter zu menschenwürdigen Wohnungen kommen. Darum heraus, Proleten, aus den dumpfen Kellerlöchern, aus den engen Dachkammern, erkämpft euch die Macht, die Arbeiter- und Bauernregierung.

Gewerkschaftliches

Verhöhnung der Arbeiterinnen durch die Gewerkschaften.

Die meisten Verbände kümmern sich so gut wie gar nicht um ihre weiblichen Mitglieder. Sie denken nicht daran, daß die Arbeiterinnen doppelt und dreifach geknechtet sind im kapitalistischen Staate, und daß der Kampf gegen die zunehmende Verelendung auch geführt werden muß auf den Gebieten des Arbeiterinnenschutzes, der niedrigeren Entlohnung gegenüber den Männern u. dergl. m.

Anders der Deutsche Textilarbeiterverband, dessen Mitgliedschaft sich zu fast zwei Dritteln aus Frauen zusammensetzt. Er preist überall an, daß er gerade den Arbeiterinnen helfen und speziell ihretwegen um die „Erhaltung" der 46-Stunden-Woche und um gleichen Lohn für gleiche Leistung kämpfen wolle. Aber gerade weil der Deutsche Textilarbeiterverband so viel über das Wohl der Arbeiterinnen redet, enthüllt er den werktätigen Frauen in allen Berufen, daß die Gewerkschaften in der Frage der Arbeiterinnennöte genau so versagen wie auf allen anderen Gebieten. Ja, es ist geradezu eine Verhöhnung der Arbeiterinnen, wenn der Textilarbeiterverband um nur ein Beispiel seiner Tätigkeit herauszugreifen, Ende Juli eine Schwangeren-Konferenz nach Krimmitschau einberuft und auf dieser folgende Resolution annehmen läßt:

„Der Deutsche Textilarbeiterverband fordert für die Zukunft nach mündlichem und schriftlichem Gehör seiner bei ihm organisierten, im Zustande der Schwangerschaft befindlichen Kolleginnen ernstere Prüfung und Würdigung des Körper-, Seelen- und Gemütszustandes der schwangeren Arbeiterinnen während der Erwerbsarbeit.

Er verlangt diese ernstere Prüfung und Würdigung durch die Mitarbeiter und Arbeitgeber der Schwangeren, sowie durch Gemeinde-, Länder- und Reichsregierungen.

Der Deutsche Textilarbeiterverband fordert die in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiterinnen auf, es künftig nicht bei der Erwerbung der Verbandsmitgliedschaft bewenden zu lassen, sondern durch tätige Mitarbeit in allen gewerkschaftlichen Verwaltungseinrichtungen die Reife für höhere geistige Tätigkeit und höhere Verwaltungsarbeit in kommunalen und staatlichen Körperschaften allmählich zu erarbeiten und dadurch die Masse der Frauen und Mädchen zum Bewußtsein der heute unangemessenen, mit vielen Gefahren für Leib und Leben verbundenen Lage der Schwangeren zu bringen.

Der Verband erhebt diese Forderung an seine weiblichen Mitglieder in der Ueberzeugung, daß die Fürsorge für die schwangeren Frauen und Mädchen Vollkommenheit nur erreichen kann, wenn die Arbeiterinnen selbst kämpfend und positiv schaffend sich betätigen, auf eigenen Füßen stehen, geistig unabhängig von den Männern, wohl aber in gemeinsamer Arbeit mit diesen.

Bis zur völligen Befreiung von Erwerbsarbeit während der Periode der Schwangerschaft und Erfüllung des entgangenen Verdienstes aus Mitteln der Gesamtheit werden folgende Forderungen erhoben:

1. Humane Behandlung, rücksichtsvolles, ernstes und würdiges Verhalten der Vorgesetzten sowie der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gegenüber der schwangeren Kollegin.
2. Unterstützung der schwangeren Kollegin durch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bei allen der Schwangeren schwer fallenden Arbeitsverrichtungen (Anlangen geistiger Fäden beim Weben, Wenden, Schleppen und Heben der Tuchstücke, beim Stückenputzen, beim Stopfen usw., Schleppen und Heben der Wollkörbe, beim Bolzen usw.).
3. Schaffung von Sitzgelegenheit am Arbeitsplatz für die Arbeiterinnen während der Zeit ihrer Schwangerschaft bei Beschäftigung, die ununterbrochenes Stehen erfordert.
4. Bereitstellung eines freundlich eingerichteten Zimmers für schwangere Arbeiterinnen in Großbetrieben mit zahlreichen weiblichen Personal, in welchem der Schwangeren während der Pausen sowie bei Schwäche- und sonstigen Anfällen Gelegenheit zu bequemem Liegen gegeben ist. Für die schwangeren Frauen sind besondere Pausen einzulegen.
5. Einrichtung guter Kantinen in Großbetrieben mit der Möglichkeit, den besonderen Bedürfnissen der schwangeren Arbeiterinnen entsprechende Speisen und Getränke verabfolgen zu können.

6. Bereitstellung von Medikamenten, die nach ärztlichen Erfahrungen im Zustande der Schwangerschaft bei gewissen Anfällen oftmals erforderlich sind.
7. Einstellung von Betriebsärzten in Großbetrieben mit zahlreichem weiblichen Personal nach dem Muster der Schulärzte.
8. Einrichtung von ärztlichen Sprechstunden für Schwangere in den Großbetrieben.
9. Einrichtung von ärztlichen Beratungsstellen für Schwangere in den Gemeinden.
10. Verpflichtung der weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten zur besonderen fürsorgenden Beaufsichtigung der Schwangeren im Arbeitsprozeß.
11. Einstellung weiblicher Aerzte als Gewerbeaufsichtsbeamtinnen und Verpflichtung derselben zu besonderer sorgfältiger Beratung der Schwangeren und zur Erforschung und Einwirkung der Erwerbsarbeit auf das Seelen- und Gemütsleben der Frau in der Periode der Schwangerschaft.
12. Restlose Anerkennung der Schwangerschaftsbeschwerden als Krankheiten im Sinne der Reichsversicherungsordnung durch die Krankenkassen.
13. Verpflichtung der Krankenkassen zur Uebernahme der Kosten für ärztliche Behandlung und Gewährung von Medikamenten an die Familien der verheirateten Versicherten.
14. Milderung der wirtschaftlichen Not der kinderreichen Familien durch gesetzliche Einführung der Kinderversicherung."

Daß eine solche Resolution zustande gekommen ist, nimmt freilich nicht wunder, wenn man sich die Zusammensetzung der Konferenz ansieht: die weiblichen Vertrauenspersonen des Verbandes, unter denen sich natürlich nur getreue Anhängerinnen der Bürokratie befanden, Vertreter des sächsischen Arbeitsministeriums, der Gewerbeinspektion Zwickau und des ADGB., daneben — nach dem Bericht des „Textilarbeiters" — etwa die Hälfte der eingeladenen schwangeren Mitglieder der Filiale Crimmitschau.

Der Hunger treibt schon längst die schwangeren Frauen des Proletariats bis zur letzten Minute vor der Entbindung in die Betriebe und zur angespanntesten Akkord- und Ueberstundenarbeit — „freiwillig", wie unlängst das „Deutsche Reichsarbeitsblatt" den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten entnehmen zu können glaubte. Die Konkurrenz der Arbeiter und Arbeiterinnen auf den Arbeitsnachweisen ist infolge der wachsenden Betriebseinschränkungen und Stillegungen so groß geworden, daß auch für die schwangeren Frauen die größte Sorge die ist, daß sie nicht entlassen werden, und wie sie weiter das unentbehrlichste Brot in ihrem Zustande, speziell auch die imer teurer werdende Milch, beschaffen sollen. Diese Fragen aber werden in der Resolution nicht einmal gestreift.

Redensarten über humane Behandlung seitens der ebenfalls in tiefster Not befindlichen Klassengenossen und über „höhere geistige Tätigkeit", sowie die stark bürgerlich-frauenrechtlerisch anmutende Propagierung der „geistigen Unabhängigkeit von den Männern" sind freilich leichter zu verzapfen und der nächstliegende Kampf um die wirtschaftliche Gleichstellung mit dem Manne durch die „geistigen" Phrasen zu verwischen. Daß in Sowjetrußland, wo vor wenigen Jahren und heute noch der größere Teil der weiblichen werktätigen Bevölkerung Analphabeten sind, den schwangeren Frauen grundlegend geholfen ist, scheint der Textilarbeiterverband heute noch nicht zu wissen. Wir schlagen deshalb als Thema für die nächsten Veranstaltungen seiner Frauen-Kommissionen ein Referat über die Lage der Arbeiterinnen in Sowjetrußland vor.

Die Crimmitschauer Resolution fordert zwar auch für die heutige Zeit verschiedene sehr schöne Dinge, wie Einrichtung von Kantinen, sorgfältigste ärztliche Pflege usw. Aber alle diese Forderungen werden von ihnen selbst nicht ernst genommen. Es ist ja nicht einmal die unentgeltliche Bereitstellung der Räume, Speisen, Medikamente, der ärztlichen Fürsorge gefordert. Ist aber an Bezahlung seitens der schwangeren Frauen gedacht, so ist das angesichts der zunehmenden Senkung der Löhne, gegen die die Gewerkschaften nicht kämpfen, abermals nur Hohn und Spott. Es ist auch kein Weg gezeigt, wie die aufgestellten Forderungen zur Praxis werden, und das bewußt deshalb nicht, weil der Weg ein Kampfweg ist, der vermieden werden soll.

Verhöhnung der Arbeiterinnen ist es auch, daß die Hauptforderungen nicht an die Unternehmer gestellt werden, die, wie der Textilarbeiterverband selbst oftmals gezeigt hat, noch immer ungeheure Gewinne einsacken, und an den Staat, der selbst nach bürgerlichen Auffassungen für die Existenz seiner Arbeitssklaven verantwortlich zu machen ist. Die Hauptforderungen, zugleich die Forderungen, die in der Folge der Verband selbst immer mehr vorschieben wird, können nur die Gesamtarbeiterschaft noch immer mehr belasten, nicht aber die Einheitsfront zum Kampfe fester schweißen. So z. B. muß die Forderung der Kinderversicherungen von der Arbeiterschaft selbst ganz energisch abgelehnt werden, denn sie drückt, genau wie der Soziallohn, den Lohn der gesamten Arbeiterschaft herab. Auch eine Verpflichtung der Krankenkassen zur Uebernahme der Kosten für die Familien der verheirateten Versicherten wird den Bankerott der Krankenkassen nicht aufhalten und den schwangeren Frauen keine Hilfe schaffen. Hier hilft nur der Weg, den die Kommunisten in einem Antrage an das Reich gewiesen haben: Uebernahme der Wochenfürsorge durch das Reich, das die erforderlichen Mittel durch Heranziehung der besitzenden Klasse, durch Schwerterfassung aufbringen kann und muß.

Der Grundfehler der Crimmitschauer Resolution ist, daß die Illusion erweckt wird, als ob durch tausend Reformchen, die die Arbeiterschaft zersplittern und praktisch nichts schaffen, geholfen werden kann, wo allein eine grundlegende Aenderung der gesamten Wirtschaftsverhältnisse, wo nur der revolutionäre Kampf noch helfen kann.

Die Stellungnahme des Deutschen Textilarbeiterverbandes sollte alle Kolleginnen veranlassen, in ihren Betrieben und Gewerkschaften die Frage ausreichenden Arbeiterinnenschutzes erneut aufzurollen und zur Bildung einer revolutionären Kampfesfront auch auf diesem Gebiete beizutragen. J. N.

Aus der Organisation

Landesfrauenkonferenz der KPD. Sachsens.

Zum ersten Male tagten die Genossinnen der drei sächsischen Bezirke gemeinsam in Dresden, um Stellung zu nehmen zu wichtigen politischen Tagesfragen und neuen Spezialaufgaben für die kommunistischen Frauen. Aus allen Teilen Sachsens, mit Ausnahme vom südlichen Vogtland, welches keine Vertreterin entsandt hatte, waren die Genossinnen erschienen, bereit, ihren Teil an Parteiarbeit zu leisten in den kommenden Kämpfen, die entscheidend sein werden für Sein oder Untergang des deutschen Proletariats.

Die Konferenz wurde am 25. August, abends 6 Uhr, begonnen. Es wurden bestimmt zu Vorsitzenden Genossin Beyer-Leipzig, Genossin Böhme-Dresden; zu Schriftführerinnen Genossin Meinig-Limbach, Genossin Schreiter-Dresden; zur Mandatsprüfungskommission die Genossinnen Frötschner-Crimmitschau, Gahwohl-Pirna, Richter-Friedersdorf. Das politische Referat hielt Genossin Martha Arendsee, die in treffender Weise die heutige politische und wirtschaftliche Situation darlegte. Auf Beschluß der Konferenz wurde die Aussprache hierüber verbunden mit Punkt 4 der Tagesordnung: Bericht aus den Bezirken, um Wiederholungen zu vermeiden. Aus den Bezirksberichten war zu erkennen, daß in allen drei Bezirken tüchtig gearbeitet wird, von den immerhin noch wenigen Genossinnen, die dazu berufen und bereit sind. Daß die Tätigkeit auf verschiedenen Gebieten liegt und die Erfolge nicht überall die gleichen sind, kam etwas zum Ausdruck. So haben die westsächsischen Genossinnen Erhebliches geleistet im Kampf gegen die §§ 218—219 des Reichsstrafgesetzbuches und haben damit gute Erfolge erzielt, auch organisatorisch gewirkt bis in die entlegensten Winkel ihres ausgedehnten Bezirks. Leider seien infolge von Ueberanstrengung einige Funktionärinnen körperlich erschöpft, so daß jetzt die Heranziehung und -bildung neuer Kräfte mit allem Nachdruck betrieben werden muß. Letzteres trifft auf alle Bezirke gleichermaßen zu.

Im Erzgebirge-Vogtland war viel geleistet worden in den Betrieben, auch über Kontrollausschußtätigkeit wurde ausgiebig berichtet.

In Ostsachsen wird auf diesem Gebiete in der Lausitz und in Pirna gearbeitet, während sich in Dresden die Bewegung noch ausschließlich auf die Hausfrauen stützt. Daß man um das Problem: Frauen und Hundertschaften noch kämpft und sich für die Betriebszellenorganisation interessierte, bewies, daß die Genossinnen den lebhaftesten Anteil an allen Tagesfragen nehmen.

Am nächsten Morgen sprach Gen. Schneller, Mitglied des Landtages, über das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz und Berufsschulgesetz, die Genossinnen in ihren künftigen Aufgabenkreis einführend. Er betonte die grundlegenden Voraussetzungen für die Lösung ihrer Aufgaben, nämlich den Willen, sich von alten Anschauungen freizumachen, besonders unter der Frauenwelt die Erkenntnis vorzubereiten, daß das neue Leben ein Gemeinschaftsleben sein wird. In der Aussprache ergänzte Genossin Arendsee auf Grund ihrer Erfahrungen sachlich das Referat. Im übrigen zeigte sich, daß besonders auf dem Gebiet des Berufsschulwesens Erfahrungen noch nicht vorhanden waren. Im Gegensatz hierzu stand die Debatte über das Referat der Genossin Schlag-Chemnitz, über soziale Fürsorge im Reich und in Sachsen. Sowohl über das Bestehende auf diesem Gebiete mit seinen krassen Unzulänglichkeiten als auch über das zu Fordernde machten die Genossinnen treffende Ausführungen.

Nach dem Bericht der Mandatprüfungskommission waren aus 18 Unterbezirken und 32 Ortsgruppen Delegierte anwesend, außerdem 60 Gäste. Bedauerlich zeigte sich das geringe Interesse der führenden Genossen an der Tagung, darin, daß keine Bezirksleitung und der Landesvorstand nicht einen Vertreter entsandt hatten.

Das praktische Ergebnis der Konferenz ist die Annahme eines Antrages Schneller, wonach die Frauengruppen zu kommunistischen Arbeiterwohlfahrtsorganen ausgestaltet werden sollen, ferner eines Antrages der Genossin Arendsee, daß die Kontrollausschüsse dazu erweitert werden sollen, im Dienste der Arbeiterwohlfahrtspflege zu wirken. Diese Anträge und auch der abgelehnte Antrag der FAA. Ostsachsens, wonach die Verbindung mit den sozialdemokratischen Arbeiterwohlfahrtsausschüssen angestrebt werden soll, waren gestellt worden, aus der Erkenntnis heraus, daß wir Einfluß auf die Jugendämter und ihre Zusammensetzung bekommen müssen.

Der Anregung der Genossinnen Westsachsens, einen Austausch der Arbeitspläne und Berichte der Bezirke untereinander vorzunehmen, stimmte die Konferenz zu; zur Ermöglichung dieses Austausches wird als Vertretung beim Landesvorstand bis zur Neuwahl desselben Genossin Schlag vorgeschlagen. In seiner Sitzung vom 28. August hat der Landesvorstand nach dem Konferenzbericht der Wahl der Genossin Schlag zugestimmt.

Ferner verpflichtete sich die FAA. Ostsachsens, eine Kommission erfahrener Genossinnen zu wählen, welche mit der Genossin Schlag praktische Richtlinien zum Gesetz für unentgeltliche Geburtshilfe in Sachsen ausarbeiten sollen. Eine von der Konferenz angenommene Resolution folgt an anderer Stelle.

Nach dem Gesang der „Internationale" wurde die Tagung mit einem dreifachen Hoch auf die Weltrevolution, abends 6 Uhr, geschlossen.

Bezirk Magdeburg-Anhalt.

Bericht aus der Generalstreikbewegung.

Am Mittwoch, den 8. August, trat die Frauengruppe Magdeburg zum erstenmal in Aktion. Wir sammelten uns zur bestimmten Zeit auf dem Marktplatz, auf dem gerade Wochenmarkt abgehalten wurde. Der Wochenmarkt war schon einige Zeit vorher von uns systematisch bearbeitet worden zwecks Gründung eines Kontrollausschusses. Am 8. August war der Wochenmarkt sehr mangelhaft mit Waren beschickt, die Frauen hatten kein Geld, die teure Ware zu kaufen, überall standen die Frauen zusammen in Gruppen und diskutierten erregt über die unhaltbaren Zustände. Von uns wurde nun die Parole in die Masse geworfen: Auf in die Betriebe, wir verlangen Geld, um Lebensmittel kaufen zu können.

Die Parole wirkte, die Frauen scharten sich zusammen und wir hätten einen ansehnlichen Zug bekommen, wenn ein Polizeischnüffel seine Spürnase nicht hineingesteckt hätte. Ihm gefiel es nämlich gar nicht, daß die grüne Polizei unserem Treiben ruhig zusah. Er ließ eine von unseren Genossinnen verhaften. Die Menge, darob empört, lief mit zur Polizeiwache und verfuchte unsere Genossin zu befreien, ein Rollkommando fuhr auf und machte der Szene ein Ende.

Wir zogen nun mit 50 Frauen nach den Betrieben, unterwegs schlossen sich noch ungefähr 50 Frauen an, so daß wir uns damit schon sehen lassen konnten. Ueberall holten wir die Betriebsräte heraus und brachten unsere Forderung vor, sofortige Lohnauszahlung von 2 Millionen Mark, kein Vorschuß, keine Abschlagszahlung.

Die Betriebsräte sagten uns, daß es unmöglich wäre, am selben Tage 2 Millionen auszuzahlen. Die Reichsbank habe kein Geld, der Wochenlohn zum Freitag sei nicht einmal vorhanden. Wir machten die Betriebsräte darauf aufmerksam, daß, wenn wir kein Geld bekämen, wir unsere Männer aus den Betrieben holen würden, dann sollten sie gar nicht mehr arbeiten. Es ruhte an diesem Tage in fünf Betrieben die Arbeit, die Arbeiter übten passive Resistenz, es gelang uns, in zwei Betrieben eine Belegschaftsversammlung zu erzwingen, in der wir zu Tausenden von Arbeitern sprachen und unsere Forderung vorbrachten. Die Belegschaft hatte unsere Forderung insoweit übertroffen, daß sie 10 Millionen forderte, welches auch berechtigt war.

In einem großen Werk lag alles still, außer der Tischlerei, wo Sozialdemokraten arbeiteten; die Frauen nahmen den Männern das Handwerkzeug fort und jagten sie aus dem Betriebe.

Zwei Tage später, am 10. August, fand eine öffentliche Frauenversammlung statt, die sehr gut besucht war. Es gelang uns, einen Kontrollausschuß zu wählen, der leider erst auf dem Papier steht.

Wir werden aber alles daran setzen, um den Kontrollausschuß in Tätigkeit zu bringen.

*

Gen. Hampel, Staßfurt, berichtet:

Unsere Frauengruppe besteht aus 110 Mitgliedern. Jeden Dienstag findet unser Frauenabend statt, welcher von vielen Frauen besucht wird. Als Diskussionsstoff benutzen wir die „Kommunistin", „Rote Fahne", Tribüne". Dann hält abwechselnd Genosse Wallstab oder Joseph einen Vortrag. Es besteht hier eine FAA., welche sich für sämtliche Kleinarbeit der Partei zur Verfügung stellt. Während unserer Tätigkeit haben wir gemeinsam mit der Jugend eine Kindergruppe gegründet. Als Abschluß der internationalen Kinderwoche veranstalteten wir ein Kinderfest, welches für uns eine gute Propaganda war. Zum Antifaschistentag haben wir die Sammelaktion übernommen. Es beteiligten sich 10 Genossen daran. Der Erfolg war zufriedenstellend. Einer Genossin wurde der Sammelkasten mit Geld abgenommen, doch bekamen wir es am nächsten Tage wieder. Bei dem letzten Streik hat es sich gezeigt, wie nötig das Bestehen der Frauengruppe ist. Es fanden vier öffentliche Frauenversammlungen statt, in welcher eine Deputation von vier Frauen gewählt wurde. Diese nahmen an den Verhandlungen der Streikleitung und Arbeitgeber teil. Wir gingen dazu über, einen Kontrollausschuß zu wählen, bestehend aus zehn Frauen. Dieser stellte folgende Forderungen an den Magistrat:

1. Stundung der Milch,
2. Beschlagnahme der Lebensmittel und Stundung der Preise,
3. Anerkennung der Kontrollausschüsse.

Es wurde erreicht Stundung der Milchpreise für Säuglinge, Kranke und alte Leute. Alle anderen Forderungen wurden als unerfüllbar abgelehnt. Die Frauen haben versucht, durch eine Demonstration ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, wurden aber durch Schupo auseinandergejagt. Die indifferenten Frauen beteiligten sich zahlreich an der Demonstration. Wir nutzten dieses agitatorisch aus und luden sie alle zum nächsten Frauenabend ein. . . .

Feuilleton

Auf den Barrikaden*).

Paris, die heilige Stadt der Menschheit, ist nie so groß gewesen, als zur Zeit der unvergeßlichen Kommune. Der verzweifelte Kampf hatte die Atmosphäre gereinigt. Inmitten der Gefahren fühlten sich die Menschen plötzlich als Brüder: im Bomben- und Granatenhügel wurde Paris als die Hauptstadt des Geistes und der Menschheit wieder geboren. Die Menschen hatten hier gelernt, sich nur auf sich selbst zu verlassen, sie hatten gelernt, sich in dem großen Alltagswerk zu vereinigen, sie hatten gelernt, ohne Furcht zu sterben. Die Seele der Kommune wurde von Heldenfrauen gezeugt. Als die Bomben der Preußen die Häuser zerstörten, riefen die Pariser Frauen: Zu den Waffen! Auf die Wälle! Das Arbeiter-Paris hat sich vor nichts gefürchtet, es hätte sich in den Ruinen der Häuser vergraben, ein Wall von Leichen, die für die Freiheit gefallen.

Von diesen Menschen sagte man, sie hätten ihr Vaterland nicht geliebt. Von ihnen, die ganz Frankreich zuriefen, stirb mit uns!

Ich hörte, wie Blanqui rief: Gebt allen Franzosen Waffen in die Hand, wir werden jeden Fußbreit Erde verteidigen, Waffen dem Volk, Waffen den schwieligen Händen!

Doch Waffen bedeutet — Macht!

Aber Thiers wollte der Stadt sogar ihre eigenen Kanonen stehlen.

---

*) Aus dem Roman: „Flammen" von Stanislaw Brzozowski.

Ich sah, wie das Pariser Arbeitsvolk sie umarmte, diese seine Geschütze, wie lebende Freunde — die Frauen warfen Blumen unter ihre Räder an dem Tage, wo die heilige Kommune geboren ward.

Katja stand an einem der Geschütze und rief: Frauen von Paris, nicht einen Kuß, nicht eine Umarmung den Feiglingen und Sklaven. Sklaven können nicht die Väter unserer Kinder sein, denn wir wollen nicht für sie schamrot werden, freie Menschen wollen wir gebären, freie, nicht solche, die vom Unrecht der Menschen leben. Arbeiterfrauen, Arbeitertöchter, wir wollen Kinder gebären für jene Zukunft, wo die Arbeit frei sein wird.

Die Frauen klatschten Beifall und riefen: sie lebe hoch! Sie trugen sie auf ihren Armen, sie aber rief: Zu den Waffen! Zu den Waffen!

Und so sah ich sie dann die ganze Zeit hindurch.

Wo eine Abteilung von Föderierten zu wanken begann, da ergriff sie die Fahne und rief: „Schande euch, wenn ich falle!" Atemlos lief der riesige Kornta hinter ihr her und rief: „Vive la commune!" Wohl der einzige Satz, den er französisch konnte.

Ich sah, wie sie stehen blieb bei den Tragbahren, auf denen man die Toten und Verwundeten trug, und hörte, wie sie rief: „Rache, Rache! Vergeßt nicht, wie viele schon gefallen sind! Mütter, schickt eure Söhne her, Schwestern eure Brüder, Frauen eure Männer. Wir Frauen werden die Zukunft erkämpfen, wir gebären die Kinder, wir wollen keine Sklaverei mehr auf Erden!"

„Paris wird sich nicht ergeben!" rief sie, als die Versailler Truppen einrückten. „Paris wird sich nicht ergeben. Wir können nicht, wollen nicht in Sklaverei leben, wir werden sterben, wir werden zugrunde gehen, um im Andenken fortzuleben als die große Stadt der Zukunft, die Stadt der Freiheit!"

Und mit einer Fackel in der Hand lief sie, die öffentlichen Gebäude anzuzünden, rief nach Pulver, Dynamit und Petroleum. „Sterben, lieber sterben unter den Trümmern, als weiter in Sklaverei leben! Ruft den Tod, den Tod ruft, Ihr Töchter von Paris!"

Eine Straße nach der anderen fiel in die Hände der Versailler. Die Verzweiflung bemächtigte sich auch der standhaftesten Seelen.

Katja lief von Barrikade zu Barrikade.

„Wir ergeben uns nicht, wir ergeben uns nicht, frei wollen wir sterben!"

„Elle ne se rend pas, la commune de Paris."

Und sie rief:

„Was fürchtet ihr denn? Den Tod? Der wird auch so kommen, diese zahnlose alte Hexe mit dem Krückstock, sie wird kommen, sich an euer Bett setzen, und ihr werdet Tage und Nächte lang im Finstern mit dem Tode ringen. Ist's nicht besser, mit der Waffe in der Hand zu sterben! Ist's nicht besser zu sterben, so, wie wir jetzt sind, wie Halbgötter, frei für immer, und frei zu bleiben?"

Pariser, ich werde mich bis ans Ende verteidigen, und sollte ich auch allein sein. Wer ist mit mir?"

Und rauchgeschwärzte Hände erhoben sich zu ihr und fieberheiße Lippen riefen: „In den Tod! Frei wollen wir sterben!"

„Frauen," rief Katja, „hinaus auf die Straßen, auf die Straßen, sterbet zusammen mit euren Männern und Brüdern! Seht, da liegen Flinten auf dem Pflaster. Flinten von Gefallenen, warum ergreift ihr sie nicht? Die Frauen werden kämpfen, wenn es an Männern fehlen wird. Gemein ist die Frau, welche Paris überleben will!"

„Paris, wißt ihr, was Paris ist? Die Stadt, die durch Jahrhunderte ruft: Nichts steht höher als der Mensch, alles für den Menschen! Paris ist ein Gott, so heilig, wie das heiligste aller Worte — der Mensch."

„Wir rufen nicht: Gott und Vaterland. So rufen die, welche von Mord und Raub leben. Gott, das ist die Sklaverei der Seelen. Die Seelen müssen zittern, damit die Körper arbeiten. Die Seele von Paris bebt nicht."

„Wir werden keine Sklaverei mehr kennen, unsere Nacken werden sich nicht mehr beugen: aufrecht und stolz werden wir in den Tod gehen."

Am vorletzten Tage traf sie mich an einer Gassenecke.

„Michel," rief sie, als ich an ihr vorbeiging, ohne sie zu sehen. „Ich dachte, du wärest schon gefallen, und ich wollte deinen Tod rächen; du lebst noch?"

Ihre Hände, ihr Gesicht, ihr Haar roch nach Pulver. Pulvergeruch und Kampfeslust wehte mir entgegen, als ich sie küßte.

„Jetzt lebe ich", sagte sie, und ihre Nasenflügel bebten, sie stand auf einen Karabiner gestützt da. „Jetzt lebe ich, jetzt bin ich nicht mehr Moroschkins Sklavin. Seit ich weiß, daß ich sterben werde mit der Waffe in der Hand, siegreich und unerschrocken, kann ich wieder ohne Ekel an mich denken. Ich küsse dich mit freien Lippen. Mit Lippen, welche der Tod für immer schließen wird. Ich danke dir für dieses Leben des Kampfes. Ich danke dir für die Tage in Paris, welches brennt."

Kugel pfiffen über unsere Köpfe hinweg, als sie noch sagte: „Ich habe dich sehr geliebt, Mischut".

Und wir gingen wieder auf unsere Posten zurück.

Die vorderste Barrikade wurde von Kornta verteidigt. „Le prince Calmuc", wie ihn die Pariser nannten. Wenn die Patronen ausgegangen waren, riß er die Steine aus dem Pflaster heraus und warf damit.

Zwischen den Salven rief er:

„Versailler Saubande!" Und wenn er einen Angriff abschlug, schrie er: „Thiers ist ein Schwein!"

Seine Barrikade wurde zweimal genommen; zweimal trieb er die Versailler herunter von ihr und jagte sie wieder in ihre Stellung zurück. Beim dritten mal traf ihn eine Kugel ins Herz, er fiel und schrie noch als letztes: „Versailler Saubande".

Ich sah Aldy, wie er sitzend schoß. Sein Bein war zerschmettert, zu seinen Füßen lag Romain, an der Schläfe eine schwarze Wunde.

Ich sah, wie eine Kugel Aldys Herz durchbohrte, hörte, wie er noch rief: „Arbeiter, kämpft bis zum letzten Atemzuge!"

Und endlich sah ich sie auf dem Pflaster, die Brust durchbohrt von einem Bajonett: sie lag da mit geschlossenen Augen. Ein Geschütz fuhr über ihren Körper hinweg: neben mir standen an zwanzig Arbeiter, ich schrie und warf mich vorwärts.

Das Geschütz war unser. In den Speichen des Rades hatte sich Katjas Körper verflochten, fürchterlich zerfetzt.

Das war der letzte Sieg.

Verwundet sank ich um. Fast durch ein Wunder rettete mich die Familie irgendeines Arbeiters.

Zwei alte Leute pflegten mich zwei Monate in einem Kellerloch. Als ich wieder aufstand und fortreiste, weinten sie: vor der Kommune hatten sie fünf Söhne gehabt, jetzt waren ihnen nur noch ihre Heldennamen geblieben.

Der letzte war ein zwölfjähriger Bub, welcher, als man ihn gefangen nahm, um die Erlaubnis bat, der Mutter seine Uhr bringen zu dürfen, und der, nachdem er dies getan, sich selbst seinem Henker stellte, um sich an irgendeiner Mauer füsilieren zu lassen.

Inhaltsverzeichnis: Titelbild: Schluß mit dem Lebensmittelwucher. — Proletarische Frauen in die Kampffront! Die Frauen und die Betriebszellenwoche. — Die Frauenfrage in der Genossenschaftsbewegung. — Auf einer Agitationstour durch Mecklenburg. — Aus der Praxis der Schandparagraphen. — Wohnungselend. — Gewerkschaftliches: Verhöhnung der Arbeiterinnen durch die Gewerkschaften. — Aus der Organisation: Landesfrauenkonferenz der KPD. Sachsens. — Bezirk Magdeburg-Anhalt. — Feuilleton: Auf den Barrikaden.

Genossinnen!
werbt für die
Kommunistin

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW 48.

Die Kommunistin

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Herausgegeben vom Reichs-Frauensekretariat. Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin

Nr. 20 | Die Kommunistin erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Infolge der immer weiteren Geldentwertung mußte der Preis wieder erhöht werden. Grundpreis 50 Pf. × Schlüsselzahl d. Ztsch. | **Berlin, 15. Oktober 1923** | Verlag: Friedrichstadt-Druckerei GmbH. (Abteilung Zeitschriften), Berlin SW 48, Friedrichstr. 225. — Verantwortlich für die Redaktion: Martha Arendsee, Berlin. | **Jahrg. 5**

Der Weiße Schrecken!

Kampf der weißen Diktatur – Kampf für das Leben!

In den letzten Jahren ist viel von der weißen Diktatur gesprochen worden. Aber erst jetzt, da wir unmittelbar vor ihr stehen, vermögen wir ganz zu erkennen, was sie bedeutet. Seit Jahren hat die Gegenrevolution, haben die Generäle der Reichswehr, die reaktionären Beamten in allen Aemtern, die Großindustriellen und das ganze Geschmeiß von Arbeiterfeinden gearbeitet an der Schaffung einer riesigen Macht. Sie haben aus der Reichswehr und den faschistischen Verbänden unter der Herrschaft der Demokratie, geduldet und gefördert vom demokratischen Staat, ein Heer geschaffen, das bestimmt ist, die Demokratie oder richtiger gesagt, den letzten Schein einer Demokratie, auszutilgen und an ihre Stelle ein Regiment zügelloser Gewalt gegen die Arbeiterschaft zu setzen. Sie stehen heute bereit zur entscheidenden Tat. In Bayern hat der Orgeschhäuptling Kahr die Zügel in seine Hand genommen, in Norddeutschland sind die Großstädte eingeschlossen von Reichswehr und faschistischen Banden, von Norden und von Süden her bedrohen große Truppenmassen Sachsen und Thüringen. Angeblich, um diese Gefahren zu bannen, in Wirklichkeit aber als Unterstützung und Vorbereitung der kommenden Diktatur, ist der Belagerungszustand über ganz Deutschland verhängt, wird die Arbeiterpresse, werden die Arbeiterversammlungen unterdrückt und wird der Regierung ein Ermächtigungsgesetz bewilligt, das praktisch schon alle Demokratie und die Weimarer Verfassung aufhebt. Die Vorbereitungen sind damit abgeschlossen, die Gegenrevolution kann ihren Umsturz unternehmen.

All diese Vorbereitungen zeigen klar, worum es sich handelt. Die Arbeiterklasse soll niedergemetzelt werden. Sie soll so gefesselt werden, daß sie sich nicht mehr regen kann. Es soll ihr Wille gebrochen werden, auf daß sie ohnmächtig ihren Herren zu Füßen liege.

Aber es wäre falsch, anzunehmen, daß Ströme von Blut und Sklavenketten für das Proletariat allein den Sinn der Diktatur ausmachen würden. Wie furchtbar auch die Opfer des Proletariats sein werden, wenn die stumpfsinnige, aufgehetzte Faschistenmeute losgelassen wird — viel schrecklicher werden die Opfer sein, die das ganze arbeitende Volk bringen muß, wenn die Gegenrevolution wirklich gesiegt hat, wenn das brutale offene Morden zu Ende ist und die „Ordnung" der Gegenrevolution hergestellt ist. Denn es geht nicht allein um die Macht. Sie ist nur das Mittel. Es geht ums Brot. Das Ziel der Diktatur ist die Ausplünderung der Masse, es ist der Profit.

Die Diktatur von rechts, die in Deutschland möglich ist, wird ja nicht nur eine Diktatur engstirniger Militaristen sein; auch sie sind nur Werkzeug. Es wird die Diktatur des Großkapitals sein, das die Gegenrevolution gefüttert hat mit Geldmitteln, das die nationalistischen Strömungen, das alle möglichen Illusionen in den verschiedenen Schichten des deutschen Bürgertums ausgenutzt hat, um sie den eigenen Profitinteressen dienstbar zu machen. Und diese Diktatur des Großkapitals spricht jetzt schon offen aus, was sie will. Sie will Millionen des deutschen Volkes zum Hungertode verurteilen, um ihre unstillbare Raffgier zu befriedigen, um im schrecklichen Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens doch den eigenen Profit sicherzustellen.

Wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen in den letzten Monaten mit Schrecken wahrnahmen, wie sie auf immer kleinere Rationen gesetzt wurden, wie es immer schwerer wurde, den Hunger zu stillen — woran hat das gelegen? Daran, daß das Großkapital Deutschland in einer gewissen- und rücksichtslosen Weise ausgeplündert hat. Aber es soll noch schlimmer werden. Und die Stinnes und Konsorten sind frech genug, schon heute klar und deutlich zu sagen, was sie vorhaben. In einem Brief an den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, der Partei der Großindustrie, hat Hugo Stinnes sein Wirtschaftsprogramm entwickelt. Im Vordergrunde steht die Beseitigung des Achtstundentages. Schon jetzt verlangen die Unternehmer im Ruhrgebiet, daß die Arbeitszeit in den Bergwerken von 7 auf 8½ Stunde und in den Fabriken auf 12 Stunden erhöht wird. Das bedeutet nicht bloß, daß aus den Arbeitern, die Beschäftigung finden, das letzte bißchen Kraft bei Hungerlöhnen ausgepreßt werden soll. Man denke doch daran, daß Deutschland am Anfang einer schrecklichen Wirtschaftskrise steht, daß Betrieb auf Betrieb geschlossen wird und Millionen auf die Straße geworfen werden. Schon heute steht ein Drittel der gesamten deutschen Arbeiterschaft in Kurzarbeit oder liegt auf der Straße. Die deutsche Arbeiterklasse soll in zwei Heere geteilt werden, von denen das eine bis auf den letzten Rest seiner Kraft ausgeplündert, das andere dem blanken Hunger überliefert wird.

Dem blanken Hunger. Denn Herr Stinnes dekretiert: „Erwerbslosenfürsorge ohne Arbeitsleistung muß verboten werden". Die Opfer der wahnwitzigen Wirtschaftspolitik werden zum Tode verurteilt. Man gibt ihnen keine Arbeit und ruft ihnen dann das kaltschneidende Wort zu: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen." Unsere Arbeiterinnen mögen an das Schicksal ihrer Kinder denken, und sie werden die ganze Größe der Gefahr erkennen.

Jedes Recht auf Gegenwehr soll den Arbeitern genommen werden. Sind jetzt schon in Bayern alle Streiks verboten worden, so fordert Stinnes, daß in Zukunft in ganz Deutschland Streiks in lebenswichtigen Betrieben verboten seien, und unter lebenswichtigen Betrieben versteht er selbstverständlich in erster Linie seine Kohlenzechen. Der Begriff „lebenswichtiger Betrieb" kennt schier keine Grenzen. In den wenigen Fällen, die noch übrig bleiben, soll ein besonderer Schutz der Streikbrecher eingeführt, d. h. in jedem Falle eines Streiks soll das Militär gegen die Arbeiter aufgeboten werden. Aber nicht genug damit, es sollen sogar die letzten Sicherungen für den Lohnarbeiter genommen werden: Tarifverträge werden untersagt, die Löhne werden einseitig von den Unternehmern festgesetzt. Die Gewerkschaften, mit denen Stinnes heuchlerisch bisher in der Arbeitsgemeinschaft gesessen hat, sollen außer Kraft gesetzt werden.

Schutz des Eigentums fordert Herr Stinnes, Blutjustiz gegen Eigentumsvergehen, zu denen die verzweifelten Massen durch den Hunger getrieben werden. Für den Kapitalismus aber will Stinnes freie Bahn haben. Volle Freiheit der Spekulation und Preistreiberei. Und Steuerfreiheit für die Kapitalisten.

Die Arbeiterinnen müssen sich dies alles vorhalten, müssen genau überlegen, was dieses Programm der kapitalistischen Diktatur bedeutet, und sie werden erkennen, wie notwendig, wie unabwendbar der Kampf gegen diese Gefahren ist.

Sie brauchen nicht zu verzweifeln. Wenn die ganze Arbeiterklasse fest geschlossen den Kampf aufnimmt, dann wird der Kampf siegreich enden für das Proletariat, und nicht für das Kapital. Denn an dem ehernen Widerstand der Arbeiter wird jeder Versuch der Gegenrevolution scheitern. Aber um diese Front des Proletariats herzustellen, ist die zäheste und eifrigste Arbeit notwendig. Und gerade die Arbeiterinnen haben die Pflicht, ihre ganze Kraft in den Dienst der Sache zu stellen. Nicht allein im Betriebe sollen sie arbeiten, nicht allein auf dem Markte die Frauen aufklären, vor allem sollen sie ihren Männern den Rücken steifen und Kämpfer aus ihnen machen. Wenn die Frauen nicht verzagen, dann wird es gelingen.

Stinnes Reise zu Degoutte.

Unser Bild zeigt uns die Situation im Ruhrgebiet. Stinnes fährt als Herr und Gebieter über Millionen von halbverhungerten Arbeitssklaven nach Paris, um mit Poincaré über das Schicksal der Ruhrindustrie zu verhandeln. Bürgerliche Zeitungen zerbrechen sich den Kopf darüber, ob diese Verhandlungen mit oder ohne Willen der Stresemann-Regierung vor sich gehen. Für den Proletarier sind solche philosophischen Fragen unwesentlich; denn tatsächlich verhandelt der Patriot Stinnes seit September mit Poincaré um seinen Anteil an der Ausbeutung des Ruhrgebiets, tatsächlich liegt heute in seiner Hand nicht allein das Schicksal Stresemanns, sondern das Schicksal ganz Deutschlands. Und als Herr und Gebieter über 60 Millionen Menschen stellt er und mit ihm die Kapitalisten Vögler, Klöckner, Lübsen, Silversberg und v. Velsen ihre Forderungen an die Reichsregierung, auf die, wenn diese Zeilen in Druck gehen, bereits eine Antwort erfolgt sein soll.

Was will Stinnes?

Sein Plan ist seit jeher, die Reparationen und die Wiederherstellung der Ruhrindustrie mit dem Blute der Arbeiter zu bezahlen. Bei diesem Unternehmen soll ihm Poincaré und die deutsche Regierung einträchtig Hilfe leisten.

Von der deutschen Regierung fordert er die **Verlängerung der Arbeitszeit auf 8 Stunden unter Tage und auf 10 Stunden für die übrigen Arbeiter;** er fordert von der Reichsregierung, d. h. von den Steuern der Arbeiter, **die Bezahlung der während der Ruhrbesetzung beschlagnahmten Kohle,** Ersatz **für die seit dieser Zeit zwangsweise** eingeführte Kohlensteuer und **künftighin ihre gänzliche Beseitigung.** Und als Gebieter, der sich seiner Macht völlig **bewußt** ist, **fordert er von der Stresemann-Regierung die offizielle Ermächtigung, daß nicht die Regierung, sondern die Kommission der Industriellen die Verhandlungen mit Frankreich weiterführt,** sowie alle laufenden Fragen regelt. (Inzwischen ist der Landesverrat so weit gediehen, daß Poincaré die Verhandlungen mit der deutschen Regierung überhaupt ablehnt und die Ruhrfrage nur noch als Privatangelegenheit zwischen Stinnes und Frankreich betrachtet. D. Red.) Poincaré aber soll ihm bei der praktischen Durchführung dieser Forderungen, bei der **Abschaffung des 8-Stundentages, bei der Beseitigung der Betriebsräte und der Herabsetzung der Löhne, mit seinen Bajonetten behilflich sein.**

Während die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokraten am grünen Tisch die Frage des 8-Stundentages diskutieren, sucht Stinnes ihn mit einem Federstrich zu erledigen. Die Große Koalition wird ihn auch wenig daran hindern, da er sie völlig in seiner Gewalt hat.

Die Sozialdemokratie weicht Schritt für Schritt vor Stinnes zurück; triumphierend berichtet der „Vorwärts", daß ein Vertrauensvotum für die Regierung dank der „Verträglichkeit" der Sozialdemokratie zustande gekommen ist, einer Verträglichkeit, die mit dem Hungertod zahlloser Arbeiter und Arbeiterinnen erkauft wurde.

Der Kampf der Arbeiter ist das einzige Hindernis, das sich Stinnes entgegenstemmt! Immer härter prallen die Klassengegensätze aneinander. Stinnes weiß, daß es heute kein Biegen mehr gibt, sondern nur ein Brechen! Daher seine unerbittlichen Forderungen in völlig unverhüllter Form!

Möge das deutsche Proletariat ebenso von der Unerbittlichkeit der Situation durchdrungen sein! Dann wird nicht ihm, sondern der Stinnes-Gesellschaft das Genick gebrochen werden!

Aktive Arbeit!

Dem Proletariat stehen schwere revolutionäre Kämpfe bevor, und in diesen Kämpfen fallen die mannigfaltigsten Pflichten auch uns Frauen zu. Es taucht die Frage auf: Eignen sich die Frauen dazu, in den Hundertschaften gemeinsam mit den Männern, auch eventuell mit der Waffe in der Hand, zu kämpfen? Ich möchte sagen: Jede Frau, die sich dazu berufen fühlt und Mut und Kraft besitzt, muß Seite an Seite mit den Genossen kämpfen. Ich erinnere nur an die Zeit der Pariser Kommune. Haben dort die Frauen nicht heldenhaft und vorbildlich auf den Barrikaden gekämpft und ihr Leben in die Schanze geschlagen? Haben sie nicht, als die Männer mutlos wurden, in ihnen neue Begeisterung entfacht? Und als sie gefangen wurden, mit größter Todesverachtung ihr Leben hingegeben? Auch in Rußland haben die Frauen und Mädchen in der Roten Armee mitgekämpft und, unter schwersten Strapazen und Leiden, Sieg und Festigung der Revolution errungen.

In Deutschland, und besonders in Thüringen, zeigt es sich, daß die Frauen begriffen haben, um was es geht, daß sie den Gedanken des Klassenkampfes voll und ernsthaft erfaßt haben. Dort ist die erste weibliche Hundertschaft gebildet worden, die bei Demonstrationen aufmarschiert ist. Die weiblichen Hundertschaften verdanken der Aktivität und der Kampfbegeisterung der Frauen ihr Entstehen. Die Arbeiterschaft in Sachsen und Thüringen, die in allen Betrieben ihre Hundertschaften organisiert hat, hält es jedoch für weitaus zweckmäßiger, die kampfwilligen Frauen überall in die allgemeinen Hundertschaften einzugliedern, damit sie Hand in Hand mit ihren männlichen Genossen in den Kampf gehen.

Aber, Genossinnen, wir Frauen werden in den kommenden Kämpfen noch viele andere Aufgaben haben. Die Pflege der Verwundeten z. B. wird in hervorragendem Maße uns zufallen. Wir haben den „Proletarischen Gesundheitsdienst", in einigen Orten noch den „Arbeiter-Samariter-Bund", die dauernd Sanitätspersonal ausbilden. Da ist es Pflicht jeder Genossin, die sich irgendwie eignet, sich mindestens für die erste Hilfe dort ausbilden zu lassen.

Außerdem müssen alle Frauen und Mädchen, die sich nicht aktiv am Kampfe beteiligen, die Arbeit hinter der Front verrichten. Hilfreich muß dort, wo die Mutter nicht anwesend ist, der Haushalt, die Kinder mitversorgt werden. Aber, was von ganz besonderer Wichtigkeit ist, das ist die

Aufklärungsarbeit unter den indifferenten Frauen. Unermüdlich muß ihnen auch während des Kampfes noch klar gemacht werden, um was wir kämpfen, was eine Arbeiterregierung bedeutet, daß auch sie mithelfen müssen an den gewaltigen Kämpfen, wenn sie ein besseres Los erwarten wollen.

Es ist klar, daß es neben diesen noch andere Aufgaben zu erfüllen gibt. Mehr denn je müssen sich alle Genossinnen der Partei zur Verfügung stellen. Die zuverlässige Ausfüllung von Funktionen, die sehr „einfach" erscheinen, ist jetzt von besonderer Wichtigkeit. Frauen, die noch nicht sehr lange bei uns organisiert sind, müssen zur Arbeit in den Zehnergruppen herangeholt werden. Das wird schnell die Verbindung mit den alten Parteigenossen herstellen und die neuen Genossen werden dabei den Aufbau und die Notwendigkeiten der Gesamtpartei am besten kennen lernen. Gerade die Frauen, die jetzt zur Partei kommen, sind arbeitsfreudig und stolz, wenn sie zunächst einmal der Klebekolonne zugeteilt werden, um da „Schmiere" zu stehen. Aber auch bei allen anderen großen und kleinen Aufgaben der Partei müssen die Frauen Seite an Seite mit den Männern kämpfen und durch ihre Pflichttreue beweisen, daß sie tüchtige Pioniere und Soldaten der Revolution sind.

Genossinnen! Dies alles sind nur kleine Fingerzeige, nur Andeutungen, was es heißt, „aktive Arbeit" in den kommenden Kämpfen zu leisten. Es muß eben jede Gelegenheit ausgenutzt werden, die die gegenwärtige Situation mit sich bringt. Ich glaube, es wird auch jeder Mann stolz sein auf seine Frau, die mit all ihren Kräften mithilft am großen Befreiungskampf des Proletariats!

Proletarierfrauen! Tut Eure Pflicht!

Vorwärts zum Siege der neuen Gesellschaftsordnung!

W. M.

Sturmzeichen!

In den proletarischen Vierteln Berlins sind die Frauen aufmarschiert. Der Norden, der Osten sahen — trotz Richters kleinem Belagerungszustand und Eberts großem Ausnahmezustand — Frauen-Massendemonstrationen, spontane Hungerparaden.

Auf den Höfen, auf den Märkten haben sie sich gesammelt. Wie schon unzählige Male hatten sie wieder über die Preise, über den Wucher, über die Leere ihres Beutels und ihres Magens gestöhnt und geflucht. Doch in diesen Tagen der stündlich wachsenden Not reiften Zorn und Wut endlich zu einem Entschluß: Wir wollen nicht länger hungern! Laßt uns alle gehen und es bekunden: Wir wollen Brot, wir wollen ausreichenden Lohn! Wir wollen Milch für die Kinder und Kranken! Arbeit und Speisung für die Erwerbslosen und Invaliden! Zahlt den Kriegsopfern eine Rente, die zum Leben ausreicht, zahlt sie pünktlich! Wir wollen nicht verrecken!

Es bedurfte nur eines Entschlusses — eines geringen Anstoßes — und schon zogen Hunderte von Frauen auf die Straße. Erwerbslose schlossen sich an. „Schlangen", — des geduldigen Anstehens endlich müde — stießen zum Zug. Kriegsopfer, im Kampf um den versprochenen Dank des Vaterlandes, der ihnen gewiß sein sollte, vereinen sich mit den Demonstrationszügen.

Die fluten — zu Tausenden und aber Tausenden angewachsen — den Sitzen der verantwortlichen Behörden zu.

Aber der Sozialdemokrat Richter und der Sozialdemokrat Sollmann haben weise Vorsorge getroffen, daß in der freiesten Republik der Welt sich der empörte Volkswille nicht äußern darf. Monarchisten dürfen gegen die Republik — trotz Ausnahmezustand — demonstrieren, das stört nicht. Aber die hungernden Proletarierfrauen, die anklagend, fordernd daherschreiten, sie bedrohen die hehrsten Freiheiten (!) dieses Ruhe- und Ordnungsstaates, sie müssen von der Straße. Wieso? Jawohl, sie bedrohen die „Freiheiten" des Wuchers, des Spekulierens, die „Freiheiten" für die Proletarier, verrecken zu dürfen, wie es dem Kapital gefällt: Weg mit ihnen von der Straße!

Verstärkte Sipo versperrte die Wege zur Innenstadt, bewachte die amtlichen Gebäude, der Ausnahmezustand bedroht Zusammenrottungen mit Zuchthaus und Tod. Die Frauen achten dieser Fesseln nicht. Sie marschieren vorwärts.

Und die Wucht des zusammengeballten Elends, die Entschlossenheit des Willens, den diese spontanen Elendsparaden darstellen, verfehlen auch auf die Hüter der — Ordnung ihre Wirkung nicht. Die Frauen umgehen die Kette — stellenweise, in den verschiedensten Stadtgegenden — passieren sie sie sogar. Die voneinander unabhängigen Demonstrationen dringen bis zu ihren Zielen vor: Das Rathaus, das Ministerium, die Hauptfürsorge für Kriegsopfer.

Aber diese Gebäude sind besonders „gesichert". Die Organe des freiesten Volksstaates, die dort sitzen, scheinen kein gutes Gewissen zu haben. Außerdem — Spitzel haben von beabsichtigtem Stürmen des Rathauses, der Fürsorge usw. berichtet. Man muß doch etwas leisten für den Judaslohn.

Aber die Proletarierinnen lassen sich nicht schrecken. Daheim hockt die grausigste Not. Also vorwärts.

Die Demonstranten des Schönhauser Tor-Viertels — hauptsächlich aus Hausfrauen und Erwerbslosen bestehend — hat bald trotz allen Schwierigkeiten ihre Delegation und einen Nachschub im Rathaus. Die Frauen verlangen den Leiter des Ernährungswesens, der erst, als unsere Frauen Krach schlagen, mühsam herbeizitiert wird. Alle seine Versuche, mit Zahlen zu blenden, mit Versprechungen zu beschwichtigen, schlagen fehl. Die Frauen setzen die Anerkennung ihrer Forderungen und die Zusage, sofort etwas zu ihrer Verwirklichung zu tun, durch. Da sie den draußen Harrenden keinen Bericht geben dürfen, werden sofort zwei Versammlungen einberufen, in denen Bericht gegeben wird. Die Versammlungen sind überfüllt. Keine Illusion, daß nun wirklich etwas wird, taucht auf. Alle — von den jugendlichen Arbeitslosen bis zur weißhaarigen Sozialrentnerin, die sich beim Sprechen kaum auf den Beinen halten kann — sind sich einig, daß der Druck wiederholt, daß er verstärkt werden muß, daß ein anderes politisches und wirtschaftliches System erst erkämpft werden muß, ehe wirklich etwas geschehen wird.

Die Frauen des Moabiter Viertels gehen direkt zum Ministerium. Die Minister sind natürlich für die Proletarierinnen auch nicht zu sprechen. Sie werden herausgewiesen.

Die Kriegsopfer finden jedes Bezirksamt besetzt. Die Witwen, die die Auszahlung der längst fälligen Zahlungen verlangen und aufbegehren wegen dieses schamlosen Raubes an ihren paar Bettelpfennigen, werden von Grünen aus den Gebäuden geworfen. Ganz spontan ziehen die Gruppen daraufhin zur Hauptfürsorge, die unter besonderen militärischen Schutz gestellt ist. Hier wird einer Delegation der Eintritt mit Fäusten und vorgehaltenem Revolver verwehrt. Eine Genossin sinkt zu Boden — der Schupoleutnant hat sie vor den Leib getreten, daß sie wohl zeitlebens ein Gedenken an den Dank des Vaterlandes behalten wird.

Drei Autos mit Schupo eilen herbei. „Hunger!" „Wir wollen Brot!" gellt der Schrei der Menge — wie aus einem Munde. „Wir werden Euch schon geben" — kommt als Antwort zurück. Und rücksichtslos wird mit Fäusten und Fußtritten, mit Kolben und Säbel versucht, die Frauenmasse auseinander zu bringen. Aber die Frauen wanken nicht. Sie stehen wie eine Mauer. 20 Verletzte werden abtransportiert, zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. „Macht uns alle tot! Wir weichen nicht!" ist die Antwort der Menge. Schließlich muß sie sich doch gegenüber dem brutalen Verhalten zurückziehen, sie sammelt sich aber gleich wieder an anderer Stelle und wartet ab, was die doch ins Gebäude gelangte Delegation wohl erreicht. Die „erreicht" inzwischen, daß die Hauptfürsorge jede Verhandlung ablehnt und einen Beirat der Delegation, einen Genossen aus dem Internationalen Bund der Kriegsbeschädigten, unter Androhung des Hausfriedensbruch-Paragraphen zwingt, das Gebäude zu verlassen. Eine sofort zusammentretende Versammlung nimmt Stellung zu den Vorfällen. Sie entsendet eine Delegation zum Magistrat; sie verlangt die Freilassung der Verhafteten, sie stellt erneut die dringenden wirtschaftlichen Forderungen. Wieder war keiner der hohen Herren vom Magistrat anfänglich zu sprechen. Wieder lassen sich die Sozialdemokraten wie die Bürgerlichen verleugnen. Wieder kommt ein Sozialdemokrat erst nach energischem Auftreten der Frauen. Wieder werden gern Versprechungen gemacht, — aber in diesem Kreis verfangen sie ebensowenig.

Die demonstrierenden Kriegsopfer wie die Hausfrauen, die Erwerbslosen wie die Sozialrentner, sie haben den ersten Schritt des revolutionären Kampfes getan. Sie haben gesehen, wieviel es zu tun gibt, um die allzu berechtigten Forderungen durchzusetzen. Sie arbeiten nun fieberhaft, bald wieder stärkere, wirkungsvolle Schritte tun zu können.

Den Mut und die Entschlossenheit der Berliner Proletarierinnen, die sich im letzten Generalstreik auch schon sehr stark bekundeten, können wir Kommunistinnen als verheißungsvolles Signal begrüßen. Als Signal, daß in den bisher passivsten Schichten der Proletariats Bewußtsein und Kampfeswille erwachen, als Signal der heranrollenden Revolution!

R. W.

Auftakt zum Kampf!

Frauenversammlung in einem Arbeiterviertel der Großstadt. Keine Zeitungsanzeige hatte darauf hingewiesen: die kommunistische Zeitung des Bezirks ist verboten. Kein Plakat verkündete Zeit und Ort: die Versammlung war vom militärischen Befehlshaber nicht genehmigt. Mit kleinen, selbstgeschriebenen Handzetteln waren die Genossinnen straßenweise treppauf, treppab gelaufen, um die Arbeiterfrauen einzuladen. Sie sollten erfahren, welche Gefahren unter dem Ausnahmezustand sie umlauern. Sie sollten sich zur Abwehr rüsten.

Achthundert Arbeiterfrauen sind dem Ruf gefolgt. Der Saal ist gesteckt voll. Es liegt wie Gewitterschwüle in der Luft, atemlose Spannung der Zuhörer, während der Redner in abgewogenen und trotzdem wuchtigen Sätzen die furchtbar ernste Lage schildert. Vor sich die sorgendurchfurchten Gesichter der vorzeitig gealterten Frauen, packt er hinein in die Fülle ihres Elends. Sie haben gelitten und geduldet. Nichts hat es genützt. Noch Furchtbareres steht ihnen bevor. Der weiße Schrecken hebt sein Haupt. Seine Parole: Zehnstundentag, Abschaffung der Arbeitslosenfürsorge, Sparsamkeit bei den Renten der Kriegsopfer, Alten und Hilflosen, neue Steuerlasten für die Habenichtse. Seine Mittel: Verbot der revolutionären Presse, Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts, Verbot des Zusammenschlusses der Betriebsräte, Auflösung der Abwehr-Organisationen der Arbeiter gegen die Faschisten, Streikverbote. Und schließlich: bewaffneter Aufmarsch von Reichswehr im Bunde mit Faschisten gegen die Klassenfront der Arbeiter — zuerst gegen Sachsen und Thüringen, das rote Herz der deutschen Revolution.

Untergang in die Barbarei — oder zum äußersten entschlossener Widerstand. Männer und Frauen des Proletariats zusammengeschweißt in einer Front!

Die Frauen rühren sich nicht. Aber ihre Augen hängen an den Lippen des Redners. Kein Murren, keine Unruhe, als er von den ungeheuren Opfern der kommenden Kämpfe um Leben und Tod der Arbeiterklasse spricht. Kann es denn noch schlimmer werden als jetzt? Besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende, steht auf mancher verzweifelten Stirn zu lesen.

„Genossinnen, Arbeiterfrauen! Wir stehen nicht allein in unserem harten Kampfe. Unsere russischen Brüder und Schwestern stehen bereit. Sie erwarten mit Ungeduld den Tag und die Stunde, da wir sie zur Hilfe rufen werden. Sie sind bereit, alles mit uns zu teilen, ihr letztes Stückchen Brot — und mehr noch!"

„Weiße Bohnen!" schallt ein Zwischenruf aus dem Saal. Alle begreifen.

„In diesen Kämpfen wird die Kommunistische Partei sich an die Spitze der Arbeiterschaft stellen. Wir allein können es nicht schaffen. Ihr alle müßt mitkämpfen. Aber wir versprechen Euch, wenn Ihr bereit seid, Euch alle die Waffen zu liefern, die Ihr in diesem Kampfe braucht!"

Die Spitzel und Kriminalen im Hintergrund des Saales spitzen die Ohren.

„Geistige Waffen selbstverständlich", betont der Redner mit solcher Akzentuierung jeder Silbe, daß kein Mißverständnis möglich ist.

„Eine Arbeiterregierung, gestützt auf die breiten Massen, müssen wir haben. Die wird durch die Betriebsräte die Sachwerte bei den Kapitalisten erfassen, die wird durch die Kontrollausschüsse die Lebensmittel beschlagnahmen zur Sicherung der Ernährung. Freilich, auch eine Arbeiterregierung wird nicht Butter für 1,60 M. das Pfund beschaffen können. Sie wird auch nicht das Ei für 6 Pfennig legen können. Aber sie wird eine proletarische Ordnung in Deutschland schaffen, wie die Arbeiter sie verstehen!"

Und dann haben die Frauen das Wort. Eine nach der anderen erhebt sich aus der Menge und spricht, da wo sie steht. Wie eine Sturmflut, welche die Dämme sprengt, brechen die Worte von ihren Lippen und aus ihren Herzen.

„Als wir auf der Straße standen und über die wahnsinnigen Preise diskutierten, da kam ein Grüner und wollte mich verhaften. Aber ich sagte ihm: Nicht ich rege die Frauen auf, sondern die Plakate mit den unverschämten Preisen. Aber aufgeschrieben wurde ich doch. Als aber einer vom Polizeirevier mit der Zustellung in meine Wohnung kam und nachdem wir uns eine halbe Stunde unterhalten haben, sagte er: Recht haben Sie, Frau, und uns geht es auch schlecht, ich muß ja nur tun, was mir befohlen wird." Eine andere: „Eine Katze sorgt für ihre Jungen, schafft ihnen Futter und verteidigt sie gegen ihre Feinde. Aber ihr Frauen laßt Eure Kinder vor Euren Augen verhungern. Ihr seid schlechter als Katzen und Hunde!"

Eine dritte: „Seit die „Rote Fahne", die „Kommunistin", die von Eurem Leben und Euren Kämpfen schreibt. Fort mit den bürgerlichen Zeitungen, die Euch mit ihren Liebesromanen den Kopf verdrehen. Was für ein Leben führt Ihr? Wo Mann und Frau zusammengepfercht im Elend leben und von Sorge und Not gequält sind Tag und Nacht, da stirbt die Liebe zum Fenster hinaus!"

Die vierte: „Nur über meine Leiche geht dein Weg, wenn es zu Straßenkämpfen kommt und du willst dabei sein!" So hörte ich neulich eine Frau zu ihrem Mann sagen. Ich aber meine: „Wenn in diesem Kampf die Männer sich feige drücken, dann müssen wir Frauen sie herausprügeln!"

So eine nach der anderen. Anfangs begannen einige mit Beifallsklatschen. Aber später unterbleibt es, wie auf Verabredung. Hier ist nicht Zeit und Raum für den Genuß rednerischer Leistungen. All dies sind todernste Vorbereitungen für die Kämpfe. Rastlos wandern währenddessen Genossinnen von einer Reihe zur anderen mit der Aufforderung: „Genossin, abonnieren Sie die „Kommunistin"." Auch das ist revolutionäre Arbeit.

Die Funktionärinnen der Kommunistischen Partei treten noch zu einer kurzen Besprechung über praktische Fragen zusammen: Verwendung von Genossinnen im Nachrichtendienst. Versorgung der Kinder der aktiven Genossinnen während ihrer Mobilisierung für die Partei. Vorbereitung zur Einrichtung von Gemeinschaftsküchen für die Zeiten alster Kämpfe.

Dann liegt der große Saal öde und schweigend da.

Aber draußen durch die dunklen Straßen fliegt die Kunde von der proletarischen Mobilmachung, die morgen in den Betrieben, auf den Märkten, in den Hinterhöfen der Mietskasernen, beim Schlangestehen vor den Lebensmittelgeschäften das Gespräch von Zehntausenden von Arbeitern und Arbeiterfrauen bilden wird.

Arbeiterfrauen!

(Diskussionsrede einer Arbeiterin.)

Wir leben in einer schicksalsschweren Zeit; es gärt und brodelt in der Tiefe, und diejenigen, welche lernten, auf den Schritt der Zeit zu achten, wissen, es will eine neue Zeit ans Licht. Und da heißt es, alle Hände rühren, vorbereiten, helfen, daß diese qualvolle Zeit des Erwartens abgekürzt wird. Vor allem ist das die Aufgabe der Frau, denn sie fühlt die Wehen, die den kranken Wirtschaftskörper schütteln, zuerst und besonders heftig. Ihr alle kennt ja zur Genüge das Lied: der Wochenlohn reicht nicht zu, Kohlen und Kartoffeln für den Winter können nicht angeschafft werden, an Stiefel und Kleidung ist schon gar nicht zu denken. Das alles soll die Frau heranschaffen mit den wenigen wertlosen Papierfetzen, die der Mann nach Hause bringt. Weil das aber von Tag zu Tag mehr zur Unmöglichkeit wird und die Frau aber die Verantwortung für die Familie trägt, darum ist sie auch verpflichtet, mitzukämpfen für bessere Lebensmöglichkeiten.

Was ist zu tun? „Wir können nichts machen, das ist Sache der Männer," sagen manche Frauen. Denkt mal an 1914. Glaubt Ihr, Hindenburg und Ludendorff hätten so ruhig ihre Armeen aufstellen können, wenn Ihr Frauen Euch vor Eure Männer gestellt und erklärt hättet: Wir geben sie nicht her für Eure Zwecke! Und wenn Ihr

Euren Männern gesagt hättet: Wir verbieten Euch, für größenwahnsinnige Schmarotzer Euch schlachten zu lassen? Aber Ihr waret stolz darauf, wenn Eure Männer eingezogen wurden, und habt ihnen Sträußchen in die Gewehrläufe gesteckt und „Hurra" geschrien. Damals habt Ihr nicht gefragt, was aus Euch und Euren Kindern wird, wenn der Mann gar nicht oder als Krüppel heimkehrt. Und jetzt, wo es um das Sein der ganzen Arbeiterklasse geht, wo Ihr die Möglichkeit habt, Euren Kindern eine lichte, sonnige Zukunft zu bauen, die das Gespenst der Arbeitslosigkeit nicht kennt, da zaudert Ihr, da haltet Ihr Eure Männer zurück? Treibt sie heraus aus der trägen Gleichgültigkeit, und Ihr selbst, Ihr gehört auch dahin, wo Eure Männer kämpfen werden. Das wäre nicht Sache der Frau? Und Eure Kinder? Was könnt Ihr ihnen denn noch bieten? Ihr könnt das langsame Verhungern noch hinauszögern, Ihr könnt zusehen, wie sie täglich mehr verelenden und verkommen. Aber dann würde Euch jedes Tier beschämen, das doch sein Leben einsetzt zur Rettung seiner Jungen, und Ihr hättet kein Recht, Euch Mutter zu nennen.

Ihr könnt auf den Kampf ja nicht verzichten, und Ihr werdet es nicht tun. Gegen die, die Euch treten, Euch zum Hunger verdammen und höhnisch Euch noch ins Gesicht speien, werdet Ihr Euch erheben. Das seid Ihr Euch und der kommenden Menschheit schuldig.

Die Frauen in den proletarischen Kämpfen.

Mit der Verschärfung der Gegensätze ändern sich fortgesetzt die Methoden, die die Arbeiter in Lohnkämpfen gegen das Unternehmertum anwenden. Während in der Vorkriegszeit oft wochen- ja monatelange Streiks geführt wurden, zwingt die wirtschaftliche Lage die Arbeiterschaft, heute alle Kämpfe recht schnell zu einem Abschluß zu bringen. Dabei ist es selbstverständlich, daß alle Mittel ergriffen werden, die zur schleunigen Bewilligung aufgestellter Forderungen führen.

Ein wichtiges neues Moment bei den Lohnkämpfen in den letzten zwei Jahren ist die Beteiligung der Frauen. Während früher die Frauen in ihrer Abneigung gegen Streiks die Männer oft genug in die Betriebe zurück jagten, zeigt sich heute eine völlige Wandlung. Sowohl die Hausfrauen, die außerhalb des Betriebes stehen, als auch die Arbeiterinnen im Betriebe, die bei früheren Kämpfen Streikbrecherarbeiten leisteten, sind es jetzt häufig, die den Anstoß zum Kampfe geben.

Die Hausfrauen entwickeln von Monat zu Monat neue Methoden für die Entfachung zum Kampfe. Vor zwei Jahren bildeten sie bei Streiks besondere Frauenkommissionen, die durch Einberufung von Versammlungen für die Unterstützung des Kampfes durch die Frauen zu sorgen hatten. Die Kommissionen sammelten Lebensmittel und richteten Küchen ein, um die Kinder der Streikenden mit Essen zu versorgen. Dadurch war es möglich im Kampfe auszuharren. In gutbesuchten Versammlungen für Frauen zeigten sie großes Interesse für den Kampf. Sie standen sogar schon Streikposten und hinderten die Streikbrecher an der Arbeit.

Gegenwärtig jedoch warten die Frauen meist schon nicht mehr, bis die Männer in den Kampf getreten sind, sondern **sie selber veranlassen jetzt die Männer zum Kampfe.** Sie sind es ja auch, die zu Hause sitzen, und keinen Bissen Brot für die Kinder haben. Der Mann kommt von der Arbeit und sie können ihm nur ein karges Mittagessen vorsetzen. Das bringt sie in eine noch größere Empörung als den Mann, und so kam es denn, daß sie in dem letzten Streik im August vor die Betriebe zogen, die Arbeiter aufforderten, Belegschaftsversammlungen abzuhalten und Lohnforderungen zu stellen. Teilweise wurden von den Frauen Kommissionen gewählt, die in den Belegschaftsversammlungen sprechen mußten. Die Männer wurden durch die Initiative der Frauen in den Kampf gezogen.

In jüngster Zeit sind besonders im besetzten Gebiet die Unternehmer dazu übergegangen, die Lohnverhandlungen zu sabotieren. Sie erklärten den Arbeitern, sie könnten nicht genug Geld herbeischaffen, oder die Franzosen hätten das Geld beschlagnahmt usw. Auch hier griffen die Frauen ein. In Gerresheim, einem Vorort von Düsseldorf, wo der Unternehmer ebenfalls die Löhne nicht auszahlen wollte, zogen 500 bis 600 Frauen vor das Direktionsgebäude und verlangten sofortige Auszahlung; da sie nicht wichen, ließ der Unternehmer schließlich die Auszahlung vornehmen. In einem anderen Betrieb „Schöndorff" in Düsseldorf trat dasselbe ein, die Frauen erzwangen auch hier die sofortige Auszahlung.

Im Ruhrgebiet auf der Zeche in Karnap und bei Dortmund wurde ebenfalls die Lohnzahlung sabotiert. Die Männer getrauten sich nichts dagegen zu unternehmen. Da zogen früh die Frauen zum Zechenplatz und verhinderten die Einfahrt der Bergleute. Sie sagten ihnen: Wenn ihr für den Grubenbaron arbeiten sollt, dann soll er euch auch die Löhne zahlen. Wenn wir schon mit unseren Kindern hungern sollen, dann wollen wir nicht bei der Arbeit für den Kohlenherren zugrunde gehen, sondern im Kampfe versuchen uns zu helfen.

So stellt die steigende Not die Frauen in immer größerem Maße in die Front. Sie zeigen sich in diesen Kämpfen auch durchaus gewandt und vor allem entschlossen. Die Aufgabe ist jetzt, diese Frauen auch für die großen politischen Auseinandersetzungen zu gewinnen. Es gilt, sie darüber aufzuklären, daß alle Versuche, sich des Elends zu wehren, dauernden Erfolg nur dann haben werden, wenn sie organisiert und zielklar und unter gleichzeitigem Kampf um die nötigen politischen Sicherungen geführt werden. Die Partei hat hier große Aufgaben zu erfüllen und es wird notwendig sein, daß sie für diese Propaganda mehr Kräfte einsetzt als bisher. Unter den großen Massen der proletarischen Frauen finden sich die dankbarsten Zuhörer für unsere Ideen, sie suchen in ihrer großen Not einen Ausweg, der zu ihrer Rettung führen kann. Geben wir ihnen den Glauben an die große Kraft des Proletariats und sie werden mitten in unseren Reihen stehen, sie werden die entschlossenen und mutigsten Kämpferinnen sein.

H. Gesike.

Aus der Internationale

Vom Kampf in Bulgarien.*)

In Deutschland versucht die Bourgeoisie auf gesetzmäßigem Wege eine Weiße Diktatur aufzurichten. In Bulgarien hat sie es vor einigen Monaten durch einen Staatsstreich getan. Heute stehen unsere Genossen in blutigem Kampfe gegen diese Diktatur. Ihr Kampf ist um so schwerer, als es der Weißen Diktatur gelungen ist, alle Machtpositionen fest in die Hand zu nehmen. Von dem furchtbaren Ringen des Proletariats in Bulgarien erzählte ein junger bulgarischer Genosse folgendes:

„In unserer Ortsgruppe gab es 180 Mitglieder, fünfzig davon, die besten, sind erschossen worden. Meine ganze Familie ist kommunistisch. Der Vater, die Mutter, die 18jährige Schwester. Mein 14jähriger Bruder spielt sehr gut Geige und singt gut. Er hat die Kinder des Ortes alle revolutionären Lieder gelehrt und die kommunistischen Kindergruppen gegründet und geleitet. Vater, Mutter und Schwester sitzen jetzt in Haft. Man will den Vater auch erschießen, bisher hat man es aber noch nicht gewagt, weil er sehr beliebt ist. Das kleinste von den Geschwistern, das drei Jahre alt ist, hat die Mutter mit ins Gefängnis genommen, die drei anderen Kleinen sind bei Verwandten. Meiner Schwester gelang es, einen Brief aus dem Gefängnis herauszubekommen. Sie schreibt, daß sie alle weiter kämpfen werden. Es sei möglich, daß auch der Vater erschossen werde. Sie schließt den Brief mit den Worten: „Es lebe die Revolution!!" Auch die kleinen Geschwister — so schloß der Genosse — wissen schon, warum die Eltern und die Schwester im Gefängnis sitzen und sind stolz darauf."

In dieser einfachen selbstverständlichen Weise sprechen die bulgarischen Genossen, Männer wie Frauen, von ihrem Kampf. Eine beispiellose Tapferkeit legen sie alle an den Tag. Die grausamsten Brutalitäten, die Marterungen und Hinrichtungen können sie nicht davon abbringen. „Sie können den Kommunismus nicht töten, wenn sie auch noch so viele Kommunisten erschießen oder sonst ermorden!" Das ist ihr Glaube, den sie trotz aller Schrecken nicht aufgeben.

Genossinnen in Deutschland! Wenn Ihr zum Kampf gegen die Weiße Diktatur aufgerufen werdet, dann sei Euch das mutige Vorgehen der bulgarischen Schwestern ein Vorbild! Dann sollt Ihr aber auch daran denken, mit welchen Brutalitäten man sie und ihre Familien verfolgt hat. Und Ihr müßt wissen, daß die deutsche Bourgeoisie nicht weniger grausam mit Euren Männern und Euch verfahren wird, wenn sie in diesem Ringen den Sieg davontragen sollte. Darum seid bereit!

E. Bloch.

*) Ein ausführlicher Bericht über die Ereignisse in Bulgarien folgt in der nächsten Nummer. Die Red.

Ein Besuch in einem Moskauer Kinderkrankenhaus.

Der leitende Arzt des Kinderkrankenhauses und ich fahren weit vor die Stadt hinaus. Vor einem großen, roten Gebäude mit vielen Fenstern und einer Rottreppe an der Außenseite machen wir halt.

„Es scheint eine frühere Fabrik gewesen zu sein", sagte ich zu dem Arzt.

„Ja, und jetzt sind meine Kinder darin."

Kaum hielt der Wagen, als ein freundlicher Alter die Türe öffnete und unsere Mäntel in Empfang nahm. Mit weißen Mänteln ausgerüstet, gingen wir die erste Treppe hinauf. Wir waren noch nicht oben, als die Türen aufflogen, von allen Ecken die kleinen Scheine heraussprangen und an dem Arzt hinaufkletterten. Mit tausend Fragen überschütteten sie ihn. Das kleinste nahm er auf den Arm.

Ich wußte zunächst nicht, wie mir war. In Gedanken war ich in einem Krankenhaus in Deutschland und spürte förmlich die ängstliche Spannung der Kleinen vor lauter Angst, weil der Arzt kommt. Ich erinnere mich noch sehr gut, daß die meisten, auch Erwachsenen, schnelleren Puls bekamen. Und hier — hier ist es eine Freude, wenn der Arzt kommt.

„Wir haben lange heute warten müssen, Vater Arzt", sagten die Kleinen, „wo bliebst du denn so lange? Hast du uns etwas mitgebracht?" usw. Er sagte, daß er mich mitgebracht habe, und die Freude war groß.

„Aber nun will die Tante sehen, wie Ihr wohnt." Die Kinder machten Platz und wir gingen, begleitet von der ganzen Schar durch die Zimmer. Ich hatte, ich glaube an jeder Hand vier so kleine Knirpse. Und sie fragten mich unaufhörlich über dies und das und konnten nicht begreifen, daß ich sie nicht verstehe und deshalb nicht antwortete.

Schon wollten die Kleinen sich von mir abwenden. Ich bat den Arzt, den Kindern zu sagen, daß ich aus Deutschland komme und ihnen die besten Wünsche und herzliche Grüße von den revolutionären Arbeitern und ihren Kindern bringe. Ich erzählte ihnen sodann von den deutschen Arbeiterkindern, wie sie leben, wie sie arbeiten, von ihrem Kampf als kleine Genossen in der Schule.

Interessiert hörten die kleinen Patienten mir und dann der Uebersetzung des Arztes zu. Die Kinder waren im Alter von 6 bis 10 Jahren. Wiederum wollten die Fragen kein Ende nehmen. Alle liebkosten mich und wollten sich nicht mehr von mir trennen.

Wir gingen in den zweiten Stock. Leider gab es dort schwerkranke Kinder. Die Kinder hatten eine böse Augenkrankheit, durch die die meisten blind werden. Aber ihr Gesichtchen erhellte sich, als sie die Stimme des Arztes vernahmen. Für diese Kinder hatte der Arzt ganz besonders liebe Worte.

Im nächsten Stock waren die Lungenkranken. Sie lagen in einem förmlichen Glassaal, so daß die Sonne ungehindert den Weg zu den Kranken fand, und alle waren fröhlich.

Als wir wieder die Treppe herab kamen, vernahm ich ein bitterliches Weinen. Ich erkundigte mich nach dem Grund und erfuhr, daß es sich um die Entlassung zweier gesund gewordener Kinder handelte. Diese Kinder wollten nicht fort von dem Krankenhaus. Der Arzt versprach ihnen, daß sie bald wieder-

kommen dürften, und nur so konnte er sie bewegen, mit ihren Eltern nach Hause zu gehen.

Zum Abschied baten mich die Kinder, den deutschen Proletarierkindern heiße Grüße zu übermitteln, was ich hiermit tue.

Moskau, 20. September 1923. Helene Hoernle.

Die Mitteilungen der Genossin Hoernle über die Versuche des Arbeiterstaates Rußland, aus dem Nichts heraus seinen Kranken, — Erwachsenen und Kindern — vorbildliche Wohlfahrtseinrichtungen zu schaffen, erreichen die deutschen Proletarierinnen in dem Augenblick, wo in Stadt und Land Krankenhäuser und Erholungsheime massenweise ihre Tore schließen. Jetzt, wo das deutsche Kapitalistenpack, unterstützt von der Regierung, mit brutaler Frechheit, bei zehnstündiger Arbeitszeit die Proletarier noch erfolgreicher ausbeuten und damit ruinieren will als bisher, schmeißt es natürlich auch den ganzen überlebten Krempel der sozialen Fürsorge über Bord.

Das Proletariat wird auf diese Provokationen antworten. Und wenn in gemeinsamer Front mit den Männern die Arbeiterfrauen sich zum Kampfe um die Arbeiterregierung erheben, dann werden sie mit der Niederringung der kapitalistischen Diktatur auch die Vorbedingungen schaffen für den Neuaufbau einer Wohlfahrtspflege zum Besten des Proletariats und seiner Kinder.

Vor dem Sturm.

Es ist, als wenn der Blitz hätt' eingeschlagen,
Bedrückt und schweigend geht das Volk umher
Und dumpfer Druck liegt auf den Großstadtstraßen.
Aengstlich der Spießer fragt: Was wird nun werden?
Wird die Regierung rechts nun oder links sein?
Und wieviel wird der Dollar morgen steigen?
Der Proletarier weiß, worauf es ankommt!
Schon ausgemergelt, halb verhungert, soll er
den letzten armen Ueberrest drangeben.
„Achtstundentag?" Nur Arbeit kann uns retten.
9 Stunden, 10 und dazu Lohnabbau, —
Denn viel zu üppig wurden schon die Knechte.
Ihr hungert? — „Hochverrat!" so schreit's die Satten.
Im Winkel schweigend sollen wir verrecken!
Wer mutzt, für den gibt's reichlich blaue Bohnen,
Wir sind verraten, wohin wir uns wenden,
Nur auf uns selbst noch können wir vertrauen.
Sei's drum! Nur immer fester aneinander
Woll'n wir uns schließen. Die Verzweiflung gab oft
schon Riesenkräfte auch dem Schwachen!
Auf in den Kampf, ein Volk, ein Wille,
Dann sind wir stark, die Ketten zu zerreißen!

Margarete Szepansky.

Proletarierfrau und Schupomann!

Von Hans Ernst.

Schwarze Nacht liegt ausgegossen über die Schrebergärten der Vorstadt. Vom nahen Kanal riecht es feucht herüber. Fern am Horizont glüht der Himmel wider vom Lichterglanz der Großstadt. — Müde, zerschlagen schleppt sich eine Frau an Zäunen entlang der Brücke zu. Ihren hageren, kraftlosen Körper decken kaum die ärmlichsten, notwendigsten Kleidungsstücke. Ihr Gesicht ist grauverzerrt, tränendurchfeucht, und hinter ihren geschlossenen Lippen wird mancher Schmerzensschrei, wie schon seit langen Jahren, hinuntergeschluckt. Sie schleicht die Brücke hinauf, bleibt am Eisengeländer stehen: ein Bild des Elends, des endlosen Jammers. Starr richtet sie ihr Auge in die schwarze, dunkle, auf- und abwogende Masse zu ihren Füßen. Sie hört nichts, sie sieht nichts! Nur ihr Elend, ihre Armut, ihre Zerrüttung tanzt in fieberig-wilder Bilderreihe tausendfach vorüber. Die Frau starrt und stiert und hört nicht, wie sich feste Schritte nähern und plötzlich verstummen. Es ist ein Polizist. Er ist stehen geblieben und beobachtet die dunkle Gestalt am Brückengeländer. Er sieht, wie sich die Niedergetrochene aufrafft, in rasender Verzweiflung die letzten Kräfte anspannt, das Gitter überklettert, er hört ein leises Wehen der stillen Luft, dann ein Rauschen, Plätschern, Blasenquellen — — —. Der Grüne wirft Koppel und Tschako von sich. Noch einmal schlagen die Wasser zusammen. Ruhe! Nur das Keuchen eines schwimmenden Menschen tönt herauf.

Auf der Polizeiwache. In warme Decken eingehüllt, liegt auf der Pritsche ein Weib. Ihr zu Füßen sitzt, noch halb in nassen Kleidern, der Schupomann. Er überwacht jeden Atemzug der Bewußtlosen, und ein glückliches Lächeln geht über sein Gesicht, als die Kranke die Augen aufschlägt. Gerettet! Sie beginnt zu sprechen, ein Flüstern ist es nur. Vor dem Auge des Lauschenden zieht die Lebensgeschichte, der Leidensweg eines Weibes vorüber, wie ihn in allen Gräßlichkeiten nur die Wirklichkeit gestalten kann. Er lauscht und hört und sieht und denkt. Er denkt an seine Jugend, seine Brüder, seinen Vater, seine früheren Freunde. Er denkt an hungrige, frierende Kinder, die er auf den Straßen, an kranke, unterernährte Frauen, die er mit leeren Taschen vor den Läden, an blasse, zusammengefallene, knöcherne Arbeitermienen, die er morgens vor den Fabriken stehen sieht. Er denkt an seine kommandierenden, feisten, schlemmenden Offiziere und an die geile Gier nach Geld trunkener, wüster Karren in den Dielen und Bars. Er denkt weiter an die Erfolge der Regierung, der er sein Blut verschrieben hat, und er sieht vor sich ein Opfer der Zeit. Ein Opfer jener Republik, die des nachmittags in Equipagen im Tiergarten spazieren fährt und abends bei Wein und Sekt Besprechungen abhält, wie man dem Volk den letzten Bissen erpressen kann. Er denkt an dies und jenes, derweil die Frau in bitterlichstem Weinen schluchzt. Und mächtig überkommt ihn die Erkenntnis: Bist du nicht Blut von ihrem Blut, Fleisch von ihrem Fleisch? Wirst du nicht ähnlich getreten wie jenes Weib? Geht es dir besser? Und er geht hin und weiß, daß die Arbeiter draußen am Werktisch und Schreibpult seine Brüder sind, mit denen er eines Tages Hand in Hand stehen wird, um dem blutgierigen, nimmersatten Profitgeier den Kopf zu zertreten, und mit denen er einst eine neue Arbeiterwelt aufbauen wird.

Das Worpsweder Kinderheim.

Der kommunistische Maler Heinrich Vogeler, der seit Jahren kommunistisches Leben in seiner Siedlung zu verwirklichen suchte, hat seine Arbeitsschule Barkenhof den Kindern der in der Revolution Gefallenen und Eingekerkerten zur Verfügung gestellt. Und die kommunistischen Arbeiter Bremens haben hier eine Erholungsstätte für diese Kinder eingerichtet. Die Bremer Arbeiterschaft hat eifrig gesammelt und gearbeitet, um dieses Heim zu errichten. Sammellisten waren den Juni hindurch in Umlauf und ergaben eine Summe von 6 725 484 Mark. Für dieses Geld konnten 1 Zentner Mehl, 1 Zentner Nudeln, 1 Zentner Reis, 50 Pfund Zucker, 1 Zentner Grieß, 5 Pakete Malzkaffee, 25 Pfund Salz, 10 Graubrote, 5 Weißbrote, 2 Pfund Margarine, 50 Pfund Haferflocken, 14 Wolldecken, 20 Becher, 3 Tassen, 1 Kochtopf, 1 Teekessel, 20 große Teller, 20 kleine Teller, 20 Löffel, Seife, 2 Seifenschalen, 2 Waschschüsseln und Material zum Schreiben und Zeichnen angeschafft werden.

Das Heim soll erholungsbedürftige Kinder von Revolutionären für kürzere und längere Zeit beherbergen. Am 1. Juli zogen die ersten sieben Kinder ein, am 10. Juli folgten zehn weitere, welche sämtlich bis zum 15. September dort blieben. Die Einweihung des Heims fand im Beisein der Bremer Parteigenossen, der Jugend- und Kindergruppen statt. Die kommunistische Kindergruppe überreichte den Barkenhofer Kindern eine rote Fahne als Geschenk. Der Genosse Schlör (Berlin) hat um Interesse für das Heim in weiteren Kreisen.

Die Bremer Kindergruppe besuchte die Barkenhofer Kinder noch einmal in den nächsten Wochen; die Kinder hatten nur alle ein Verlangen: sich wiederzusehen, was aber infolge der hohen Fahrpreise nicht möglich war. Auf ihrer Rückreise am 16. September blieben die Barkenhofer Kinder einen Tag bei ihren Bremer Kameraden, um dann gestärkt nach Hause zurückzukehren. Anfang Oktober kommen weitere siebzehn Kinder.

Noch ist alles im Anfangsstadium. Das Heim hat viele Schwierigkeiten zu überwinden und muß für den Winter in verschiedener Hinsicht weiter eingerichtet werden. Aber ein schöner, verheißungsvoller Anfang ist gemacht durch den Opfermut der Parteigenossen trotz der eigenen schweren Notlage, der Unsicherheit und der Kämpfe.

Wie geringfügig auch die Errichtung eines solchen Kinderheims erscheint in dem ungeheuren Kampfe des Proletariats der ganzen Welt, so ist es doch von Wichtigkeit. Solche Beweise von Solidarität schmieden die Kampffront fester, knüpfen warme menschliche Bande und stärken die Klassenkämpfer in ihrem entbehrungsvollen Kampf. Der Kämpfer, der weiß, daß seine Familie von den Genossen nicht vergessen wird, geht mit freudigerem Herzen an sein Werk. Die Kinder selbst werden durch dieses Erlebnis der Kampf- und Opfergemeinschaft einen tiefen, unauslöschlichen Eindruck für ihr ganzes Leben bekommen und somit in ein neues kommunistisches Leben hineinwachsen. Darum gilt es, das Kinderheim zu stärken und auszubauen und dem schönen Beispiel Vogelers und der Bremer Arbeiterschaft ähnliche Gründungen folgen zu lassen.

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW 68.

Die Kommunistin

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Herausgegeben vom Reichs-Frauensekretariat. Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin

Nr. 21 | Die Kommunistin erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Grundpreis 50 Pf. × Schlüsselzahl d. Zeit 900 Millionen. | Berlin, 1. November 1923 | Verlag: Friedrichstadt-Druckerei GmbH. (Abteilung Zeitschriften). Berlin SW 68, Friedrichstr. 225. — Verantwortlich für die Redaktion: Martha Arendsee, Berlin. | Jahrg. 5

Vorwärts, mit Sowjet-Rußland!

Vorwärts, zum Kampf!

Zum 7. November!

Die Stunde naht!

Noch, da diese Zeilen geschrieben werden, haben wir nicht den 7. November! Wir wissen nicht, was die Tage, die uns von ihm trennen, uns bringen werden. Wir wissen nicht, ob wir den Gedenktag der großen russischen Revolution wie alljährlich als unseren großen Feiertag begehen werden — aber, das wissen wir gewiß: daß er zugleich ein Tag des Kampfes werden wird, eines Kampfes, in den wir schon eingetreten sind und der sich von Tag zu Tag mehr zuspitzt.

In der Einleitung zu seinem Buch „Durch die russische Revolution" schreibt Williams:

„Im Jahre 1917 wurde der soziale und ökonomische Bau des Landes zerstört . . . Millionen gingen an Hunger und Kälte zugrunde. Während korrupte Minister mit den Feinden intrigierten und der Hof wilde Orgien feierte. Selbst Miljukow mußte zugeben: „Die Geschichte kennt keine Regierung, die so dumm und unehrlich, so feige und so verräterisch war."

Alle Regierungen fußen auf der Geduld der Armen. Diese Geduld scheint unendlich zu sein, aber dennoch wird auch sie ein Ende haben. In Rußland brachten März und November 1917 ihr Ende. Die Massen fühlten, daß der eigene Zar in Petersburg noch gefährlicher für sie war als der deutsche Kaiser in Berlin. Der Kelch ihrer Verbitterung war voll bis zum Rand. Sie zogen gegen die Paläste aus, um alledem ein Ende zu machen. Als erstes das Wiborger Viertel der **Proletarierinnen, die nach Brot schrien! Hinter ihnen in langen Reihen die Arbeiter.**

Und der Amerikaner feiert die gewaltige Leistung des russischen Proletariats:

„Eine dunkle Wolke der Verzweiflung und Gewalt lag über der Menschheit, drohte in Strömen von Blut die Fackel der Zivilisation zu verlöschen. Aber Ihr, Genossen, erhobt Euch, und die Fackel flammte von neuem empor! Ihr habt in aller Herzen einen neuen Glauben an die Menschheit erweckt! — Freiheit, Brüderlichkeit, Demokratie sind schöne und erhabene Worte. Aber für die Millionen der Arbeitslosen, für die Ausgebeuteten, für die hungernden Kinder in aller Welt sind sie Worte des Hohnes."

Eure Aufgabe ist es jetzt, diese Worte in Wirklichkeit umzuwandeln!

Eure Aufgabe ist das alles jetzt — heute, im November 1923, deutsche Proletarierinen, nach 5 Jahren! Und in den vordersten Reihen ist Euer Platz, wenn Ihr Euren russischen Schwestern nicht nachstehen wollt!

Heute ist aller Welt sichtbar: Die Revolution hat Ordnung in das Chaos des zaristischen Rußland von 1917 gebracht!

In der deutschen Revolution von 1918 schuf Noske „Ruhe und Ordnung", aber heute, nach fünf Jahren dieser „Ruhe und Ordnung" — ist die deutsche Republik ein Chaos, dessen Auflösung auf allen Gebieten unaufhaltsam vorwärtsschreitet, reif für den großen eisernen Besen, mit dem das Proletariat Ordnung schaffen muß.

„Die eiserne Kohorte" der Revolution gilt es zu schaffen — Ihr Proletarierinnen habt die ersten darin zu sein. In jeder Revolution haben kluge Frauen zu handeln gewußt, aus der Not des täglichen Kampfes um Nahrung und Wärme für die Familie. Agitieren und organisieren müßt Ihr: Der Hunger schafft Euch willige Ohren, willige Hände, Aktionsausschüsse, Kontrollausschüsse. „Politik, von der die Frauen nichts verstehen", gibt es heute nicht mehr, denn die Politik, der hilflose Ausdruck für die ungeheure, unaufhaltsame Katastrophe der deutschen Wirtschaft, bricht heute einfach elementar, zerstörend in Eure Familie, in Euer Leben ein, vernichtet den geordneten bürgerlichen Kreislauf der Dinge. Die Zerrüttung der Finanzen bedeutet für das ganze Volk heute schon nicht nur für das Proletariat, sondern auch für alle Mittelschichten und geistigen Arbeiter: Den Hunger bei vollen Scheunen — einfach, weil das Geld keine Kaufkraft mehr hat. Für das Geld, das der Bäcker heute einnimmt, kann er morgen nicht mehr die gleiche Menge Mehl kaufen, und während der Reiche sich zehn Brote auf einmal von dem knappen Vorrat kauft, kann sich der hungernde Prolet, kannst Du, Proletarierin, für Deine lumpigen Papierfetzen vom Lohn oder der Erwerbslosenunterstützung nicht einmal mehr ein einziges Brot kaufen für 10 Milliarden.

Und während Ihr, mit hungrigen Kindern an der Seite, mit leeren Taschen auf der Straße steht — fahren Lastautos mit Schupo herum — schwer bewaffnet — um für „Ruhe und Ordnung" zu sorgen.

Geht hin, Proletarierinnen, am Morgen, bringt doch dieser mutigen Schupo, diesen jämmerlichen Bezirksämtern, **Eure hungrigen Kinder auf die Wachtstuben, sagt Ihnen,** daß sie den Kindern Brot und Milch schaffen mögen und ein warmes Zimmer, da sie Euch verhindern, es zu tun! Wir wollen sehen, was sie tun — wie lange sie es aushalten, das Rufen der Kleinen nach Brot!

„Ruhe und Ordnung" soll aufrecht erhalten werden mit diktatorischer Gewalt, mit Schupo und Reichswehr! Mit Belagerungszustand und Ermächtigungsgesetz, in einer Gesellschaft, in der längst alle Ordnung zum Teufel gegangen ist und jeder neue Dollarkurs wachsende Unruhe und Unordnung bedeutet, gegen die kein Polizeisäbel und kein Gesetz etwas ausrichten kann. „Das Ermächtigungsgesetz wird Euch Brot schaffen" — Die neue Goldmark wird der Teuerung ein Ende bereiten" — hieß es! Das Brot blieb aus, und auch die Goldmark wird sich bald als Schwindel entpuppen, der das Wahnsinnstempo des Notendrucks nicht aufhalten kann.

Schuldig an diesem katastrophalen Zusammenbruch ist diese schwache und hilflose, zweideutig handelnde Regierung, die wie in wirtschaftlichen, so auch in politischen Maßnahmen versagt. Sie kann weder im Westen noch im Süden die Loslösung großer Gebiete verhindern — Bayern, die Pfalz, sie tun, was ihnen beliebt! Und am Rhein kann sich ein selbständiger Staat konstituieren. Die Regierung sieht nicht nur zu — sondern in verräterischem Tun spielt sie die Feinde gegeneinander aus. Bayern gegen das Reich — Sachsen gegen Bayern — und Bayern gegen die Pfalz, während ihre Hintermänner sich längst mit der französischen Schwerindustrie verständigt haben über die Ausplünderung des deutschen Proletariats.

Die breiten Massen der Arbeiter, die der Hunger zusammenschweißt, sind dort am Rhein die einzige Macht, die handelnd eingreift, die den Boden, auf dem sie zu leben gezwungen ist, den sie nicht, wie die reiche Bourgeoisie, einfach per Automobil verlassen kann, zurück zu gewinnen versucht! Auch hier sind die arbeitenden Massen die einzige Macht, die Ordnung schaffen, das Reich vor dem Zerfall retten kann und will.

Desorganisation, völlige Auflösung und Hunger und Vernichtung unzähliger Proletarierleben sind in Deutschland das Ende ohne Ausweg für die bürgerliche Gesellschaft und ihre Regierungen. Aber aus Hunger und Schwindel, aus der ungeheuren Katastrophe muß die Revolution geboren werden. Der Regierung des Hungers und der brutalen Gewalt muß die Regierung des Kampfes und des Aufbaus: die Arbeiter- und Bauernregierung sich entgegenstellen! Nur die Organe und Kampfmittel der Proletarier können Ordnung schaffen, können Freiheit und Brot bringen!

Und Ihr, Proletarierinnen, müßt sie aufbauen helfen, der Hunger Eurer Kinder, der Euch auf die Straße treibt zum Protest gegen die „Ruhe und Ordnung" des Klassenstaates — gegen Polizeisäbel und Maschinengewehre, er muß Euch zur Aktion treiben, muß Euch zur denkenden, handelnden, kämpfenden Stoßtruppe machen, zur eisernen Kohorte der Revolution!

Es geht um Freiheit, Frieden und Brot! Um Gesundheit und Leben Eurer Kinder!

Rüstet zum großen revolutionären Endkampf!

Kein Brot mehr!

Vor den Bäckerläden stauen sich lange Reihen hungriger Frauen, — Schlangen —. Sie warten auf Brot. Nicht mehr nach Butter, Gefrier- oder Pferdefleisch und anderen Delikatessen stellt man sich an, nein, Du müde, schwache Proletarierin, heut geht es ums Brot. Willst Du ein Brot, ein ganz einfaches, trockenes Brot, dann stell Dich geduldig an das Ende so einer langen Schlange und wenn Du Glück hast, dann reicht der Vorrat im Laden auch wirklich so lange, bis die Reihe an Dir ist. Vielleicht allerdings ist es auch schon vorher alle und dann heißt es weitergehen und an einer anderen Stelle den Versuch erneuern. Vor allen Dingen aber eile, ruh Deine müden Beine nicht etwa aus. Denn bekommst Du das Brot heute nicht, so wirst Du es morgen schon nicht mehr bezahlen können.

Am letzten Lohntag, am Freitag, kostete ein Brot 600 Millionen, am Sonnabend 1 Milliarde, am Montag 2½, am Dienstag 5½ und am Mittwoch 10 Milliarden und trotz diesem alle Begriffe und Berechnungen übersteigenden Preise — kein Brot zu kaufen. Die Bäckerläden sind leer, die wenigen hergestellten Brote sind im Nu vergriffen. Manche Frau geht, wenn sie den neuen Preis nennen hört, bedrückt wieder davon — soviel Geld hat sie gar nicht mehr. Und doch hat ihr Mann die ganze Woche gearbeitet. Aber bei dem jetzt auf die Spitze des Wahnsinns getriebenen Zustand, daß die Besitzer der Produktion nur noch gegen wertbeständiges Geld Waren abgeben, während die eigentlichen Produzenten, die Arbeiter, mit einer Art Neuruppiner Bilderbogen für Erwachsene, genannt Papiermark, auch nicht bezahlt, sondern jede Woche nur erneut betrogen werden, bei diesem Zustande sind wir jetzt glücklich so weit, daß auch die letzte „Reserve des Proletariats", das trockene Brot, zu einem unerschwinglichen Nahrungsmittel wird.

Ach Ihr Frauen, wie seid Ihr bescheiden geworden! An Fleisch, an Wurst, an ein Ei könnt Ihr schon lange nicht mehr denken. Wenn Euer Geld für Kartoffeln, Brot und ein wenig Margarine langte, dann wart Ihr schon froh. Aber jetzt? Wenn Ihr auch noch die Margarine von Eurem Einkaufszettel streicht, jetzt reicht das Geld, auch wenn Euer Mann voll beschäftigt ist, nicht einmal mehr zu Kartoffeln und Brot. Wie muß es da erst bei Kurzarbeitern oder Arbeitslosen aussehen?

In diesen entsetzlichen Verelendungsprozeß werden jetzt beschleunigt auch die Kleingewerbler hineingezogen. Von einem Tag zum andern vermindert sich ihr kleines Lager um mehr als die Hälfte. Die Bäcker verbacken ihr letztes Mehl und werden schon in den nächsten Tagen vor leeren Säcken und Backtrogen stehen.

Solange die Zwangswirtschaft bestand, haben die Bäcker, vereint mit den Junkern, nach der freien Wirtschaft geschrien. Als ihrem Drängen endlich nachgegeben wurde, da bekamen sie allerdings in letzter Stunde Angst vor den Folgen ihrer eigenen Forderungen, und in einer Sitzung des Zweckverbandes Berlin z. B. forderten sie die Hinausschiebung der beschlossenen Aufhebung der Brotkarten. Heute stehen die meisten von ihnen vor dem Nichts, sie wären froh, wenn sie das Kartenbrot für den Magistrat backen könnten.

Die Bäcker sind der großkapitalistischen Volksausplünderung zum Opfer gefallen und in wenigen Tagen „freier Wirtschaft" so gründlich ruiniert worden, wie sie sich's in all den Zwangswirtschaftsjahren niemals hatten träumen lassen. Es ist höchste Zeit, daß sie, wie alle Kleingewerbetreibenden, die Front wechseln und mit dem arbeitenden Volke zusammentreten im Kampf gegen das Großkapital.

Ihr Frauen aber, ihr Mütter, die ihr Männern und Kindern nicht einmal mehr ein Stückchen trockenes Brot geben könnt, was hilft euch allein die Erkenntnis von eurer elenden Lage? Was hilft sie euch, wenn ihr nicht zu gleicher Zeit begreift, daß nur eine gründliche Umwandlung der bestehenden Zustände uns Rettung bringen kann? Kein Regierungswechsel, keine Schiebung hinter den Kulissen, nur eine Regierung der Arbeiter kann Wandel schaffen. Aber die fällt uns nicht von selbst in den Schoß, sie will erkämpft sein, und jeder Kampf kostet Opfer. Ihr hungernden Frauen habt jetzt **die Wahl — verhungern oder Kampf bis zum Siege, denn: setzet ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein.**

M. Ts.

Frauen!

Wann schafft Ihr den hungernden Kindern Brot?
Dann, wenn Ihr die Großagrarier enteignet!

Sie morden unsere Kinder!

Es sind nun schon einige Wochen her, da erzählte beim Reitestehen in Berlin N. ein Schupomann diese Geschichte. Ein Junge hat in einem Bäckerladen Schrippen gestohlen. Er wird gefaßt und zur Polizei geschleppt. Dort beteuert er, daß er nicht für sich, sondern für seine kranke Mutter gestohlen habe. „Sie könne von Kartoffelschalen allein nicht leben!" Der Schupomann wird beauftragt, die Angaben des Kindes zu prüfen. Und er findet eine Frau, abgemagert zum Skelett, unfähig das Bett zu verlassen, und außer dem Jungen noch drei ausgehungerte Kinder. Es erwies sich, daß die Fünf tatsächlich von Kartoffelschalen lebten.

Das ist der nüchterne Tatbestand. Man stellt sich diese Frau mit ihren Kindern vor, die verhungern, auch wenn der Junge stiehlt. Und man beginnt zu grübeln, wie das denn möglich geworden ist, warum die Frau es so weit kommen ließ, weshalb nicht schon rechtzeitig Hilfe kam. Und da wird einem plötzlich klar, daß wir uns in einem furchtbaren Irrtum befinden: Das ist ja gar kein Ausnahmefall, hervorgerufen durch eine seltsame Verkettung von Umständen. Das ist ja nur ein Fall von Tausenden, Hunderttausenden. Denkt doch an die fünf, acht Hungerjahre, die wir durchgemacht haben, denkt an das schreckliche Ueberhandnehmen der Hungerkrankheiten, die die Erwachsenen aufzehren und die Kinder vor der Blüte verwelken lassen. Denkt an die Kriegerwitwen, die sich abquälen mit den verwaisten Kindern und die abgeschoben werden mit den paar schändlichen Papierlappen einer „Rente", auf denen un-

sichtbar geschrieben steht: Du sollst verhungern! Denkt an die Preise. Denkt, wie der Wert des Geldes in der Hand zerrinnt. Denkt an die tausend Tatsachen dieser Zeit, daran z. B., daß in Deutschland die Aerzte zugrunde gehen an Arbeitslosigkeit, obwohl das ganze Volk krank ist. Nehmt alles in allem, und der Einzelfall bläht sich auf, wird riesengroß und wird zum Symbol für das Sterben eines ganzen Volkes!

Das ganze Volk, alles was schafft oder schaffen will, ist zur Ration der Kartoffelschalen verurteilt. Wo heute noch nicht, morgen. Schalen, nicht einmal Kartoffeln. Denn wir haben gehört: dort, wo sie zu Kartoffeln griffen, da hat man Hundertschaften mobilisiert zum Schutze der Felder. Treibjagden auf Menschen hat man veranstaltet. Hineingeschossen in die Hungernden. Männer und Frauen hat man getötet mit Maschinengewehren, weil sie Kartoffeln wollten, um satt zu werden. Man hat — — — doch hören wir den Polizeibericht:

„Am 25. Oktober, morgens um 6¾ Uhr, wurde auf dem Acker des Großbauern Frede in Britz von Sipobeamten auf hungrige Kinder, die dort Kartoffeln suchten, mit Karabinern geschossen. **Getötet wurden ein Knabe von zwölf Jahren und ein Mädchen von sechszehn Jahren, während ein anderes 16jähriges Mädchen schwer verwundet wurde.**"

Zwei Kinder wurden getötet und eines liegt auf den Tod, aber die Kartoffeln sind gerettet. Zwei Kinder hat man ganz und eines fast satt gemacht und man hat dazu nur drei winzige blaue Bohnen gebraucht. Die Kartoffeln blieben uns erhalten. Das Eigentum wurde geschützt. Der Besitz wurde vor Schaden bewahrt. Die Grundlage der gesellschaftlichen Ordnung, des christlichen Staats blieb unverletzt. Zerfetzt wurden nur drei Kinderleiber.

Scheltet nicht über Grausamkeit! Der Preis war nicht zu hoch. Denn worum handelt es sich? Ist die deutsche Wirtschaft nicht in der höchsten Gefahr, droht ihr nicht der Zusammenbruch? Heißt es da nicht, mit aller Rücksichtslosigkeit aufrecht erhalten, was noch aufrecht steht? Was soll werden, wenn nicht der ruhige Genuß des Besitzes gesichert wird? Bedenkt die Konsequenzen. Heute handelt es sich um die Kartoffeln der Großbauern und Junker. Morgen vielleicht geht es schon um das Gold der Bürger, um die Staatspapiere, Aktienscheine, Devisen. Heute wird gestohlen, morgen wird expropriiert. Wenn der Besitz nicht gesichert wird, was soll aus dem Handel werden? Wenn der Handel gefährdet wird, dann bleiben die Märkte leer. Die Unordnung greift um sich. Die Wirtschaft wird desorganisiert. Die Börse wird aufgeregt. Sie fängt an zu toben. Die Mark stürzt in den Abgrund. Alle Werte, alles Feste, Sichere, Gewisse beginnt zu schwanken. Die festen Säulen der bürgerlichen Ordnung zerbrechen. Das Ende ist Auflösung, Zerfall, Zusammenbruch, Chaos.

Darum muß geschossen werden. In Britz sind bisher hingestreckt zwei Männer und eine Frau, ein Knabe und zwei Mädchen. Andernorts andere Opfer. Und es muß noch mehr geknallt werden, denn die Gefahr für das Eigentum ist riesengroß. Seht diese ausgetrockneten, hohlwangigen Gesichter, die mit erloschenen oder mit glühenden Augen vor den Kartoffelläden Kette stehen. Das reizt auf durch sein Dasein, sein Verrecken. Hinter diesen Stirnen gähren hochverräterische Gedanken. Diesen Hungernden ist nichts heilig. Da sie nichts zu beißen haben, fressen sie sich voll giftigen Hasses gegen alles, was hat, alles was rafft und schachert und wuchert, was spekuliert, raubt und plündert auf gut kapitalistische Manier. Diese Hungernden sind zu allem fähig. Sie besitzen nichts und haben deshalb nichts zu verlieren. Selbst das Leben wegzuwerfen sind sie bereit, denn auch das gehört ihnen nicht mehr. Es ist verfallen den Börsenwölfen und Industrierittern. Wenn sie es einsetzten, im letzten höchsten Spiel, dann könnten sie es gewinnen und dann wäre es aus mit dem tausendjährigen Reich kapitalistischer Glückseligkeit.

Darum müssen die Karabiner und die Maschinengewehre knallen. Darum müssen die Hundertschaften der Sipo aufgeboten werden allüberall. Darum müssen Armeen nach Sachsen geschickt werden, um dort den Hunger zu erwürgen. Schon liegen in Freiberg 24 Tote auf der Straße. Darum müssen sie getötet werden: Männer, Frauen, Knaben, Mädchen.

Ja, die hungernden Kinder müssen ermordet werden, sonst stirbt das Kapital! Mord! Männer- und Kindermord, oder Sieg des Kommunismus! J. Lilburne.

Ihr Mütter!

Feuer glühen von den Bergen,
Rufen auf zur Tat.
Nicht mehr darfst Du zaudern,
Proletariat!
Rote Fahnen fliegen
Ueber der Kämpfer Heer.
Sterben oder Siegen, —
Anderes gilt nicht mehr.
Mütter Ihr und Frauen,
Feige nicht gezagt.
Saht schon oft mit Grauen
Söhne zieh'n zur Schlacht.
Fühltet tief die Schmerzen
Und des Krieges Not,
Trugt im eignen Herzen
Tausendfachen Tod.
Heut ruft von den Bergen
Freiheit auf zur Wehr:
Gegen Büttel und Schergen
Steht der Proleten Heer.
Mütter — heut gilt es zu streiten,
Eh' uns der Hunger gefällt.
Freiheit mit wehenden Fahnen
Führt uns zum heiligen Krieg.
Was gelten Tod und Gefahren —
Wenn nur unser der Sieg?!
Rote Banner fliegen,
Feuer loht auf den Höh'n!
Für uns gilt es: Siegen
Oder untergehn!

M. Szepansky.

Hamburg.

Seit dem 22. Oktober standen die Werftarbeiter für Lohn und Brot im Streik. Die Pfeffersäcke trotzen. Sie haben gute Geschäfte gemacht — sie können es eine Weile ohne neue Profite aushalten. Sie wollen es auf eine Kraftprobe ankommen lassen. Täglich sind Hungerrevolten in den proletarischen Stadtteilen. Eine ungeheure Spannung und Erwartung ist in den Massen.

Die revolutionäre Vorhut der Arbeiter schaut nach Sachsen — nach dem Chemnitzer Arbeiterkongreß. Sie erwartet mit aller Bestimmtheit, daß der Beschluß, den Kampf auf der ganzen Linie aufzunehmen, dort gefaßt werde. Und die Hamburger Genossen stellen sich auf unbedingte sofortige Mitkämpferschaft ein. Und selbst als die Beschlüsse ausbleiben, beginnen sie den Kampf in der Gewißheit, daß in dieser unerträglichen Lage die Arbeiter im ganzen Reich auch nicht mehr länger warten können. — In der Frühe werden zahlreiche Wachen gestürmt. Der sofort einsetzenden militärischen Gegenaktion werden Barrikaden entgegengestellt. Bei ihrem Bau helfen Indifferente wie Sozialdemokraten, Frauen und Kinder. Die Barrikaden werden mit äußerster Kaltblütigkeit, Zielsicherheit und echtem revolutionären Heroismus verteidigt.

Drei Tage dauern die Kämpfe an. Barmbeck ist zwei Tage in den Händen der Revolutionäre. Am dritten Tag, als die Situation ganz klar zeigt, daß Hamburg isoliert kämpft, daß auch die Hamburger sozialdemokratischen und indifferenten Arbeiter wohl mit dem Kampfe sympathisieren, ihn aber nicht aktiv in Massen unterstützen, daß dem inzwischen verstärkten Gegner keine Schlappen mehr beigebracht werden können, wird der Kampf abgebrochen. Fast alle Kämpfenden und Kampfmittel sind vor dem Gegner in Sicherheit gebracht worden. Aus allen Meldungen über dieses erste bedeutsame Vorgefecht der deutschen sozialen Revolution klingt es: **„Die Frauen beteiligten sich am Kampf. Unter den Gefangenen sah man auffallend viel Frauen!" Auf einer Barrikade wurde ein 17jähriges Mädchen mit der Waffe in der Hand festgenommen."** Diesmal bleibt der bürgerlichen Presse vor Entsetzen ob dieser tief revolutionären Erscheinung sogar die Giftspucke weg.

Wir lasen diesmal nichts von den Megären, Hyänen, Petroleusen und anderen Beschimpfungen der am Kampf beteiligten Frauen. Selbst bis in die Verbrecherkeller der bürgerlichen Presse scheint also eine Ahnung von dem Mächtigen, Großen, was diesen Kampf veranlaßte, gedrungen zu sein. Und auch ein Respekt von der Größe und dem Mut dieser Frauen, die den Kampf gegen dieses elendigliche Verkommen mit wagen!

Wir Kommunistinnen erleben es aber mit Freude und Stolz: Jawohl! Die hungrigen Frauen Hamburgs beteiligten sich am Barrikadenbau, beteiligten sich am Kampf. Jawohl, die gequälten Menschenmütter besinnen sich endlich auf ihre Pflicht und beteiligen sich am Kampf gegen das von der „göttlichen" Weltordnung verlangte Verrecken.

Mitten in allen anderen Aufgaben haben wir jetzt die selbstverständliche Pflicht zu erfüllen, denen proletarische Solidarität zu erweisen, die gekämpft haben, die verwundet oder flüchtig oder gefangen sind. Wir müssen auch ihren Familien, insbesondere den Kindern beistehen. Wenn wir diese Pflicht miterfüllen, werden wir umso eher die Front wieder fest geschlossen haben.

Die Notlage verschärft sich mit jedem Tage. Lernen wir aus dem Hamburger Vorgefecht. Verlausendfachen wir unsere Anstrengungen, um zum entscheidenden Schlage völlig gerüstet zu sein. R. W.

Im Zeichen der Vorbereitung.

Es fällt schwer, von dieser Frauenreichskonferenz, die am 14. Oktober in Berlin stattfand, einen Bericht zu geben, „so wie es sich gehört". Nicht, als ob wir etwas zu verschweigen hätten, daß wir rüsten für den kommenden Kampf, für die schon begonnenen Auseinandersetzungen mit den bewaffneten Feinden des Proletariats, daß wir uns vorbereiten auf jene Zeit, in der es an der Arbeiterklasse sein wird, aus dem Schutt, den Trümmern dieses morschen Gesellschaftsbaues ein neues wohnliches Haus für alle aufzubauen und daß bei diesen Rüstungen und Vorbereitungen die Frauen in hervorragender Weise beteiligt sind, das kann und soll jeder Genosse wissen. Der Grund, warum es nicht leicht ist, gerade über diese Konferenz zu berichten, ist der, daß der getreulichste Bericht kein Bild wird geben können von der ganz besonderen Stimmung, die die Zusammenkunft der kommunistischen Funktionärinnen Deutschlands diesmal beseelte.

Deshalb in aller Kürze nur das folgende:

Als erster Referent spricht ein Genosse von der Zentrale. In breiten Strichen entwirft er ein Bild des gegenwärtigen Zerfalles, des Zusammenbruchs der Staatsfinanzen, der Lebensmittelversorgung. Er schildert die Rüstungen der Gegner, die Kampflage in Sachsen, den ganzen blutigen Ernst der Situation. „Die Arbeiterbewegung" — so schließt er — „kann nicht vernichtet werden! Die deutsche Kommunistische Partei auch nicht! — Aber eine Niederlage heute würde bedeuten, daß die Arbeiterschaft auf Jahrzehnte zurückgeworfen würde, sie würde die Niedermetzelung unserer Besten durch den weißen Terror — die Vergewaltigung der gesamten Arbeiterschaft zur Folge haben.

Nachdem spricht eine Genossin vom Frauenreichssekretariat über die praktischen Aufgaben der Frauen. Die ganze Größe dieser nächsten Aufgaben, ihre ganze ungeheure Verantwortlichkeit, die heute auf jeder einzelnen kommunistischen Funktionärin in Deutschland lastet, geht aus ihrem Referat mit überzeugender Eindringlichkeit hervor. Daß es „nichts Kleines" — „nichts Großes" mehr gibt, daß die unscheinbarste Funktion heute folgenschwere Bedeutung hat, die nebensächlichste Arbeit in der Partei heute schicksalentscheidend sein kann, ist wohl die Auffassung, die sich jeder Zuhörerin mitteilt.

Wie aber wird all das bewältigt werden können? Wo die Kräfte hernehmen zur Erfüllung dieser so unendlich mannigfachen und schweren nächsten Aufgaben? Die Diskussion läßt alle derartigen Zweifel verblassen. Da ist nichts mehr von den endlosen, ach so unfruchtbaren Klagen über den Kräftemangel, über die Gleichgültigkeit der Massen, die frühere Tagungen so oft ausfüllte. Da offenbart sich vielmehr eine Fülle von Zeugnissen von der kräfteweckenden, kräfteschaffenden und steigernden Gewalt der nahenden Revolution, von lebendigster Aktivität. „Wir brauchen nicht mehr zu den Massen zu gehen — die Massen kommen zu uns! Die Frauen drängen sich zu den Arbeiten der Partei, sie sind bereit, jede Arbeit zu leisten — und wenn es nicht dazu kommt, so sind oft nur die Männer daran schuld!" — so lauten übereinstimmend die Berichte.

„Bei uns" — so erzählt eine Genossin aus dem Rheinland — „sind alle Versammlungen verboten worden. Wir haben darauf die Frauen an den Belegschaftsversammlungen teilnehmen lassen. Die Bergarbeiterinnen sind in ihrer Verzweiflung vielfach zu Selbsthilfeaktionen geschritten. Sie haben sich in den Förderkorb gesetzt und so verhindert, daß die Männer einfuhren, bevor ihnen der Lohn ausbezahlt wurde."

„Wir" — so berichtet eine Genossin aus dem Norden — „können den Frauen das Zeugnis geben, daß sie sich bei allen Arbeiten in den Hundertschaften, zu denen sie herangezogen wurden, bewährt haben." Andere erzählen von der energischen Tätigkeit der Frauen in den Kontrollausschüssen, von den Maßnahmen zur Versorgung der Kinder, bringen Vorschläge über die Organisation des Fürsorgewesens nach Ergreifung der Macht.

Eine junge Genossin aus Danzig berichtet frisch von der Leber weg, wie sie es „eigentlich" war, die dort den Generalstreik geführt hat, indem sie Antreiberin und Organisatorin zugleich war.

Zum Schluß richtet eine russische Genossin das Wort an die Konferenzteilnehmer: „Genossinnen, ich erinnere mich bei meinem jetzigen Aufenthalt in Deutschland an die Zeit in Rußland vor der Revolution. Die Verhältnisse bei Euch haben viel Aehnliches mit der damaligen Epoche. Wenn auch der Kampf in Deutschland hart und blutig sein wird, so sollten doch die Genossinnen wissen: daß sie nicht allein stehen! Daß die russischen Genossen bereit sind, ihnen zu helfen!

Auf dem Markt.

(Frauen vor dem Fleisch- und Wurststand.)

Rentnerin: 1 Milliarde das Viertelpfund. Da muß man wieder leer nach Haus gehen. Ach Gott, ist das schwer heutzutage. Man muß viel Geduld haben, sehr viel Geduld.

Die Kommunistin: Ja, ja, hab du man Geduld bis du krepiert bist mitsamt deine ganze mondscheingesichtige Duckmäuserbande.

1. Indifferente: So viel Wurscht, so viel Wurscht, und man steht hier und kann nichs kaufen. Je mehr man kuckt, um so mehr kneift's einem im Magen. Wie soll das nur werden? Wer tut denn was für einen? Die Regierung oder die Parteien oder der Bürgermeister oder der Pfarrer? Irgend jemand muß doch was tun. Wer's auch ist, wir folgen jedem.

Die Kommunistin: Die Regierung, die ist doch bloß Stinnes seine Puppe; die fragt den Dreck nach uns.

1. Indifferente: Aber die Sozialdemokraten! Wozu sind die denn da? Werden die nich helfen?

Die Kommunistin: Die Sozialdemokraten. Hörste sie schnarchen? Die schnarchen, daß die Wände wackeln. Son festen Schlaf wie die Leute hat noch kein Mensch auf der Welt gehabt. Alle 14 Tage wacht einer uff und fragt: „Leb ick noch, oder haben mir die Faschisten schon totgeschlagen?" Ach ick lebe noch: det is schön; da kann ick weiter schlafen."

Der Erwerbslose: Verräter sind se.

Rentnerin: Ich möchte doch ein achtel Pfund Sardellenleberwurst kaufen.

Die Kommunistin: Ja kauf man, denn bist du für den nächsten Monat mit Fleisch eingedeckt und wirst wieder kräftiger. (Lachen.)

2. Indifferente: Ick möchte den Kerl seine Würste an Kopp schmeißen und den Tisch umkippen.

Der Erwerbslose: Immer ran! Hand auf'n Tisch und anjefaßt! Immer ran und einjesackt! In unsre Taschen is das besser aufgehoben als hier.

Der Grüne: Nich so drängeln! Geht doch weiter! Was steht ihr hier, wenn ihr doch nicht kauft?

2. Indifferente: Gib uns Geld zum kaufen, du grüne Puppe du. Wer bezahlt dir denn für dein Ordnung machen, wat? Von unserm Schweiß und Blut wirst du bezahlt.

Der Grüne: Gehn Sie weiter und reden Sie nicht so viel!

Der Erwerbslose: Immer ran! Hand auf'n Tisch und anjefaßt! Immer ran und einjesackt!

2. Indifferente: Ja, Mensch, immer los! Ick mach mit. Könn' wir nischt kaufen for unsere Papierlappen, dann müssen wir nehmen.

Die Kommunistin: Nein, Genossen, nicht plündern! Kommt fort!

Der Erwerbslose: Was quatscht du da? Wir haben Hunger.

Die Kommunistin: Ich habe auch Hunger.

2. Indifferente: Wat bist du denn for eine?

Die Kommunistin: Ich bin Kommunistin.

2. Indifferente: Kommunistin? Und da willst du, daß die Reichen schlemmen und wir hungern? Und willst uns nischt gönnen?

Die Kommunistin: Alles gönn ich euch, darum muß ich euch warnen.

1. Indifferente: Was meinst du damit?

Die Kommunistin: Was habt ihr davon, wenn ihr hier eine Wurst nehmt? Morgen ist sie alle. Uebermorgen hungert ihr ebenso. Davon wird nichts besser.

Der Erwerbslose: Aber heute bin ick satt, Mensch!

2. Indifferente: Na, wovon wirds denn besser?

Die Kommunistin: Wenn wir uns alle zusammen tun, du und ich, alle hier im Bezirk, in den Häusern, in den Straßen, alle hier in der Stadt und auf dem Land und in den anderen Städten, alle Arbeitenden im ganzen Reich und nehmen die Sache selbst in die Hand.

1. Indifferente: Ach wir! Mit uns machen se doch, was sie wollen!

Rentnerin: Ja, mit uns machen sie doch, was sie wollen.

Die Kommunistin: Und ist das recht so?

Rentnerin: Ich weiß nicht. Das muß wohl so sein.

1. Indifferente: Regierung is Regierung. Was jeht uns das an? Wir haben für Haus und Kinder zu sorgen.

Die Kommunistin: Na, denn sorge man für Haus und Kinder! Gib ihnen doch mal Milch und Brot und Speck.

1. Indifferente: Det kann ick nich, dazu langt's nich.

Die Kommunistin: Mach ihnen doch mal 'ne warme Stube und laß sie was Ordliches lernen.

1. Indifferente: Det kann ick nich. Dazu langt's nich.

Die Kommunistin: So, det kannste nich. Und da wilste doch alles jehn lassen wie's jeht und deine Kinder verhungern lassen? Schäm dir!

2. Indifferente: Recht hat se.

1. Indifferente: Na, wat soll ick denn machen?

Die Kommunistin: Nachdenken sollst du über die Sachen und sollst dir mit uns zusammen tun und mit uns kämpfen.

Der Erwerbslose: Det Frauenzimmer hat 'nen juten Jungenichlach.

Die Kommunistin: Wozu haben wir 'ne Regierung, wenn sie alles in die Taschen der Reichen hineinregiert und das Volk verrecken läßt?

Der Erwerbslose: Det is wahr. Wir verhungern und verlumpen!

Die Kommunistin: Sind wir nicht alle Menschen? Haben wir nicht ein Recht zu leben wie die andern da oben?

Der Erwerbslose: Menschen sind wir bald nicht mehr. Wir sind bald dreckige Tiere. Wir werden bald müssen Wölfe werden und denen dort oben an die Gurgel fahren.

Die Kommunistin: Wir müssen bloß wissen, was wir wollen und dann die Sache selbst in die Hand nehmen. Die Produktion müssen wir selbst regeln und die Lebensmittel beschlagnahmen und an alle Arbeitenden und an alle Hungernden verteilen. Wir wollen brüderlich zusammenstehen und keiner soll dem andern was rauben und mißgönnen.

2. Indifferente: Dat klingt schon janz schön, was du sagst: Die Lebensmittel beschlagnahmen und verteilen. Aber wie?

Die Kommunistin: Habt ihr noch nie von den Kontrollausschüssen gehört?

Der Erwerbslose: Ja das ick schon von jehört.

Die Kommunistin: Da müssen wir alle mitarbeiten. Wir müssen überall herumgehen auf 'm Land und in der Stadt und suchen und horchen, wo die Lebensmittel liegen. Alles müssen wir erfahren, wo die Bauern ihre Kartoffeln eingemietet haben, wo die großen Kornspeicher sind, wieviel Milchkühe die Besitzer haben.

2. Indifferente: Ja, de Milch, die verbuttern se, und die Magerkühe kriegen die Schweine und unsere Kinder verrecken.

Die Kommunistin: Ja, so ist es, Genossin, und so darf's nicht länger bleiben. Und auch die Viehhöfe müssen wir beaufsichtigen, und in die große Städte, wo die Handelsfirmen ihre Speicher haben, wo Reis und Margarine und Schmalz und Zucker lagern, da müssen wir unsere Augen darauf werfen.

2. Indifferente: Und Speck und Zucker. Und dann? Was dann? Was nützt das? Die rücken doch nichts raus!

Die Kommunistin: Nein, die rücken nicht raus und wenn wir's holen, schießen sie uns nieder oder sperren uns ein.

Der Erwerbslose: Ja, blaue Bohnen in den Leib statt Erbsen und Speck.

1. Indifferente: Na, wie denn Regierung? Wie soll das denn sein?

Die Kommunistin: Wenn den Kapitalisten ihre Knechte da oben sitzen, dann können wir tun was wir wollen, — es hilft alles nichts. Die ziehen dann den Arbeitern das Fell über die Ohren. Unsere müssen da oben sitzen, solche, die eine kommunistische Wirtschaftsordnung wollen und denen wir in unseren Betriebsrätekongressen sagen, was sie zu tun haben. Solange die Kapitalisten an der Regierung sind, können wir nich beschlagnahmen. Dazu brauchen wir eine Arbeiterregierung.

Der Erwerbslose: Jo is et reidt: Arbeiterregierung! Aber keine Bonzen, die sitzen und schwitzen und quatschen und murksen — sondern Leute, die ein Herz im Leibe haben und wissen, wie es mit uns steht.

Die Kommunistin: Und vor allem dafür kämpfen, daß wir alle wie Menschen leben!

Die Rentnerin: Ich möcht auch mal wie ein Mensch leben — wenigstens Sonntags!

Die Kommunistin: Nein — alle Tage. Die Arbeitsstätte soll unsere Heimat sein und unsere Freude, wenn wir das alles ausgangen, und in Ordnung halten. Und dazu brauchen wir eine Arbeiter- und Bauernregierung!

1. Indifferente: Bauern — die bewuchern uns doch!

Die Kommunistin: Nein, Genossin, dem kleinen Bauern geht's auch nicht besonders, die haben ein bißchen Kartoffeln und eine Kuh und müssen ihre Ernte verkaufen wenn sie sie reinkriegen, die können ihre Waren nicht lange zurückhalten und wuchern. Mit denen müssen wir zusammenstehen.

Der Erwerbslose: Na, wenn die man mit uns jehn? Die sitzen auf ihren Kartoffelsäcken.

Der Indifferente: ... und haben Waffen versteckt.

Die Kommunistin: Auf ihren Kartoffelsäcken sitzen die großen Bauern: die schwimmen im Fett und haben die Truhen und Speicher voll bis oben. Aber die kleinen Bauern, die von ihrem bißchen Land nich leben können, die müssen mit uns gehn, die wissen Bescheid, wo die großen Vorräte liegen und werden uns helfen sie zu erfassen. Ohne die Bauern verhungern wir — aber mit den Bauern, da sind wir stark. Die werden uns geben und wir werden ihnen geben, was jeder braucht. Einer kann ohne den andern nicht leben. Darum: Arbeiter- und Bauernregierung! Und weg mit den Volksbedrückern!

Kommunistinnen!

Wo sollt ihr agitieren und werben? In den Schlangen vor den Geschäften, vor den Konsumvereinen, vor den Markthallen, dort, wo die Frauen ratlos und verzweifelt stehen, dort, wo sie für wertloses Papiergeld keine Lebensmittel bekommen, dort gilt es, aufzuklären und zu sagen, was allein der Not steuern kann.

„Der goldene Vogel."

Hin und wieder konnte man in den letzten Wochen auf dem Markt die Worte hören: „Nun kommt ja die neue Währung, nun wird es besser werden." Die neue Währung ist da, aber ist es besser geworden? Zwar ist es noch nicht die heiß ersehnte „Goldmark", sondern eine Uebergangserscheinung, die „Rentenmark" oder die „Ochsenmark", wie sie von den Junkern getauft wurde. Aber nur Geduld, gut Ding braucht Weile!

Ist es wirklich „gut Ding" oder handelt es sich um einen neuen kapitalistischen Spuk, der hier ausgeheckt wurde? Die Rentenmark ist kapitalistisches Wert und daher Teufelswerk für das Proletariat! Sie ist ein Geld, das sich die Junker und Schlotbarone drucken lassen, um unabhängig zu sein von der sich ständig entwertenden Mark. Der Wert dieser Rentenmark ist garantiert durch die hypothekarische Belastung des Grundbesitzes. Also Enteignung der Kapitalisten durch die Kapitalisten selbst? I bewahre! Durch Schuldverschreibungen, also durch Papiere, nicht durch den Besitz, ist das Papier der „Rentenmark" gedeckt. Aehnlich wie die Aktienpapiere wird die Rentenmark unter den Kapitalisten kursieren, wobei ihre Wertbeständigkeit mehr als zweifelhaft ist. Mag sie eine Zeitlang (sofern ihr das Proletariat überhaupt Zeit läßt) ihren Wert behalten; in absehbarer Zeit muß auch sie der unabwendbaren Entwertung anheimfallen, da sie dem Ausland gegenüber weder durch Gold noch durch Waren oder andere Werte gedeckt ist. Denn die Kapitalisten führen ihre Kapitalien und ihre Waren ins Ausland, dorthin, wo ihnen sicherere Anlage- und Verdienstmöglichkeiten zu sein scheinen. Deutschland wird entblößt von allen realen Werten. Das wichtigste Ergebnis der Rentenmark ist also nicht der endgültige Schutz vor der Geldentwertung für die Junker und Fabrikanten; dieses Kunststück können sie höchstens für eine kurze Zeit zustande bringen. Das Wichtigste daran ist, daß der gesamte Staatsapparat in die Hände der Junker und Industriekapitäne kommt! Denn die Rentenbank ist keine Staatsbank, sondern die Privatbank der herrschenden Klasse, die selbstherrlich ohne jeden Zusammenhang mit der Regierung ihre Geschäfte regelt. Die herrschende Klasse hat alles Vertrauen zum Geld des deutschen Staates verloren und schafft sich ihr eigenes „Zahlungsmittel". Gnädig versprechen sie dem Reich einen Kredit von 12 Milliarden Rentenmark zu gewähren, schaffen aber gleichzeitig die Vermögensabgabe, die Zwangsanleihe, die Kohlensteuer ab und entziehen sich allen anderen Steuerleistungen in der raffiniertesten Weise, so daß das Reich keine Einnahmen hat. Der Gesetzentwurf über die neue Währung ist das offene Eingeständnis der vollständigen Abhängigkeit des Reiches von den Junkern und Schlotbaronen.

Und der Proletarier? Er wird vermutlich nie in seinem Leben die glückverheißende Rentenmark zu sehen bekommen, ebensowenig wie er die ausländischen Devisen zu sehen bekam, mit denen alle Geschäfte gemacht wurden. Er wird weiter die Papiermark ausgezahlt bekommen, deren Kaufkraft nun, da sie ausschließlich Geld der Armen und Ausgebeuteten ist, mit der niemand mehr Geschäfte macht, gleich Null werden wird.

Was hat zu geschehen? Nur eins ist möglich: Ergreift die Macht und schafft das Geld des proletarischen Staates, das seine Deckung findet nicht in papierenen Schuldverschreibungen, sondern in den enteigneten Grundstücken und Fabriken! Die unermeßlichen Reichtümer der Kapitalisten in die Hände des Proletariats, die Produktions- und Außenhandelskontrolle über alle Werte des schaffenden Volkes — das sind die Voraussetzungen einer wertbeständigen Währung, die nur geschaffen werden kann durch den proletarischen Staat.

Frauen und Schupo.

Ein Zug demonstrierender Frauen bewegt sich durch die Straße.

Vier Schupoleute treten ihnen entgegen.

1. Schupo: „Halt! — Zurück, hier geht's nicht weiter!"

2. Schupo: „Demonstrationen sind verboten. In die Seitenstraßen zerstreuen!"

Die vorderen Frauen: „Wir können nicht zurück, die drängen von hinten!"

Frauen von hinten: „Los! Vorwärts, immer weitergehen! Bange machen gibt's nicht!"

3. Schupo: „Auseinandergehen — oder es wird geschossen!"

1. Frau: „Ja, schieße nur. Die erste Kugel trifft mich, die zweite deine Frau; (zum 2. Schupo) die dritte deine Mutter!"

1. und 2. Schupo (durcheinander): „Was — redest du da? Wo ist meine Frau — wo ist meine Mutter?"

1. Frau: „Deine Frau hungert wie wir. — Warum soll sie nicht mit uns hungernden Arbeiterfrauen demonstrieren? Deine Mutter ist eine alte Rentnerin — warum soll sie nicht mit den alten Rentnerinnen demonstrieren?"

1. Schupo: „Meine Frau hungert nicht."

2. Schupo: „Meine Mutter hungert nicht, hat noch immer Brot — wenn auch kein Schmalz mehr drauf ist."

1. Frau: „Und hungern sie heute nicht — so hungern sie morgen. Proletarierfrauen sind sie wie wir!"

2. Schupo: „Auseinandergehen! Sonst müssen wir schießen!"

2. Frau: Ja — schießt nur auf eure Frauen und eure Mütter!"

3. Schupo: Weibergequatsch — verrücktes!"

3. Frau: In unserm Weibergequatsche is mehr Verstand als in euren Maschinenjewehren. Euer Seitenjewehr is euer janzer Verstand! Weiter habt ihr keenen, sonst tätet ihr hier nich vor uns stehn.

Frauen von hinten: Weiterjehn — weiterjehn!

4. Schupo: Laßt euch doch nicht dumm machen, Kameraden! Eure Frau und eure Mutter sind gar nicht dabei.

1. Frau: Wenn ihr auf die alte Frau da schießt, das ist ebenso, wie wenn ihr auf Eure Mutter schießt.

2. Schupo: Das Jequatsche hin und her und her und hin — man wird ja — janz dumm wird man davon —.

3. Frau: Vielleicht wird man klüger davon, junger Mann. En schlechter Kerl scheinste nich zu sein, wenn du auch en jrünen Rock anhast. Aber du hast deinen Verstand verkauft.

1. Frau: Und unser Blut hast du verkauft und unsere Knochen!

1. Schupo: Nun seid stille. Wir haben euer Blut ja nicht vergossen.

1. Frau: Heute nicht, aber wenn wir morgen wiederkommen und wenn übermorgen der Hunger Millionen andere auf die Straße treibt und euer Offizier kommandiert: Feuer! werdet ihr dann schießen oder nich?! (Schweigen) Werdet ihr dann schießen oder nich? — —

1. Schupo: Man weiß wirklich nicht mehr, was man antworten soll —

2. Schupo: Nun haltets Maul und geht ab! Wir haben euer Blut nicht vergossen und eure Knochen nicht zerbrochen.

2. Frau: Wenn ihr den grünen Rock anzieht, damit zerbrecht ihr ja schon unsere Knochen. Wenn der Ausbeuterstaat keine Grünen und keine Reichswehr hätte, dann müßten wir und unsere Männer nicht unsere Knochen in die verfluchte kapitalistische Fronmühle tragen.

1. Frau: Für wen steht ihr denn hier mit euren verdammten Schießknüppeln?

3. Schupo: Für Ruhe und Ordnung!

Alle Schupos: Für Ruhe und Ordnung!

Die Frauen: Ja — für Ordnung der Hungersnot und für Ruhe über den Gräbern.

1. Frau: Für die großen Herren steht ihr hier, für die Besitzer von den Kohlenbergwerken und Stahlfabriken — für die großen Räuber und Schlotkönige steht ihr hier!

2. Frau: Für die Wucherer und Schieber!

3. Frau: Für die Puppen mit weißen Händen und Seidenstrümpfen.

4. Frau: Für die Großgrundbesitzer und Großbauern, die im Speck ersticken und das Volk aushungern!

Alle Frauen: Für alle Wucherer, Räuber und Ausbeuter — für eure eignen Klassenfeinde steht ihr hier.

1. Frau: Und gegen wen steht ihr hier?

3. Schupo: Gegen die Ruhestörer!

2. Frau: Hunger und Knechtschaft sind die Ruhestörer — die werdet ihr mit euren Maschinengewehren nich klein kriegen!

1. Frau: Gegen eure hungernden Klassenbrüder steht ihr.

4. Schupo: Schluß — Schluß! Weg mit der Blase!

1. Schupo: Nein, wir wollen hören, was die Frauen sagen.

2. Schupo: Det is verdammt wahr, wat die redt. Ne Schande is et, daß wir auf die Hungernden schießen sollen!

1. Schupo: Ja — ne Schande!

1. Frau: Oder ist das in eurem Interesse, wenn ihr die Kapitalisten schützt? Geben die euch ihr Kapital?

1. Schupo: Nee!

1. Frau: Werden eure Kinder Kapitalisten werden?

1. Schupo: Nee!

1. Frau: Dann werden sie also Arbeiter sein?

1. Schupo: Das werden sie wohl —

1. Frau: Na, dann sorgt man immer schön vor! Schlagt die Arbeiter nieder! Nehmt der Arbeiterklasse alle Rechte. Laßt sie wieder 12 Stunden schuften! Dann werdens eure Kinder als Arbeiter mal jut haben!

1. Schupo: Die Frauen haben Recht! Kameraden! Esel sind wir, wenn wir die Ausbeuter schützen. Ne Schande ist es, wenn wir auf die Hungernden schießen! Straße frei für die Frauen! Und heute abend in der Kaserne, da sprechen wir mal über die Sache.

(Die Schupo gibt die Straße frei. — Die Frauen stimmen die Internationale an und ziehen im geschlossenen Zuge weiter.)

1. Frau: Und wenn's zum Kampf kommt — Brüder im grünen Rock — dann müßt ihr wissen, wo euer Platz ist!

Reichswehr nach Sachsen!

Mutter, bringt uns der Zug was zu essen?

Nee Kind, aber Soldaten!

Mit Sowjet-Rußland!

An die werktätigen Frauen Deutschlands!

Euer Land zieht in dieser Stunde die Blicke der ganzen Welt auf sich. Die Unterdrückung, die Ausbeutung, der Hunger und alles andere Elend, dazu die Rechtlosigkeit der Proletarier sowie der Gesamtheit des schaffenden Volkes sind bis aufs äußerste gestiegen. **In den gequälten Herzen von Millionen braust Empörung auf.** Es erhebt sich ein Vorhang vor den Augen der Werktätigen, sie beginnen zu begreifen, daß sie nur im Bunde mit der Kommunistischen Partei und unter ihrer Führung mit ihrer Todfeindin, der kapitalistischen Ordnung, fertig werden können. Aber die Bourgeoisie fühlt den in den Köpfen der Proletarier, der Schaffenden, heranreifenden Entschluß und bietet alles auf, um ihrem Untergang als herrschenden Klasse vorzubeugen. Zu diesem Zweck will sie dem Proletariat ein noch größeres Elend, eine noch größere Sklaverei aufzwingen. Wenn die entfesselte Reaktion siegt, so wird sie Euch und Eure Kinder vernichten. **Wir können bei den nahenden Ereignissen nicht gleichgültig bleiben. Wir sind eines Blutes mit Euch.** Euch niederzuringen und sich dann auf uns stürzen, das ist der „heilige" Traum unserer gemeinsamen Feinde. Frauen, Schwestern, Mütter von Proletariern! Wir sagen Euch: Die Gefahr ist groß. Die Gesellschaft ist in zwei kämpfende Lager gespalten, zwischen denen es keine Versöhnung gibt.

Schaffende Frauen Deutschlands! Nehmt den Euch gebührenden Platz ein! Schulter an Schulter mit Euren Männern, Brüdern und Vätern zeigt der Bourgeoisie Eure Rechnung vor. Ihr werdet entschlossen dafür eintreten, daß sie beglichen wird. Wir erinnern uns an das Jahr 1917, an unseren großen Oktober, und sagen an seinem sechsten Jahrestag: **In der schwierigen Situation, in der Ihr Euch befindet, gibt es keinen anderen Ausweg, außer dem Sturz der Bourgeoisie und der Ergreifung der Macht durch das Proletariat,** durch die Massen der Werktätigen. Nach den vorliegenden Nachrichten beginnt Ihr Euch dessen bewußt zu werden. Wir begrüßen Euer Erwachen, wir fühlen mit Euch tief Eure Not; wir leiden zusammen mit Euch um Eure hungernden Kinder und **versichern unsere ernste Bereitschaft, Euch zu helfen.** Unsere Wirtschaft steckt noch in den Anfängen des Aufbaus, wir haben keinen Ueberschuß von Gütern, aber wir wissen, wie wertvoll in einem solchen Augenblick brüderliche Hilfe ist, und brennen danach, **Euch durch die Tat unsere Solidarität mit Euch, unser Verbundensein mit Euch zu beweisen.**

Wir, die Vertreterinnen der Arbeiterinnen und Bäuerinnen der Roten Hauptstadt des Bundes der sozialistischen Räterepubliken und des Gouvernements Moskau, erklären überzeugt:

Seid standhaft und entschlossen!
Die Augen der schaffenden Frauen der ganzen Welt sind auf Euch gerichtet!
Es leben die revolutionären Frauen des werktätigen Volkes in Deutschland!
Es lebe die Arbeiter- und Bauernmacht Deutschlands, für die Ihr kämpft!
Es lebe die Dritte Internationale!

3000 Delegierte der Arbeiterinnen und Bäuerinnen Moskaus.

Die russischen Frauen bereiten sich vor, uns zu helfen.

Die Proletarierinnen Sowjetrußlands blicken mit Freude und Erwartung nach Deutschland. Sie haben die Hungerzeit durchgelitten; sie sehen, daß dem deutschen Proletariat ähnliches bevorsteht. Sie haben den Befreiungskampf durchgekämpft; sie sehen, daß das deutsche Proletariat, von würgenden eisernen Armen bewaffneter Horden immer enger umklammert, von Hunger ermattet und verzehrt in den Kampf getrieben wird, in den Kampf um das nackte Leben und zugleich um eine höhere Lebensform.

Sie sind mit ihrem Herzen bei dem deutschen Proletariat, bei den leidenden und kämpfenden Genossinnen. Die russischen Arbeiterinnen und Bäuerinnen schicken nicht nur Grüße und Resolutionen nach Deutschland; sie wollen Hilfe schicken. Dazu wollen sie Schwesternschaften gründen. Sie haben eine Botschaft herübergeschickt, daß die Arbeiterinnen russischer Betriebe sich mit den Arbeiterinnen deutscher Betriebe zu Schwesternschaften zusammenschließen. Die russischen Schwestern wollen den deutschen Schwestern mit Rat und Tat beistehen. Wenn die deutschen Arbeiterinnen in Not sind, sollen sie es ihrer russischen Schwesternschaft schreiben, die russischen Schwestern sind bereit, zu helfen.

Auf den Kongreß der Arbeiterinnen und Bäuerinnen, der eben in Moskau tagte, hat die Genossin Clara Zetkin in einer Ansprache die Lage des deutschen Proletariats dargestellt. Die russischen Genossinnen haben ihre begeisterte Anteilnahme ausgedrückt und haben in einer Resolution von neuem ihre Hilfsbereitschaft erklärt.

Es ist nicht bei Worten geblieben, sondern schon zu Taten gekommen. Die Internationale Arbeiterhilfe hat nach Sachsen 2000 Tonnen Getreide geliefert; das Brot aus diesem Getreide ist bereits an die sächsische Bevölkerung verteilt worden. Die russische Regierung hat mit der sächsischen Arbeiterregierung ein Abkommen getroffen, 20 000 Tonnen Getreide zu liefern.

Die Internationale Arbeiterhilfe arbeitet weiter für das deutsche Proletariat. In Berlin hat die Internationale Arbeiterhilfe öffentliche Speisungen begonnen. Schon ist in Moabit die Speisungsanstalt eröffnet worden; es werden täglich 600 Menschen gespeist. In den nächsten Tagen werden in sechs anderen Bezirken sechs weitere Speisungsanstalten eröffnet werden.

Mit Freude begrüßen wir das Getreide aus Rußland; mit Freude begrüßen wir die öffentlichen Speisungen. Wie den Körper die Nahrung stärkt, so stärkt unseren Geist die Gewißheit von der Treue, der Hilfsbereitschaft, der Kameradschaft und Brüderlichkeit der russischen Brüder und Schwestern, des ganzen Weltproletariats.

B. L.

Aus dem Inhalt: Titelbild: Vorwärts, mit Sowjetrußland. — Zum 7. November. — Kein Brot mehr. — Sie morden unsere Kinder. — Ihr Frauen. — Hamburg. — Der goldene Vogel. — Im Zeichen der Verbrüderung. — Auf dem Markt. — Frauen und Schupo. — An die werktätigen Frauen Deutschlands. — Die russischen Frauen bereiten sich vor, uns zu helfen.

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW. 48.

„Die Kommunistin" ist Eure Waffe im Kampf!
Nützt sie, Ihr Frauen!

Die Kommunistin

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Herausgegeben vom Reichs-Frauensekretariat. Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin

Nr. 22 | Die Kommunistin erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Grundpreis 50 Pf. × Schlüsselzahl d. Zeit zur Zeit 80 Milliarden. | Berlin, 15. November 1923 | Verlag: Friedrichstadt-Druckerei GmbH. (Abteilung Zeitschriften). Berlin SW 48. Friedrichstr. 225. — Verantwortlich für die Redaktion: Martha Arendsee, Berlin. | Jahrg. 5

Der Schrei nach Brot

In dem Possenspiel, das sich in diesen Tagen in München abgespielt hat, und in dem die Führer der verschiedenen Gruppen der Konterrevolution nicht wissen, ob sie sich gegenseitig stützen oder stürzen sollten, in dem ein Kahr erst zu Hitler steht, dann ihn verleugnet; Hitler-Ludendorff verhaftet, dann befreit und wieder in Haft genommen werden — in dieser durchaus nicht klaren und einheitlichen Front der Vertreter kapitalistischer Interessen und Wirtschaftspositionen ist doch dies eine Ziel und Interesse gemeinsam und ausschlaggebend: Die Unterdrückung, die systematische Aushungerung der breiten Massen der Proletarier, die Vernichtung und Unschädlichmachung des „Marxismus".

Es ist klar, die Konterrevolution schickt sich an, in Deutschland ihre schwarze Diktatur zu errichten. Es gibt heute nur zweierlei: Revolution oder Konterrevolution. Die Regierung, die bürgerliche Regierung — die Sozialdemokraten haben nichts mehr in ihr zu sagen, sind lang- und klanglos abgetreten — diese bürgerliche Regierung, der noch jede versprochene Finanzsanierung zum Schwindel wurde, die völlig machtlos und hilflos ist, sie kann nicht die Revolution wollen, sondern die Konterrevolution. Denn sie will den Kapitalismus, sie will Stinnes, denselben Stinnes, der in Bayern den Faschismus, die Hitler und Ludendorff mit reichen Geldmitteln ausrüstet. Der Hitlerfaschismus ist nur ein kleiner Teil der Konterrevolution, und wenn Hitler und Ludendorff jetzt verhaftet sind, so führen doch Kahr und Lossow, Stresemann und Seeckt ebenso gründlich und brutal die Geschäfte dieses Stinnes, die Geschäfte einer kleinen aber wohlorganisierten Raubgesellschaft.

Während Ludendorff, der Verbrecher von 1914 und 1920 in „Ehrenhaft" mit Bequemlichkeiten gut aufgehoben ist, werden täglich Hunderte von tapferen Kämpfern aus den Vorpostengefechten der Revolution verhaftet, mißhandelt und in die Kerker gesteckt. Ist je einem Volke eine ärgere Provokation geboten worden?

Die Kommunistische Partei ist in Bayern verboten worden. Nachdem die Presse längst abgewürgt wurde, ist dies Verbot die Handhabe zur Unterdrückung jeglicher revolutionären Aeußerung des Proletariats. Und auch die sozialdemokratische, als „auch-marxistische" Presse ist geknebelt. Es rächt sich die verräterische Politik der sozialdemokratischen Führer an ihnen selbst. Jetzt sitzt ihnen die Konterrevolution, die Rechtsdiktatur im Nacken, weil sie die revolutionären Arbeiter verhinderten, die Diktatur des Proletariats zu errichten. Denn Hunderttausende von Arbeitern waren zum Kampfe bereit, standen zähneknirschend in den Betrieben, kaum zurückzuhalten. Versprechungen über Versprechungen, Schwindel über Schwindel! Immer neue Papiergeldfluten statt Brot. Die Goldmark für die Reichen, für ihre Riesengeschäfte mit dem Ausland — für die Hungerlöhne des werktätigen Volkes die Papierfetzen. Die vollen Scheunen für die Großgrundbesitzer — für das Volk die leeren Bäckerläden. Das neue Geld, Geld für die Reichen, wurde längst Spekulationsobjekt. Was wißt Ihr von diesem neuen Geld, Proletarierinnen? Auch die versprochene Rentenmark wird das gleiche Schicksal haben, verlaßt Euch darauf. Geduld! — Geduld! — wurde Euch gesagt, von Schwindel zu Schwindel. Herr Stresemann hat Euch nichts zu essen gegeben. Kahr und Lossow werden nicht die Macht haben, Euch mehr zu geben.

Ihr Frauen steht in Scharen vor den Läden, wartet auf Brot, auf Fleisch, auf Butter, indes zu Hause die Kinder hungern und erkranken! Schuften und Hungern für die Arbeiter — die vollen Scheunen, die Goldernte für das Kapital. Das bedeutet die Diktatur von rechts.

Ist sie unvermeidbar? Wird sie lange dauern? — Müßt Ihr sie ruhig über Euch ergehen lassen? — Die Kämpfe der Handvoll Hamburger Kommunisten haben gezeigt, daß die revolutionären Arbeiter kämpfen wollen, daß sie kampfbereit stehen. Sie haben gezeigt, diese Kämpfe, daß sie heldenhaft kämpfen können, mit aller militärischen Sicherheit, mit der Kühnheit des Freiheitsvollens! Aber zum Erfolg, zum letzten großen Sieg, brauchen sie die Unterstützung der breiten Massen.

Wann werden Hunger, Verzweiflung und Enttäuschung der Massen so groß und so bewußt sein, daß sie sich in so ungeheuren, spontanen Ausbrüchen entladen, wie wir sie aus der russischen Revolution kennen, wie sie am Anfang auch der französischen Revolution aufflammten?

Wie Rußland 1917 rast Deutschland jetzt dem Abgrund zu.

Was damals von Rußland galt, gilt heute von Deutschland:

„Ueber diesem Schauspiel des Elends und der Vernichtung herrscht eine Handvoll Schwätzer, genannt die provisorische Regierung. Sie ist schon fast eine Leiche, wird nur durch Einspritzungen und Drohungen und Versprechungen der Alliierten am Leben erhalten. Aufgaben gegenübergestellt, die die Kraft eines Riesen erfordern, ist sie schwach wie ein Kind. Auf alle Forderungen des Volkes hat sie bloß eine einzige Antwort: „Wartet!"

„Das Volk will nicht länger warten. Der letzte Fetzen des Vertrauens in die Regierung ist verschwunden. Das Volk glaubt nur mehr an sich selbst; einzig und allein dieser Glaube vermag Rußland vor dem Abgrund des Verbrechens und der Nacht zu retten, der Glaube an Institutionen, die es selbst schaffen wird. Das Volk blickt voller Vertrauen auf die neue Macht, die aus seiner Mitte entsteht, es vertraut auf die Sowjets."

Proletarierin, hilf du jetzt, diese Organisationen schaffen. Sie müssen vorbereitet und aufgebaut werden trotz aller Verbote und Schikanen des Machtapparates der Herrschenden. Wie in Rußland die Sowjets, die Räte das Netz einer festen Organisation wurden, so müßt Ihr Eure Organe, die Kontrollausschüsse und Betriebsräte, jetzt zu einem neuen Bau zusammenschweißen. Ihr müßt ihnen schon jetzt bestimmte Funktionen geben, durch die sie sich das Vertrauen der Massen erwerben. Sie müssen unterstützt werden durch die aktive Hilfe des Ordnerdienstes bei der Durchführung ihrer Maßnahmen. Wenn jetzt die Internationale Arbeiterhilfe, wenn russische, französische, englische Arbeiter ihren hungernden Brüdern in Deutschland Nahrungsmittel schicken, muß ihre Verteilung durch die Kontrollausschüsse geschehen. Die Kontrollausschüsse müssen sich eine Truppe von Proletarierinnen schaffen und festhalten, die die Aufklärungsarbeit unter den Frauen des Mittelstandes übernehmen, des Mittelstandes, der ja von Tag zu Tag mehr proletarisiert wird durch die wirtschaftliche Katastrophe.

Während der alte Apparat mit dem Bankrott der deutschen Wirtschaft unzulänglich und hilflos wird und in Stücke fällt, muß das Proletariat schon einen neuen schaffen.

Mag heute die faschistische Diktatur des Schwerkapitals in Deutschland auf dem Marsche, mag das deutsche Proletariat wie noch nie geknebelt sein, mag auch einer der Rechtsdiktatoren in München bereits einem der sozialdemokratischen Volksverräter erklärt haben: „Wir bleiben für immer", — der possenhafte Rechtsputsch dort hat schon die Schwäche, die Zersetzung im Lager der Konterrevolution offenbart. Den Bankrott der deutschen Wirtschaft kann die Säbeldiktatur nicht aufhalten. Diese zertrümmerte Wirtschaft schreit nach einem neuen System. Der Hungerschrei, der Schrei nach Brot, der aus den Tiefen sich erhebt, das ist der Schrei nach dem neuen System, das allein die Revolution, der Kampf aller Werktätigen, Proletarier und Proletarierinnen schaffen kann.

Im Kampf gegen den Hunger.

Das Hungergespenst geht um in ganz Deutschland. Nicht nur in den Großstädten, die von den Junkern planmäßig ausgehungert werden. Auch in den kleineren Städten, mitten in den landwirtschaftlichen Bezirken, werden die Zustände von Tag zu Tag unerträglicher.

Im Bezirk Halle-Merseburg steht etwa nur die Hälfte der Arbeiter in voller Arbeit! Die übrigen sind arbeitslos oder Kurzarbeiter. Die noch im Betrieb stehenden Arbeiter erhalten lächerliche Löhne. Die Bergarbeiter bekamen vor Ausbruch ihres großen Streiks Auszahlungen, die niedriger waren als der Preis ihrer Wochenfahrkarten. Andere Werke zahlten gerade so viel aus, wie zum Kauf eines einzigen Brotes langte. Wahrlich, wären die mitteldeutschen Arbeiter zum Leben auf ihre Löhne angewiesen, sie wären samt Frau und Kind längst verhungert! Aber sie haben jetzt noch eine Reserve: Das unliegende Land. Zwar geben die Agrarier für das Papiergeld des Arbeiters überhaupt nichts ab. Nur im Tausch gegen Sachwerte rücken sie mit Lebensmitteln heraus. Wer ein Paar Schuhe oder ein Stück Stoff bringt, oder wer den Trauring vom Finger hergibt, der kriegt was.

Aber auf andere Weise hilft sich die Arbeiterschaft durch. Und wieder sind es die Frauen und oft die Kinder, welche die Mühen und Lasten dabei tragen. Man geht auf die abgeernteten Felder zum Kartoffelstoppeln, Aehrenlesen, Rübenziehen. Die Mädchen und Frauen verdingen sich auf die großen Güter zur Feldarbeit, wandern 3 bis 4 Stunden von den Städten heraus, arbeiten draußen in Wind und Wetter 5 Stunden und erhalten dann den fürstlichen Lohn von vielleicht 40 Pfund Kartoffeln.

Manche holen im Wald Holzstubben — und hier und da ist es möglich, Kohlen von der Halde zu klauben.

So kraft sich im buchstäblichen Sinne des Wortes die Familie das Allernotwendigste zusammen. Die Hauptmahlzeit: Trockene Kartoffeln. Brot wird z. T. selbst gebacken aus dem Mehl, das gegen die gesammelten Aehren eingetauscht wird, und wenn das Fett zum Schmieren fehlt, so muß Rübensaft und Pflanzenmus herhalten.

Doch kann das nicht lange mehr so weiter gehen. Schon ist auf den Feldern nichts mehr zu holen., es mehren sich die Anzeichen der Hungerkatastrophe, die unsehlbar in wenigen Wochen ausbrechen muß.

Ende Oktober und Anfang November fanden bereits eine Reihe von Teuerungs- und Hungerdemonstrationen der erregten und erbitterten Hausfrauen statt. So in Eisleben, in Halle und in Torgau.

In Eisleben erzwangen die vom Markt zum Rathaus strömenden Frauen Verbilligung des Brotes, öffentliche Speisung und Milch für die Kinder. Der Bürgermeister sah sich unter dem Druck der Frauen genötigt, in den nächsten zwei Tagen an alle Familien ein Brot zu dem bedeutend ermäßigten Preise von 1 Milliarde abzugeben. Außerdem erhielten die Kinder unentgeltlich Milch und die städtische Küche kochte in drei Schichten, um mehr Familien unentgeltlich mit Nahrung zu versorgen.

Bezeichnend war, daß der vom Bürgermeister angerufene Landbund in diesem Falle auf einmal Lebensmittel zur Verfügung stellte.

Tags darauf zogen die Frauen zur Mansfelder A.-G., dem größten Bergbau- und Hüttenbetrieb der Gegend. Den Familien der dort beschäftigten wurde unentgeltlich je 1 Brot und ½ Pfund Margarine geliefert. Dank der Energie der Frauen, die sich zum Abwiegen und Austeilen freiwillig erboten, konnte die Verteilung noch am selben Tage beginnen.

In Halle zogen die Frauen vom Markt ebenfalls zum Rathaus. Hier erklärte der Ernährungsdezernent, die Stadt sei pleite, und die ihr zur Verfügung stehenden Vorräte müßten den Arbeitslosen vorbehalten bleiben. Immerhin wurde ein Teilerfolg erzielt: Es begann sofort eine Speisung für Alte und Kranke, in der bis jetzt 800 Personen verpflegt werden, sowie eine Schulspeisung, die vorläufig in zwei Schulen 600 Kinder versorgt. Außerdem wurde für Familien mit mehr als vier Kindern das Brot um 30 Prozent ermäßigt und die Arbeitslosen erhielten ½ Zentner Kartoffeln.

Schupo, die mit Handgranaten ausgerüstet war, verhielt sich ziemlich ruhig. Dagegen verfuhr die später anrückende berittene Schupo unter dem Befehl schneidiger Offiziere ganz rücksichtslos und brutal bei der „Säuberung" des Marktplatzes.

In Torgau kostete das Brot am Sonnabend, den 3. November früh, 25 Milliarden, mittags 54, abends 75 Milliarden. Nachmittags 3 Uhr marschierten 500 Frauen zum Landrat mit der Forderung auf amtliche Brotpreisfestsetzung einmal täglich. Zu ihnen gesellten sich 500 Arbeitslose. Diese verlangten sofortige Auszahlung der noch rückständigen doppelten Unterstützungssätze, sofortige Einrichtung öffentlicher Speisungen, und in Zukunft tägliche Auszahlung der Unterstützungen mit Rücksicht auf die tägliche Geldentwertung. Die aus Frauen und Männern, politisch Organisierten und Parteilosen zusammengesetzte Deputation setzte dem Landrat bis Mittwoch Frist zur Erfüllung der gegebenen Versprechungen. Andernfalls würden die Massen am Donnerstag wieder aufmarschieren.

Der herrschenden Klasse sind alle diese Aktionen der hungernden Arbeiterschaft sehr unangenehm. Sie fürchtet, daß die Einzelnen, zusammengeballt zur Masse, sich ihrer Macht bewußt werden. Schon Volksversammlungen in geschlossenen Sälen scheinen ihr deshalb gefährlich. Sie wurden in Halle, in Eisleben, in Torgau und Delitzsch verboten. In Wolfenbüttel wurde das Verbot mit der genialen Bemerkung begründet:

„Ja, glauben Sie nicht, daß in diesen erregten Zeiten die Frauen durch eine Versammlung noch mehr aufgereizt werden könnten? — Daß es zu Demonstrationen kommen könnte?"

Es kommt zu Demonstrationen auch ohne die Propaganda der Kommunisten. Der Hunger sorgt dafür und der Hunger wird die Massen treiben, noch ganz andere und wirksamere Dinge zu tun. Er wird sie nämlich zu der Erkenntnis bringen, daß Versammlungen und Demonstrationen zwar gute und auch notwendige Mittel sind, um die Massen überhaupt erst aus ihrer Gleichgültigkeit herauszureißen, daß man aber endgültig die Aushungerung durch die Agrarier erst beendet, wenn man diese Banditen samt und sonders enteignet.

Zusammenbruch der Schulen

Zusammenbruch auf der ganzen Linie! Zusammenbruch, also auch des Schulwesens, dieses ehemaligen Steckenpferdes des „Volks der Dichter und Denker!"

Zunächst der äußere Schulbetrieb. Gebäude und Klassen im Zustande des Verfalls. Erschreckende Wände (noch heute sieht man die Spuren der Pferdehufe aus den Kasselagen), schmutzige Fußböden (nur dreimal wöchentliches Fegen zur Kostenersparnis), die selbstverständlichsten Ergänzungen (Schlüssel für Schrank und Schubfach werden untersagt. Sparen! Sparen!

Die Unterrichtsmittel! Ein Trümmerhaufen. Da jahrelang Neuanschaffungen und Reparaturen auf ein Zweckmäß beschränkt wurden, sind die Landkarten, physikalischen Apparate und naturwissenschaftlichen Anschauungsmittel fast unbrauchbar geworden. Die „Gegenstände des täglichen Bedarfs", Kreide, Tinte usw., fehlen oft wochenlang aus „Mangel an Mitteln".

Soweit die Lernmittel bisher von seiten der Schüler beschafft wurden, ist das Bild noch trostloser. Es kann schon keine Rede davon sein, daß ein Arbeitsloser oder Kurzarbeiter noch an den Einkauf von Heften, Büchern, Federn usw. denken könnte, nein, heute ist das auch für den Vollarbeiter eine bare Unmöglichkeit. Statt nun die Unentgeltlichkeit der Lernmittel einzuführen, wird jetzt die freie Belieferung auf ein lächerliches Maß reduziert, so daß nicht einmal mehr alle Kinder der Erwerbslosen Hefte erhalten.

Die Arbeitsverhältnisse in den Schulen werden dadurch wahrhaft vorsintflutlich. „Es lebe die Schiefertafel!" Tüten, Zeitungsränder, alles, worauf man Schriftzeichen anbringen kann — das ist heute Schulkultur!

Aber das alles ist nicht das Schlimmste. Das Schlimmste ist, daß die Kinder einfach nicht mehr arbeiten können, da sie am Zusammenbruch sind. Der furchtbare Verelendungsprozeß, den sich die Arbeiterklasse seit bald zehn Jahren gefallen läßt, ist an einem furchtbaren Höhepunkt angelangt, wo entweder die Arbeiterschaft sich aufrafft und zur Wehr setzt gegen weiteres Elend, oder aber, wo unentrinnbar das Massensterben einsetzen muß.

Die körperliche Not, der nackte Hunger der Kinder hat heute ein so unheimliches Ausmaß angenommen, daß er ihre Energie, ihre Arbeitskraft völlig zu zerstören droht. Für die meisten Kinder sind trockenes Brot und Kartoffeln mit Kaffee schon wochenlang die einzige Nahrung, und unendlich viele haben nicht einmal das! Je mehr die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit wächst, um so mehr wächst die Zahl derer, die ohne einen einzigen Bissen gegessen zu haben, hungrig und frierend aus ihren ungeheizten Wohnungen in die Schule gehen.

Und die Schule tut so gut wie nichts, um in dieser Not zu helfen. Die Kohlenfrage steht fast überall katastrophal. Es droht das Gespenst von sechs Wochen „Kohlenferien" zu Weihnachten, wo die Kinder in ihren eisigen Wohnungen sterben und verderben können, ohne daß ein Mensch darnach fragt. In Berlin ist man gegenwärtig sehr großzügig. Die Schulen sollen als eine Art „Wärmehalle" auch nachmittags geöffnet sein. Beinahe könnte man denken, daß eine alte Forderung von uns nun

wirklich erfüllt sei, wenn nicht noch ein ganz kleiner Nachsatz da wäre:

„Besondere Beheizung für diese Zwecke ist nicht gestattet."

Ebenso kläglich wie mit der Heizungsfrage steht es mit der Schulspeisung. Wenn Redensarten satt machen könnten, dann müßten die Kinder alle ganz pausbäckig sein, so oft ist bei den verschiedensten Gelegenheiten die allgemeine Speisung der Kinder schon verheißen worden. Ohne eine bedeutende, rasche Hebung des Gesundheitszustandes der Kinder ist alle weitere Arbeit in der Schule aber unmöglich und ist auch darüber hinaus das Leben unmittelbar bedroht.

Darum müssen alle, denen das Wohl der Kinder wirklich am Herzen liegt: Lehrer, Mütter, Väter, Elternbeiräte, und vor allem auch die Kinder selbst, — sich zusammentun, damit die dringendsten materiellen Forderungen erreicht werden:

Die allgemeine unentgeltliche Schulspeisung muß erzwungen werden!

Kohlenferien sind unbedingt zu verhindern!

Die Schulen sind auch nachmittags, und zwar geheizt, offen zu halten!

Drei Forderungen, Ihr Mütter, die wir durchsetzen werden nur durch Kampf! — Ein Kampf, der aber unvermeidlich ist, wollen wir Schule und Jugend vor völliger Vernichtung retten!

Die Kinder fordern!

Vor einigen Tagen brachte ich meinen Kindern in die weltliche Schule in Moabit etwas Brot und Kaffee. Nach zwei Tagen war ich endlich in den Besitz eines Brotes gekommen. In der Schule war nichts als Elend. Ein Kind lag mit dem Kopf auf dem Tisch und weinte. Auf mein wiederholtes Fragen bekam ich dann zur Antwort: „Ich habe keine Stullen und solchen Hunger. Mutter wollte mir Brot bringen, wenn sie was kriegt, — und sie ist nicht gekommen."

Ein anderes Mädel stützte den Kopf in die Hände und sah stumpfsinnig vor sich hin: Es hatte in der Frühe nur kalte Kartoffeln gegessen und jetzt war ihm übel. Und so ging es den meisten Kindern. Viele kamen, ganz ohne einen Bissen gegessen zu haben, zur Schule, bei den anderen waren kalte Kartoffeln und trocknes Brot der Imbiß, der sie zur Arbeit stärken sollte. Ich sagte ihnen: Und das laßt Ihr Euch gefallen? Ihr seid doch Proletarierkinder und müßt mutig sagen: Herr Lehrer, wir haben Hunger! Warum müssen wir hungern? — Was sollen wir tun?" — Die Kinder erfaßten sofort was ich sagte und im Handumdrehen stand an der Tafel geschrieben: „Wir haben Hunger!"

Es dauerte keine 10 Minuten, da stand es fast in sämtlichen Klassen an der Tafel. Ich fragte einige Jungens von der 1. Klasse: „Wie steht es mit Euch? — Wollt Ihr gar nichts dazu tun? Wollt Ihr ruhig weiter hungern?" „Nein" — war die Antwort. Wir wollen zu den Betrieben gehen, wo unsere Väter arbeiten und sie fragen, ob sie uns denn verhungern lassen wollen. — Die Kinder wollten, daß ihre Väter sofort die Arbeit niederlegen sollten, weil sie von dem ganzen Schuften doch nicht satt zu essen hätten.

Als ich nach Hause gehen wollte, faßten mich zwei Jungens im Hausflur ab. Der eine stellte mir seinen Schulkameraden, den Obmann der 1. Klasse vor, und berichtete, daß der Obmann sofort eine Klassenversammlung einberufen hätte und die Jungen wären bereit, bis zum Aeußersten zu gehen, wenn sich die Lage nicht ändert. Ich sollte mich noch mit den Müttern in Verbindung setzen und dann wollten wir zusammen mit den Betriebsräten der Großbetriebe sprechen, wo ihre Väter arbeiten, um zu sehen, was gleich getan werden muß, um den Hunger zu beenden.

Mütter! An Euch liegt es jetzt, Euren Kindern, die Euch den Weg zeigen, zu helfen! Holt Eure Männer aus den Betrieben! Ruft sie auf zum Kampf für ein Stück Brot, für Kleider und Schuhe, für menschliche Wohnungen!

Jede Träne im Auge Eurer Kinder ist eine furchtbare Anklage gegen Eure Gleichgültigkeit! Jeder Schrei nach Brot muß Euch aus den Häusern treiben! Heraus zum Kampf!

Hamburg und Küstrin

Zwei politische Ereignisse sah Deutschland in diesen Wochen, die auf dem Wege des konsequenten Hinübergleitens aller politischen Macht in die Hände der faschistischen Bourgeoisie (einem Wege, der 1918 begonnen wurde und auf dem jetzt mit der General-Seeckt-Diktatur auf dem „Boden der Demokratie" das Ziel erreicht ist), die auf diesem Wege gewaltsame Unterbrechungen darstellten. Es sind der Hamburger Aufstand und der Küstriner Putsch.

Die Hamburger Vorgänge sind bekannt. Die Arbeiter haben dort die Polizei entwaffnet und in gewissen Teilen von Hamburg hielten sie die Macht in den Händen. Der Kampf entstand in Abwehr gegen das immer furchtbarer werdende Elend, gegen die immer mehr wachsende Arbeitslosigkeit und gegen den Faschismus, der soeben daranging, Sachsen niederzuschlagen. Er war der Ausdruck des unversöhnlichen Widerstandes des Proletariats gegen das heutige kapitalistische System. Er war ein Kampf, der geführt wurde für die gesamte arbeitende Bevölkerung und für die Zukunft des deutschen Volkes. Deshalb waren auch die Augen des denkenden Proletariats der ganzen Welt nach Hamburg gerichtet, wo auf den Barrikaden das Volk kämpfte. **Mann und Frau für ein Deutschland ohne Ausbeuter und Unterdrücker** kämpfte mit einer Heldenhaftigkeit, die den Hamburger Genossen in der Geschichte des proletarischen Befreiungskampfes einen Ehrenplatz sichert.

Hamburg, statt Auftakt der proletarischen Erhebung zu sein, blieb blutig niedergeschlagener Aufstand, weil die Passivität des Proletariats im übrigen Deutschland der Bourgeoisie gestattete, starke militärische Kräfte hier zu sammeln und der Bewegung Herr zu werden.

Das „Hamburg" der Arbeiter hatte einen Vorgänger im Lager der Bourgeoisie: „Küstrin!"

In Küstrin kämpfte eine Schar von Reichswehroffizieren und Junkern, denen der legale Weg zur Schaffung der Diktatur zu umständlich erschien und die zu rascherer Befestigung und Stärkung der Ausbeuterherrschaft die faschistische Diktatur durch einen Putsch zu erreichen trachteten. Auch sie kämpften allein, auch ihre Bewegung wurde von der Reichswehr unterdrückt.

Oberflächlich betrachtet, derselbe Vorgang. Nach Entstehung, Ziel und Ursachen des Niederganges einander jedoch scharf entgegengesetzt.

Hamburg — Abwehr gegen übergroß werdende Not und Unterdrückung!

Küstrin — Vorstoß zu größerer Sicherung des Besitzes!

Hamburg — Kampf für Beseitigung der Ausbeutung!

Küstrin — Kampf zur Verewigung eben dieser Ausbeutung!

Hamburg erlag, weil, unterminiert und zersetzt von Verrat und Reformismus, die Kraft des Proletariats noch nicht reichte, die Revolte zur Revolution zu steigern!

Küstrin (und jetzt Hitler-Bayern) erlag, weil die Kraft der Bourgeoisie schon zu groß ist, um sich noch des gewaltsamen Umsturzes bedienen zu müssen. Das Ziel des Faschismus — diktatorische Anwendung aller staatlichen Machtmittel zur Unterdrückung des Proletariats — war gerade zu jener Zeit durch Belagerungszustand und Militärherrschaft auf trockenem Wege erreicht.

Zwei Bewegungen, die die gewöhnliche „Ordnung" gewaltsam unterbrachen und mit denen die bürgerliche Ordnung durch ihre Organe, die Sondergerichte, abzurechnen hat.

Die Sondergerichte entledigen sich ihrer Aufgabe, wie sie es ihrem Klassencharakter nach (als Küstrin-Sympathisierende und Arbeiter-Todfeinde) zwangsläufig tun müssen. Keine Sorge um das Leben der junkerlichen Verschwörer! Die höchste Strafe, die diese militärischen Meuterer und Empörer trifft — 10 Jahre Zuchthaus (aus der die Gerechtigkeit ihnen bald freien Lauf lassen wird).

Für den Arbeiter freilich, der in Not und Hunger zur Waffe griff, gibt es vor dieser Justiz nur eines: den Tod!

Wir sind nicht erstaunt! Zu lange wissen wir schon, daß der ganze bürgerliche Staat nur eine Maschine zur Unterdrückung der besitzlosen Klasse ist, als daß eine neue Bestätigung dieser Tatsachen uns noch mit Erstaunen erfüllen könnte.

Wir wußten, dieses Urteil mußte kommen, aber seine Vollstreckung werden wir nicht dulden!

Wir verlangen die Aufhebung der schon gefällten und die Verhinderung aller weiteren Sondergerichtsurteile in Hamburg!

Die Versammlungen, Resolutionen und Delegationen dürfen nicht enden, ehe dieses Ziel erreicht ist!

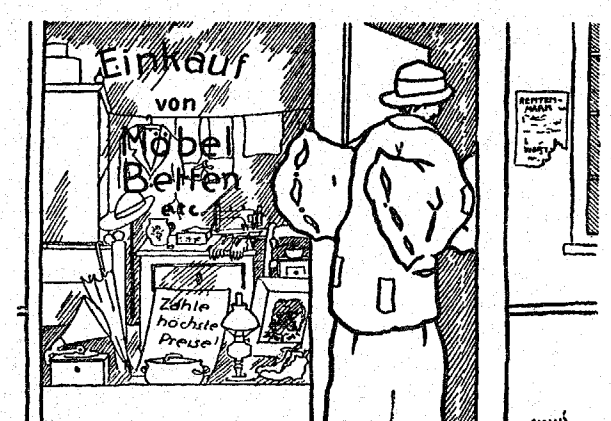
Ein erster Erfolg der proletarischen Protestaktionen ist da: das erste Todesurteil ist aufgehoben und in Festungshaft umgewandelt! Aber noch stehen Prozesse bevor, noch leiden proletarische Inhaftierte unter der schmachvollen Behandlung durch die Ordnungsbestien!

Genossinnen! Proletarische Frauen! **In den ersten Reihen der Hamburger Kämpfer standen Frauen! Sie kämpften und unterlagen für uns! Seien wir wenigstens in den ersten Reihen zu ihrer Rettung!**

Heraus mit den Verhafteten aus den Klauen der Justiz! Das sei uns höchste, heiligste Pflicht!

Die Beamtinnen müssen kämpfen!

Herr Gerhard Vogt, Vorsitzender des Reichsausschusses der deutschen demokratischen Beamten, verkündet im „Berliner Tageblatt" (am 24. Oktober): „Die deutsche Republik ist nicht nur eine demokratische, sondern auch eine soziale Republik." Dieser seiner „sozialen" Republik spricht er mit den Worten die Operation wird vollzogen werden müssen, auch wenn sie schmerzt" ohne weiteres das Recht zu, den Beamtenabbau, der jetzt auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vor sich gehen soll, vorzunehmen, denn: „Ein gesundes Beamtentum kann nur in einem gesunden Staat gedeihen, und der Staat kann nur gesunden, wenn er Kräfte abstößt, die entbehrlich sind." Die auf die Straße fliegenden Opfer seiner „sozialen" Republik will er geschützt sehen z. B. dadurch, daß zunächst Angestellte und Kündigungsbeamte entlassen werden, daß freiwillig Ausscheidenden eine Abfindungssumme gegeben wird, daß Entlassene vom Staat in anderen Betrieben (Land-, Forstwirtschaft, Industrie, Handel, Bank, Handwerk, Schiffahrt, Bahn, Straßenbahn, Siedelung) untergebracht werden, daß sie zum Auswandern angeregt werden. — Herr Vogt verspricht sich von der Verwirklichung seiner Vorschläge, daß die Beamten alsdann „einem sanften Druck weichter folgen, das Heer der Erwerbslosen und Verbitterten nicht vergrößern und in ihrem Rechtsempfinden nicht verletzt werden würden".



Den mittleren und unteren Beamtinnen, denen diese Zeilen besonders gelten, erscheint in vorstehenden Sätzen ein hoffnungsloses Bild des Ausganges ihrer ohnehin schon trübseligen dienstlichen Laufbahn. Das Leben einer solchen Beamtin, das vor dem Kriege in zwar eng begrenzten, schnurgerade vorgezeichneten, aber immerhin ziemlich sicheren Bahnen sich bewegte, ist nach und nach mit unerträglichen Lasten beschwert worden, unter denen es jetzt zusammenzubrechen droht. Die oft sehr schweren Anforderungen des Tages- oder Nachtdienstes werden immer noch von reaktionären Vorgesetzten, durch Schikanen jeder Art, erschwert. In den Augen dieser Herren Vorgesetzten sind ihre „Untergebenen" auch heute noch keineswegs gleichberechtigte Menschen, sondern Lasttiere, deren von Not und Sorgen geschwächte Arbeitskraft sie am liebsten mit Stachel und Peitsche aufmuntern möchten.

Die Beamtin des Mittelstandes darf „zum Besten des Vaterlandes" ihre schönsten Lebensjahre, ihre ganze Arbeitskraft zum Opfer bringen und soll jetzt froh sein, wenn ihr weiter nichts als Arbeitszeitverlängerung und Gehaltskürzung widerfahren. Unsere sogenannten Gehaltserhöhungen sind der größte Betrug, der jemals an Arbeitnehmern verübt wurde, denn das bewilligte Geld wird — wenigstens für den Beamtenmittelstand — immer erst ausgezahlt, wenn der Dollar schon längst wieder ein paar Kilometer weiter von der Mark weg ist. Weiter: die vierteljährliche Vorauszahlung, die unbestreitbare Vorteile bot, ist durch eine Art tageweiser Bezahlung ersetzt worden. Man weiß nie recht, mit welcher Summe man zu rechnen hat. Oft erfolgt eine schon auf den Tag festgesetzte Zahlung in Raten oder überhaupt erst am folgenden Tage. Weder Bitten noch Beschwerden haben bis jetzt etwas daran geändert. Diese Zustände belasten die mittlere und untere Beamtin, die weder über Privatvermögen noch über Sachwerte und Vorräte verfügt, aufs schwerste. Sie bekommt kein Geld mehr heraus, weiß nicht genau, wieviel, noch weniger, wann sie etwas erhält — aber dafür weiß sie mit tödlicher Sicherheit, daß auf die Minute pünktlich die Forderungen an sie herantreten werden: Goldmieten! Fahrpreis verdoppelt, verdreifacht, vervielfacht! Gasgutscheine nach Milliarden berechnet! Kartoffeln, Brot, Schmalz, Margarine, Holz, Kohlen — Milliardenpreise! Und der Winter vor der Tür! Stiefel müßten besohlt, Garderobe ergänzt, Wäsche unbedingt erneuert werden! Und was dann, wenn ein Krankheitsfall eintritt, Arzt und Apotheke bezahlt werden müssen? Die Beamtin darf heute nicht mehr krank werden — das Geld reicht nicht einmal mehr für die nötigsten Lebensmittel! Und manch eine, die vor dem Kriege in zufriedener Mittelmäßigkeit an den sozialen Fragen teilnahmslos vorbeilebte, erkennt jetzt mit Entsetzen, daß diese Fragen sie selbst betreffen, daß sie selbst ins ärmste Proletariat hinabgesunken ist, und sie hört die knöcherne Faust des grausigsten Elends vornehmlich an die Tür ihres eigenen proletarisierten Heims klopfen, jetzt, wo man ihr auch noch mit Entlassung droht! — **Wo bleibt da die berühmte Existenzsicherheit ihrer Beamtinnenstellung?** Sie ist längst zum Märchen geworden. Die Beamtin bekommt heute nur noch die ihrem Berufe eigentümliche Existenzunsicherheit zu fühlen, die ihre menschliche Freiheit durch die Disziplinarbestimmungen (siehe z. B. uneheliche Mutterschaft!) bedroht; sie ist in die Hände jedes „tugendsamen" Sittenrichters, jedes Reaktionärs gegeben, der sie auf denkbar raffinierteste Weise „unschädlich" machen kann.

Wer aber alle Klippen glücklich umschifft und sich auf dem vorgeschriebenen Dienstwege kümmerlich durchs Leben hungert, dem winkt zum Schluß Herrn Vogts herrliches Zukunftsbild. Die Leute, denen es vor der Aufhebung des Vermögensbeamtentums durch die Kommunisten so sehr gruselte, mögen beruhigt sein — diese Aufhebung ist, wie diese Zeilen zeigen, schon durch die bürgerlich-sozialistische Koalitionsregierung erfolgt: sie hat die sogenannten wohlerworbenen Beamtenrechte nach und nach hübsch beiseite gelegt. Wer also zu den 25 Prozent gehört, die jetzt zur Gesundung des Staates auf die Straße fliegen, der soll sich schon immer den Weg nach Amerika suchen; er bekommt auch einen Zehrpfennig mit auf den Weg — was kommt es heutzutage auf ein paar Milliarden an! Wissen kurzem nützen sie dem Staat doch nichts mehr. Aber das, was da vom Berufswechsel gefaselt wird, ist natürlich nur ein schlechter Witz, denn abgesehen davon, daß der gute Berater vor demokratischen Beamten selbst zugibt, 90 Prozent von ihnen würden wegen ihrer einseitigen Ausbildung zu etwas anderem nicht zu gebrauchen sein — in den anderen Berufen finden ja zur Gesundung des Staates auch Massenentlassungen statt.

Was bleibt also der Beamtin übrig? Das Nichts? Der Zusammenbruch? Die vernichtete Existenz? Ich weiß etwas Besseres als stumme Ergebung oder haltlose Verzweiflung! Ich rufe allen meinen Kolleginnen mahnend und warnend zu: **Helft mit, dem abgewirtschafteten kapitalistischen System, der kapitalistischen Bankrottwirtschaft, deren Opfer ihr werden sollt, ein schnelles Ende zu bereiten!** Ihr steht im erbittertsten Abwehrkampf! Wollt ihr warten, bis euch die Kehle zugedrückt wird? Wehrt euch, bevor es zu spät ist! Tretet auch **ihr an die Seite der Arbeiterschaft und helft der Kommunistischen Partei, einer besseren Zukunft den Weg zu bereiten!**

M. H., Lehrerin.

Ich verbiete!

Kriecht mit Eurem Hunger doch in Eure Löcher.
Stöhnt da und räsonniert, soviel Ihr wollt!
Das Volk wird heutzutage immer frecher —
Habt Ihr vergessen, was Ihr sollt? —
„Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!
Stört der Bürger Ruhe nicht!"
Ich verbiete!

In dem feinen Westen habt Ihr nichts zu suchen.
Da wohnt „bess'res" Publikum.
Euer Stöhnen, Euer Fluchen
Wird uns mittlerweile gar zu dumm.
„Ruhe ist die erste Bürgerpflicht —
Stört der Schieber Ruhe nicht!"
Ich verbiete!

Im Regierungsviertel wird um Euch beraten,
Habt vor Portiertüren drum Respekt.
Schützend steht da eine Mauer von Soldaten,
Und wer weitergeht, wird hingestreckt!
„Ruhe ist die erste Bürgerpflicht —
Stört in ihrer Ruhe die Minister nicht!"
Ich verbiete!

Durch Verbote endet Ihr doch nicht die Not —
Und man kriegt auch Kleider nicht noch Schuh.
Durch Verbote kriegt noch keiner Brot,
Und die Arbeitslosigkeit nimmt immer zu.
Ja — verbietet nur, Ihr Hampelmänner!
Bald verbieten wir, Ihr Schlemmer!
Wir verbieten! G.

Aus dem Paradies der Faschisten

Die Faschisten versprechen dem Arbeiter goldene Berge, sie wollen Ordnung und Ruhe bringen, unter ihrer Herrschaft sollen die alten Zustände wiederkommen. Sie verheißen ihm regelmäßige Beschäftigung, angemessenen Lohn, Friede, Freiheit und Brot. Sie wollen ihn von der Seuche des Marxismus und vor allem von dem Greuel des Bolschewismus befreien.

Er soll dem Klassenkampf entsagen und sich nur getrost den deutschvölkischen Führern anvertrauen — diese werden sein Schicksal zum Besten lenken — so klingt der Lockgesang der Faschisten. Daß es in der Wirklichkeit nachher ganz anders aussieht, hat man in Italien gesehen, wo die Faschisten nichts von ihren großen Versprechungen erfüllen konnten. Aber wir brauchen nicht so weit zu gehen. Auch in Deutschland haben wir ein Gebiet, wo die Faschisten fast ungehemmt herrschen: Bayern! Wie ist es denn da um die Arbeiter und den Mittelstand bestellt? Uns liegt — herausgegeben von der gewiß nicht bolschewistisch verdächtigen Zentrale für Heimatdienst — der Bericht eines Münchener Stadtrats vor, der Tatsachen berichtet, die er in seinem Amt erfahren hat. Wir wollen aus der langen Kette furchtbarer Not auf allen Gebieten nur einiges herausgreifen, was die Frauen und Mütter besonders angeht und interessiert: Den Bericht über das Kinderelend und über die Wohnungszustände. Der Stadtrat Gasteiger teilt mit:

„Von 55 000 Volksschulkindern waren zu Beginn des Schuljahres 1923—24 13,2 Prozent erheblich unterernährt. In manchen Klassen und Stadtteilen sogar die Hälfte aller Kinder. — Viele haben kein warmes Mittagbrot und oft gar kein — oder nur aus einem Stückchen Brot bestehendes Essen. — Bei vielen Kindern gibt es nicht nur abends, sondern auch mittags nur schwarzen Kaffee mit Brot oder Kartoffeln.

Der Ernährungszustand nähert sich bedenklich den Verhältnissen von 1918/19, wo Krieg und Blockade die Lebensmöglichkeiten schwer beeinträchtigten. (Der Unterschied ist nur der, daß diesmal nicht die sogenannten „Feinde", sondern großagrarische „Volksgenossen" die Städte blockieren.) Ebenso entsetzlich wie das Kinderelend ist das Wohnungselend! „Der Fuhrmann K. hat für seine achtköpfige Familie nur einen 10½ Quadratmeter großen Raum zur Verfügung.

In einer anderen Wohnung müssen zwei Kinder, in denen das eine an Tuberkulose, das andere an Lues erkrankt ist, in einem Bett zusammenschlafen. —

Der Hausmeisterehepaar R. bewohnen mit sieben Kindern zwei Räume und Alkoven. In der Wohnung befindet sich noch ein Ehepaar als Untermieter. Der Abort muß mit 26 Parteien geteilt werden. —

Geyerstraße, Ehepaar R. Die „Wohnung" ist die Hälfte eines Abortes, der in zwei Teile geteilt wurde. Er faßt ein Bett und eine Kommode. Ein kleines, schmales Fenster, eigentlich eine Luke, erhellt notdürftig den Raum, künstliches Licht fehlt. Die Leute wohnen seit mehr als einem Jahre da. Das Kind, das in der Schüssel bzw. Bratraine auf der Kommode lag, wurde eines Morgens tot auf seinem primitiven Lager aufgefunden, angeblich wegen der Stickluft.

Das sind Bilder aus München, der Hauptstadt im faschistischen Paradies. Und die Proletarier in diesem Faschistenparadies haben nicht einmal das Recht, von solch himmelschreiender Not zu reden. Da sie ja in einem nationalen „Volksstaat" leben, in dem der Klassenkampf abgeschafft ist, dürfen sie nicht aussprechen, was ist. Ihre Presse ist unterdrückt. Sie dürfen sich nicht zusammenschließen. Ihre Organisationen sind verboten und werden zersprengt. Sie dürfen nicht streiken und nicht kämpfen. Schweigend müssen sie alles über sich ergehen lassen, schweigend im Elend untergehen. Maßregelung, Aussperrung, Gericht, Gefängnis, Standrecht — das sind die Regierungsmittel des Faschismus! Ihr Erfolg — Elend und Barbarei!

Es ist vielleicht gut, daß es dieses Proletarland des Faschismus gibt, denn die Arbeiterschaft, und besonders die Frauen, die gewöhnlich extra leicht hineinfassen, können da in der Praxis sehen, was es mit der „Volksgemeinschaft" und dem ganzen übrigen Phrasengebimmel der Völkischen auf sich hat. Und wenn das nächstemal die völkischen Apostel zu ihnen kommen, so werden sie sie so heimschicken, wie es diesen Arbeiterbetrügern gebührt.

Heraus mit den Frauen aus den Betrieben!

Während Marksturz und Wucher täglich denen, die mit ihrer Hände Arbeit, ihres Geistes Mühe alle Werte schaffen, die paar Pfennige — Millionen, Milliarden genannt — aus der Tasche stiehlt, umkrallt das mörderische Gespenst der Arbeitslosigkeit täglich neue Tausende und Zehntausende, und es wird nicht locker lassen, — wird noch Hunderttausende, Millionen vielleicht in seine grausigen Bande nehmen, wenn es nach den Wünschen der sogenannten „Arbeitgeber" geht.

Ja, nach ihren Wünschen! Denn mögen sie noch so gottserbärmlich jammern über die „schwere Not der schweren Zeit", die die Industrie konkurrenzunfähig gemacht hat, sie zu Produktionseinschränkungen, Betriebsstillegungen „zwingt" — im Geheimen lachen sie sich triumphierend ins Fäustchen. Denn,

**mag auch der eine oder der andere pleite gehen, —
das ist: in das mit vereinten Kräften geschaufelte Grab
stolpern**

— die Unternehmerklasse will die Arbeitslosigkeit, will die Not und Verzweiflung, den Hungertod der Arbeitslosen. Je größer die Masse derjenigen ist, die an die Tore der Fabriken pochen, je unerträglicher ihr Elend, desto eher werden sie sich zu Lohndrückern der Beschäftigten hergeben, desto bereitwilliger werden also auch diese Beschäftigten sein, für die „Gnade", überhaupt arbeiten zu dürfen — ihren letzten Schweiß und Blutstropfen herzugeben.

Ein infames, ein teuflisches Spiel, bei dem die Regierung getreulich mithilft, indem sie durch das in diesen Wochen mit den Stimmen der Sozialdemokraten erlassene Ermächtigungsgesetz der Willkür der Unternehmer bei Entlassungen und Betriebsstillegungen völlig Tür und Tor geöffnet hat.

Ein Spiel übles, bei dem die Spieler alles verlieren werden, wenn die Arbeiter und Arbeitslosen, statt sich gegeneinander ausspielen zu lassen — sich zusammenschließen zum gemeinsamer Kampf gegen ihre Peiniger.

Ist es schon so weit? Hat die Not, die allen — ob arbeitslos oder noch beschäftigt — heute gemeinsame Not, schon allen Arbeitern diese einfache, selbstverständliche Wahrheit ins Hirn gedrückt?

Dies bejahen — hieße die Augen verschließen vor dem was ist!

Nein! Noch ist es nicht so weit, — noch gibt es viele, die wähnen, statt durch gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Gegner, sich „retten" zu können durch Kampf gegen die arbeitenden Brüder, gegen die arbeitenden Schwestern.

Noch immer findet die Parole: Frauen zurück hinaus! — in den Betrieben Widerhall!

Noch spukt die Vorstellung von der Doppelversorgung der verheirateten Frau in vielen Köpfen, wird die Forderung:

„Entlassung der verheirateten Frau" von vielen — manchmal sogar kommunistischen — Betriebsräten als ein Gebot der Gerechtigkeit hingestellt.

Prüfen wir nochmals — wir haben es schon oft getan — die Gründe, die jene, die so denken und fordern, anführen:

„In einer Zeit", so wird gesagt, „in der Millionen Familienväter auf dem Pflaster liegen, ist es „ungerecht", wenn Frauen, die noch einen Ernährer daheim haben, arbeiten dürfen. Sehen wir ganz davon ab, was es mit dieser „Ernährung" auf sich hat. Euer Argument hätte einen Schein der Berechtigung, wenn durch die Entlassung der verheirateten Frauen tatsächlich die Entlassung von kinderreichen Familienvätern vielleicht verhindert würde, oder wenn für jede entlassene Frau ein Arbeiter oder eine Arbeiterin, die für die Existenz vieler zu sorgen haben, eingestellt würden. Doch so ist es nicht. Sind die Frauen entlassen, so kommen die Männer dran — und bei der Einstellung von Arbeitslosen entscheidet der Unternehmer nach allen anderen Gesichtspunkten als dem: der „Bedürftigkeit" des Arbeitsuchenden.

Aber selbst, wenn es so wäre, wie es nicht ist, bleibt die Begründung von der „Ungerechtigkeit" der Arbeit der verheirateten Frau in einer „solchen" Zeit grundfalsch.

Denn was heißt: „gerecht" — „ungerecht" in einer Welt, wo die Ungerechtigkeit, daß jene, die alles erzeugen, die Schaffenden, die Allerärmsten, das Proletariat, von den Früchten ihrer Arbeit ausgeschlossen sind und verhungern, verkommen, während jene, die keinen Finger krumm machen, die Müßiggänger, Faulenzer, die Verschwender, die Beherrscher, die Verzehrer der unermeßlichen Güter sind?

Welch lächerlich hirnverbrannte Vorstellung, daß, solange diese Grundungerechtigkeit bestehen bleibt, es möglich wäre, in irgend einem anderen Punkte „gerechte" Verhältnisse zu schaffen.

Wie anders aber kann diese Grundungerechtigkeit, aus der alle anderen Ungerechtigkeiten ständig neu erzeugt werden, wie Schwämme aus feuchtem Boden erspriessen, beseitigt werden, als durch den Kampf aller Schaffenden gegen die Schmarotzer? (Dieser Kampf wird aber durch jede noch so wohlgemeinte Handlung zerstört, die die Solidarität unter den Arbeitern stört, und das ist u. a. eben das Herausdrängen der unverheirateten oder verheirateten Frau durch ihre eigenen Genossen.)

„Wenn aber nun die verheiratete Frau deshalb, weil sie verhältnismäßig besser gestellt ist als andere, in den Betrieben sich als ein hemmendes Element im Klassenkampf erweist, ist es da nicht gerade vom Standpunkt des Klassenkampfes aus notwendig, sie zu entfernen?"

Auch dieses, besonders oft von Arbeiterinnen angeführte Argument hätte einen Schein von Berechtigung an sich, wenn die aus dem Betrieb in das der proletarischen Hausfrau gestoßene Frau sich nun infolge der größeren Entbehrungen „automatisch" in eine Klassenkämpferin verwandelte.

Wir alle wissen, daß es nicht so ist. Und wer es noch nicht wußte, daß Not allein noch nicht genügt, den Menschen zum Revolutionär zu machen, lernt es in diesen Tagen erkennen.

Aber selbst, wenn es wäre, wie es nicht ist: Die Sorge, unsere Klassengenossen in eine Situation zu versetzen, in der sich unserer Meinung nach ihr Klassenbewußtsein am besten entwickelt, mögen wir getrost dem Kapitalismus überlassen. Unsere Aufgabe ist allein die, alles zu tun, um das Klassenbewußtsein in unseren Arbeitsbrüdern und -schwestern — mögen sie sich in welcher Lage auch immer befinden — zu wecken, sie durch Bekundung unserer makellosen Solidarität für uns zu gewinnen, sie zu unseren Mitkämpfern zu machen. — Also: nicht Herausdrängung der verheirateten, vielleicht noch indifferenten Kollegin aus dem Betrieb, sondern Aufklärung derselben, gemeinsamer Kampf mit ihr für sie.

Heraus mit den Frauen aus den Betrieben?

Gewiß — aber nicht, um ins Elend der Arbeitslosigkeit gestoßen zu werden, sondern um zusammen mit den Männern den Kampf gegen die Urheber dieses Elends zu führen. — Das und nichts anderes ist heute das rettende Gebot der Stunde! J. S.

Solidaritätsaktion der Erfurter Genossinnen

Erfurt macht den Eindruck einer vom Feinde belagerten Stadt. Schon auf dem Bahnhofe wird der Reisende mit allen möglichen und unmöglichen Ausnahmeverordnungen vom Sozialdemokraten Hörsing und seinem General Reinhard bekannt gemacht. Die Hüter der „Ruhe und Ordnung" zu Pferde und zu Fuß überwachen jede Straßenerregung. Wo ein paar Menschen zusammenstehen, da heißt es wie bei Heine:

„Wo drei mal zusammenstehn — da soll'n sie auseinandergehn!"

Die Ordnungsbestie wütet. Die kleinste Regung der Arbeiterschaft, Stellung zu nehmen zu den politischen Ereignissen, wird schonungslos unterdrückt. Keine Versammlung und keine — wenn auch noch so harmlose — Zusammenkunft darf stattfinden. Die kommunistischen Zeitungen wie überall verboten. Gekrönt wird dieser Feldzug gegen die Kommunisten mit der Verhaftung von 21 der tüchtigsten Funktionäre. Ein daraufhin von den Arbeitslosen gemeinsam mit den Arbeitern in den Betrieben und den Hausfrauen unternommener Protestspaziergang auf dem Anger wird blutig niedergeschlagen. (Ein Toter bleibt auf der Strecke.) — Hier setzt die Aktion unserer Genossinnen ein. Nicht nur, daß die Frauen zum Polizeipräsidenten ziehen und die Freigabe ihrer Männer verlangen, sondern sie organisieren sofort mit Hilfe des Kontrollausschusses eine großzügige Hilfsaktion, für die dem Hunger preisgegebenen Angehörigen der Inhaftierten. Auch die umliegenden Orte vernahmen den Hilferuf der Erfurter Frauen. Gleich die erste Sammlung unter den Arbeitern und Kleinbauern in Creuzen ergab 5 Zentner Kartoffeln, einen halben Zentner Erbsen und Linsen, ein Pfund Kakao, verschiedene Brote, Gemüse, Zucker, Mehl usw.

Die Verteilung der gesammelten Lebensmittel wird ebenfalls durch den Kontrollausschuß, in dem zum größten Teile Frauen arbeiten, durchgeführt. Dieses einzige Schreiben der Erfurter Genossinnen zeigt uns, daß sie nicht nur verstehen, durch die Solidaritätsaktion eine Kampfgemeinschaft zwischen ländlichem und städtischem Proletariat herzustellen, sondern daß sie den eisernen Willen haben, die proletarische Kampfstraft durch revolutionäres Handeln zu steigern bis zum Endsieg! G. J.

Mein Küchenzettel für diese Woche.

Zufällig hörte ich neulich, wie eine feine Dame ihrer Freundin klagte, daß der Speisezettel für die nächste Woche heute schon fertiggestellt werden müsse, damit die Köchin schon immer die Einkäufe besorgen könne.

Mir ging ein Stich durchs Herz! — Den Speisezettel für die nächste Woche! — und ich kann nicht einmal auch nur ein einziges richtiges Mittagsmahl für meine Lieben in dieser Woche herstellen! Nicht einmal Sonntag hat es zu Fleisch gereicht! So sehr ich auch rechnete, es langte nur zu Kartoffeln und Zwiebelsauce. Am Montag gab es Mohrrüben mit Kartoffeln und das letzte Stückchen Talg kam daran. Am Dienstag Weißkohl ohne Fett — am Mittwoch Kartoffelsuppe mit Suppenkraut — und heute, am Donnerstag, ist nichts mehr da, keine Kartoffeln, — kein Gemüse, — kein Geld! Halt, ich habe ja noch die 92 Milliarden für die Gasrechnung zurückgelegt von den 400 Milliarden, die mein Mann in der vorigen Woche verdient hat. Soll ich das Gasgeld nehmen — oder soll ich den Kindern, wenn sie hungrig aus der Schule kommen, sagen: Ich kann euch nichts zu essen geben? — Nein, das bringe ich nicht fertig. Ich werde 20 Pfund Kartoffeln holen, heute kriege ich sie noch für 92 Milliarden! — und dann habe ich den Speisezettel für diese Woche auch fertig! Also: Freitag und Sonnabend dasselbe wie heute, Pellkartoffeln mit Salz! Ich werde Malzkaffee dazu geben, damit das Schlemmermahl nicht im Halse stecken bleibt, dann haben wir da auch gleich die Suppe zum Essen!

Und der Gasmann? — Ja, der wird den Gasmesser abholen, ganz bestimmt! — Und wie ich dann überhaupt noch Essen kochen soll — weiß ich nicht. Mein Mann wird mit mir vielleicht schimpfen, weil ich nicht einmal verstehe und mich nicht nach der Decke strecken kann.

Die Sorgen um die Zukunft erdrücken mich fast. Soll es denn immer so weitergehen? Soll ich wirklich zusehen, wie wir immer weiter herunterkommen? Die Kinder immer hohlwangiger aussehen? —

Wann endlich werden die Millionen von Hausfrauen, die doch dasselbe Elend erleiden wie ich, Schluß machen mit dem stumpfen Jammern und begreifen, daß nicht Jammern uns hilft, sondern Kampf! Wenn sie das eingesehen haben, dann ist unsere Rettung da! Dann stehen alle Ausgebeuteten zusammen in einer Front und denn holen sie sich ihr Glück, und wenn es mit Ketten an den Himmel gebunden wäre!

Z 532 A

Feuilleton

Hunger.

Durch die Straßen der Städte schleichen endlose Massen. Weinende Kinder, gebrochene Frauen, Männer mit Zorn und Haß im Blick. Vor den Läden der Bäcker und Fleischer stauen sie sich, — Ha! Brot, Fleisch und Delikatessen — und in den Gedärmen der Menge wühlt der Hunger. Mutter, Vater, gebt uns Brot! so schreien die Kinder. Verzweifelnd weinen die Frauen, die Männer schütteln die Fäuste und millionenfach steigt der Racheschwur empor.

Wehe! Wehe Euch Verbrechern am Menschengeschlecht! Wehe Euch, die Ihr vor vollen Speichern die Hungernden im Elend verkommen laßt!

Zittert Ihr Bestien hinter Euren Kanonen!
Zittert hinter Eurem grau und grünen Wall!
Hungernde Menschen werden Euch Raubtieren lohnen;
Hungernde Menschen werden Euch bringen zu Fall.

Heute wollen wirs den Juden besorgen . . .

(Frauen vor einer Bäckerei.)

1. Frau: Nun steht man und steht, um Brot zu kriegen, und weiß noch nicht mal, was es kosten wird.
2. Frau (aus dem Laden kommend): 140 Milliarden ein Brot!
Alle Frauen (entsetzt): 140 Milliarden!
1. Frau: Kurz und klein schlagen sollte man alles!
2. Frau: Die Juden sollte man totschlagen!
Die Kommunistin: Warum denn die Juden?
2. Frau: Weil wir kein Brot in die Stadt kriegen, weil wir kein Mehl in die Stadt kriegen, darum muß man die Juden totschlagen!
Kommunistin: Hält der Gutsbesitzer und der Bauer das Getreide zurück oder der Jude?
2. Frau: Der Bauer hält's zurück.
Kommunistin: Nimmt der Gutsbesitzer oder der Großbauer die hohen Preise für das Mehl oder der Jude?
1. Frau: Der Gutsbesitzer, der nimmt schon, der sitzt auf dem Geldsack, das weiß man doch!
2. Frau: Aber der Jude muß doch totgeschlagen werden.
Kommunistin: Denkst du, die Juden sind schuld, wenn die Agrarier uns bewuchern und aushungern und sich die Schränke füllen?
1. Frau: Die haben Schmalz und Wurst und die Schränke bis oben mit Kleidern, Pelzen und Schuhen voll!
Kommunistin: Die jüdischen Schieber und Wucherer und die christlichen Schieber und Wucherer, das ist alles eine Blase und gehört ins Zuchthaus, aber die christlichen Räuber und Verräter, die wollen sich retten und wollen sich verstecken vor der Volkswut! Darum schreien sie: Die Juden! Die Juden! Die Juden! und hetzen das Volk von sich weg auf die Juden.
1. Frau: Ja, so ist es!
2. Frau: Ach wat! Jude bleibt Jude!

(Ein paar Burschen kommen!)

1. Frau: Seht mal die. — Na, wohin denn so eilig?
1. Bursche: Haben nichts zu fressen und kein Hemd auf dem Leibe — wollen jehn und was holen!
2. Frau: Au Backe, ick komm mit. Mir gebt Ihr auch was ab!
Kommunistin: Plündern wollt Ihr, da kommt nichts heraus! Kämpft lieber mit uns, dann gibt's bald Brot für alle und auch 'n Hemd für jeden!
1. Frau: Die kleinen Händler wollt Ihr ausrauben? Und die großen Räuber lachen sich 'n Ast!
1. Bursche: Wir jehn nich zu ehrliche Leute! Wir jehn zu den Juden!
2. Bursche: Bei die jüdischen Saukerls, da wollen wir plündern! Bei die Blutsauger, die uns verraten und verkaufen!
Kommunistin: So, so, die Juden allein verraten und verkaufen Euch? Stinnes, Klöckner und Thyssen, sind das Juden?
1. Bursche: Nee, das sind keine Juden.
Kommunistin: Und Stinnes, Klöckner und Thyssen, und all die großen Industriekönige, die uns aussaugen, die wollen, daß wir wieder zehn Stunden schuften, die uns an die französischen Kapitalisten verschachern — die verraten und verkaufen uns wohl nicht?
2. Bursche: Det is wahr!
Kommunistin: Wenn Ihr zehn Juden totschlagt und hundert Juden totschlagt, und der Kapitalismus bleibt bestehen, und Stinnes und solche „Christen" beherrschen uns weiter — denkt Ihr, dann wird's besser?
1. Bursche: Ick weeß nich, aber ick habe nischt zu fressen, darum will ick 'nen vollgefressenen Juden totschlagen!
2. Bursche: Die Juden handeln mit Geld und schachern an der Börse, darum wollen wir die Börsen-Schacher-Schieberjuden 'n bißchen wat abnehmen.
Kommunistin: Und wenn wir die Börsenjuden totschlagen und die Börsenchristen schachern weiter, und Stinnes mit seinen Bergwerken, Fabriken und Eisenbahnen und Zeitungen hält uns alle an der Strippe, was denn?
2. Bursche: Dann wird's wohl auch nicht besser!
Kommunistin: Nee, dann wird's auch nicht besser. Aber wenn wir die ganze Bande zusammenhauen und zum Teufel jagen und die kommunistische Wirtschaft errichten, wo bloß der zu essen kriegt, der arbeitet, dann ist da kein Platz mehr für König Stinnes, und kein Platz mehr für Schacherjuden, dann sind wir sie alle miteinander los. Dann gibt's bloß noch Arbeitende und die anderen haben keine Macht mehr. Drum laßt den Quatsch mit kleinen Plünderungen und Judengeschrei und kämpft mit uns für den Kommunismus!
2. Bursche: Die Frau sagt eigentlich die Wahrheit. Wir müssen die ganze Geschichte ändern! So ist es — Kommunisten müssen wir werden! Das hilft mehr wie das Judengeschrei!
1. Frau: Stinnes schreit: „Haut die Juden!" — weil der Dieb immer schreit: „Haltet den Dieb!"
1. Bursche: Das wäre ganz schön. Aber wenn wir den Kommunismus haben, wird der Jude arbeiten? Der Jude kann bloß schachern und kann nich arbeiten, sagen die Leute.
Kommunistin: In Rußland sind die meisten Juden Fabrikarbeiter und Handwerker. Und auch in Amerika gibt es Millionen jüdischer Proletarier. Wenn sie hier nur handeln, so ist die Regierung daran schuld. Der Jude durfte Jahrhundertelang kein Handwerk treiben, sondern nur handeln — na, und da hat er sich as Schachern eben angewöhnt. In einem Arbeiterstaat wird er sich das abgewöhnen müssen, wie alle Ausbeuter, und wenn sie das nicht können, dann werden sie unsere Diktatur zu spüren kriegen, ganz gleich, ob sie Juden oder Christen sind!
1. Bursche: Wenn der Jude ehrlich arbeiten will, dann bin ich zufrieden. Aber man kennt doch nur die Schacherjuden, die vollgefressenen!
Kommunistin: Tu die Augen besser auf! Dann wirst du auch andere sehen! Jüdische Genossen in allen Ländern, die mit uns leiden und arbeiten! Und unter denen, die ihr Leben im Kampf für das Proletariat hingegeben haben, wirst du auch eine Menge Juden finden! Denke an den Juden Karl Marx, der sein Leben lang für das Proletariat gearbeitet und gehungert hat, denke an Rosa Luxemburg, die Jüdin war und die für uns in den Tod gegangen ist — denke an Gustav Landauer, den sie gefoltert und zertreten haben! Sie alle gaben dem Proletariat ihr ganzes Leben und beuteten es nicht aus, obgleich sie doch Juden waren. Und andere, die sich noch lange rühmen, Christen und Arier zu sein, die beuten uns in den Fabriken und als Kaufleute aus nach Strich und Faden. Nicht Jude oder Christ ist die Frage, sondern: Ausbeuter oder Arbeiter! Mit der ganzen Ausbeutersippe, da müssen wir allerdings Schluß machen! Und wenn's da los geht, bin ich dabei und alle organisierten Arbeiter dazu! Aber: „Nieder die Juden!" — da machen wir nicht mit, da sind wir nicht mehr dumm genug dazu.
Bursche: Ick weeß nich, du, hat die vielleicht recht? Dann wär'n wir ja schöne Dussels, wenn wir uns von die blonden Blutsauger uff die schwarzen hetzen ließen. Det muß ick mir janz gründlich überlegen. Und wenn det so is, wie se sagt, dann können se sich aber freuen, alle beede, — denn wird losjejangen und Ordnung jemacht, aba feste — da verlaß dir druff!

Infolge polizeilicher Schließung der Friedrichstadt-Druckerei konnte diese Nummer nicht rechtzeitig herausgegeben werden.

Die Redaktion.

Druck von Max Roßner, Berlin SW 68, Alexandrinenstr. 119.